Jackson Library -UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.6 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488664 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

DIE-URSACHEN-DES-

PART

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte
m. b. H.

Herstellungs-Archiv

Erscheinungstag: 2. IV. 28.

Preis in dieser Ausgabe: M. 31.–

Gewicht:

Wer dieses Buch an anderer Stelle als in der Herstellung findet, gibt es bitte dort ab

1000. IX. 27

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/daswerkdesunters0006vari

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

VP
DVG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär
Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch
als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten
Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell
als Vorsitzenden des Gesamtausschusses
Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp
als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Sechster Band

Gutachten der Sachverständigen
von Kuhl, Schwertfeger, Delbrück, Katzenstein,
Herz, Volkmann
zur „Dolchstoß"-Frage

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1928
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m.b.H. in Berlin W8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gedruckt in der
Offizin C. G. Röder
G.m.b.H. in
Leipzig

D
531
A42
1926
v.6

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	IX
Gutachten des Sachverständigen General d. Inf. a. D. v. Kuhl:	
Der Dolchstoß	1—39
Gutachten des Sachverständigen Oberst a. D. Schwertfeger:	
Der „Dolchstoß“	41—46
Anlagen	
I: Der „Dolchstoß der Heimat“, Artikel im „Tag“, Nr. 214 vom 13. September 1921	46—50
II: Front-Sammelstellen und Manneszucht. Bericht eines aus dem besetzten Gebiete zurückgekehrten Offiziers vom 6. Februar 1919	50—55
Gutachten des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Delbrück:	
Die Dolchstoßlegende	57—60
Nachträgliche Ergänzung zum Gutachten über „Die Dolchstoßlegende“	60—80
Anlage: Ein Haken beim Flottensieg. Von Vizeadmiral a. D. Karl Galster	80—83
Gutachten des Sachverständigen Katzenstein:	
Die sogenannte „Dolchstoß“-Frage	85—98
Gutachten des Sachverständigen Dr. Herz:	
Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom „Dolchstoß“	99—202
Anhang I: Die Irreführung der öffentlichen Meinung	202—216
Anhang II: Die Gegensätze im Innern als Grund der Niederlage	217—227
Anlagen	229—248
Gutachten des Sachverständigen Reichsarchivrat Volkmann:	
Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Partei-Gruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung	249—306

41226

Beilagen:

Beilage 1: Die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten. Von Abg. Graf v. d. Schulenburg . . . . . 309—320

Beilage 2: Beweismaterial aus den Kriegsakten. Vorgelegt vom Abg. Dr. Bergsträßer aus den Beständen des Reichsarchivs nach der Bearbeitung von Oberarchivrat Cron . . . . . 321—386

Beilage 3: Denkschrift des Reichsgesundheitsamts vom 16. Dezember 1918 . . . . . 387—442

Register . . . . . 443—465

Vorbemerkung

Von den vorliegenden sechs Gutachten lag Ende 1923, als der damalige Unterausschuß seine Arbeiten beenden wollte, nur das des Sachverständigen General v. Kuhl, betitelt: „Der Dolchstoß", vor; es sucht in knapper Form den Stoff zu meistern und ist im Gegensatze zu anderen später eingereichten Gutachten seitdem weder ergänzt noch verändert worden. Das Gutachten des Sachverständigen Oberst Schwertfeger, das ebenfalls der „Dolchstoß" überschrieben ist, enthält nur einen durch eine kurze Vorbemerkung und ein Aktenstück als Anlage bereicherten Zeitungsartikel über den „Dolchstoß der Heimat"; es stand seit 1924 zur Verfügung. Der Sachverständige Geheimrat Professor Dr. Delbrück hat sich in seinem eigentlichen Gutachten 1924 auf eine ganz knappe kritische Würdigung der „Dolchstoß-Legende" beschränkt; eine eingehendere Stellungnahme ist aber noch hinterher im Januar 1926 in einer ausführlichen „Ergänzung" zu seinem Gutachten erfolgt. Ebenso zeichnet sich durch Knappheit das Gutachten des Sachverständigen Katzenstein über die „sogenannte Dolchstoßfrage" aus. Es wurde nach Schluß des Reichstags 1920—1924 nachträglich beim Unterausschusse eingereicht. Ausführlicher gehalten ist nur das Gutachten des Sachverständigen Dr. Herz über „Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom Dolchstoß"; es ist zunächst am 12. Februar 1924 mündlich vorgetragen und dann nach mehrfachen Überarbeitungen Anfang 1926 endgültig fertiggestellt worden. Es ist dort der Versuch gemacht, das ganze „Dolchstoßproblem" auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Als ergänzende Sonderuntersuchung ist schließlich im Frühjahre 1926 das Gutachten des damals neu hinzugezogenen Sondersachverständigen Archivrat Volkmann hinzugekommen über „Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung". Über die „Beilagen" siehe näheres im Vorworte zu Band 4 dieser Reihe.

Berlin, 3. November 1927

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

C[1]

Gutachten

zur „Dolchstoß"-Frage

(Allgemeine Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches)

[1]) Vgl. „A Entschließung" (Bd. 4 dieser Reihe) und „B Verhandlungsbericht" (Bd. 4 und 5 dieser Reihe).

Gutachten
des Sachverständigen General d. Inf. a. D. v. Kuhl

Der Dolchstoß

Inhalt

Seite

I. Die Ursachen des Zusammenbruchs 3
II. Die Heimat 6
III. Das Heer 9
IV. Die Revolution 24
V. Hätten wir im November 1918 weiterkämpfen können, wenn die Revolution dies nicht verhindert hätte? 27
VI. Zusammenfassung 39

Das Wort vom „Dolchstoß“ hat die öffentliche Meinung seit dem Abschluß des Weltkrieges auf das heftigste erregt. Es gibt kaum eine Frage, in der sich die Ansichten so schroff gegenüberstehen. Die einen behaupten, wir hätten den Krieg durch den Dolchstoß der Heimat in den Rücken des Heeres verloren. Unbesiegt sei das Feldheer erst dann zurückgegangen, als es den Todesstoß von der Heimat erlitt. Von der anderen Seite wird die „Dolchstoßlegende“ als „eine der bösartigsten und zugleich dummsten Legenden“ abgelehnt. Das Heer sei nicht von der Heimat im Rücken erdolcht worden, es sei nicht von revolutionären Bestrebungen unterwühlt gewesen. Eine solche systematische Propaganda habe es im deutschen Heere nicht gegeben. Die revolutionäre Unterwühlung des Heeres sei erst nach dem Kriege erfunden worden. Die Revolution sei nicht am Zusammenbruch schuld, sondern sei die Folge des Zusammenbruchs gewesen.

Wer das Wort vom Dolchstoß erfunden hat, ob es von dem englischen General Maurice herrührt oder nicht, ist gleichgültig. Es handelt sich lediglich darum, zu untersuchen, welche Beweise sich für die eine oder andere Ansicht beibringen lassen.

Ich habe meine Ansicht bereits früher in einer veröffentlichten Schrift niedergelegt und dabei diejenigen Beweise beigebracht, die mir zur Verfügung standen. Einiges neue Material habe ich inzwischen ermittelt. Ich kann aber in vielen Punkten nur die in meiner früheren Schrift gemachten Ausführungen wiederholen und das Beweismaterial wörtlich wiedergeben.

I

Die Ursachen des Zusammenbruchs

Die Ursachen, weshalb wir den Krieg verloren haben, sind, soweit sie militärischer Natur sind, aus meinen bisher erstatteten Gutachten zu erkennen. Keinesfalls ist es angängig, zu behaupten, der Krieg sei lediglich durch die Unterwühlung des Heeres und durch die Revolution verloren worden. Vieles mußte zusammenkommen, um das

deutsche Volk trotz ungeheurer, in der Geschichte nie erreichter Leistungen schließlich zu Fall zu bringen. Die Blockade mit ihrer verheerenden Wirkung, schließlich auch die geschickte feindliche Propaganda, haben an der Kraft unseres Volkes gezehrt, bis es nach heldenmütigem Kampfe erlahmte. Unserem erschöpften, bis zum äußersten Grade menschlicher Leistungsfähigkeit angespannten Heere fehlte der Ersatz. Es unterlag der außerordentlichen Überlegenheit des Feindes, nachdem die Amerikaner in ungeahnter Stärke auf dem westlichen Kriegsschauplatz erschienen waren. Der Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei und schließlich Österreich-Ungarns raubte jede Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang. Es soll auch durchaus zugestanden werden, daß der militärischen Kriegsleitung manche Fehler vorgeworfen werden können. Wer aus der Kriegsgeschichte weiß, daß die größten Kriegshelden, Hannibal, Friedrich der Große, Napoleon, keineswegs fehlerlos gehandelt haben, und wer aus eigener Kriegserfahrung die ungeheure Schwierigkeit der Kriegskunst kennt, wird nachher am grünen Tisch gerechter darüber urteilen.

Sehr nachteilig hat es sich im Laufe des Krieges für uns wiederholt erwiesen, daß es uns niemals gelungen ist, eine solche Einheitlichkeit des Oberbefehls über alle verbündeten Armeen zu erreichen, wie sie auf der feindlichen Seite Ende März 1918 dem General Foch übertragen worden ist.

Unter den angeführten Gründen steht die schwierige *Ersatzlage* an erster Stelle. Daß sie zu ernsten Bedenken im Jahre 1918 Anlaß gab, ist in meinen früheren Gutachten eingehend ausgeführt worden. Die Bataillonsstärken sanken im Laufe des Sommers 1918 so beträchtlich, daß die Zahl der Kompagnien innerhalb des Bataillons von vier auf drei herabgesetzt und eine Anzahl von Divisionen aufgelöst werden mußte. Unsere Reserven schwanden dahin, während die feindlichen, zumal nach dem Eintreffen der amerikanischen Truppen, ständig anwuchsen.

Die beträchtlichen Gefechtsverluste haben zum großen Teile dieses ständige Sinken unserer Stärken veranlaßt. In der Zeit vom 18. Juli 1918 bis zum Waffenstillstand haben wir an Toten und Verwundeten etwa 420 000 Mann, außerdem aber an Gefangenen und Vermißten etwa 340 000 Mann verloren. Unter den letzteren befanden sich zahlreiche Fahnenflüchtige und Überläufer. Hierzu kam ein ungeheurer Abgang von Drückebergern. *Hunderttausende von Drückebergern* ballten sich hinter der Front an den Eisenbahnendstationen und in den größeren Orten zusammen. Die in der Heimat aufgehetzten Urlauber trieben sich nach der Rückkehr hinter der Front umher, ohne ihren Truppenteil aufzusuchen. Es war nicht möglich, dieses Unwesens Herr zu werden, es sei denn, daß man geschlossene Truppenteile und ganze Verbände dazu verwendet hätte. In den schweren Kämpfen an der Front konnte man aber nicht einen Mann entbehren. So gingen

Hunderttausende der Front verloren im entscheidenden Augenblick. Hierin, nicht nur in den Verlusten der Rückzugskämpfe, liegt zum Teil der Grund für das Hinschwinden der Truppenstärken.

Bestimmte statistische Angaben über die Zahl dieser Drückeberger habe ich nicht ermitteln können. Ich kann aber aus meiner persönlichen Kenntnis bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht die vorstehenden allgemeinen Angaben bestätigen. Die Berichte aller Generalstabsoffiziere, die vom Oberkommando nach den hinter der Front liegenden Bahnstationen entsandt wurden, stimmten darin überein.

Daß dieser Abgang zum großen Teil dem von der Heimat ausgehenden zersetzenden Einfluß zuzuschreiben war, ging aus allen Mitteilungen hervor und wird noch durch weitere Zeugnisse erwiesen werden.

In den früheren Gutachten ist erörtert, daß sich die *strategische Lage des deutschen Westheeres* seit dem erfolgreichen Angriff Fochs gegen die rechte Flanke unseres Marnebogens am 18. Juli und seit dem tiefen Einbruch in unseren Amiensbogen am 8. August dauernd verschlechterte. Die Linienführung unserer Aufstellung hatte sich durch diese beiden großen, feindwärts ausspringenden Bogen ungünstig gestaltet. Solange wir in der Offensive blieben, trat dieser Umstand weniger hervor. Bedenklich wurde er, sobald wir die Initiative verloren. Das war nach dem Scheitern unserer Julioffensive der Fall.

Durch den Zusammenbruch der mazedonischen Front, Bulgariens, der Türkei und der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde die *militärisch-politische Gesamtlage* Deutschlands im Oktober und November 1918 derart verschlechtert, daß der Krieg endgültig verloren war. Die Donaufront war durch die feindliche Orientarmee gefährdet, und eine Offensive der Italiener durch Tirol oder Steiermark schien möglich. Immerhin war in beiden Fällen noch ein weiter Weg bis nach Deutschland hin vom Gegner zurückzulegen. Die Frage der Verbindungen und des Transportwesens spielte dabei eine ausschlaggebende Rolle.

Von wesentlicher Bedeutung war für uns der drohende Ausfall an *Betriebsstoff* für Flieger und Kraftwagen, als Rumänien sich zu erheben begann. Nach dem Fortfall der Lieferungen Rumäniens hatten wir nach einer im Oktober 1918 angestellten Berechnung noch für etwa zwei Monate Betriebsstoff für den Vollbetrieb der Flieger und Kraftwagen, während die Marine noch über einen höheren Bestand verfügte und daher aushelfen konnte.

Alles in allem war Deutschlands Lage aus den angegebenen Gründen im November 1918 äußerst bedrängt. Die Behauptung, daß lediglich der Dolchstoß aus der Heimat uns des Sieges beraubt habe, läßt sich somit unter keinen Umständen aufrechterhalten.

Daß aber die pazifistischen, internationalen Bestrebungen, der

Antimilitarismus, die verschwommenen Gedanken von Völkerversöhnung und ewigem Frieden, vor allem *die von der Heimat ausgehende revolutionäre Unterwühlung des Heeres zu unserem Zusammenbruch beigetragen haben,* läßt sich erweisen.

II

Die Heimat

Wie der Siegeswille der Heimat gelähmt, die Revolution vorbereitet und die Unterwühlung des Heeres von der Heimat aus betrieben worden ist, kann man *in den Büchern von Barth* („Aus der Werkstatt der deutschen Revolution"), *von Drahn und Leonhard* („Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges") und im „Deutschen Revolutions-Almanach für 1919" von *Drahn und Friedegg* nachlesen. General von Wrisberg („Der Weg zur Revolution 1914 bis 1918") bringt ein erschöpfendes Beweismaterial bei. Es handelt sich um Vorgänge und Bestrebungen, die niemand mehr leugnen kann, und die allgemein bekannt sind.

Es ist nicht nötig, den Inhalt dieser Veröffentlichungen hier nochmals ausführlich vorzuführen. Nur der Vollständigkeit halber sei mit wenigen Worten daran erinnert. Einige besonders wichtige Äußerungen der revolutionären Agitation, so oft sie auch schon der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, müssen allerdings nochmals im Wortlaut wiedergegeben werden.

General von Wrisberg schildert in seinem Buche eingehend, wie im Laufe des Krieges die Begeisterung allmählich nachließ, als die Leiden und Schrecken des Krieges und die Verluste in den Vordergrund traten, ein Ende des Krieges aber nicht abzusehen war. Als einziges Mittel gegen den Krieg wurde die internationale Zusammengehörigkeit der Arbeiter hingestellt. Die Schuld am Kriege wurde den Kapitalisten zugeschrieben. Bereits am 23. Februar 1915 sprach der Abgeordnete Ströbel, Redakteur des „Vorwärts", aus: *„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."* Insbesondere der seit 1916 von der Sozialdemokratischen Partei sich abtrennende linke Flügel, aus dem sich 1917 die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" bildete, sah seine Hauptaufgabe in einer entschiedenen Propaganda für den Frieden und für die Vernichtung des „Militarismus". Die großen Schwierigkeiten der Ernährungslage, die Mißstände der Zwangswirtschaft, der Kriegsgesellschaften, der Schieber und Kriegsgewinnler leisteten den radikalen Bestrebungen Vorschub. Durch Arbeitseinstellung sollte die Regierung gezwungen werden, sofort Friedensverhandlungen einzuleiten. Man behauptete, die feindlichen

Genossen würden sofort ihre Regierungen zwingen, in die dargebotene Freundeshand einzuschlagen. So erlahmte der Siegeswille in manchen Kreisen des deutschen Volkes durch den Gedanken, Deutschland brauche nur auf Eroberungen zu verzichten, um den erstrebten Frieden zu erhalten. Daß im Feinde der entschlossene Vernichtungswille lebte, wurde dabei außer acht gelassen.

Nach Barth begann die Massenaktion gegen den Krieg am 1. Mai 1916. Der erste größere Streik fand im April 1917 in Berlin statt.

Wie am 9. Februar 1918 die zielbewußte Vorbereitung der Revolution durch Barth, Richard Müller, Däumig, Blumenthal u. a. begann, kann man bei Wrisberg und Barth nachlesen. Das Ziel, das diese Männer mitten im Kriege erstrebten, war die Diktatur des Proletariats.

Einen schlagenden Beweis dafür, daß die Revolution von langer Hand und schon bald nach Beginn des Krieges planmäßig vorbereitet worden ist, liefert eine kleine Schrift: *„Fünf Jahre Dresdener U. S. P."* Es heißt darin: „Es war ein gefährliches Unterfangen, während der Kriegszeit und besonders *in den ersten Jahren des Krieges* dem Ungeheuer Militarismus durch Druck und Verbreitung von Flugschriften zuleibe zu gehen. Trotzdem ist gerade bei uns in Dresden in bezug auf Produktion und Verbreitung von Antikriegs-Drucksachen Hervorragendes geleistet worden." Die Genossen rühmen sich in der Schrift, die sorgfältig aufpassende Polizei hintergangen zu haben. „Die Tatsache, daß — wenigstens *in den ersten Jahren* — alles klappte, ermutigte natürlich zu neuen Taten." Man beschränkte sich nicht mehr auf „revolutionäre Propagandaschriften" in und um Dresden, sondern ging zur Massenherstellung über. „In Hunderttausenden von Exemplaren haben diese mahnenden, anklagenden und anfeuernden Flugblätter im schützenden Dunkel der Nacht die Druckpresse verlassen, um dann . . . ihren Weg in alle deutschen Städte zu nehmen." Der erste „Vorstoß mit öffentlicher Antikriegs-Propaganda" wurde am 1. Mai 1915 gemacht. An allen Straßenecken klebten an diesem „Maitag der Arbeiterklasse" rote Zettel, die mit dem Aufruf schlossen: „Soll das Massenmorden so weitergehen? Im Namen der Menschlichkeit erhebt Eure Stimme und fordert Frieden! Frieden! Frieden!" Auch der zweite Kriegsmai, 1916, wurde „durch Verteilung eines in Massen hergestellten Flugblattes gefeiert, in dem es heißt: „Schluß mit dem Kriege! Wir wollen den Frieden! *Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiter-Internationale!* Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Allmählich wurden „schärfere Saiten aufgezogen". Man trat in Verbindung mit der Dresdener „Internationalen Jugendorganisation", die sich inzwischen gebildet hatte, und die ein Mitteilungsblatt herausgab, in dem sie ganz offen „dem Kriegs- und Burgfriedensschwindel die Maske vom Gesicht riß" und *„die jungen Leute aufforderte, der Ge-*

stellungsbefehlen nicht Folge zu leisten und sich nicht dem Militarismus als Schlachtvieh zur Verfügung zu stellen." Man scheute schwere Strafen der „Kriegsjustiz" nicht. Als Beispiel wird angeführt, daß ein Gewerkschaftssekretär mit vier Jahren Zuchthaus bestraft wurde, weil er als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie am 12. August 1917 vor meist jugendlichen Arbeitern der Munitionsindustrie in einer öffentlichen Rede den Streik der Rüstungsarbeiter empfahl. Als dann „im Januar 1918 den deutschen Arbeitern die Geduld auszugehen schien und eine Streikwelle über ganz Deutschland ging, hat auch unsere Organisation in Dresden sich in den Dienst der Bewegung gestellt."

„So reiften die Verhältnisse nach und nach zur Revolution heran!" erklärt die Dresdener Schrift befriedigt.

Fechenbach, der Sekretär Kurt Eisners, erklärte auf der Tagung der Internationale in Bern im Jahre 1919: „Wir wenigstens in München wollten *schon im Januar 1918 die Revolution entfesseln* und das alte System stürzen. Damals erhoben sich die Arbeitermassen zum Streik, nicht aus Hunger, nicht um des Brotes willen, *nicht weil die Niederlage drohte,* sondern weil wir die Märzoffensive und Brest Litowsk verhindern wollten. *Die revolutionäre Gesinnung in Deutschland ist nicht das feige Werk des Zusammenbruchs,* sondern das Ergebnis einer im Stillen und Dunkeln unermüdlich vorwärtsdrängenden Arbeit, die gerade dann einsetzte, als Deutschland scheinbar das Übergewicht hatte."

Man kann hiernach nicht bezweifeln, daß pazifistischen und antimilitaristischen Hetzern ein Anteil an der Abnahme des Siegeswillens zuzuschreiben ist. Gewiß hat der Umschwung, der im Sommer 1918 in der Kriegslage eintrat und noch mehr die plötzliche Forderung des Waffenstillstandes im Oktober 1918 erschütternd auf das Volk eingewirkt. Aber man darf nicht behaupten, daß erst durch das Scheitern unserer Offensive und durch die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit des Krieges die antimilitaristische Strömung entstanden sei. Die Revolution ist nicht lediglich die Folge des Zusammenbruchs.

Unsere Gegner haben die Stimmung in Deutschland geschickt und rücksichtslos ausgenutzt. In der Verfassung, in der sich das deutsche Volk durch die geschilderten Vorgänge und Einwirkungen im Sommer 1918 befand, war es in hohem Maße empfänglich geworden für die Wirkung einer neuen, gefährlichen Kriegswaffe, der *Northcliffeschen Propaganda.* Northcliffe stellte den riesigen Apparat seiner Presse, deren Beziehungen sich über die ganze Welt erstreckte, in den Dienst Englands, um den deutschen Kriegswillen zu brechen und das deutsche Volk mürbe zu machen. Im größten Umfang setzte diese Propaganda im Frühjahr 1918 ein, indem sie geschickt die bei uns zutage getretenen pazifistischen und antimilitaristischen Strömungen benutzte, um dem deutschen Volke

vorzuspiegeln, daß es sich nicht um seine Vernichtung, sondern um die Befreiung von den herrschenden militärischen Kreisen, die dem Frieden entgegenständen, handele. Nach der allgemeinen Abrüstung und der Vernichtung des Militarismus stände ein neues Zeitalter des Weltfriedens bevor. Wie viele sind darauf hineingefallen!

So ist es gekommen, daß schließlich die Heimat nicht mehr völlig geschlossen und fest hinter dem Heere stand. In einem Kriege mit Millionenheeren, der sich nicht nur gegen die feindliche Armee, sondern gegen die gesamte Volkskraft richtete, war dies von höchster Bedeutung. Es soll damit kein Tadel gegen das gesamte Volk ausgesprochen werden, das in viereinhalb Kriegsjahren Ungeheures erduldet und eine Widerstandskraft ohnegleichen bewiesen hat, bis es durch die Hungerblockade zermürbt wurde. Nur die Hetzer und Volksverderber sollen an den Pranger gestellt werden, die die Not des Volkes zu ihren politischen Zwecken ausgebeutet haben.

Der französische Abgeordnete Oberst Fabry, der in der französischen Kammer als militärischer Sachverständiger und Vorsitzender des Heeresausschusses hohes Ansehen genießt, behauptete in der Sitzung der Kammer vom 25. Februar 1920: „Wir haben beim Kriegsschluß die deutsche Armee gesehen, so stark gewaffnet, wie eine Armee es nur sein kann, ausgestattet mit einem Material, so vollkommen, wie es nur möglich ist. Was hat ihr gefehlt? Was war die Ursache ihrer Niederlage? Daß sie nicht die einmütige Zustimmung der Heimat und den Willen der Gesamtheit, die notwendigen Opfer des Krieges zu ertragen und den Krieg fortzusetzen, hinter sich hatte. Es ist durch diesen Krieg klar erwiesen, daß auch eine starke Armee, wenn nicht ein zum Kampf entschlossenes und von dem Willen zum Kampf durchdrungenes Volk dahinter steht, sofort zur Ohnmacht verurteilt ist."

Man wird dieser Behauptung gewiß nicht in vollem Umfang beistimmen, denn das deutsche Volk hat „die notwendigen Opfer des Krieges" mit Heldenmut ertragen. Aber es muß doch auch festgestellt werden, daß eine Zeitung, wie der „Vorwärts" am 20. Oktober 1918 schreiben durfte: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letzten Male siegreich hereingebracht zu haben!"

III

Das Heer

Der Untersuchungsausschuß hat sich mit dem Scheitern der Offensive des *Heeres* zu beschäftigen. Auf die Gründe, die zur Meuterei der *Flotte* geführt haben, kann daher hier nicht eingegangen werden.

Nur die Tatsache, daß auch in der Flotte die Revolution von langer Hand vorbereitet worden ist, sei festgestellt.

Die erste größere *Wirkung der revolutionären Propaganda trat auf der Flotte* in der Meuterei im Juli 1917 hervor. Eine große Gefahr kündigte sich an, lange vor dem Umschwung der militärischen Lage im Juli 1918, der angeblich allein den Zusammenbruch und die Revolution zur Folge gehabt hat. Die Revolution brach auf der deutschen Hochseeflotte zwar erst am 29. Oktober 1918 aus. Aber wir wissen jetzt aus dem, was der frühere Angehörige der Marine, Haase, am 30. August 1919 in einer Versammlung des radikalen Seemannsbundes zu Geestemünde geäußert hat, wie lange diese Revolution vorbereitet worden ist: Er sagte: *„Wir haben schon von Beginn des Krieges, von Anfang des Jahres 1915, systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet.* Wir haben von unserer Löhnung alle zehn Tage fünfzig Pfennig gesammelt, uns mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung gesetzt und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen."

Ähnlich wie Haase über die Marine hat sich der Unabhängige Sozialdemokrat Vater in einer Versammlung in Magdeburg im Dezember 1918 über die Vorbereitung der Revolution im Heere geäußert: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. *Seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet.* Die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich; wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. *Die Partei hat eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führten,* es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, *zur Fahnenflucht veranlaßt; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert,* mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die *Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben* sollten. Diese haben die *Soldaten bestimmt, überzulaufen.* Und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Genosse Ledebour sagte auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 in Berlin: „Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach dem Januarstreik von 1918. Nach diesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen, und besonders haben sich Barth, Wegmann, Eckart, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. *Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden konnte, und so haben wir Monat für Monat gewartet.* Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verbindung mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn

die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden ... Und, Parteigenossen, *wir haben die Front bearbeitet,* d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde. Da war die Regierung so gütig, ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front hinauszuschicken, indem sie nach dem Januarstreik alles wegklaute, was ihr denunziert war als Leiter des Streiks, und *jeder Mann, der in den Schützengraben geschickt wurde, war ein Agitator für die revolutionäre Unabhängige Sozialdemokratie,* das war ein Mann, der die Soldaten auf ihre Pflicht als Menschen, als Söhne ihres Volkes und als Soldaten aufklärte."

Der Parteisekretär Rosendal äußerte sich in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 5. Februar 1922 in Andernach: „Auch ich selbst habe seit 1918, als ich schon dreimal zur Front geschickt wurde, nichts anderes getan, als versucht, als Sauerteig zu wirken und die Front zu unterwühlen." („Rhein. Tageszeitung" vom 8. 2. 22. Entnommen aus Mitteilungen des ehemaligen Res.-Inf.-Regts. 27.)

Wie weit die antimilitaristische Agitation zurückreicht, geht auch aus einer Anzeige in dem Anzeigenteil des Buches „Etappe Gent" hervor: „Der Genter Bund, die im Juli 1916 zu Melle bei Gent gegründete antimilitaristische Soldatenorganisation, unterhält noch heute seine Kanzlei zu Berlin usw., und gibt an alle ehemaligen Angehörigen der 4. Armee — soweit sie sich zum Pazifismus bekennen — kostenlose Auskunft über die flandrischen Verhältnisse." (Entnommen aus dem „Deutschen Führer", 1922, Heft 12.)

Äußerst lehrreich für jeden, der etwa noch die planmäßige Unterwühlung des Heeres bezweifeln sollte, ist das erwähnte Buch von Drahn und Leonhard über die *„Unterirdische Literatur",* Hieraus kann man sich von dem Vertrieb der Flugblätter überzeugen, die in den Fabriken von Hand zu Hand gingen, *an die Front schwirrten* oder aus der Luft herabglitten. Der Krieg, so hieß es darin, liege im Wesen des Kapitalismus. Er werde erst aufhören, wenn die kapitalistische Weltordnung beseitigt sei. „Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, das sind die deutschen Junker, die Kapitalisten." Über die Schlachtfelder hinweg wollte der internationale Sozialismus „die Bruderhand dem Volke in Frankreich, in Belgien, in Rußland, in England, in Serbien, in der ganzen Welt reichen". Durch Massenstreiks sollte die Kriegsindustrie zum Stillstand gebracht werden. Schon 1917 richtete sich die Agitation an die Soldaten: „Werdet Soldaten der Revolution!" Im Juli 1918 erschien in vielen Tausenden an der Front ein Flugblatt „Kameraden erwacht!", *„dessen Einfluß auf das Heer deutlich in desorganisierenden Tendenzen, im Nachlassen der Disziplin und Kampfenergie sichtbar wurde",* wie das Buch mit Genugtuung bemerkt. Im Oktober

1918 bewiesen *„massenweise Desertionen, unzählige Scharen von Urlaubern, die mit großer Verspätung oder überhaupt nicht an die Front zurückkehrten, bataillons- und divisionsweises Überlaufen,* daß die Soldaten begonnen haben, ihr Joch abzuwerfen."

In der „Täglichen Rundschau" (26. Juli 1922 ff.) schildert „ein ehemaliger Revolutionär", Breithaupt, der seinerzeit selbst nach Holland desertiert ist, die *planmäßige Organisation der Desertion* folgendermaßen: „Die Taktik des Dolchstoßes war eine dreifache. Sie beruhte erstens auf der intellektuellen *Revolutionierung der Front* durch Verbreitung von Flugschriften, Broschüren und Manifesten, zweitens auf der psychischen Revolutionierung der Front durch die systematische Organisation der Desertion und drittens auf der *organisatorischen Revolutionierung der Heimat* durch die Zentralisation aller revolutionärer Kräfte zu gemeinsamem Kampf. Da der Abgeordnete David (in einer Reichstagsrede) geglaubt hat, die Tatsache der systematischen Organisation der Desertion leugnen zu können, so halte ich es für richtig, zunächst bei diesem Punkt zu verweilen, zumal ich selbst auf Grund meiner damaligen politischen Überzeugung 1917 nach Holland desertiert bin und mich mithin auf Erfahrungen und Tatsachen stützen kann, die dem Abgeordneten David fehlen. Die Organisation der Desertion war eine ganz planmäßige und bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet. Die Hauptstützpunkte für diese Organisation waren in Berlin, Hamburg, Köln, Stuttgart und München. Hier erhielten die Deserteure Lebensmittelkarten, falsche Papiere, Unterkunft, Geld, Marschrichtung zur Grenze und fanden auch eine vorzüglich arbeitende Postvermittlung vor. Gleichzeitig war man an diesen Orten jederzeit über die zuverlässige Besetzung der zu passierenden Grenzposten durch Genossen vollkommen unterrichtet, so daß sich der Grenzübertritt, wenn unterwegs nicht unvorhergesehene Komplikationen eintraten, reibungslos vollzog." Breithaupt macht genaue Angaben über die Organisation in Berlin, Hamburg und Köln und über die Persönlichkeiten der Leitenden. Er fährt dann fort: „Diese wenigen Angaben, die ich noch jederzeit durch Namhaftmachung anderer Persönlichkeiten, die in der Organisation tätig waren, beliebig ergänzen kann, dürften genügen, um zu beweisen, daß die Organisation der Deserteure, nicht, wie der Abgeordnete David meint, nur in der Phantasie eines renommierenden Kommunisten bestanden hat, sondern ein Glied in der Kette des *revolutionären Kampfes gegen den preußischen Militarismus,* dessen verwundbarster Punkt, wie jeder Revolutionär wußte, *die Front* war, gewesen ist."

Die Enthüllungen Breithaupts decken weiterhin auf, welche verhängnisvolle Wirkung die Organisation der Desertion dadurch hatte, daß sie „in einem *systematischen Zusammenhang mit bestimmten Stellen der Entente* im neutralen Ausland stand". Auf Grund seiner

persönlichen Erlebnisse in Holland schildert Breithaupt die Organisation der deutschen Deserteure in *Holland* während des Krieges in den Jahren 1917 und 1918. Die revolutionären Deserteure standen in enger Verbindung mit den holländischen revolutionären Kreisen, hatten ein eigenes Geschäftslokal und unterhielten ein eigenes Blatt „Der Kampf", das in der Druckerei der holländischen Zeitung „Tribüne" gedruckt und nach Deutschland vertrieben wurde. Der Leiter des „Kampfes" stand in unmittelbarer *Verbindung mit dem englischen Spionagechef in Rotterdam, dem die Deserteure sämtlich zugeführt wurden,* um „den üblichen Verhören über Standort ihres Truppenteils, Stimmung im Heer und der Bevölkerung, Lage der Lebensmittelversorgung und ähnliche Dinge unterworfen" zu werden. „Parallel zu dieser Rotterdamer Verbindung lief eine Verbindung in Amsterdam zur Redaktion des deutschfeindlichen Blattes ‚Telegraaf', von dem aus wieder alle Nachrichten unmittelbar an Mister Brain, den Korrespondenten der ‚Times' gelangten." Auf diese Weise, so stellt Breithaupt fest, gingen *den Ententenachrichtenstellen durch die revolutionären Kreise Deutschlands die militärischen Nachrichten zu,* auf die sie besonderen Wert legten! Als im Dezember 1917 bei Gelegenheit einer Verhaftung an der holländischen Grenze die aus Köln überbrachte, für die Leitung der Deserteurorganisation bestimmte Post beschlagnahmt wurde, fand sich darunter „auch ein Brief des Abgeordneten Haase, womit der Beweis erbracht ist, daß bis in die führenden parlamentarischen Kreise hinein nicht nur die Mittel und Wege der revolutionären Bewegung bekannt waren, sondern in entscheidenden Augenblicken auch benutzt worden sind".

Man hat diese schwer belastenden Aussagen Breithaupts damit abzutun versucht, daß man ihn als „Spitzel" bezeichnete. Über die Persönlichkeit Breithaupts und über die Beweggründe, die den damaligen Deserteur jetzt zu den Bekenntnissen veranlaßt haben, ist mir nichts bekannt. Mag seine Persönlichkeit und sein Auftreten unerfreulich sein, soviel geht aus den ganz genauen Angaben hervor, daß sie auf Tatsachen beruhen müssen. Daß der O. H. L. die Tätigkeit der in Holland bestehenden Deserteurvereinigung schon 1917 bekannt war, wird noch erörtert werden. Die Aussagen Breithaupts werden dadurch beweiskräftig bestätigt. Ausdrücklich sei hervorgehoben, daß die Angaben sich bereits auf das Jahr 1917 beziehen. Wiederum ein Gegenbeweis gegen die Behauptung, daß die Revolution lediglich die Folge des Zusammenbruches vom Herbst 1918 gewesen sei, und daß die antimilitaristische Hetzarbeit zu diesem Zusammenbruch keineswegs beigetragen habe.

Die verbrecherische, landesverräterische Tätigkeit der holländischen Deserteurvereinigung — schon daß eine solche Vereinigung bestand, ist ein Schandmal für Deutschland — erfährt eine neue Beleuchtung durch eine Veröffentlichung der „Straßburger Neuen Zei-

tung" vom 23. Juli 1922. In einem Aufsatz über „Die französische Propaganda während des Krieges" wird Bezug genommen auf ein Buch „A travers les lignes ennemies" von Hansi und Tonnelat, in dem die bekannte Tatsache besprochen wird, daß die Franzosen während des Krieges in deutscher Sprache gedruckte Zeitungen in Deutschland zu verbreiten suchten und dadurch eine höchst gefährliche Propaganda ausübten. Es heißt nun weiter: „Eine wertvolle Hilfe erwuchs diesem Werke mit der *freiwilligen Mitarbeit einiger deutscher Kriegsgefangenen,* die zwar Deutsche waren und blieben, aber als Republikaner oder Feinde Preußens und seines erdrückenden Joches ihre Kraft gern in den Dienst der französischen Sache stellten . . . *Ihnen ist es teilweise zu verdanken, wenn in Deutschland allmählich die Wahrheit durchsickerte und der revolutionäre Gedanke an Raum gewann* bis zu jenem Tage, an welchem sich das deutsche Volk von seinen Führern lossagte!" Es kann kein Zweifel sein, daß diese sogenannten Deutschen, die leider Deutsche blieben, aus Überläufern bestanden.

Der *junge Ersatz,* der aus der Heimat an die Front kam, erwies sich im letzten Kriegsjahre zum Teil als verseucht und verdorben. Ohne strenge Zucht aufgewachsen, durch hohe Löhne in der Kriegsindustrie verwöhnt, vielfach antimilitaristisch verhetzt, konnte er der Front wenig Gewinn bringen. Ein siebzehnjähriger Kriegsfreiwilliger, der im September 1918 bei dem Ersatzbataillon des Infanterie-Regiments 13 in Münster i. Westf. eintrat, berichtet, daß seine Kameraden ihm zuriefen: „Euch verfluchte Kriegsverlängerer sollte man alle an die Wand stellen."

Die von der russischen Front nach dem Westen versetzten Leute waren vielfach durch die russischen Verhältnisse angekränkelt und betraten widerwillig den westlichen Schauplatz harter Kämpfe, und gar die aus russischer Kriegsgefangenschaft befreiten Mannschaften waren zum Teil bereits dem Bolschewismus verfallen.

Bereits auf der Fahrt der *Ersatztransporte* nach dem Westen zeigte sich die Disziplinlosigkeit der Mannschaften, die sich schließlich bis zur Widersetzlichkeit und offenen Meuterei steigerte. Gegenüber der Behauptung, daß der Niederbruch der Stimmung im Heer und in der Heimat erst durch das Scheitern unserer Offensive 1918 veranlaßt worden sei, muß festgestellt werden, daß diese Erscheinungen bis in das Jahr 1917 zurückreichen.

Aus den mir vorliegenden Berichten hebe ich folgendes hervor:

Der Bericht eines Transportführers vom 26. August 1917 klagt über Disziplinlosigkeit der Mannschaften. Der Bahnhofskommandant von Würzburg beschwert sich am 27. November 1917 über die Zügellosigkeit eines dort durchgehenden Transportes.

Im Februar und März 1918 mehren sich die Meldungen. Aus den Fenstern der Züge wurde scharf geschossen. Die Mannschaften

stiegen bei jeder Gelegenheit aus und waren nachher nur schwer zum Einsteigen zu bewegen. Viele entfernten sich ohne weiteres auf den Bahnhöfen.

Im April 1918 wird gemeldet, daß das Schießen aus den Transportzügen mehr und mehr einreißt. Größere Ausschreitungen in Bebra meldet die Linienkommandantur C. am 25. April 1918.

Als Beispiel von unerlaubter Entfernung sei angeführt, daß im Mai 1918 eine Division meldete, es hätten sich von einem eingetroffenen Transport von 76 Unteroffizieren und 555 Mann, 3 Unteroffiziere und 80 Mann unterwegs eigenmächtig entfernt und seien nicht eingetroffen.

Aus einem abfahrenden Transportzug wurde nach Meldung aus Nürnberg am 3. Juni 1918 mit Steinen auf den Bahnhofskommandanten geworfen. Die Linienkommandantur Posen meldete am 13. Juni 1918 über einen Transport in Posen, daß die Bemühungen des Bahnhofskommandanten und Adjutanten, Ordnung auf dem Bahnhof zu halten, von den Mannschaften mit dem Ruf „Haut ihn" beantwortet wurde. Bei der Abfahrt wurden Steine auf den Adjutanten geworfen.

In den folgenden Monaten mehren sich die Meldungen, daß aus den Zügen scharf geschossen und mit Steinen auf die Bahnhofskommandanten geworfen wurde, daß die Mannschaften eine drohende Haltung gegen die einschreitenden Unteroffiziere der Bahnhofswache annahmen und Befehle mit dem Rufe „Haut ihn" beantworteten. Das Benehmen grenzte an Meuterei. Sogar Handgranaten wurden aus dem Zuge auf den Bahnhof geworfen.

Woher diese Widersetzlichkeit kam, war unschwer zu erkennen. Man brauchte nur die Aufschriften auf den Zügen zu lesen. Ein Transport in Limburg am 13. Juni 1918 trug die Aufschrift auf den Wagen: „Wir kämpfen nicht für Deutschlands Ehr', wir kämpfen für die Millionär." Nach Meldung der Bahnhofskommandantur Stettin vom 23. Oktober 1918 hielten die Leute eines Zuges *rote Fahnen* aus dem Zuge und riefen: „Nieder mit dem Kriege, es lebe Frankreich!" In Minden fanden sich am 25. Oktober 1918 folgende Aufschriften auf einem Zuge: *„Hoch die Sozialdemokratie"*, „Nieder mit dem Kriege", „Vive la France", „Bolschewiki". Der Bahnhofsvorsteher von Liegnitz stellt am 12. Oktober 1918 die Aufschrift fest: „Nieder mit dem Kriege, schlagt die Dickbäuche tot, *Hoch die Revolution!*" Bei einem Transport in Ostrowo hielt am 27. Oktober 1918 ein Soldat eine Rede mit *Hochrufen auf Liebknecht und Haase.*

Das stellvertretende Generalkommando in Allenstein teilte am 14. Juli 1918 mit: „Von den aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Leuten, auch Unteroffizieren, haben eine ganze Anzahl durch das Miterleben der Revolution jede Disziplin verloren und so viel *bolschewistische Ideen* mitgebracht, daß sie einen unheilvollen Einfluß auf die Kameraden ausüben."

Ein Oberst beklagte sich in einem Briefe aus der Front am 20. September 1918 über den „fast durchweg verseuchten Ersatz, den man aus der Heimat und schlimmer noch aus Beverloo erhält. In Beverloo müssen laut Schilderung von dort kommender Offiziere nahezu bolschewistische Verhältnisse herrschen".

So läßt sich begreifen, daß manche Truppenführer erklärten, lieber auf diesen Ersatz verzichten und mit ihren geringen Stärken weiterkämpfen zu wollen, als ihre Truppe durch schlechten Ersatz verseuchen zu lassen. Dies alles ist im ganzen Heere so bekannt gewesen, daß es keiner weiteren Erörterung bedarf. Man kann es in den Kriegstagebüchern und Berichten der Truppenteile nachlesen. Ich führe nur ein Beispiel aus den auf Grund der Kriegstagebücher herausgegebenen „Erinnerungsblättern" einzelner Regimenter an:

Im Oktober 1918, so wird in den Erinnerungsblättern des Infanterie-Regiments 24 berichtet, kam bei diesem Regiment Ersatz aus der Heimat an, der mit den alten, kriegserprobten Unteroffizieren und Mannschaften gleichmäßig vermischt werden sollte. Zur Verteilung auf die Regimenter der Division stand der Transport auf dem Marktplatz bereit. Es war nicht mehr die volle Zahl der vom Ersatztruppenteil ins Feld geschickten Leute. Nicht wenige waren unterwegs geblieben. Es war ihnen nicht schimpflich erschienen, fahnenflüchtig zu werden. Sie empfanden nicht, wie schmachvoll es war, das Vaterland in höchster Not, im Entscheidungskampf im Stich zu lassen. Und die, die auf dem Platz standen, die ausersehen waren, die Reihen der zusammengeschrumpften Bataillone aufzufüllen und mit frischem, wagemutigem Geiste zu durchdringen, sie ermangelten des Geistes vom August 1914, der bisher das Regiment ausgezeichnet hatte. Nur allzu wenige unter ihnen hatten den festen Willen, ihr Leben für das Vaterland einzusetzen. Trotz aller Sorge bei den Ersatztruppenteilen waren viele durch gewissenlose, jedes Vaterlandsgefühls bare Menschen heimlich, aber zähe und zielbewußt verhetzt und vergiftet worden. So bedeutete das Eintreffen dieses so wichtigen Ersatzes keine Stärkung, sondern eine schwerwiegende Schwächung der Truppe. Als am 1. November der Engländer mit erneutem Großangriff einsetzte, glaubte man nicht, daß die Kompagnien würden standhalten können. Und doch gelang es, nach schmählichem Flüchten zahlreicher Feiglinge, den wenigen alten, pflichttreuen, schneidigen und schlachterprobten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, dem an Menschen und Material zehnfach überlegenen Gegner jeden Fuß breit Boden streitig zu machen. Wahrlich ein ergreifendes Bild davon, wie unsere brave Truppe in dem schwersten Ringen von ihrem aus der Heimat kommenden Ersatz im Stich gelassen wurde. So lautet die ergreifende Schilderung des Regiments 24.

Ein aus dem Unteroffizierstande hervorgegangener Landwehroffizier berichtet („Tägl. Rundschau" 14. 8. 1922):

„Schon im Mai 1917 konnte ich gelegentlich eines Kommandos als Entladeoffizier in Liart, einem der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte hinter der Westfront, beobachten, wie zurückkehrende Urlauber absichtlich ihre Kameraden vom Auffinden ihrer Truppenteile *abzuhalten suchten.* Von ankommenden Mannschaftsersatztransporten war die Hälfte bereits in Deutschland davongelaufen. Das Vieh verendete haufenweise infolge schlechter Pflege in den Güterwagen. In der Heimat aufgehetzte Miesmacher taten im Rücken des Heeres allenthalben ihre Arbeit.

An die Front zurückgekehrt, machte ich bei Übernahme meiner Kompagnie die sonderbare Beobachtung, daß gerade die jungen Leute zu Widerspenstigkeiten gegen Unteroffiziere neigten, und gewisse im Schützengraben belauschte Redensarten besonders radikaler, aus der Heimat eingetroffener Elemente ließen mit Bestimmtheit erkennen, daß hierin System lag. Diese Leute lasen fast ausschließlich sozialistische Lektüre, und die von feindlichen Fliegern abgeworfenen Hetzblätter gegen den deutschen Kaiser und seine Regierung wurden von bestimmten Agitatoren als glaubwürdig ausgelegt. Haufenweise an die Bataillons- und Kompagnieführer gerichtete Briefe der Ehefrauen älterer Soldaten wegen Beurlaubung ihrer Männer ließen den Unwillen der Heimat über die lange Kriegsdauer erkennen. Wir älteren Kompagnieführer hatten unsere Kompagnien trotzdem noch fest in der Hand und bezeichneten derartige Geschöpfe als Miesmacher. Vor dem oben geschilderten Beginn der Offensive sahen wir daher, daß bereits im deutschen Volke für das Gelingen des Ganzen der feste Wille fehlte, und das Wesen hinter der Front mußte dieselbe in ihren Grundfesten erschüttern. Wenn in unserer damaligen demokratischsten Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht der Frontsoldat zusehen mußte, wie die Heimat es duldete und förderte, daß Abertausende von Deserteuren dem Kampfe fernbleiben durften, so verzweifelte, vom Ekel erfüllt, auch der Beste, und auch er wollte seine Haut nicht länger zu Markte tragen."

Man kann sich hiernach ein Bild davon machen, wie es hinter der Front aussah. Bei Besprechung des Ersatzwesens ist bereits darauf hingewiesen worden.

Ein Offizier, der am 2. November 1918 mit etwa 20 anderen Offizieren zusammen unter Führung eines Majors nach Namur in Marsch gesetzt wurde, um dort Ordnung zu schaffen, berichtet, daß sich dort Tausende von Soldaten umhertrieben. Nur der kleinste Teil hatte den Wunsch, zu seinem Truppenteil zu gelangen. Der größte Teil bestand aus Fahnenflüchtigen, Drückebergern und Plünderern, von denen berichtet wurde, daß sie einen Proviantzug überfallen und ausgeraubt und ihre Gewehre an die Belgier verkauft hätten.

Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß, wie auf die Heimat, so auch auf die kämpfende Truppe im Sommer 1918 der Umschlag von

der mit den größten Siegeshoffnungen unternommenen Offensive zu einer auf die Dauer anscheinend aussichtslosen, die härtesten Anforderungen stellenden Verteidigung unter ständigem Rückzug einen schweren Druck ausübte. Die feindliche Überlegenheit wurde immer größer, die eigene Truppe immer schwächer. Erschöpft von dem andauernden Kampf, ohne Ruhe und Rast, immer wieder von neuem in den Kampf geworfen, brach manche brave Truppe zeitweise zusammen. Bewegliche Klagen der Führer drangen immer häufiger bis zur O. H. L., die nicht mehr imstande war zu helfen, je weniger sie über frische Reserven verfügte. Immer aber gelang es schließlich den Führern wieder, mit den zusammengeschmolzenen Resten dem Feinde die Stirn zu bieten. Es wäre richtiger gewesen, frühzeitiger im Jahre 1918 große rückwärtige Stellungen herzurichten und in sie das Heer nach dem Scheitern der Offensive rechtzeitig zurückzuführen. Doch standen dem, wie in meinem früheren Gutachten erörtert, beträchtliche Schwierigkeiten entgegen.

Es ist behauptet worden, daß *die Oberste Heeresleitung* im Sommer und Herbst 1918 nichts von einer Unterwühlung des Heeres gewußt habe. Erst nach dem Kriege habe man diesen Grund hervorgesucht, um das Scheitern der Offensive und den Zusammenbruch zu erklären und jede Schuld von der Heeresleitung abzuwälzen. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen in Widerspruch, wie nachstehende urkundliche Angaben beweisen.

Bereits am 17. November 1915 machte der Generalquartiermeister in einem Erlaß darauf aufmerksam, daß in der Zimmerwalder sozialistischen Konferenz die Absicht zutage getreten sei, das Proletariat aller Länder gegen den Krieg aufzuhetzen. Entsprechende Aufrufe sollen heimlich in Massen im Heere und unter der Bevölkerung Verbreitung finden. „In einem Einzelfall ist bereits bekannt geworden, daß der *erwähnte Aufruf seinen Weg in die Reihen der Armeen gefunden hat.*“

Das preußische Kriegsministerium wies in einem Schreiben vom 2. März 1916 ausführlich auf die Gefährlichkeit der internationalen Bestrebungen der radikalen sozialdemokratischen Minderheit hin.

In einem Bericht vom 1. April 1916 über die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heißt es, daß ein Teil der Minderheit auf die Parteispaltung hinarbeite und daß von dieser Seite eine höchst unpatriotische Stimmungsmache getrieben und auch in die Schützengräben erstreckt werde. Lose Blätter „mit Aufstellungen über die deutschen Verluste, über die Finanzlage, die Lebensmittelnöte wandern ins Feld . . . Kenner schätzen den wöchentlichen Aufwand für die Literatur solcher Art für daheim und das Feld auf wohl 10 bis 20 000 Mark.“

Erneut wies der Generalquartiermeister am 14. April 1916 darauf hin, daß Versuche gemacht würden, bei den Truppenteilen des

Feldheeres für die sozialistische Friedensrichtung Propaganda zu machen und innerhalb des Heeres Unzufriedenheit zu erregen. Gegen die zu erwartende neue Kriegsanleihe, weil „kriegsverlängernd", wurde, wie aus einem Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 12. Juni 1916 hervorgeht, Stimmung zu machen versucht.

Eine Meldung des Armee-Oberkommandos 6 vom 19. Mai 1916 stellte fest, daß im Besitze des Wehrmanns H. sozialdemokratische Flugschriften gefunden wurden, „in denen gegen den Krieg bzw. für Beendigung des Krieges in aufhetzerischer Weise Propaganda gemacht wird . . . Die Flugschriften sind dem Herrn Generalquartiermeister vorgelegt worden."

Auf Umwegen über Stockholm wurde im Mai 1917 bekannt, daß die Engländer bei ihrem Einbruch in die deutschen Linien während der Arrasschlacht „in den deutschen Schützengräben eine Menge Aufwiegelungsliteratur, gerichtet gegen den deutschen Kaiser und seine autokratische Regierung, gefunden" hatten, die zur Übersetzung nach London gebracht worden sei.

Ludendorff wies am 24. Mai 1917 auf die Notwendigkeit hin, besonderes Augenmerk auf zurückkehrende Urlauber hinsichtlich der Mitführung verhetzender Schriften zu richten und das Eisenbahnpersonal im besetzten Gebiet daraufhin zu überwachen, ob sie Flugzettel und Handschriften einschmuggelten oder den Soldaten auf der Fahrt heimlich zusteckten.

In den *„Urkunden" Ludendorffs* befindet sich ein Schreiben des Chefs des Generalstabs des Feldheeres, in dem bereits am 23. Juli 1917 auf den großen Schaden hingewiesen wird, der für die Rüstungsindustrie durch Streiks entstanden sei. „Sie sind nur zum Teil auf die Ernährungslage, im übrigen aber auf Hetzereien, besonders der Unabhängigen Sozialdemokratie, zurückzuführen. Aus einem Bericht des Kriegspresseamtes entnehme ich, daß der Leipziger Demonstrationsstreik auf Aufhetzung durch Anhänger der genannten Partei zurückzuführen ist."

Zwei Tage darauf, am 25. Juli 1917, wird in einem ebenfalls in den Urkunden abgedruckten Erlaß des Generalquartiermeisters darauf hingewiesen, daß von den verschiedensten Seiten versucht werde, bei den Truppenteilen des Feldheeres politische Propaganda zu machen. „So hat eine Zeitung sich unmittelbar an Heeresangehörige gewandt, um eine Abstimmung über Friedensziele zu veranstalten. Ferner besteht die *Gewißheit, daß die Unabhängige Sozialdemokratie eine die Manneszucht im höchsten Grade schädigende Wühlarbeit im Heere betreibt* . . . Insbesondere gilt es zu verhindern, daß Mitteilungen und Flugschriften in die Truppe gelangen, welche geeignet sind, die unbedingte Siegeszuversicht zu mindern und das Vertrauen zu den Führern zu untergraben, und die damit für die Schlagfertigkeit des Heeres verhängnisvoll werden können."

In einer Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 31. Juli 1917, unterzeichnet von Ludendorff, heißt es: „Die Stimmung in der Heimat ist tief gesunken. Bei den engen Beziehungen von Heimat und Heer kann das Heer auf die Dauer nicht unberührt bleiben . . . Diese Erscheinungen sind zum Teil auf wirkliche Notstände, die schwierige Ernährungs- und Kohlenlage, pekuniäre Sorgen, Länge des Krieges, Verlust von Angehörigen usw. zurückzuführen. Zum größten Teil aber sind sie durch die zielbewußte Agitation gewisser staatszerstörender Elemente hervorgerufen, die skrupellos diese Notstände zur Förderung ihrer politischen Ziele ausnutzen und Unzufriedenheit, Verhetzung usw. auf alle Art zu stiften suchen. . . . Die Stimmung aus der Heimat hat tatsächlich schon vereinzelt auf das Heer übergegriffen, wie zahllose Zuschriften bezeugen. Daneben wird versucht, durch eine unmittelbare Beeinflussung die Kampffreudigkeit des Heeres zu beeinträchtigen." Ludendorff fordert dazu auf, den Hetzern und Flaumachern daheim und im Heere entgegenzutreten, „ohne daß die Notlage, die in der Heimat ist, übersehen wird".

Ein Hetzblatt schlimmster Sorte erhielt ein Trainfahrer einer Kolonne der 7. Armee aus München am 2. August 1917 zugesandt. „An dem Tage", so heißt es darin, „an dem der Berliner Zar gefallen ist, wird man uns in Paris und London, in New York und Rom ebenso lieben, wie man heute bei uns den russischen Arbeiter und Soldaten auf einmal gern hat . . . An dem Tage, an dem der deutsche Sozialismus im Berliner Reichskanzlerpalais regiert und Wilhelm Privatmann ist, an dem Tage ist unser Ansehen wieder hergestellt . . . Deutsche Soldaten, denkt nach! Beratet Euch mit Euren Kameraden, versucht zu handeln. Wehrt Euch gegen die Fortdauer des Krieges so energisch wie gegen den Feind! Ersuche um Weitergabe an Ihre Herren Kameraden."

Eine früher in Duisburg erschienene revolutionäre Zeitschrift „Der Kampf" wurde nach erfolgtem Verbot in Amsterdam unter Leitung eines deutschen Deserteurs neu herausgegeben. Der Generalquartiermeister wies in einem Erlaß vom 4. Oktober 1917 darauf hin, daß dieses Hetzblatt, das offen zur Fahnenflucht und Desertion auffordere, seine Hauptabnehmer unter den *in Holland bestehenden deutschen Deserteurvereinigungen* finde, und daß möglicherweise versucht werde, das Blatt von Duisburg oder Amsterdam aus an die Front zu bringen.

Aus einem Bericht des Kriegspresseamtes vom 1. November 1917 ergibt sich, daß das Armeeoberkommando 3 eine im Bereiche der Armee gefundene Broschüre mit der Überschrift „Kaiser und Krieg oder Republik und Frieden" eingesandt hatte. Sie enthielt die Aufforderung, mit dem Losungswort „Republik" sollten alle deutschen Soldaten der Westfront überlaufen. Die Franzosen würden sie dann

nicht als kriegsgefangene Feinde behandeln, sondern als Mitkämpfer und Mitbegründer der deutschen Republik.

Daß auch im Bereiche des Oberbefehlshabers Ost dieselben Versuche, wie auf dem westlichen Kriegsschauplatz, von der Heimat aus gemacht wurden, beweist dessen Erlaß vom 27. Februar 1918: „Staatsfeindliche Kreise der Heimat suchen, vom Geld der Entente unterstützt, den Geist der Truppe mit hetzerischer Propaganda zu verseuchen. Sie arbeiten in stets zunehmendem Umfange mit Flugschriften, Briefen, Handzetteln. Die durch den Chef des Generalstabes des Feldheeres angeordneten Maßnahmen — Augenmerk auf zurückkehrende Urlauber, Überwachung verdächtiger Personen usw. — gewinnen erhöhte Bedeutung." Aus einem Bericht der Zentralpolizeistelle vom 7. August 1918 geht hervor, daß in Kowno „geheime Verbindungen bestanden, deren Aufgabe es war, deutsche Soldaten anzuwerben, die schnellstens mehrere tausend Flugblätter unter den Soldaten verteilen sollten."

Aus den früher erörterten Gründen ist es erklärlich, daß die Gefahr der Verhetzung der Front durch die zurückkehrenden Urlauber im Sommer 1918 an der Westfront stieg. Ludendorff äußerte sich am 23. August 1918 über den Bericht eines Eisenbahnüberwachungsreisenden. Die Stimmung der von der Front nach der Heimat fahrenden Urlauber wird darin als recht gut bezeichnet, während die Stimmung der von der Heimat nach der Front fahrenden Urlauber gereizt und zum Teil recht gedrückt war. Auffallend war, daß, je weiter die Leute sich von der Heimat entfernten, eine um so ruhigere Stimmung platzgriff.

Einen äußerst wichtigen Beitrag zur Feststellung der Wirkung, die die Verhetzung der Mannschaften erreicht hatte, liefert folgender *Bericht des Alpenkorps* vom 15. September 1918:

„Gelegentlich des Einsatzes des Alpenkorps bei der 18. Armee westlich Nesle und bei der 2. Armee nördlich Peronne wurden eine Reihe von Beobachtungen gemacht, die geeignet sind, einen Rückschluß auf die *inneren Gründe der verminderten Widerstandsfähigkeit* der dort im Kampf befindlichen deutschen Truppen zu ziehen. Die nachfolgend angeführten Fälle sind durch die bestimmten Aussagen vieler Offiziere und Unteroffiziere festgestellt.

Beim Einsatz des Alpenkorps westlich Nesle fluteten Angehörige der bisher eingesetzten Divisionen in mehr oder minder großer Auflösung zurück. Den vorgehenden Schützenlinien des bayerischen Infanterie-Leibregiments gelang es trotz energischer Einwirkung nicht, die Leute zum Halten und Wiederaufnehmen des Kampfes zu veranlassen. Daß dies auf mangelnden Geist und eine *durch Agitation hervorgerufene* geflissentliche Verneinung der Manneszucht zurückzuführen sei, beweisen vielfache Äußerungen, daß die Angehörigen des Alpenkorps *Kriegsverlängerer* seien. Auch erfolgten hönische Zurufe,

daß sie „sich dazu hergäben, die so schön entstandene Lücke durch Gegenangriffe zu schließen“ . . . Am 10. August äußerten Leute vor Hallu: „Der Krieg wird so nicht alle, da müssen wir ihn eben alle machen.“ . . . Nach Meldung eines Oberleutnants war besonders bei den in Ham zusammengeströmten Flüchtlingen die Aufforderung, „den Krieg nicht zu verlängern“, vielfach zu hören. . . . Nach Meldung des Jäger-Regiments 2 wurden dessen Mannschaften von zurückkehrenden Infanteristen mit gröbsten Schimpfworten wegen ihres Aushaltens in der Feuerlinie belegt. Ein Wegeposten des Infanterie-Regiments 445 äußerte einem Gefreiten des Reserve-Jägerbataillons 447: „Es ist doch ganz egal, ob wir Deutsche, Franzosen oder Engländer sind.“ . . . II./Feldartillerie-Regiment 204 meldet, daß beim Einsatz in Gegend Templeux la Fosse zu verschiedenen Zeiten gegenüber Mannschaften des Regiments der Ausdruck *‚Streikbrecher‘* fiel.“

Der Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, deren Truppenteile zum Teil durch vorstehenden Bericht belastet worden waren, bemerkte hierzu, daß ihm während der Kämpfe bei Peronne dasselbe über Verhalten und Äußerungen anderer Divisionen berichtet worden sei. *„Jeder, der in der Truppe lebt, weiß, daß die Gesinnung der Leute zum Teil nachläßt und daß dies auf Einwirken aus der Heimat, auf Agenten und Flugblätter usw. zurückzuführen ist.“*

Zahlreiche andere Nachrichten liegen über ähnliche Vorfälle vor. So berichtet Oberleutnant Wetzel in den Kriegserlebnissen der 9. Batterie des Fußartillerie-Regiments 10, daß im Oktober 1918 Infanteristen dem Batterieführer drohend nachriefen: „Schießt Ihr noch?“ In die in der Nähe stehende Feldbatterie kamen Infanteristen mit Handgranaten unter der Drohung: „Wenn Ihr nochmal so schießt, wie heute morgen, machen wir Euch kalt.“

Vom Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht wurde Anfang Oktober 1918 ein älterer Generalstabsoffizier entsandt, um durch Rücksprache mit den Mannschaften möglichst vieler Truppenteile in und hinter der Front sich über die Stimmung der Truppe zu unterrichten. Er berichtete über die durch zurückkehrende Urlauber, durch Briefe und die Presse von der Heimat ausgehende nachteilige Propaganda und meldete, daß auf die Artillerie häufig der Spitzname „Kriegsverlängerer“ angewendet werde. „Ein Offizier sah einen Trupp von etwa 20 Mann durch zwei Engländer in Gefangenschaft abgeführt werden, nahm ein Gewehr und schoß einen dieser Engländer nieder, worauf aus dem Trupp heraus gerufen wurde: Schlagt doch dem Kerl das Gewehr aus der Hand!“

Am 23. September 1918 erging folgendes Telegramm von der O. H. L. an die einzelnen Kriegsministerien: „Immer wiederkehrende Berichte und Meldungen besagen, daß sich an unsere zurückkehrenden Urlauber auf den Bahnhöfen der Heimat Persönlichkeiten heran-

drängen, die durch Überredung versuchen, sie von der Rückkehr zur Front abzubringen."

Daß damals auch schon die Gefahr des Bolschewismus erkannt worden ist, beweist eine Meldung des Armeeoberkommandos 17 vom 6. November 1918 an die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Es heißt darin: „Es ist die Tatsache nicht mehr zu verkennen, daß die Disziplinlosigkeit in unserem Heere in den letzten Wochen und Tagen in erschreckender Weise um sich greift. Die Gefahr des *Bolschewismus* ist groß . . . Einer der Hauptherde des Übels sind die Eisenbahnen, Bahnhöfe und Versprengten-Sammelstellen. Hier, wo Mannschaften aller Waffengattungen in großen Massen zusammentreffen, aus dem Truppenverbande herausgelöst und ohne Aufsicht, haben die Übelwollenden Gelegenheit, willige Zuhörer zu finden und, da in der großen Masse die Schuldigen schwer herauszufinden sind, willkommene Gelegenheit, Disziplinlosigkeiten unverschämtester Art zu begehen. Die übrigen werden um so eher angesteckt, als sie sehen, daß die Schreier straflos bleiben."

Einen wichtigen Beitrag enthalten die Berichte über die Sitzungen der Staatssekretäre vom 28. Oktober und 5. November 1918, in denen die Generale von Gallwitz und Groener Erklärungen abgaben.

In der Sitzung vom 28. Oktober 1918 stellte *General von Gallwitz,* fest, daß die moralische Einwirkung aus der Heimat sich bei der Truppe sehr ungünstig bemerkbar gemacht habe. Ebenso habe oft der Heimatsurlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien vielfach in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen, als sie dahin gegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß wir die Presse aller Richtungen ungehindert hätten im Heere sich verbreiten lassen.

General Groener erklärte in der Sitzung am 5. November folgendes: „Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von *bolschewistischem Geist* angehaucht sind . . . Es ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen der Offiziere wieder zu heben und jeder verhetzenden Propaganda scharf entgegenzutreten . . . Wie soll das heilige Feuer (vaterländischer Begeisterung) erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppe entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz

und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, *richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtmäßig hier zu erklären . . .* Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: *Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus!*"

IV

Die Revolution

Die Revolution raubte uns den letzten Rest von Widerstandskraft und lieferte uns wehrlos dem Feinde aus in dem Augenblick, als Herr Scheidemann von der Freitreppe des Reichstages aus verkündete, daß das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe. Alles kam im Oktober und November 1918 darauf an, dem Feinde gegenüber bei den Waffenstillstandsverhandlungen eine entschlossene Haltung zu zeigen, das Schicksal des deutschen Volkes stand auf dem Spiel. In diesem Augenblick zerbrachen wir mit eigener Hand das Schwert, das die Truppe viereinhalb Jahre lang tapfer geführt hatte. Was durch die revolutionäre Agitation planmäßig von langer Hand vorbereitet und sorgfältig organisiert war, brach plötzlich mit verheerender Wirkung hervor. Die erwähnte Schrift der Dresdener U. S. P. bringt einen Aufruf der Partei vom 4. November 1918, in dem es heißt, daß die „Militärpartei die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Mann zu fordern" wage: „Unverantwortlich wäre es, wenn Ihr den Ereignissen freien Lauf ließet. Seid auf der Hut! Nicht Fortsetzung des Krieges — sondern sofortiger Friede! . . . Haltet Euch zum Eingreifen bereit!" Aber „nicht nur durch solche öffentlichen Aufrufe, sondern vor allem durch intensive Klein- und Minierarbeit hat unsere Partei dem elementaren Ausbruch des Volkswillens in den ersten Novembertagen die Wege geebnet". So sollte den „verzweifelten *Massen des Heeres* und des arbeitenden Volkes der Weg gewiesen werden, der aus Elend und Knechtschaft herausführen konnte."

Ob dieser Weg uns aus Elend und Knechtschaft herausgeführt hat, braucht heute wohl nicht mehr erörtert zu werden.

In der 12. Sitzung des 2. Unterausschusses hat am 15. November 1919 Staatssekretär a. D. Helfferich behauptet, daß „Herr Dr. Cohn von Herrn Joffe sich Gelder der russischen Sowjetregierung zur Verfügung habe stellen lassen, um Deutschland zu revolutionieren". Dr. Cohn hat zugegeben, daß ihm der Botschafter Joffe Geldbeträge übergeben habe, jedoch zur Unterstützung russischer Gefangener und Notleidender in Deutschland, aber auch „zu einem kleinen Teile zur Unterstützung der politischen Zwecke seiner Partei". Staatssekretär a. D. Helfferich hat aber in der darauffolgenden Sitzung vom 17. No-

vember 1919 der Aussage des Dr. Cohn folgende Sätze aus einer von ihm selbst am 26. Dezember 1918 durch das „W. T. B." abgegebenen Erklärung gegenübergestellt: „Bedarf es umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen."

Die Behauptung, die Revolution sei lediglich die Folge des Zusammenbruchs gewesen, ist durch die beigebrachten Zeugnisse widerlegt. Sie ist vielmehr planmäßig von langer Hand aus politischen Gründen vorbereitet und im geeigneten Augenblick durchgeführt worden. *Ihre Folgen für die Widerstandskraft des Heeres waren verheerend.*

Die eigentliche Kampftruppe, so erschöpft und zerschlagen sie war, blieb auch jetzt noch im allgemeinen in der Hand ihrer Führer, bereit, bis zur letzten Kraft zu kämpfen. Aber bei den weiter rückwärts befindlichen Nachrichten-, Kraftfahrer- und Fliegerformationen, bei den Stäben der hohen Kommandobehörden, bei den Ersatzformationen und vor allem in der Etappe lösten sich mit dem Augenblick des Beginns der Revolution alle Bande der Zucht und Ordnung. Die Tausende von „Versprengten", Drückebergern und Fahnenflüchtigen schlossen sich an. Der Gehorsam galt als überlebte Sache. Ein furchtbares Bild bot sich hinter der Front dar, an das nur mit Entsetzen zurückdenken kann, wer es damals mit eigenen Augen beobachtet hat. Kraftfahrer verkauften ihre Wagen, Mannschaften ihre Gewehre und Maschinengewehre an die belgische Zivilbevölkerung. Sie öffneten die Gefängnisse im besetzten Gebiet, stürmten Magazine, plünderten Verpflegungszüge und kämpften um deren Inhalt mit den Einwohnern, stürmten die Transportzüge und zwangen das Bahnpersonal mit Waffengewalt zum Abtransport. Kraftwagen, mit Beute beladen, eilten in wilder Flucht nach der Heimat.

Die traurigste und törichste Erfindung der Revolution waren die *Soldatenräte,* die sich in lächerlicher Gespreiztheit Befehlsbefugnis anmaßen wollten, ohne das geringste Sachverständnis zu besitzen. Sie errichteten Entlassungsbureaus, in denen den Mannschaften willkürlich Entlassungsscheine ausgestellt wurden, griffen in den Verpflegungsnachschub ein, hielten Züge an und verfügten willkürlich über sie, beschlagnahmten die unterwegs befindlichen Kraftwagen, besetzten die Fernsprechstellen und verhinderten die Befehlsübermittlung, beschlagnahmten Magazine und verfügten über deren Bestände. Ich könnte zahlreiche Beispiele aus meiner persönlichen Erfahrung anführen.

Oberstleutnant Niemann („Kaiser und Revolution", S. 148) er-

zählt, wie er in Koblenz einige ganz junge „Räte" in einer engen Schreibstube hockend vorfand. „Einer der Jünglinge hat einen Stapel von Transportanmeldungen und Frachtbriefen vor sich und behauptet, daß er für eine strenge Kontrolle des gesamten Eisenbahnverkehrs verantwortlich sei. Ich suche ihm begreiflich zu machen, daß zu einer solchen Tätigkeit nicht nur Fachkenntnis, sondern auch ein Verwaltungsapparat erforderlich sei. Das sieht er ein und gibt erleichtert das Geschäft auf."

Generalleutnant von Altrock berichtet („Militär-Wochenblatt" 1922, Nr. 50): „Als wir in den schweren Rückzugskämpfen am Ende des Weltkrieges die unheilvolle Wühlarbeit eines der Haupthetzer in der kämpfenden Truppe als amtlich angestellten Soldatenrates beobachteten und ihn fragten, warum er die Arbeit des Feindes täte, antwortete er dreist: *Wir haben die Aufgabe, die Truppen derart zu zersetzen,* daß auch nicht ein Truppenteil unter irgendeinem tatkräftigen General uns noch gefährlich werden kann."

Einen ähnlichen Vorfall berichtet Generalleutnant a. D. Wellmann. Nachdem die Soldatenräte in Tätigkeit getreten waren, sprach einer von diesen Jünglingen offen aus: „Daß das deutsche Heer nicht weiterkämpfen kann, dafür haben wir mit unseren Arbeitergroschen gesorgt."

Es soll nicht verkannt werden, daß in manchen Fällen auch besonnene Männer sich im Soldatenrat geltend zu machen und in beruhigendem Sinne zu wirken versuchten. Aber auch in diesen Fällen fehlten ihnen die Sachkenntnis und das Ansehen, um die Befehlsgewalt auszuüben, die sie sich anmaßten. Die ganze Einrichtung beruhte auf der kläglichen Nachäffung der Vorgänge bei der russischen Revolution. Befehlen kann nur einer in der Truppe, das ist der Vorgesetzte, zumal in der Stunde der äußersten Gefahr, wie sie im November 1918 eingetreten war.

Geradezu vernichtend wirkte die Revolution im Rücken des Heeres auf das Verbindungs- und Transportwesen. Die wichtigsten rückwärtigen Verbindungen des Heeres waren aufs äußerste gefährdet, die Rheinbrücken gesperrt, die Bahnhöfe in Aachen, Köln, Düsseldorf usw. von Meuterern besetzt, die das gesamte Verkehrswesen in der Hand hielten. Der Nachschub war gesperrt, ohne den das Heer nicht verpflegt werden konnte.

So allein erklärt sich das Telegramm Hindenburgs vom 10. November 1918, in dem gesagt wird, wenn die im Telegramm bezeichneten Erleichterungen der Bedingungen nicht erreicht werden könnten, sei trotzdem der Waffenstillstand abzuschließen. Die Revolution machte jeden weiteren Widerstand unmöglich, nun mußte unterschrieben werden.

Die Revolution hat dem Heere im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen, nachdem eine lange Wühlarbeit vorher es zu

untergraben versucht hat. Insofern ist die „Dolchstoß-Legende" kein unklares und gefährliches Schlagwort, wie behauptet worden ist. Das Wort vom Dolchstoß ist eine klare Bezeichnung für eine der traurigsten und beschämendsten Tatsachen.

V

Hätten wir im November 1918 weiterkämpfen können, wenn die Revolution dies nicht verhindert hätte?

Es ist behauptet worden, wir hätten im Herbst 1918 eine so vernichtende Niederlage erlitten, daß wir nicht mehr imstande gewesen seien, weiterzukämpfen. Weder die revolutionäre Unterwühlung des Heeres, noch die Revolution selbst trage daher die Schuld daran, daß wir die Waffenstillstandsbedingungen hätten unterschreiben müssen.

Es muß klar ausgesprochen werden, daß von der Möglichkeit eines Sieges im Herbst 1918 nicht mehr die Rede sein konnte. Der Krieg war endgültig verloren. Auch ein Verständigungsfrieden war nicht mehr zu erreichen, sondern es konnte sich *bei weiterem Widerstand nur darum handeln, einen allzu ungünstigen Abschluß des Krieges zu verhindern.* Unsere Ehre verlangte, die Waffen nicht eher zu strecken, als bis jeder weitere Widerstand unmöglich war. So weit war unsere Kraft aber im Herbst 1918 noch nicht erloschen.

Nach allgemeinem Urteil, das damals aus der Front ausgesprochen wurde, griff der Feind in der letzten Zeit nicht mehr energisch an. Unsere Zahl war gering, unsere Truppe erschöpft. Aber der Kern der Truppe, der nach Abgang der Drückeberger, Fahnenflüchtigen und Überläufer übrig geblieben war, schlug sich noch immer gut. Die schlechten Elemente, die aus der Heimat kamen, verflüchtigten sich schnell im feindlichen Trommelfeuer. Nach wie vor war die Artillerie die kräftigste Stütze unserer hart bedrängten Infanterie.

In dankenswerter Weise hat *„Ankers Wochenschau"* in verschiedenen Nummern vom November 1921 sowie eine von Anker und Held herausgegebene Broschüre „Frontstimmen" zur Klärung dieser Fragen beigetragen. Annähernd 300 Aussagen von Mannschaften und Offizieren, vom Musketier bis zum General, sind dort gesammelt, die sich auf Befragen über die Lage Anfang November 1918 äußern.

Der Nachschub an Mannschaften wird für „miserabel" erklärt, er „verseuchte die gute Truppe". „Der junge Ersatz aus der Heimat minderte den Kampfwert. Diese Leute schleppten Kampfmüdigkeit und Feigheit ein."

Vielfach lauten die Mitteilungen dahin, daß die Truppe müde, erschöpft, ruhebedürftig sei. Die weit überwiegende Zahl der Aus-

sagen bestätigt aber, daß der Kampfwert noch gut, mehrfach sogar ausgezeichnet sei. Die Artillerie wirke vorzüglich. Sehr erschöpfte Truppen versichern, nach einer Ruhepause von einigen Tagen, einzelne nach einigen Wochen wieder kampffähig, sogar angriffsfähig zu werden. Nur vereinzelt wird die Truppe als zu sehr überanstrengt bezeichnet, so daß der Kampfwert gering und längerer Widerstand zweifelhaft sei.

Allgemein fühlte sich die Truppe noch immer dem Feinde überlegen, der nur geringe Angriffslust zeige. Franzosen und Engländer, noch mehr die Belgier, sind angriffslustig. Der Feind folgt vorsichtig, Erfolge erreicht er im Angriff nur durch Tanks. Die Amerikaner gehen tapfer und rücksichtslos vor, aber sie sind „Anfänger", „mit ihnen wären wir fertig geworden".

Fast alle Befragten erklärten, daß sie noch lange hatten Widerstand leisten können: einige sprechen von einigen Wochen, viele glaubten ihre Stellungen mehrere Monate, „noch lange", „bis zum Frühjahr 1919", „mindestens noch ein Jahr", sogar „auf unabsehbare Zeit" halten oder weiterkämpfen zu können. „Allgemein erwartete man erneuten Widerstand an der Maas", man glaubte diese Linie noch lange halten zu können.

Auch unsere Gegner haben anerkannt, daß unsere Truppe sich bis zuletzt gut schlug. „Während Deutschland in voller Gärung war, und die hinter der Front und in den Ersatzformationen befindlichen Mannschaften die rote Fahne aufpflanzten, schlug sich die vorderste Linie im Oktober andauernd hartnäckig". So berichtet beispielsweise der französische General X. Y. („Réflexions sur l'art de guerre"). Unsere Maschinengewehre und die geschickt angelegten Zerstörungen und Verbindungen hätten dem Vormarsch der Alliierten große Schwierigkeiten bereitet. Feldmarschall Haig bestätigt dies, wie noch zu erörtern sein wird.

In der erwähnten Sitzung der Staatssekretäre vom 28. Oktober 1918 erklärte *General von Gallwitz,* gewiß ein kriegserfahrener Führer, der seine Worte sorgfältig abzuwägen pflegte, daß die schwachen Divisionen sich noch immer gut gehalten hätten, und daß das Heer noch widerstandsfähig sei. Es sei noch ein guter Kern darin. Bevor wir weiterkämpften, müsse ein gewaltiger Appell an Heimat und Heer ergehen. Ein Sieg sei allerdings nicht mehr möglich. Hielten wir aber den Winter aus, so würden wir einen besseren Frieden bekommen. Solange die Armee noch Widerstandskraft besitze, dürfe man vom Standpunkte der nationalen Ehre nicht Schicht machen. Über den Feind urteilte General von Gallwitz ebenso, wie die erwähnten Frontkämpfer, daß seine Angriffskraft sehr gesunken sei. Auch die Amerikaner ließen nach den schweren Verlusten, die sie erlitten hatten, sehr nach.

General von Mudra stimmte diesem Urteil durchaus zu und

betonte mehrfach, daß wir keine Veranlassung hätten, die Flinte ins Korn zu werfen. Bedenken erregte nur bei beiden Generalen die Möglichkeit des Zusammenbruchs der österreichisch-ungarischen Monarchie. Doch schwächte General von Gallwitz diese Bedenken nachträglich ab.

Da diese Aussagen in der Zeit nach dem Kriege Mißdeutungen ausgesetzt gewesen sind, haben die beiden Generale am 28. November 1922 eine Erklärung veröffentlicht, die ich, da es sich um die Stellungnahme zweier hervorragender Heerführer zu den vorliegenden Fragen handelt, im Wortlaut wiederzugeben für nötig halte. Sie lautet:

Minister Dr. *Köster* hat seiner Abhandlung „Konnten wir 1918 noch weiterkämpfen?" eine Fortsetzung unter dem Titel *„Fort mit der Dolchstoßlegende!"* folgen lassen. In ihr erwähnt er unsere Tätigkeit in der Kabinettssitzung vom 28. Oktober 1918 zu dem sichtlichen Zweck, unsere Darlegungen als bestimmend für die entsagende Auffassung des Kabinetts hinzustellen. Demgegenüber halten wir uns für verpflichtet, den Verlauf unserer damaligen Sendung vor der Öffentlichkeit klarzulegen. Wir halten uns hierzu für berechtigt, nachdem Seine Majestät der Kaiser selbst in seinen „Ereignisse und Gestalten" auf Seite 235 einen Teil unserer Tätigkeit skizziert hat.

Am 26. Oktober wurden wir aus dem Felde telegraphisch nach Berlin beordert und am 27. abends von Wildpark aus durch den Chef des Militärkabinetts, General Frh. v. Marschall, nach dem Neuen Palais geführt. Außer ihm wohnte dem Vortrage bei Seiner Majestät nur der Kommandant des Hauptquartiers, Generaloberst v. Plessen, bei. Der Kaiser gab einen Abriß der politischen Lage und forderte von uns Bericht über den Zustand unserer Armeen und die Absicht weiteren Widerstandes.

Ich, der mitunterzeichnete General v. Gallwitz, legte zuerst unsere Auffassungen dar, deren völlige Übereinstimmung wir schon während der Reise festgestellt hatten. Sie gliederten sich in folgende Punkte:

1. Schildern der unsere Kraft abschwächenden Umstände und Einflüsse: Große Verluste infolge der andauernden Kämpfe, Schwäche der Einheiten, Minderwertigkeit des Ersatzes, Nachlassen der Moral durch Müdigkeit und heimische Einflüsse, *Zunahme der Drückeberger, Schädlichkeit der ungehemmten sozialistischen Propaganda.*

2. Demgegenüber Vorhandensein *vortrefflicher* Elemente als Stamm; höchste Zähigkeit im Halten durch die auf Maschinengewehr und Geschütz gestützten dünnen Linien, glänzende Einzeltaten, bei meiner Heeresgruppe gefördert durch das Gefühl *militärischer Überlegenheit* den jungen amerikanischen Truppen gegenüber, wenngleich diese durch große zahlenmäßige Stärke und vortreffliche Waffenausrüstung drückten.

3. Ergebnis: Auf einen Sieg im vollen Sinne des Wortes ist nicht mehr zu rechnen; *aber wir halten und können es auch weiter.* Zur

Festigung des Widerstandes sind besondere Maßnahmen nötig, nämlich a) baldige Zurücknahme der Heeresgruppen Rupprecht und Kronprinz in die wesentlich kürzere Antwerpen—Maas-Stellung, die, wenn auch nicht ausgebaut, doch manche natürlichen Vorzüge bietet. Nur hinter einer klaren Linie können die ermüdeten Truppen sich erholen, die abgekämpften herausgezogen werden und für die Heeresgruppe Gallwitz die Unterstützungen verfügbar gemacht werden, deren sie als Scheitelpunkt der Bewegung zum unbedingt notwendigen Feststehen zwischen Maas und Mosel bedarf; b) Hebung des Geistes durch einen großzügigen Appell an Heer und Volk im Sinne von 1813. Es empfehle sich hierbei, daß Seine Majestät wieder mehr hervortreten, als in der letzten Zeit geschehen; anderseits würde der Aufruf dem inzwischen veränderten Regierungssystem entsprechend von Kaiser und Regierung gemeinschaftlich auszugehen haben behufs sichererer Einwirkung auf die linksstehenden Kreise.

Ich, der mitunterzeichnete General *v. Mudra,* schloß mich diesen Ausführungen im ganzen Umfange an. Ich unterstrich besonders die in der erheblich kürzeren Antwerpen—Maas-Stellung gegebene Möglichkeit, mehr Truppen aus der vorderen Linie in Ruhestellung zurückzunehmen und Reserven zu bilden.

Seine Majestät war mit unseren Vorschlägen einverstanden und beauftragte uns, dem Reichskanzler und dem Regierungskabinett Aufschluß zu geben und die vorgeschlagenen Maßnahmen zu begründen.

Am 28. Oktober vormittags wurden wir von dem zu Bett liegenden *Prinz Max von Baden* empfangen und wiederholten unsere Darlegungen. Er ging bereitwillig auf unsere Vorschläge ein und betonte, daß er der Einleitung eines Waffenstillstandes nicht geneigt gewesen wäre und seine Auffassung auch gegen die Meinung des Kabinetts vertreten haben würde, wenn er nicht von der Obersten Heeresleitung dazu gedrängt worden wäre.

Von 11 Uhr vormittags ab wohnten wir einer *Sitzung des sogenannten Kriegskabinetts* unter Vizekanzler v. Payer bei; alle Staatssekretäre waren anwesend. Wir beleuchteten wiederum die militärische Lage und schlossen mit der Aufforderung zum Durchhalten und zur Neubelebung des Volksgeistes. In der sich anschließenden Erörterung wurden alle militärischen Seiten der Lage und hineinspielende politische Rücksichten durchgesprochen. Gleich zu Beginn wurde auch hier betont, daß das Kabinett an der Einleitung des Notenwechsels mit Wilson unschuldig wäre; es sei hierzu getrieben worden. Uns fehlte das Material, gegen diese Darstellung bestimmt aufzutreten, obwohl wir sie höchst peinlich empfanden.

Wie die Lage jetzt war, ging die Neigung der Regierungsvertreter überwiegend auf sofortige Durchführung von Friedensverhandlungen. In der Wertschätzung des zu organisierenden weiteren Widerstandes, der nach unserer Meinung die beste, ja die notwendige Unterlage für

Verhandlungen abgeben mußte, zeigten sich merkliche Abstufungen unter den Staatssekretären. Wir bemühten uns, die zaghaftere Richtung zu überzeugen. Als Staatssekretär Gröber die Besorgnis äußerte, wir würden durch Fortsetzung des Widerstandes nur unsere Lage verschlimmern und später vom Feinde noch ungünstigere Bedingungen auferlegt erhalten, rief ich (Gallwitz) ihm zu: „Sie werden *jetzt die allerübelsten* Bedingungen erfahren!" Der Kriegsminister, General Scheüch, und der Vertreter der Marine legten die noch angängigen Maßnahmen für Schaffung von Ersatz, Mehrung der Kriegsrüstung bzw. Wiederaufnahme des U-Bootkrieges dar. Den vom Kriegsminister vorgeführten, nicht unerheblichen Ziffern gegenüber machte Staatssekretär *Scheidemann* geltend, die einzuziehenden 150 000 Rüstungsarbeiter würden für das Heer keinen Zuwachs an Kraft, sondern eher ein Element innerer Schwächung darstellen. Ich (Gallwitz) appellierte darauf, an ihn gewandt, daß ich es in solcher Lage des Vaterlandes für die strenge Pflicht aller Führer der Arbeiterschaft ansähe, die Leute zu richtiger Auffassung und Pflichterfüllung zusammenzureißen.

Wir hatten immerhin den Erfolg, daß nicht mehr über die Frage des Durchhaltens an sich, sondern über Art und Umfang der Mittel dazu verhandelt wurde. Da gegen 1 Uhr kam Staatssekretär Solf in den Saal und verlas ein Telegramm, nach dem soeben *Österreich-Ungarn* die Entente um *Separatfrieden* gebeten habe. Eine tiefe Baisse-Stimmung bemächtigte sich des Kabinetts. Auch wir konnten uns dem Ernst des Augenblicks nicht entziehen, gingen aber alsbald zur sachlichen Behandlung der nun eintretenden Möglichkeiten über. Wir rieten durchaus davon ab, die Flinte ins Korn zu werfen. Die Wege vom Balkan und von Italien her zu uns waren weit; im Osten standen noch zahlreiche Divisionen von uns, die herangeholt werden könnten. Auch wäre abzuwarten, ob aus Österreich-Ungarn ein toter Puffer zwischen uns und dem Süden würde oder ob es der Entente wirklich das Zugeständnis des Durchmarsches machen würde.

Zu den von Minister Dr. Köster wiedergegebenen Äußerungen meinerseits bemerke ich (Mudra): Nach dem Zusammenbruch Österreichs handelte es sich für uns allerdings darum, den Entschluß, in die Antwerpen—Maas-Stellung zurückzugehen, *sofort* zur Durchführung zu bringen. Hier mußte und konnte der Kampf fortgesetzt werden. Es kam auf Zeitgewinn für die Verhandlungen mit dem Gegner an.

Die dreistündige Sitzung endete mit folgendem *Beschluß des Kabinetts* (sinngemäß, nicht dem Wortlaute nach):

„Die nächste Antwort Wilsons auf unsere Frage nach dem bestimmten Sinn seiner letzten Note muß abgewartet werden. Falls sie tödliche oder entehrende Bedingungen stellt, soll der große

Appell an Volk und Heer einsetzen unter Abbruch der Verhandlungen. Nach Erzielen weiterer militärischer — wenn auch passiver — Erfolge Sondieren der Entente, ob sie vernünftigen Bedingungen geneigter geworden. Falls nicht, dann Schluß, sobald der Krieg ins eigene Land getragen oder sich der Einfluß des österreichischen Ausfalls über Erwarten schwerwiegend geltend macht."

Diese nach dem Vorhergegangenen verhältnismäßig entschlossen klingende Auffassung begegnete bezüglich ihrer Überzeugungstreue in uns einigen Zweifeln auf Grund des Auftretens mehrerer Beteiligter. Als wir beide den Saal verließen und damit die Gelegenheit kurzen Meinungsaustausches hatten, war uns kein Zweifel, daß die timide Richtung obsiegen würde. Um noch ein übriges zu tun, bat ich Staatssekretär *Solf* nochmals heraus und wies ihm für den Fall eines friedlichen Durchzugs durch Österreich des genaueren unsere unter Mackensen, Kirchbach und Prinz Leopold im Osten noch vorhandenen Kräfte — etwa 28 Divisionen — nach mit dem Streben, die Maßnahmen des Kabinetts in entschiedenere Richtung zu leiten. Warum es dazu nicht gekommen, geht über den Zweck dieser Zeilen.

Am 29. Oktober mittags berichteten wir, Allerhöchstem Befehle entsprechend, in Spa dem *Feldmarschall von Hindenburg* über unsere Sendung. Unser Versuch, die Regierungsmänner zum Widerstande zu ermuntern, hatte seinen vollen Beifall; ebenso die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen mit Ausnahme des *sofortigen* Abmarsches in die Antwerpen—Maas-Stellung, gegen den der Feldmarschall starke Bedenken hegte. Der Abmarsch wurde gleichwohl einige Tage später befohlen, kam aber infolge der Ereignisse des 9. November nicht mehr zur beabsichtigten Durchführung und Geltung.

Wir haben unsere Tätigkeit Ende Oktober 1918 nach bestem Wissen schildern zu müssen geglaubt, um nicht durch Tendenz-Schriftsteller in eine „Flaumacher-Legende" verwickelt zu werden. *Leichtfertiges Nachgeben, wie es wenige Tage darauf im Walde von Compiègne unser Schicksal besiegelte, lag uns fern.* Zur Bekräftigung dieses Standpunktes darf ich (Gallwitz) anführen, daß, als am 30. Oktober, also nach den Berliner Vorgängen, eine bekannte politische Persönlichkeit an mich die Frage stellen ließ, ob weiterer Kampf noch Aussicht hätte, ich nur antwortete: *„Unbedingt ja."*

v. Gallwitz,
General der Artillerie a. D., zuletzt Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe.
v. Mudra,
General der Infanterie a. D., zuletzt Oberbefehlshaber der 17. Armee.

Zur Lage Anfang November 1918 teilt *Generaloberst von Einem*, Oberbefehlshaber der dritten Armee, mit, daß seine Armee, ohne vom Feinde gedrängt zu werden, die Maas erreichte. „Wir waren der festen Überzeugung, daß wir den Winter über in erst zu schaffenden Stellungen dort verharren würden. Der Geist der Truppe war gut, sie fühlte sich überlegen. Da nichts vorbereitet war, so verhehlten wir uns nicht, daß das Halten der Maas schwer sein würde. Aber wir zweifelten nicht daran, den Feind jedesmal wieder zurückzuwerfen."

Wir waren in den Tagen vor Abschluß des Waffenstillstandes im Rückzug in die Antwerpen—Maas-Stellung begriffen. Vielleicht haben wir aus politischen Gründen zu lange gezögert, in große *rückwärtige Stellungen* zurückzugehen. Wir wollten während der Verhandlungen über den Waffenstillstand nicht den Eindruck der Schwäche machen. Aber die Verhandlungen zogen sich lange hin, und die Truppe erschöpfte sich in den beständigen Kämpfen.

Zweifellos hätten wir aber nunmehr in der Antwerpen—Maas-Stellung Halt machen und erneuten Widerstand leisten können. *Nötig war hierzu eine Atempause.* Würde sie der Feind uns gewährt haben?

Ausführlich verbreitet sich darüber der englische *General Maurice* („The last four months"). Zwar wird seine Darstellung stark von dem Bestreben beeinflußt, unsere Niederlage als die Folge der überlegenen Feldherrnkunst des Marschalls Foch hinzustellen. Er schiebt daher die zahlreichen anderen Umstände, die auf den Verlauf des Jahres 1918 eingewirkt haben, vielfach beiseite und sucht die deutsche Niederlage als durch die Gewalt der Waffen erzwungen und als möglichst groß darzustellen. Um so schwerer wiegt sein Urteil, wenn er trotzdem zugeben muß, daß auch dem alliierten Heere im Oktober und November 1918 eine Grenze gesetzt war.

Bekanntlich hat sich unsere Oberste Heeresleitung gegen die in der zweiten Note Wilsons sich ankündigenden scharfen Bedingungen aufgelehnt. Ludendorff erklärte am 11. Oktober, daß der Krieg von uns weitergeführt werden könnte, wenn eine Kampfpause eintrete. Tatsächlich war nun das Vorgehen der Ententetruppen nach der Darstellung des Generals Maurice in der ersten Hälfte des Oktober durch die unzureichenden Verbindungen verzögert worden. Besonders das Nachschubwesen der Amerikaner war so unzulänglich, daß man von einem völligen Zusammenbruch des Nachschubs sprechen kann.

Am *11. November* hatten die im Vormarsch gegen die Maas begriffenen Alliierten nach Maurice *die äußerste Grenze erreicht, bis zu der der Nachschub folgen konnte.* Die Länge der Verbindungslinien, der Zustand der Bahnen, der Mangel an rollendem Material, die Zerstörung der Verbindungen durch die Deutschen bewirkten, daß am 11. November der Nachschub nur bis

zu einer Linie von 35 bis 50 Meilen (56 bis 80 Kilometer), in gerader Linie gemessen, hinter der Front vorgebracht werden konnte. Nach den Wegen gemessen, stieg die Entfernung oft aufs Doppelte. Die Lastkraftwagen waren nicht imstande, auf den zerstörten Wegen diese Entfernung zu überbrücken. Am 11. November war bei der 4. englischen Armee die Hälfte der Lastkraftwagen zusammengebrochen. Der Truppe konnte nur das Allernotwendigste nachgeführt werden, an Verpflegung verfügte sie über das, was der Mann bei sich trug.

Erst sechs Tage nach Beendigung des Kampfes, am 17. November, begann das Vorgehen der Engländer. Nur 16 von den 59 englischen Divisionen, also weniger als ein Drittel, traten an. Es war unmöglich, auch diesen kleinen Teil mit allem Notwendigen zu versehen. Anfang Dezember mußte wieder ein Halt eingelegt werden, weil der Nachschub durch die Eisenbahn nicht Schritt hielt.

Ähnlich war die Lage bei den Franzosen, Belgiern und Amerikanern. Es handelte sich aber nicht allein um den Nachschub für die Truppen, sondern auch um die Ernährung einer großen Zivilbevölkerung und einer großen Zahl befreiter Kriegsgefangener, die die Deutschen zurückließen. Das alles belastete den Nachschub außerordentlich.

Ein weiter, schneller Vormarsch über die Maas, der den Krieg durch ein großes Sedan beendet hätte, kam nach Maurice hiernach gar nicht in Frage. *Wären die Feindseligkeiten fortgesetzt worden, so hätten die Alliierten einen Halt machen müssen,* bis die Wege und Eisenbahnen hinter ihnen hergestellt worden wären und der Nachschub regelmäßig gearbeitet hätte. *Man hätte also den Deutschen eine Atempause gewähren müssen,* die ihnen gestattet hätte, die Ordnung herzustellen und hinter die Maas zurückzugehen. Dort konnten sie sich auf sehr viel kürzerer Front in einer starken Stellung festsetzen. Eine große Schlacht, die viele Menschenleben gekostet hätte, wäre erforderlich geworden. Den größeren Teil von Belgien einschließlich Brüssel und Antwerpen und das Industriegebiet von Charleroi hätte man der Zerstörung preisgeben müssen.

General Maurice bespricht auch die Aussichten des von Foch für den 14. November in Aussicht genommenen großen *Angriffs in Lothringen* beiderseits Metz. Auch hierbei hätte man mit großen Verlusten rechnen müssen und hätte einen großen Teil Lothringens den Verwüstungen des Krieges und den Zerstörungen durch die Deutschen bei ihrem weiteren Rückzug ausgesetzt.

Die Ausführungen des Generals werden vom *Feldmarschall Haig* in seinen 1919 gesammelt herausgegebenen Kriegsberichten bestätigt. Wenn auch er den Ruhm für die Alliierten in Anspruch nimmt, die Deutschen entscheidend geschlagen zu haben, muß er doch zugeben, daß der weitere Vormarsch im November aus denselben

Gründen, die Maurice angibt, erheblich erschwert worden wäre. Tatsächlich sind schließlich Divisionen auf 130 bis 160 Kilometer entfernte Bahnhöfe angewiesen gewesen, von denen nur schlechte Wege zur Front führten. „Der Vormarsch wäre erheblich verlangsamt worden, wenn er angesichts des Widerstandes selbst eines geschlagenen Feindes hätte ausgeführt werden müssen. Die Schwierigkeiten der Versorgung wären in vieler Hinsicht ganz außerordentlich gestiegen, besonders durch die Notwendigkeit, große Munitionsmengen nachzuführen."

In einem fachmännischen französischen Werk (Le Henaff, „Les chemins de fer français", S. 193 ff.) wird nachgewiesen, daß die deutschen Eisenbahnzerstörungen den Vormarsch der Alliierten im Herbst 1918 erheblich hemmten. Wenn die Zerstörungen in derselben Weise bis zum Rhein fortgesetzt worden seien, wären die Operationen mehrere Monate zum Stillstand gekommen.

Eine ähnliche Ansicht hat Haig bei der *am 25. Oktober* stattgefundenen *Beratung der alliierten Heerführer* nach Angabe André Tardieus vertreten. Er sprach sich für gemäßigte Waffenstillstandsbedingungen aus. *Die verbündeten siegreichen Armeen seien am Ende ihrer Kräfte, Deutschland aber sei militärisch noch nicht gebrochen.* „Während der letzten Wochen sind die deutschen Armeen *tapfer kämpfend in bester Ordnung zurückgegangen.*" Pétain dagegen war für scharfe Bedingungen, glaubte aber, daß die Deutschen sie nicht annehmen würden. Foch schloß sich ihm an. Auf die Frage des Obersten Rates, ob durch harte Bedingungen der Krieg verlängert würde und wie lange er dann dauern könne, erwiderte Foch, das könne niemand sagen: er könne drei, vielleicht aber auch vier bis fünf Monate dauern.

Auch der Vertreter Amerikas im Obersten Rat, General Bliß, meinte, das deutsche Heer sei zwar geschlagen, aber noch nicht gebrochen, vielmehr noch in beträchtlicher Stärke gefechtsfähig gewesen. Es hätte wohl noch Stellungen einnehmen können, von denen aus es *die weiteren Verhandlungen beeinflussen konnte. „Nur die Revolution hat dies verhindert!"*

Aus allem geht hervor, daß wir im November tatsächlich noch hätten weiterkämpfen können. Im deutschen Heere herrschte damals die Empfindung, daß die Kräfte des Feindes nach den ununterbrochenen Kämpfen doch auch erlahmen müßten. Würde er ganz Belgien durch die Fortsetzung des Kampfes der Zerstörung preisgeben, würde er es auf neue, große Kämpfe ankommen lassen, oder hatte er nicht auch ein Interesse an der Beendigung des Krieges? So dachten wir damals, ohne die Gewißheit zu haben, die man im Kriege niemals haben kann. Heute wissen wir es.

Die Atempause, die die Truppe brauchte und von der Ludendorff in der Sitzung der Staatssekretäre vom Oktober die Möglichkeit der Weiterführung des Krieges abhängig machte, wäre uns in der Tat

gewährt worden. Wir hätten Zeit gewonnen, uns in der Antwerpen—Maas-Stellung zu neuem Kampf zu ordnen, den Widerstand weiter rückwärts, sei es an der Grenze, sei es selbst am Rhein, fortzusetzen und den Feind vor die Frage zu stellen, ob er es auf neue große Kämpfe ankommen lassen oder seine Bedingungen ermäßigen wollte.

Trotz der Verluste und trotz des außerordentlich hohen Abgangs an Drückebergern wäre es möglich gewesen, soviel Ersatz dem Heere zuzuführen, daß der Kampf, zwar nicht auf die Dauer, aber auf eine bemessene Zeit weitergeführt werden konnte. Die Kriegsindustrie war imstande, das erforderliche Heeresgerät und die Munition zu beschaffen. Auch die Betriebsstoffe für Flugzeuge und Kraftwagen reichten noch auf einige Zeit hin. Der Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei und Österreich-Ungarns erschwerte unsere Lage zwar außerordentlich und machte sie auf die Dauer unhaltbar, verhinderte uns aber nicht, zunächst noch Widerstand zu leisten.

Wie der Verlauf sich gestaltet hätte, wenn wir weitergekämpft hätten, vermag niemand zu sagen. Daß die Möglichkeit vorlag, durch die Fortsetzung des Widerstandes einen besseren Waffenstillstand zu erreichen, kann wohl nicht bezweifelt werden. Dann mußte aber die Gelegenheit ergriffen werden. Es war dies ebenso eine politische Notwendigkeit wie ein Gebot der Ehre. Der Feind hat angenommen, daß wir so handeln würden. Aber er hat, wie der Franzose Pierrefeu bitter bemerkt, „sich über die Stärke des deutschen Ehrgefühls getäuscht". „So endete der Kampf", wie ein anderer Franzose, Oberstleutnant Corda sagt, „mit der schimpflichen Kapitulation der deutschen Armeen, die ihr gesamtes Kriegsgerät ablieferten, ohne den Versuch zu machen, die Waffenehre zu retten."

Der Amerikaner, General Bliß, hat recht: die Revolution hat weiteren Widerstand verhindert.

Die Revolution hat dem Heere im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen, nachdem eine lange Wühlarbeit vorher es zu untergraben gesucht hat. Der Dolchstoß ist keine Legende, sondern eine klare Bezeichnung für eine der traurigsten Tatsachen unserer Geschichte.

Dieser Dolchstoß hätte weiterhin nach Beendigung der Feindseligkeiten und nach Abschluß des Waffenstillstandes ein ungeheures Unglück herbeiführen können. Fast hätte die Revolution die an sich schon äußerst schwierige Rückführung des Heeres zu einer furchtbaren Katastrophe gestaltet. Es ist ein Wunder, daß die Rückführung trotz der durch die Revolution im Rücken des Heeres geschaffenen Anarchie gelang.

Die gewaltigen Heeresmassen plötzlich in Marsch zu setzen und auf dem Marsche ordnungsmäßig zu verpflegen, wäre schon unter normalen Verhältnissen eine große Leistung gewesen. Die Aufgabe wurde aber fast unmöglich gemacht durch die von der Entente fest-

gesetzten Räumungsfristen und durch das Zusammenpressen der Marschkolonnen der einzelnen Heeresgruppen auf schmalstem Raum, zum Teil in unwegsamem bergigen Gelände. Alles kam darauf an, Ordnung und Disziplin, die durch die Revolution aufs schwerste erschüttert waren, in der Truppe soweit zu erhalten oder herzustellen, daß diese in der Hand der Führer blieb. Dies schien aber bei der herrschenden Anarchie fast unmöglich.

Erschwerend kamen die Übergriffe radikaler Soldatenräte hinzu. Sie errichteten Entlassungsbureaus, in denen den Mannschaften willkürlich Entlassungsscheine ausgestellt wurden, griffen in den Verpflegungsnachschub ein, beschlagnahmten Magazine und verwendeten nach Belieben deren Bestände, hielten Züge an und verfügten willkürlich über sie, erteilten Fahrterlaubnisscheine nach der Heimat, beschlagnahmten die unterwegs befindlichen Kraftwagen der Stäbe, besetzten die Fernsprechstellen und verhinderten auf diese Weise die Übermittelung der Befehle. Sogar Oberbefehlshaber von Armeen wurden unterwegs angehalten und konnten sich nur mit Mühe im Besitz ihres Kraftwagens behaupten. Mir selbst wurde vom Soldatenrat ein Kraftwagen beschlagnahmt, als ich in einer eiligen Angelegenheit zu einem Armeeoberkommando gefahren war. Während der Besprechung verschwand mein Wagen und konnte erst nach stundenlangen Verhandlungen wieder herbeigeschafft werden. Der Soldatenrat hatte die Fahrt für unnötig gehalten! Ein halber Tag war so verlorengegangen. In Spa stellte der Soldatenrat Posten vor das Oberkommando der Heeresgruppe. Der Posten wollte mich ohne Erlaubnisschein des Soldatenrates nicht in das Dienstgebäude des eigenen Oberkommandos hineinlassen! So wurde die Tätigkeit der Kommandobehörden auf Schritt und Tritt durchkreuzt oder ganz unmöglich gemacht, obwohl alles darauf ankam, in höchster Eile die Anordnungen für den Rückmarsch zu treffen und durchzusetzen.

Gelang es nicht, die Massen auf den wenigen vorgeschriebenen Wegen in Marsch zu erhalten, vor allem aber zu verpflegen, so stand man vor der Gefahr, daß alles plündernd auseinanderlief, während der Feind uns auf den Fersen war. Wider Erwarten gelang es, die Bewegung in Fluß zu erhalten. Es ist dies nur dem festen Auftreten der Offiziere und dem gesunden Sinn zu danken, der doch noch in dem größten Teil der Frontsoldaten vorhanden war. Hier und da zeigten sich auch einzelne Soldatenräte bestrebt, in gutem Sinne einzuwirken. Aber der gute Wille ohne jede Sachkenntnis nutzt nichts, sondern schadet oft. Der gute Wille war aber auch nur zum Teil vorhanden.

Ein Beispiel möge dies erläutern. Der Unteroffizier Lewinsohn von der Nachrichtenabteilung des Oberkommandos der 4. Armee hielt es am Abend des 9. November für angezeigt, einen Soldatenrat einzusetzen in der Absicht, „alles zu tun, um eine Katastrophe zu ver-

meiden". Er selbst schwang sich zum „Vorsitzenden des Soldatenrates der 4. Armee" auf und hat später seine Tätigkeit in einer Broschüre „Die Revolution an der Westfront" beschrieben, offenbar in der Absicht, seine Verdienste in das richtige Licht zu setzen. Von welcher Gesinnung er dabei geleitet war, geht aus der Einleitung seiner Schrift hervor, in der es heißt: „Haß lag in der Truppe. *Haß nicht so sehr gegen den Feind,* der als Schützengrabensoldat das gleiche Elend litt, sondern *Haß gegen die Kriegsverlängerer* hüben und drüben . . . Parole Heimat! Komme, was kommen mag. Je weiter wir zurückgehen, desto eher ist der Friede da." Am 11. November kündigte der von Lewinsohn geleitete Soldatenrat seine Absicht an, die Kameraden zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen und für Aufrechterhaltung der Ordnung einzutreten. Die Forderungen, die er zu diesem Zwecke stellte, waren unter anderen folgende: Die Offiziere sind mit „Sie" anzureden, Ehrenbezeugungen außer Dienst fallen fort. Gegrüßt werden nur Offiziere der eigenen Truppe und Generale. Disziplinarbestrafungen werden im Einvernehmen mit dem Soldatenrat verhängt.

Die Grundlage der Tätigkeit bilden also Maßnahmen, die geeignet waren, jegliche Disziplin zu untergraben, in einem Augenblick, wo alles darauf ankam, die Autorität der Offiziere zu festigen. Die Folgen blieben nicht aus. Lewinsohn schildert sie selbst:

„Auf der Fahrt durch Antwerpen sahen wir Bilder, die uns ekelten. Betrunkene Soldaten und Matrosen rissen den vorübergehenden Offizieren Kokarden und Achselstücke ab und schenkten sie den belgischen Dirnen. Bei einer Ansammlung von ungefähr tausend Soldaten, die gerade einem höheren Militärarzt die Mütze vom Kopfe schlugen, hielten wir an."

An einer anderen Stelle heißt es: „Die niedrigsten Instinkte, die der Krieg genährt hatte und die nur durch eiserne Disziplin zurückgehalten waren, traten hell an das Licht. Zur Schande muß es gesagt sein, daß viele deutsche Soldaten nichts anderes kannten als Selbstbereicherung. Mit krassem Egoismus versuchten sie, für sich aus den Wirren der Revolution so viel als möglich herauszuschlagen. Stündlich liefen bei unserer Zentrale Nachrichten von Raub und Plünderung ein. Meist war ein Proviantamt erbrochen, und plündernde Soldaten verkauften für ein Spottgeld die so wertvollen Nahrungsmittel an die belgische Bevölkerung."

Lewinsohn scheint nicht bemerkt zu haben, wie er sich selbst und sein eigenes Werk durch diese Schilderung gerichtet hat. Befehlen kann nur einer in der Truppe, und das ist der Offizier. Die Soldatenräte konnten weder befehlen noch gehorchen, und Leute solchen Schlages sind nach Goethe „unbrauchbare Männer".

Das war das Werk der Revolution. Und dafür trifft das Wort vom Dolchstoß zu!

VI

Zusammenfassung

Das Wort vom „Dolchstoß“ in dem vielfach gebrauchten Sinne, als ob die Heimat dem siegreichen Heere in den Rücken gefallen und als ob dadurch allein der Krieg verloren worden wäre, trifft nicht zu. Wir sind aus vielen Gründen unterlegen.

Es steht aber fest, daß eine pazifistische, internationale, antimilitaristische und revolutionäre Unterwühlung des Heeres stattgefunden und nicht unerheblich zur Schädigung und zur Zersetzung des Heeres beigetragen hat. Sie ist von der Heimat ausgegangen. Aber nicht das ganze Volk, das in $4^1/_2$ Kriegsjahren Übermenschliches erduldet hat, trifft die Schuld, sondern nur die Hetzer und Volks- und Heerverderber, die aus politischen Gründen das tapfer kämpfende Heer zu vergiften bestrebt waren.

Die Wirkung dieser unheilvollen Tätigkeit trat hauptsächlich hervor, als nach dem Scheitern unserer Offensive im Sommer 1918 der Krieg aussichtslos erschien. Aber die Wühlarbeit hat lange vorher planmäßig eingesetzt. Man kann somit nicht von einem Dolchstoß, sondern von einer *Vergiftung des Heeres* reden.

Das Wort vom *Dolchstoß* trifft aber zu für die verheerende, plötzliche Wirkung der *Revolution* selbst. Sie fiel dem Heere buchstäblich in den Rücken, löste die Etappe auf, verhinderte die Zufuhr und zerstörte jede Ordnung und Disziplin wie mit einem Schlage. Sie machte jedes Weiterkämpfen unmöglich und zwang zur Annahme jeder Waffenstillstandsbedingung. Die Revolution ist nicht die Folge des Zusammenbruchs der Offensive, wenn ihr Ausbrechen und ihre Wirkung auch erheblich dadurch gefördert worden ist. Sie ist vielmehr von langer Hand vorbereitet worden.

Die Revolution führte ferner die Gefahr der völligen Auflösung des Heeres beim Rückmarsch und dadurch einer ungeheuren Katastrophe herbei. Diese Gefahr ist nur mit äußerster Mühe abgewendet worden.

Gutachten

des Sachverständigen Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger

Der „Dolchstoß“

In der Sitzung des 4. Unterausschusses vom 28. November 1923 bin ich aufgefordert worden, zu dem Referate des Herrn Generals d. Inf. von Kuhl über den „Dolchstoß“ als Korreferent Stellung zu nehmen. Ich entspreche dieser Aufforderung um so lieber, als ich mich bereits vor Jahren, in einem Artikel des „Tag“ vom 2. Oktober 1921 (Nr. 231), zu dieser Frage geäußert habe. Ich veröffentlichte damals in diesem Blatte einen Artikel unter der Überschrift: Der „Dolchstoß der Heimat“ und ging von der Auffassung aus, daß man nicht umhin könne, sich mit diesem im Übermaß gebrauchten Schlagworte vom Dolchstoß der Heimat auseinanderzusetzen, wenn beabsichtigt werde, eine Beruhigung der öffentlichen Meinung herbeizuführen. Ich füge den damals veröffentlichten Artikel als Anlage I meinem Korreferate bei, um damit zu zeigen, daß meine Auffassung von der Gefährlichkeit dieses Schlagwortes noch heute unvermindert fortbesteht.

Wogegen ich damals ankämpfte, und was mir auch heute noch als Hauptgefahr erscheint, das ist die außerordentliche begriffliche Ungenauigkeit des Schlagwortes vom Dolchstoß. In der Sitzung vom 12. Februar 1924 hat der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp zu meiner Genugtuung in seinem Korreferat zu dem Gutachten des Generals d. Inf. v. Kuhl gerade diesen Gesichtspunkt scharf herausgearbeitet. Auch er führte aus, daß unter dem „Dolchstoß der Heimat“ eigentlich jeder etwas anderes verstehen könne; es sei daher notwendig, in jedem Fall genau festzustellen, welcher Vorgang und welcher Zeitabschnitt gemeint sei.

Mit vollem Recht hat General v. Kuhl sein ausführliches Gutachten mit der kurzen Überschrift „Der Dolchstoß“, nicht etwa „Der Dolchstoß der Heimat“ versehen. In der Sitzung vom 12. Februar 1924 hat General v. Kuhl vielmehr mit aller Deutlichkeit bei der Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß er es als ganz ungerecht empfinde, der deutschen Heimat, die so Ungeheueres im Weltkriege erlitten und geleistet habe, den Vorwurf zu machen, als habe sie durch ihr Verhalten das dem Siege nahe befindliche Heer im Rücken erdolcht. Davon könne nicht die Rede sein. In gleichem Sinne sagt General

v. Kuhl in seinem Gutachten: „Keinesfalls ist es angängig, zu behaupten, der Krieg sei lediglich durch die Unterwühlung des Heeres und durch die Revolution verloren worden. Vieles mußte zusammenkommen, um das deutsche Volk trotz ungeheurer, in der Geschichte nie erreichter Leistungen schließlich zu Fall zu bringen. Die Blockade mit ihrer verheerenden Wirkung, schließlich auch die geschickte feindliche Propaganda, haben an der Kraft unseres Volkes gezehrt, bis es nach heldenmütigem Kampfe erlahmte. Unserem erschöpften, bis zum äußersten Grade menschlicher Leistungsfähigkeit angespannten Heere fehlte der Ersatz. Es unterlag der außerordentlichen Überlegenheit des Feindes, nachdem die Amerikaner in ungeahnter Stärke auf dem westlichen Kriegsschauplatz erschienen waren. Der Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei und schließlich Österreich-Ungarns raubte jede Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang.“ . . . „Die Behauptung, daß lediglich der Dolchstoß aus der Heimat uns des Sieges beraubt habe, läßt sich somit unter keinen Umständen aufrechterhalten. Daß aber die pazifistischen, internationalen Bestrebungen, der Antimilitarismus, die verschwommenen Gedanken von Völkerversöhnung und ewigem Frieden, vor allem die von der Heimat ausgehende revolutionäre Unterwühlung des Heeres zu unserem Zusammenbruch beigetragen haben, läßt sich erweisen.“

In seinen weiteren Ausführungen schildert General v. Kuhl unter Angabe von Einzelheiten die Verschlechterung des Mannschaftsersatzes infolge der revolutionären Unterwühlung und erwähnt den Brief eines an der Front stehenden Obersten vom 20. September 1918, in dem dieser über den fast durchweg verseuchten Ersatz Klage führt, den die Front damals aus der Heimat und vor allem vom Truppenübungsplatz Beverloo erhielt; in Beverloo müßten nach der Schilderung von dort kommenden Offizieren nahezu bolschewistische Verhältnisse herrschen.

Zu dieser Frage möchte ich einen bisher unbekannt gebliebenen Beitrag liefern. In meiner Abteilung in Brüssel, die sich mit der Verwaltung der belgischen Staatsarchive beschäftigte, befand sich ein nicht felddienstfähiger Hauptmann der Landwehr, in seinem Zivilberufe Rechtsanwalt, den ich im Sommer 1918 als Kompagnieführer an eines der in Brüssel stehenden Landsturmbataillone abgeben mußte. Bei diesem Truppenteil wurde der Hauptmann alsbald mit der Führung einer in einer großen Brüsseler Stadtkaserne untergebrachten Sammelstelle beauftragt, der es oblag, die aus der Heimat, aus den Lazaretten usw. kommenden Mannschaften unterzubringen, neu einzukleiden und in Sammeltransporte vereinigt der Front wieder zuzuführen. Ich kannte den Hauptmann als einen besonders zuverlässigen ernsten Mann und war daher auf das äußerste erstaunt über die Schilderungen, die er mir in den Monaten Juli, August und September 1918 über die Zustände bei dieser Sammelstelle und über seine insbesondere bei

der Zusammenstellung und dem Abtransport der Mannschaften gemachten Erfahrungen entwarf. Ich ersuchte ihn daher anfangs 1919, mir über diese Dinge eine Aufzeichnung zu machen, die ich in Anlage II beifüge. Aus den darin mitgeteilten Einzelheiten geht hervor, daß der Mannschaftsersatz für die Westfront sich zu dieser Zeit bereits in so schreckenerregender Weise verschlechtert hatte, daß ein Zuschuß zur Kampfkraft der vornstehenden, hart ringenden Front davon kaum mehr zu erhoffen war. Im Gegenteil: die aus der Heimat eintreffenden Mannschaften brachten immer noch weitere Keime der Zersetzung mit. In diesem Sinne habe ich mich schon in dem erwähnten Artikel im „Tag“ vom 13. 9. 1921 (Anlage I) wie folgt ausgesprochen: „Wer auch nur das Geringste dazu beigetragen hat, daß die unübertroffene Manneszucht des deutschen Heeres und der deutschen Marine zermürbt wurde, so daß die Kampfkraft nachließ, dessen Schuld läßt sich in alle Ewigkeit nicht abwaschen. Er ist mitschuldig an Deutschlands Elend, und spätere Geschlechter werden und sollen ihm fluchen.“

Das ist ungefähr die gleiche Auffassung, wie ich sie auch in dem Gutachten des Generals d. Inf. v. Kuhl finde. Man kann schließlich auch mit General v. Kuhl davon sprechen, daß die Revolution dem Heere im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen habe, nachdem eine lange Wühlarbeit vorher es zu untergraben gesucht hätte. (S. 6/7.) Das ist etwa dasselbe, was auch in meinem Artikel im „Tag“ mit den Worten gesagt ist: „Nehmen wir die Lage an der Westfront *anfangs November 1918,* so bildet die deutsche Revolution allerdings *zu dieser Zeit* für das noch kämpfende Westheer den Todesstoß. Das ist so einleuchtend, daß jedes Wort darüber überflüssig erscheint.“

Was mir auch heute noch bei dem Schlagwort vom Dolchstoß als Hauptgefahr erscheint, das ist seine von jedem ernsten Beurteiler zugegebene begriffliche Ungenauigkeit und Unklarheit. Jeder kann darunter etwas anderes verstehen, und nur in den seltensten Fällen gibt man sich die Mühe, zeitlich und sachlich genau zu umreißen, was eigentlich gemeint ist. Deshalb wäre es ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, daß dieses Schlagwort, wenn es nun einmal aus der deutschen Nachkriegsphraseologie wirklich nicht mehr ausgemerzt werden kann, nur mit größter Vorsicht und unter genauer Bezeichnung des gemeinten Zeitabschnittes Verwendung fände. Wir sind nachgerade dahin gelangt, daß das Scheltwort vom „Dolchstoß“ alle Tage und bei den verschiedensten, besonders innerpolitischen, Gegensätzlichkeiten verwendet wird. Insofern habe ich es bei seiner begrifflichen Unklarheit und Gefährlichkeit als eine der übelsten Errungenschaften der Nachkriegszeit bezeichnet und den Wunsch ausgesprochen, wir möchten uns dieses Schlagwortes möglichst entledigen, da es weder der sachlichen Klärung noch der so dringend erforderlichen inneren

Sammlung unseres Volkes diene. Bei dieser Auffassung, um derentwillen ich im September 1921 maßlose und ungerechtfertigte Angriffe von einer mir sonst nahestehenden Seite[1]) habe hinnehmen müssen, bleibe ich auch heute noch stehen. Vom „Dolchstoß“ schlechthin kann schließlich gesprochen werden, wenn hinreichend klar gesagt wird, worauf man abzielt. Der „Dolchstoß *der Heimat*“ aber ist ein unter allen Umständen äußerst bedauerliches Schlagwort, da es ganz zu Unrecht der Heimat einen Schuldanteil zuweist, den zu übernehmen ihr nicht zugemutet werden kann.

Durchaus zutreffend führt General v. Kuhl in seinem Gutachten aus, daß der Dolchstoß *der Revolution* nach Beendigung der Feindseligkeiten und nach Abschluß des Waffenstillstandes ein ungeheures Unglück hätte herbeiführen können. „Fast hätte die Revolution die an sich schon äußerst schwierige Rückführung des Heeres zu einer furchtbaren Katastrophe gestaltet. Es ist ein Wunder, daß die Rückführung trotz der durch die Revolution im Rücken geschaffenen Anarchie gelang.“ Das ist ganz unbestreitbar richtig, und nur der immer noch nicht ertöteten inneren Tüchtigkeit der deutschen Armee sowie dem aufopferungsvollen und vorbildlichen Verhalten des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg ist es zu verdanken, daß es damals gelang, das deutsche Heer trotz allem, was vorgegangen war, geschlossen in die Heimat zurückzubringen.

Anlage I

Der „Dolchstoß der Heimat“

Artikel im „Tag“, Nr. 214 vom 13. September 1921

Wem es innerpolitisch auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung ernstlich ankommt, der kann nicht umhin, sich mit dem im Übermaße gebrauchten Schlagworte vom „Dolchstoß der Heimat“ auseinanderzusetzen. Mit Recht hat August Winnig in seinem Aufsatze über den „Sinn der deutschen Revolution“ („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 390 vom 21. August 1921) darauf hingewiesen, daß gegenwärtig jede Partei das Äußerste daran setze, um die Verantwortung für das Unglück unseres Landes dem politischen Gegner aufzubürden; von einer einseitigen Verantwortlichkeit könne man überhaupt nicht reden, müsse vielmehr ein ganzes System wechselseitiger Verantwortlichkeiten feststellen. Daher bleibe die ganze bisherige Behandlung der Ur-

[1]) In der „Kreuzzeitung“.

sachen des Zusammenbruchs, weil von Parteiinteressen diktiert, für die Erkenntnis des geschichtlichen Wesens dieser Ereignisse wertlos. Die Parteien selber aber müßten naturnotwendig eine „von Parteiinteressen losgelöste, unbefangene sachliche Untersuchung der Genesis des Zusammenbruches“ gleichmäßig ablehnen, da eine solche Untersuchung ihnen ja die Waffe aus der Hand schlage, mit der sie heute den Kampf führen.

Auch darin hat Winnig durchaus recht, daß trotz dieser soeben geäußerten Bedenken eine solche von Parteiinteressen losgelöste Arbeit einmal versucht werden muß; es geht nicht an, daß man, wie es heute ausschließlich geschehe, auf der einen Seite die unterirdische revolutionäre Propaganda, auf der anderen die zäh am alten festhaltende politische Reaktion und die Bestrebungen der „Annexionisten“ als die allein auflösenden Kräfte betrachte.

Schlagwörter sind immer höchst gefährlich. Nur zu oft setzen sie sich an die Stelle der Begriffe. Der Neigung der Massen zu schnellem, nicht vertieftem Urteil, sagen wir ruhig zur geistigen Indolenz, kommen sie in verhängnisvoller Weise entgegen. Gerade, wo Begriffe fehlen, da stellt sich zur unrechten Zeit ein Schlagwort ein und wird um so begieriger aufgegriffen, je sensationeller es zugespitzt ist. Der „Dolchstoß der Heimat“ ist uns bekanntlich als Äußerung eines englischen Generals über den deutschen Zusammenbruch beschert worden. Er gehört meiner persönlichen Überzeugung nach zu den übelsten Errungenschaften der Nachkriegszeit. Ich glaube — auch auf Grund meiner Tätigkeit in der Schuldfrage — für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß mir eine Entgiftung der öffentlichen Meinung ehrlich am Herzen liegt, und entnehme daraus die Berechtigung, die Grundlage des Schlagwortes vom „Dolchstoß der Heimat“ einmal genauer zu prüfen.

Zunächst ist festzustellen, daß bei der Verwendung dieses Schlagwortes der Zeitpunkt, um den es sich handelt, genau bestimmt sein muß. Nehmen wir die Lage an der Westfront anfangs November 1918, so bildet die deutsche Revolution allerdings zu dieser Zeit für das noch kämpfende Westheer den Todesstoß. Das ist so einleuchtend, daß jedes weitere Wort darüber überflüssig erscheint. Wer auch nur das Geringste dazu beigetragen hat, daß die unübertroffene Manneszucht des deutschen Heeres und der deutschen Marine zermürbt wurde, so daß die Kampfkraft nachließ, dessen Schuld läßt sich in alle Ewigkeit nicht abwaschen. Er ist mitschuldig an Deutschlands Elend, und spätere Geschlechter werden und sollen ihm fluchen.

Nimmt man aber nicht die Lage, wie sie sich anfangs November 1918 allmählich entwickelt hatte, sondern einen früheren Zeitpunkt, so ist es durchaus unberechtigt, von einem „Dolchstoß der Heimat“ zu sprechen. Die Heimat schlechthin läßt sich hier überhaupt gar nicht von der kämpfenden Front trennen. Von vorn nach hinten, von hinten

nach vorn fand ein ununterbrochener Kreislauf statt. Die zersetzenden Eindrücke des Stellungskrieges waren hauptsächlich schon von den opfervollen Monaten der Verdun-Offensive 1916 her in immer neuen Schilderungen in die Heimat gelangt und hatten dort in steigendem Maße Feuerscheu und die Neigung erzeugt, unter irgendwelchen Vorwänden der Front fernzubleiben. Je mehr unter dem Drucke der Hungerblockade die Ernährungsverhältnisse Deutschlands sich verschlechterten, je höher die Not der Heimat stieg, um so stärker wurde auch die Rückwirkung dieser Verhältnisse, zumal bei den älteren Soldaten, an der Front verspürt. Eine ganze Reihe von Faktoren hat zusammengewirkt, ehe es schließlich so weit kam, daß die Mehrzahl der Frontkämpfer eine baldige Beendigung des Krieges als notwendig empfand. In dieser Grundauffassung stimme ich mit den Ausführungen des Generals v. Zwehl („Konservative Monatsschrift“, Juliheft 1921) ganz überein. Auch General v. Zwehl erkennt an, daß der „Dolchstoß von hinten“ nicht vollkommen den Grund und die Art des Zusammenbruches erschöpfe, wenn er das Bild auch treffend gewählt findet, wohl verstanden für die Zeit des eigentlichen Zusammenbruches, den November 1918.

Die große Offensive des Jahres 1918 schien der einzige Weg zu einem baldigen Frieden. Sie wurde daher, schon weil sie aus dem Stellungskriege herauszuführen versprach, von der überwiegenden Mehrzahl der Frontkämpfer mit Freuden begrüßt. Als es klar wurde, daß in diesen letzten Kämpfen des „armen Mannes“ gegen die mit allen Erfordernissen der Kriegführung verschwenderisch ausgestattete Entente ein den Krieg entscheidender Erfolg nicht mehr möglich war, schlug die Stimmung um. Die „unterirdischen“ Strömungen, von denen auch August Winnig spricht, wurden wirksam. Die von der O. H. L. den für die Gesamtpolitik verantwortlichen Männern anfangs Oktober 1918 aufgezwungene Waffenstillstandsforderung binnen kürzester Frist mußte aber nicht nur auf die Front, sondern vor allem auch auf die Heimat verhängnisvoll zurückwirken, zumal es unterlassen wurde, die wirkliche Gesamtlage dem ganzen deutschen Volke mit hinreichender Deutlichkeit zu schildern.

Das ist vielleicht die schwerste Unterlassungssünde des ganzen Krieges gewesen. Die Unklarheit über die Gesamtlage und über die von oben noch erstrebten Ziele war es, die den — zweifellos schon längst vorhandenen und durch die revolutionäre Propaganda in unverantwortlicher Weise genährten — Keim der Zersetzung überall so üppig gedeihen ließ. Aber mit dem Augenblicke, wo jeder Zweifel daran schwand, daß es sich nur noch um die Erstreitung eines annehmbaren Friedens handele, wäre diese Gefahr behoben worden. Nur mußte der ganzen Nation der tiefe Ernst der Lage eindringlich klargemacht werden, und zwar von der höchsten Stelle aus. Dazu war es sogar am 28. Oktober 1918, als die Generale v. Gallwitz und

v. Mudra in einer Sitzung der Staatssekretäre in Berlin entsprechende Vorschläge machten, noch nicht zu spät. Unvergleichlich wirkungsvoller wäre es allerdings gewesen, wenn schon nach dem Scheitern der Offensive bei Reims in der entscheidenden Sitzung vom 14. August 1918 in Gegenwart des Kaisers im Großen Hauptquartier der Entschluß gefaßt worden wäre, der Nation volle Klarheit zu geben. Konnte man sich damals zu einem so weitgehenden Schritte noch nicht entschließen, so war ein Aufruf an Volk und Heer um die Mitte des Monats September, als der Zusammenbruch Bulgariens sich ankündigte, dringend geboten. Jedenfalls mußte er erfolgen, ehe die Nation gänzlich unvorbereitet mit der Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstandsangebots bekannt gemacht wurde, also unbedingt nach dem 26. September, wo die O. H. L. sich endgültig zu einem solchen entschlossen hatte. Damals noch wäre ein solcher scharfer Appell an Volk und Heer von weittragenden Folgen begleitet gewesen. Er hätte die schlichte Erkenntnis des Notwendigen erzeugt und vielleicht durch die aus ihm erwachsene Klarheit auch den bereits wankenden Bundesgenossen neuen Halt gegeben, sie jedenfalls zum Nachdenken darüber veranlaßt, ob ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Koalition ihren wohlerwogenen eigenen Interessen dienlich sei.

Der Weckruf blieb aus. Über ganz Deutschland wehte ein Hauch fatalistischer Ohnmacht. Das Volk lebte nicht nur körperlich, sondern auch geistig von der Hand in den Mund. An die Stelle der einst so stolzen Begeisterung war in weiten Volkskreisen einzig der Wunsch nach einer möglichst baldigen Beendigung der Entbehrungen und Kriegsleiden getreten. Niemand aber zeigte dem Volke die Gefahren eines Unterwerfungsfriedens, wie wir sie in grauenvoller Schwere nun haben erleben müssen. Ihm war ja der Sieg für 1918 fest versprochen worden, und weite Kreise glaubten noch an eine solche Möglichkeit, als bereits der in der schwersten Stunde Deutschlands berufene Reichskanzler Prinz Max zur Herausgabe des Waffenstillstandsangebots gezwungen wurde.

Klarheit über die wirkliche Lage ohne jede Schönfärberei, mannhafter Entschluß zur Wahrheit, daran hat es gefehlt. Das durch Leiden gereifte deutsche Volk hätte vielleicht auch die schlimmste Wahrheit zu tragen vermocht. Es ist unseren Feinden erspart geblieben, sich davon zu überzeugen. Unvermittelt und jäh aus der stumpfen Beharrung eines gewissen Ruhegefühls über die Kriegslage herausgerissen, unterlag die Nation nun tatsächlich der Gleichgültigkeit und lähmenden Ergebung, die es schließlich einem kleinen Häuflein verwegener, pflichtvergessener Männer ermöglichte, von der Marine ausgehend eine völlige Umwälzung in Deutschland herbeizuführen und nun auch die letzten Reste des Widerstandes gegen den äußeren Feind entscheidend lahmzulegen. Diese Deserteure führten wirklich den Dolchstoß von hinten gegen die Front.

Ich habe geglaubt, diese Auffassung noch einmal im Zusammenhange entwickeln zu sollen, um damit das Schlagwort vom „Dolchstoß der Heimat“ in seiner ganzen begrifflichen Unklarheit und Gefährlichkeit zu kennzeichnen. Es wäre ein Ziel aufs innigste zu wünschen, daß wir uns bei den ja nicht zu vermeidenden Untersuchungen über die Gründe des Zusammenbruches dieses Schlagworts möglichst entledigten. Es dient weder der sachlichen Klärung noch der inneren Sammlung unseres Volkes, die wir dringender brauchen als irgend etwas anderes. Denn wir stehen noch heute im Kampfe gegen eine Übermacht von Feinden, trotz des sogenannten Friedensvertrages von Versailles, und nichts tut uns bitterer not als Einigkeit und Besinnung.

Oberst B. Schwertfeger

Anlage II

Front-Sammelstellen und Mannszucht

Bericht eines aus dem besetzten Gebiete zurückgekehrten Offiziers über seine Erfahrungen in der Mannschaftssammelstelle Brüssel.

. . ., 6. II. 1919.

„Während in der ersten Zeit des Krieges die Heilung der verwundeten und erkrankten Frontmannschaften in der Regel in den Heimatslazaretten erfolgte, soweit die Art der Verwendung oder Erkrankung es zuließ, ging man bei dem steigenden Mannschaftsbedarf später dazu über, auch Leichtverwundete oder -erkrankte in der Nähe der Front, in der Etappe oder im besetzten Gebiete, zu behalten, um sie in möglichst kurzer Zeit nach ihrer Wiederherstellung der Fronttruppe wieder zuführen zu können. Bei dieser Zurückleitung der aus den Lazaretten des besetzten Gebietes als geheilt entlassenen Mannschaften zur Front ergaben sich Schwierigkeiten, die sich bei den Heimatlazaretten nicht bemerkbar machten. Während nämlich hier die aus der Behandlung Entlassenen ihren Ersatzbataillonen zugeführt wurden, um von dort nach neuer Einkleidung und Ausrüstung mit den regelmäßigen Ersatztransporten an die Front geschickt zu werden, fehlte es im besetzten Gebiete an diesen den Ersatzbataillonen entsprechenden Sammelstellen, und die Lazarette führten die als frontdienstfähig entlassenen Mannschaften unmittelbar den Fronttruppenteilen zu. Hierbei mehrten sich mit der zunehmenden Belegung der Lazarette des besetzten Gebietes die Fälle, in denen Mannschaften von ihren Truppenteilen zurückgeschickt werden mußten, weil sie mit mangelhafter Ausrüstung aus dem Lazarett entlassen waren. Jeden-

falls war dieses im besetzten Belgien der Fall. Um die Einkleidung und Ausrüstung dieser zurückgeschickten Leute zu zentralisieren und zu beschleunigen, wurde im Juni 1918 in Brüssel eine *Sammelstelle* mit eigenen Kammerbeständen eingerichtet, bei der die Mannschaften die ihnen fehlenden Stücke erhielten, um dann in geschlossenen Transporten den einzelnen Armeen wieder zugeführt zu werden. Diese Sammelstelle wurde in der „Caserne du petit Chateau" untergebracht und einem der in Brüssel liegenden Landsturm-Infanterie-Bataillone angegliedert. Die Neueinrichtung wurde dann Juli 1918 in der Weise erweitert, daß aus sämtlichen Lazaretten des Gouvernements Brüssel die Entlassenen der neuen Sammelstelle zugeführt und dort, soweit nötig, neu eingekleidet und ausgerüstet, auch mit Gasmasken und Waffen versehen wurden. Die Sammelstelle wurde allmählich erweitert, umfaßte schließlich drei selbständige Kammern, eine besondere Abteilung für Gasschutz und eine solche für den Abtransport und wurde der Kommandantur Brüssel unmittelbar unterstellt. Ihre Leitung wurde dem Kompagnieführer der in der Schloßkaserne liegenden Kompagnie eines Landsturmbataillons übertragen.

Die Zahl der täglich an die Sammelstelle aus den Lazaretten überwiesenen Mannschaften betrug in der Regel etwa 200, die am Tage des Eintreffens nach Armeen eingeteilt und untergebracht, am nächsten Tage mit Gasmasken versehen, eingekleidet und ausgerüstet und am dritten Tage wieder abtransportiert wurden, so daß, wenn die Transporte nicht stockten, die regelmäßige Belegungsstärke der Sammelstelle etwa 600 Mann betrug.

So zweckmäßig an sich die Einrichtung einer solchen Sammelstelle war, so verfehlt zeigte sich die Auswahl der Großstadt Brüssel zu ihrem Sitze, und so unheilvoll waren die Folgen, die diese Wahl zeitigte. Die zur Sammelstelle gelangenden Mannschaften bestanden an sich schon nicht aus den besten Elementen. Die meisten der Leute vertauschten den Aufenthalt im Lazarett höchst ungern mit dem nun wieder bevorstehenden Leben an der Front, und viele suchten durch alsbaldige erneute Krankwerdung diesem unwillkommenen Wechsel zu entgehen. Ferner bestanden die zur Sammelstelle gelangenden Mannschaften zum großen Teil aus Geschlechtskranken, und darunter waren wieder viele, die sich die Geschlechtskrankheit absichtlich zugezogen hatten, und die sich in Kameradenkreisen offen dahin aussprachen, daß sie sich die erwünschte Krankheit in Brüssel selbst oder auf der Reise an die Front schon bald wieder beschaffen würden. In welcher Weise das Großstadtleben auf dieses Menschenmaterial einwirken mußte, selbst wenn der Aufenthalt regelmäßig nur drei Tage dauerte, liegt auf der Hand. Die Disziplin war von Anfang an erschüttert und von straffem Dienstbetrieb keine Rede mehr. Ein geordnetes Antreten zum Empfang der Sachen auf den Kammern oder gar

zu den Abtransporten konnte nur mit gütlichem Zureden und auch dann nur unvollständig erreicht werden. Wohl kein einziger Transport ist während des ganzen Bestehens der Sammelstelle vollständig zur Stelle gewesen, sondern es fehlten regelmäßig 10—15 %, später noch mehr, die sich zum Teil auf Nimmerwiedersehen entfernt hatten, zum Teil nach einigen Tagen verlottert und meist ohne die empfangenen Kleidungs- und Ausrüstungsstücke wieder erschienen. Wäre man gegen diese Leute mit disziplinaren oder gerichtlichen Strafen eingeschritten, so würden sie damit nur ihren Zweck erreicht haben, dem Abtransport ins Feld zu entgehen oder ihn zum wenigsten hinauszuschieben; man mußte deshalb solche Elemente wohl oder übel zunächst ungestraft lassen und sich damit begnügen, sie mit dem nächsten Transport ins Feld zu befördern, falls sie dann nicht schon wieder verschwunden waren. Die nächstliegende Maßregel gegen dieses Treiben wäre gewesen, die Mannschaften während ihres dortigen Aufenthaltes in der Kaserne zu halten. Dies erwies sich jedoch als unausführbar, und ein dahingehendes Ausgehverbot, das durch andauerndes Verschwinden der wollenen Schlafdecken veranlaßt war, führte *Anfang Juli* schon zu bedenklichen Folgen. Höheren Orts war befohlen worden, die Mannschaften mit allen Mitteln am Verlassen der Kaserne zu hindern, und die Kasernenwache hatte entsprechende Anweisung erhalten. Dieser Befehl wurde jedoch am Abend desselben Tages schon wieder aufgehoben, weil die Mannschaften unter Toben und Drohungen sich dagegen verwahrten, in der Kaserne eingesperrt zu werden, in geschlossener Masse die Posten vor den Toren überrannten und sich den Ausgang durch das von der Kasernenwache besetzte Tor zweifellos mit Gewalt erzwungen haben würden. Es blieb nur die Wahl, entweder nachzugeben und den Befehl, der besser unterblieben wäre, zurückzunehmen oder den Aufruhr mit Waffengewalt zu unterdrücken, eine Kraftprobe, auf die man es, zumal in der Hauptstadt des besetzten Gebietes, seitens der Kommandantur Brüssel offenbar doch nicht ankommen lassen wollte.

Schon dieses Vorkommnis war ein Beweis für das Nachlassen jeder Disziplin und die beginnende Zersetzung unter den Mannschaften, und zwar ein um so bedenklicheres Zeichen, als die Belegung der aus allen Truppengattungen bestehenden Sammelstelle ihrem Zwecke entsprechend ständig wechselte, dieser Geist der Disziplinlosigkeit und Widersetzlichkeit sich aber in steigendem Maße immer wieder zeigte.

Am schlimmsten kam das Schwinden jeder militärischen Zucht in vielen Eigentumsvergehen und in der Preisgabe von Dienstgegenständen zum Ausdruck. Die Ursache war neben dem durch die Lockungen der Großstadt geförderten Leichtsinn, im letzten Grunde zweifellos der Hunger, der bei der belgischen Bevölkerung nicht minder wie bei unseren Besatzungstruppen herrschte. Die notleidende belgische Bevölkerung hatte schon lange in der Entwendung mili-

tärischer Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke einen lohnenden Erwerbszweig gefunden. Seit geraumer Zeit war es ein tägliches Vorkommnis, daß den Mannschaften auf dem Bahnhof, in den Wartesälen, in den Wirtschaften und auf der Straßenbahn Mäntel, Zeltbahnen und dergl. gestohlen wurden. Eine Spezialität war das Durchschneiden der Mantelriemen und Stehlen des Mantels und der Zeltbahn besonders bei Mannschaften, die die stark besetzte Straßenbahn benutzten und dabei mehr an die Freuden Brüssels als an die Obhut ihrer Sachen dachten.

Die Einrichtung der Sammelstelle mit ihren Beständen an ähnlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für 3—4000 Mann, und dazu noch in einem der übelsten Stadtviertel Brüssels, war nur allzu geeignet, dieses Treiben zu fördern. Mehrere Einbrüche in die noch nicht genügend verwahrten Kammern bildeten dann auch die ersten Erfahrungen, die man auf diesem Gebiete machte. In einem Falle wurden die Täter ergriffen. Es waren deutsche Deserteure und belgische Helfershelfer. Bei dem unter den Mannschaften herrschenden Geiste und der durch die Neuausrüstung gebotenen Gelegenheit konnte die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit der belgischen Bevölkerung nicht ausbleiben. Stiefel und Lederzeug, Mäntel und Zeltbahnen standen bei den Belgiern hoch im Preise, andererseits litten die Mannschaften bei der seit dem Sommer 1918 völlig unzureichenden Verpflegung Hunger, und so war die Versuchung nur zu groß, durch den Verkauf der soeben neu empfangenen Sachen sich die Mittel zu beschaffen, sich einmal zu Brüsseler Kriegspreisen satt zu essen und sonstige Freuden der Großstadt zu genießen. So stand man schon Ende Juli vor der Tatsache, daß täglich 50 bis 60 Mann das Fehlen ihrer Stiefel, Mäntel und dergl. meldeten, die ihnen angeblich gestohlen waren. Ob der Täter die Sachen selbst verkauft hatte oder ob sie ihm tatsächlich von einem anderen, der nach Verkauf seiner Sachen sich neue „besorgt" hatte, gestohlen waren, konnte bei der Masse der Fälle und bei dem drängenden Abtransport der Leute niemals näher untersucht, geschweige denn festgestellt werden. Die Versuche, durch Patrouillen und Geheimpolizisten, die die Straßen in der Kasernengegend zu bewachen hatten, diesem Unwesen zu steuern, waren ohne großen Nutzen, denn die vielen Kneipen niedrigsten Ranges und die sonstigen Schlupfwinkel der Umgegend boten noch immer genug Gelegenheit zum schwunghaften Betriebe dieser Handelsgeschäfte. Man versuchte dadurch Abhilfe zu schaffen, daß man Gepäckverwahrungsstellen in der Kaserne einrichtete, bei der jeder Mann nach seiner Einkleidung die empfangenen Sachen niederzulegen hatte, aber auch diese Maßnahme war unzureichend, denn einmal mußten den Leuten die Hauptgeschäftsartikel, wie Mäntel, Koppel und Stiefel, zum Ausgehen belassen werden, und außerdem fanden die Mannschaften immer noch Mittel und Wege, unmittelbar

nach dem Einkleiden oder vor dem Abtransport die zu verkaufenden Gegenstände durch die Fenster zu befördern und an den Mann zu bringen.

Neben diesen Eigentumsvergehen nahm die Preisgabe von Dienstgegenständen einen Umfang an, wie man ihn bei unseren Truppen früher für unmöglich gehalten hätte. Nach jedem Abtransport, zumal wenn dieser am Spätnachmittag oder am Abend stattgefunden hatte, wurden aus den Gärten in der Nähe der Schloßkaserne Gewehre, Karabiner, Stahlhelme, Gasmasken, Tornister und dergleichen aufgelesen, meist mit herausgeschnittenen Fell- und Zeugteilen, die sich der beutegierige belgische Pöbel bereits angeeignet hatte, so daß nur noch der hölzerne Rahmen mit daranhängenden Fetzen übrig war. Mit welchen Gefühlen müssen die Belgier diese Zeichen der inneren Zersetzung unter den verhaßten „boches“ festgestellt haben!

Auch in den Mannschaftsstuben fanden sich täglich solche preisgegebenen Sachen vor, deren Mitnahme dem Träger überflüssig und lästig gewesen war. Wer diese Zustände täglich vor Augen hatte, mußte sich sagen, daß solcher Frontersatz keine nutzbringende Auffüllung unserer Feldtruppen war, und daß bei weiterem Umsichgreifen solcher Gesinnungen ein Zusammenbruch unserer Wehrmacht kommen mußte. Daß aber diese Beispiele tatsächlich ansteckend und vergiftend wirkten, war am unmittelbarsten bei den in derselben Kaserne liegenden Landsturmtruppen zu bemerken, obwohl diese doch überwiegend aus älteren Mannschaften bestanden. Der Geist der Widersetzlichkeit und der Auflehnung gegen weiteren Kriegsdienst griff nur zu erkennbar auch auf diese Leute über. Wurde ihnen doch täglich von den Kameraden der Mannschaftssammelstelle gepredigt, wenn die Regierung keinen Frieden mache, müsse man ihn selber machen. Die Lehre: „Freßt doch eure Sachen auf, wenn ihr nur Sauerkohl und Brennesselgemüse bekommt“, wirkte bald. Es mehrten sich auch unter den Landsturmleuten die Diebstähle, besonders auf den mannigfache Gelegenheit bietenden Bahnschutzwachen, und ein Eingreifen von Vorgesetzten führte in mehreren Fällen zu tätlichem Widerstand und Angriffen auf die Vorgesetzten.

Vielleicht wäre es damals noch Zeit gewesen, durch Isolierung der Sammelstelle und ihre Verlegung an einen kleineren Ort dem um sich greifenden Verfall Einhalt zu tun. An warnenden Stimmen hat es nicht gefehlt. Die Wirkung war aber lediglich die, daß von oben geharnischte Befehle ergingen, für bessere Zucht zu sorgen. Leicht gesagt, aber unmöglich durchzuführen! Entweder unterschätzte man an höherer Stelle die Bedeutung der geschilderten Anzeichen oder aber, und das erscheint näherliegend, man scheute sich, in das Wespennest zu greifen. Unbekannt waren die in der Schloßkaserne herrschenden Zustände der Kommandantur jedenfalls schon deshalb nicht, weil über alle Diebstähle Meldungen eingereicht wurden. Auch hatte

der Kommandant mehrfach durch persönliches Erscheinen in der Schloßkaserne seinen schriftlichen Befehlen Nachdruck zu verleihen gesucht und sich dabei persönlich davon überzeugen müssen, daß die aufrührerische Stimmung der Mannschaften sich auch höheren Offizieren gegenüber keine Schranken mehr auferlegte, denn auch ihn verfolgten, wie fast jeden Offizier, aus den Fenstern und entlegenen Ecken der Schloßkaserne der dort schon Mode gewordene Ruf ‚Haut ihn, Messer raus!' Das waren keine Dummejungenstreiche mehr, sondern Anzeichen des beginnenden, wenn auch noch örtlich beschränkten Aufruhrs, der wenige Monate später sein Werk vollendete.

Hunger und Kriegsmüdigkeit hatten die gewünschte Wirkung gehabt. Die Rechnung Englands zeigte sich auch hier als richtig."

gez. G . . . . . .

Gutachten
des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück

Die Dolchstoßlegende

Sowohl die Übereinstimmung wie die Differenzen, die zwischen Herrn v. Kuhl und mir in unseren Hauptgutachten bemerkbar sind, machen sich auch in der Frage der Dolchstoßlegende geltend. K. meint (S. 7), der Siegeswillen sei in manchen Kreisen des deutschen Volkes erlahmt durch den Gedanken, man brauchte nur auf Eroberungen zu verzichten, um den erstrebten Frieden zu erhalten. „Daß im Feinde der entschlossene Vernichtungswille lebte, wurde dabei außer acht gelassen." Ich setze dem die Behauptung entgegen, daß ganz umgekehrt der entschlossene, einheitliche Kampfeswille aufs höchste gesteigert worden wäre, wenn Regierung und O. H. L. rechtzeitig erklärt hätten, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe und auf Eroberungen verzichte. Nachdem wir geschlagen waren, konnte eine solche Erklärung freilich nichts mehr nützen. Daß im Feinde ein entschlossener Vernichtungswille lebte, ist unbestritten; unbestreitbar aber ist auch, daß an der entscheidenden Stelle, in England, eine große Friedenswilligkeit herrschte, und daß es bei uns gestanden hätte, durch ein genügendes und rechtzeitiges Entgegenkommen die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens zu erlangen.

K. sagt, man dürfe nicht behaupten, daß erst durch das Scheitern unserer Offensive die antimilitaristische Strömung entstanden sei. Das ist ganz gewiß richtig, und ich glaube nicht, daß irgend jemand schon das Gegenteil behauptet hat. Fest steht aber, daß diese antimilitaristische Agitation erst im Sommer 1918 einen wirklichen Erfolg gehabt hat, und es ist die Frage, ob man annehmen darf, daß sie diesen Erfolg in der Heimat oder im Heer gehabt hätte, wenn man hätte darauf hinweisen können, daß wir ja nichts als einen Verteidigungskrieg führten.

Daß die „Hetzer und Volksverderber an den Pranger gestellt werden, die die Not des Volkes zu ihren politischen Zwecken ausgebeutet haben" (S. 9), damit bin ich durchaus einverstanden. Ich fordere aber auch, daß das Urteil gesprochen wird über diejenigen, die in zügellosem Ehrgeiz das Blut des deutschen Volkes eingesetzt haben für Ziele, die die ungeheuere Mehrheit dieses Volkes gar nicht wollte und die auch gar nicht im wahren Interesse des deutschen Volkes lagen.

K. schreibt: „Die Revolution hat dem Heere im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen, nachdem eine lange Wühlarbeit vorher es zu untergraben versuchte. Insofern ist die Dolchstoßlegende kein unklares und gefährliches Schlagwort, wie behauptet worden ist. Das Wort vom Dolchstoß ist eine klare Bezeichnung für eine der traurigsten und beschämendsten Tatsachen." Ich würde diesem Wort zustimmen, wenn das Wort vom „Dolchstoß" wirklich immer nur in dem Sinne gebraucht würde, wie es in dem K.schen Gutachten erklärt und umschrieben ist. Ich glaube aber, es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Formel vielfach und sogar vorwiegend gebraucht wird in dem Sinne, als ob das deutsche Heer im Begriff gewesen wäre, den vollständigen Sieg zu erringen, als es durch den Dolchstoß im Rücken getroffen wurde. Das ist eine Unwahrheit, die zurückgewiesen werden muß, worin ich ja mit Gen. v. K. einig bin. Unsere Offensiven im März und April sind, wenn auch taktisch erfolgreich, doch strategisch gescheitert, ohne daß man der revolutionären Agitation bei diesen Mißerfolgen irgendeine Mitschuld beimessen kann. Im Gegenteil, es ist einmütig bezeugt, daß die Truppen ihre Pflicht trotz aller Mängel in Ernährung, Bekleidung und Ausrüstung bewundernswert erfüllt haben. Der wahrhaft Schuldige war der Führer und, wenn man will, mit ihm die Kreise des Volkes, die hinter ihm standen und ihm vertrauten, indem sie freilich von ihm über die Sachlage getäuscht wurden. Da diese Tatsache durch die Rede vom „Dolchstoß" verdunkelt wird und, wie nicht zu bezweifeln ist, vielfach absichtlich verdunkelt wird, so fühle ich mich meinerseits genötigt, obgleich ich eine relative Wahrheit darin anerkenne, doch nach wie vor den „Dolchstoß" als eine „Legende" zu bezeichnen.

Nachträgliche Ergänzung zum Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Delbrück über „Die Dolchstoßlegende" [1])

Das Ersuchen des Ausschusses, mein Gutachten nach dem Verlauf und den Ergebnissen des Münchener Prozesses zu ergänzen, kommt meinem eigenen Wunsche entgegen, da ich tatsächlich einiges zu ergänzen und auch zu berichtigen habe [2]).

[1]) Diese Ergänzung ist eingereicht Anfang Januar 1926; für den Druck sind dann Mitte Februar auf Grund der Ausschuß-Verhandlungen noch einige Veränderungen vorgenommen.

[2]) Der sogenannte „Dolchstoß"-Prozeß fand in München statt vom 19. Oktober bis 9. Dezember 1925. Beide Parteien haben Berichte über den Prozeß herausgegeben. Der Bericht der „Süddeutschen Monatshefte" ist jedoch sehr stark verkürzt und dafür aufgefüllt mit heftigen Angriffen auf die Sachverständigen,

Ich habe in dem vor anderthalb Jahren erstatteten, vorstehend abgedruckten Gutachten geglaubt, der Meinung von Exzellenz von Kuhl zustimmen zu sollen, daß dem deutschen Heer im letzten Augenblick durch die Unterwühlung und die Revolution der Dolch in den Rücken gestoßen sei, daß wir also bessere Friedensbedingungen hätten erkämpfen können, wenn dem Heer eine Atempause gewährt worden wäre und wir den Kampf weitergeführt hätten. Ich kann auch jetzt diese Meinung nicht geradezu verwerfen, aber ich bin doch in ihr sehr unsicher geworden.

Exzellenz v. Kuhl hat bei seiner zweiten Vernehmung in München am 11. November gesagt, ich hätte ausgesagt, wir hätten im November 1918 nicht weiterkämpfen können. Das ist unzutreffend. Ich habe es keineswegs unbedingt bestritten, daß wir bei einer Atempause hätten weiterkämpfen können, sondern habe nur Zweifel daran zum Ausdruck gebracht. Ich habe wörtlich gesagt: „das ist nicht zu widerlegen, das ist aber noch weniger zu beweisen. Die Möglichkeit liegt vor, allein es ist schwer abzuschätzen, was die Gegenpartei getan hätte." Ferner habe ich auch auf die Gefahren hingewiesen, die uns im Osten und Südosten bedrohten, und die Widerstandsmöglichkeit im Westen einschränkten.

Angenommen, wir hätten noch weiterkämpfen können, und hätten noch weitergekämpft, so ist doch die Frage, ob wir damit etwas gewonnen hätten. Hätten wir uns in Belgien oder an der deutschen Grenze noch längere Zeit gehalten, so ist es allerdings sehr wahrscheinlich, daß wir bessere Waffenstillstandsbedingungen und schließlich auch einen besseren Frieden erlangt hätten. Dafür aber war keine Aussicht, da in Straßburg und Metz keine Geschütze mehr waren, die Festungen also keinen Flankenschutz mehr boten und wir von Süden umgangen werden konnten. Sowohl in der nur ganz flüchtig angelegten Antwerpen-Maas-Stellung, wie an der deutschen Grenze, hätten wir also nur einen ziemlich kurzen Halt machen

---

die gegen Prof. Coßmann ausgesagt haben. Es ist nicht sowohl ein Prozeßbericht, als eine Propagandaschrift, die nur mit der größten kritischen Vorsicht historisch benutzt werden kann. Nach der ursprünglichen Buchhändleranzeige sollte Prof. Karl Alexander v. Müller diesen Bericht mit einer Einführung einleiten. Diese Einführung fehlt. Man wird doch wohl annehmen müssen, daß Prof. v. Müller hinterher Bedenken gekommen sind, ob er als Mann der Wissenschaft ein solches Kunstwerk mit seinem Namen decken könne. Auch dem Bericht der „Münchener Post" (Verlag G. Birk & Co., München) merkt man wohl an, daß er von der Partei herausgegeben worden ist, aber die Wiedergabe der Zeugenaussagen und Gutachten ist so vollständig und zuverlässig, daß man das Buch als ein geschichtliches Dokument von der größten Bedeutung werten darf. Die Kürzungen, die hier und da vorgenommen worden sind, haben doch, soweit ich gesehen habe, kaum etwas sachlich Bedeutsames weggeschnitten. Nach diesem Bericht werde ich also in meinen Gutachten zitieren, indem ich anheimgebe, nötigenfalls den Bericht der „Süddeutschen Monatshefte" zur Kontrolle und zur Ergänzung heranzuziehen.

können. Wenn wir aber, wie es General Gröner in München ausgeführt hat, auch noch hinter dem Rhein Widerstand geleistet hätten, so scheint es mir sehr zweifelhaft, ob uns das zum Heil gereicht hätte. Die französische Armee war in den Führern wie in der Mannschaft erfüllt von Rachedurst für die Verwüstung, die der Krieg über ihre Nordprovinzen verhängt hatte. Die Rheinprovinz und die Pfalz wären wohl mehr oder weniger in eine Wüste verwandelt worden, und die Bevölkerung hätte Unerhörtes erdulden müssen, wenn der Krieg sich dahin gezogen hätte. Die Städte wären schon vorweg von den feindlichen Fliegermassen bombardiert worden. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Aussicht, aber letzten Endes noch gefährlicher, erscheint die politische Folge, die die Verlegung des Kriegsschauplatzes an den Rhein hätte nach sich ziehen können. Es hätte einen großen Unterschied gemacht, ob die Franzosen das linke Rheinufer im Kampf oder auf Grund des Waffenstillstandes besetzten. Eine sehr starke Partei in Frankreich, den Präsidenten Poincaré und den Ministerpräsidenten Clémenceau an der Spitze, hatte kein höheres Ziel, als die Erwerbung des linken Rheinufers. Gewiß hätten die Engländer sich widersetzt, aber es ist die Frage, ob sie mit ihrem Widerspruch durchgedrungen wären, wenn das Land mit den Waffen erobert war. Eine solche Eroberung gibt in der öffentlichen Meinung einen sehr starken moralischen Anspruch, und die Engländer sind vier Jahre später nicht einmal in der Lage gewesen, die Franzosen an der Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern, obgleich die englischen Kronjuristen diese Besetzung für einen Rechtsbruch erklärten. Was Deutschland bei der Zurückverlegung der Verteidigung an den Rhein bevorstand, war auf jeden Fall schrecklich: schonten die Franzosen das Land, so war das der Beweis, daß sie es behalten wollten; verzichteten sie auf die Angliederung, so hätte das Land es büßen müssen.

Eine andere Frage als die der Möglichkeit des Weiterkämpfens wäre für Fristgewinnung natürlich gewesen, ob die Gegner, wenn wir noch einigermaßen aufrecht standen und die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen verweigerten, uns bessere Bedingungen gewährt haben würden. Sicher ist, daß auf der einen Seite die Engländer geneigt gewesen wären, gewisse Milderungen zuzugestehen, auf der anderen die französischen Militärs den Wunsch hatten, den Krieg bis zur völligen Niederkämpfung durchzuführen. Von den Amerikanern mag man zweifeln, ob ihr Trieb, auch noch Lorbeeren zu erwerben, oder der Wunsch, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, die Oberhand behalten hätte. Wer aber der Anschauung huldigt, daß es in diesem Kriege nur um Sieg oder Niederlage ging, und daß der Vernichtungswille unserer Gegner von vornherein feststand, dürfte eigentlich nicht die Vorstellung vertreten, daß der Feindbund noch nach unserer Niederlage hätte geneigt sein können,

uns ehrenvolle Bedingungen zu gewähren, statt uns den Gnadenstoß zu geben. Die Wahrscheinlichkeit mag dafür sprechen, daß der Ausbruch der Revolution in dem Augenblick, wo der Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, das Unglück Deutschlands noch vergrößert hat, und jedenfalls ist sicher, daß der Ausbruch in dem denkbar ungünstigsten Moment erfolgte; die letzte Möglichkeit, uns vielleicht doch noch vor dem Äußersten zu bewahren, wurde uns dadurch aus der Hand gerissen und insofern kann die Behauptung des Dolchstoßes nicht von vornherein abgewiesen werden, sondern muß weiter untersucht werden.

An dieser Stelle möchte ich einen Irrtum berichtigen, der mir bei meiner Aussage in München untergelaufen ist. Ich habe angenommen, daß die Anweisung für Erzberger, unter allen Umständen den Waffenstillstand abzuschließen, auch wenn er keine Milderung der Bedingungen erreichen könne, schon in seiner Instruktion vom 7. November gestanden habe, sie stand aber erst in der Instruktion vom 10. November[1]). Durch Befragung des Generalleutnants Groener habe ich aber mittlerweile festgestellt, daß die ganze Fragestellung eine etwas andere werden muß. Nicht erst, wie es bisher schien, der Ausbruch der Revolution in Berlin am 9. November, sondern schon die voraufgehenden Bewegungen, die von Kiel ausstrahlten und auch in München einen Herd hatten, haben der O. H. L. die Verhandlungsfreiheit, soweit sie überhaupt noch bestand, abgeschnitten. Bei der großen Sitzung der Staatssekretäre in Berlin am 5. November legte Groener dar, daß die Widerstandskraft der Armee noch nicht gebrochen sei und hielt fest an der Hoffnung, daß die Marinemeuterei eingedämmt werden könne. Noch während dieser Sitzung brachte der Staatssekretär Haußmann schlimme Nachrichten über den Fortschritt der Bewegung, und als der Generalquartiermeister am 6. November nach Spa, begleitet von Erzberger, zurückfuhr, hatte er Eindrücke, die ihn mit der größten Besorgnis erfüllten. Vollends die Nachrichten, die am 8. November bei der O. H. L. einliefen, ergaben, daß die Möglichkeit, die revolutionäre Bewegung aufzuhalten oder sie mit Gewalt niederzuschlagen, nicht mehr existiere. Wenn also auch die Instruktion, unter allen Umständen abzuschließen, erst am 10. November gegeben worden ist, so war die tatsächliche Lage doch vielleicht schon am 7., als Erzberger von Spa zu Foch hinüberfuhr, spätestens aber am 8. derartig, daß kein anderer Entschluß, als diese Unterwerfung mehr übrig blieb.

Erzberger hat übrigens nicht, wie vielfach geglaubt wird, sich zu der Aufgabe, den Waffenstillstand abzuschließen, gedrängt. Im Gegenteil, er war von Schrecken ergriffen, als der Reichskanzler ihm diese Funktion in der Sitzung der Staatssekretäre antrug, und hat sich

[1]) Ich habe das bereits in der „Münchener Post" berichtigt.

aufs äußerste gewehrt. Erst als man von allen Seiten auf ihn eindrang, daß er die undankbare Aufgabe übernehmen müsse, hat er schweren Herzens sich dazu entschlossen.

Im Münchener Prozeß ist mit der größten Ausführlichkeit nachgewiesen und begründet worden, was nie ein Mensch bestritten hat, daß nämlich systematisch an der Unterwühlung der Armee und Vorbereitung der Revolution gearbeitet worden ist. Die wirkliche Fragestellung kann nur darauf gehen, erstens, ob die allmähliche Zermürbung und endlich die Revolution und ihr Erfolg wirklich auf die Agitation und nicht im wesentlichen auf ganz andere Ursachen zurückzuführen ist, und zweitens, wer die Agitation betrieben hat, ob die Sozialdemokratische Partei als Ganzes, ob die Partei der Unabhänhängigen, ob die Spartakus-Gruppe.

Unter den Ursachen, die neben der Agitation von Bedeutung waren, spielt die Hauptrolle die Frage des Verständigungsfriedens, die Vorstellung, daß es keineswegs der Vernichtungswille des Feindes oder allein der Vernichtungswille des Feindes, sondern die Hartnäckigkeit der eigenen Regierung sei, die es verabsäume, die unerläßlichen Vorbedingungen für einen Verständigungsfrieden zu schaffen. Auch das materielle Elend, das am Marke des Volkes zehrte, die viel beklagten Mißstände im Heer, die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, Bereicherung hier, Verarmung dort, das muß alles gegen die Frage des Verständigungsfriedens zurücktreten. Denn so schwer die Not auf den breiten Massen lastete, so viel Verstimmung die verschiedenartigen Mißstände erzeugten, so hätte unser braves und geduldiges Volk sie gewiß auch noch länger ertragen, wenn es die Überzeugung gehabt hätte, daß von deutscher Seite alles geschehen sei, um dem Blutvergießen und den Entbehrungen ein Ende zu machen. General v. Kuhl hat in München ausgesagt (Dolchstoßprozeß, S. 93): „Wir an der Front haben uns um die Kriegsziele (d. h. also die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens) gar nicht gekümmert, sie haben auch keinen Einfluß auf die Mannschaften und auf uns gehabt.“ Das ist eine in jeder Beziehung irrtümliche Auffassung. Ganz abgesehen davon, daß bei der Entwerfung des Feldzugsplanes für 1918 die O. H. L. ausdrücklich auf den Zusammenhang mit den Kriegszielen hingewiesen hat, haben wir eine Fülle von Zeugnissen, daß man auch an der Front sich dieses Zusammenhanges bewußt war. (Vgl. Bd. 3 dieser Reihe, S. 327: Die Äußerung Ludendorffs im Militär-Wochenblatt.) Von den beiden Kronprinzen ist es bekannt und schon öfter angeführt. In seinem jüngst erschienenen Buch „Profile“ erzählt Victor Naumann S. 298, daß er im Sommer 1917 mit dem Grafen Schulenburg, dem Stabschef des Kronprinzen Wilhelm, ein Gespräch gehabt habe, worin dieser sich gegen Erorberungen im Osten ausgesprochen habe und weiter gesagt habe, „wir müssen uns die Russen zu Freunden machen und in besten Handelsbeziehungen

zu ihnen stehen, das ist weit wichtiger, als jede Eroberung. Haben wir den Frieden im Osten, dann wird auch der Westen nachgeben und sich zum *Verständigungsfrieden* bereit zeigen, ehe die volle amerikanische Kraft auf dem Kriegsschauplatz erscheint". Der Brief, den der Kronprinz in diesem Sinne an den Kaiser richtete, habe die Billigung des Grafen Schulenburg gehabt.

In München hat der sozialdemokratische Redakteur Erich *Kuttner,* der lange selber an der Front gestanden hat, ausgesagt (S. 109), im Gegensatz zu der von oben betriebenen Propaganda für Annexionen hätten ihm die Mannschaften immer geschrieben, daß sie einen Verständigungsfrieden wünschten. *Landsberg* hat ausgesagt (S. 125), daß die Annexionsforderungen namenlos verbitternd gewirkt hätten. „Man muß sich vorstellen, wie es auf die hungernde, überanstrengte, zerrüttete Bevölkerung gewirkt hätte, wenn sie hörte, einen Verständigungsfrieden können wir wohl haben, aber wir wollen einen Siegfrieden; dieses Wort, das 1915 im Preußischen Herrenhause fiel, wirkte auf die Massen zermürbend. Die Massen, ich spreche von denen, auf die wir Einfluß hatten, waren bis dahin der Mehrheitssozialdemokratie willig gefolgt. Jetzt fingen sie an, den Krieg mit anderen Augen zu betrachten, sie vergaßen die Gefahr, sie sahen immer bloß die Annexionsziele."

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag im September 1916 wurde beschlossen (S. 141): „Indem die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit seinen unermeßlichen Opfern an Menschen und Kulturgütern denen zuschiebt, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein wachsender Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des furchtbaren Blutvergießens sich durchsetzt." Ähnlich beschloß der Parteitag im Oktober 1917 (S. 142): „Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die fortdauernden Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen oder den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampfe zu schwächen und zu gefährden."

Der Abgeordnete *Auer* sagte aus (S. 150 f.), er habe von der Stimmung im Heer einen ziemlichen Einblick gewonnen, indem ihm wöchentlich bis zu 2000 Briefe aus dem Felde zugingen, auch von

Offizieren. Das Treiben der Annexionisten wurde in diesen Briefen in der schärfsten Form abgelehnt.

Der Abgeordnete *Noske* sagte aus (S. 174): „Was die Stimmung zum wesentlichsten Teil ruiniert hat und wofür man in führenden Schichten offenbar nicht das geringste Verständnis gehabt hat, war das Getöse im Lande für die Notwendigkeit, den Krieg mit großen Eroberungen abzuschließen." Der Parteivorstand hätte darauf bedacht sein müssen, eine völlige Verwüstung der Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft zu verhüten. Die Unzufriedenheit in den Massen war ja erschrecklich groß. Die Söhne in den Kasernen, der Vater vielfach im Feld, verwundet heimgekehrt und wieder hinaus. Krumme alte Leute aus den Betrieben herausgerissen und an die Front — — — dazu kam die Überzeugung bei einer großen Anzahl, daß der Krieg nicht nur um der Verteidigung willen, sondern großer Eroberungen willen geführt werde. (S. 183.)

Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sagte aus: Der Vorwurf des Dolchstoßes sei eine Beleidigung der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die ihre vaterländische Pflicht in bestem Sinne erfüllt habe. „Umgekehrt müßte der Vorwurf erhoben werden gegen die Friedens-Saboteure, die offen und geheim durch ihre Eroberungsziele unseren Gegnern immer neue Wasser auf die Mühle lenkten, so daß diese den Krieg bis zur Erschöpfung deutscher Volkskraft verlängert haben. Sie haben den Zusammenbruch der deutschen Front verschuldet." (S. 231.)

Wiederholen wir auch noch die Auslassungen der beiden Kronprinzen. Am 19. Juli 1917 schrieb Kronprinz Rupprecht an den bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling: „Man müsse verhandeln, indem man entweder dem König von Spanien oder jenem von Schweden unsere Kriegsziele mitteilt, die sich auf die Erreichung des status quo ante bellum unter Verzicht auf doch nicht einzutreibende Entschädigungen beschränken müssen. An der Forderung der Rückerstattung der Kolonien darf die Erreichung des Friedens nicht scheitern." Nach Victor Naumann (S. 150) hat Kronprinz Rupprecht diese Auffassung schon seit 1915 vertreten.

Bald darauf reicht Kronprinz Wilhelm an seinen Vater eine Denkschrift[1]) ein, worin es heißt:

„Die ungeheuren Blutopfer des nunmehr drei Jahre andauernden Krieges, die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Trauer versetzt haben, die Aussicht, daß neue schwere Verluste an kostbarstem Menschenleben zu erwarten stehen, die Gemütsdepression, die durch Entbehrung aller und jeder Art erzeugt und genährt wird, die Ernährungs- und Kohlennot, alles dies zusammen hat eine Unlust in weiten Volksschichten, und zwar nicht

[1]) Erinnerungen S. 162 ff.

etwa nur in sozialdemokratischen erzeugt, die für die Fortführung des Kampfes ebenso erschwerend ist, wie sie zersetzend auf den monarchischen Gedanken gewirkt hat.

Rechnet man hinzu, daß die bestimmte Hoffnung auf schnelle Beendigung des U-Bootkrieges sich nicht erfüllt hat, so wird man sich über die ernsten Stimmungen kaum wundern dürfen. Genau die gleiche Aufstellung wie für uns selbst müssen wir nach dem besten uns zugänglichen Material für den Bestand bei unseren Bundesgenossen vornehmen, denn nur auf diese Weise erfahren wir, was wir überhaupt zu erwarten haben und daher leisten können. — — — Unter allen Umständen ist es daher unsere Pflicht, auf einen nicht zu fernen Frieden hinzuarbeiten, denn haben die U-Boote innerhalb der nächsten Monate England nicht zur Einsicht gebracht, so nützt ihr ferneres Wirken nicht mehr in dem gleichen Maße wie zuvor.

Die Not wird bei uns steigen, die Auffüllung der Mannschaftsreserven bei uns von Tag zu Tag schwieriger werden.

Die Lebenskraft unseres Volkes wird durch weitere blutige Verluste sich mindern, im Innern können Streiks und Aufstände kommen, ein Brachliegen der Munitionserzeugung kann uns wehrlos machen. Die finanzielle Belastung des Reiches wird ins Riesenhafte wachsen. Die Bundesgenossen werden möglichenfalls ihren Frieden mit den anderen suchen, die Neutralen zum Abschluß an die anderen gezwungen werden.

Politik treiben bedeutet, den Mut besitzen, der Wahrheit ins Antlitz zu sehen. Eine Gefahr kennen und erkennen heißt, sie schon halb überwunden zu haben.

Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie, um den Bestand des Deutschen Reiches und das Fortbestehen des deutschen Volkes. Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hohenzollernscher, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben. Dazu darf es nicht kommen, und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar eine Enttäuschung, aber eine uferlose Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918 allein, ohne Bundesgenossen, nach dreieinhalb Kriegsjahren aus schweren Wunden blutend, der ganzen Welt gegenübersehen, uns mit Vernichtung drohen. — — — Eins steht fest: Behaupten wir uns in diesem Krieg, so sind wir tatsächlich die Sieger, weil wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, ohne vernichtet zu werden.

Dies wird uns ein unerhörtes Ansehen nach dem Kriege verschaffen und eine gewaltige Machtvermehrung.

Unsere Lage gleicht der Friedrichs des Großen vor dem Frieden

von Hubertusburg. Er gilt in der Geschichte mit Recht als Sieger, weil er im Kampfe nicht unterlag."

Alle diese Zeugnisse und Stimmungsbilder von den beiden Kronprinzen und den Generalen bis zu den sozialdemokratischen Abgeordneten und Gewerkschaftssekretären stimmen darin überein, daß die Frage der Kriegsziele und des Verständigungsfriedens für die Stimmung im deutschen Volk von entscheidender Bedeutung war. Wenn die Regierung, eingeschlossen die O. H. L., sich unerschütterlich zum Verteidigungskrieg bekannt hätte, so hätten wir nach meiner persönlichen Überzeugung einen guten Verständigungsfrieden erlangt; wenn aber nicht, so darf man jedenfalls sehr bezweifeln, ob wir eine Revolution erlebt hätten — es hätte denn eine Revolution von rechts sein müssen. Die Linke hätte sich gegen eine Regierung, die Friedensbedingungen vertrat, die ebensowohl für die Welt wie für Deutschland annehmbar waren, schwerlich je aufgelehnt, vorausgesetzt natürlich, daß auch das Versprechen des Kaisers, das preußische Wahlrecht zu reformieren, noch rechtzeitig erfüllt wurde.

General v. Kuhl hat in seinem Gutachten die Ansicht ausgesprochen und hat das auch in seiner Aussage in München (S. 92) wiederholt, daß ein Verständigungsfrieden ausgeschlossen gewesen sei. An anderer Stelle des Gutachtens (S. 213, vgl. S. 237) aber sagt er selber, daß wir selbst nach der Niederlage noch imstande gewesen seien, um Waffenstillstand und Friedensbedingungen zu kämpfen, die sich mit unserer Ehre vereinbaren ließen. Versteht er darunter nur die Ausscheidung der „Schmach-Paragraphen", so mag er recht haben. Verstößt aber nicht die Abtretung deutscher Stammesgebiete gegen die nationale Ehre? Ein Friede, der sich mit unserer nationalen Ehre vertrug, ist eben das, was ich den Verständigungsfrieden nenne; wenn er noch im Herbst 1918 möglich war, hätte er im Frühjahr 1918 noch viel mehr möglich sein müssen und wäre in den Einzelheiten natürlich noch vorteilhafter ausgefallen.

Daß die Mehrheitssozialdemokratie und die Gewerkschaften sich tadellos national im Kriege gehalten haben, ist während des Münchener Prozesses schließlich auch von dem Kläger zugestanden worden und braucht nicht weiter behandelt zu werden. Aus der internationalen Doktrin des Marxismus das Gegenteil abzuleiten, ist unzulässig. Alle großen politischen Erscheinungen haben einen internationalen Zug. Die große französische Revolution war gleichzeitig national französisch und kosmopolitisch. Die katholische Kirche ist universal und hat doch z. B. bei den Spaniern und bei den Polen an der Spitze nationaler Bewegungen gestanden. Der Kapitalismus ist eine internationale Erscheinung. Von ganz besonderer praktischer Bedeutung war im 19. Jahrhundert die internationale Solidarität der Monarchien. Die großen Fürstenfamilien, die vor dem Weltkriege den größten Teil Europas regierten, vertraten zugleich das nationale

Interesse ihres Staates und fühlten sich durch ihr dynastisches Interesse miteinander verbunden, um so mehr, als sie alle miteinander blutsverwandt waren. Beim Ausbruch des Weltkrieges hat diese monarchische Solidarität eine besondere Rolle gespielt. Der deutsche Kaiser glaubte deshalb zu einem energischen Vorgehen gegen die Serben raten zu können, weil er darauf vertraute, daß der Zar unmöglich Fürstenmörder werde schützen wollen; beim Zaren aber überwältigte der russische Chauvinismus, der Konstantinopel erobern wollte, schließlich das Interesse an den Prinzipien der Monarchie. Im Jahre 1913 schrieb einmal der Graf Berchtold an den General von Conrad: „Ein Sieg über Rußland wird die Revolution entfalten und wir werden unseren besten Freund, den Zarismus, verlieren!" Das scheint paradox und enthält doch eine zweifellose Wahrheit. Das zum Krieg treibende Element war der russische Chauvinismus und Panslavismus, nicht der Zar, der schließlich nur nachgegeben hat. Insofern war der Zarismus, der den Frieden zu erhalten suchte, der beste Freund Österreichs, und der Krieg entstand, als die internationale monarchische Solidarität in die Brüche ging. Noch vierzehn Tage vor Ausbruch des Krieges hatte ja Kaiser Wilhelm und der Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt die Wiederherstellung des Drei-Kaiser-Bündnisses erwogen.

Ich will auch noch ein älteres Beispiel anführen:

Fürst Bismarck hatte im Jahre 1874 einen schweren Konflikt mit dem deutschen Botschafter in Paris, Grafen Arnim, weil dieser im Interesse des monarchischen Gedankens die Wiedereinführung der Monarchie in Frankreich, die damals sehr möglich schien, beförderte, und dabei auf die Sympathie Kaiser Wilhelms des Alten rechnen konnte. Bismarck aber erwog, daß eine französische Monarchie leichter ein Bündnis mit Rußland oder Österreich schließen könnte, als eine französische Republik, und stützte deshalb in dem eben besiegten Volke die neue Verfassungsform. Äußere und innere Politik treten in dieser Art häufig in Gegensatz zueinander. Der Gegensatz lebte auch in der deutschen Sozialdemokratie. Theoretisch huldigte sie dem Dogma von der Solidarität des internationalen Proletariats. Praktisch aber bekannte sie sich im entscheidenden Augenblick zu dem Interesse der Vaterlandsverteidigung.

Ein Teil der Sozialdemokratie aber splitterte sich in den nächsten Jahren ab, die Unabhängigen und auf der äußersten Linken die Spartakisten. Es fragt sich, was der Grund dieser Trennung war. In dem sehr verdienstlichen aber freilich zu doktrinär einseitig eingestellten Buche des Archivrats Major Volkmann „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege" und in der Aussage Volkmanns als Sachverständiger in München ist ausgeführt, daß der Grund der Spaltung zu suchen sei in dem Wiederaufleben des marxistischen internationalen Gedankens, der nur im Augenblick des Ausbruchs

des Krieges durch die patriotische Begeisterung übertönt worden war. Die Mehrheitssozialisten seien ihren Prinzipien untreu geworden und geblieben, die Unabhängigen und Spartakisten hätten sich zu ihrem eigentlichen Glauben zurückgefunden. Statt des deutschen Interesses, zu dem sie sich einen Augenblick bekannt hatten, stellten sie sich wieder auf das Interesse des internationalen Proletariats ein.

Eine ganz andere Erklärung der Spaltung haben in München die sozialdemokratischen Führer gegeben. Das Einigende aller Sozialisten in bezug auf den Krieg war und blieb der Wunsch, ihn möglichst bald zu beenden. Die Mehrheitssozialisten suchten das auf dem Wege zu erreichen, daß sie sich in der Führung des Krieges fest hinter die Regierung stellten, namentlich die Kriegskredite bewilligten und durch persönliche Einwirkung und moralischen und parlamentarischen Druck auf Friedensverhandlungen auf Grund des status quo ante drängten. Diese Politik schien ihnen um so mehr die richtige, als sie nicht glaubten, daß Deutschland überhaupt stark genug sei, gegen die Übermacht des Feindbundes mehr als den status quo ante zu erreichen. Sie durchschauten, daß die Berichte der O. H. L. nicht der objektiven Lage entsprachen, sondern systematisch darauf angelegt waren, eine optimistische Stimmung zu erzeugen. Die Unabhängigen dachten anders. Sie glaubten der O. H. L. nur zu sehr, sahen aber hinter dem Sieg, den diese verhieß, einen Frieden, der für die Welt wie für Deutschland nichts als Unheil bedeutet hätte, die Herrschaft eines schrankenlosen Nationalismus und Militarismus, ganz besonders drückend für das Proletariat. Wie diesem Unheil entgegenzuwirken sei, darüber waren sich die Unabhängigen nicht durchaus einig; sie waren nicht eigentlich eine Partei, sondern vertraten sehr verschiedene Ansichten. Einig aber waren sie darin, daß sie stärkere Mittel anwenden wollten, um die Fortsetzung des Krieges zu verhindern, in erster Linie die Verweigerung der Kriegskredite, dazu systematische pazifistische Einwirkung auf die Volksstimmung. Man belebte also von neuem den Gedanken der internationalen Solidarität des Proletariats. Man hoffte auf das Entgegenkommen ähnlicher Stimmungen bei den Engländern und Franzosen, die ja auch tatsächlich vorhanden waren. Man verfeindete sich so sehr mit den Mehrheitlern, daß die Abgeordneten der beiden Richtungen gar nicht mehr miteinander sprachen. Trotzdem haben die Angehörigen der Mehrheitspartei in München den damaligen und zum Teil auch noch heutigen Gegnern ausdrücklich bezeugt, daß diese keineswegs gewillt gewesen seien, das deutsche Volk zu verraten, sondern sich in dem guten Glauben befunden hätten, auf ihrem Wege nicht nur dem Proletariat, sondern auch Deutschland am besten zu dienen.

Wieder anders als die Unabhängigen dachten die Spartakisten. Sie stellten sich vor, daß weder durch die Mittel der Mehrheitler noch der Unabhängigen die Regierung dahin gebracht werden könne,

vernünftige Friedensverhandlungen einzuleiten, sondern glaubten sie dazu zwingen zu müssen und zu können durch offene Gewalt. Hier lebte man ausschließlich in der Idee des Klassenkampfes und hatte vom nationalen Gedanken kaum je einen Hauch verspürt. Man suchte also nicht nur den Kriegswillen durch indirekte Mittel zu lähmen, man suchte nicht nur das Volk, die Armee und die Marine zu verhetzen, sondern organisierte geheime Verbindungen und Verschwörungen, um im geeigneten Moment den offenen Kampf aufzunehmen. Den stärksten Antrieb erhielten diese Bestrebungen natürlich durch den Erfolg der Revolution in Rußland. Man verstieg sich zu der Vorstellung, einer großen proletarischen Weltvereinigung im Anschluß an das bolschewistische Rußland, und wurde unterstützt in diesem Bestreben durch Geld und Propagandastoff, den die Sowjetregierung lieferte; das Geld soll aber zu spät gekommen sein.

Zieht man in Betracht, daß die Mehrheitssozialdemokratie mit den Gewerkschaften, also die verwaltende Macht in der Arbeiterschaft, so sehr sie auch selber den Frieden wünschten, doch jeder Art von Unterbindung des Kampfwillens entgegen waren, und daß die Unabhängigen, in sich gespalten und uneinig, nur zu einem ganz unerheblichen Teil die direkten Revolutionsbestrebungen der Spartakisten unterstützten, so ist es klar, daß von einer wohlvorbereiteten, organisierten Erhebung der Arbeiterschaft nicht gesprochen werden kann. Noch am 2. November sprachen sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Revolutionskomitees und der revolutionären Obleute Haase und Dittmann dahin aus, daß erst Friede geschlossen sein müsse, ehe von einer Revolution die Rede sein könne. Major Volkmann schildert hier die Ereignisse durchaus richtig (S. 227): „Eine Hand voll mäßig bewaffneter Matrosen hatte überall genügt, um die höchsten militärischen Dienststellen zu beseitigen und jeden Versuch eines Widerstandes im Keime zu ersticken. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Regierung mit einer Leichtigkeit und Selbstverständlichkeit, als sei dies die natürlichste Sache der Welt und als sei es eine Kleinigkeit, die staatliche Ordnung im Lande Friedrichs des Großen und Bismarcks im Augenblicke der schwersten äußeren Krise, die Deutschland seit Jahrhunderten durchmachte, aufzulösen."

Der erste erhebliche Erfolg der revolutionären Agitation war die Marinemeuterei im September 1917. Aber sie wurde ohne Schwierigkeit unterdrückt. Nach den Enthüllungen des Abg. Dittmann sagt man wohl noch besser, sie hat überhaupt nicht bestanden; es handelte sich um ziemlich belanglose Aufregungen und Ungehorsamsfälle. Von da bis zu Meuterei und Aufstand ist noch ein sehr weiter Abstand. Auch der große Streik im Januar 1918 brach sehr schnell zusammen. Die Frühjahrsoffensive 1918, die nach der Ansicht der O. H. L. den Krieg entscheiden sollte, zeigte nirgends eine Spur von revolutionärer Unterwühlung und Schwächung des kriegerischen

Geistes in der Truppe. General v. Kuhl hat auch in München noch ausgesagt (S. 92): „Ich kann mit vollem Bewußtsein bezeugen, daß die Truppe im März 1918 ausgezeichnet war, sowohl nach ihrem Geist, wie nach ihrer Ausbildung, und daß wir auf der ganzen Front mit voller Aussicht auf Erfolg die Offensive beginnen konnten." Noch am 28. Juni 1918 erklärten die Leiter des vaterländischen Unterrichts die Stimmung in der Armee für gesund, und besonders der Vertreter der zweiten Armee, die nachher den Zusammenbruch am 8. August erlitt, erklärte ausdrücklich: „Die Anzahl der Anhänger der Sozialdemokratie sei nach sicherer Quelle gering."

Erst im Sommer 1918 hat die revolutionäre Unterwühlung in der bewaffneten Macht einen gewissen tatsächlichen Erfolg gehabt, und es ist zu untersuchen, was für Gründe und Veranlassungen diesen Umschwung herbeigeführt haben.

Die allmähliche Zermürbung ging parallel mit dem Erlöschen der Hoffnung auf einen siegreichen Kriegsausgang und dem Sinken der Hoffnung auf baldigen Frieden. Wilson hatte in seinen vierzehn Punkten einen Frieden angeboten, Lloyd George hatte dieselben Bedingungen proklamiert, die deutsche Regierung war nicht genügend darauf eingegangen. Statt dessen ging der Krieg weiter, eine Schlacht folgte der anderen. Wofür kämpfte man? Das Volk in seiner großen Mehrheit wollte einen Verteidigungskrieg. Die Regierung unter der Vormundschaft der O. H. L. und diese, wieder gestützt auf eine leidenschaftlich-nationalistische Minorität, führte einen *Eroberungskrieg*. Daß die beabsichtigten Eroberungen oder zu erwerbenden Hoheitsrechte motiviert wurden mit dem Zwecke der Sicherung, macht für die Eroberungen selber natürlich nichts aus. Es war ein tatsächlicher Eroberungskrieg, den das Volk nicht wollte, und man kann ein Volk nicht zwingen, zu kämpfen für einen Zweck, den es nicht will.

Die allmähliche Zermürbung des Kriegswillens endete in der vollkommenen Lähmung, die ich glaube auf drei Ursachen zurückführen zu müssen.

In erster Linie ist es offenbar die plötzliche Bitte um Waffenstillstand, die dem deutschen Volke offenbarte, daß der Krieg nicht nur in der Offensive, sondern auch in der Defensive verloren sei, und daß die Gefahr einer Invasion von mehreren Seiten bevorstehe. Diese plötzliche Erkenntnis löste eine allgemeine Panik aus. General v. Kuhl hat noch in München wieder ausgesagt (S. 98), es sei ihm unerfindlich, wie die Heimat nicht gewußt haben solle, daß die Lage schlecht sei; das hätte doch jeder wissen müssen, der einen Heeresbericht gelesen habe. In dieser Aussage sehe ich ein neues Zeugnis, daß die hohen Stäbe keine genügende Fühlung mit der Stimmung und den Vorstellungen im Volke wie in der Truppe hatten. Dasselbe gilt von der Führung der Marine. In dem Münchener Prozeß ist hin-

gewiesen worden auf einen Artikel des Marine-Oberpfarrers Klein (S. 168), worin gesagt ist, daß das Waffenstillstandsangebot auf die Marine katastrophal gewirkt habe. Wenn ein höherer Marineoffizier das bestritten hat, so muß daraus geschlossen werden, daß die Offiziere nicht gewußt haben, wie es bei ihren Mannschaften aussah.

In Wirklichkeit war ja der Krieg bereits verloren am 27. März, als sich herausstellte, daß der taktische Erfolg der großen Offensive nicht ausreichte, um ihn zu einer strategischen Operation auszubauen. Da General v. Kuhl in seiner Münchener Aussage (S. 83) von neuem betont hat, daß nach seiner Auffassung diese Offensive mit soviel Sorgfalt, Geschick und Tatkraft durchgeführt worden sei, daß man nur vor der O. H. L. den Hut abziehen könne, so kann ich meinerseits nicht umhin anzumerken, daß meine gegenteilige Meinung mittlerweile eine wesentliche Stütze erhalten hat in einer Studie des Majors a. D. Mayr (München) „Clausewitz und der Zusammenbruch 1918" (Archiv für Politik und Geschichte 1925, 10. Heft). Hier sind die schweren grundsätzlichen Fehler in der Anlage und Durchführung der Frühjahrsoffensive eingehend dargelegt. Ich füge dem noch hinzu, daß auch über das Scheitern unserer Offensive bei Reims am 15. Juli 1918 jüngst neues Material herausgekommen ist. In der „Artilleristischen Rundschau" vom Oktober 1925 hat der General der Artillerie v. Berendt diese Offensive kritisch behandelt. Es handelt sich darum, welche Rolle der Verrat deutscher Überläufer gespielt hat. General Wetzell hat in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß zwar einerseits behauptet, daß die O. H. L. stets mit der Möglichkeit eines Verrats gerechnet, doch aber andererseits mit dem Verrat, der hier stattgefunden, nicht gerechnet habe. General v. Berendt schreibt dagegen, „Verrat wird *sehr zu Unrecht* als alleiniger Grund des Mißerfolges angegeben. Mit ihm mußte gerechnet werden. Wohl die meisten großen Angriffe sind hüben und drüben durch Verrat und sonstige Kanäle dem Verteidiger vorzeitig bekannt geworden." Oberstleutnant Marx hat darauf im Dezemberheft der „Artilleristischen Rundschau" geantwortet und die Auffassung von der entscheidenden Bedeutung des stattgefundenen Verrats durch einen Angehörigen einer Bäckerei- oder Proviantkolonne aufrechterhalten. Wieweit diese Erzählung stimmt, weiß ich nicht (General Wetzell, Bd. 1 dieser Reihe, S. 328, nennt mehrere Verräter, u. a. einen Artilleriewachtmeister), stelle ihr aber von neuem den Satz entgegen, daß eine große Kriegshandlung, deren Gelingen von so untergeordneten Zufälligkeiten abhängig ist, nicht richtig aufgebaut sein kann. Nicht, daß unser vierter großer Angriff infolge des Verrats eines Trainsoldaten scheiterte, ist das Erstaunliche, sondern daß die drei vorhergehenden Großangriffe in der Picardie, in Flandern und am Damenweg trotz solcher Möglichkeiten taktisch geglückt sind. Der Fehler dieses Angriffsverfahrens erscheint um so größer, diese Strategie erscheint

um so verkehrter, wenn man den Reimser-Angriff einordnet in die Gesamtlage. Die O. H. L. hatte mit der Offensive schon am 21. März begonnen, weil sie sich klar gemacht hatte, daß sie den Sieg erfechten müsse vor der Ankunft der Amerikaner; der große Sieg war nicht erfochten worden; vom März war man in den Juli gekommen und die Amerikaner verstärkten die feindliche Front mehr und mehr. Trotzdem wußte die O. H. L. nichts anderes, als die Offensivstöße, deren Gelingen von dem Verhalten eines Trainsoldaten abhängen konnte, bald hier, bald da zu wiederholen. Eine solche Strategie kann man nicht anders als gedankenlos nennen, und es ist durchaus notwendig, immer wieder hierauf hinzuweisen, wenn das deutsche Volk zur Klarheit über den Grund seines Unglücks kommen will. Noch eben erst hat der Großadmiral v. Tirpitz in einem Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" (Januarheft, S. 91) den Satz aufgestellt: „Die revolutionäre Bewegung in Deutschland hat das Reich um den Preis seines heldenmütigen Widerstandes gebracht." Diese Fabel darf man sich nicht begnügen, zurückzuweisen, sondern muß auch positiv aufzeigen, wessen Fehler das deutsche Volk um den Preis des heldenmütigen Widerstandes gebracht haben. Einer der Hauptschuldigen war der Großadmiral v. Tirpitz selber, der als Führer der Vaterlandspartei auf der Erwerbung der Flandrischen Küste oder wenigstens von Zeebrügge bestand und dadurch einem Verständigungsfrieden den Weg verbaute. Alle Welt weiß das; das hält den Großadmiral v. Tirpitz nicht ab, in dem genannten Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" zu behaupten: „An der Bereitschaft Deutschlands, auf einen wahrhaft gerechten Frieden einzugehen, der jedem Volke sein Lebensrecht ließ, konnte niemals bei einsichtigen Staatsmännern der Gegenseite ein Zweifel bestehen." Vermutlich meint der Großadmiral, die Flandrische Küste gehöre nicht zum Lebensrecht Belgiens und die Engländer hätten sich wegen einer deutschen U-Bootsbasis in Zeebrügge keine Sorge zu machen brauchen.

Am 25. März hatte der Kaiser dem Feldmarschall v. Hindenburg die große, einzigartige Auszeichnung verliehen, die einst Blücher für Belle-Alliance erhalten hatte.

Mit welcher Siegeszuversicht mußte sich da das deutsche Volk erfüllen! Und wenn auch die deutschen Truppen seit dem August rückwärtige Bewegungen machten, so wagte doch an der Zuversicht, daß die Front halten würde, kaum irgend jemand zu zweifeln. Nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die führenden Persönlichkeiten in Deutschland waren in einer durchaus irrtümlichen Auffassung unserer militärischen Lage befangen. Als nun der General Ludendorff am 29. September moralisch zusammenbrach und in diesem moralischen Zusammenbruch den sofortigen Waffenstillstand verlangte, pflanzte sich diese seelische Katastrophe naturgemäß fort und stürzte das ganze deutsche Volk in den Abgrund der Verzweiflung.

Nun kam am 14. Oktober die Note Wilsons, in der die Beseitigung des Hohenzollernschen Kaisertums verlangt wurde. Nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern in allen Parteien erhoben sich Stimmen, die die Abdankung des Kaisers für notwendig erklärten und sie forderten. Der Reichskanzler Prinz Max sah ein, daß sie unvermeidlich sei, und wandte sich an Persönlichkeiten, die dem Kaiser nahestanden, den Oberhofprediger Dryander und den Hausminister Grafen Eulenburg, um dem Kaiser die freiwillige Abdankung nahezulegen. Der Kaiser verweigerte sie und ging, um sich einer direkten Aufforderung durch den Reichskanzler zu entziehen, in das Hauptquartier nach Spa (30. Oktober). Im Volke bildete sich nunmehr die Vorstellung, daß, um zum Frieden zu gelangen, der Kaiser zur Abdankung gezwungen werden müsse.

Ein tragischer Konflikt trat in die Erscheinung. Im alten Deutschen Reich war der Kaiser nicht bloß der Oberbefehlshaber der Armee und Marine, sondern auch der Oberste Kriegsherr, dem die Waffenmacht, im besonderen das Offizierkorps in persönlicher Treue, dem alten germanischen Gefolgschaftsbegriff, verbunden war. In dieser Gesinnung war man noch 1914 ins Feld gezogen und hatte vier Jahre lang die unsäglichsten Leiden auf sich genommen und unerschütterlich gekämpft. Es war die Frage, ob, wenn der Kaiser jetzt abdankte, das nicht die Armee innerlich auflösen und, statt Deutschland den ersehnten Frieden zu geben, es im letzten Augenblick waffenlos machen würde. Nicht nur der Kaiser selbst, sondern auch die Generale Scheüch, der Kriegsminister, und Groener, der Erste Generalquartiermeister, hatten diese Besorgnis. Der Kaiser sagte, als er sich schließlich entscheiden mußte: „Wenn es das deutsche Volk nicht anders will, so bin ich bereit, abzudanken. Ich habe lange genug regiert, um zu sehen, was das für ein undankbares Geschäft ist. Ich hänge durchaus nicht daran. Ich habe nur meine Pflicht getan, gerade in dieser Zeit auf meinem Posten auszuhalten, um die Armee und mein Volk nicht zu verlassen."

Es ist schwer zu sagen, wie es gekommen wäre, wenn der Kaiser den Entschluß, das Szepter niederzulegen, einige Wochen früher gefunden und die Regierung einer Regentschaft übergeben hätte. Es ist aber doch wohl erlaubt, sich vorzustellen, daß das Deutsche Reich dann ohne weitere Gewaltsamkeiten und ohne Revolution in eine andere Staatsform hätte übergeführt werden können.

Den letzten Anstoß zur Revolution gab der Vorgang auf der Flotte, der erst durch die Münchener Verhandlung vollständig aufgehellt worden ist (Aussage Noskes, S. 177). Die Seekriegsleitung beschloß, alle Kräfte der Marine zu einer großen Offensive zusammenzunehmen. Die Seeoffiziere, die in München ausgesagt haben, haben sich zu der Auffassung bekannt, daß diese Offensive zu einem

strategischen Erfolg hätte führen können. Es ist offenbar, daß das Selbsttäuschungen sind, wie sie aus verzweifelten Stimmungen geboren werden. Wenn auch nur einigermaßen günstige Chancen für eine Seeschlacht bestanden hätten, so ist es klar, daß man sich früher zu ihr hätte entschließen müssen. Admiral Scheer hätte sich nicht, wie aus den Aufzeichnungen des Prinzen Max zu entnehmen ist, der Zurückziehung der U-Boote aus dem Handelskrieg widersetzen dürfen, sondern hätte sie fordern müssen, um sie bei der Seeschlacht einzusetzen. So viel der U-Boot-Handelskrieg auch geleistet hatte, bis zur Niederzwingung Englands war es doch noch weit. Wenn eine Kriegsentscheidung zu unseren Gunsten überhaupt möglich war, mußte sie vor der Ankunft der Amerikaner in Frankreich erreicht werden. Aus diesem Grunde hatte ja auch Ludendorff die große Offensive schon so früh, auf den 21. März, festgesetzt. Nachdem diese Offensive den erhofften Erfolg nicht erreicht hatte, hatte der Handels-U-Bootkrieg, der auf längere Sicht angelegt war, keinen Zweck mehr; ein Erfolg über die englische Flotte wäre von viel größerer Bedeutung gewesen, als wenn wir noch monatlich einige 100 000 Tonnen Handelsschiffe versenkten. Die U-Boote hätten also schon im Sommer 1918 zurückgezogen, gesammelt und mit den anderen Seestreitkräften vereinigt werden müssen, um es auf eine Seeschlacht ankommen zu lassen und ihre Chance auszunutzen, falls eine solche existierte. Sie existierte aber nicht. Admiral Galster hat das mittlerweile marinetechnisch in einem Artikel dargelegt, den ich hier in der Anlage beifüge. Diese Offensive hätte nichts anderes als den heroischen Untergang der jungen deutschen Flotte bedeutet. Wäre es ihr doch beschieden gewesen! Für alle Ewigkeit wäre in deutschen Liedern ein solcher Untergang gepriesen worden, während jetzt die unauslöschliche Schmach der Auslieferung der Schiffe an den Feind auf der deutschen Geschichte lastet. Aber so hoch man den Willen zu großer Tat in dem Entschluß der Seeleitung preisen mag, die Ausführung war für die Flottenmannschaft eine psychologische Unmöglichkeit geworden. Auf den großen Kriegsschiffen waren wesentlich nur noch ältere Leute, Familienväter, die durch den vierjährigen, oft sogar sechs- oder siebenjährigen Aufenthalt in den eisernen Käfigen, wie man sich ausdrückte, völlig zermürbt waren, den Krieg als verloren ansahen und nichts Höheres ersehnten, als Waffenstillstand und Frieden. Die Führung war sich der ungeheuren Zumutung, die sie an die Mannschaft stellte, so sehr bewußt, daß sie sie über den Zweck der Ausfahrt zu täuschen suchte, eine Täuschung, die man dann auch der öffentlichen Meinung gegenüber noch jahrelang aufrechtzuerhalten suchte. Die Mannschaft aber hatte das Gefühl, daß sie geopfert werden sollte, um so mehr, als man ja glaubte, unmittelbar vor dem Abschluß des Waffenstillstandes zu stehen, und die Marine-Offensive diese Verhandlungen wahrscheinlich zerrissen

hätte, so daß darin sogar eine Auflehnung gegen die politische Reichsleitung gefunden werden konnte.

Nimmt man die drei Momente zusammen, die moralische Katastrophe infolge der plötzlichen Waffenstillstandsbitte, die Weigerung des Kaisers, durch freiwillige Abdankung den Abschluß des Waffenstillstandes und Friedens zu befördern, die Zumutung an die Flottenmannschaft, sich in einem Akt heroischen Wahnsinns für eine verloren gegebene Sache aufzuopfern, so bedarf es keiner weiteren Erklärung, daß die großen Massen ihrer bisherigen Führung entglitten und dem Rufe der Revolution, der so lange nur ein geringes, wenn auch allmählich stärkeres Echo gefunden hatte, Folge leisteten. Ob die Katastrophe noch einige Tage, bis nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, hätte hingehalten werden können, wenn die Marinemeuterei in Kiel nicht ausgebrochen wäre, kann man nicht wissen. Diese Kieler Bewegung aber war insofern das Entscheidende, als sie die völlige physische und moralische Ohnmacht der bisherigen Autoritäten offenbarte. Wie wir den Krieg als Ganzes durch die Überspannung der Ziele und Kräfte verloren haben, so ist auch der letzte Akt, die Marinemeuterei, durch die widersinnige Überspannung eines an sich wackeren und ehrenhaften Gedankens ausgelöst worden.

Als man in Berlin noch zögerte, gab die Verhaftung von zwei Mitgliedern der Verschwörung die Veranlassung, am Vormittag des 9. November loszuschlagen. Ein u. a. von Haase, Ledebour, Liebknecht unterzeichneter Aufruf holte die Massen der Arbeiter aus den Fabriken auf die Straße. Geschossen wurde viel, gekämpft aber gar nicht. Charakteristisch ist die Belagerung und Einnahme des Marstalls in der Breiten Straße. Als er nach langem Schießen endlich besetzt wurde, fand man keine Verteidiger darin, und erklärte sich das damit, daß irgendein unterirdischer Gang existierte, durch den sie entkommen seien. Eduard Bernstein „Die deutsche Revolution" (S. 36) ist naiv genug, die Erzählung von dem „unbekannten Ausgang" zu wiederholen. Ganz ebenso ist auf Gegner geschossen worden, die im Gebäude von Löwe in der Dorotheenstraße, in der Bibliothek, in der Universität und oben auf dem Dome eingenistet sein sollten, tatsächlich aber nicht vorhanden waren.

Es ist richtig, daß die Revolution vorbereitet war und daß sie ihre Führer hatte. Aber diese Vorbereitung und diese Führung war nicht das wesentliche, sondern es handelte sich um eine elementare, instinktive Massenbewegung, die sich unter die spartakistische Führung stellte, weil diese sich ihr anbot, die aber nicht von ihr hervorgerufen war. Noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 brachten es die Unabhängigen, eingeschlossen die Spartakisten (Kommunisten) kaum auf zwei Millionen zweihunderttausend Stimmen, während die Mehrheitler elf Millionen zählten.

In dem Buche und in der Aussage des Majors Volkmann, wo die Dinge sonst sehr zutreffend dargestellt worden sind, empfängt man den Eindruck, als ob die Auflösung der militärischen Disziplin und die Revolution nichts sei als die Auswirkung der marxistischen Weltanschauung, die sich in natürlichem Fortschreiten allmählich fortsetzte. Es handelte sich aber keineswegs um einen Naturprozeß, der nur seinem eigenen inneren Gesetz folgte, sondern um die Folgewirkung historischer Vorgänge, eben jener drei Ereignisse, die der marxistischen Anschauung für einen Augenblick im deutschen Volke und besonders in der deutschen Arbeiterschaft den Sieg verschafften. Bei Volkmann sind diese Zusammenhänge wohl angedeutet, aber nicht durchgeführt. Erst indem man sie mit ihrer ganzen Wucht in die Volkmannsche Darstellung einordnet, gewinnt man die richtige historische Anschauung und führt die Bedeutung des Marxismus für die deutsche Revolution auf das richtige Maß zurück. Diese Doktrin war gewiß nichts Gleichgültiges, aber auf sich allein gestellt hätte sie wenig vermocht, und es ist durchaus abwegig, in ihr ein entscheidendes oder das entscheidende Moment schlechthin für die Wendung der deutschen Geschichte im November 1918 zu sehen. Sie gab nicht die Kräfte selber, sondern sie gab nur die Form für die Entladung der Kräfte, die sich als Reaktion gegen die unselige Führung der deutschen Politik im Weltkriege gebildet hatten. Ganz naiv hißten ja die Matrosen die rote und die schwarzweißrote Flagge nebeneinander auf.

Als am Abend des 7. November in München Eisner mit einigen wenigen Helfern zur Revolution aufrief, sagte er nichts vom Klassenkampf, verleugnete ihn sogar und erklärte es für die erste Aufgabe des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats, dem Volke den *„heißersehnten Frieden"* zu bringen. Als der mehrheitssozialistische Abgeordnete Wels im Hof der Alexander-Kaserne das Naumburger Jägerbataillon ansprach, verwies er darauf, daß, wenn man der Vernichtung entgehen wolle, gemäß der Erklärung des Präsidenten Wilson der Kaiser abdanken müsse; dann sei der Weg zu einem billigen Frieden frei; die Weigerung des Kaisers koste Hunderttausenden das Leben; um den Bürgerkrieg zu vermeiden, müßten die Truppen sich der Arbeiterschaft anschließen. Blaß und unschlüssig standen die Offiziere daneben. Das Bataillon, das als besonders zuverlässig nach Berlin geholt worden war, stellte sich Wels zur Verfügung. Feldwebel übernahmen das Kommando[1]).

Das Siegel wird auf diese Auffassung gedrückt durch das Verhalten der Front. Sie war durch die allmähliche Zermürbung des Kriegswillens im Sommer numerisch sehr geschwächt, aber sie hielt dem Feinde gegenüber doch noch immer stand, und nur mit tiefer

[1]) K. F. Nowack, „Das Chaos", S. 212.

Bewegung kann man dem Zeugnis zustimmen, das Major Volkmann ihr noch nach dem Zusammenbruch ausstellt. „In eiserner Selbstzucht, unbeirrt durch alle Unvernunft, durch üppig emporschießenden Haß und kleinliche Rachsucht tat die große Mehrzahl der Offiziere und Beamten, denen die Verantwortung für den Heimmarsch und die Demobilmachung oblag, bis zur letzten Minute ihre Pflicht. Sie gab damit ein Beispiel, das bei dem seelischen Zustande des ganzen Volkes zwar nicht im Augenblicke wirken konnte, das aber die Pflichttreue und die heiße Liebe des Offizierkorps zur Nation, die die stärksten Eigenschaften in ihrem Charakter bilden, noch einmal hell beleuchtet. Diese Leistungen stehen, moralisch gemessen, auf kaum geringerer Stufe als die großen kriegerischen Taten bei Beginn des Krieges."

Nichtsdestoweniger mußte der Oberst Heye am 9. November mittags, also in denselben Stunden, während in Berlin auf den Straßen die Revolution die Oberhand gewann, dem Kaiser melden, die Armee sei dem Kaiser noch treu ergeben, aber müde und gleichgültig und wünsche Ruhe und Frieden. Gegen die Heimat marschiere sie jetzt nicht, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze, sie marschiere auch nicht gegen den Bolschewismus. Sie wolle einzig und allein Waffenstillstand haben. „Kämpfen will das Heer nicht mehr, weder nach außen noch nach innen."

Es ist ersichtlich, daß die marxistische Agitation auf diese Stellungnahme des Heeres ohne Einfluß gewesen ist, und es ist deshalb unzulässig, den Urgrund des deutschen Zusammenbruchs 1918 im Marxismus zu suchen.

Was von Deutschland noch zu retten war, wurde gerettet, indem die Reste der Armee und das Beamtentum sich zur Verfügung der neuen Regierung der „Volksbeauftragten" stellten und dadurch den Absturz in das Chaos und den Bolschewismus verhinderten. Wie der Feldmarschall v. Hindenburg, beraten vom General v. Groener, den großen Entschluß fand, das Bündnis mit dem Sozialdemokraten Ebert einzugehen, so funktionierten auch der Kriegsminister Scheüch und der Minister des Auswärtigen Dr. Solf mit allen ihren Beamten ebenso wie die anderen Ministerien weiter in der Erkenntnis, daß es das Wohl des Vaterlandes so verlange.

Ich kehre zurück zu der Frage, mit der ich in diesem Ergänzungsgutachten eingesetzt habe, ob wir ohne die sozialistische Agitation und Revolution den Waffenstillstand hätten ablehnen und weiterkämpfen können. Die Frage muß deshalb von neuem aufgenommen werden, weil der wahre Zustand Deutschlands im November 1918 nicht sowohl darin in die Erscheinung tritt, daß die Revolution ausbrach, als darin, daß ihr nirgends auch nur der leiseste Widerstand entgegengesetzt wurde. Nicht die Macht der einen, sondern die Ohnmacht der anderen Seite ist das Entscheidende. Wo war der

Mut und das Pflichtgefühl, mit denen Preußen und das Deutsche Reich einst aufgerichtet war? Die Tugenden, die sich noch in den vier Jahren des Krieges so herrlich bewährt hatten? Hatten die Spartakisten und Unabhängigen auch die Generalität, das Land- und Seeoffizierkorps, das Beamtentum verseucht und zerfressen? Man wird doch wohl zugestehen müssen, daß in der Umwälzung des deutschen Staatswesens die revolutionäre Agitation, ich will nicht sagen ein nebensächliches, aber doch ganz gewiß nicht das entscheidende und beherrschende Moment gewesen ist.

In der Abweisung eines Dolchstoßes in dem Sinne, daß Deutschland dadurch die Möglichkeit zum Siege entrissen worden sei, bin ich, wie ich noch einmal feststelle, mit den beiden anderen Herren Sachverständigen, General v. Kuhl und Oberst Schwertfeger, einig. Erforscht man die Ursachen, durch die der deutsche Kriegswille zersetzt und schließlich gelähmt worden ist, so war es drüben die ungeheure Übermacht und die Hungerblockade, auf unserer Seite aber wird man aufzählen müssen: die Umwandlung des Verteidigungskrieges in den Eroberungskrieg, die Fortsetzung des Krieges, als er längst hoffnungslos geworden war, die künstliche Erzeugung einer optimistischen Stimmung durch unwahrhaftige Kriegsberichte, die plötzliche Zerschlagung dieses Optimismus durch die Waffenstillstandsbitte, die Weigerung des Kaisers, freiwillig der Krone zu entsagen, als das nationale Interesse es verlangte, den heroisch-wahnwitzigen Plan einer großen Seeschlacht inmitten der Waffenstillstandsverhandlungen.

Anlage

Ein Haken beim Flottensieg

Von Vizeadmiral a. D. Karl Galster

Kleine Ursachen haben oft große Wirkungen, und jedermann weiß, daß, wenn an Maschinen gewisse Übelstände erst beseitigt sind, der Nutzeffekt sich völlig ändern kann. Die Frage, ob eine *Seeschlacht am Kriegsende* einen Nutzen gehabt hätte, ein deutscher Sieg in einer solchen wahrscheinlich gewesen wäre, ist in letzter Zeit wiederholt in der Presse und in Büchern besprochen worden, aber man hat dabei gewisse wichtige Dinge übergangen. Admiral Scheer schreibt in seinem neuesten Buch über die Ende Oktober 1918 geplante Unternehmung, die zu einer siegreichen Seeschlacht führen sollte, aber an der verhängnisvollen Marinemeuterei scheiterte, folgendes: „Die Absicht des Flottenunternehmens war, mit zwei Kreuzergruppen und Torpedobooten gleichzeitig die Flandrische Küste und die Themsemündung anzugreifen. Das Gros der

Flotte sollte ihnen folgen. Von dem Angriff wurde erwartet, daß die in den nördlichen Häfen der englischen Ostküste liegenden Hauptteile der englischen Flotte zum Gegenangriff nach Süden vorstoßen würden. Auf ihrem Anmarschwege waren U-Boote in mehreren Linien ausgelegt und außerdem das Werfen von fünf Minensperren geplant, in denen insgesamt über 1500 Minen geworfen werden sollten. Für die Schlacht selbst waren die Gewässer bei Terschelling in Aussicht genommen." Ferner meint er: „Ein Erfolg zur See konnte von unermeßlichem Vorteil sein und die Friedensverhandlungen nur günstig beeinflussen," und: „Es konnte der große Tag für die deutsche Flotte werden, für den sich ihre Aufsparung bis zum entscheidenden Augenblick gelohnt haben würde, um in der letzten Stunde das Vaterland vor dem Schicksal der Kapitulation zu befreien. Diesen höchsten Ruhm hat sich die Flotte nicht erworben."

Die Hoffnung auf Sieg muß jeder Offizier haben; aber wie stand es hier mit den Aussichten? Gewiß, die Kleinkriegsmittel — U-Boote und Minen — konnten den Feind schädigen, auch schwer schädigen, wenn er nicht nur strategisch handelte, sondern wirklich auf dem angenommenen Wege kam und keinen Umweg machte. Aber wie stand es mit den Aussichten der deutschen Hochseeflotte in einer Seeschlacht? Gerade für die Hochseeflotte rühren sich ja seit der Skagerrakschlacht immer die Federn der Marineschriftsteller. Durfte die Marineleitung annehmen, daß im Herbst 1918 die deutsche Schiffsartillerie ähnlich gute Ergebnisse in der Zerstörung englischer Kriegsschiffe haben würde wie zweieinhalb Jahre früher am Skagerrak? Durfte sie annehmen, daß die britische Schiffsartillerie hinsichtlich der Wirksamkeit ihrer Geschosse auf keiner höheren Stufe stehen würde als damals? Das Urteil der Marineleitung in dieser Hinsicht wissen wir nicht. Die Sachlage ist aber diese: Am Skagerrak waren es die Munitionskammer-Explosionen, durch die die englische Flotte fast ihre sämtlichen in der Schlacht untergegangenen großen Schiffe verloren hat. Diese Explosionen konnten eintreten, wenn bei der Entzündung von Pulverladungen in den Munitionsförderschächten die Flamme oder die heißen Gase bis in die Pulverkammern gelangten, die tief unten im Schiff, unterhalb der Kanonen der schweren und der Mittelartillerie liegen. Bei dem heutigen schnellen Schießen der Kanonen — bis etwa acht Schuß in der Minute bei der Mittelartillerie und zwei bei den schweren Geschützen — sind immer mehrere Pulverladungen in den Förderschächten unterwegs, so daß die Entzündung sich von Pulverladung zu Pulverladung fortpflanzen kann. Die Beseitigung dieser Gefahr mußte daher von größtem Vorteil sein. Sie wurde dann auch sofort nach der Skagerrakschlacht von der englischen Marine in die Hand genommen. In dem Buch „Mit der ‚Grand Fleet' im Weltkriege" des Kommodore Schoultz lesen wir: „Nach der Ska-

gerrakschlacht widmete die englische Admiralität ihre besondere Aufmerksamkeit einer ganzen Reihe von Mängeln im Schiffsbau, vor allem der automatischen Isolierung der Munitionsräume. Diese Isolierungseinrichtungen wurden auf der ‚Grand Fleet' noch während des Krieges bedeutend moderner umgestaltet. Gleichzeitig wurde das Panzerdeck auf allen Schiffen oberhalb der Munitionskammern verstärkt sowie die Panzerturmdecken und selbst der Seitenpanzer an einigen besonders gefährdeten Stellen. Diese Änderungen beweisen deutlich, daß die Engländer die ihren Schiffen anhaftenden Konstruktionsfehler voll und ganz anerkannt hatten." Neben diesen Verbesserungen der Defensivkraft hat die englische Marine die Offensivkraft gesteigert, indem sie nach Schoultz die schwere Artillerie mit Gefechtsmunition nach deutschem Muster ausrüstete. Die großen Kaliber erhielten mehr Panzersprenggranaten und zugleich bessere Zünder, was sehr wesentlich war.

Infolge dieser Änderungen steht außer Frage, daß in einer etwaigen Entscheidungsschlacht die deutsche Marine eine geringere Wirkung ihrer Artillerie und eine stärkere Wirkung der feindlichen als am Skagerrak zu erwarten hatte. Das bedeutend schwerere Kaliber der Engländer wäre voraussichtlich sehr zur Geltung gekommen. Möglicherweise hätte Lord Fisher mit seiner Äußerung zu Churchill im Jahre 1912 recht bekommen, daß dessen Wagnis der Einführung des noch nicht konstruierten 38-Zentimeter-Geschützes gleichbedeutend sei mit einem großen Seesiege. Nicht nur an Durchschlagskraft, sondern auch an Sprengwirkung war das 38-Zentimeter-Kaliber dem deutschen 30,5-Zentimeter bedeutend überlegen. Sein Geschoß war doppelt so schwer. Schon im 34-Zentimeter mit dem eineinhalbmal so schweren Geschoß hatte die englische Marine ein überlegenes Geschütz. Durch Einführung des 38-Zentimeter-Kalibers auf den im Kriege zuletzt gebauten beiden Großlinienschiffen „Baden" und „Bayern" hat die deutsche Marine anerkannt, daß das schnellere Schießen des 30,5- und 28-Zentimeter-Kalibers keinen Ausgleich an Wirkung schaffen konnte. Hinsichtlich der Schiffszahl konnten nach Scheer vom Frühjahr 1917 ab den 19 deutschen Großlinienschiffen und 5 Schlachtkreuzern 38 englische Großlinienschiffe und 10 Schlachtkreuzer entgegentreten, und von diesen letzten waren 14 bzw. 3 mit 38-Zentimeter-Kanonen bewaffnet, gegen 2 auf deutscher Seite.

Da in bezug auf Moral, Disziplin, Tapferkeit und Geschicklichkeit beide Flotten bis in das Jahr 1918 hinein als gleichwertig anzusehen sind, so kann sich hiernach jeder Laie selbst ein Bild über die Wahrscheinlichkeit des Sieges in einer Entscheidungsschlacht im Oktober 1918 machen. Dadurch, daß die deutsche Flotte die Schlacht bei Terschelling, also nicht weit von Borkum und der deutschen Küste, anbieten wollte, hatte sie natürlich gewisse Vor-

teile. Sie konnte sich auch leicht hinter die Minenfelder zurückziehen. Ob unter diesen Umständen die „Grand Fleet", die seit Kriegsbeginn mit dem Hineinlocken in einen Unterseeboots- und Minenhinterhalt rechnete, gekommen wäre, ist sehr die Frage. Sie wird sicher gegen einen Vorstoß deutscher Streitkräfte gegen die Themsemündung Abwehrmaßregeln mit Hilfe von U-Booten und Minensperren eingerichtet haben. Das Legen solcher Sperren in ganz kurzer Zeit vor oder im Rücken der marschierenden Flotte durch Überwasser- und Unterwasser-Minenleger ist gut ausführbar. Es muß hier genügen, diese Verhältnisse anzudeuten. Der Zweck vorstehender Ausführungen ist nicht, den Plan der beabsichtigten Flottenunternehmung zu bekritteln. Wenn es politisch geboten war, die Flotte einzusetzen, so hätte ein besserer Plan wohl kaum erdacht werden können. Aber mehr als ein Teilerfolg, und zwar durch die Kleinkriegsmittel, wäre schwerlich zu erringen gewesen, und der Annahme einer Siegesgewißheit für die Schlachtflotte durch Marineoffiziere fehlt jede Berechtigung. Die Ergebnisse der Skagerrakschlacht lassen sich auf 1918 nicht übertragen.

Das Gefühl im Offizierkorps der Marine, das Scheer mit den Worten ausdrückt: „Sollte die Flotte in Untätigkeit verharren, während der Ansturm auf die Truppen an der Westfront fortgesetzt wurde und die U-Boote ihr Kampfgebiet verlassen mußten?" kann man würdigen, aber seinem Optimismus, der, nach Äußerungen im Münchener Dolchstoßprozeß mit einem Hineinstoßen der Flotte in den englischen Kanal und einer Unterbrechung der Verbindung zwischen England und Frankreich rechnete, wird kein nüchtern Denkender folgen können.

Gutachten

des Sachverständigen Simon Katzenstein

Die sogenannte „Dolchstoß“-Frage

Das Werk des Untersuchungsausschusses

Vierte Reihe:
Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Berichtigungsblatt
zu Bd. 6 S. 87 ff. (Gutachten des Sachverständigen Simon Katzenstein über die „Dolchstoß"frage)

Seite 87, Abs. 2, Zeile 5: Vor „Beeinflussung" muß stehen: „der".
Seite 87, letzte Zeile: Hinter „selbst" muß stehen: „nicht".
Seite 88, erste Zeile: Statt „bedurfte" muß es heißen: „bedürfte".
Seite 88, Zeile 11: Statt „bestätigen" muß es heißen: „betätigen".
Seite 88, Abs. 2, Zeile 9: Statt „einem" muß es heißen: „einen".
Seite 88, vorletzte Zeile: Statt „Mißstimmen" muß es heißen: „Mißstimmung".
Seite 90, Abs. 3, Zeile 2: „selbst" ist von „freudiger" zu trennen.
Seite 90, Abs. 3, Zeile 7: Hinter „Krieges" muß das Komma wegfallen.
Seite 91, Zeile 9: Statt „zerstörte" muß es heißen: „zerstört".
Seite 91, Abs. 3, letzte Zeile: Statt „monarchistisch" muß es heißen: „anarchistisch".
Seite 91, Zeile 3 von unten: Hinter „Strafe" muß ein Komma stehen.
Seite 91, vorletzte Zeile: Hinter „selbst" muß stehen: „bei".
Seite 91, letzte Zeile: Hinter „Front" muß das Komma wegfallen.
Seite 92, erste Zeile: Statt „mit" muß es heißen: „eine".
Seite 92, Zeile 2: Statt „unter" muß es heißen: „oder".
Seite 92, Abs. 3, Zeile 2: Hinter „Reihe" muß stehen: „als".
Seite 92, Abs. 3, vorletzte und letzte Zeile: Statt „zuvor" muß es heißen: „zwar".
Seite 92, letzte Zeile: Statt „schon" muß es heißen „das".
Seite 93, erste Zeile: Statt „das" muß es heißen: „daß".
Seite 94, Abs. 2, erste Zeile: Statt „Auf" muß es heißen: „Auch".
Seite 94, Abs. 2, Zeile 3/4: Statt „zu wendenden" muß es heißen: „werdenden".
Seite 96, Zeile 26: Hinter „nur" muß stehen „einen".
Seite 98, Zeile 5/6: Statt „beruhenden" muß es heißen: „beruhende".

Wenn hier die Frage nicht allgemein auf Versagen irgendwelcher Stellen, sei es des Heeres, sei es der Heimat, sondern im engeren Sinne auf die Wirkung planvoller politischer Beeinflussung im revolutionären Sinne gestellt ist, so muß über die Tatsache solcher Beeinflussung hinaus nach den Bedingungen gefragt werden, die ihr eine irgendwie durchgreifende Wirkung erst ermöglicht haben. Daß von den später im Spartakusbund zusammengeschlossenen Kreisen radikaler Sozialisten eine auf Beendigung des Krieges, gleichviel durch welche Mittel, gerichtete Tätigkeit entfaltet worden ist, ist von dieser Stelle so wenig bestritten, ja mit Stolz ausgesprochen worden, daß eine auf Überführung gerichtete Untersuchung sich wohl erübrigen dürfte. Nicht die Tatsache an sich, nur der Umfang und vor allem der Einfluß dieser Propaganda kann ernsthaft in Frage stehen.

Noch weit stärker aber stellt sich eine andere Frage: nach den *Voraussetzungen,* die dieser Arbeit einen irgendwie gearteten Erfolg ermöglicht haben, dem Nährboden, der den der Kriegführung feindlichen revolutionären Einflüssen die Möglichkeit der Vermehrung und Beeinflussung der Ereignisse erst verschafft hat.

Dabei muß der Fehler vermieden werden, Ereignisse, die in ganz anderem Zusammenhang zu verstehen sind, einer politischen Propaganda zuzuschreiben, die dafür in keiner Weise als ausreichende Begründung angesehen werden kann. Es ist unvermeidlich, daß eine so ungeheure Anspannung, wie sie ein großes Volk nie zuvor auf eine so lange Dauer ertragen hat, in weiten Schichten eine starke Ermüdung und vielfach auch ausgesprochenen Widerwillen hervorrufen mußte. Nicht minder, daß die infolge der wachsenden Schwierigkeiten seit Sommer 1918 zunehmende Schlaffheit der Verwaltung zusammen mit zahlreichen erbitternden Vorbildern der Entziehung vom Heeresdienst, wie sie in der Heimat, und von den Gefahren des Frontdienstes, wie sie in bestimmten Kreisen auch in der Etappe und im Felde stattfand, in bisher unerhörtem Umfang eine massenhafte Dienstentziehung von Mannschaften zur Folge gehabt hat. Ueberlaufen und „Drückebergerei" sind nie ganz, nach übermäßigen Erschöpfungen und bei wachsenden Mißerfolgen selbst im weiten

Umfang, vermeidbar. Es bedurfte besonderer eingehender Untersuchung sowohl der in die gesetzliche Form der Reklamation gekleideten oder auf Beziehungen und glatte Bestechung begründeten als der späteren massenweisen Dienstverweigerung nach Art und Umfang, um ein mehr als oberflächliches Urteil über diese Frage zu ermöglichen. Insbesondere hinsichtlich der den *Juden* nachgesagten Neigung zur Drückebergerei müßte eine umgehende Prüfung sowohl des Anklage- als des in weitem Umfange und mit dem Anspruch auf Genauigkeit beigebrachten Verteidigungsmaterials stattfinden, um festzustellen, ob sie bei diesem Volksteil stärker ausgeprägt war, als bei der Allgemeinheit, und ob sie sich wirksamer hat bestätigen können, als bei anderen gleichfalls beschuldigten Schichten von Beamten, Grundbesitzern und einem Teil des Offizierkorps.

Auch der in der Heimat im Spätherbst 1918 sich vollziehende seelische Zusammenbruch darf nur zum kleinsten Teil auf Rechnung planvoller politischer Untergrabungsarbeit gesetzt werden. Wenn man nicht, was ich für unbegründet halte, annehmen will, daß das deutsche Offizierkorps gänzlich aus Feiglingen bestanden habe, so läßt sich dessen Verhalten in der Zeit des Zusammenbruchs, da eine Zuneigung zu revolutionären Bestrebungen im ganzen ausgeschlossen ist, nur auf den in jener Zeit weitverbreiteten Zustand der *Willenslähmung* zurückführen, einem inneren Zusammenbruch, der zum Teil auf körperliche und geistige Übermüdung, auf ungenügende Ernährung, die allerdings für Offiziere im allgemeinen nicht bestand, insbesondere den Mangel an Fetten, zum anderen auf die niederdrückenden Wirkungen der Empörung über erlebte und beobachtete Mißstände und Mißhelligkeiten und der plötzlich eingetretenen Enttäuschung über den Gang der Kriegsereignisse zurückzuführen ist. In noch weit stärkerem Maße mußten alle diese Umstände auf den *gemeinen Mann* wirken, dessen Empfindungsleben seit einer Reihe von Jahren aufs stärkste gelitten hatte und der unter den körperlichen Anstrengungen und Entbehrungen in erster Linie leiden mußte.

Die Widerstandsfähigkeit der Mannschaft hatte schwer gelitten. Schon am 24. August 1915 bemerkte Abgeordneter Noske in der 24. Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, es sei unverantwortlich, was durch unvorschriftsmäßige Behandlung an der Stimmung der Truppen gesündigt werde. Nach einer Äußerung des Abgeordneten Werner (Gießen) — 43. Sitzung vom 17. Dezember 1915 — ist der Soldat wehrlos, oft werde die beste Staatsgesinnung totgeschlagen. Am 6. Oktober 1916 (89. Sitzung) warnt Abgeordneter Gröber vor der Gefahr der militärischen Erschöpfung, namentlich der Abnahme der Kampfesfreudigkeit. Und der Abgeordnete Schöpflin führte am 30. Oktober 1916 (107. Sitzung) aus: „Die Militärverwaltung soll die Gefahr der durch vielerlei Mißstände hervorgerufenen Mißstimmen bei großen Truppenteilen nicht unterschätzen. Sie können bedauerliche Erschei-

nungen zeitigen, denen vorzubeugen dringende Pflicht ist." Der Vertreter des Kriegsministeriums, Generalmajor v. Oven, erklärte diese Mahnung allerdings für überflüssig!

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband reichte im Jahre 1916 der Heeresverwaltung eine Denkschrift ein, die sich auf den Berichten aufbaute, die ausgewählte Vertrauensleute dieses Verbandes aus dem Felde geliefert hatten. Sie boten nach dem Bearbeiter[1]) ein Bild von betrübender Einheitlichkeit, wobei die mündlichen, die früher vielfach Begeisterung, Freude, Hoffnung verraten hatten, noch wesentlich düsterer lauteten. So bekennt sich ein Schreiber vom 20. November 1915 (aus Flandern) „ganz entsetzt über die Stimmung". Die Ursachen seien derart, daß auch der staatserhaltend Gesinnte ihrem Einfluß unterliege. Dafür werden eine Reihe Belege insbesondere über die schreienden Gegensätze zwischen der Lebensweise von Offizier und Mannschaft und über die Behandlung dieser wie über den Mißbrauch von Menschen und Mitteln für die persönlichen Zwecke und das Wohlleben der Vorgesetzten angeführt. Ein Bericht aus Frankreich vom 15. Dezember 1915 nennt die Stimmung „sehr kriegsmüde, keine Spur von Begeisterung", spricht von einem „geist- und gemütlosen Kommiß..." vielen, vielen Dingen, die aufs Blut empören. In dem Briefe eines Offiziers wird gesagt, die Verbitterung reiße zu Verzweiflungstaten hin. Unzählige Fälle von Selbstverstümmelungen kämen vor. Ebenso das Abschießen von Vorgesetzten. Ein Mann schreibt im Mai 1917 aus dem Westen, er sei voller Ideale ins Feld gezogen, aber sein Idealismus sei längst getötet. Der Krieg werde zu vielfach nur als ein gutes Geschäft betrachtet. In einem Brief heißt es: „Die liebevolle Behandlung der Landsturmleute hat mich in ein anderes Lager getrieben. Es ist, als wollte man den letzten Funken Vaterlandsliebe mit Gewalt aus dem Herzen reißen". Ein Brief aus Libau vom Sommer 1916 nennt die Stimmung unbeschreiblich, den Dienst übermäßig, die Verpflegung miserabel. „Erbitterte Truppen leisten nicht, was der Geist von 1914 schuf. Manneszucht und Kriegsrecht sind zur Zeit der Kitt".

Diese Umwandlung der Empfindung äußerte sich in bemerkenswerter Weise auch in dem Kriegstagebuche *Richard Dehmels*[2]), zu dessen Kennzeichnung bemerkt sei, daß er 1914 als 50jähriger freiwillig ins Feld zog und noch im Herbst 1918 einen Aufruf zum letzten Aufgebot erließ. Er fühlt sich (2. Juli 1916)[3]) „immer wieder vor die Frage gestellt, ob man wirklich für eine gerechte Sache kämpft. Sobald man hinter die Kulissen des militärischen Groß-

---

[1]) Walter Lambach: Ursachen des Zusammenbruchs, 1919.
[2]) Richard Dehmel: Kriegstagebuch, Zwischen Volk und Menschheit. 1919.
[3]) Dehmel war damals Offizier.

betriebes guckt, stößt man auf Schwindel und Schlendrian... Ich glaube, ich hätte auch schweren Dienst gut und gerne leisten können, wenn es bloß aufs körperliche Durchhalten ankäme. Die seelischen Enttäuschungen freilich haben meine Geduldskraft fast erschöpft... Überall Eigendünkel und Zwietracht aus persönlicher Streberei, Wichtigmacherei, Scheelsucht, Herrschsucht, Gewinnsucht. Für dieses Deutschland bin ich nicht in den Krieg gezogen, das würde ich lieber gedemütigt sehen, allerdings nicht durch fremde Macht, aber durch unsere eigene Volkskraft. Es ist die bitterste Selbstüberwindung, für eine Sache weiterkämpfen zu müssen, deren menschlichen Unwert man erkannt hat ... Ich glaube doch immer noch an das geistig strebende Deutschland, das für alle guten Ziele der Menschheit kämpft... Es muß jeder das Seine tun, diesem guten Geist der Gemeinsamkeit leibhaftige Gestalt zu verschaffen. Aber tue ich das, wenn ich untertänigst für das gegenwärtige Deutschland kämpfe, für diesen Staat von Profit- und Karrieremachern, genußsüchtigen Philistern und machtsüchtigen Barbaren?" Am 30. April 1916 schreibt er: „Es ist erstaunlich und bewundernswert, wieviel Vertrauen der gewöhnliche Mann seinem Vorgesetzten noch immer entgegenbringt trotz aller kleinlichen Drückebergerei, die es von oben bis unten gibt, die aber bei der Herrenkaste, da sie doch vorbildlich wirken soll, eine unentschuldbare Gemeinheit ist."

Auch in den Briefen, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags gesammelt worden sind, kommt das gleiche Urteil zum Ausdruck. So in einem Briefe aus der Garnison Ulm (April 1916): „Wir sparen wunderbar... stets nur beim gemeinen Mann, nur nicht mit dem kostbaren Gut, der Geduld, dem prächtigen Geiste, alle Mühen bis zum ehrenvollen Ende auf uns zu nehmen. Mit Kleinigkeiten wird dieser Geist vertan, bis er ganz zugrunde gerichtet ist."

Die Ursachen dieses Zerfalls der Mannschaftsstimmung, der Entwicklung von vertrauensvoller und selbstfreudiger Hingabe zu stumpfer Gleichgültigkeit und vielfach leidenschaftlichem Haß, dem vorbezeichneten Boden für Preisgabe und Empörung, darf man zu einem Teil, ohne nach einer Schuld zu forschen, in den natürlichen Wirkungen eines überlang unter furchtbaren Gefahren, Anstrengungen und Entbehrungen sich hinziehenden Krieges, suchen. Hierzu kommt freilich als treibende Kraft der wachsende Gegensatz zu der von der Reichsregierung unter dem Druck der Obersten Heeresleitung betriebenen Politik der „Sicherung", d. h. der in irgendwelche staatsrechtlichen Formen gekleideten *Eroberungen im Westen und Osten,* die einem Friedensschluß entgegenwirkte und von breiten, stets wachsenden Kreisen der Mannschaften als „Kriegsverlängerungspolitik" leidenschaftlich gehaßt wurde. Zahlreiche Zeugnisse bekunden, wie sehr die von den Armeeleitungen beliebte Ausgestaltung des *vaterländischen Unterrichts* im Sinne der Eroberungsziele der *Vater-*

landspartei und der in den Randstaaten Rußlands betriebenen dynastischen Eigensüchteleien schlimmster Art in der Masse der Soldaten die entgegengesetzte Wirkung geübt und dem Schlagwort von dem Ende um jeden Preis Gehör verschafft hat. Ich schließe mich hier vollständig dem Urteil Delbrücks an, wenn er sagt:[1]) „Die O. H. L. selbst ist es gewesen, die den Keil in das Volk getrieben, die öffentliche Meinung, die im August 1914 auf der Grundlage des Verteidigungskrieges geschaffen war, durch ihre wahnwitzigen Vergrößerungsabsichten zerstörte und den Kriegswillen des deutschen Volkes gebrochen hat."

Auch in anderer Hinsicht haben politische Einflüsse von oben her den unerwünschten Einflüssen Boden bereitet. So berichtet in einem der von der sozialdemokratischen Fraktion gesammelten Briefe im Juni 1917 ein Mann, der als Freiwilliger herausgegangen, der nachher wegen Krankheit und Verletzung für untauglich zum Infanteriedienst erklärt und dem Train zugeteilt worden war, daß er für einen Zwischenruf, den er als Urlauber in einer Reventlow-Versammlung zu Hamburg gemacht hatte, drei Wochen Mittelarrest erhalten und einem Infanterie-Rekrutendepot zugeteilt worden sei. Ins Zeugnis habe man ihm geschrieben: *„Neigt zur Sozialdemokratischen Partei, Scheidemannsche Richtung, zu überwachen."*

Aus Belgien wird im Juni 1917 von einem Geheimbefehl berichtet, der Nachforschungen verlangt, wer sozialdemokratisch gesinnt sei oder sozialdemokratische Blätter lese. — „Wir sind keine sozialistische Bande, wir sind Kaisers Soldaten!" sagte nach einem Briefe aus Posen vom Januar 1916 der Oberleutnant. Zurücksetzungen und Beleidigungen solcher Art werden in Länge berichtet. Dabei nennt Dehmel, der nicht Sozialdemokrat war, die stramm organisierten Sozis die besten und folgsamsten Soldaten (im Gegensatz zu einigen „monarchistisch angehauchten Putschisten").

Es war nicht das Verdienst der Militärverwaltung, sondern der ihr tief verhaßten politischen Erziehung der Arbeiter, wenn diese Behandlung nicht in weit höherem Maße zur offenen Empörung geführt hat.

Dabei sorgte die Heeresverwaltung selbst nach Kräften dafür, den im Anfang sehr wenigen, im Laufe der Zeit durch wirtschaftliche Not, politische Entrüstung (preußische Wahlrechtsfrage) und die grauenvollen Wirkungen des Krieges naturgemäß im Laufe der Zeit sich mehrenden zielbewußten Anhängern der Liebknechtgruppe Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen. War doch die Einberufung zum Kriegsdienst ein landläufiges Mittel der Strafe der gehofften Unschädlichmachung für Gegner der Kriegspolitik, selbst Kriegsuntauglichkeit, die Kommandierung zur Front, dasselbe für viele Ar-

[1]) Delbrück: „Ludendorffs Selbstportrait", 1922.

beiter, die politisch oder wirtschaftlich im Betrieb mit den Behörden unter einflußreichen Unternehmerkreisen mißfällige Tätigkeit entfalteten. Die vielgenannten Äußerungen Vaters in Magdeburg nehmen gerade auf diese behördlich betriebene Masseninfizierung des Heeres mit radikalen Kriegsgegnern Bezug.

Daß diese aber ein stets wachsendes Gehör in weiten, an sich politisch weniger interessierten Schichten des Heeres fanden, das beruht zum guten Teil auf *Ursachen,* die als *schuldhafte* bezeichnet werden müssen. Bekanntlich ist die Luft aller Wohnbezirke dicht mit Krankheitserregern mannigfachster Art erfüllt. Daß trotzdem der weit überwiegende Teil der Bevölkerung nicht an diesen Krankheiten leidet, erweist die Wichtigkeit der übrigen krankheitsbegründenden Ursachen, wie Körperbeschaffenheit, Boden und Lebensweise. So kann auch durch die Feststellung der weit weniger zahlreich verbreiteten revolutionären Bestrebungen, die sicher unter anderen Umständen ebenso völlig wirkungslos geblieben wären, wie sie in früheren Zeiten des Krieges und bei anderen Heeren (in denen sie auch nicht fehlten) wirkungslos geblieben sind, nur ein Teil, meines Erachtens ein kleinster Teil, der Ursachen des Zusammenbruchs festgestellt werden.

Es ist sicher kein Zufall, daß gerade die drei europäischen Monarchien, die in erster Reihe Träger des konservativen Gedankens von der Unmündigkeit der Volksmassen und den Herrschaftsbefugnissen gotteingesetzter Führer gelten, den Stürmen des Krieges zum Opfer gefallen sind. Es war, um unter vielen Urteilen über diese Dinge nur das des heutigen deutschnationalen Abgeordneten Lambach anzuführen, das ungeeignete Führertum der herrschenden Gesellschaft, das diesen Ausgang verschuldet hat. „Deutschland brach zusammen," sagt er in der vorerwähnten Schrift, „ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerstörungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht . . . Diese deutsche Beamten- und Militärkaste hat das Volk in den Krieg geführt, hat mit den großstädtischen Arbeitern und Angestellten, die die Hälfte aller Soldaten stellten, Schlachten geschlagen und gewonnen, ohne überhaupt zu wissen, was diesen Scharen die Überlegenheit über den Feind gegeben hat. Beamtennaturen nahmen Führerstellungen ein, trugen Führeruniform und ahnten nicht, was Führertum ist. Die Massen aber wußten es. Sie hatten sich seit 50 Jahren gewöhnt, auf Führer zu schauen, die zuvor keine Tressen trugen, ihnen aber wirkliches Führertum vorlebten.

Die Massen hatten jahraus, jahrein Kriege bestanden, in denen zwar nicht das Leben selbst, aber alles, was dazu gehört: Arbeit, Brot und bürgerliche Ehre eingesetzt werden mußte. Den Offizieren und Beamten, die nach dem 1. August 1914 mit Führergesten vor sie hintraten und gehorsame Gefolgschaft forderten, war schon alles fremd.

Und dennoch verlangte das ‚System', das gerade sie führen sollten. Hätten sie wenigstens soviel vom Gemeinschaftsleben ihres Volkes gewußt, daß sie begriffen hätten: hier gibt es zu lernen! Aber auch das fehlte! Die Kämpfernaturen dagegen, die inmitten des Kampfes Führer geworden waren, zu denen Tausende vertrauensvoll aufschauten, die standen diesmal in Reihe und Glied zwischen den Mannschaften, anstatt an ihrer Spitze — im Heer und in der Heimat. Das war unser Verderben."

Ich lasse hier dahingestellt, ob wirklich dieser Mangel an Führerfähigkeit der herrschenden Schichten diese entscheidende Bedeutung gehabt hat, ob nicht die Überlegenheit der Gegner an Zahl und Ausrüstung und etwa Ursachen strategischer Art ganz überwiegend das Endergebnis bestimmt haben. In jedem Fall aber sind diese inneren Beziehungen nicht ohne Bedeutung gewesen. Sie fallen bei einem Heere, das mehr als andere genötigt war, äußere Überlegenheit der Feinde durch innere Vorzüge an Ausbildung, Kampfeswillen und Zusammenwirken von Mannschaft und Führern auszugleichen, ganz besonders ins Gewicht.

Es steht fest, daß das deutsche Heer in den ersten Monaten der Offensive von 1918 hervorragende Leistungen vollbracht hat, trotz der angeführten, weiteste Schichten umfassenden Gefühle von Unmut und Erbitterung. Wären diese und die mit ihnen als Hilfsmittel arbeitende politische Gegenarbeit hauptsächlich entscheidend gewesen, so hätten sie diese Erfolge unmöglich gemacht. Sie kommen stärker zur Wirkung in der Zeit der Rückschläge, der Niederlagen und Rückzüge. Aber auch da nur in höchst beschränktem Umfang, denn der Masse der Mannschaften waren sie völlig unbekannt geblieben. Auch die Empörung, die sich da zum Teil in offener Widersetzlichkeit Luft machte, beruhte nur zum kleinsten Teile auf einer bewußt politisch-revolutionären Einstellung. Sie war ganz überwiegend der bei Lockerung des Zusammenhalts ausbrechende Gegendruck gegen die zermalmende Wirkung der durch die Umstände unabweisbar erforderten willenlosen Unterordnung, der Anstrengungen und Entbehrungen („Das deutsche Volk wollte nicht mehr, weil es tatsächlich nicht mehr konnte".) [1]), zum andern die Furcht der unendlichen, alle Gebiete des Heereslebens, insbesondere die Behandlung und Versorgung der Mannschaft im Vergleich mit der der höheren Heereskreise umfassenden und verseuchenden Mißstände, der tief eingewurzelten Schäden eines alten Herrschaftssystems und der neueren Sünden übermütiger Schichten von Kriegsgewinnlern in Heimat und Heer[2]).

---

[1]) Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern", Band 1, Teil 8, S. 95.

[2]) „Wer den Ursachen des Zusammenbruchs nachspürte, muß die Dokumente gerade aus jenen Anfängen der schlechten Stimmung heraussuchen, sonst findet er die Wurzel des Übels nicht. Alle Mißstände haben sich zwischen

Es ist viel darüber geredet und auch gespottet worden, daß nach dem Ausbruch der Revolution die *Soldatenräte* sich ganz überwiegend oder ausschließlich auf die Vorbringung von Beschwerden dienstlicher, oft kleiner und selbst kleinlicher Art beschränkten, größere und hochpolitische Fragen aber nicht behandelten. Es ist sicher, daß „bolschewistisch verseuchte" Soldatenräte sich anders verhalten hätten. Auch in den Soldatenbriefen sind mit wenigen Ausnahmen nur die nächstliegenden Fragen und Sorgen des Briefschreibers und seiner Angehörigen behandelt, selten allgemeinere, militärische und noch viel weniger politische Fragen, ein Zeichen der wenig auf politische Ziele eingestellten Sinnesart der Mannschaft.

Auf die Erhebung der *Flotte,* die den Anstoß zur „Revolution" gegeben hat, in Wahrheit nur das Glockenzeichen eines innerlich längst erfolgten und nun durch stürmische Ereignisse offenbar zuwendenden seelischen Zusammenbruchs, ist, wenn überhaupt irgendwie, so doch nur im geringsten Maße auf die politische Agitation, die zweifelsfrei festgestellt ist, zurückzuführen. Vor mir liegt die eingehende Darstellung eines mir als glaubwürdig bekannten Mannes, der, als Postordonnanz und wegen seiner Kenntnis der politischen Fragen (er war vorher Vertrauensmann der Fortschrittlichen Volkspartei) mitten in den Erörterungen der Kieler Mannschaften gestanden und deren volles Vertrauen besessen hat. Er war damals 36 Jahre alt und selbständiger Geschäftsmann in einer Kleinstadt Pommerns. Er schreibt u. a.: „Ich stelle fest: *Es ist mir nicht bekannt geworden, daß Flugblätter revolutionärer Art* oder sonst dergl. *je verteilt worden sind.* — Davor hatte Jeder Angst, sofort gehängt zu werden, da einer dem andern nicht traute. — Die Bestrafungen waren härter als sonst; die abgehenden Transporte und die Bekanntgabe der Strafen im Tagesbefehl schreckten. — Es trat im Herbst eine Erschlaffung ein. Politisch ist mir auch nichts bekannt, daß von einer Partei geschürt wurde. Ich hätte es sicher erfahren, da ich allen politisch als Vertrauensmann galt und über Reichstagsberichte u. dergl. sprach, mich aber hütete, zu verurteilen. Nur Entrüstung, Empörung war oft von den einzelnen Kameraden der Divisionen zu hören, wie schlecht die Behandlung, Urlaub sei." Dazu andere Beschwerden ähnlicher Art: „In der schlechtesten Zeit, wo wir uns mit Steckrüben wöchentlich zwei- bis dreimal begnügen

---

Ende 1915 und Ende 1918 ja lawinenhaft vergrößert. Aber damals wäre es vielleicht noch Zeit gewesen, den rechten Weg zu finden. 1918 war es zu spät. Die maßgebenden Stellen können sich nicht darauf berufen, daß man ihnen keinen Einblick in die Seele des gemeinen Mannes gewährt habe. Sie sind vielmehr mit allem Ernst auf das Nachlassen der geistigen Widerstandskraft des Heeres hingewiesen worden. Von links nach rechts. Es war vergebens. Die ‚herrschenden' Klassen im ‚Obrigkeitsstaat' waren unbelehrbar." (Lambach a. a. O.)

mußten, hatten die Offiziere Diners im Kasino und an Bord. Weiter wird geklagt über mißbräuchlichen Bezug zwangswirtschaftlich bewirtschafteter Lebensmittel, Verwendung der gesunden jungen Leute als Burschen u. a. Der *vaterländische Unterricht* wirkte nur verbitternd. Ebenso bewirkte die Tätigkeit der Vaterlandspartei das Gegenteil dessen, was sie bezweckte." „Die Stimmung war gedrückt." „Wir sahen die hohen Vorgesetzten gute Tage leben, schwer bezahlt." „Die Strafen waren nach unten hart, nach oben mild, wenn es sich um höhere Vorgesetzte handelte. Ich habe diese Fälle erlebt."

Über den Ausbruch der Revolte heißt es dort: „Am 4. November 1918 wurden 800 Kameraden von den Schiffen ins Gefängnis gesperrt. Die anderen waren empört und sammelten sich Sonntagnachmittag auf dem Exerzierplatz. Hier wurde beschlossen, die anderen zu befreien. Wäre nicht geschossen worden und am nächsten Tage nicht die Offiziere so feig gewesen, es wäre nie zum offenen Aufruhr gekommen." — Damit vergleiche man auch die nach der Revolution erlassene Erklärung des Bundes der Deckoffiziere[1]). Danach waren die Seeoffiziere ein vollkommen hermetisch abgeschlossenes Korps, arbeiteten ausschließlich für das Interesse ihres Kreises und besaßen für Not und Sorgen der Untergebenen weder Auge noch Ohr, auch infolge einseitiger Kastenerziehung nicht das geringste Verständnis. „Allmählich trat volle Entfremdung ein, das Vertrauen der Mannschaft ging restlos verloren. Die Mannschaft sprach in voller Öffentlichkeit von Weltfremdheit, Überhebung, Nichtachtung, falscher Behandlung des Personals. Wäre der Seeoffizier seiner Mannschaft nicht gar so entfremdet gewesen, hätte er namentlich in den letzten zwei Kriegsjahren merken müssen, welche Unsumme von Groll, Haß, Verbitterung sich aufgestapelt hatte. Selbst noch in zwölfter Stunde hätte durch die Verhandlung von Mensch zu Mensch viel gerettet werden können, aber der Seeoffizier blieb auch in diesem Augenblick taub und blind. Größtenteils durch seine Schuld kam es zum Aufstand der Matrosen und Heizer... Auch hier war letztenendes der mehr als alldeutsche Geist des Seeoffizier-Korps überwiegend verantwortlich. Und ein Matrose schrieb der Frankfurter Zeitung[2]): „Das Leben wurde unnütz schwer gemacht mit Exerzieren, Strafen, Urlaubsverweigerung. Daß wir kein Friedensessen bekommen konnten, verstanden wir alle; daß die Offiziere aber alle Tage Braten und Nachtisch aßen, Alkohol und Rauchwaren in großen Mengen hatten, verstanden wir nicht. Sie, die unsere Führer waren, hätten uns darin vorangehen sollen, aber nichts wurde getan."

Das, was den Durchbruch der Empörung brachte, war schließlich die *Enttäuschung*. So willkürlich es ist, zu behaupten, die Re-

---

[1]) Abgedruckt bei Persius: Der Seekrieg, S. 117.
[2]) 10. Dezember 1918.

volution habe die Niederlage im Felde herbeigeführt, so falsch wäre es, wollte man die Revolution einfach als die Folge der Niederlage hinstellen, als wäre das deutsche Volk ohne jedes eigene Urteil wie ein Hirschrudel, dem Sieger folgsam, dem Besiegten abtrünnig. Es war vielmehr die Empörung über ein lange geübtes System der Stimmungsmache durch Verbreitung gefärbter oder ganz erlogener Nachrichten und vor allem planmäßige Unterdrückung unerwünschter wahrer Berichte. Man denke an die Stimmungsmache in der Frage der *Amerikaner* und die zerschmetternde Wirkung, als die Wahrheit an den Tag kam. Zutreffend sagte der englische Generalmajor E. Maurice[1]), dessen niegeschriebenes Wort über die „Erdolchung der Front" so wirksame agitatorische Dienste geleistet hat: „Diese Täuschungspolitik war, glaube ich, einer der Gründe der Plötzlichkeit des Zusammenbruchs, als die Dinge schlecht zu gehen begannen. Volk und Heer erkannten, daß ihre Obrigkeiten sie entweder über die Tatsachen belogen, oder diese hoffnungslos falsch beurteilt hatten. Sie verloren das Vertrauen gerade in dem Zeitpunkt, in dem Vertrauen am meisten notwendig war. Dieser plötzliche Zusammenbruch lange gewährter zuversichtlicher Hoffnung nahm die Kraft zum Widerstand, die durch ehrliche Aufklärung über die Schwere der Lage und die daraus notwendig folgende Einschränkung der Kampfziele auf das Maß des Erreichbaren noch lange im Rahmen des unabweisbar Notwendigen hätte erhalten werden können. Auch hier kann ich mich nur Delbrücks Urteil anschließen, wenn er[2]) sagt, daß gerade durch die dem deutschen Volke jahrelang gepredigte Lehre, daß es keinen Verständigungs-, sondern nur auf dem vollen Siege einer der kriegführenden Parteien beruhenden Frieden geben könne, ihm der Glaube an die Möglichkeit, durch Fortsetzung des Widerstandes günstigere Bedingungen zu erzielen, genommen worden sei. Was konnte es dann helfen, daß man den Widerstand noch einige Monate fortsetzte und noch einige hunderttausend Männer ihr Leben opferten?... Konnte man erwarten, daß die Gegner, ihres Sieges binnen absehbarer Frist völlig sicher, uns, ohne uns kampfunfähig gemacht zu haben, etwa gar eine Frist zur Erholung lassen würden?" Der Versuch, solche nutzlosen Opferungen in unbegrenzter Höhe und ohne die Aussicht auf einen anderen Erfolg als die Annahme noch härterer Friedensbedingungen nochmals dem Volke aufzuerlegen, hat als letzter Tropfen das seit langem übervolle Maß der Geduld eines unsagbar gequälten und betrogenen Volkes zum Überlaufen gebracht. Gewiß wäre es wünschenswert gewesen, daß der unvermeidlich gewordene Umschwung sich nach Zeit und Ort planvoller und ohne Beeinträchtigung des noch verbliebenen

[1]) Maurice: The last four months. The end of the war, 1919.
[2]) a. a. O., S. 61.

Restes von Widerstandskraft vollzogen hätte. Aber unaufhaltsam gewordene Notwendigkeiten gehen ihren Weg, ohne selbst nach berechtigten Wünschen und Interessen zu fragen. Nach dem Zusammenbruch der Feldherrnkunst und des Kriegsglücks der deutschen Machthaber, nach unendlichen Opfern und Enttäuschungen kam der Wille des deutschen Volkes, nicht noch den letzten Rest der Lebensmöglichkeit auf dem Altare der alten, als unzulänglich und trügerisch erkannten Mächte zu opfern, unvermeidlich zum Ausbruch. Daß auch da noch bei richtiger Behandlung eine Mannschaft leistete, was berechtigterweise von ihr gefordert werden durfte, bezeugt Generalleutnant Löffler,[1]) dessen Division noch am 2. November 1918 für tapfere Haltung belobt wurde. Und Hauptmann Müller-Brandenburg erzählte in seiner an bemerkenswerten Tatsachen und Urteilen reichen Schrift „Von der Marne zur Marne", wie er Anfang 1918 unter den schwierigsten Umständen aus einer überwiegend „aus einem Spartakistenneste" kommenden Truppe eine vortreffliche Batterie aufgebaut hat. „Dienst gab es für Offizier wie für Mann genug. Manneszucht war bald tadellos. Dabei wurde jede Schärfe vermieden . . . Wenn jeder Offizier seine Leute richtig angefaßt hätte, wäre die Armee nicht zusammengebrochen. Selbst im November 1918 gab es noch eine große Anzahl tadelloser Truppen. *Das waren die, die richtig geführt wurden.* Sache der Führer war es, die aus der Heimat kommenden Leute richtig zu fassen und ihnen seelisch näher zu treten. *Dort, wo das geschah, war der Geist der Truppe gut, und mochten noch so viele ‚Bolschewisten' in ihr sein.*"

Schon im Sommer 1916 hatte Prof. Kantorowicz-Freiburg in einer an die maßgebenden Stellen gerichteten Denkschrift[2]) das Urteil gesprochen: „Ein so zerklüftetes Heer hat keine Siegesaussichten mehr, wenn nicht schleunigst abgeholfen wird." Es ist nach keiner Seite abgeholfen worden. „Im Herbst 1918 waren die Zustände schlimmer als je. Was 1915 ein Mißstand war, war 1918 zum Skandal geworden" (Lambach). „Hunderte sauber fühlende Männer schleppen in ihren Koffern ein in Jahren aufgespeichertes Material herum, dessen Veröffentlichung nur einen entsetzten Schrei der Empörung oder eisiges, erstarrtes Schweigen hervorrufen würde," heißt es in den im Dezemberheft 1918 der alldeutschen „Süddeutschen Monatshefte" veröffentlichten Aufzeichnungen eines Arztes, der den größten Teil des Krieges an der Front erlebt hatte. Ihr Abdruck war noch im Oktober von der Militärzensur verboten worden! —

Ich stelle zum Schluß folgende Thesen auf:

1. Die Niederlage des deutschen Heeres ist in erster Linie den

---

[1]) Löffler: Die Ursachen des Zusammenbruchs.
[2]) „Der Offiziershaß im deutschen Heer", 1919.

militärischen Machtverhältnissen und ihrer strategischen Ausnutzung zuzuschreiben.

2. Daneben haben weitverbreitete, zum großen Teil auf verurteilenswerten Ursachen: Klassen- und Standesvorrechten und ihrer eigennützigen und herrschsüchtigen Ausnutzung, beruhenden Mißstände den Zusammenhalt im Heere und Volk erschüttert und zum endlichen Zusammenbruch beigetragen.
3. In weitaus letzter Linie haben politisch radikale Bestrebungen, die zu überwiegendem Teil aus den unter 2 erwähnten Mißständen ihren Ursprung genommen, jedenfalls dort einen fruchtbaren Nährboden gefunden haben, in der gleichen Richtung gewirkt.

Ich schließe mit den Worten des deutschnationalen Abgeordneten Lambach: *„Deutschland brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerstörungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht."*

Gutachten
des Sachverständigen Dr. Ludwig Herz

Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom „Dolchstoß“

Mehrfach erwähnte Bücher

(links die abgekürzte Form, in der die Werke zitiert sind)

Clemens v. Delbrück . . . Clemens v. Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. München 1924.

Fikentscher . . . Kapitänleutnant Friedrich Fikentscher: Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine. Politische und militärische Zeitfragen. Heft 29. Berlin 1920.

Hertling . . . Rittmeister Graf v. Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Freiburg i. Br. 1919.

Neter . . . Dr. Eugen Neter: Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront. Betrachtungen eines Frontarztes. Juliheft 1925 der „Süddeutschen Monatshefte". München.

Page . . . The Life and Letters of Walter H. Page. By Burton J. Hendrick. Bd. I u. II, London 1924; Bd. III, London 1925.

Painlevé . . . Comment j'ai nommé Foch et Pétain. Paris 1924.

Prozeßbericht . . . Der Dolchstoßprozeß in München Oktober-November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. München, G. Birk & Co., 1925.

Sichler . . . Richard Sichler und Joachim Tiburtius. Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges. Berlin 1925.

W. U. . . . Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. II. (vermehrte) Auflage. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium des Innern. Berlin 1924.

Inhalt

Vorbemerkung 105
Das Scheltwort vom „Dolchstoß“ 106
Muß die Niederlage durch einen „Dolchstoß von hinten“ erklärt werden? 107
Wie der Boden für das Schlagwort geschaffen wurde 108
Der Zusammenbruch der großen Offensive 114
Eine Parallele 115
Das Scheltwort eine Journalistenprägung 120
Die Zermürbung der Heimat 122
Die Geschichte der Anklage 125
Das Urteil des Auslandes 144
Pazifismus, Internationalismus, Defaitismus 145
Die Stimmung im feindlichen Auslande 152
Die Beweisführung der Anklage 161
1. Die Drückeberger und Deserteure 170
2. Der schlechte Geist des Ersatzes 175
3. Die Munitionsarbeiterstreiks 179
4. Die Flottenmeutereien 186
Wann hatte die Unterminierung Erfolg? 199
Ergebnis 200
Anhang I, Die Irreführung der öffentlichen Meinung 202
Anhang II, Die Gegensätze im Innern als Grund der Niederlage . . . 217

Anlagen
I. Ein Brief Ludendorffs an den Preußischen Minister des Innern vom 8. Dezember 1917 231
II. Ein Stimmungsbericht eines stellvertretenden Generalkommandos vom 1. November 1917, XIV. Armeekorps 232
III. Ein englisches Plakat 233
IV. Befehl vom 7. September 1915 234
V. Zur Stimmung in England und Frankreich 235
VI. Kronprinz Rupprecht an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf v. Hertling vom 19. Juli 1917 238
VII. Eingabe an den bayerischen Kriegsminister vom 17. Februar 1916 240
VIII. Erlaß des bayerischen Kriegsministers vom 11. August 1917 . 242
IX. Feststellungen des früheren Vizekanzlers v. Payer 244
X. Brief des Reichskanzlers a. D. v. Payer vom 13. Januar 1926 245
XI. Aussage des Konteradmirals v. Levetzow im Münchener Dolchstoßprozeß 246
XII. Brief des Staatsministers Dr. Südekum vom 8. Oktober 1925 246

Vorbemerkung

Das von mir erstattete Gutachten greift teilweise über den Umkreis eines Korreferates hinaus. Aus folgendem Grunde: Besagte das Schlagwort vom „Dolchstoß" nur, daß das Heer durch revolutionäre Agitation vergiftet worden ist und daß die Revolution der Heerführung das Instrument aus der Hand geschlagen hat, so hätte über diese Behauptungen genau so sachlich diskutiert werden können wie über alle anderen Ursachen des Zusammenbruchs. Die Anklage des „Dolchstoßes von hinten" geht aber viel weiter, ist in den leidenschaftlichen Kampf der Parteien gezogen worden und verseucht noch immer die innenpolitische Atmosphäre ebenso verhängnisvoll wie die Schuld- und die Greuelfrage die außenpolitische. Es schien daher erforderlich, sozusagen die Biologie des Schlagwortes zu untersuchen und auch eine große Anzahl von Anklagen zu sezieren, die von Exzellenz v. Kuhl nicht erhoben worden sind.

Dagegen muß ich mir versagen, auf die militärische Seite der Frage: „Konnten wir weiterkämpfen?" einzugehen, da ich auf diesem Gebiete völlig Laie bin.

Ich habe vermieden, zu prüfen, ob Gesetze der Moral, Gebote des Rechts oder Ratschläge der Klugheit verletzt worden sind. Nicht als ob ich den Grundsatz für richtig hielte, daß alles verstehen alles verzeihen hieße, ich meine vielmehr, daß alles verzeihen vieles nicht verstehen heißt. Ich habe jedoch geglaubt, daß die Abgabe von Werturteilen nicht zu der mir gestellten Aufgabe gehört. Ich habe daher versucht, die Ereignisse so unparteiisch darzustellen, als es heute schon möglich ist, wo die Erschütterung des Miterlebens noch nicht überwunden ist. Die Hoffnung, daß dieser Versuch gelungen sein könnte, stütze ich darauf, daß mir jene beiden Richtungen, die sich während des Weltkrieges leidenschaftlich bestrebten, den Willen der deutschen Politik und die Stimmung des deutschen Volkes zu beeinflussen, die imperialistische und die sozialrevolutionäre, gleich fernliegen.

Trotz vielfach recht weitgehender Übereinstimmung mit Exzellenz v. Kuhl komme ich zu abweichenden Wertungen. Mein Standpunkt

zu dem Problem: „Krieg und Frieden“, zu dem Problem: „Staatsgedanke und Politik“ ist offensichtlich von dem des Herrn Generals v. Kuhl grundverschieden. Ein anderer Standpunkt bedingt aber eine andere Perspektive. Wessen Anschauung richtig ist, ist verstandesmäßig nicht zu entscheiden, alles Primäre versinkt im Irrationalen.

Noch eines ist zu bemerken nötig. Für alles Gefühlsmäßige — und das spielt gerade in dem von uns zu behandelnden Komplex von Ereignissen die entscheidende Rolle — kommt es viel weniger darauf an, wie die Dinge sind, als wie sie den Betroffenen scheinen. Die Welt sieht von oben anders aus als von unten. Die Ursachen des Zusammenbruchs der Heimat können aber nur aus der Gedankenwelt, aus dem Seelenleben, aus den Stimmungen der nicht herrschenden Schichten gewürdigt werden.

Das Scheltwort vom „Dolchstoß“

Das Scheltwort vom „Dolchstoß von hinten“ bedeutet, daß die Heimat dem Heer den Sieg unmöglich gemacht, zum mindesten ihm dessen Früchte geraubt habe. Es trifft nicht nur die Deserteure, die Drückeberger, die unabkömmlichen Muttersöhnchen in den Kriegsgesellschaften, die Agitatoren, die im feindlichen Solde oder zur unzeitigen Erfüllung politischer Ideale an der Untergrabung der Manneszucht und darüber hinaus des Kampfeswillens arbeiteten, es klagt auch das verelendete deutsche Volk an, das die Qualen des Hungerns und Frierens geduldig mit zusammengebissenen Zähnen ertrug. Es soll aber nicht die verächtlichen Nutznießer des Krieges in Stadt und Land brandmarken, für die der Weltenbrand nur eine Konjunktur wie andere war. Nicht die Schieber aller Klassen und Konfessionen, nicht die „Haifische“, wie man in Italien die Kriegsgewinnler nennt, die in „Arbeitsgemeinschaft“ mit den reklamierten Arbeitern den Staatsschatz schröpften. Nicht die Durchhalter im wohldurchwärmten Zimmer und am reich besetzten Tisch, die „wie im Frieden“ lebten, während der großen Masse der Bevölkerung zwar statistisch nachgewiesen wurde, daß die auf Karten gelieferten Kalorien zur Ernährung ausreichten, die aber nach endlosem Anstehen nicht Kartoffeln genug erhalten konnte, um die hungrigen Magen der Kinder zu füllen. Nicht die Privilegierten, die sich zäh an ihre Vorrechte krallten und dem König von Preußen die zerrissene Osterbotschaft vor die Füße warfen. Nicht die, die die Bereinigung der elsaß-lothringischen Frage dynastischen Interessen unterordneten. Nicht die Propheten des uneingeschränkten U-Bootkrieges, die England in sechs Monaten auf die Knie zwingen wollten und die Amerikaner nicht fürchteten, weil sie nach Europa weder schwimmen noch fliegen könnten. Namentlich auch nicht die Amok-

läufer gegen den Verständigungsfrieden, die in die Schützengräben hineintrompeteten, daß der Krieg verloren sei, wenn nicht mindestens die flandrische Küste gewonnen, Briey und Longwy eingegliedert, die deutsche Ostgrenze bis vor die Tore Warschaus geschoben werde, der König von Preußen einen Kurhut im Baltikum trage und der Bund unserer Feinde das Bleigewicht der Kriegsmilliarden schleppe. Endlich nicht jene, die die Hoffnungen der Entente erfüllten und Bethmann Hollweg just in dem Augenblick stürzten, in dem eine Möglichkeit aufdämmerte, durch Diplomatie zu erreichen, was das Schwert nicht erzwingen konnte.

Muß die Niederlage durch einen „Dolchstoß von hinten“ erklärt werden?

In den ersten Julitagen 1914 sagte Feldmarschall Conrad einem Freunde: „Im Jahre 1908/09 wäre es ein Spiel mit aufgelegten Karten gewesen, 1912/13 noch ein Spiel mit Chancen, jetzt ist es ein Vabanque-Spiel.“ Die Auffassung ist zu optimistisch. Wenn ein Spieler Banco bietet, geht es ums Ganze, aber die Chancen stehen für den Bankhalter und ihn gleich. Das war nicht der Fall. Die Mittelmächte standen vom Beginn an einer Übermacht gegenüber. Deutschland und Österreich waren in so kritischer Lage, daß der deutsche Generalstab eine Rettung nur in der Verletzung der belgischen Neutralität sah und deren Folgen auf sich nahm.

Der Kriegsplan: Überrennung Frankreichs, um dann die ganze Kraft gegen Rußland einzusetzen, mißlang. Die entscheidende Schlacht an der Marne wurde abgebrochen. „Was darauf folgte“, sagt Conrad, „war nunmehr ein hartnäckiges Ringen in dem Bestreben, diese Entscheidung und ihre Folgen wettzumachen.“

Als Falkenhayn die O. H. L. übernahm, erklärte er der politischen Führung, daß kein Anlaß sei, an einem befriedigenden Kriegsende zu zweifeln, daß aber der Kriegsausgang durch die Ereignisse an der Marne und in Galizien ganz ins Ungewisse gerückt sei. Anfang 1916 war er zu der Überzeugung gelangt, daß der Krieg zu Lande nicht mehr gewonnen werden könne.

Als die dritte O. H. L. Ende August 1916 ihr Amt antrat, war sie gleichfalls der Meinung, daß der Krieg zu Lande allein solange nicht zu gewinnen sei, bis eine Änderung der feindlichen Machtgruppierung einträte.

Es kam der U-Bootkrieg. Die letzte Karte wurde auf den Tisch geworfen, die ausgespielt werden konnte. Die Karte stach nicht! Den abgekämpften Feinden floß aus dem noch nicht angetasteten unerschöpflichen Borne der Vereinigten Staaten frisches neues Blut zu, ihre geleerte Kasse wurde dort aufgefüllt.

Deutschland kämpfte aber nicht nur gegen eine erdrückende Überlegenheit an Menschen und Material, es kämpfte auch gegen die Zeit, es kämpfte den furchtbaren, nervenzerreißenden Kampf gegen die Uhr. Mit jedem Stundenschlage minderten sich Nahrungsmittel, Rohstoffe, Mannschaften; von nirgends her konnten Zuflüsse in das sich stetig leerende Reservoir geleitet werden. Wo sie dünn rieselten, versiegten sie. England brauchte nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten bei seinen Blockademaßregeln keine Rücksicht mehr auf die Empfindlichkeit Wilsons zu nehmen.

Dann schien sich das Wunder zu wiederholen, das einst Friedrich den Großen im Ringen mit der großen Koalition gerettet hatte. Rußland schied aus der Reihe der Feinde aus. Das Loch, das in den Ring geschlagen war, der die belagerte Festung umspannte, führte jedoch in die Leere, aus der der Besatzung neue Kräfte nicht zufließen konnten. Eine letzte Hoffnung stieg aber auf: Der Ausfall nach Westen. Jedoch auch jetzt mußte der Feldherr mit Schrecken auf den Pendel der Uhr schauen! Der Schlag mußte fallen, ehe die Amerikaner eingreifen konnten. Das Gesetz des Handelns wurde also noch immer vom Feinde vorgeschrieben. Das erschütternde Gutachten des Generals v. Kuhl (Bd. 3 dieser Reihe) zeigt, daß die Offensive gewagt werden mußte, schon weil das übermüdete Heer die Abwehrschlachten nicht mehr ertrug. Aber selbst wenn der Durchbruch taktisch gelang, blieb es noch eine ernste Frage, ob „die Armee noch beweglich genug war, um nach einem gelungenen Durchbruch zu großen Operationen im freien Felde, wie man sie erhoffte, fähig zu sein“.

Die Offensive konnte, wenn überhaupt, nur durch immer wieder glückende Überraschung Erfolg haben. Die Überraschung gelang beim dritten Stoß nicht mehr. Die Initiative ging endgültig auf den Feind über. Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen. Er war verloren. Nach Ludendorffs eigener Ansicht war der Krieg in der Verteidigung nicht mehr zu führen. Dann brachen die Bundesgenossen zusammen. Es kam, was kommen mußte, das, was Napoleon I. in den zynischen Spruch zusammengefaßt hat: „Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen.“

Wie der Boden für das Schlagwort geschaffen wurde

Es schien unfaßbar, daß das Heer, das überall tief in Feindesland stand, das den unerhörten Angriffen Widerstand geleistet hatte, das noch vor wenigen Monaten dem Feinde starke Verluste beigebracht hatte, plötzlich geschlagen sein sollte. Es schien um so unfaßbarer, weil die Rückschläge dem Volke nie klar vor Augen geführt worden waren. Man suchte nach den Ursachen, die das Versagen der Truppen, die so tapfer und heldenmütig gekämpft, verschuldet hätten.

Daß Fehler der Heeresführung, der man blind vertraut hatte, zur Katastrophe geführt haben könnten, schien unglaublich. Es lag für die politischen Gegner des neuen Systems nahe, ihm die Schuld aufzubürden. Die Versuche konnten um so leichter Glauben finden, als die leitenden Stellen es verstanden hatten, seit dem Jahre 1916 die Verantwortung für folgenschwere unpopuläre Maßnahmen der Volksvertretung aufzubürden. Ludendorff schreibt in seinen „Erinnerungen" bei der Frage des Hilfsdienstgesetzes, das nach Helfferich ein „Programm der Selbstüberschätzung und der Überschätzung der deutschen Volks- und Wirtschaftskraft" durchführen sollte: „Der Reichstag und damit das ganze Volk mußte die Mitverantwortung tragen. Am 30. Oktober 1916 wurde der Reichskanzler besonders gebeten, diese herbeizuführen." Auch der Sturz Bethmann Hollwegs wurde in der Art vorbereitet, daß man dem Kronprinzen eine Reihe sorgfältig ausgesuchter Parlamentarier vorführte, die ihr Votum gegen das Verbleiben dieses der O. H. L. besonders verhaßten Kanzlers abgeben sollten. Ähnlich verfuhr Staatssekretär v. Kühlmann, als er die Antwort auf die päpstliche Friedensnote dem Siebener-Ausschuß des Reichstages vorlegte, ohne ihm reinen Wein über die Vorgänge einzuschenken. Und dann kam Ende September 1918 die „Revolution von oben", die plötzliche volle Parlamentarisierung. Die äußeren Vorgänge sind in dem Gutachten des Obersten a. D. Schwertfeger (Bd. 2 dieser Reihe) geschildert worden. Welches waren aber die Erwägungen, die zu einer solchen radikalen Umwertung trieben, nachdem man, wie Clemens v. Delbrück (S. 265) bezeugt, kurz vorher noch mit dem Gedanken der Schließung des Reichstages und der Diktatur gespielt hatte? Im März 1918, wenige Wochen vor Beginn der großen Offensive, hatte eine über die Absichten der Entente amtlich unterrichtete Persönlichkeit bei einer Unterredung, die er mit dem Obersten v. Haeften in einem neutralen Lande über Friedensmöglichkeiten geführt hatte, als eine unerläßliche Vorbedingung der Vereinigten Staaten für Friedensunterhandlungen bezeichnet: Parlamentarisierung des Reichstags und Rücktritt des Grafen Hertling. Erinnerte man sich ihrer jetzt im Hauptquartier, als der Friede unter allen Umständen geschlossen und bald geschlossen werden mußte?

Man konnte im Hauptquartier, wo man niemals an eine Verständigungsmöglichkeit geglaubt hatte, nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß die Friedensbedingungen überaus hart sein würden. Den Zorn des Volkes abzulenken war für die Dynastie, war auch für die Heerführer Selbsterhaltungsnot. Ein Vorgang findet sich in den Briefen des Kaisers an den Zaren aus dem Sommer 1905. In ihnen wurde geraten, die Duma mit der Verantwortung für den Friedensvertrag zu belasten. Es heißt in einem Briefe vom 29. Juli 1905:

„Mit Rücksicht auf den jetzt in Rußland herrschenden Geist würde die unzufriedene Volksmasse trachten, die ganze Verant-

wortung für die nachteiligen Folgen auf Deine Schultern zu wälzen, und seine Erfolge würden als ein Resultat von Wittes persönlichem Auftreten betrachtet werden. Es würde als erste Aufgabe für die Duma-Abgeordneten ausgezeichnet sein, wenn Du sie über einen Friedensvertrag, der bereits entworfen ist, abstimmen ließest, um in dieser Weise das Odium der Entscheidung dem Lande zuzuschieben und dem russischen Volke in dieser Angelegenheit eine Stimme zu geben. Das Resultat würde dann das eigene Werk der Duma sein und für die Opposition der Maulkorb werden.“

In ähnlichem Sinne äußert sich auch ein Brief des Kaisers vom 20. August 1905. Um die Mitverantwortung der Niederlage den Schultern des Volkes aufzubürden, das über die Kriegserklärung nicht befragt worden war, gab es nur einen Weg, den Übergang zur vollen Parlamentarisierung. Daß man in Kreuznach von dem Wechsel des Regierungssystems irgendwie eine neue Kraftentfaltung erhoffte, ist nicht anzunehmen, denn die militärische Lage war gerade damals so gefährlich, daß auf ein sofortiges Waffenstillstandsangebot fast erpresserisch gedrängt wurde. Ludendorff spricht allerdings davon, daß die Übertragung der Regierungsgeschäfte an Parlamentarier die fehlende Einheitsfront schaffen würde. Aber dieses Fehlen beklagte er seit Jahren. Warum drängte die O. H. L. nicht früher darauf? Die Scheu zur Einmischung in die innere Politik erklärt die Zurückhaltung nicht ausreichend. Die O. H. L. hat einen Kanzler, weil er ihr zu nachgiebig, zu pazifistisch, zu demokratisch war, einen Staatssekretär, einen Kabinettschef gestürzt, weil sie die Kriegsführung durch sie geschädigt meinten. Die innere Uneinigkeit schien ihr für den Erfolg gefährlich. Warum griff sie nicht früher nach dem Mittel, das sie ausgleichen sollte?

Auch weitere Symptome lassen darauf schließen, daß es den militärischen Stellen darauf ankam, die Verantwortung zu überwälzen. Da ist zunächst jene sonderbare Erklärung des Obersten v. Haeften in der Kabinettssitzung vom 21. Oktober 1918 (W. U. Nr. 66 b). Dann sind es die Instruktionen, die in den Berliner Pressekonferenzen durch das Kriegspresseamt ausgegeben wurden.

Am 9. Oktober sucht die O. H. L. durch Major Würz dringend, „mit Rücksicht auf die weitere Kriegführung die Besprechung der Note an Wilson, insbesondere die Frage nach der Verantwortung für den Schritt, zu unterlassen“. Am 16. Oktober ergeht folgende Instruktion: „Unter allen Umständen muß der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören. Sie muß immer wieder betonen, daß die Regierung es ist, die getreu ihren wiederholt geäußerten Prinzipien sich zum Friedensschritt entschloß.“ Man könnte sagen, dieses Verschieben der

Mitverantwortung der O. H. L. am Friedensangebot sei erforderlich gewesen, um den Gegnern nicht die Lage zu offenbaren. Da aber die Note an Wilson ein Waffenstillstandsersuchen enthielt, konnte auch auf der Ententeseite füglich kein Zweifel gehegt werden, daß die O. H. L. hinter der Friedensbitte stand. Auf die Warnung des kaiserlichen Gesandten in Bern, v. Romberg (W. U. Nr. 51), kann sich das Kriegspresseamt dabei nicht berufen; sie ist erst am 17. Oktober 1918 in Berlin eingegangen.

Dann werden die Zeitungen auf der Pressekonferenz wie folgt instruiert:

Am 23. Oktober 1918: „Die Behauptung, daß unsere militärischen Stellen mit der Räumung der besetzten Gebiete einverstanden seien, soll unterbleiben. Ebenso jeder Hinweis darauf, daß der ganze Friedensschritt von der O. H. L. ausgegangen ist. Hingegen wäre es erwünscht, wenn die Presse zum Ausdruck bringt, daß wir durch eine Räumung unsere militärische Lage verschlechtern, und daß diese Räumung nur nach Eintritt des Waffenstillstandes, und zwar unter gewissen Garantien in Frage kommen kann."

Am 27. Oktober 1918: „Die Presse mag unterstreichen, daß wir einen Waffenstillstand angeboten haben und erwarten, nicht aber eine Waffenstreckung. Es kommt im jetzigen Augenblick ganz außerordentlich viel auf die Haltung der Presse an. Die Gegner könnten gerade aus geeigneten Äußerungen der Presse unsere Widerstandskraft entnehmen. Schon aus diesem Grunde ist die Aufgabe der Presse jetzt von hoher politischer Bedeutung. Eine bedingungslose Übergabe würde das deutsche Heer und das deutsche Volk niemals annehmen, zumal wir auch in der Lage seien, allein, ohne Bundesgenossen, weiterzukämpfen, allerdings nicht auf unbeschränkte Zeit. Das könnten aber auch unsere Gegner nicht."

Am 30. Oktober 1918: „Es wäre sehr wünschenswert, daß die Presse sich in weit größerem Maße als bisher mit der Frage befaßt, ob wir auch weiterkämpfen sollen für den Fall unannehmbarer Bedingungen oder nicht. Dabei muß immer wieder ausdrücklich betont werden, daß wir nicht zur Annahme jeglicher Bedingungen bereit sind, da unsere Armee noch intakt ist. Es kann auch gesagt werden, daß wir mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg wieder beginnen werden, wenn nicht bald eine Antwort eintrifft."

Diese Informationen ergingen, obwohl feststand, daß die politische Leitung ein Weiterkämpfen als aussichtslos ablehnte und obwohl die militärischen Stellen über diese Stellung nicht im Zweifel sein konnten. Sollte ein Druck auf das Kabinett durch Bearbeitung der öffentlichen Meinung ausgeübt werden, wie einst zur Erzwingung des uneingeschränkten U-Bootkrieges? Vielleicht. Aber die Schriften Ludendorffs, namentlich die drei Hefte zur Widerlegung des amtlichen

Weißbuches zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, machen die Vermutung fast zur Gewißheit, daß die Verantwortung für die Katastrophe abgeschoben werden sollte auf das Kabinett des Prinzen Max von Baden, das die Regierungsgeschäfte in einem Augenblick übernommen hatte, als das blutige Spiel verloren, endgültig verloren, im allergrößten Stil verloren war. Das Kabinett konnte nur versuchen, Allerletztes zu retten. Agentennachrichten zufolge wollten die Feinde mit Ludendorff nicht verhandeln. Das Kabinett nahm es auf sich, auch die Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, statt sie den militärischen Stellen zu überlassen. Damit verschob es zu eigenem Schaden das Bild für das deutsche Volk. Dem Volke wurde nicht nur nicht sinnfällig vor Augen geführt, daß die militärische Lage die Beendigung des Krieges gebieterisch erforderte, sondern die neuen Männer belasteten sich selbst mit dem Odium des Zusammenbruchs.

Der Zusammenbruch der großen Offensive

Um den Grundgedanken der Dolchstoßtheorie zu umreißen, ist es schicklich, sich an ihren Hauptvertreter, an Ludendorff, zu wenden, wenngleich seine Anklagen vom Obersten Bauer noch übertrumpft werden. Nach seiner Darstellung hat die Führung der ersten O. H. L. unter Moltke ebenso versagt wie die der zweiten unter Falkenhayn. Er und Hindenburg übernahmen die militärische Leitung im gefährlichsten Augenblick. Sie hielten die Front. Nach dem Zusammenbruch Rußlands hielten sie es für möglich, den Krieg siegreich zu beenden. An einen Verständigungsfrieden glaubte Ludendorff nicht, nur durch Kampf könne, nachdem der U-Bootkrieg die Erwartungen nicht erfüllt habe, der Feind friedenswillig gemacht werden. Eine abwartende Haltung war mit Rücksicht auf die ganze politische und militärische Lage, auf die Bundesgenossen, auf das Heer, das die Zermürbungsschlachten fürchtete und nicht mehr ertrug, und deren Abwehr angesichts der Massen des feindlichen Kriegsgerätes immer schwerer wurde, ausgeschlossen. Aus diesen Erwägungen wurden alle Anregungen, die starke Nervosität der Entente vor der großen Offensive zu Verhandlungen auszunutzen, namentlich auch die Stegemanns, die er durch Konrad Haußmann der O. H. L. unterbreiten ließ, abgelehnt und der Entschluß zur Offensive gefaßt; obwohl z. B. Stegemann die O. H. L. am 16. Februar warnen ließ, sie würde höchstens bis Amiens und Reims kommen. Der erste Stoß der Offensive führte nicht zu dem von der O. H. L. erwarteten strategischen Ziele. Die XVII. Armee erreichte nur die zweite feindliche Stellung, die Feuerwalze war über sie hinweg weit vorausgeeilt; die Infanterie hatte die Fühlung mit ihr verloren. Sie blieb vor dieser

Stellung liegen, ohne Artillerieunterstützung zu haben. Ihre Kampfkraft war am 25. März schon erschöpft; sie hatte am 21. und 22. zuviel eingebüßt, anscheinend weil sie zu eng gefochten hatte. Die II. Armee war an diesem Tage noch frischer. Sie klagte aber bereits über das Trichtergelände, ihr linker Flügel wurde durch die Somme-Übergänge, weniger durch den Feind aufgehalten. Für sie machte es sich besonders fühlbar, daß sie am Westrande des Somme-Schlachtfeldes steckengeblieben war; sie fand wirkliche Erholung nur östlich der Ausgangsstellung. Auch am 6. April focht die XVII. Armee unter keinem glücklichen Stern. Es fehlte ihr die unmittelbare, elektrisierende Kraft, die bei der XVIII. Armee vom Obersten Bruchmüller, der die Artillerievorbereitungen leitete, ausging. Der erste Offensivstoß war Ende April beendet; die Truppe hatte sich gut geschlagen, wenn auch einige Divisionen in der Oise-Ebene ersichtlich Angriffsfreudigkeit hatten vermissen lassen, eine Tatsache, die zu denken gab, aber nicht Beunruhigendes bot, da die Unterstützung der Infanterie durch Artillerie sehr schwierig gewesen war. Bedenklich schien das Verweilen der Truppen bei den vorgefundenen Vorräten, auch das Zurückbleiben einzelner zum Durchsuchen der Häuser und Gehöfte nach Lebensmitteln. Wobei bemerkt werden muß, daß General v. Kuhl in seinem Gutachten über die große Offensive dieses, wohl in allen Heeren der Welt vorgekommene, bei den deutschen ausgehungerten Truppen doppelt und dreifach erklärliche Verhalten ganz anders wertet.

Der zweite große deutsche Angriff Ende Mai hatte glänzenden Erfolg, und der erste Stoß überschritt weit die gesteckten Ziele. Leider erkannte eine Kommandobehörde die Gunst der Lage bei Soissons nicht und stieß nicht so tatkräftig wie bei Fismes vor. Wäre dies geschehen, so hätte sich unsere Lage auf der ganzen Angriffsfront erheblich günstiger gestaltet, und es wäre fraglich gewesen, ob der Franzose die Aisne und Oise noch weiter gehalten hätte. Es lag hier — immer nach Ludendorff — ein Fall vor, wo in kurzen Augenblicken vieles erreicht werden konnte, aber auch vieles unterlassen wurde. Die Truppen hatten, bis auf wenige Ausnahmen, überall eine gute Haltung und Ausdauer gezeigt. Aber der gleichzeitige österreichische Angriff an der Piave war steckengeblieben; das deutsche Heer mußte daher nach wie vor, ohne wesentliche Hilfe der Verbündeten, den Kampf an der Westfront allein weiterführen.

Der dritte Stoß Mitte Juli gegen Reims scheiterte, und am 18. Juli erfolgte der Gegenangriff Fochs, der ein großes Loch in die Front riß. Die Ursache dieser Schlappe lag darin, daß die Truppe an einen Angriff nicht mehr geglaubt hatte. Das rasche Vorgehen der zahlreichen schnell beweglichen Tanks in hohen Getreidefeldern vermehrte die Wirkung der Überraschung. Hierzu trat

die Schwächung der Divisionen infolge Grippe und einförmiger Nahrung, sowie eine gewisse Ermattung durch frühere Kämpfe. Einzelne Divisionen standen noch immer nicht in richtiger Tiefengliederung mit ihrer Artillerie, Reserven wurden nicht überall eingesetzt. Taktische Unterlassungen der örtlichen Führung erleichterten den feindlichen Erfolg, der durch eine bessere Ausgestaltung der Front durch die O. H. L. hätte erschwert werden können.

Dann kam der 8. August, den Ludendorff als den „schwarzen Tag“ des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges bezeichnet. Schlimmeres habe er nur noch in den Ereignissen erlebt, die sich vom 15. September ab an der bulgarischen Front abgespielt und das Schicksal des Vierbundes besiegelt hätten. Von diesem Tage an hielt Ludendorff den Krieg für verloren. Er verlangte nunmehr, obwohl er in den Zeiten, wo die Kriegslage für uns günstiger gewesen war, an einen Verständigungsfrieden nicht geglaubt hatte, Anbahnungen von Friedensverhandlungen durch die politische Leitung.

Auf die namentlich von Foch ausgesprochene Anklage, die deutsche O. H. L. hätte nach dem Totlaufen des Angriffs am 21. März die ganze Front von Verdun bis zum Kanal zurücknehmen, und so wieder operative Freiheit gewinnen sollen, erwidert Ludendorff, daß das, was vielleicht im Herbst 1914 nicht unrichtig gewesen wäre, im Sommer 1918 unmöglich gewesen sei. Das Heer sei nicht mehr beweglich gewesen. Zu einer so großzügigen Operation hätten die Bespannungen und Kraftwagen, der Hafer und Betriebsstoff gefehlt. Nur ein Teil der vorhandenen Divisionen, die sogenannten Angriffsdivisionen, wären voll ausgestattet und beweglich gemacht worden. Er führt dann weiter aus, daß rein taktisch-strategisch, völlig losgelöst von den großen Zusammenhängen betrachtet, das Westheer den Endkampf in der Verteidigung unter günstigeren Bedingungen geführt hätte, wenn es am 15. Juli nicht mehr angegriffen hätte. Der Rückzug hätte aber einen Sieg ausgeschlossen und die Niederlage mit ihren traurigen Folgen, wenn nicht im Herbst 1918, so doch 1919 unabweislich gemacht.

Das ist in großen Zügen die Darstellung, die Ludendorff von den Ereignissen gibt, die von der Hoffnung auf Sieg zum Eingeständnis des Verlustes des Krieges geführt haben. Nach Ludendorff war der Sieg zum Greifen nahe, aber, wie er sagt, die Schlagkraft des Heeres reichte nicht mehr aus, um ihn zu erfechten. Nicht an den Fehlern der Leitung, die Ludendorff selbst schildert, nicht an der Überlegenheit der Feinde an Menschen und Material soll der Angriff gescheitert sein, sondern daran, daß die Truppen sich gelegentlich bei Proviantlagern so lange aufhielten und daran, daß der Ersatz aus der Heimat schlechten Geistes gewesen sei, wie sich aus den Vorfällen am 8. August ergäbe! Das Versagen der

Truppen an diesem Tage könne, wie er in seinem unmittelbar nach dieser Niederlage dem Kaiser gehaltenen Vortrage betont, nicht auf die von diesem und dem Kronprinzen hervorgehobene Übermüdung der Truppen zurückgeführt werden. Der Vertrauensmann Ludendorffs beim Kaiser, Oberstleutnant Niemann (Kaiser und Revolution. Im Vorabdruck im „Tag" vom 10. Mai 1922. In die Buchausgabe ist dieser verfängliche Satz, ebenso wie eine Reihe gleichartiger nicht aufgenommen), fügt seiner Schilderung dieser Vorgänge hinzu, daß er wieder das Gefühl gehabt habe, daß der General dem so wichtigen Moment der materiellen Versorgung und der personellen Beanspruchung, der auf seiten unserer Gegner so günstige Vorbedingungen fand und uns vor unlösbare Schwierigkeiten stellte, nicht genügend Rechnung trug.

Eine Parallele

Um seiner Theorie, daß die Heimat an der Niederlage schuld sei, eine Grundlage zu geben, darf Ludendorff die Niederlage nicht mit dem 15. Juli, dem Tage des mißglückten Angriffes auf Reims, durch den, wie er selbst sagt, alle Friedenskeime vernichtet wurden, oder mit dem 15. September, der Durchbrechung der bulgarischen Front, der nach seiner eigenen Angabe das Schicksal des Vierbundes besiegelte, beginnen lassen, wie es namentlich auch die ausländische Kritik tut, sondern mit dem 8. August, an dem Truppen sich geweigert hatten, vorzugehen, und den vorgehenden Truppen die Worte „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen worden sind. Er muß dies tun, obwohl er, wie der Kronprinz Rupprecht von Bayern an Hertling schrieb, schon am 1. Juni nicht mehr an einen Sieg glaubte, sondern auf einen Deus ex machina hoffte (Hertling, S. 140), der eine der Westmächte ebenso zusammenbrechen lassen würde wie Rußland. Auch für Stegemann fängt die Krisis der Offensive mit dem 15. Juli an. Ludendorff widerlegt sich allerdings selbst, wenn er in der großen Sitzung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918 erklärt, daß sich die 41. Division, bei der sich die Vorfälle ereignet hatten, jetzt glänzend auf dem Ostufer der Maas schlage; das sei Stimmungssache. Die Stimmung sei damals schlecht gewesen. Die Division habe Grippe gehabt, die Kartoffeln hätten gefehlt, auch sei die Stimmung, die die Leute aus der Etappe und die G.-V.-Leute mitgebracht hätten, nicht gut gewesen. Kann man aber aus dem Versagen einer übermüdeten und durch Entbehrung geschwächten Truppe bereits folgern, daß sie durch Agitatoren verseucht gewesen sei? Wir haben eine merkwürdige Parallele nicht nur in der italienischen Armee nach der Niederlage von Caporetto, sondern namentlich in den Vorgängen, die sich im Mai/Juni 1917 in der französischen Armee abspielten, nachdem die große französische Offensive des „Blutsäufers"

Nivelle im Frühjahr 1917 mißglückt war. Meutereien brachen in nicht weniger als 16 Armeekorps aus. Ein Regiment weigerte sich, in die erste Linie zu gehen. Offiziere wurden beleidigt, bedroht, beschossen. Soldatenräte wurden gebildet, Abteilungen versuchten mit dem Rufe: „Nieder mit den unfähigen Generalen! Nieder mit dem Krieg!“ unter Vorantragung roter Fahnen nach Paris zu marschieren. Anfang Juni gab es nach dem Zeugnis Painlevés (S. 143) zwischen Soissons und Paris nur zwei völlig zuverlässige Divisionen. Wie der Verfasser der französischen Heeresberichte, Jean de Pierrefeu, in seinem Buche „Le G. Q. G.“ Bd. 2, S. 15 ff. (G. Q. G. gleich Grand Quartier Général gleich Großes Hauptquartier) erzählt, glaubte man dort zunächst an ein großes, seit langem vorbereitetes Komplott. Man entrüstete sich über die politischen Agitatoren, die Sozialdemokraten, die Pazifisten, die Syndikalisten und die unfähige Regierung, die ihnen freie Hand gelassen hätte und schob die Schuld auf die Defaitisten, die die Urlauber aufgestachelt hätten. Pierrefeu ist nicht dieser Meinung. Er sieht in den Vorfällen nicht eine Meuterei, sondern eine Art professionellen Streiks, wie sie seit Cäsars Zeiten in allen Armeen vorgekommen seien. Mangelhafte Lebensmittelverteilung, Ungerechtigkeiten beim Urlaub, die Wut über die Drückeberger, die Entrüstung über die „Durchhalter bis zum bitteren Ende“ am warmen Ofen, die Empörung darüber, daß jedes Friedensangebot als „Falle“ bezeichnet wurde, hätten die Stimmung verschlechtert und zu den bedauerlichen Vorfällen geführt, nachdem die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende durch das Mißglücken der Frühjahrsoffensive zu Wasser geworden war. Der beste Beweis dafür sei, daß sich dieselben Truppenkörper, bei denen die Meutereien vorgekommen waren, kurze Zeit später auf dem Damenweg vorzüglich geschlagen hätten. Man könne die Menschen nicht als eine Art Automaten ansehen, die lediglich Befehlen von oben gehorchten, und dürfte nicht übersehen, daß Gefühle plötzlich in den Herzen gegenüber gewissen Ereignissen aufkeimen können.

Diese der deutschen O. H. L. leider zu spät bekannt gewordenen Vorfälle in der französischen Armee gleichen auf ein Haar den Vorgängen, die am 8. August und auch später noch im deutschen Heere vorgekommen sind, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß hüben und drüben die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen gehabt haben. Painlevé sucht sie hauptsächlich in der Enttäuschung der übermüdeten, immer wieder eingesetzten Truppen über die Erfolglosigkeit der ungeheuren Blutopfer und in den Stimmungen, die durch die Ereignisse in Rußland ausgelöst wurden. Aber zwei Unterschiede müssen festgestellt werden. Der erste: daß um die Zeit der französischen Meutereien die ersten Amerikaner in Frankreich auftauchten, und ihr Erscheinen den Franzosen neue Hoffnung gab. Woher sollte sie bei uns im Sommer 1918 aufkeimen? Der zweite

liegt in der Art, in der der General Pétain sich der Mannschaften annahm. Die Meuterei wird nicht etwa „blutig unterdrückt", wie von vielen Seiten behauptet wird. Obwohl viele Korpskommandanten drakonische Maßnahmen und erbarmungslose Hinrichtungen forderten, wurden von den 150 gefällten Todesurteilen nur 23 vollstreckt. Die Begnadigten wurden in die Kolonien abgeschoben. (Painlevé S. 147. „Nicht zur Verschickung begnadigt", wie Volkmann, „Der Marxismus und das deutsche Heer" S. 120 schreibt.) Pétain fährt einen Monat lang von Abschnitt zu Abschnitt, besucht neunzig Divisionen, bemüht sich die Klagen der Leute abzustellen, und zwar mit Vergünstigungen, die über das hinausgehen, was der Soldat nach geschriebenen Paragraphen zu fordern hat. Die Leute fühlten, so schreibt Painlevé (S. 158), daß sich etwas geändert habe, daß man sich um ihr Wohl und Wehe sorgte. Ganz anders Ludendorff. Er erklärt, daß die Klagen über die Offiziere im allgemeinen unberechtigt gewesen seien. Es müßten gesellschaftliche Unterschiede zwischen Offizieren und Mannschaften bestehen bleiben. Der Offizier müsse sich anders halten wie der Mann. Ludendorff hat sich offenbar nicht gesagt, daß wo Rauch ist, auch Feuer sein muß, und daß, wenn sich überall und ständig die Klagen gegen die Offiziere Luft machen, wie es z. B. der deutschnationale Abgeordnete Lambach in seiner bekannten Broschüre über die Ursachen des Zusammenbruchs zugegeben hat, diese Klagen irgendwo berechtigt sein müssen. So schreibt z. B. Graf Zedlitz Trützschler in seinem Buche „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof" (S. 29), es sei ihm im Jahre 1896, als er eine Kompagnie übernahm, aufgefallen, wie sehr sich Bildungsgrad und Ehrgefühl gehoben hätten, dagegen habe sich die Art, den Mann zu behandeln, nicht geändert. Schade nur, daß er nichts zur Abstellung der Übelstände versucht hat, obwohl er die Gelegenheit hätte finden können.

Das Vorgehen Pétains zeigte jedenfalls mehr psychologischen Scharfblick als das Ludendorffs, der sich sogar über die allzumilde Militärjustiz und die Abschaffung der Strafe des Anbindens beklagt, auf die schon der konservative Abgeordnete v. Graefe gedrängt hatte! Die Auffassung, allzu milde Justiz lockere die Disziplin, wurde von dem Kriegsminister Stein und der Mehrzahl der Armee-Oberkommandos nicht geteilt. (Wrisberg, „Heer und Heimat" S. 194.) Die auffallend starke Herabsetzung der Strafen der Marinemeuterer von 1917 durch den Admiral Scheer beweist, daß die Militärgerichte nicht nur überaus hohe Strafen aussprechen durften, sondern sie auch aussprachen. Es ist auch nicht richtig, daß die Militärjustiz in Frankreich schärfer war als in Deutschland. Der umgekehrte Vorwurf wurde in Frankreich erhoben und zwar gerade wegen der Begnadigungen im Sommer 1917, so z. B. von dem Nationalisten Mermeix (Pseudonym) in seinem Buche „Painlevé et Nivelle". Richtig

ist nur, daß das Prozeßverfahren, das im Jahre 1916 dadurch modernisiert worden war, daß die Standgerichte durch Kriegsgerichte ersetzt, eine zweite Instanz geschaffen und das Begnadigungsrecht auf den Präsidenten der Republik übertragen wurde, nach Ausbruch der Meutereien — und zwar im Verordnungswege, um Parlamentsdebatten zu vermeiden — durch Abkürzung der Fristen, Aufhebung der Berufung bei gemeinschaftlicher Gehorsamsverweigerung, Überweisung des Begnadigungsrechtes an den Generalstabschef vorübergehend wieder rückwärts revidiert wurde. (Painlevé S. 144ff.)

Nicht umsonst hat sich die französische Literatur seit hundert Jahren mit den psychologischen Problemen des Alltags beschäftigt! Ludendorff vergaß, daß — wie Naumann, durch Erfahrung und Intuition ein tiefer Kenner menschlichen Seelenlebens, es einmal formulierte, — ein Volksheer nicht geführt werden könne wie ein Söldnerheer, und daß das, was möglich und vielleicht nützlich war, wenn es sich um die Disziplin des stehenden Heeres handelte, falsch werden konnte, wenn alte Landsturmleute, wenn Familienväter den wesentlichen Teil der Truppe bildeten. Es ist interessant, daß der englische General Maurice, der ja als Kronzeuge für die „Erdolchung der Front von hinten“ — wie wir später sehen werden, mit Unrecht — angerufen wird, einen der Gründe des Zusammenbruchs des deutschen Heeres in dem Verhältnis zwischen Offizier und Mann sieht. Unter der Spitzmarke: „Sieg der Disziplin des freien Mannes über die Disziplin der Sklaven“ in der „Daily News“ (kontinentale Ausgabe) vom 28. November 1918 schreibt er, daß sich das autokratische System der Disziplin, das Wilhelm II. aufgebaut, auf eine verfaulte Grundlage gestützt habe. Er habe, da es an ausreichenden Führern der alten Klasse der siebziger Jahre infolge des Wettrüstens gefehlt habe, künstlich eine Militäraristokratie geschaffen, die immer mehr vom Volke und, was für den Kriegsfall von noch größerer Bedeutung gewesen sei, von den Mannschaften abgeschlossen wurde. Dadurch sei die Disziplin der deutschen Armee eine Sklavendisziplin geworden, die noch niemals die Probe widrigen Geschicks ausgehalten habe. Er selbst habe vor dem Kriege gesehen, wie ein deutscher Offizier, ohne sich um die Gegenwart eines Fremden zu kümmern, einen Soldaten, der schlecht geschossen hatte, halb erwürgt hätte. Er habe ferner einen anderen deutschen Offizier gesehen, der, aus Ärger darüber, daß seine Kompagnie von einem Vorgesetzten getadelt worden war, seine Leute im weichen Sande habe Laufschritt machen lassen, bis sie vor Erschöpfung hinfielen. Kein deutscher Offizier habe jemals das englische System der Disziplin verstanden. Der Anblick eines englischen Offiziers, der zusammen mit seinen Leuten Sport trieb und duldete, daß er von einem Soldaten in einem Fußballmatch niedergerannt wurde, hätte ihm die Sprache geraubt. Die Stärke des modernen deutschen Heeres hätte von der

künstlichen Scheidewand abgehangen, die Offiziere und Mannschaften trennte. Das sei so lange gegangen, als tüchtige Berufsoffiziere in genügender Anzahl vorhanden waren. Nachdem diese vom Kriege aufgezehrt worden seien, hätten weniger geeignete Männer versucht, das alte System fortzuführen; an dieser Aufgabe seien sie gescheitert, das Heer sei zusammengebrochen.

Ob der Lobgesang auf die Verhältnisse im englischen Heere während des Krieges zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Der englischen Armee ist allerdings während des Krieges eine Krisis in der Seelenverfassung erspart geblieben. Painlevé erklärt es damit, daß die „große Armee" erst 1916 in Aktion getreten sei und nur eine Front von 130 km eingenommen habe. Nach dem Waffenstillstand sind Unruhen wegen Verzögerung der Demobilisierung ausgebrochen. (Irene Cooper Willis, How we came out of the War. S. 58.) Vor dem Kriege war der englische Soldat ein gesellschaftlicher Paria. Wer es nicht selbst beobachtet hat, braucht darüber nur in den „Barrack — room Ballads" (Balladen aus der Kaserne) Kiplings, der in England als der beste Kenner der Soldatenseele gilt, die Widmung an T. A. (Thomas Atkins) und das erschütternde Gedicht „Tommy" zu lesen. Wir zitieren aber das Urteil des englischen Generals, weil wir in ihm eine gewisse Übereinstimmung mit den Ansichten der deutschen militärischen Führer finden; auch sie klagen darüber, daß die jungen und inaktiven Offiziere nie dasselbe rückhaltlose Vertrauen der Mannschaften und Unteroffiziere hätten erwerben können wie das aktive Offizierkorps, das weggemäht worden war. Nur daß für sie der Unterschied nicht eine Systemfrage, sondern eine Personenfrage ist, wobei vergessen wird, daß ein System erst dann gut ist, wenn es nicht nur den Herrschenden gefällt, sondern auch bei den Beherrschten Vertrauen schafft. Ist das nicht der Fall, so verdirbt ein schlechter Vorgesetzter mehr, als ein Dutzend guter Vorzügliches leisten. Mit Recht, da der gute Vorgesetzte nur seine Pflicht tut. Das gilt besonders für den aktiven Offizier und Unteroffizier. Er hat im Kriege endlich Gelegenheit, seinen Beruf praktisch auszuwerten. Die Mannschaften sind aus ihrer Werktätigkeit herausgerissen und setzen trotz der allgemeinen Wehrpflicht ihr Leben irgendwie freiwillig ein. Deswegen scheint es auch eine Überschätzung, wenn Wrisberg („Heer und Heimat" S. 202) es den Offizieren als einen besonderen Ruhmestitel anrechnet, daß sie die auf Drängen der Linken vom Reichstag beschlossenen Kürzungen ihrer Bezüge ohne Murren hingenommen hätten. Abgesehen von allem andern standen sie noch immer im schreienden Mißverhältnis zur Löhnung der Mannschaften, ein Mißverhältnis, das vom Major aufwärts geradezu grotesk wurde. Ein Brief eines Mitgliedes des rechts eingestellten deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes von Ende November 1915, der die 15,90 M. monatlich eines Wehrmannes den 320 M. eines Leutnants

und die Unterkunft der Mannschaften in einer eiskalten fensterlosen Schule den drei Offizierkasinos gegenüberstellt (Lambach, „Die Ursachen des Zusammenbruchs“ S. 20), wirft ein grelles Schlaglicht auf die Gründe der Verdrossenheit, die sich schon damals bemerkbar machte. Es ist eines der erschütterndsten Erlebnisse, daß Offiziere, die als gute Vorgesetzte gelten konnten, auch heute noch nicht begreifen, wie verheerend das von oben häufig gerügte Duzen und Beschimpfen der Mannschaften, die Bevorzugung der Offiziere in Löhnung, Nahrung, Urlaub, die Scheidung der Gaststätten in der Ruhestellung in solche für Offiziere und Mannschaften gewirkt haben! Wenn auch der Wert der zahlreichen „Sgrafitti“ schon aus dem Frühjahr 1915, von denen der deutschnationale Abgeordnete Lambach in seiner obenerwähnten Schrift eine gute Auslese bringt, nicht überschätzt werden darf, ein Stimmungssymptom bleiben sie doch. Die Forderungen, die sowohl im Heer wie in der Marine (vgl. Bd. 10 dieser Reihe, S. 343) zu Beginn der Auflehnung aufgestellt wurden, zeigten, wie die schroffe Betonung des Vorgesetztenstandpunktes verletzt hat. Es ist tragisch, daß man in weiten Kreisen der sogenannten Intellektuellen noch immer nicht einsehen will, daß der Ehrbegriff des Offiziers von dem des „Kerls“ in der Form, nicht im Wesen verschieden war, und daß die vielberühmte gute „Kinderstube“ und der Einjährigenschein allein nicht ausreichen, um Menschen zu bilden.

Das Scheltwort eine Journalistenprägung

Der englische General Sir Frederic Maurice soll das Verdammungsurteil gesprochen haben. Das ist nicht der Fall. Oberst Schwertfeger hat in der im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte herausgegebenen Korrespondez „D. V. G.“ (Nr. vom 26. Juli 1922) folgende Übersetzung einer Erklärung des Generals Maurice, die ihm im Original vorgelegen hat, veröffentlicht:

„Ich habe niemals an irgendeiner Stelle der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Kriegsausgang, so wie er sich abgespielt hat, der Tatsache zu verdanken sei, daß das deutsche Heer von dem deutschen Volke rückwärts erdolcht worden sei (Dolchstoß der Heimat). Im Gegenteil habe ich immer die Meinung vertreten, daß die deutschen Heere an der Westfront am 11. November 1918 aus militärischen Gründen eines weiteren wirksamen Widerstandes nicht mehr fähig waren. Ich habe gesagt, daß, wenn man den deutschen Heeren Zeit gelassen hätte, sich zu erholen, diese dann wahrscheinlich den Kampf noch verlängert haben würden, daß aber ihre endliche Niederlage unvermeidlich war.“

Da aber diejenigen, die den Verlust des Krieges der Heimat aufbürden wollen, Maurice als Eideshelfer angerufen haben, soll auf sein Zeugnis nicht verzichtet werden. General Maurice leitete seit 1915 die Operationsabteilung im britischen Generalstab, war aber zurzeit des Zusammenbruchs nicht mehr aktiv, er war im Frühjahr 1918 Angriffen gegen Lloyd George zum Opfer gefallen. Maurice hat sich dann als Militärschriftsteller betätigt: in der übernationalistischen „National Review" des berüchtigten Deutschenhetzers Maxse, im „Star" und in den liberalen „Daily News". Im August 1919 hat er ein viel beachtetes Buch über das Ende des Krieges im Westen unter dem Titel: „The last four months" veröffentlicht. Maurice hat sich in zwei Artikeln der „Daily News" mit den Gründen des Zusammenbruchs des deutschen Heeres und der deutschen Flotte beschäftigt. In dem ersten, vom 28. November 1918, der den Zusammenbruch der deutschen Armee behandelt, geht er von einem Lieblingsspruch Napoleons aus, daß sich im Kriege der Wert der Seelenverfassung zu dem der Körperverfassung wie 3 : 1 verhalte. Einer der Gründe des Zusammenbruchs sei nun der gewesen, daß einer der wichtigsten seelischen Faktoren, die ein geschlagenes Heer zusammenhalten: der Glaube an die Gerechtigkeit der eigenen Sache, den Deutschen verloren gegangen sei. Einen zweiten Grund des Zusammenbruchs sieht er, wie schon oben ausgeführt, in der Sklavendisziplin, die im deutschen Heere geherrscht habe.

Den zweiten Artikel über den Zusammenbruch der Flotte aufzutreiben, ist mir nicht möglich gewesen; in der mir allein zugänglich gewesenen kontinentalen Ausgabe der „Daily News" ist er nicht erschienen. Nach einem Aufsatz des Londoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung" in der Nummer vom 1. Dezember 1918 dieses Blattes, führt Maurice den Zusammenbruch der Flotte darauf zurück, daß ihr Tradition und Geschichte gefehlt hätten. Er sei weniger erstaunlich gewesen als der des Heeres, das überall auf feindlichem Boden gestanden habe, und an Zahl den Feinden nur wenig, im Verhältnis von $3^1/_2 : 5$ unterlegen gewesen sei. (General v. Gallwitz schätzt es am 28. Oktober 1918 wie 1:6, W. U. Nr. 86.) Das beweise wieder einmal, daß eine Armee nicht kämpfen könne, ohne das Volk hinter sich zu haben. Da der Mut des deutschen Volkes zermürbt gewesen sei, seien Armee und Marine zusammengebrochen. Diesem Artikel hat dessen Verfasser ein Nachwort zugefügt, das die englische Anschauung über den deutschen Zusammenbruch zusammenfaßt. Sie ginge dahin, „die Armee sei von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden". Das Schlagwort ist also nicht von einem englischen General, dessen Urteil, auch wenn er nicht mehr Akteur, sondern nur noch Zuschauer war, nicht unbeachtet bleiben könnte, sondern von einem Journalisten aus dem Bedürfnis zum wirksamen Schluß eines Artikels geprägt worden!

Die Zermürbung der Heimat

Wenn Maurice auch nicht der Vater des Schlagwortes vom Dolchstoß ist, so hat er doch wenigstens von der Zermürbung der Heimat gesprochen. Was er darunter versteht, ergibt sich aus seinem oben erwähnten Buche. Er führt darin aus:

„Es war ganz offensichtlich geworden, daß das deutsche Volk die Härte der Blockade nur ertrug und durchhielt, weil ihm verschwenderisch Siegesversprechen gemacht waren. Es war daher unmöglich, als die militärische Lage an allen Fronten immer schlechter wurde und schnelle Entschlüsse gefaßt werden mußten, es zu einer Haltung zu erziehen, die die Folgen der Niederlage auf das geringste Maß hätten zurückschrauben können. Im Oktober 1918 wußte das deutsche Volk, daß der versprochene Sieg nicht erfochten werden konnte Der Umschwung der Gefühle und der Zusammenbruch des Vertrauens war so groß, daß kein Enthusiasmus für einen Leidenskrieg zur Verteidigung des Vaterlandes entfacht werden konnte.“

Hier legt Maurice die Sonde an die wunde Stelle: an die Irreführung der öffentlichen Meinung. Während Lloyd George durch seine Presse die Gefahren des U-Bootkrieges vielleicht sogar übertrieb, während Clémenceau den Franzosen tagtäglich einhämmerte, „die Deutschen stehen in Noyon“, wurden die Deutschen in Sicherheit gewiegt, ein Verlust des Krieges sei unmöglich, ja der Sieg zum Greifen nahe. Das ging so weit, daß Dr. Spikernagel noch am 8. Oktober 1918 in einer vom Aufklärungsdienst einberufenen Versammlung in Harburg, als Vertreter des Stellvertretenden Generalkommandos in Hannover, emphatisch schalt, wer sich über den jetzigen Rückzug beunruhige, habe aus der Geschichte der Hindenburgschen Rückzüge nichts gelernt!

Mußte die militärische und politische Leitung denn nicht damit rechnen, daß der „Geist von 1914“ schwinden könnte? Was über das deutsche Volk hereingebrochen war an körperlichen und seelischen Qualen, an Enttäuschungen innen und außen, um die Stimmung zu zermürben und zu zerbrechen, ist zu bekannt, als daß es auch nur angedeutet zu werden braucht. Es war vielmehr ein Wunder, daß es so lange durchhielt. Genau wie es den herrschenden Schichten und der Regierung, wenn ihre Sprache vor dem Kriege ehrlich war, ein Wunder hätte sein müssen, daß jene Hunderttausende, die sie „antinational“, „vaterlandslos“, „rassefremd“ gescholten hatten, so sehr gescholten hatten, daß das Ausland, namentlich Frankreich, bei einem Kriegsausbruch auf einen Bürgerkrieg hoffte, wie ein Mann aufstanden, um die Heimat zu schützen. Der Diktator habe gefehlt, sagen die, die dem Volke die Schuld aufbürden wollen. Sie weisen auf Lloyd George und Clémenceau hin, aber sie gehen dabei von einer falschen Voraussetzung aus. Selbst wenn man in Deutschland

Männer von eiserner Energie gefunden hätte, die die Kraft hatten, nicht nur die „defaitistischen" Elemente, sondern auch den starren Willen Ludendorffs zu meistern, Stimmung läßt sich nicht befehlen. Clémenceau aber und Lloyd George — und das ist das Wesentliche — waren aus der Volksvertretung hervorgegangen, waren Repräsentanten des Willens der Nation! „Die Unfertigkeit unserer parlamentarischen Zustände ist uns zum Fluch geworden", klagte Bethmann vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Wenn die Stimmung nach dem Mißlingen der großen Offensive zusammenbrach, die Gärung zur Explosion führte, so trifft die Schuld viel weniger das ausgemergelte und in seinen Hoffnungen betrogene Volk, das ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzog, als die, die ihm den Ernst der Lage nicht rechtzeitig eingeprägt hatten. Zwei gewiß unverdächtige Zeugen mögen sprechen: Naumann, der voraussehend, Stegemann, der rückblickend diese Frage behandelt hat.

In einer vertraulichen Denkschrift, die Naumann und einige seiner Freunde am 11. Februar 1918 überreicht hatten, heißt es: „Die gegenwärtige Stimmung in den breiten Massen wird in den Kriegsfragen vor allem von zwei Faktoren beherrscht: Von der Frage nach der Notwendigkeit und Bedeutung der kommenden Offensive im Westen; an eine rasche Beendigung des Kampfes durch den U-Bootkrieg wird nicht geglaubt . . . Die Hinauszögerung des Kriegsendes bis zum Jahre 1919 wird von der Masse der Bevölkerung als etwas kaum Erträgliches empfunden . . . Ebenso hat die Stimmung gegenüber der Offensive eine berechtigte Grundlage. Das Blutvergießen, das bevorsteht, ist ungeheuer: das deutsche Volk wird es ertragen, wenn es fühlt, daß die Feinde uns keine andere Wahl lassen, aber nur dann. Unsere Offensive muß — politisch gesprochen — nicht die Offensive des deutschen Generalstabs, sondern die Offensive Lloyd Georges sein, die er uns aufzwingt . . . Wie soll nun für das deutsche Volk klargestellt werden, daß die Verantwortung für die Offensive den Feinden zufällt? . . . Durch eine politische Offensive Deutschlands, die Lloyd George dazu zwingt, öffentlich zu erklären, den Krieg um Elsaß-Lothringens willen fortsetzen zu wollen. Dieses Ziel kann erreicht werden durch eine unzweideutige Erklärung über die zukünftige Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Belgiens . . . Diese Erklärung über Belgien würde die Geschlossenheit der Heimatfront in Feindesland zerstören und bei uns neu schaffen. Die Erklärung sollte so bald und so deutlich wie möglich abgegeben werden und zwar öffentlich. Das Volk sollte aufgerufen werden, seine ganze Kraft für den Entscheidungskampf zusammenzuraffen, den die Feinde uns aufzwingen, dadurch, daß sie uns Elsaß-Lothringen nehmen wollen . . . Unser Krieg würde wieder zum Volkskrieg werden."

Stegemann schreibt, daß die erschreckende Not nicht genügt habe, der im Laufe von vielen Jahren an Entbehrungen und Blutopfer gewöhnten Nation den Feldzug als letzten, größten, alles auf eine Karte setzenden Waffengang deutlich zu machen. „Rief der Kaiser, rief die Regierung dem Volke die furchtbare Wahrheit zu, erkannte das deutsche Volk, daß man weder um Belgien, noch um die flandrische Küste, weder um Litauen, noch um Kurland kämpfte, sondern um das eigene Leben und den Bestand des Reiches, so konnte man ein Ministerium der nationalen Verteidigung bilden, den Endkampf nicht nur militärisch, sondern auch politisch gerüstet und zum äußersten entschlossen entgegengehen.“ . . . „Es ist ein wahrhaft tragisches geschichtliches Schicksal, daß dieser Daseinskampf wie ein Präventivkrieg aussah, daß er infolge des strategischen Zwanges zum Angriff in der Larve eines Eroberungskrieges auftrat, und durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk in den Augen der Welt als solcher gekennzeichnet wurde. Dadurch wurde der Kriegswille der Deutschland feindlichen Demokratien gestärkt und der Kriegswille des deutschen Volkes geschwächt . . .“ „Unter diesen Umständen traf die Eröffnung (Ende September), daß der Krieg verloren sei, das Parlament wie ein Donnerschlag. Das Volk aber stand vor einer unfaßbaren Lage . . . Die Tatsache, daß der Krieg verloren war, an dessen Verlust man nicht glauben konnte, weil man vier Jahre lang einer Welt von Feinden getrotzt und vieler Herren Länder erobert hatte, und die Erkenntnis, daß der Krieg, der ‚weit draußen‘ wie ein außerhalb der politischen Sphäre stehendes Phänomen vom Heere geführt wurde, überhaupt verloren gehen konnte, trafen das deutsche Volk im Innersten und raubten ihm das schwer geschädigte seelische Gleichgewicht und die politische Fassung . . . Die militärische Enttäuschung wirkte nach innen und raubte der parlamentarischen Regierung, die sechs Monate zu spät berufen wurde, die also nicht vor, sondern nach dem Ausspielen und dem Verlust der letzten militärischen Karte die Plattform betrat, die Möglichkeit, sich gegen die ‚Revolution von unten‘ zu behaupten und starke äußere Politik zu treiben.“ „Volksmassen ertragen es nicht, daß die lauten Siegesfanfaren von gestern, heute von dem Schreckensruf abgelöst werden: „Hannibal ante Portas“, schreibt Bethmann (Betrachtungen zum Weltkriege, Bd. II, S. 53).

Soviel über das Versagen der Heimat. Es bedarf weiterer Ausführungen nicht, daß zwischen der Feststellung der Tatsache der Zermürbung und des seelischen Zusammenbruchs der Heimat nach einer unerwarteten katastrophalen Niederlage, und der Anklage, die Heimat sei dem siegreichen Heere in den Rücken gefallen, ein ungeheuerer Unterschied klafft, ein Unterschied nicht nur in der Schwere, sondern auch in der Art.

Die Geschichte der Anklage

Wann das Schlagwort vom „Dolchstoß" zuerst auftauchte, ist schwer festzustellen. Wie alle Schlagworte, war es plötzlich da, wie das Mädchen aus der Fremde, jedem, der nicht auf die Unfehlbarkeit der O. H. L., die Unübertrefflichkeit des alten Systems schwor, Völkerverständigung für moralischer oder klüger als Wettrüsten und Geheimpolitik hielt, seine vergiftende Gabe reichend. Bis zum Kriegsende ist jedenfalls die Anklage, die Heimat habe den Verlust der Schlachten und des Krieges verschuldet, nicht erhoben worden. Über Versuche zur Unterwühlung des Heeres wird allerdings schon früher berichtet. General v. Kuhl hat in seinem Gutachten eine Reihe von Warnungserlassen der O. H. L. gebracht. Auf einen der Erlasse, den vom 31. Juli 1917, muß etwas eingegangen werden. Es heißt in ihm: „Die Stimmung in der Heimat ist tief gesunken. Bei den engen Beziehungen von Heimat und Heer kann das Heer auf die Dauer nicht unberührt bleiben. Im Innern machen sich neben krassem Egoismus und rücksichtsloser Gewinn- und Genußsucht Flaumacherei, Pessimismus und Pflichtvergessenheit breit, die den Ausgang des Krieges gefährden können. Diese Erscheinungen sind zu einem Teil auf wirkliche Notstände, wie schwierige Ernährungs- und Kohlenlage, pekuniäre Sorgen, Länge des Krieges, Verlust von Angehörigen usw. zurückzuführen. Zum größten Teil aber sind sie durch die zielbewußte Agitation gewisser staatszerstörender Elemente hervorgerufen, die skrupellos diese Notstände zur Förderung ihrer politischen Ziele ausnutzen und Unfrieden, Verhetzung usw. auf alle Art zu stiften suchen. Unser Volk ist in Alltagssorgen befangen und hat für die Größe und den Ernst der Zeit, wie für die Leistungen von Heer und Flotte kaum noch Verständnis. Es zerfleischt sich in fruchtlosen Erörterungen, statt zunächst freudig, geschlossen und seiner kämpfenden Söhne würdig, den Krieg und seine unvermeidlichen Lasten zu tragen. Die Stimmung aus der Heimat hat tatsächlich schon vereinzelt auf das Heer übergegriffen, wie zahllose Zuschriften bezeugen . . . Es gilt . . . dafür zu sorgen, daß aus dem Heer heraus den Hetzern, Flaumachern und Schwächlingen daheim und im Heere entgegengetreten, ohne daß die Notlage, die in der Heimat ist, übersehen wird."

Es soll nicht darüber gerechtet werden, ob eine Zeit „groß" genannt werden kann, die nur Tod und Vernichtung spie und die Lehren der Bergpredigt hinter Blutdunst verschwinden ließ. Schicksalsschwer war sie jedenfalls und vieles, was in dem Erlaß gesagt wird, kann unterschrieben werden. Wir alle, die damals im politischen Leben tätig waren, haben dieselben Mahnungen immer und immer wieder ausgesprochen. Und trotzdem ist die Darstellung schief. Gehetzt ist zweifellos worden, aber es ist unrichtig, das Versagen der Stimmung auch nur zum erheblichen Teil auf die Agitation staatszerstörender

Elemente zurückzuführen. Gewiß fanden die Agitatoren in der furchtbaren Not, in der der weitaus größte Teil der Bevölkerung — man kann kaum sagen lebte — vegetierte, ein gutes Feld der Betätigung. Aber vielleicht muß man selbst jahrelang nur von Rationen gelebt haben, um zu ermessen, welche körperliche Unlust, welch geistige Lethargie die vollkommen ungenügende Ernährung nach sich zog. Dazu kam, daß nur allzu viele die Karten aus Geldmangel nicht einmal voll ausnutzen konnten, daß nicht nur die nötige Nahrung und Feuerung zu fehlen begann, sondern daß Frauen und Kinder nicht einmal mehr Hemden auf dem Leibe trugen. Wie schlimm er war, machten wir uns dabei selbst nicht bis zum Ende klar. Vieles, was die Berichte der englischen Offiziere, die nach dem Waffenstillstand im Auftrage ihrer Regierung Deutschland besuchten, als ganz besonders furchtbar schilderten, schien uns schon selbstverständlich, unvermeidbar.

Weite Kreise des Mittelstandes sahen ihr bißchen Wohlstand versinken, ihre bescheidene Existenz bedroht, ja vernichtet. Dagegen machten Kriegslieferanten ganz ungeheuerliche Gewinne, wie es ja seit dem Altertum der Brauch war; der „lupus" spielte schon in der alten Komödie eine wenig erfreuliche Rolle. Bei dem Einfluß, den die Schwerindustrie auf die O. H. L. hatte, blieben alle Versuche, übermäßigem Profit zu steuern, vergeblich, es sei denn, daß ein öffentlicher Skandal entstand. (Fall Behr-Pinnow, Fall Daimler.) Das Mißverhältnis zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn suchten militärische Stellen in der Heimat meist vergeblich auszugleichen (vgl. Denkschrift Groeners vom 12. Juli 1917, abgedruckt im Prozeßbericht S. 204 ff., Sichler S. 68 ff.), nicht ohne daß, wie der Fall Groener beweist, gerade der zum Opfer fiel, der bessern wollte. Trotz Drängens der Linken im Reichstag gelang es nicht, die Kriegsgewinnler steuerlich zu erfassen. Obwohl Vorsicht sie eines bessern hätte belehren können, trugen sie ihren Luxus schamlos zur Schau. Aber nicht ihnen allein fehlte das Feingefühl. So ließ z. B. der Oberkommandierende in den Marken, v. Kessel, in einer Zeit, wo alles darbte, eine Villa in Berlin bauen. Seine Burschen fütterten vor aller Augen die zahlreichen Hühner. Wer die Gegend vor dem Reichskanzlerplatz kennt, weiß, daß es dort keine Proletarier waren, die damals die Fäuste ballten. Die Urlauber sprachen im allgemeinen nur wenig von den grausigen Erlebnissen der Front, Ermutigung konnten sie aber aus den Schützengräben nicht in die Stuben der Heimat bringen. Elend hier und Elend da! Denkt man ferner daran, daß sehnsüchtige Augen Morgen für Morgen nach dem Briefträger ausschauten, der Nachricht vom Sohne, vom Gatten, vom Geliebten bringen sollte, so wäre es ein Wunder gewesen, wenn nicht die Seelen erschlafft, die Geister verstumpft wären, wenn sich nicht Groll und Verzweiflung in die Herzen gefressen hätten.

Aus den Kämpfen vor Verdun, auch im Jahre 1917 wird schon vom Versagen einer Division berichtet. Aber alles das sind doch Erschei-

nungen, die bei einem übermüdeten und durch Entbehrungen geschwächten Volke — die Depression durch den Kohlrübenwinter kann gar nicht tief genug eingeschätzt werden — unvermeidlich sind, ähnliche Stimmungen sind namentlich auch in Frankreich, obwohl es die würgende Pressung einer Blockade nicht auszuhalten brauchte, zutage getreten. In Wirklichkeit hat ja das Heer noch die schweren und blutigen Abwehrschlachten des Jahres 1917 mit unvergleichlichem Heldenmut überstanden, und schien der O. H. L. noch so gefestigt, um die große Offensive des Jahres 1918 zu wagen.

Plötzliches und unerklärliches Versagen von Truppenteilen hat es immer gegeben. Sie gehören in das Gebiet der Erscheinungen der Massenpsychose, das die Wissenschaft eben erst zu erforschen beginnt. Feldmarschall Conrad schreibt im vierten Band seines Buches „Aus meiner Dienstzeit" über das Versagen einer Infanterie-Division: „Es brach in ihr in der Nacht Panik durch ein paar Schüsse aus. Die ganze Division ging in hellen Haufen nach Lemberg zurück. Der Divisionär und beide Brigadiers verlassen ihre Abteilungen, gehen in ein Hotel in Lemberg und sind kaum mehr aus den Betten zu bringen." Conrad bemerkt dazu: „Menschen sind eben Menschen und solchen Nervenchocks und ihren Folgen unterworfen. Nicht anders sind Herdentiere, die, ohne zu wissen warum, in wildes Dahinrasen verfallen, wenn eines von ihnen plötzlich von Furcht ergriffen und zu fliehen beginnt."

Wie sah es nun aus, als die O. H. L. die Notwendigkeit der Waffenstillstandsbitte erkannte und den Krieg verloren gab?

Wie ihr Vertreter, Major Freiherr v. dem Bussche, am 2. Oktober 1918 den Parteiführern des Reichstages vortrug (W. U. Nr. 28), warf der Zusammenbruch der bulgarischen Front die Dispositionen der O. H. L. über den Haufen. Die Ostdivisionen, die zum Freimachen von Westdivisionen im Anrollen waren, mußten zum Teil leider nach dem Balkan abgedreht werden. Major v. dem Bussche erklärt weiter, daß sich unsere Truppen in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet hätten. Der alte Heldensinn sei nicht verloren gegangen. Die feindliche Übermacht habe die Truppen nicht erschreckt; Offizier und Mann hätten miteinander gewetteifert. Entscheidend für den Ausgang seien zwei Tatsachen: Die Tanks, von denen die aufs äußerste angespannte Industrie nicht genügend hätte herstellen können, und die Ersatzlage. Die so unerwartet großen Verluste in der im Gange befindlichen Schlacht könnten durch den laufenden Ersatz, durch Wiedergenesene und Ausgekämmte nicht gedeckt werden. Nach der Einstellung des Jahrganges 1900 seien die letzten Menschenreserven verbraucht. Dagegen sei der Feind durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Davon, daß der Geist des Heeres durch die Heimat unterwühlt worden sei, hat Major v. dem Bussche überhaupt nicht gesprochen. Falls dies

wirklich der Fall war, wäre es unverantwortlich von ihm gewesen, es in dieser kritischen Stunde zu verschweigen. Man muß daher annehmen, daß Manneszucht und Kampfesfreude — was nach einem monatelangen Rückzug begreiflich — gelitten hatten, daß aber diesem Faktor eine entscheidende Wirkung nicht beigemessen wurde. Auch die Äußerungen der Heerführer in der großen Sitzung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918 (W. U. Nr. 57) zeigen im wesentlichen dasselbe Bild. General Hoffmann erklärt von den Divisionen im Osten, daß er jederzeit mit ihnen im Osten noch einen Angriff unternehmen würde, daß sie aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen nicht mehr zu verwenden seien. Ludendorff klagt allerdings über die Widersetzlichkeit und Zuchtlosigkeit der Transporte aus der Heimat, gibt aber zu, daß jetzt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht sei. Er bittet, die Stimmung in der Heimat zu heben, worauf Scheidemann erwidert, daß, solange man das Rätsel nicht lösen könne, wovon Berlin-Nord und Berlin-Ost lebten, es ausgeschlossen sei, die Stimmung zu bessern. Noch einmal wird die Frage bei der Anhörung der Generale am 28. Oktober 1918 (W. U. Nr. 86) berührt. General v. Gallwitz erklärt, daß die fortgesetzten Offensiven und die rückwärtigen Bewegungen die Armee stark geschwächt hätten. Der Gegner sei überlegen und werde militärisch sehr gut geführt. Unsere Truppen hätten zahlreiche Beispiele von Tapferkeit und zähem Widerstand gegeben. Die moralische Einwirkung aus der Heimat, insbesondere die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat, ebenso der Heimatsurlaub hätten ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppen eingewirkt. Auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und Sehnsucht nach dem Frieden, sowie beeinflußt durch politische Vorgänge der neueren Zeit, sagt v. Gallwitz, habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen, insbesondere auch gegen die Disziplin, bemerkbar gemacht. Es seien meist nur einzelne Teile und gewisse Zentren, wie der Heeresleitung bekannt sei, aus denen die Stimmung hervorgehe. Diese trete in nachlassender Haltung und Disziplin zutage und darin, daß die kriegsmüden Elemente teils die Nerven verlören, teils sich drückten. In allerletzter Zeit habe unser Waffenstillstandsangebot (das die O. H. L. von dem widerstrebenden Kabinette des Prinzen Max erzwungen hatte!) ungünstig eingewirkt, ferner die Zustimmung zu der Räumungsforderung (der Ludendorff zugestimmt hatte!).

Nach General Mudra liegt die Hauptschwierigkeit darin, daß die Armee ermüdet sei; das ewige Wiedereinsetzen zum Kampfe fresse am Mark der Truppen. Zu kapitulieren brauchten wir noch lange nicht. Anders sei es allerdings, wenn Österreich wacklich werde. Am 5. November 1918. (W. U. Nr. 100) endlich berichtet General Groener in der Sitzung der Staatssekretäre, daß die Kampfkraft der verschiedenen Divisionen verschieden sei. Die aus der Heimat zurückkehrenden Ur-

lauber, die häufig aus dem Osten herangeführten bolschewistisch angehauchten Ersatzmannschaften drückten die Stimmung nieder. Ebenso hätten das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen gewirkt. Die militärische Lage habe sich weiter verschärft. Wenn das Heer noch ungeschlagen sei, so sei dies der in der Masse des Heeres noch vorherrschenden Pflichttreue und dem tapferen Geist zuzuschreiben. Das heilige Feuer könne nicht erhalten werden, wenn Kritik und Polemik aus der Heimat kämen. Wenn nicht schleuniger Wandel geschehe, richte die Heimat das Heer zugrunde.

Auch Oberst Heye, der als Vertreter der O. H. L. mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Gallwitz Rücksprache genommen hatte, sprach in Spa am 9. November nur davon, daß die Truppen, mutlos und gleichgültig geworden, nicht mehr kämpfen wollen. Er sagt aber in diesem wichtigsten Augenblick nichts von revolutionären Strömungen, erklärt vielmehr, daß das Heer noch in der Hand seiner Führer sei.

Alle diese Berichte aus der Zeit der Ereignisse selbst zeigen, daß zwar die Stimmung der Heimat die Stimmung im Heer ungünstig beeindruckt, daß sie aber keinen erheblichen Einfluß auf den Ausgang der Kämpfe gehabt hatte, daß neben der begreiflichen, aus der Not und Enttäuschung geborenen Erbitterung des Volkes das Waffenstillstandsangebot, das gegen den Willen der politischen Leitung auf Drängen der O. H. L. überstürzt herausgehen mußte, die Kampffreudigkeit der Truppen herunterdrückte, und daß die Erscheinungen, die zum Nachlassen der Disziplin und zum Versagen von Truppenteilen geführt haben, erst eingetreten sind, als die Truppen fühlten, daß alles Kämpfen vergeblich und der Krieg verloren war. Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür ist die keineswegs von außen hineingetragene Weigerung der Flotte, im November 1918 auszulaufen, weil sie sich nicht sinnwidrig opfern wollte.

Bis zum Waffenstillstand war also niemals davon die Rede, daß Agitation oder verzweifelte Stimmung der Heimat für den Verlust des Krieges entscheidend waren, schon deshalb nicht, weil niemals der Verlust der Schlachten und Feldzüge auf ein Versagen oder gar eine Auflehnung der Truppen zurückgeführt worden ist. Erst am 5. November, — in einem Zeitpunkte also, in dem nichts mehr zu verlieren war und sich der angesammelte Zündstoff bereits zu entladen begann, — sprach General Groener zum Kriegskabinett nicht etwa davon, daß der Geist der Heimat das Heer zugrunde gerichtet habe, sondern nur davon, daß die Heimat das Heer zugrunde richten werde; die schlimmsten Einflüsse, dessen das Heer sich zu erwehren habe, seien die Entnervung durch sie und der drohende Bolschewismus.

Es lag nahe — und hier finden wir den schüchternen Anfang der

bösen, gegen die Heimat geschleuderten Anklage —, die Revolution für die Schwere der Waffenstillstandsbedingungen und für den Gewaltfrieden von Versailles verantwortlich zu machen. Für Ludendorff selbst stand es fest, daß wir Waffenstillstand und Frieden nur zu den Bedingungen erhalten konnten, die wir jetzt zu erfüllen haben. Das ist von ihm, der von jeher die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens geleugnet hat, logisch geschlossen. Nur ist es widersinnig, wenn er und die anderen, die auf demselben Standpunkt gestanden haben, jetzt der Revolution die Schuld zumessen wollen, daß die Feinde ihren Vernichtungswillen gerade in dem Augenblick nicht aufgegeben haben, in dem sie ihn nach der militärischen Niederlage in die Tat umsetzen konnten. Vielleicht wäre es in den Vorverhandlungen der Alliierten untereinander über den Friedensvertrag etwas Vernunft zur Geltung gekommen, wenn die Volksbeauftragten nicht ebenso vorschnell demobilisiert hätten, — oder hätten demobilisieren müssen — wie die O. H. L. überstürzt die Waffenstillstandsbitte erzwang; vielleicht wären sogar vor dem Ultimatum noch einige Erleichterungen zu erreichen gewesen, wenn Erzberger es auch seinen Freunden verschwiegen, die Unabhängigen es nicht der Welt verkündet hätten, daß der Friedensvertrag unter allen Umständen unterzeichnet werden müsse. Aber — und darauf kommt es in dem Vorwurf des „Dolchstoßes“ allein an — an den erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen hat die Revolution keinen Anteil. Sie waren festgesetzt, ehe die Machthaber und Generale drüben von der Nachricht ihres Ausbruchs ebenso überrascht wurden wie die deutsche Delegation in Compiègne. Schon die erste Note Wilsons vom 8. Oktober 1918 verlangte die Räumung der besetzten Gebiete. Die zweite vom 14. Oktober 1918 erklärte, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden könne, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffe, und daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes von dem Urteil und dem Rate der Militärs abhängig gemacht werden müßten. Dieselben Gedanken wiederholt die dritte Note vom 23. Oktober 1918, und die vierte vom 5. November 1918 erklärt ausdrücklich, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes den Alliierten unbeschränkte Macht sichern müßten, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen. Sie schließt damit, daß Foch Vertreter der deutschen Regierung empfangen werde, nicht etwa um mit ihnen über die Waffenstillstandsbedingungen zu verhandeln, sondern um sie ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Ein Waffenstillstand war also nur unter der Bedingung völliger Waffenstreckung zu haben. Nun ist behauptet worden, daß die Waffen-

stillstandsbedingungen infolge der Revolution verschärft worden seien. Die Behauptung, daß andere Waffenstillstandbedingungen in der Hinterhand gehalten worden seien, sind ebenso ein Märchen, wie die Behauptung von einem zweiten Friedensvertrag, der vorgelegt werden sollte, wenn Deutschland den ersten ablehnen würde. (Vgl. darüber Herz, „Die Legende vom zweiten Friedensvertrag". Zeitschrift „Das Demokratische Deutschland". 15. VIII. 1920.) Die Waffenstillstandsbedingungen waren nach langen Verhandlungen zwischen den Alliierten vereinbart. Sie waren so scharf gefaßt, weil die Alliierten zunächst eine Falle fürchteten. Es wurde Erzberger erklärt, dem Marschall Foch seien durch den Beschluß der verbündeten Regierungen und Heeresleitungen in allen prinzipiellen Fragen die Hände gebunden. Nur über die praktische Ausführung und über Einzelheiten ließe sich überhaupt reden. Trotzdem gelang es, belangreiche Milderungen durchzudrücken. (Erzberger, „Erlebnisse im Weltkrieg", S. 333 ff.).

Von besonderem Interesse ist es, was Graf Westarp in der in der „Konservativen Monatsschrift" erschienenen Artikelreihe: „Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei" über die Räumungsfrage erzählt. Graf Westarp wurde am 10. Oktober 1918 von Ludendorff empfangen. Im Vorzimmer teilten ihm die Majore von dem Bussche und v. Stülpnagel mit, nach militärischer Auffassung könne die geforderte Räumung zugesagt werden, weil das Heer zurzeit unbedingte Ruhe durch Waffenstillstand haben müsse. Bei den Verhandlungen über die Räumung werde sich herausstellen, daß dazu ein Zeitraum von mehreren Monaten erforderlich sei. Während dieser Zeit werde sich das Heer kampffähig erhalten können für den Fall, daß es je nach dem Verlauf der inzwischen geführten Friedensverhandlungen wieder eingesetzt werden müsse. Ludendorff selbst stehe auf dem Standpunkt, daß weitergekämpft werden müsse, falls unannehmbare Bedingungen gestellt würden. Beim Gelingen eines Durchbruchs sei die Gefahr ungeheuer. Die Opfer hätten keinen Zweck mehr, da eine positive Besserung der militärischen Lage nicht mehr herbeigeführt werden könne. Wenn wir im Kampf Schritt für Schritt bis an die Landesgrenze zurückgedrängt würden, so kämen wir in eine ungünstigere Lage, als wenn wir während des Waffenstillstandes ohne nachdringenden Feind die Grenzen besetzen könnten. Das trifft sicherlich zu. Konnte aber irgend jemand wirklich darauf rechnen, daß auch nur eine ausreichende Frist für die Räumung der besetzten Gebiete zugestanden würde? Die Feinde hätten überaus töricht sein müssen, Bedingungen zuzugestehen, die den Deutschen die Möglichkeit eines neuen Waffenganges ließen, selbst wenn sie über dessen Ausgang keinen Zweifel hegten oder zu hegen brauchten. Vorausgesetzt, daß auch ihre Soldaten bei einem Scheitern der Friedensverhandlungen nach langem Waffenstillstand noch zum Verlassen der Schützengräben zu bringen waren!

Ein Zweifel, der die Bedingung der Kapitulation unabweislich machen mußte.

Der Vorwurf, der nun erhoben wird, geht dahin, daß wir gegenüber den immer unerträglicher werdenden Bedingungen der Feinde hätten weiterkämpfen müssen. Das Gutachten des Generals v. Kuhl über die große Offensive (Bd. 3 dieser Reihe) zeigt, daß das Heer, trotzdem es sich dauernd auf dem Rückzuge befand, den Krieg doch noch einige Monate hätte hinhalten können, obwohl die Feinde stark genug waren, die ganze Front zum Schlachtfeld zu machen. Gegen die Offensive, die Foch auf den 15. November gegen die lothringische Front angesetzt hatte, waren Abwehrmaßnahmen getroffen — namentlich auch gegen den Tankschrecken —, die, wenigstens nach Ansicht der Militärs, zu der Hoffnung berechtigten, auch diesmal, wie so häufig, den Durchbruch zu verhindern. Militärische Gründe mögen uns also nicht genötigt haben, die Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, bevor die Revolution das Weiterkämpfen unmöglich machte. Das Telegramm Hindenburgs vom 10. November 1918, das die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen befahl, kann nicht dagegen ausgespielt werden; damals war der Zusammenbruch im Innern bereits erfolgt.

Neben die militärisch-technischen Erwägungen — bei denen wohl drei Stadien unterschieden werden müssen: erstens der Augenblick, in dem die O. H. L. den Waffenstillstand forderte, zweitens die Zeitspanne, in der die Wilson-Noten keinen Zweifel mehr über die Härte der Waffenstillstandsforderungen mehr ließen, drittens der Tag, an dem die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt wurden — tritt aber die politische Frage. Die letzte Entscheidung zu ändern, dazu reichte die Kraft des Heeres nicht aus, zumal der Zusammenbruch der Bundesgenossen die Lage völlig unhaltbar machte. Es kann sich also nur darum handeln, ob das Weiterkämpfen uns bessere Waffenstillstands- oder Friedensbedingungen gebracht hätte. War es wirklich nur Schlappheit des Kabinetts, trotz des Tons und des Inhalts der Wilson-Noten weiterzuverhandeln? Die Frage ist, wie alle Wenn-Fragen, nicht zu beantworten. Auch aus dem nicht, was unterdessen aus dem feindlichen Lager bekannt geworden ist. Der Grundcharakter des Buches von Maurice ist doch eine Entschuldigung, daß den Deutschen überhaupt ein Waffenstillstand gewährt worden ist. Von den feindlichen Generalen fürchtete ein Teil, ein Teil erhoffte die Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen. Jedenfalls war das Risiko übermäßig, denn, wenn den Feinden der Durchbruch doch gelang, drohte den Deutschen ein ungeheures Cannae. Und was die Generale dem Kabinett erzählten, nachdem die Folgen der dem widerstrebenden Kabinett des Prinzen Max v. Baden abgerungenen Waffenstillstandsbitte vor aller Augen lagen, reichte zu dem Entschluß, dieses furchtbare Risiko auf sich zu nehmen, gewiß nicht aus, zumal weitere Siege der Alliierten den Krieg nach Deutschland selbst hätten hineintragen

können. Wer die Beratungen liest, die in den amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes veröffentlicht sind, muß zu der Überzeugung gelangen, daß ein Weiterkämpfen ein Hasardspiel war, bei dem die Chancen 100:1 gegen uns standen. Ludendorff sagte am 17. Oktober 1918: „Es gehört zum Krieg Soldatenglück! Vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück!" Das war zu wenig. Das Kriegskabinett konnte der O. H. L. um so weniger trauen, als der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Großen Hauptquartier, Legationsrat Freiherr von Lersner, am 25. Oktober 1918 telegraphierte (W. U. Nr. 79), er müsse auf das dringendste vor der sehr wild gewordenen O. H. L. warnen; es sei nur eine Frage von Wochen, höchstens von wenigen Monaten, bis der Feind im Lande stehe.

Wie war denn die militärische Lage? Als General Groener nach dem Rücktritt Ludendorffs, „der sich an jeden Strohhalm klammerte" (s. Bd. 2 dieser Reihe, S. 249), die Verantwortung für die Kriegführung übernahm, fand er nach seiner Aussage im Münchener Dolchstoßprozeß folgende Lage vor: Reserven waren nicht mehr vorhanden. Zwei bis drei Wochen hätte man sich in der bei einem Durchbruch allerdings überaus gefährdeten Antwerpen—Maas-Stellung halten, dann vielleicht kurze Zeit an der Grenze haltmachen, dann aber rechts des Rheins nötigenfalls unter Aufgabe Elsaß-Lothringens und bei einem Angriff auf Bayern von italienischer oder tschechischer Seite auch Bayerns noch einiger Zeit in der Defensive organisieren können. (Prozeßbericht S. 215, 216, 223.) General Groener selbst ist der Meinung, daß man hätte weiterkämpfen müssen. Gewiß hätte man es physisch noch einige Monate gekonnt. Aber was wäre dadurch erreicht worden? „Was ist damit gewonnen, eine Zeitlang zu halten?" schrieb der bayerische Kriegsminister auf den Rand eines Berichtes des bayerischen Militärbevollmächtigten vom 24. Oktober 1913, in dem ihn dieser Ludendorffs Ansicht auseinandersetzte, daß unsere Weltlage nicht wieder herzustellen sei, daß wir aber nicht kapitulieren dürften, ehe nicht die letzte Kraft aus unserem Volke herausgeholt sei. (Die Berichte sind abgedruckt in der Zeitschrift „Weltbühne" vom 27. Oktober 1925, S. 634 ff.) Bei der militärischen Lage bestand die Gefahr, daß der Krieg in das bisher verschonte deutsche Land getragen, daß das jahrhundertlange Gieren der Franzosen nach dem linken Rheinufer endlich gestillt, Bayern von einem Einfall bedroht, in seiner Treue zum Reich wankend geworden und einen vom Feinde gern gewährten Sonderfrieden geschlossen hätte. General Gallwitz sagte am 28. X. 18: „Wenn wir bis zur Landesgrenze zurückgehen, müssen wir mit dem Kampf aufhören, weil sonst unser eigenes Land verwüstet würde." (W. U. Nr. 86.) Für wie gefährdet Ludendorff die Verhältnisse in Bayern hielt, ergibt sich aus den obengenannten Berichten des bayerischen Militärbevollmächtigten. General

Groener (Prozeßbericht S. 223) hat bekundet, daß die Stimmung in Bayern so war, daß mitgeteilt wurde, es sei unerwünscht, daß eine preußische Division durch Bayern rücke. Die erste Aufforderung zur Abdankung des Kaisers kam aus München. (W. U. Nr. 77.) Schon am 20. Oktober hatte der preußische Gesandte in München, v. Treutler, an das Auswärtige Amt telegraphiert, daß die Mehrheit nur Frieden wünsche. (W. U. Nr. 66, vgl. auch W. U. Nr. 102 b.). Allerlei Verfängliches ist auch bei Payer („Von Bethmann Hollweg bis Ebert“, S. 153) zu lesen. Kein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann hätte das Risiko eines solchen Vabanquespiels auf sich nehmen können.

Den Fall angenommen, daß die Atempause, von der Ludendorff hoffte, daß sie für die geschlagenen deutschen Heere zum Weiterkämpfen genügen würde, für die siegreichen feindlichen Heere nicht ausgereicht hätte, die Offensive, die sich anfing totzulaufen, an irgendeiner Stelle mit den frischen amerikanischen Kräften wieder aufzunehmen, brauchten die Alliierten überhaupt wieder anzugreifen? Nachdem Frankreich und Belgien vom Feinde gesäubert waren, konnten sie die Wirkung der Blockade abwarten, die in kurzer Frist Deutschland zur Kapitulation zwingen mußte. Wie knapp die Ölvorräte waren, ergibt sich aus den Verhandlungen des Kriegskabinetts (W. U. Nr. 57). Das Kupfer des Haushalts war — wenn auch noch nicht aus allen Schlössern der Monarchen — abgegeben, sogar die Leinewand der geographischen Karten in den Schulen war zur Einziehung angefordert worden.

Der Revolution fehlten die überragenden Führer nicht weniger als dem gestürzten System. Psychologisch ebenso blind wie dieses täuschten sie sich in der Hoffnung, daß die Feinde ihren Weg beschreiten würden. Sie war innerlich ideenlos, äußerlich ein Abklatsch der russischen, sie artete sehr bald in eine ungeheure Lohnbewegung aus, brachte brüchiges Gestein vorübergehend an die Oberfläche, wie es Noske in seinem Buche „Von Kiel bis Kapp“ voller Empörung schildert. Und ohne sie wäre dasselbe erreicht worden, was erreicht worden ist. Hatten doch die Regierungsparteien am 8. November 1918 bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den dasselbe Wahlsystem, das wir heute haben — mit dem Unterschied lediglich, daß das Wahlalter erst auf 24 Jahre angesetzt wurde —, für das Reich und die Bundesstaaten eingeführt werden sollte. Selbstverständlich hat auch die Revolution ein Weiterkämpfen unmöglich gemacht. Es tauchen aber zwei Fragen auf. Erstens: War sie zu verhindern? Vielleicht, wenn der Kaiser sofort, als der Verlust des Krieges offenbar wurde, ein mea culpa, mea maxima culpa ausgesprochen, für das Schuldbekenntnis die richtigen Worte gefunden und unter Gewährung weitestgehender politischer Rechte das Volk zum gemeinschaftlichen Kämpfen und Dulden aufgefordert hätte. Vielleicht, wenn er sich nicht trotz der flehentlichen Bitte des Prinzen Max von Baden aus

Berlin nach Spa ins Hauptquartier hätte entführen lassen; vielleicht, wenn er rechtzeitig seine von Wilson unzweideutig geforderte Abdankung erklärt hätte, eine Abdankung, die weit über die Kreise der Sozialdemokraten hinaus schon vor den Noten Wilsons als selbstverständlich angesehen wurde, wahrscheinlich auch wenn sich die Waffenstillstandsverhandlungen nicht allzu lange hingezogen hätten.

Und die zweite Frage: War denn wirklich, was sich in Deutschland in jenen Novembertagen ereignete, eine Revolution? Während in Berlin noch am 25. Oktober einige wenige berittene Schutzleute genügten, um den großen Demonstrationszug zur Ehrung des aus dem Zuchthause entlassenen Liebknecht zu zersprengen, brauchten am 9. November die von Barth und Richard Müller gegründeten „illegalen Organisationen" kaum eine Handgranate aus dem Gürtel zu nehmen, um das ganze alte System zu stürzen. Dabei waren viele Tausende von Offizieren in Berlin, und ihre Berufung auf das Schießverbot durch den Kommandierenden General reicht wahrlich nicht aus, um ihr passives Verhalten zu erklären. Dr. Fischer führte mit Recht im Münchener Dolchstoßprozeß aus (Prozeßbericht S. 355/356): „Das Charakteristische der deutschen Revolution, wenn man sie überhaupt so nennen will, werden spätere Geschlechter nicht darin finden, daß gewisse Arbeiterkreise sich anschickten, in jenen Tagen die Regierungsgebäude zu stürmen und die Regierungen zu übernehmen, sondern darin, daß diese Arbeiter, die mit diesen Absichten ausrückten, keinen Widerstand fanden. Ich bin selbst am 9. November 1918 einer der Offiziere gewesen, die eigentlich ja alle heute nicht mehr leben dürften, wenn sie die Überzeugung hatten, daß ihnen die Pflicht gebietet, für die alten Autoritäten mit dem Leben einzustehen. Nie ist dem preußischen oder deutschen Offizier seine Pflicht utilitaristisch beigebracht worden, nie hat er gelernt zu fragen, wenn ein Befehl gegeben wurde. Dieser Befehl war unbedingt und so hat er auch die Verpflichtung gegen seinen Obersten Kriegsherrn als einen unbedingten übernommen und die Einstellung war doch so: Wenn 100 Kerle auf der einen und nur ein Offizier auf der anderen Seite stand, so haben diese Triarier, als die sie der Kaiser angesprochen hat, das so aufgefaßt, daß der eine Offizier gegen die 100 kämpfen muß, bis er tot ist. Das aber haben wir alle nicht getan. Am 9. November vormittags 11 Uhr bekam ich telephonisch den Befehl: Die Offiziere sollen nach Hause gehen und zwar schleunigst und Zivilkleider anziehen, die Arbeiter sind im Anmarsch. Es ist für mich keine Frage, daß mit den Offizieren, die damals in Berlin waren, ein Bataillon gebildet werden konnte, dem es gelungen wäre, den Anmarsch der Arbeiter von den Borsigwerken her aufzuhalten. — Ich habe dann meine Uniform ausgezogen, um sie nie mehr anzuziehen.

Warum haben die deutschen Offiziere in diesen Stunden und Tagen keinen Widerstand geleistet, obwohl sie physisch und der

Zahl nach dazu in der Lage waren? Doch nur deshalb, weil über uns allen das Gefühl schwebte: Es ist die Zeit angebrochen zu etwas Neuem. Es ist völlig falsch, die Offiziere der Feigheit zu beschuldigen. Die Wahrheit ist, daß wir alle, aktive wie Reserve-Offiziere, vollkommen beherrscht und benommen waren von der einen Idee, die wir mit dem gemeinen Mann auf der Straße und den Frontsoldaten teilten: So geht es nicht weiter, es muß etwas Neues kommen. Und aus diesem Gefühl heraus allein hat sich auch Hindenburg der Revolution zur Verfügung gestellt.

Ich wäre nie auf diese Idee gekommen, ich habe irgendeiner furchtbaren Entwicklung der Dinge an der Front entgegengesehen, und als diese Nachricht kam, Hindenburg hat sich der revolutionären Regierung zur Verfügung gestellt, da kam mir das vor wie das Ei des Kolumbus. Was Hindenburg getan hat, hat er aus dem Gefühl heraus getan: Jemand muß das Neue tun und in die Wege leiten und aus demselben Gefühl heraus haben alle Offiziere und die ganze Masse des Bürgertums die Revolution über sich ergehen lassen.“

Nicht der Angriff auf die alten Autoritäten war also das Kennzeichen der deutschen Revolution, sondern das, daß nicht Widerstand geleistet wurde. Ein Demonstrationszug in München, eine Matrosenrevolte in Kiel, von wo aus dann eine Handvoll Matrosen Nordwestdeutschland durchzog, genügten, um fast ohne jeden Widerstand die Formen hinwegzufegen, die noch wenige Wochen vorher niemand für ernstlich bedroht hielt und bedroht halten konnte. Die Revolution war kein Umsturz des Systems von außen. Es war ein Einsturz des Systems in sich selbst, weil die Grundfeste das Gemäuer nicht mehr trug. Die Niederlage war nicht eine Folge der Revolution. Die Revolution war nicht zum erstenmal in der Geschichte eine Folge der Niederlage. Zum mindesten eine Folge der Leiden des Krieges, die die nicht herrschenden Schichten unverhältnismäßig schwerer trafen als die oberen Klassen. Dazu hatte der Einsatz der Massenheere sie gelehrt, daß nicht nur alle Maschinen, sondern auch alle Schlachten stillstehen müssen, „wenn ihr starker Arm es will“. Von Rußland ganz abgesehen. Augenzeugen haben von Szenen umstürzlerischen Charakters mit Verbrüderung unter roten Fahnen in Belgien, besonders in Brüssel und Lüttich erzählt. Italien wurde monatelang durch syndikalistische Arbeiterunruhen und Bauernbewegungen beunruhigt. Besonders beachtenswert ist es, daß Grey in der Übernahme der Regierung durch die Labour-Party eine Revolution sieht. In England mache man Revolution anders als in kontinentalen Ländern.

Tirpitz (Erinnerungen S. 286) will sich von Kriegsbeginn an darüber klar gewesen sein, daß einem verlorenen Kriege mit einer gewissen Notwendigkeit die Revolution folgen werde, wenn er sie auch erst nach Friedensschluß erwartete. Er erzählt auch, daß der

Kronprinz Wilhelm ihn schon im Winter 1915 gefragt habe, ob er noch zur Regierung gelangen würde.

Die Anhänger des Schlagwortes vom „Dolchstoß" sprechen nun aber auch von „einer Revolution von oben". General v. Eisenhart-Rothe in seiner Schrift über den Kaiser am 9. November 1918 sieht sie in dem restlosen Übergang zum Parlamentarismus und der Entkleidung des Kaisers von der Kommandogewalt zunächst in der Heimat. (Unter „Entkleidung der Kommandogewalt" versteht Eisenhart-Rothe offenbar das Verlangen, daß die Offiziersernennungen, wie schon früher in Preußen und bis zum Kriege auch in einigen Bundesstaaten, vom Minister gegengezeichnet werden sollten. Es handelt sich also nicht um eine Verringerung der Kommandogewalt, sondern um Beseitigung des auch im Heere und der Marine vielfach schwer getadelten Mißstandes des Geheimen Militär- und des Geheimen Marinekabinetts.) Wenn man hierin eine Revolution von oben sehen will, so war es nur das Schlußglied einer Kette. Die Revolution von oben begann, als Ludendorff den Kaiser zur Entlassung des Kanzlers zwang und damit seinem labilen Nervensystem den letzten Halt nahm. Sie wurde fortgeführt, als man bei den ewigen Reibereien zwischen militärischer und politischer Leitung die letzte Entscheidung dem Kaiser zuschob und ihn dadurch mit einer Verantwortung belastete, die er staatsrechtlich nicht zu übernehmen brauchte, und der er, wie man wußte, nicht gewachsen war. Sie bekam einen ganz besonders gefährlichen Charakter dadurch, daß Ludendorff die Erfüllung der Osterbotschaft des Königs von Preußen über das allgemeine Wahlrecht dadurch sabotierte, daß er zwar offiziell jede Einmischung ablehnte, sich aber in einem Privatbriefe vom 8. Dezember 1917 an den preußischen Minister des Innern (s. u. S. 231 f.) über diese Frage gegen jede Politik des Nachgebens gegenüber dem Zeitgeist, gegen jede Demokratisierung und Parlamentarisierung wandte und öffentlich erklärte, daß er Streiks wegen der Ablehnung dieser Forderung nicht fürchte. Durch alle diese Vorgänge wurde die Autorität der Krone, sowie des Kaisers und des Königs persönlich untergraben. Allerdings schien weiten konservativen Kreisen die Demokratisierung ebenso gefährlich wie ein verlorener Krieg. Seit Beginn des Krieges überdachten daher die Regierungen dessen innerpolitische Folgen auch nach einem siegreichen Ende. Sie fürchteten namentlich in Preußen, daß die große Masse des Volkes die bisherigen politischen Zustände nicht weiter dulden würde, überlegten sie, wie der demokratischen Welle zu begegnen sei, die die Stellung der Krone, vielleicht sogar die Dynastien selbst bedrohte. In einem Bericht des damaligen preußischen Innenministers v. Loebell vom 1. Oktober 1914 heißt es: „Den einen Hindenburg ausgenommen, haben sich dem Volke noch keine besonders dem Volke hervortretenden Führer geboten. Der Krieg im Westen stellt sich durch

die Veröffentlichungen als ein Kampf der auf sich gestellten Truppe dar, von deren Kraft und Todesmut der Ausgang abhängt. Wenn sich keine Änderung vollzieht, wenn der Kampf im Westen wie bisher durchgeführt wird und so zum Siege kommt, wird sich im Volke immer mehr herauskehren, was schon jetzt erkennbar ist: Ein ungeheures Selbstvertrauen jedes Einzelnen. Ansätze hierzu waren auch nach den Freiheitskriegen vorhanden und führten zu den bekannten politischen Strömungen. Nach diesem Kriege haben wir unter den angedeuteten Voraussetzungen mit einer ungleich allgemeineren und kräftigeren Steigerung des Selbstbewußtseins zu rechnen, was gleichbedeutend ist mit einer Zunahme der demokratischen Gesinnung, die es bei Einzelforderungen nicht bewenden läßt, sondern aufs staatspolitische Ganze geht. Das wäre ein starker Ausfall an Autoritätsglauben.“ (Neter, S. 45.) Wrisberg (Weg zur Revolution, S. 5/6) bedauert, daß die Regierung nicht die ersten Kriegsmonate gegen die Sozialdemokratie benutzt habe, „um die Macht der staatsfeindlichen Bedrohung ein für alle Mal zu brechen“. Er schildert, welche Vorschläge das Kriegsministerium am 19. April 1917 gemacht habe, um den monarchischen Gedanken unter Hervorhebung der Verdienste Wilhelms II. in den Schulen zu stärken. (Ebenda S. 52.) Im Mai 1917 lud das Kriegsministerium die beteiligten Ressorts (O. H. L., Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Preußisches Ministerium des Innern, Preußisches Kultusministerium) zusammen, um Maßnahmen zu besprechen, die letzten Endes darauf hinzielten, zur Stärkung des monarchischen Gedankens trotz der Osterbotschaft den Einfluß der rechtsstehenden Parteien nicht allzusehr zu mildern. (Ebenda S. 54.)

Vielfach ist nun, auch von General v. Kuhl in seiner Schrift gegen die Broschüre des Ministers Köster und jetzt wieder in seinem Gutachten, darauf hingewiesen worden, daß wir unserer Ehre halber hätten weiterkämpfen müssen. Die Ehre eines großen Volkes gebiete, nicht die Waffen aus der Hand zu legen und das Haupt unter das Joch schmachvoller Bedingungen zu beugen, ehe nicht das Letzte versucht ist, dessen man noch fähig ist.

War die Ehre der Nation bedroht? Es war keine Schande, einen Krieg gegen fünf Kontinente zu verlieren, und wenn die Sieger die Besiegten unter ein kaudinisches Joch zwangen, so trifft der Vorwurf nicht die, die nach heldenhaftem Kämpfen niedergeworfen waren. Geßler, der die Stange mit dem Hute aufpflanzte, nicht das Schweizer Volk, das sie grüßen mußte, ist von der Weltgeschichte gerichtet. Die Alternative: Sieg oder Untergang konnten die Heerführer um ihres persönlichen Ruhms, um ihrer persönlichen Ehre willen stellen. Darf aber ein verantwortlicher Staatsmann für diesen Begriff der ritterlichen Ehre das Land opfern? Das Problem läßt sich verstandesmäßig vielleicht nicht restlos lösen. Aber will man

ihm wirklich das Recht zugestehen oder gar die Pflicht auferlegen, Zehntausende von Menschenleben zu opfern, blühende Landstriche der Heimat der Verwüstung preiszugeben, die Wunden, die der Krieg geschlagen, bis zum Verbluten aufzureißen, und damit auch die letzten Möglichkeiten des Wiederaufbaues zu zerstören? Der einzelne kann für sich selbst entscheiden: Lieber den Tod als die Demütigung. Die Nation selbst darf es nicht, weil ihre Idee nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft ist, nicht der Lebende, sondern die Folge der Generationen. Und wie kann von dem verhungerten, verelendeten, erschöpften Volke ein Heroismus verlangt werden, den die einzelnen nicht hatten? Wo waren die Heerführer, die sich nach dem Vorbilde antiker Größe in ihr Schwert stürzten? Wo war der Monarch, der nach den Weisungen Bismarcks in seinem berühmten Briefe vom 6. Januar 1888 „lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen des Thrones, für sein Recht kämpfend", fiel, als wich? Wo blieben die Monarchisten, die ihr Leben für die angestammte Dynastie in die Schanze schlugen? Wieviel Offiziere ließen sich lieber erschlagen, als die Achselstücke abreißen? Und doch hatten sie es bis zum Kriege — man denke an die Fälle v. Brüsewitz, v. Forstner u. a. — für ihr Recht und ihre Pflicht gehalten, gegen Beleidiger aus dem Bürgerstande ihre Waffen zu gebrauchen! Als Matrosen in Kiel die rote Fahne auf den Kriegsschiffen hißten, waren es nur der Kommandant und zwei Offiziere des „König", die sich widersetzen und ihre Treue mit dem Leben bezahlen wollten. Als die illegalen Organisationen in Berlin die Truppen aufwiegelten, war es nur ein Hauptmann von der Kaserne des Garde-Füsilier-Regiments, der sich weigerte und erschossen wurde! Dieses passive Verhalten von vielen Tausenden, denen gewiß der persönliche Mut nicht fehlte, ist ein weiterer Beweis für die seelische Zermürbung der Nation, ein weiterer Beweis dafür, daß ein System nicht umgeworfen wurde, sondern in sich selbst zusammenstürzte. Aber die, die selbst zu einem zwecklosen Sichopfern nicht die Kraft fanden, haben das Recht verwirkt, die Genossen ihrer Schmach zu schelten!

Man weist nun auf das Ende des deutsch-französischen Krieges hin, auf Gambetta, der das Volk zum letzten Kampfe aufgerufen habe. Zunächst: Ebenso wie damals Moltke die Fortsetzung des Kampfes nach dem völligen Zusammenbruch des kaiserlichen Heeres getadelt hat, hat sich auch Ludendorff in der Besprechung beim Reichskanzler am 9. Oktober 1918 (W. U. Nr. 38) gegen die von Rathenau in der „Vossischen Zeitung" geforderte Levée en masse ausgesprochen; sie würde mehr zerstören, als man ertragen könne. Ein vollkommen richtiger Standpunkt. Die Heimat war ausgekämmt, und der große Krieg war nicht, wie der deutsch-französische Krieg, ein Krieg der Menschen, sondern ein Krieg des Materials. Dann aber: die vielgerühmte Begeisterung des französischen Volkes im Jahre 1871 ist

nichts als eine fable convenue. Die Mehrheit der Nationalversammlung in Bordeaux, ebenso wie die bisher von den Kriegsschrecken verschont gebliebene Bevölkerung des Südens, wollte gar nicht den Kampf bis aufs Messer, sondern Frieden fast um jeden Preis. Es tut weh, in den Erinnerungen von Schneegans, der selbst als Deputierter für die abzutretenden Departements in Bordeaux war, zu lesen, wie man den elsaß-lothringischen Abgeordneten, als ständigen Mahnern an das nationale Ehrgefühl, scheu aus dem Wege geht, und wie leicht sich die Versammlung, trotz der beweglichen Klagen der elsaß-lothringischen Abgeordneten, nach ein paar schön tönenden Reden in die Abtretung der Provinzen findet. Und doch hatte das französische Volk auch nicht annähernd das erduldet wie das deutsche in den vier Jahren des Weltkrieges! Und wenn im November 1918 — nach dem Bericht des Obersten Heye — dem Kaiser erklärt werden mußte, daß das Heer nicht mehr kämpfen wolle, weder nach außen noch nach innen, sondern einzig und allein bald Waffenstillstand haben wolle, so findet auch das ein Gegenstück im deutsch-französischen Kriege. Unzählige französische Soldaten hatten auf den Wahlzettel zur Nationalversammlung nur das Wort „Frieden" geschrieben (vgl. Herz, Die elsaß-lothringische Frage, Internationale Rundschau, Zürich, 20. Januar 1918, S. 5 ff.). General v. Kuhl betont in seiner Broschüre, daß die Erinnerung an den zwar zwecklosen, aber heldenmütigen Widerstand bis zum Aufgebot der letzten Reserven ein wertvolles Erbe für die Nachkommen der Franzosen von 1870/71 gewesen sei. Dieses wertvolle Erbe konnte aber nur den Enkeln überliefert werden, weil das französische Volk sich nicht zugunsten des gestürzten Systems selbst beschimpfte, sondern immer wieder pries, wie tapfer das Heer gekämpft, wie heroisch das Volk sich gehalten habe, und die Schuld an der Niederlage nicht der Nation, sondern der Führung zuschob.

Von der Anklage, daß der Waffenstillstand das Volk wehrlos gemacht habe, bis zur Anklage, daß Schlappheit der Heimat und die Revolution den Waffenstillstand zur Kapitulation gemacht haben, war nur ein Schritt. Und dann kam das große Erstaunen. Die Volksbeauftragten dachten nicht daran, die Vertreter des gestürzten Systems zu verfolgen, die Heerführer, die Schlachten verloren hatten, zur Verantwortung zu ziehen. Die Schreckensherrschaft blieb aus. Es ist der größte moralische Ruhmestitel der Männer, die die Geschicke des Landes in den Zeiten des Überganges zum geordneten Volksstaat geleitet haben, daß sie den Terror niemals versucht hatten, trotzdem sie dadurch den Anhängern des alten Regimes die Möglichkeit und den Mut zur Sammlung gaben. Wollte die Reaktion aber die bekämpfen, die sich bemühten, die Konkursmasse zu liquidieren, so mußten die Konkursverwalter selbst als die Schuldigen an der Krida hingestellt werden. Und hiermit beginnt die zweite

eigentliche Phase der Geschichte des „Dolchstoßes"! (Die dritte, die Ludendorff in seinem an unbewiesenen Verdächtigungen übervollen Buche „Kriegführung und Politik" anbahnte, und die in den Nachrufen auf den ermordeten Erzberger ihre Krönung fand, daß Demokratie, Juden, Freimaurer, Pazifisten gemeinsam und bewußt auf den Zusammenbruch hingearbeitet und Ludendorff deshalb gestürzt hätten, interessiert nicht mehr den Geschichtsschreiber, sondern nur noch den Diagnostiker). Das Heer, so heißt es, war siegreich, wäre siegreich geblieben, wenn revolutionäre Agitation es nicht unterwühlt hätte. „Sie (die Feinde) haben unser Heer nicht schlagen können, aber die Revolution hat es fertiggebracht, diese unbezwingliche Waffe des deutschen Volkes zu zerbrechen," so hieß es in einem Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei zur Nationalversammlung. Das Rezept für diesen Trank war sehr einfach. Man schilderte den Verlauf der letzten Feldzüge, verschwieg auch die Fehler der Führung nicht, gab die verhängnisvollen Folgen der Blockade zu, färbte aber die Darstellung damit, daß man alles das in den Hintergrund drängte, und in jedem Abschnitt das Versagen einzelner Formationen und den Mangel an Schwungkraft des Heeres hervorhob. Man vergleiche z. B. die Darstellung des tragischen Quartals durch Ludendorff und Bauer einerseits und durch Stegemann anderseits, um zu sehen, wie es gemacht wurde. Ein besonders charakteristisches Beispiel: Ludendorff schreibt: „Unter den bayerischen Truppen gewann der partikularistische Geist immer mehr die Oberhand. Die Wirkung der von der bayerischen Regierung stillschweigend zugelassenen Bestrebungen machte sich fühlbar, sie vergrößerten dadurch den Erfolg der feindlichen Propaganda. Die Hetze gegen den Kaiser und Kronprinzen, aber auch gegen das bayerische Königshaus trug ihre Frucht. Die bayerischen Truppen sahen den Krieg allmählich als einen rein preußischen an. Sie wurden von den Kommandostellen nicht mehr so gern eingesetzt als in den früheren Jahren des Krieges. Nur einige Divisionen schlugen sich nach wie vor gut."

In der geschickten Einfügung des Satzes über die Hetze wird der revolutionären Propaganda eine Schuld beigemessen, die sie zweifellos in diesem Falle nicht hatte. Der als Zeuge gewiß unverdächtige Forstrat Escherich (1. Escherich-Heft, „Der Kommunismus in München", S. 6) gibt ganz andere Gründe an. Nach ihm hat sich die allgemeine Unzufriedenheit gewisser Kreise in Bayern durch den weit verbreiteten Glauben gesteigert, daß Bayern zu den landwirtschaftlichen Kriegslieferungen, vor allem von Vieh, stärker herangezogen wurde als die anderen Bundesstaaten. Die Bayern hätten die Verringerung der Viehration und die Verschlechterung ihres Nationalgetränkes besonders schwer empfunden, und den Südbayer als ausgesprochenen Fleischesser und Gemüseverächter habe die Einschränkung des Fleischverbrauches viel härter getroffen als z. B.

den Norddeutschen. Der Bayer habe aber auch die Unmenge der Verordnungen der Kriegswirtschaft und die rücksichtslose Hamsterei des Norddeutschen in dem für sie gelobten Lande Bayern schwer empfunden, und dadurch habe sich der Gegensatz zwischen Nord und Süd, je länger der Krieg dauerte, um so mehr verschärft. Ähnlich äußert sich Conrad Haußmann in einem Briefe aus München schon am 19. Juli 1916 (Haußmann, Schlaglichter, S. 63).

In derselben Linie wie Ludendorff geht auch Wrisberg vor. Er schreibt in „Heer und Heimat" (S. 99), daß „die aus der Front für die Kriegswirtschaft Zurückgestellten, als sie wieder eingezogen wurden, nicht mehr den Geist besaßen, der sie früher beseelt hatte. Dafür hätten die verschiedensten Einflüsse gesorgt. Das Bewußtsein, für die edelsten und höchsten Mannesgüter zu kämpfen, hatte die U.S.P. den Leuten in unablässiger Wühlarbeit genommen. So verglichen sie stets das verhältnismäßig bequeme und einträgliche Leben der heimischen Fabrikbetriebe mit dem rauhen todbringenden Aufenthalte im Felde." Das klingt doch so, als ob die Unlust der Reklamierten, wieder ins Feld zu ziehen, lediglich oder wesentlich auf Verhetzung zurückzuführen ist. Als ob die Drückebergerei nicht auch in jenen Kreisen überaus stark gewesen wäre, zu denen sozialistische Agitatoren keinen Zutritt hatten. Das ganze zweite Kapitel von „Heer und Heimat" beweist es.

Ebenso wie von Wrisberg wird in den sogenannten Dolchstoßheften der „Süddeutschen Monatshefte" (April und Mai 1924) gearbeitet. Oberst Nicolai führt im Aprilheft (S. 35) aus, daß „auch der in der Heimat drohende Ausbruch der Revolution am 28. September 1918 die O.H.L. zu dem Entschluß veranlaßt habe, den Kampf aufzugeben". Das ist bisher nirgends behauptet oder auch nur angedeutet worden. Durch die Aussage des Generals Groener im Münchener Dolchstoßprozeß ist diese Auslegung widerlegt worden. (Prozeßbericht S. 221.) Groener hatte am 24. September 1918 eine sehr eingehende ernste Aussprache mit Ludendorff über die Lage; der Generalquartiermeister hat dabei, ebensowenig wie jemals früher, die revolutionäre Propaganda für ihre Schwere verantwortlich gemacht. Ein Graf Luxburg (Aprilheft S. 36) zieht zum Beweise für seine Dolchstoß-Theorie einen Erlaß vom 11. August 1917 heran. Der Erlaß ist unten S. 144 ff. abgedruckt; er sagt gerade das Gegenteil.

Ganz abgesehen von solchen Einzelheiten ist die ganze Beweismethode der Dolchstoßhefte überaus eigenartig. Zunächst werden alle revolutionären Agitationen zusammengetragen und unter dem Sammelnamen „Dolchstoß" zusammengepreßt, obwohl sie schlimmstenfalls doch nur „Dolchstoßversuche" benannt werden dürfen, bis nachgewiesen ist, daß sie zum Verlust des Krieges oder zum Zusammenbruch beigetragen haben. Dann wird Revolution-Dolchstoß gesetzt, als ob man Revolutionen machen könnte! Man kann Putsche,

Staatsstreiche machen, auch eine Gegenrevolution gegen eine nicht vollkommen siegreiche Revolution, nicht aber Revolutionen. Revolution ist der Sieg derjenigen, die die Machtmittel des Staates nicht besitzen, gegen diejenigen, die sie in der Hand haben. Ein Sieg ist nur dann möglich, wenn diese Machtmittel so zermürbt sind, daß sie bei einem Anstoß zusammenbrechen. Der Vorwurf, eine Revolution gemacht zu haben, wirkt wie die Übung primitiver Völker, ihre Götzen zu züchtigen, weil es gehagelt hat. Will man aber selbst zugestehen, daß unter gewissen Umständen Revolutionen gemacht werden können, so kann es nur durch eine überragende Persönlichkeit geschehen. Wo ist der deutsche Cromwell, dem der 9. November 1918 zur Last gelegt werden kann? Die Namen, die damals auftauchten, sind verklungen, und es ist, als ob sie nie gewesen wären. Die wertvollsten von ihnen waren Fanatiker, die bereit waren, Märtyrer ihrer Idee zu werden, zum Teil auch geworden sind. Das Format, Weltgeschichte zu machen, hatte keiner von ihnen.

Ein besonders krasser Fall zur Bildung einer Dolchstoß-Legende ist der des Obersten Wetzell (Bd. 1 dieser Reihe, S. 328). Er bekundet zum mißglückten Angriff vom 15. Juli 1918: „Im Reimswalde lief ein durch sozialistisch-pazifistische Verhetzung angekränkelter sächsischer Fußartilleriewachtmeister zu dem Gegner über."

Zunächst hat es Überläufer vor jedem größeren Unternehmen von hüben und drüben gegeben; so auch französische vor dem kriegsentscheidenden Angriff aus dem Walde von Villers-Cotterêts (Ludendorff, Erinnerungen, S. 540; Kuhl Bd. 3 dieser Reihe, S. 190). Auch Gefangene in deutscher Hand haben sehr eingehende Aussagen gemacht. (Nicolai, Geheime Mächte, S. 125f.) Dann aber war der große Angriff auf Reims, der noch dazu um eine Woche über den ursprünglich angesetzten Termin hinaus verschoben werden mußte, ein offenes Geheimnis. Man sprach vom Schwarzen Meer bis zu den Alpen davon. (Hertling, S. 143, Ludendorff, Erinnerungen, S. 535, Neter, S. 13, 43.) Das war schlimm; schlimmer war noch, daß die Truppen fühlten, daß die Offensive verraten war. (Neter, S. 12—16.) Es bedurfte also eines Überläufers gar nicht. Ganz abgesehen davon ist aber die Behauptung Wetzells im entscheidenden Punkte unrichtig. Die Person des Überläufers ist zufällig festgestellt worden. Es war keineswegs ein „sozialistisch-pazifistisch angekränkelter Wachtmeister", sondern ein mehrfach bestrafter Fahrer, der aus Furcht vor einer Strafe überlief. Er hat in einem gegen ihn nach dem Kriege eingeleiteten Verfahren als Grund seines Überlaufens angegeben, daß er als Sachse die Preußen hasse. Nirgends ist aber auch nur mit einem Worte davon die Rede, daß er Sozialist oder Pazifist gewesen sei. Das Verfahren wurde dann aus hier nicht interessierenden Gründen eingestellt. Der Zusatz des Generals Wetzell entbehrt also jeder tatsächlichen Unterlage.

Auf diese Art wurden der Anklage, die Front sei von hinten erdolcht worden, die Wege geebnet, um dann bei den Wahlen zur Nationalversammlung von gläubigen Anhängern des Schlagwortes und gewissenlosen Demagogen in das Volk geschleudert zu werden. Um sich selbst und das alte System reinzuwaschen, um die Fundamente der neuen Ordnung anzubohren, konnte keine zugkräftigere Parole gefunden werden, als dieses Verschieben der Verantwortlichkeit. Wohl ausgesonnen, Pater Lamorain! Es liegt in der menschlichen Natur, Sündenböcke zu suchen und zu finden; die ganze Schuld am Sturze von stolzester Höhe wurde mit dem Trugschluß des post hoc ergo propter hoc auf den politischen Gegner übergewälzt. Und da die neuen Machthaber nicht, wie sie versprachen, Friede, Freiheit, Brot bringen, da sie die unmögliche Aufgabe, sofort die furchtbaren Folgen des Krieges: Verarmung und Demütigung zu bannen, nicht lösen konnten, da die soziale Umschichtung Schlamm und Unrat an die Ufer warf, packte das Schlagwort — die Engländer haben für „Schlagwort“ den treffenden Ausdruck „Greifwort“ — willige und gläubige Hörer. Sie fühlten nicht, wie es sie selbst beschimpfte, da ein jeder glaubte, nicht mich trifft es, sondern den Nachbar.

Das Urteil des Auslandes

Ebensowenig wie die militärischen Führer Deutschlands bis zum Waffenstillstande die Schuld der Niederlage der Heimat zugeschrieben haben, sind im Auslande Stimmen laut geworden, daß sich das deutsche Heer nicht bis zum Ende gut geschlagen habe. Foch äußerte bei den Beratungen über die Bedingungen des Waffenstillstandes: „die Boches, gute Soldaten, haben sich gut geschlagen. Man wird ihre Armee bestehen lassen. Die Österreicher, Schlamperfritzen (salopards), allgemeine Entwaffnung für sie!“ Daher wurden den Deutschen bei der Kapitulation, wie Pierrefeu im „G. Q. G.“ berichtet, die Kriegsehren zugestanden; man ließ ihnen Waffen und Bagagen. Im „Plutarque a menti“ („Plutarch hat gelogen“) desselben Verfassers heißt es mit einem Hinweis auf den üblen Eindruck, den Ludendorffs Beschuldigungen der Heimat machen, über die große Offensive: „Niemals haben sich seine Soldaten besser geschlagen, die unsrigen, die als loyale Feinde ihre Tapferkeit und Zähigkeit anerkennen, können es bezeugen.“ Maurice schreibt noch am 6. November in den „Daily News“, daß die deutschen Armeen im Felde noch nicht vollkommen geschlagen, und daß noch keine Zeichen eines dramatischen militärischen Zusammenbruchs zu sehen seien. Wenn das deutsche Volk töricht genug sei, die Fortsetzung des Krieges zu wünschen, könnten es die Heere noch für einige Zeit tun. Das Ende sei sicher, weil die Kampfkraft des Feindes, der von seinem Mannschaftskapital zehre, stetig abnehme und die Streitkräfte unter Fochs Oberbefehl gleichzeitig

wüchsen. Der Feind kämpft hart, und wenn er auch schwache Stellen zeige, so habe er doch noch eine Menge starker. Und am 12. November heißt es in derselben Zeitung, daß der zweite Eroberungsplan im Westen zum zweitenmal mißglückt sei, weil die Tüchtigkeit der deutschen Generale im Felde nicht so groß gewesen sei wie die Tüchtigkeit, mit welcher sie Schlachtpläne am grünen Tisch entwarfen. Stegemann sieht die Gründe der Niederlage am 8. August in der Überraschung, der Übermacht, namentlich an Flugzeugen und Tanks, und darin, daß die Truppen durch den Rückzug abgehetzt worden seien. „Daß trotz des ‚schwarzen Tages', der am 8. August über die Westfront hereingebrochen war, im deutschen Heere noch alter, heldenhafter Geist lebte, und unter stiebender Spreu noch die Fülle goldenen Kornes in der Wurfschaufel ruhte, lehrten die schweren Schlachttage, die vom 10. August bis 15. September in ununterbrochener Folge über die Westfront hinzogen. Der allgemeine Rückzug aus der Siegfried-Stellung habe sich befehlsgemäß in voller Ruhe und mit geordneten Verbänden vollzogen. Der zu Tode wunde Löwe sei ruhig und gemessen abgegangen, habe aber weder das müde Haupt an einer vorbereiteten Stelle betten, noch das Auge feindwärts gewendet, den Feind durch eine starke Drohgebärde bannen können. Der Waffenstillstand hätte nach dem Zusammenbruch der Bundesgenossen und der ganzen militärischen Lage geschlossen werden müssen." Über die Waffenstillstandsbedingungen selbst schreibt Stegemann: „Wilson war ohne Zweifel vom interalliierten Kriegsrat unterrichtet worden, daß das deutsche Heer ungebrochen standhalte, und daß man ihm keine Zeit gewähren dürfe, sich zu erholen. Wurde eine Waffenruhe vereinbart, die den deutschen Armeen gestattete, Atem zu schöpfen, sich zu erholen, zu ordnen und eine neue Phalanx zu bilden, so konnte der Deutsche den Endkampf unter günstigeren Bedingungen erneuern und den Widerstand noch lange fortsetzen." Diese gewichtigen Stimmen des feindlichen und des neutralen Auslandes zeigen, daß die Front nicht an einem „Dolchstoß" der Heimat starb. Sie zeigen aber auch weiter, daß ein Waffenstillstand nur zu Bedingungen, die einer völligen Wehrlosmachung gleichkam, zu erlangen war, und zeigen endlich, daß jede Fortsetzung des Kampfes nach dem Ausscheiden der Bundesgenossen aussichtslos und damit sinnlos war.

Pazifismus, Internationalismus, Defaitismus

Ludendorff macht — und General v. Kuhl sowie Oberst Schwertfeger schließen sich ihm in ihren Gutachten über den Zusammenbruch in gewissem Sinne an — die pazifistischen und internationalen Bestrebungen für den Zusammenbruch verantwortlich. Ludendorff über-

setzt „international“ mit „Volkstum zersetzend“, da es eine Völkerverbrüderung nicht gäbe, „pazifistisch“ mit „volksentmannend“, da auch der Traum von einem ewigen Frieden eben ein Traum sei. Er behalte diese Fremdwörter bei, um das Gefühl zu stärken, daß es sich hier um undeutsche Begriffe und ein deutschwidriges Empfindungs- und Gefühlsleben handele. („Kriegführung und Politik“, S. 41). Man könnte ihm erwidern, daß er Kants Idee einer moralischen Weltordnung, Goethes weltbürgerliches Ideal und Nietzsches „gutes Europäertum“ undeutsch nenne, und ihm nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch der tief sittliche Sinn eines Verständigungsfriedens fremdgeblieben seien. Dieser Einwand enthebt uns aber nicht der Pflicht, den sachlichen Vorwurf zu prüfen, ebenso den, den er weiter gegen den „Defaitismus“ richtet.

Zunächst der „Internationalismus“. „Internationalismus“ und „Nationalismus“ sind Gegensätze, aber keine kontradiktatorischen Widersprüche. Eine antike Anekdote erzählt, daß die Karthager den Kompaß erfunden, ihn aber, um den Vorteil des eigenen Landes nicht zu schmälern, streng geheim gehalten hätten; ein griechisches Schiff habe, um hinter das Geheimnis zu kommen und es der Welt zugänglich zu machen, einmal ein karthagisches Schiff verfolgt. Um der sicheren Gefangennahme zu entgehen, habe der Karthager es auf Riffe auflaufen lassen, um es so mitsamt dem kostbaren Instrument zu zerstören. In dieser Erzählung, die allerdings wohl nur eine Parabel ist, scheint mir der Gegensatz zutreffend verbildlicht. Internationalismus statuiert lediglich, daß der Mensch nicht nur Pflichten gegenüber dem eigenen Volke, sondern auch gegenüber der Menschheit habe, schließt aber namentlich auch kulturell die Liebe zum eigenen Volke gar nicht aus, er wendet sich nur gegen die moderne kulturzoologische Auffassung, daß jeder Staat das Recht, ja sogar die Pflicht zur Expansion auch auf Kosten der anderen Staaten habe. Auch der Grieche der Parabel, der den Kompaß allen Völkern zugänglich machen wollte, nahm sicher das Recht und die Pflicht für sich in Anspruch, für sein Land einzutreten, wenn seine Rechte verletzt werden, es zu verteidigen, wenn es angegriffen wird. Internationalismus und Landesverteidigung schließen sich also nicht aus.

Nun ist „Internationalismus“ ein schwer zu fassender, unbestimmter Begriff. Lagarde hat von der „grauen Internationale des Liberalismus“, Herr von Ploetz auf einer Agrariertagung in Budapest von der „grünen Internationale der Agrarier“ gesprochen. Bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts sprach man von der „schwarzen Internationale der Jesuiten“. Neben die „rote Internationale des Sozialismus“ hat man die „goldene Internationale des Kapitals“ gestellt. Man hat auch von der Internationale der katholischen Kirche gesprochen und dabei Internationalität und Universalität verwechselt. Um aus dieser Verschwommenheit herauszukommen, aber auch um politische Geschäfte

zu machen, hat man zu dem greifbaren Wort „Marxismus" Zuflucht genommen. Hiermit wird der Begriff unzulässig verengert. Der Internationalismus des Kapitals ist mindestens ebenso stark wie der des Proletariats, ist noch stärker geworden, seitdem von mächtigen Kreisen das Primat der Wirtschaft über die Politik proklamiert wird. Auch der Hochadel und dessen Spitzen, die Dynastien, sind international. Ein Zeichen dieser internationalen Einstellung der Monarchen ist die Hoffnung Wilhelms II., daß der russische Zar und der englische König aus gemeinschaftlichem dynastischem Interesse das Vorgehen Österreichs gegen die serbischen Königsmörder ruhig hinnehmen und die nationalen Ziele und Bedürfnisse ihrer Länder hintenansetzen würden. Oberst Nicolai, im Kriege Chef des Nachrichtendienstes der O. H. L., schreibt (Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkriege, S. 28), daß mehrfach „bei Persönlichkeiten des Hochadels mangelndem Nationalgefühl entsprechende Leichtfertigkeit und Gesinnung festgestellt wurde, die vorbeugende Maßregeln notwendig machte. Ähnliche Erscheinungen wurden in der Hochfinanz beobachtet, während der Großhandel und die Industrie ihre nationalen Beziehungen vorsichtiger gegen die nationalen Interessen abgrenzten." (Ähnlich, aber etwas anders nuanciert in „Geheime Mächte", S. 150/151.) Inwieweit die gegen die Industrie erhobenen Vorwürfe, sie hätten nicht nur Kriegslieferungen zugunsten einträglicherer privater Aufträge zurückgestellt und im Konkurrenzinteresse die Ausnutzung der Betriebe im besetzten Gebiet hintertrieben (erhoben z. B. in einer Denkschrift des Bergassessors Horten, Dolchstoßbericht S. 557 ff.), zutreffend sind, ist nicht aufgeklärt (vgl. auch Sichler, S. 28, 37, Groener im Prozeßbericht S. 210). Als festgestellt darf aber wohl gelten, daß direkt in das feindliche Ausland nicht geliefert worden ist. Marx hat nun allerdings im kommunistischen Manifest geschrieben, der Arbeiter habe kein Vaterland. Es ist hier nicht der Ort darauf einzugehen, wie der Landflüchtige, von den Machthabern seines Vaterlandes Verfolgte zu dieser Einstellung in den Zeiten des Frühkapitalismus kommen konnte, in denen zehnjährige Kinder 14 Stunden lang täglich arbeiten mußten. Es liegt in diesem Satz aber eine jener logischen Erschleichungen, an denen die Theorie von Marx so reich ist. Durch ein quaternio terminorum ist Heimat gleich Staatsgesinnung gesetzt. Der Staat gab den Arbeitern in jener Zeit allerdings nur Ketten. Die Liebe zur Heimat — „das Land, wo meine Freunde wandelnd gehen, wo meine Toten auferstehen" — ist auch dem Arbeiter geblieben, selbst wenn er zum kapitalistischen Staat kein Vertrauen und keine Liebe hatte. Richtig an Marxens Theorie ist, daß die Proletarier aller Länder durch ein gemeinschaftliches Klasseninteresse verbunden sind. Dieser Internationalismus ist aber nicht dem Proletariat eigentümlich. So stark auch der nationale Gedanke sein mag, es gibt doch Ideen, die nicht an den Staat, an die Staatsform, an die Sprachgemeinschaft gebunden

sind. Werden diese Ideen unterdrückt oder auch nur nicht anerkannt, so knüpfen sich starke Bande mit den Gleichfühlenden anderer Länder. Es entstehen die zwei Nationen im Staat, von denen Disraeli gesprochen hat. Wir sehen dies bei den Emigranten aus politischen Gründen aller Richtungen verwirklicht. Schiller hat in seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges geschrieben: „Die Reformation stürzte diese Schutzwand (zwischen den Nationen). Ein lebhafteres, näher liegendes Interesse als der nationale Vorteil und die Vaterlandsliebe, welches von bürgerlichen Verhältnissen durchaus unabhängig war, fing an, die einzelnen Bürger und ganze Staaten zu beherrschen . . . Der französische Calvinist hatte also mit den reformierten Genfern, Engländern, Deutschen und Holländern einen Berührungspunkt, den er mit seinen eigenen katholischen Mitbürgern nicht hatte. Er hörte also in einem sehr wichtigen Punkte auf, Bürger eines einzelnen Staates zu sein.“

Diese Ausführungen ergeben, daß die internationale Einstellung an sich den Willen zur Landesverteidigung noch nicht zu schmälern braucht.

Nicht recht verständlich ist es, warum den Pazifismus eine Schuld treffen soll. Es ist jetzt allerdings Übung geworden, ihn für alle möglichen Verweichlichungen verantwortlich zu machen. Friedrich Lenz will (Staat und Marxismus Bd. II, S. 27) sogar die Stimmung, die Kant zur Schrift „Zum ewigen Frieden“ getrieben hat, für den Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806 verantwortlich machen!

Pazifismus ist ein vollkommen umschriebener wissenschaftlicher Begriff. Es ist diejenige Bewegung, die an Stelle des „si vis pacem para bellum“ das „si vis pacem para pacem“ setzen will. Ihre Bedeutung war in Deutschland vor dem Kriege, aus Gründen, auf die einzugehen hier nicht der Ort ist, viel geringer als in allen anderen Ländern. Im Kriege wurden die Pazifisten diesseits und jenseits der Schützengräben verfolgt. Prof. Schücking, Prof. Quidde, Dr. Wehberg und viele andere mehr wissen davon ein Lied zu singen. Es ist nichts davon bekannt geworden, daß sie auf die Regierungen oder die Volkspsyche irgendwo Einfluß gehabt hätten. Das Grauen des Krieges führte wohl zum Abscheu vor dem Kriege. Eine solche Max-Piccolomini-Stimmung hat aber mit Pazifismus nichts zu tun. Sie kann, wie das Beispiel namentlich vieler englischer Offiziere zeigt, zum Pazifismus führen, sie kann auch diejenigen ergreifen, die das Streben zum „ewigen Frieden“ nicht einmal für eine Idee im kantischen Sinne, sondern für eine Utopie hielten.

Die Grundidee des Pazifismus: Das Recht an Stelle der Gewalt zum entscheidenden Faktor im Völkerleben zu machen, kann logisch nur vor einem Kriege gelten. Der Pazifismus — von wenigen extremen Richtungen wie die „Tolstoianer“ abgesehen — lehnt daher ganz folgerichtig den Verteidigungskrieg nicht ab, verlangt noch weniger Mut-

losigkeit und Schlappheit im Kriege. Er hält den Mut zum Kriege für verbrecherisch, den Mut im Kriege für Pflicht. Fälle der Verweigerung aus pazifistischen Gründen sind in England sehr viel häufiger gewesen als in Deutschland. Dort konnten sich die „concious objectors" in England von Diensten der Front frei schwören. In Deutschland ist der bekannteste Fall der des Professor Nicolai. Mir ist weiter bekannt, daß sich ein ganz junger Pazifist das Leben nahm, um nicht zur Tötung von Menschen im Kriege verpflichtet zu werden. Aber diese Fälle sind so selten gewesen, daß für den Ausgang des Krieges durch pazifistische Strömungen ein Einfluß nicht ausgeübt worden ist. In Wirklichkeit verstehen diejenigen, die den Pazifismus als eine der Ursachen unseres Zusammenbruches ansehen, unter einem solchen die Agitation für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte, ohne Annexionen und Kontributionen.

Gemeint sind ferner unter Pazifismus offenbar die Versuche, in erster Linie die der Sozialdemokraten, über die Schützengräben hinweg mit dem Feinde Fühlung zu nehmen und das Menschheitsideal trotz des Menschenmordens aufrechtzuerhalten. Zu Ehren der deutschen militärischen Leitung muß gesagt werden, daß ihr Handeln den Worten Ludendorffs in gewissem Sinne widersprochen hat. In ihrer Hand lag die Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Sie hat die Haßpropaganda, dem Geschrei mancher Heimkrieger zum Trotz, und das Beschimpfen des Feindes sowie die Greuellegenden verschmäht, Giftmischungen, die die Propaganda in den feindlichen Ländern in erschreckendem Maße verwandt hatte.

Für diejenigen, die in jedem Eintreten für einen Verständigungsfrieden ein Zeichen der Schwäche, eine Untergrabung des Willens zum Siege sahen, gingen die Begriffe „Pazifist" und „Defaitist" ineinander über. Defaitismus wird wohl am besten mit Flaumacherei übersetzt.

Gewiß gab es in Deutschland unausstehliche Mies- und Flaumacher an allen Ständen und Klassen. Als „Defaitist" galt aber in diesen Kreisen schon jeder, der an den Stammtischprophezeiungen zu zweifeln wagte, Deutschland werde die Frieden in Paris, London, Rom, Washington und Petersburg diktieren. Der Oberstleutnant Niemann, der zum Kaiser kommandiert wurde, um „das wankend gewordene Vertrauen in Ludendorff" zu stützen, schreibt in seiner Denkschrift vom 20. Juli 1918 (Bd. 2 dieser Reihe, S. 215 ff.): „Jeder von uns, der das Wort ‚Niederzwingen des Gegners' mit Skeptizismus betrachtete, wurde schmählich gebrandmarkt. Der Unterschied zwischen militärischer Zuversicht und politischer Wirkungsmöglichkeit wollte nicht in die Köpfe hinein. . . Das Schlagwort vom ‚Durchhalten bis zum siegreichen Ende' ist doch nur ein Schlagwort. . ."

So ist der Umfang des „Defaitismus" von den militärischen Stellen in Deutschland überschätzt worden. In den meisten Stellvertre-

tenden Generalkommandos, von denen doch die Stimmungsberichte ausgingen, galt schon der als „Defaitist“, der sich nicht mindestens das Programm der Vaterlandspartei zu eigen machte, als Flaumacher, wer an dem Erfolge des U-Bootkrieges oder gar an einem siegreichen Ende zu zweifeln wagte. Ein besonders charakteristisches Beispiel ist der in der Badischen Kammer am 24. Juli 1922 vorgetragene, in der Anlage II abgedruckte Geheimbericht des Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps. Seine Einleitung zeigt, daß er nicht der einzige seiner Art war.

Richtig ist, daß in vielen Kreisen ein voller Sieg einer kriegführenden Partei nicht gewünscht wurde. Wenn der Abgeordnete Ströbel auf einer Parteikonferenz der U. S. P. D. sich dahin geäußert hat, daß er zwar eine Niederlage nicht wolle, daß ein voller Sieg des Reiches aber den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde, so mag das rein parteipolitisch gedacht sein. Der Gedanke aber, den er aussprach, lag in der Luft. Es gab schon damals viele Männer — und ihre Zahl wuchs mit der Dauer des Krieges —, bis in die Parteien der Rechten hinein, die einen vollen Sieg als ein Unglück für Deutschland und die Welt ansahen. Man fürchtete von ihm im Innern eine politische Reaktion, die bei den wirtschaftlichen Nöten, die auch nach einem Siege unvermeidlich waren, zu schweren Erschütterungen führen mußte. Außenpolitisch sah man die Gefahr in einem „Schwertfrieden“, eine Gefahr, auf die die Diktatfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest, namentlich auch die Art der Eingriffe der militärischen Stellen, nur allzu deutlich hinwiesen, da er neue Kriege zeugen mußte. Das ist auch der Sinn des viel zitierten Artikels im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918, von dem immer nur der eine Satz zitiert wird: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letztenmal siegreich hereingebracht zu haben.“ Daß eine solche „Gefahr“ im Oktober 1918 nicht mehr bestand, bedarf weiterer Ausführungen nicht. Der aus dem Zusammenhange gerissene Satz steht in einem nicht übermäßig klar geschriebenen Aufsatz, der sich an die französischen Genossen wendet und für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte im Interesse der zukünftigen Völkerversöhnung eintritt und sich gegen die Leute richtet, die der Meinung seien, der Krieg müsse ausgekämpft werden. Es heißt in ihm: „Wir stehen gegen eine gewaltige Übermacht. Wir kämpfen keinen Augenblick länger als wir müssen, sondern um einen Frieden, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt.“ Nun folgen die inkriminierten Worte, und dann heißt es weiter: „Es ist eine schwere Belastungsprobe für jedes Volk, und jene, die sie bis zur Unmöglichkeit des Gelingens steigern wollen, nehmen eine schwere Verantwortung auf sich. Wehrlos kann uns kein Frieden machen, Sicherheit gibt dem Sieger nur ein Frieden, der alle entwaffnet und aus Feinden Freunde macht. Aber eine Gefahr auch für

ihn ist im Frieden, in den ein Volk heimkehrt, um in der blutigen Geschichte der Vergangenheit zu lesen, daß die Besiegten von heute die Sieger von morgen sind."

Es ist hier nicht der Ort, den Streit: Hier Verständigungsfrieden, hier Siegfrieden! zu besprechen; das ist in anderen Gutachten genügend geschehen. Man kann die Wirkungen natürlich chemisch nicht exakt abwägen. Jeder aber, der nur einige Fühlung mit dem verelendenden, verhungernden, des Blutgeruchs überdrüssigen Volke hatte, konnte mit Händen greifen, daß es nicht gewillt war, den Krieg auch nur um einen Tag um irgendwelche Eroberungen und Entschädigungen zu verlängern. In den oberen Schichten war man allerdings, wie ein von Generalmajor Wrisberg (Der Weg zur Revolution, S. 90) abgedruckter Bericht des Generals v. Vietinghoff (Stellv. Generalkommando II. A. K.) zeigt, der Meinung, daß die Masse des Volkes keinen Verständigungsfrieden wolle. Auf Grund welcher Unterlagen der General zu dieser Auffassung gelangt ist, ist nicht bekannt. Wrisberg, auch schärfster Anhänger eines Siegfriedens und Anhänger weitgehendster Kriegsziele, schreibt selbst in dem obenerwähnten Buche (S. 51 Anm.): „Es war eine Binsenwahrheit, daß man für einen starken Frieden bei hungernden Massen keine Begeisterung suchen durfte." Prof. Bredt hat in seinem Gutachten (Bd. 8 dieser Reihe, S. 53f.) angeführt, was einzelne Volksteile für Vorteile aus Annexionen erhofften. Aber was fiel davon für die Proletarier ab? Noske hat im Münchener Dolchstoßprozeß bekundet (Prozeßbericht S. 174/175): „Wenn in jenen Tagen und Monaten die Rede gewesen ist von der Erreichung eines größeren Deutschlands, haben mir Frontsoldaten gesagt, sie würden davon nichts haben, wenn wir Belgien, Kurland, Estland, Livland bekämen . . . Sie haben dem Verlangen nach einem größeren Deutschland entgegengehalten, wenn Deutschland nach dem Kriege so groß wird, wenn wir ein größeres Deutschland erkämpfen, kehren wir doch in unsere elenden Löcher, in die Mietskasernen zurück und bekommen keinen Blumentopf Erde von diesem größeren Vaterland."

Die Anklage geht nun dahin, daß flaumacherische Ideen und „defaitistische" Agitation nicht energisch genug unterdrückt worden seien. Es genügt, die sich in jeder Session des Reichstages wiederholenden Beschwerden über das Treiben der Stellvertretenden Generalkommandos, über die Handhabung der Zensur, der Versammlungsfreiheit, der Schutzhaft, des Aufklärungsdienstes nachzulesen, um zu sehen, daß diese Behauptung nicht nur unrichtig ist, sondern daß im Gegenteil die Anhänger eines Verständigungsfriedens unterdrückt, die Agitation der Annexionisten, Alldeutschen und Vaterlandspartei gehegt und gepflegt wurde. Diese Agitation lieferte nicht nur, wie der von Conrad Haußmann veröffentlichte „Geheimbericht Nr. 7" beweist,

den Feinden brauchbarstes Material. Sie gab auch der Unzufriedenheit im Lande und in den Schützengräben den besten Nährboden.

Sehr bezeichnend war auch der Ausfall der Reichstagsnachwahl im Kreise Bautzen-Kamenz im Januar 1918, der ersten Wahl nach der Friedensresolution vom Juli 1917. Der heftige Wahlkampf, in dem die Rechte zunächst Tirpitz aufstellen wollte, ging im wesentlichen um die Kriegsziele. Obwohl der Kreis bisher unbestrittener Besitz der Rechtsparteien war, der ihnen auch bei jenen Wahlen nicht entrissen werden konnte, die die übrigen 22 sächsischen Wahlkreise in den Besitz der Sozialdemokraten brachte, unterlag diesmal der konservative Kandidat.

Die Stimmung im feindlichen Auslande

Von den Anhängern der Dolchstoßtheorie wird es so dargestellt, als ob jene Begriffe „Defaitismus“, „Internationalismus“, „Pazifismus“ nur in Deutschland Bedeutung gewonnen haben, daß die Parole eines Verständigungsfriedens nur in Deutschland ausgegeben worden sei. Das ist eine Irreführung.

Das Wort „Defaitismus“ stammt aus Frankreich. Wo ein solches Wort für einen Begriff geprägt wird, ist es ein Beweis, daß Ideen dieser Art dort umgehen. Auch braucht man nur an die Namen Caillaux, Judet, Romain Rolland zu erinnern. Professor Webster, Chef des Nachrichtendienstes des englischen Generalstabs, hat diese Richtung auch in England festgestellt. So schrieb z. B. der Sozialist und Pazifist Normann (Verfasser von „A Searchlight on the European war“) im Oktober 1914 ein Buch gegen den Krieg (Britain and the war), das bis 1915 drei Auflagen erlebte, dann aber verboten wurde. Wie weite Kreise des englischen Volkes vom Willen des Verständigungsfriedens beherrscht wurden, zeigt sich auch darin, daß dagegen ein besonderer Propagandaroman geschrieben wurde: „The devil's paw“ (Die Klaue des Teufels). Das raffiniert geschickte Buch schildert, wie in England gerade die besten und nationalgesinntesten Männer und Frauen aller Gesellschaftsschichten von dem Gedanken des Verständigungsfriedens verführt wurden, zu dem ihnen von deutscher Seite die Hand geboten wird. Sie müssen aber erkennen, daß sie von einem von Deutschland bezahlten englischen Agenten in eine Falle gelockt werden sollen und gehen dann auf die andere Seite über.

In Frankreich waren die „Ligue des droits de l'homme“ und die pazifistischen Vereine über die Frage der Kriegsschuld gespalten, aber die im Kriege gegründete „Société d'études documentaires et critiques sur la guerre“ trat energisch für einen Verständigungsfrieden ein. Das „Comité pour la reprise des relations internationales“ gab 1917 ein Buch heraus: „Qui a entrainé la France dans la guerre?“

Aus den Tagebüchern des englischen Botschafters in Paris, Bertie, ist zu ersehen, daß in Frankreich zum mindesten seit dem Jahre 1917 starke Friedensströmungen bis sehr hoch hinauf vorhanden waren und daß, namentlich nach den großen Meutereien im Heere, Angst vor einer Revolution herrschte. Für den „Antimilitarismus" auf der anderen Seite noch zwei Beispiele. Das Buch von Barbusse, „Le Feu", das in Deutschland verboten wurde, hatte Ende 1917 schon eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht. (Das vielbesprochene Buch von Bernhardi: Deutschland und der nächste Krieg wurde von seinem Erscheinen bis Ende 1914 nur in rund 7000 Exemplaren verkauft, wie es der Verleger Herrn Hermann Lutz mitgeteilt hat.) Der Belgier Vandervelde hat den Soldaten dahin definiert: „Soldat ist jener Mann, der im Sommer durch Fliegen, im Winter durch Ratten, zu jeder anderen Jahreszeit aber durch alles andere Ungeziefer aufgefressen wird." Sogar für das berüchtigte: „Der Krieg ist für die Reichen, die Armen zahlen die Leichen" findet sich ein, wenn auch in der Form weniger häßliches Gleichnis. Der Sozialist Blatchford sagte: „Das Blut unserer jungen Bürger zu verlangen und die Gelder der Nichtkombattanten nicht zu ergreifen, heißt soviel, daß ein Teil der Bevölkerung sich opfern soll, um dem anderen Teil Vermögen und Behaglichkeit zu erhalten." Und weiter: „Ich hoffe, die Arbeiter werden es ablehnen, sich durch schöne Phrasen und vage Versprechungen narren zu lassen. Ich hoffe, sie werden die Herren Abgeordneten dazu veranlassen, das volle Maß der Teuerungsvergütung und Pension gesetzlich festzulegen, ehe sie sich zum Heeresdienst einschreiben lassen." (Zitiert nach Neilson, „Wie Diplomaten Kriege machen", S. 390 ff.)

Nicht anders wie in Frankreich sah es in England aus. Es soll nicht weiter darauf eingegangen werden, daß sich noch in letzter Stunde Comités hervorragender Persönlichkeiten bildeten, die England auch nach der Verletzung der belgischen Neutralität veranlassen wollten, aus dem Kriege herauszubleiben, aber der Kriegserklärung wegen traten Lord Morley und der Arbeiterführer Burns aus dem Kabinett aus. Ihnen folgte später der parlamentarische Staatssekretär im Unterrichtsministerium Trevelyan. Bei der großen Debatte im Parlament am 3. August 1914 sprachen Ramsay Macdonald, Ponsonby, Molteno und am 6. August 1914 Ponsonby noch einmal gegen die Kriegspolitik von Grey. Morel legte in derselben Zeit seine Kandidatur für die Liberalen im Wahlkreis Birkenhead nieder und begründete dies in einem offenen Brief mit der imperialistischen Politik eines Teiles der liberalen Partei. Er gründete dann am 17. September 1914 die „Union of democratical control" (U. D. C.) mit 5000 Mitgliedern. Ihr gehörten 1918 bereits 650 000 Mitglieder an, in der Hauptsache Arbeiter, aber auch viele Männer und Frauen aus anderen Kreisen, auch Offiziere. Die U. D. C. trat dauernd und

energisch in Wort und Schrift für einen Verständigungsfrieden, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für einen Völkerbund ein und griff die Regierung äußerst scharf an, namentlich in ihrer 1915 gegründeten Zeitschrift „Foreign Affairs“. Sie wendete sich auch gegen den auf der Pariser Wirtschaftskonferenz beschlossenen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Dieselbe Politik verfolgten nicht nur der „Labour Leader“, sondern auch die Organe der nichtimperialistischen Liberalen, die „Daily News“ und der „Manchester Guardian“. Schon Ende November 1914 warfen die „Daily News“ der „Times“ vor (in dem bekannten Artikel „We lost and you won“), daß sie von je her zum Kriege gehetzt und der Kriegseintritt Englands ihre Schuld sei. Lord Lansdowne hat im Jahre 1916 ein Memorandum, im Jahre 1917 einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er für einen Verständigungsfrieden eintrat. Auch Asquith hat als Oppositionsführer für einen Verständigungsfrieden gesprochen und ist erst auf die andere Seite herübergeschwenkt, als eine Aufforderung an Deutschland, eine Erklärung über Belgien abzugeben, ohne Antwort blieb. Die „No-Conscription-Fellowship“, vor dem Kriege gegründet, hat ihre Tätigkeit auch nach Kriegsausbrauch nicht eingestellt und Eingaben an das Parlament gemacht.

Als am 29. Dezember 1915 das erste Gesetz zur Einführung einer (beschränkten) Wehrpflicht im Kabinett beschlossen wurde, trat Sir John Simon aus ihm aus. Das Gesetz ging am 6. Januar 1916 im Unterhaus durch. An demselben Tage lehnte es der Parteitag der Labour-Party mit überwältigender Mehrheit ab, nachdem schon der Gewerkschaftskongreß in Bristol am 6. Juli 1915 gegen die allgemeine Wehrpflicht protestiert hatte. (Irene Cooper Willis, How we got on with the war, S. 60—62.) Der Abgeordnete Neilson legte aus pazifistischer Einstellung heraus seinen Sitz im Unterhaus nieder. Vonseiten der Frauen ist im Jahre 1917 der „Frauen-Kreuzzug“ für einen Frieden geführt worden. Näheres über all diese Dinge kann in Lutz, „E. D. Morel“ und in Swanwick, „Builders of Peace“ nachgelesen werden (vgl. auch u. S. 235 ff.). Wie stark in England die Angriffe gegen die eigene Regierung gewesen sein müssen, kann auch daraus gefolgert werden, daß in Deutschland Broschüren zusammengestellt worden sind, in denen aus englischen Zeugnissen Agitationsmaterial gegen England gesammelt wurde.

Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die übernationale bezw. antinationale Einstellung nur in der deutschen Sozialdemokratie zu finden gewesen sei, die englischen und französischen Sozialisten seien in erster Linie Patrioten geblieben. Dieser Vorwurf, der übrigens auch in England und in Frankreich vor und im Kriege in der umgekehrten Richtung erhoben worden ist, wird durch seine Wiederholung nicht wahrer. Die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokratie in allen Ländern hat sich bei Ausbruch des Krieges zur Landes-

verteidigung bekannt, obwohl überall bis zur Kriegserklärung dieselbe Idee der Klassen-Solidarität gegenüber dem Imperialismus und dem Kapitalismus herrschte. In Deutschland (Clemens v. Delbrück, S. 100) war es bei den Militärbehörden und bei den preußischen Ressorts im Laufe der Jahre ein Axiom geworden, daß bei Ausbruch eines Krieges sich Polen, Dänen, die französischen Einwohner von Elsaß-Lothringen, vor allen Dingen aber die gesamte Sozialdemokratie gegen die Regierung auflehnen oder zum mindesten den Militärbehörden alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereiten würden. Nach Erlaß des Gesetzes zur Mobilmachung sollten alle verdächtigen Leute und namentlich die Abgeordneten der erwähnten Parteien hinter Schloß und Riegel gesetzt werden. Dem entsprach in Frankreich das „Carnet B.". Die sofortige Verhaftung der auf dieser Liste eingetragenen Persönlichkeiten bildete einen integrierenden Bestandteil der Vorbereitungsmaßnahmen zur Mobilisation. Die Ausführung dieser törichten Befehle, die große Volksteile berechtigt gereizt hätten, ist in Deutschland durch Clemens v. Delbrück, dem damaligen Staatssekretär des Innern, in Frankreich durch den Innenminister Malvy in letzter Stunde verhindert worden. Der französische Ministerrat entschloß sich aber erst am Abend des 31. Juli 1914 zu dieser Maßnahme nach der Ermordung von Jaurés. Wie der französische Kriegsminister Messimy in Recouly „Les heures tragiques d'avant guerre" (S. 80) schrieb, waren nunmehr alle Mitglieder des Kabinetts der Meinung, daß ein Grund zur Anwendung des „Carnet B." nicht mehr vorlag. Daß während des Krieges auch auf der französischen Seite „Internationalisten" nicht fehlten, beweist die Teilnahme französischer Sozialisten an der Zimmerwalder- und Kienthaler-Konferenz. Daß gegen den Krieg agitiert wurde, ergibt sich daraus, daß die großen Meutereien im französischen Heere 1917 von vielen Leuten auf sozialistische Hetzereien zurückgeführt wurden.

Über die Verhältnisse in Frankreich während des Krieges sind wir durch das Buch Painlevés unterrichtet. Ende Februar 1917 hatte der General Nivelle, damals Oberkommandierender, an Malvy, den Minister des Innern, und den Kriegsminister, General Lyautey, Schreiben gerichtet, die auf die Unruhen in den Arbeiterkreisen, die Disziplinlosigkeit in den industriellen Kriegsbetrieben, die pazifistische Propaganda und auf die Rückwirkung dieser Zustände auf die Seelenverfassung des Heeres hingewiesen, sie hatten Gegenmaßregeln verlangt. Das Material war dem General Nivelle von einem dem Ministerum des Innern unterstellten Beamten des Sicherheitsdienstes, der dem Großen Hauptquartier zugeteilt war, zugeleitet worden. Dieser Beamte gehörte zu jener Gruppe der Mitglieder dieses Dienstes, die es als einen Verrat ansehen, daß die obenerwähnten Verhaftungen nach dem Carnet B. nicht ausgeführt worden waren. (Dabei muß bemerkt werden, daß in Frankreich ein Be-

lagerungszustand in der Art wie in Deutschland nicht bestand, die Exekutive lag also beim Sicherheitsdienst, nicht bei dem Stellvertretenden Generalkommando.) Die Präfekten (Oberpräsidenten) berichteten einstimmig über den gefährlichen Einfluß des Defaitismus, der durch die Urlauber in der Front überall hinterlassen wurde. In Paris zeige sich hinter den harmlosen und ungefährlichen Streiks eine oberflächliche aber doch gefährliche Gärung. Am schlimmsten sah es im Loire-Becken aus, wo sich eine ungeheuere Arbeitermenge zusammendrängte, die sich von den Lieferanten schamlos ausgebeutet sah. Sie wurde von Tag zu Tag aufsässiger. Seit Ende Mai verlangte der Präfekt Kavallerie und Senegalschützen. Lord Bertie berichtet in seinen „Tagebüchern“ von starken Streiks, besonders von Arbeiterinnen, in diesen Tagen. Für die französische Regierung erhob sich die große Frage, ob man die Arbeiterorganisationen, namentlich die Arbeiterbörse und das C. G. T. auflösen, die Führer und besonders den Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes Merrheim verhaften sollte. Die Gärung war also sehr groß. Aber alle Instanzen, einschließlich General Foch und Pétain, lehnten Gewaltmittel ab, die zu Katastrophen führen mußten. Die Regierung griff zu Maßnahmen, um die Lebensbedingungen und die Lohnverhältnisse zu bessern. Die Zensur unterdrückte die Zeitungspolemiken gegen das wiederholte „Auskämmen“ und die allzu glühenden Schilderungen der russischen Revolution, die weniger von den Blättern der äußersten Linken als gerade von der großen Tagespresse gebracht wurden. Es blieb von da an im wesentlichen ruhig; von einzelnen Fällen abgesehen, die schnell unterdrückt wurden.

Unter dem Ministerium Clémenceaus brachen jedoch im Loire-Becken wiederum schwere Unruhen aus. Ein Bürgermeisteramt wurde angezündet, Fabriken wurden besetzt, Arbeiterräte gebildet. Grund dieser Unruhen war die Einziehung eines Gewerkschaftssekretärs, nämlich des obenerwähnten Merrheim zum Heere, den man dann später sehr feierlich mit Musik und unter Vorantragung roter Fahnen wieder in seinen Bezirk zurückkehren lassen mußte. Clémenceau mußte sich entschließen, gegen die Arbeiterorganisationen nicht nur nicht einzuschreiten, sondern sie sogar offiziell zu empfangen.

Auch im März 1918 brachen große Streiks in Munitionsfabriken bei Paris aus. In St. Etienne mußten ein Regiment Kavallerie und 3000 Gendarmen einschreiten. Eine große Anzahl Ausständiger wurde, wie Lord Bertie berichtet, getötet und verwundet.

Die Arbeiterbewegung in England ist andere Bahnen gewandelt, als die kontinentale. Wilhelm Diekmann hat sie im „Archiv für Politik und Geschichte“, September- und Dezemberheft 1924 ausführlich geschildert. Für die Einzelheiten auch während des Krieges soll auf diese Arbeit verwiesen werden. Hier seien lediglich folgende Tatsachen erwähnt.

Die Parteivorsitzenden Keir Hardie und Henderson unterzeichneten unmittelbar nach Eröffnung der deutsch-französisch-russischen Feindseligkeiten ein Manifest, in dem die englische Regierung zur Aufrechterhaltung der Neutralität aufgefordert und zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein Sieg Rußlands ein Fluch für die ganze Menschheit bedeuten würde.

Der Vorsitzende der Labour-Party Macdonald widersprach den Greyschen Ausführungen am 4. August 1914 im Unterhaus und verlangte die Neutralität Großbritanniens unter allen Umständen.

Am 6. August 1914 beschloß der Vorstand der Labour-Party die Veröffentlichung einer Proklamation gegen den Krieg, in der ein baldiger Frieden zur Bedingung gemacht wurde, der die Möglichkeit einer friedlichen Einigung des Gesamtproletariats Europas böte. Die parlamentarische Fraktion lehnte die Verlesung dieser Erklärung im Unterhaus ab. Mac Donald legte darauf seinen Sitz im Vorstand der Partei nieder und begründete diesen Schritt damit, daß England nicht für die Unabhängigkeit Belgiens, sondern seiner Zugehörigkeit zum Dreibund wegen kämpfe. Er fügte allerdings hinzu, was auch immer seine Ansicht über den Ursprung des Krieges sei, jetzt müsse er durchgekämpft werden.

Anfang Oktober 1914 wollte die Unabhängige Arbeiterpartei 250 Volksversammlungen gegen den Krieg einberufen. Sie wurden von der Regierung verboten.

Seit 1915 hörten die Streiks in England nicht auf, sie verschärften sich vielmehr von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1917 beteiligten sich etwa 1 Million Arbeiter an den Streiks; 6 Millionen Arbeitstage gingen verloren. Sie wurden auch in England nicht von den Gewerkschaftsführern, sondern von lokalen Vertrauensleuten — häufig gegen den Willen der Gewerkschaften — geleitet, häufig, aber nicht immer, von jugendlichen und ungelernten Elementen durchgeführt. Die Streiks wurden meist durch das Entgegenkommen der Regierung beigelegt. Zum Entsetzen besonders der Schwerindustrie. Eines ihrer Organe: „Iron Age" schrieb von „dem Knien der Regierung vor den Gewerkschaften". Der politische Einschlag der Streiks wurde immer stärker. Sie richteten sich in der Hauptsache gegen die Aushöhlung der Gewerkschaften durch die Kriegsgesetzgebung. Die Gärung wurde verschärft durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, durch die Behandlung der Irenfrage nach der Unterdrückung des Sinnfeiner-Aufstandes im April 1916. Die englische Regierung und die Northcliffe-Presse nannten das Verhalten der Arbeiterschaft einen „gemeinen und hinterhältigen Verrat gegenüber ihren kämpfenden Brüdern im Schützengraben", behaupteten, daß die Arbeiterschaft von unverantwortlichen syndikalistischen Hetzern aufgeputscht worden sei. Diese Behauptung wurde von der arbeiterfreundlichen Presse der Linken zurückgewiesen. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Auskämmen in den

Fabriken, die Aufhebung der Unabkömmlichkeitserklärungen, die nochmalige Untersuchung früherer Zurückgestellter und die Eingriffe in die Organisation der Gewerkschaften den eigentlichen Grund zu den Streiks abgegeben hätten und die Arbeiter der von der Unabhängigen Arbeiterpartei gepredigten Lehre, die Führer verrieten die Arbeiter, zugänglich gemacht hätten.

Die russische Revolution blieb nicht ohne Einfluß. Im Juni 1917 wurde in Leeds ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, der zwar keineswegs mit den russischen Vorbildern verglichen werden konnte, der aber alle radikalen Elemente innerhalb des englischen Proletariats zusammenfaßte. Leiter waren Smillie, Snowden und Macdonald. Als Ziel der Arbeiterbewegung wurde bezeichnet: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen, vollständige wirtschaftliche und politische Emanzipation der Arbeiter, sofortige Wiedergewährung des Vereinsrechtes und volle politische und bürgerliche Freiheit für die Soldaten. Die Regierung einschließlich der Arbeitervertreter im Parlament suchten durch alle Mittel das Umsichgreifen der neuen Bewegung zu verhindern, ohne jedoch die Stimmung ändern zu können. Die Stimmung wurde noch schlechter, als im August 1917 Henderson aus dem Kabinett ausschied, weil die Pässe zum Internationalen Stockholmer Sozialistenkongreß verweigert worden waren. Von besonderem Einflusse war die Bildung von Werkausschüssen, die Zellen revolutionärer Propaganda wurden.

Sehr charakteristisch ist es, daß im Januar 1918, zu derselben Zeit also, als in Österreich und in Deutschland Massenstreiks ausbrachen, auch die Arbeiter an der Clyde, dem großen Industriezentrum, drohten, den Brocken hinzuwerfen, wenn die Regierung sich nicht für einen Waffenstillstand erklären würde! (Irene Cooper Willis, How we got on with the war, S. 82.)

Ein Unterschied ist allerdings dahin festzustellen, daß die Labour-Party keine erheblichen Schwierigkeiten im Parlament gemacht hat, abgesehen von Debatten über die Kriegsziele. Das lag nicht zuletzt in der zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit der Partei im Unterhaus. Dann aber auch daran, daß die alliierten Regierungen offiziell niemals Annexionsziele aufgestellt haben. Sie forderten nur die Befreiung Frankreichs und Belgiens. Die „Befreiung" von Elsaß-Lothringen galt nicht als „Annexion", sondern als „Desannexion". Dazu kam das Problem „Belgien". Die U. D. C. hat sich niemals zu einer „stop the war"-Organisation ausgebaut, weil sie das Unrecht an Belgien wieder gutgemacht wissen wollte. Dazu kam der Kampf gegen den „preußischen Militarismus und Absolutismus". Mit dieser Parole suchen namentlich auch die französischen Sozialisten Guesde, Sembat, Thomas nach Ausbruch der russischen Revolution Kerenski zum Weiterkämpfen zu begeistern. (Paléologue, La Russie des Tsars, Bd. 3, S. 257.) Endlich und nicht zum wenigsten fürchtete man von einem ungenügenden

Frieden für die Zukunft. Während die Anhänger eines Siegfriedens in Deutschland uneingedenk des Hubertusburger Friedens einen Krieg ohne Annexionen und Kontributionen für verloren ansahen, sah man im Auslande, im feindlichen sowohl wie im neutralen, die furchtbare Kraft Deutschlands, das der ganzen Welt hatte trotzen können. Man wußte, daß sich ein solches Bündnis gegen Deutschland nie wieder zusammenfinden würde und fürchtete sogar in den Vereinigten Staaten, daß später ein siegreiches Deutschland über die Einzelnen herfallen könne.

Die Stimmung in den Arbeiterkreisen weist also überall in der Welt denselben Grundcharakter auf. Nachdem der Wille zur Verteidigung der Heimat, die man der festen Überzeugung in allen Ländern nach durch einen frivolen Angriff bedroht glaubte, auch bei den Sozialisten zu Beginn des Krieges stärker war als das Klasseninteresse, wuchs im Laufe des furchtbaren Blutvergießens der Haß gegen den Krieg, für den man den Imperialismus und den Kapitalismus verantwortlich machte, stieg die Furcht auf, mühselig errungene Rechte zu verlieren. Diese Bewegung glich auch insofern der deutschen, als die Arbeiterführer sich gegen die Streiks wendeten und energisch für die Landesverteidigung eintraten. Lord Bertie teilt aber mit, daß ihm ein englischer Sozialist am 18. Februar 1918 gesagt habe, daß die Arbeiterabgeordneten die Stimmung der Arbeiter nicht wiedergeben und daß zwischen dreieinhalb bis vier Millionen Arbeiter für einen sofortigen Frieden zu jeden erreichbaren Bedingungen seien.

Selbstverständlich wurden auch die Verstimmungen in der Arbeiterschaft auf deutsche Einflüsse zurückgeführt. In der Oktobernummer 1919 der „Süddeutschen Monatshefte" ist ein Brief von Adolf Smith in den „Times" am 3. September 1918 veröffentlicht, die diese Beschuldigung substanziert und sogar so weit geht zu behaupten, schon Marx und Engels hätten versucht, die Internationale nutzbar zu machen, die deutsche Idee und ihre antifranzösische, antiitalienische und antirussische Politik zu fördern.

Auch von revolutionären Aktionen sind die feindlichen Länder nicht verschont geblieben. In Irland brach im Jahre 1916 ein Aufstand aus, der blutig unterdrückt werden mußte. In Turin, das als Wahlkreis Giolittis stets gegen den Krieg war, kam es im Jahre 1917 zu Unruhen mit politischem Hintergrund. In Frankreich waren die Geheimsitzungen der Kammer Ende Juni 1917 überaus bewegt. Die Linke verlangte lärmend die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zum Zwecke der Neuwahl eines Präsidenten der Republik. Die politische Spannung erreichte dann ihren Höhepunkt im Oktober 1917. Der sozialistische Minister Thomas wies drohend in einer Rede darauf hin, daß die Regierung ohne Unterstützung der Sozialisten nicht bestehen könne. Noch mehr gärte es auf der Seite der „Jusqu'au-boutisten". Aus einer Eintragung in die Tagebücher des Lord Bertie

vom 28. Oktober 1917 ist zu ersehen, daß in der Redaktion der „Action Française" und an anderen Orten Haussuchungen stattgefunden haben. Ein offizielles Communiqué an die Presse sagte, daß Waffenlager entdeckt und daß eine Voruntersuchung, wegen Vorbereitung eines bewaffneten Bürgerkrieges, eröffnet worden sei. Bertie sagt, daß die Voruntersuchung sich gegen die Royalisten richte, daß deren aber so wenige seien, daß sie nicht zählen. Die Waffenlager seien ein Zeichen der allgemeinen Unzufriedenheit nicht nur der Royalisten gegen die Cliquen, die behaupten, daß sie das Land regieren . . . Es könne nichts schaden, wenn diese Regierung gewaltsam unterdrückt würde, man würde dann nicht so viel Unsinn über einen Völkerbund und einen ewigen Frieden hören. Diese Frage sei von den Sozialisten und dem Präsidenten Wilson in die Welt gesetzt. Niemand in einer wichtigen Stellung traue sich den Völkerbund lächerlich zu machen.

Auch die Wirkung der russischen Revolution war auf beiden Seiten analog. Wenn sie auch dem radikalen Sozialisten Wind in die Segel trieb, erhob sich in erster Linie die Frage, welchen Einfluß sie auf den Fortgang des Krieges haben würde. Bei den Mittelmächten hoffte man darauf, daß der Rücken frei würde, bei den Franzosen fürchtete man den Ausfall der russischen Dampfwalze. Man wußte, daß die Amerikaner in voller Stärke erst Mitte Juli 1918 auf dem Kriegsschauplatz erscheinen konnten. Für diesen Zeitpunkt, an dem auch die Tankwaffe völlig ausgebaut war, hatte, wie Painlevé erzählte, Pétain im Juni 1917 den entscheidenden Generalangriff angesetzt. Franzosen und Engländer schickten führende Sozialisten nach Petersburg, die die Russen zum Weiterkämpfen mit der Begründung anfeuern sollten, Deutschland bedrohe die neugewonnene Freiheit und sei der letzte Hort des Absolutismus. Aber die Sozialisten, die nach Petersburg kamen, konnten sich dem Eindruck der Revolution nicht entziehen. Der englische Minister Henderson trat nunmehr für die Beschickung der Stockholmer Konferenz durch die englischen Sozialdemokraten ein und schied später dann aus dem Kabinett aus, als die Erlaubnis versagt wurde und Lloyd George einem Verständigungsfrieden nicht mehr geneigt schien. Als die französischen Sozialisten im April 1917 nach Petersburg kamen, sah der französische Botschafter dort, Paléologue, (La Russie des Tsars, Bd. III, Kap. XII) „mit Entsetzen, daß nicht nur Moutet, Cachin, Lafont (die später auch Kommunisten wurden), sondern auch der sehr rechts stehende Munitionsminister Thomas, von der Romantik der revolutionären Bewegung gepackt und von dem Grundsatz ‚keine Annexion' usw. beeindruckt wurden". Sie erklärten, man müsse in bezug auf die Kriegsziele Ballast auswerfen. Zu diesem Ballast werfen sie auch Elsaß-Lothringen.

Ähnliches berichten der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, (My Mission to Russia, Bd. 2 S. 120 ff.) und Bertie (Bd. 2 S. 181). Es sah also in allen Ländern gleich aus. Überall standen

sich Anhänger des Verständigungsfriedens und des Siegfriedens, des Militarismus und des Pazifismus, des Nationalismus und des Internationalismus gegenüber. Überall gärte es in den Arbeitermassen. Und nicht nur in ihnen! Weit über die Schichten hinaus war man des Krieges mehr als müde. In allen Kreisen erhob sich der Widerspruch der Massen gegen „Durchhalter bis zum bitteren Ende", die nur allzu häufig dort saßen, wo die Gefahren am geringsten waren. Die Begeisterung für das „ceterum censeo Cartaginem esse delendam" ist von jeher in geometrischer Progression vom Orte der Gefahr gewachsen. Das Wunder ist also nicht, daß in Deutschland, das hungerte und fror, sich dieselben Stimmungen und Verstimmungen, dieselbe Unruhe und Unlust geltend machten wie in den feindlichen Lagern. Das Wunder ist, daß sich diese Erscheinungen in Deutschland nicht stärker und intensiver zeigten als in den anderen Ländern. Dort sichelten zwar die apokalyptischen Reiter die Brüder, die Söhne, die Männer ebenso fort wie bei uns. Aber in der Heimat waren zwar allerlei Entbehrungen und Unbequemlichkeiten zu tragen, die wirkliche Hungersnot klopfte aber nicht an die Türen. Daher war auch dort der Unterschied zwischen denen, „die wie im Frieden lebten", und denen, denen es zwar statistisch nachgerechnet wurde, daß die Kalorien zur Ernährung ausreichten, deren Magen aber knurrten, nicht so grell sichtbar. Wer nicht nach den Karten gelebt und dann zusammengebrochen ist, kann nur schwer ermessen, wie diese Unterernährung geistig und physisch zermürbte und apathisch machte.

Die Beweisführung der Anklage

Es ist im vorigen Abschnitt festgestellt, daß die große Paradoxie des Weltkrieges: zivilisierte Völker treiben Politik mit dem barbarischen Mittel des Krieges, den Geist (oder der „Moral", wie man jetzt falsch aus dem Französischen übersetzt) der kriegführenden Völker im wesentlichen und im Wesen gleichartig beeindruckt hat. Gleiche Ursachen müssen eben gleiche Wirkungen haben. Wenn trotzdem die Mittelmächte den Krieg verloren, so muß logisch gefolgert werden, daß bei ihnen weitere Ursachen mitgewirkt haben. Sie liegen so klar zutage, daß es unnütz ist, sie anderweitig zu suchen, es sind der Hunger im Innern, die Überlegenheit an Menschen und Material an der Front. Ganz zutreffend hat Dr. Fischer im Münchener Dolchstoßprozeß formuliert: „Der Zusammenbruch ist restlos erklärt durch das Einmaleins. Nämlich 1 plus 1 gleich 2 (Entente) und 1 minus 1 gleich 0 (Deutschland)." Wenn dieser logisch unanfechtbare Schluß den Anhängern der Dolchstoßtheorie nicht genügt, so liegt es bei den Gutgläubigen daran, daß sie nicht nur auf die Unbesiegbarkeit der in drei großen Kriegen erprobten deutschen Heere, die Undurchbrechbarkeit der weit in Feindesland vorgeschobenen Fronten wie auf ein Evangelium ver-

trauten, sondern auch daran, weil der Sieg so oft zum Greifen nahe gewesen war, weil der U-Bootkrieg fast die Feinde niedergerungen hat, weil die große Offensive beinahe zum Erfolg geführt hat. Sie bedenken nicht, daß immer gerade das Letzte, das Entscheidende gefehlt hatte, daß schon der amerikanische Sezessionskrieg gelehrt hatte, daß weitunterlegene Streitkräfte zwar Schlachten, kaum aber Kriege gewinnen können, und daß man sich auch zu Tode siegen kann. Diejenigen, die für den Verlust von Schlachten und Feldzügen die Verantwortung zu übernehmen hatten, sahen keinen Grund, sie aufzuklären, ihnen zu sagen, daß der Wille zum Sieg allein ebensowenig zum Sieg genügt, wie der Wille zum Leben den Tod auf die Dauer bannen kann. So wurden andere Ursachen gesucht und darin gefunden, daß der Geist des Heeres unterminiert worden sei.

Es ist richtig, daß Versuche, die Stimmung des Heeres zu untergraben, von außen und von innen unternommen wurden. Die Feinde überschütteten die Westfront mit Flugblättern, Zeitungen, Broschüren, die teils durch Flieger abgeworfen, teils durch besonders dazu konstruierte Gewehre herübergeschossen wurden. Sie suchten den Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Sache zu erschüttern, die Unabwendbarkeit einer Niederlage der Mittelmächte darzutun. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1918 trugen die Propagandaschriften zum Teil revolutionären Charakter. Wir sind über die Methoden der Feinde jetzt völlig unterrichtet. Sir Campell Stewart hat in den „Geheimnissen des Crewe-Hauses“ (es hat mir nur eine deutsche Übersetzung vorgelegen) die Organisation der von Lord Northcliffe geleiteten englischen Propaganda dargelegt. Die französische Weise wird in Hansi et Tonnelet „A travers les lignes ennemies“ (Paris, Payot) geschildert. Über die amerikanische Agitation unterrichteten zwei Artikel. Der eine im Februarheft 1919 von „Everybodies Magazine“ (abgedruckt in Bouton, „Das Ende der Großmacht Deutschland“, Verlag für Politik und Geschichte, Seite 56/57), der andere im „New Yorker Financial Chronicle“ vom 13. Juni 1919. Zusammenfassende Berichte gibt Ernst Drahn (ehemals Beamter des sozialdemokratischen Parteiarchivs) in den Nr. 45/46 der Zeitschrift „Der Buch- und Zeitschriftenhandel“ vom 10. November 1918, ferner das Buch von Drahn und Leonhard „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland“ (Berlin-Fichtenau, Verlag „Gemeinschaft und Erziehung“). Die Propaganda war unheimlich gut geleitet und ausgeführt, zumal sie den Mittelmächten gegenüber nicht mit Lügen, sondern mit Wahrheiten, zum mindesten mit halben oder dreiviertel Wahrheiten arbeitete. Wir konnten ihr nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Wir waren mit alten Sünden, wenn auch mehr mit Wortsünden als mit Tatsünden, belastet, die Kriegserklärung war von uns ausgegangen, die Neutralität Belgiens von uns verletzt worden. Der sehr gescheite Vorschlag der faszinierenden Parole der Alliierten: „Wir kämpfen für die Demokratie“; einer

geschickten Modernisierung des Schlachtrufes der großen Revolution: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten" die noch wirkungsvollere „Wir kämpfen für den Sozialismus" entgegenzusetzen, wurde nach dem Zeugnis Drahns abgelehnt, weil wir in einer „christlichen Monarchie" leben.

Die Heimat kann natürlich für die Vergiftung von jenseits der Schützengräben nicht verantwortlich gemacht werden. Sie trifft auch kein Verschulden, weil Deutsche im Auslande bei der feindlichen Propaganda mitarbeiteten. Ephialtes-Naturen hat es in allen Ländern gegeben. Auch Deutschland hat, worauf später eingegangen werden wird, vor und im Kriege Ausländer als Spione, Agenten, Mitarbeiter und Helfer gegen ihr eigenes Vaterland gefunden. Schon der Alte Fritz hatte seine „Kujone". Auf französischer Seite waren es vermutlich in der Hauptsache Elsässer, die bei der antideutschen Propaganda mitwirkten. Bekannt ist, daß der sozialdemokratische Journalist Grumbach, der bei Ausbruch des Krieges nach Frankreich überlief, und „Hansi", einer der Verfasser des oben genannten Buches, der bei der Propaganda an leitender Stelle tätig war, Elsässer waren. „Hansi" war vor dem Kriege wegen deutschfeindlicher Karikaturen zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden, hatte sich aber der Bestrafung durch die Flucht nach Paris entzogen. Die Gesamtheit der Elsässer kann natürlich für die verräterische Tätigkeit einzelner nicht verantwortlich gemacht werden. Warum es nicht gelang, die kerndeutschen Elsässer in einem halben Jahrhundert für Deutschland zu gewinnen und warum die letzten Sympathien während des Krieges verrauchten, steht auf einem anderen Blatt und ist ein trauriges Kapitel. Wie man trotzdem im Elsaß über den Hochverrat im Kriege dachte, zeigt ein vor längerer Zeit im „Temps" erschienener Artikel, der Beschwerde darüber erhebt, daß auf einem Kriegerdenkmal in einer kleineren elsässischen Stadt die Namen der auf deutscher Seite Gefallenen auf der Vorderseite, diejenigen der zwei auf französischer Seite Gefallenen jedoch auf der Rückseite eingemeißelt worden sind.

In dieselbe Kategorie fällt es, daß Deutsche, in Verbindung mit dem englischen Spionagebureau in Holland, die Desertion aus Deutschland organisiert haben, wie es einer der Mittäter, Breithaupt, in den Nummern 323, 325, 327 vom 26., 27., 28. Juli 1922 der „Täglichen Rundschau" geschildert hat.

Die französische Propaganda benutzte namentlich auch Artikel, die in der in Zürich unter dem Segen der Entente erscheinenden „Freien Zeitung" veröffentlicht wurden. An ihnen arbeitete jener Kreis von Deutschen mit, die an die Alleinschuld Deutschlands glaubten und in den Alliierten die Vorkämpfer für Freiheit und Recht sahen: Grelling (von dessen Buch „J'accuse" ein Auszug in Tausenden von Exemplaren durch Flieger an die deutsche Front geworfen wurde), Roesemeyer, Konsul Schlieben, Fernau, der Romanschreiber

Stilgebauer u. a. m. Selbst wo diese Leute aus ehrlicher Überzeugung handelten, gibt es keine Entschuldigung dafür, daß sie schon während eines Krieges, der um Leben oder Tod ihrer Nation ging, vom sicheren Port eines neutralen Landes aus gegen die Heimat kämpften. Der rauschende Beifall der Feinde hätte sie von der Verworfenheit ihres Tuns überzeugen müssen.

Eine ganz eigenartige Figur unter diesen von den Franzosen benutzten deutschen Propagandisten ist der Zivilgefangene, der unter dem Namen „Siegfried Balder“ Broschüren und namentlich Gedichte gegen Deutschland verfaßte. Nach dem Buch von „Hansi“ war er ein halber Narr. Auch er glaubte sich für Demokratie und Republik einsetzen zu müssen. Sehr bezeichnend ist aber, daß er in Gesprächen mit seinen französischen Auftraggebern entschieden den Gedanken ablehnte, Elsaß-Lothringen könne wieder an Frankreich anfallen. Erst im Jahre 1917 entschloß er sich dann, ein Plebiszit zuzugestehen. Mitte Oktober 1918 richtete er dann einen Brief an Ludendorff, jetzt sei der Augenblick gekommen, mit ihm zusammen die deutsche Republik aufzurichten! Auch in der Marinedenkschrift (Bd. 10 dieser Reihe, S. 252 ff.) ist eine ähnliche Figur geschildert.

Aber auch auf der Gegenseite fanden sich Männer, die sich nicht scheuten, während eines Krieges gegen ihr Vaterland zu schreiben. Das obenerwähnte ehemalige englische Parlamentsmitglied Neilson ging nach Amerika und schrieb von dort sein Buch: „Wie Diplomaten Kriege machen“. Das Buch, das von der „Ohla“ übersetzt wurde und verbreitet werden sollte, ist ein „J'accuse“, wenn auch in gemäßigterer Form. Erwähnt muß auch die Flamenbewegung in Belgien, die Tätigkeit des Irländers Sir Roger Casement und die des erst während des Krieges in Deutschland naturalisierten Houston Chamberlain werden. Von gut unterrichteter Seite ist mir versichert worden, daß eine hohe russische Persönlichkeit während des Krieges der deutschen Regierung verfängliche Schriftstücke habe zukommen lassen. Über die Beziehungen von Franzosen zu Deutschland haben Prozesse in Frankreich allerlei enthüllt. Namen zu nennen erscheint nicht angängig. Ein russischer kriegsgefangener Offizier bot sich, wie Nicolai erzählte (Geheime Mächte, Seite 154), an, den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, den er für das Unglück des Krieges zwischen Deutschland und Rußland verantwortlich machte, als Mönch verkleidet, umzubringen. „Diesen und ähnlichen Vorschlägen“, schreibt Nicolai, „wurde deutscherseits nicht stattgegeben, obgleich der sonst offenbar mehrfach getätigte Grundsatz einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt, daß nicht nur der Soldat im Schützengraben, sondern auch der Führer sein Leben einsetzen muß, und daß seine Beseitigung von größerem Nutzen sein kann, als daß Tausende von Soldaten geopfert werden.“

Auch Verräter gab es auf der Feindesseite ebenso wie bei uns. Der deutsche Nachrichtendienst war, wie Nicolai in seinem Buch

„Geheime Mächte" in allen Einzelheiten auseinandersetzt, vor dem Kriege schon nicht annähernd so gut ausgebaut wie auf der anderen Seite. Nach Ausbruch des Krieges rissen die bisher bestandenen Verbindungen. Die Wiederanknüpfungen wurden infolge der politischen und geographischen Lage Deutschlands sehr schwer. Trotzdem gelang es, einen Nachrichtendienst einzurichten, wenn er auch dem feindlichen nicht gleich kam.

Nicolai schreibt zwar (Seite 115): „Hätte eine der feindlichen ähnliche deutsche Propaganda bestanden, so hätte sie auf jede Unterstützung in den feindlichen Reihen verzichten müssen. Die feindlichen Völker zeigten einschließlich der internationalen Sozialdemokratie eine einheitliche nationale Front." Diesen Ausführungen, die in das oben behandelte Thema über die Entstehung der Dolchstoßtheorie (S. 31 ff.) fallen, widerspricht Nicolai selber. Er schreibt (Seite 56): „Dennoch gelang es in feindlichen Lagern Beziehungen anzuknüpfen, denn mit der Dauer des Krieges erschlaffte auch bei den anderen Völkern die nationale Widerstandskraft. . ." (Seite 73): „Der Krieg zeigte seine zersetzende Wirkung am schnellsten in Rußland, aber auch in Frankreich und selbst in England, so daß der deutsche Nachrichtendienst überall wenige aber gute Beziehungen fand." (Seite 75): „Der deutsche Nachrichtendienst dehnte sich daher mit Eintritt Amerikas in den Krieg auf sämtliche Häfen an der französischen Küste aus. Wenn auch die Schwierigkeiten hier die gleichen waren wie für einen Nachrichtendienst überhaupt, so gelang es doch, rechtzeitig ausreichende Meldungen zu erlangen." (Seite 122, 123): „Es gelang auch, Spione unter der männlichen Bevölkerung Belgiens und unter den französischen Frauen des besetzten Gebietes zu finden. Sie taten es zum Teil aus Haß gegen die Engländer und Amerikaner. Von Vorteil für den deutschen Nachrichtendienst war es auch, daß Engländer im französischen Kriegsgebiet und umgekehrt, Franzosen im englischen, glaubten, dem deutschen Nachrichtendienst dienen zu können, indem sie ihr Gewissen damit erleichterten, daß sie nicht unmittelbar gegen die eigne Nation handelten." (Seite 123): „Als Beispiel, mit welcher Genauigkeit der deutsche Nachrichtendienst selbst unter erschwerten Umständen arbeiten konnte," führt Nicolai an, „daß jeder Einschlag des auf Paris gerichteten Riesengeschützes 24 Stunden später genau bekannt war, daß also sozusagen eine artilleristische Feuerleitung durch den Nachrichtendienst hergestellt werden konnte." Es war in der zweiten Hälfte des Krieges möglich, zahlreiche französische Deserteure zur Rückkehr in die feindlichen Linien zu veranlassen, dort Spionage zu treiben und Kameraden zur Fahnenflucht zu bewegen (S. 123).

Welchen Einfluß die Kolportage von jenseits der Schützengräben auf die Truppen gehabt hat, wird sich wohl nie feststellen lassen. Dagegen haben von Osten her bolschewistische Ideen zersetzend ge-

wirkt. Durch die Verbrüderung in den Schützengräben der Ostfront, durch die aus Rußland zurückkehrenden Gefangenen. Der Sieg des Bolschewismus hat auch auf die linksradikalen Revolutionäre, die bereits Anfang des Jahres 1915 ihre Tätigkeit begonnen hatten, anspornend gewirkt und die Massen für die Agitation empfänglich gemacht. Man darf nicht vergessen, daß damals der Widersinn eines Kommunismus auf materialistischer Grundlage noch nicht zutage getreten, die praktische Undurchführbarkeit des Experiments noch nicht erwiesen war. Die Befreiung des Proletariats schien endlich erkämpft, der erste Schritt zu dem tausendjährigen Reiche des Sozialismus ohne Klassen und ohne Kapitalismus getan. Die O. H. L. wurde die Geister, die sie rief, als sie die bolschewistischen Führer, unter ihnen Lenin, aus der Schweiz in plombierten Wagen durch Deutschland über Skandinavien nach Rußland führen ließ, nicht mehr los. Sie sollten Rußland revolutionieren; es gelang ihnen. Aber man hatte nicht überlegt, daß Ideen an den Grenzpfählen nicht Halt machen, auch dann nicht, wenn Schützengräben gezogen sind.

Wichtig für das Problem des Dolchstoßes ist zunächst, ob in der Heimat unterwühlende Agitation getrieben worden ist. Die Tatsache ist, man kann sagen, gerichtsnotorisch. Es ist von rechts und von links gewühlt worden. Natürlich soll nicht davon gesprochen werden, daß sich die Parteien sozusagen in offener parlamentarischer Feldschlacht befehdeten. Es war in Deutschland ebensowenig möglich wie in Frankreich und England, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten, sobald der Krieg ein Dauerzustand geworden war, an den man sich im Hinterland gewissermaßen gewöhnte. Das politische Leben mit seinen Gegensätzen konnte in Zeiten nicht ausgeschaltet werden, in denen bis zur Psychose gesteigerte Nervosität alle Leidenschaften bis zum Siedepunkt aufpeitschen mußte. Ministerwechsel, in parlamentarisch regierten Ländern an der Tagesordnung, blieben auch in dem nur konstitutionellen Deutschland ohne tieferen Eindruck. Schlimmer wirkte es schon, daß die Generale die Entlassung Bethmanns, Valentinis, Kühlmanns dem widerstrebenden Kaiser abzwangen, während die Vorstöße gegen den Oberhofmarschall Freiherrn v. Reischach und den Chef des Marinekabinetts v. Müller, die den Generalen ebenso verdächtig waren, allerdings mißlangen. Nicht nur daß damit der Kaiser, bei dem die letzte Entscheidung lag oder wenigstens liegen sollte, seelisch zermürbt wurde, die O. H. L. übernahm damit die volle Verantwortung auch für die Politik, und alle Mißstimmung, auch nicht militärischer Vorgänge wegen, mußte sich gegen die militärische Leitung richten. Geradezu verhängnisvoll aber wurde für die Autorität der politischen Leitung die Art, wie erst gegen Bethmann, dann gegen Kühlmann nicht nur öffentlich geschürt, sondern auch unterirdisch miniert wurde. Kühlmann mußte gegen die „Deutsche Zeitung“ den Staatsanwalt zu Hilfe rufen. Nicht nur alldeutsche Führer, auch kon-

servative Politiker, wie Herr v. Heydebrand, hielten Reden, die die Zuhörer gegen die schlappe Regierung förmlich aufpeitschten. Die Verschwörung, die auf der sogenannten Adlon-Konferenz geplant war, wurde allerdings zu früh bekannt. Wenn aber in der „Maidenkschrift" Kapps aus dem Jahre 1916, die im Jahre 1918 dann öffentlich verbreitet wurde, der politischen Leitung u. a. vorgeworfen wurde, sie gebe Deutschlands Ehre preis, so waren solche Äußerungen sicherlich nicht geeignet, die politische Autorität zu stützen. Wie diese Art von Agitation für die Kriegsanleihe und auf einzelne Teile des Offizierkorps gewirkt hat, wird später zu behandeln sein.

Von diesen gefährlichen Hetzereien von rechts wird wenig gesprochen. Die Anhänger der Dolchstoßtheorie, die vielfach mit den Leuten identisch sind, die die politische Leitung während des Krieges als unfähig und energielos befehdeten, reden nur davon, daß die Agitation von links die militärische Autorität, die Disziplin, die Kampfkraft und den Kampfwillen untergraben hätte.

Ihre Entwicklung kann in dem Buche von Drahn und Leonhard, in Drahns „Revolutions-Almanach 1914/19" (Heft 541—543 der Broschürenfolge „Kultur und Fortschritt, F. Dietrich, Gautzsch bei Leipzig 1921) und namentlich in dem Buche des späteren Volksbeauftragten Barth „Aus der Werkstatt der Revolution" (A. Hoffmann, Berlin 1920) verfolgt werden. Das Charakteristische an der ganzen Bewegung ist erstens, daß der Bewegung ein Zentrum und eine einheitliche Leitung so völlig fehlen, daß sich nicht nur die einzelnen Gruppen, sondern auch die einzelnen Agitatoren gegenseitig bekämpfen, weil jeder den einzig wahren Ring des revolutionären Glaubens zu besitzen meint; zweitens, daß nicht wirkliche Parteiführer die Träger der Bewegung sind, sondern Funktionäre und Genossen, die außerhalb ihres eigenen kleinen Bezirkes kaum bekannt sind. Dazu gehört z. B. auch der jetzt verstorbene Sozialdemokrat Vater, Gastwirt in Magdeburg, dessen Reden zum eisernen Bestand des Anklagematerials der Verteidiger des Schlagwortes gehören.

Daß von linksradikaler Seite gehetzt worden ist, wird von niemand, am wenigstens von dort selbst, bestritten. Die „Spartakusbriefe" geben ein Bild von der Art der Agitation, auch die sogenannten „Dolchstoß"-Hefte der „Süddeutschen Monatshefte" bringen charakteristische Proben. Auf der andern Seite wird von niemand mehr ernsthaft bestritten, daß die Mehrheitssozialdemokratie als solche dauernd den Willen zum Durchhalten gehabt, bei den Massen gestärkt und bis zuletzt versucht hat, gefährliche Bewegungen abzubiegen, Explosionen in der Volksgärung zu verhindern. Das wird nur noch von solchen geleugnet, die nichts gelernt und nichts vergessen haben oder von solchen, die Anschuldigungen gegen die „vaterlandslosen Gesellen" in dem Schatz ihrer innerpolitischen Propagandamittel nichts missen können. Verwickelter liegt die Frage für

die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Verwirrung entsteht hauptsächlich dadurch, daß man die U. S. P. D., das Sammelbecken aller derjenigen Elemente, die mit der Politik der alten Partei nicht einverstanden waren, als eine Einheit nimmt. Diesem Irrtum ist auch Major Volkmann in seinem Buch „Der Marxismus und das deutsche Heer“ nicht entgangen. Natürlich gibt es in allen Parteien verschiedene Abstufungen, einen rechten und einen linken Flügel. In der U. S. P. D. hatten sich aber völlig heterogene Elemente zusammengefunden. Sie reichte von Bernstein, dem Evolutionär, dem Führer der Revisionisten, über mehr oder minder orthodoxe Marxisten, die nach dem Dogma des Meisters eine Revolution erst als zwangsläufige Erscheinung erwarteten, wenn die Zeit reif geworden war, bis zu dem Revolutionsromantiker Liebknecht. Es bedürfte sehr eingehender Studien und Zeugenvernehmungen, um die Nuancen festzustellen, namentlich auch um die Beziehungen zu klären, die zu den noch jenseits stehenden revolutionären Obleuten, zu den revolutionären Gruppen und Grüppchen bestanden, die sogar zwischen Ledebour und den „Sozialpatrioten“ kaum einen Unterschied machten (vgl. Rosa Luxemburg, „Entweder — oder“ in der „Kommunistischen Internationale“ 1925, Heft 9, S. 952 ff). Diese Untersuchung scheint aber nicht erforderlich. Es kommt nicht auf die Personen oder Richtungen an, sondern auf die Ziele, die verfolgt wurden.

Die von Lenin propagierte Maxime (Lenin und Sinowjew „Gegen den Strom“, S. 105): „In einem reaktionären Kriege kann die revolutionäre Klasse nicht umhin, die Niederlage der eigenen Regierung zu wünschen,“ fand nicht einmal bei Trotzki Anklang. Lenin wendet sich auch gegen die russischen „linken Kautskyaner“, die den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg überführen wollen. Lenin wirft (S. 415) auch den linksradikalen „Junius“, den Verfasser der illegalen Broschüre „Die Krise in der Sozialdemokratie“, in einen Topf mit den „Sozialchauvinisten“, weil er den Verteidigungskrieg billigt und weil er ausführt, daß der Folgen eines Krieges wegen Sieg oder Niederlage für die Arbeiterklasse gleich seien. Mit all diesen Zielen hat die Masse der Unabhängigen nichts gemein. Wie Scheidemann, Landsberg, Noske im Dolchstoßprozeß bekundet haben und wie auch durch die Ausführungen Geyers im Reichstag am 21. Dezember 1915 zur Begründung der Kreditablehnung bestätigt wird, unterschieden sich die Unabhängigen von den Mehrheitssozialdemokraten dadurch, daß die letzteren die Front für vollkommen gesichert hielten und in der Fortführung des Krieges die Verwandlung des Verteidigungskrieges in einen Eroberungskrieg sahen. Es kann dahingestellt bleiben, ob sie auch gegen die Kriegskredite gestimmt hätten, wenn von ihren Stimmen die Bewilligung abgehangen hätte und wenn sich nicht so eine bequeme Gelegenheit geboten hätte, das Parteisüppchen zu kochen. Noch heute glauben viele Unabhängige, daß ihre Politik richtig war, genau wie

Mitglieder der Rechtsparteien noch heute davon überzeugt sind, daß mit einer kraftvolleren politischen Leitung der Krieg zu gewinnen gewesen wäre. Es ist wohl auch anzunehmen, daß innerpolitische Rücksichten für die Stellung der U. S. P. D. zur Regierung von Einfluß gewesen sind. Genau wie für diejenigen Kreise der Rechten, denen der patriotische Schwung der Sozialdemokratie im August 1914 seiner Folgen für die Nachkriegszeit wegen unheimlich war, die Bekämpfung der Kriegspolitik der Regierung zugleich ein Kampf gegen die innerpolitische „Neuorientierung" selbst in der vorsichtigen Bethmannschen „Diagonale" zwischen rechts und links war. (Vgl. Brief v. Radowitz vom 17. Januar 1918, Bd. 2 dieser Reihe, S. 337 ff., Wrisberg, „Weg zur Revolution", S. 55).

Es ist nicht die Aufgabe dieses Gutachtens, festzustellen, wie die einzelnen Fälle der Agitation strafrechtlich zu beurteilen sind. Für die Frage des Dolchstoßes ist nur erheblich, ob und wann diese Agitationen in der Richtung Erfolg gehabt haben, die Kriegskraft des Landes zu schwächen, zu untergraben, zu vernichten.

Daß an der Front Mißmut und Verbitterung herrschte, und zwar spätestens seit dem überaus blutigen Mißerfolg bei Verdun, wird von vielen Seiten bestätigt. Es war auch vollkommen begreiflich, daß die Stimmung im Heer dauernd sank. Der verstorbene Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz schrieb über die Zeit um die Jahreswende 1870/71: „Wenige zähe Gemüter ausgenommen, hatte jedermann selbst die glücklichsten Gefechte satt. Das Kriegsfeuer brannte nur noch matt flackernd fort. Die Sehnsucht, jetzt endlich einmal die gewünschte Ruhezeit zu gewinnen, war sehr verbreitet." Generalleutnant Dr. v. Freytagh-Loringhoven, dessen Schrift „Folgerungen aus dem Weltkriege" ich dieses Zitat entnehme, weist zutreffend darauf hin, „daß damals noch keine fünf Kriegsmonate verflossen waren, der Krieg den denkbar günstigsten Verlauf genommen, die Truppen nicht entfernt durch so katastrophale Ereignisse hindurchgegangen waren, wie im Weltkrieg." Das Pflichtbewußtsein riß im Weltkrieg die Mannschaften immer wieder zusammen, bis sich die Überzeugung von der Nutzlosigkeit des Weiterkämpfens lähmend auf sie legte. Gewiß, der kategorische Imperativ lehrt: Du kannst, denn du sollst. Aber diese höchste sittliche Forderung darf ein jeder nur an sich selbst stellen. Es ist Pharisäertum, Vorwürfe zu erheben, wenn infolge von Entbehrung, Enttäuschung, Entmutigung der Wille gelähmt wird. Das dürfen nicht einmal die, die im Dreck der Schützengräben verkamen oder zu Hause nach den festgesetzten Rationen lebten, bis sie zusammenbrachen.

Oberst Bauer („Der große Krieg in Feld und Heimat", S. 182) führt aus, daß die zweifellos vorhandenen Mißstände im Heer wie die ungenügende Löhnung, die Beförderungsverhältnisse, die Urlaubsverteilung, die Ernährungsfrage bei der ungeheuerlichen Nervenüber-

spannung und Gereiztheit nicht unterschätzt werden dürften, wenn er auch der Friedensduselei, der Müdigkeit und der Gleichgültigkeit der Heimat die Hauptschuld beimißt, ohne jedoch irgendwelche Tatsachen anzuführen, die diese Hauptschuld beweisen könnten. Für diese stimmungsdrückenden Mißstände kann die Heimat sicherlich nicht verantwortlich gemacht werden. Bauer gesteht weiter zu, daß in dem Riß zwischen Offizier und Unteroffizier und Mannschaft andererseits die böse Saat revolutionärer Umtriebe langsam Wurzel geschlagen habe. Zersetzungsbazillen brauchen, um zu wuchern, den vorbereiteten Boden. Wenn revolutionäre Ideen sich im Heere einnisten konnten, weil die Offiziere das richtige Verhältnis zur Truppe nicht fanden, so kann nicht gegen die Heimat, sondern nur gegen die Stellen, die sie ernannten, oder das System, das ein Vertrauensverhältnis nicht aufkommen ließ, die Anklage erhoben werden.

Die Etappe brach bereits vor der Revolution und vor dem Waffenstillstand schmählich zusammen. Zum Beweise, daß auch sie revolutioniert worden sei, wird die Schrift von Wandt „Etappe Gent“ angeführt. Sind seine Erzählungen richtig, so herrschten in Gent solche Zustände, daß der Erfolg der Agitation vollkommen begreiflich war. Wandt, unter dem Decknamen „Teddy Expulsus“, zuerst Mitarbeiter eines Berliner Skandal-Blattes niedrigster Art und dann Herausgeber einer um kein Haar besseren Zeitung, ist kein klassischer Zeuge. Aber auch Dr. Appens (Charleville, „Dunkle Punkte aus dem Etappenleben“), der nicht nur die Schlechten anprangert, sondern auch die Guten, unter ihnen namentlich auch den Kronprinzen, heraushebt, und ein ungenannter Arzt in den gewiß nicht offiziersfeindlichen „Süddeutschen Monatsheften“ (Dezemberheft 1918) enthüllten Zustände, die die Frontkämpfer zur hellen Entrüstung bringen mußten.

Die Anhänger der Dolchstoßtheorie führen nun folgende Symptome an, um die Zersetzung durch revolutionäre Propaganda zu beweisen:

1. die Deserteure und Drückeberger;
2. den schlechten Geist des Ersatzes;
3. die Munitionsarbeiterstreiks;
4. die Marinemeutereien.

1. Die Drückeberger und Deserteure

Die Begeisterung, die im August 1914 zwei Millionen Freiwillige trieb, sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen, war natürlich verflogen. „Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökeln kann auf einige Jahre.“ Es bedurfte keiner Agitation, daß mit der Dauer, mit dem wachsenden Schrecken der Kämpfe die Zahl der Drückeberger erheblich zunahm. Dasselbe erlebten die feindlichen Länder. Die französischen Meutereien des Jahres 1917 wurden nicht zum geringsten Teile durch die Wut über die „embusqués“ hervor-

gerufen, und ehe in England die allgemeine Dienstpflicht wegen des Mangels an Freiwilligen eingeführt werden mußte, durchzogen Trupps von Frauen die Straßen Londons, um denen, die sich nicht meldeten, die weiße Feder anzustecken. Die Drückebergereien begannen aber weit früher, als man gemeiniglich annimmt, nämlich im Augenblick, als zum erstenmal „durchgekämmt" wurde. Wieviel Patrioten des Stammtisches entdeckten da ihr Talent zum Intendantur- und zum Kriegsgerichtsrat, und wie viele überzeugten sich und — häufig mit metallischen Argumenten — die anderen, daß sie ihrem Vaterlande bei Kriegsgesellschaften mehr nützen könnten als im Schützengraben. Neben dieses System der Kriegsgesellschaften, das zur Drückebergerei geradezu anreizte, neben die Tatsache, daß Unternehmer mehr Arbeiter anforderten, als sie für ihre Heereslieferungen brauchten, trat dann noch, daß der Dienst an der Front zur Strafe gemacht wurde, indem man die Reklamierten, die sich mißliebig gemacht hatten oder sich irgendwie aufsässig zeigten, zur Front schickte. Nicht nur die Unternehmer suchten diese Arbeiter möglichst schnell an die Front abzuschieben; auch die zuständigen Behörden griffen zu dem gleichen Mittel. Auf diese Gefahr ist Ludendorff, wie er zugesteht, von demokratischer Seite aufmerksam gemacht worden. Er tröstete sich aber damit, daß man mit diesen Leuten eben nichts anderes hätte anfangen können. Über die Zahl der Drückeberger, die sich hinter der Front umhertrieben, ohne zu ihrem Truppenteil zu gelangen, fehlt uns das authentische Zahlenmaterial. General v. Kuhl schätzt sie auf Hunderttausende. Mit dem Rückzuge nahm die Zahl sicher stark zu. Aus eigener Erfahrung kann ich ein Urteil nicht abgeben, mir ist jedoch von einer ganzen Reihe von Kriegsteilnehmern bestätigt worden, daß die Drückebergerei im großen Stil erst Ende Juli begann.

Was die Deserteure betrifft, so wurden nach der Marinedenkschrift im wesentlichen die schlechten Elemente fahnenflüchtig. Sie dürften kein Gewinn für die Kampfkraft des Heeres gewesen sein. Eine übergroße Zahl von Deserteuren ist noch während des Krieges nach dem Amnestie-Erlaß vom Mai 1917 in die Heimat zurückgekehrt. Es waren vornehmlich die besseren Elemente. (S. Marinedenkschrift Bd. 10 dieser Reihe, S. 254 ff.). Die Zahl der Deserteure wird von militärischer Seite gelegentlich auf 40—50 000 angegeben. Das ist sicherlich viel zu hoch. Für Holland haben wir authentisches Zahlenmaterial. Nach einer Mitteilung des Institut Intermédiaire International ist seit der Einstellung des „Vreemdelingendienst" (Fremdenamt), d. h. seit dem 16. September 1918 bis 31. Dezember 1918 eine Zahl von 4009 deutschen Deserteuren registriert worden. Selbst wenn man die Schweiz — wo sich übrigens auch viele französische Deserteure umhertrieben — und die skandinavischen Länder mit derselben Zahl hinzurechnet, wird die Zahl von 40000 auch nicht annähernd erreicht.

Wie leicht Schätzungen fehlgehen, ergibt sich aus der Aussage des Senatspräsidenten Seeber vom Obersten bayerischen Landesgericht, der von Oktober 1914 bis März 1919 Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft war, im Münchener Dolchstoßprozeß. Es wird so viel von den so zahlreichen Fällen von Landesverrat gesprochen. In der ganzen Kriegszeit sind 31 Personen wegen versuchten Landesverrats verurteilt worden, wozu noch einige Fälle treten, die er nicht selbst behandelt hat! (Prozeßbericht S. 443.) Im ganzen wurden — also auch von den Kriegsgerichten wegen Spionage, Sabotage usw. — nach Nicolai („Geheime Mächte“ S. 149) 235 Deutsche, darunter 67 Elsaß-Lothringer wegen Vergehens gegen die Gesetze des Kriegs- und Landesverrats verurteilt. Selbst, wenn man also annimmt, daß eine ganze Reihe dieser Verbrechen unentdeckt geblieben ist, ist die Zahl verhältnismäßig überaus niedrig. In dieselbe Kategorie fällt die vielfach aufgestellte Behauptung, die Bewegungen der Marine seien durch Verrat den Engländern bekannt geworden. Wir wissen jetzt (Page, Bd. III, S. 336), daß die englische Regierung nicht nur die Chiffer des Auswärtigen Amtes, sondern auch die der Admiralität so genau kannte, daß sie die Bewegung jedes Unterseebootes auf der Karte fixieren konnte.

In welchem Umfange Drückebergerei und Fahnenflucht auf revolutionäre Agitation zurückzuführen ist, ist schwer festzustellen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß bei jedem Versuch in das Dunkel der Psychologie getaucht werden muß. Entzogen sich die Drückeberger und Deserteure dem Kriegsdienst, weil sie von linksradikaler Agitation verseucht waren oder waren es Feiglinge, denen der Anschluß an die linksradikale Idee die Feigheit für sich und andere schmackhaft machte? Die Erfahrung spricht dafür, daß die Angst vor dem Schützengraben in den meisten Fällen das treibende Motiv war. Man konnte die Feigheit dann mit politischer Überzeugung entschuldigen. (Vgl. über diese Frage: Neter, S. 6—8, namentlich auch was dort aus „Lotharingus“ „Der Weltkrieg im Lichte naturwissenschaftlicher Geschichtsauffassung“ über die Verwechslung von Ursache und Wirkung zitiert wird.) Drückebergereien waren aber auch dort festzustellen, wo von linksradikaler Verseuchung nicht die Rede sein konnte. Der Abg. Korell hat dem Ausschuß aus eigener Erfahrung ganz raffinierte Drückebergereien aus bäuerlichen Kreisen geschildert. Sichler (S. 27) teilt mit: „Mit größter Entschlossenheit stellten angesehene Industrielle die Forderung nach Freigabe von Arbeitskräften, die nur . . . mit familiären und gesellschaftlichen Rücksichten begründet werden konnten.“

Auf der Gegenseite war es nicht anders. Ein Argument, das von militärischer Seite für die Möglichkeit des Weiterkämpfens angeführt wird, ist die Verfassung des französischen Heeres. Die Infanterie sei nur unter dem Schutz der Tanks vorwärts zu bringen gewesen. Auch

die Truppe schätzte die Franzosen im Gegensatz zu früher schon seit Mai 1918 gering ein. (Neter S. 22.) Wenn die Kampfkraft und der Kampfgeist siegreicher, immer wieder abgelöster Truppen so gelitten hatte, wie sollte er sich bei geschlagenen, übermüdeten, immer wieder eingesetzten Truppen halten? Im übrigen hat man sich auch in Frankreich über die Haltung der Presse nicht nur der äußersten Linken beklagt. Von militärischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß defaitistische Broschüren und Flugblätter verteilt werden, daß auf den Bahnhöfen Anschläge mit der Aufschrift: „Genug Tote" angeheftet werden. (Painlevé S. 166.) Kein Vorgang im deutschen Heer kann mit den Meutereien in Frankreich im Jahre 1917 auch nur annähernd verglichen werden. Einzelne Truppenteile haben allerdings versagt. Daß die Eisenbahner, und namentlich die Lokomotivführer, infolge revolutionärer Verhetzung ihre Pflichten versäumt hätten, ist von General Groener (Prozeßbericht S. 221) auf das entschiedenste in Abrede gestellt worden.

Außer den Vorgängen am 8. August gibt General v. Kuhl — auch in seiner Schrift „Konnten wir weiter kämpfen?" — eine Reihe verwandter Vorfälle an. Auch in den Dolchstoßheften der „Süddeutschen Monatshefte" sind Disziplinlosigkeiten und Widersetzlichkeiten geschildert. Aber diese Vorfälle stammen aus der Zeit nach dem 8. August, also aus einer Zeit, in der der Krieg bereits verloren war, und als nach der getäuschten Hoffnung, daß die Offensive das Ende der Leiden bringen würde, die ungeheure Depression einsetzte. Wenn der Rückschlag den Kaiser so schwer traf, daß er sich krank zu Bett legen mußte, und wenn die Nerven des Generalquartiermeisters so versagten, daß er vorzeitig den Augenblick des Waffenstillstandsangebots gekommen sah, ist es da erstaunlich, daß auch der Geist der Truppe erschlaffte, die ständig zurückgehen mußte, und genau wußte, daß der Krieg verloren war?

General v. Kuhl hat weiter sehr eingehend geschildert, wie der „Dolchstoß der Revolution" ein ungeheures Unglück bei dem Rückzug nach Beendigung der Feindseligkeiten hätte herbeiführen können, nicht aber herbeigeführt hat. Es handelt sich hierbei um militärische Fragen, über die ich mir ein Urteil nicht anmaßen kann. Die an sich erdrückend schwere Aufgabe mußte dadurch erschwert werden, daß die Auflösung aller Bande der Disziplin in Heer und Heimat die wüsteste Gesellschaft an die Oberfläche brachte. Der Ekel über das Gesindel, der Noske in Kiel erfaßte, erfüllt auch Lewinsohn in der von General v. Kuhl zitierten Schrift (die mir im Gegensatz zu Kuhls Urteil über sie ein Versuch objektiver Berichterstattung zu sein scheint). Auch der Laie muß der Verurteilung des Systems der Soldatenräte, die General v. Kuhl ausspricht, zustimmen. Militärisches Tun beruht auf Befehl, und befehlen kann immer nur einer. Die Hindernisse, die die Soldatenräte nach dem Gutachten des

Generals v. Kuhl einer geordneten Rückführung bereitet haben, sind sicherlich schwer überwindbar gewesen. Es ist auch den Offizieren der alten Armee nachzufühlen, daß gerade sie die Soldatenräte gefühlsmäßig und verstandesmäßig ablehnten. Aber es darf doch an dem Urteil einer ganzen Reihe auch höherer Offiziere nicht vorübergegangen werden, daß die Soldatenräte in jener Zeit, wo alles zerbrach, zwar ein Übel, aber ein notwendiges Übel waren, und daß nur durch ihre Mithilfe, ja schon durch ihr bloßes Vorhandensein, die Disziplin aufrechterhalten wurde. Wenn nur die Offiziere verstanden, den Dingen, wie sie nun einmal waren, ins Gesicht zu sehen. So machte es Hindenburg in seinem Erlaß vom 10. November 1918. (S. Volkmann, „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege“, S. 315 f.)

General v. Kuhl schreibt in seinem Gutachten: „Die Forderungen, die gestellt wurden, waren u. a. folgende: Die Offiziere sind mit Sie anzureden, Ehrenbezeugungen außer Dienst fallen fort; gegrüßt werden nur Offiziere der eigenen Truppe und Generale. Disziplinarbestrafungen werden im Einvernehmen mit dem Soldatenrat verhängt. Die Grundlage der Tätigkeit bilden also Maßnahmen, die geeignet waren, jegliche Disziplin zu untergraben in einem Augenblick, wo alles darauf ankam, die Autorität der Offiziere zu festigen.“ Ich kann dem Gutachten in diesem Punkte nicht folgen. Ob es möglich ist, eine Disziplin aufrechtzuerhalten, wenn die Bestrafungen von einem Kollegium ausgehen, mag zweifelhaft sein. Daß aber die Änderung der Anrede und die Milderung der Ehrenbezeugungen die Disziplin untergraben soll, will mir nicht einleuchten. Als in früheren Zeiten die Prügelstrafe und im Kriege das Anbinden abgeschafft wurde, fürchtete man gleichfalls grundlos eine schwere Gefährdung der Disziplin.

Die vom General v. Kuhl mitgeteilten Forderungen sind fast überall erhoben worden, obwohl sie nicht von irgendeiner Zentrale ausgingen. Nicht nur im Heer, sondern auch in der Marine zu Beginn der Meutereien 1918. (Vgl. Marinedenkschrift Bd. 10 dieser Reihe, S. 343, Schlaglichter, S. 267.) Sie waren also das Symptom einer naturwüchsigen Auflehnung gegen überall gleichmäßig gefühlten Druck der Entrechtung durch die Mängel des Beschwerderechts und der Entwürdigung durch die Form der Subordination. Wie in der Vorbemerkung angedeutet, kommt es für Empfindungen nicht darauf an, wie die Dinge sind, sondern wie sie scheinen. Sicherlich waren die Reglements nicht der Ausfluß einer Verachtung des gemeinen Mannes; es schien wohl erforderlich, Mannschaften und Offiziere auch in der gesellschaftlichen Konvention zu differenzieren, um dem Untergebenen die Autorität des Vorgesetzten in jedem Augenblicke einzuprägen. Man frage aber die Kriegsfreiwilligen und die Eingezogenen reiferen Alters, wie schnell durch die Behandlung nicht nur die Begeisterung verscheucht, sondern wie schwer

ihnen sogar die Erfüllung der gern auf sich genommenen Pflicht gemacht wurde. Geistig freie, über den Dingen stehende Männer setzten sich wohl mit einem inneren Lächeln über die entwürdigende Form hinweg, Stumpfe fühlten sie nicht; das Gefühl, einem gerechten und wohlwollenden Vorgesetzten unterstellt zu sein, ließ sie vergessen; bei der Überzahl zeugte sie Erbitterung und Haß.

2. Der schlechte Geist des Ersatzes

Für den schlechten Geist des Ersatzes gibt General v. Kuhl eine große Anzahl von Beispielen. Soweit die Disziplinlosigkeiten nach Mitte Juli 1918 vorgekommen sind, müssen wir sie aus unserer Betrachtung ausschließen. Da war der Krieg verloren, von da an hatte, wie wir später sehen werden, die revolutionäre Agitation Erfolg. General v. Kuhl gibt auch einige Beispiele schon aus dem Jahre 1917. Es handelt sich dabei aber um vereinzelte Fälle, keineswegs jedoch um die fast systematische Gehorsamsverweigerung gegen Ende des Krieges.

Der Geist des Ersatzes wurde sicherlich schlecht und schlechter. Das ist nicht weiter verwunderlich. Woraus bestand er zuletzt? Aus einer zuchtlosen Jugend, die ohne die strenge Hand des Vaters aufgewachsen war, und die über alles Erwarten viel verdiente, aus kaum geheilt aus dem Lazarett Entlassenen, aus Leuten, die aus dem bolschewistisch infizierten Osten kamen.

In Frankreich war es nicht anders. Auch dort klagten die Generale, daß die Urlauber verseucht und verhetzt zur Truppe zurückkehrten. Painlevé (S. 167) ist der Meinung, daß die Eingezogenen keiner schlechten Ratschläge bedurft hätten, um ihren Enthusiasmus zu dämpfen. Der Ersatz habe aus Leuten bestanden, die bereits mehrfach zurückgestellt und körperlich ihrer Aufgabe nicht mehr ganz gewachsen gewesen seien, aus Drückebergern, aus jungen, sich selbst überlassenen, gut bezahlten und an ein leichtes Leben gewöhnten Fabrikarbeitern, die ohne Freude in das schwere Leben des Schützengrabens gezogen seien. (Painlevé S. 155.)

Man soll aber nicht die ganze Schuld auf den Ersatz schieben. Wrisberg schreibt („Weg zur Revolution" S. 124): „Es ist von Stellen des Feldheeres später behauptet worden, daß die Gesinnung des zum Heere hinausgegangenen Ersatzes geradezu eine Gefahr für die Schlagfertigkeit gebildet habe. Das mag vielfach zutreffen, allerdings haben die Stellvertretenden Generalkommandos in ihren monatlichen Berichten an das Kriegsministerium über eine so schlechte Stimmung nicht geklagt. Daß in allerletzter Zeit einige Exzesse tollster Art bei den Transporten vorgekommen sind, kann nicht bestritten werden. Sie waren tief bedauerlich, bedauerlicher aber noch die Tatsache, daß von manchen militärischen Stellen nicht mit der

nötigen rücksichtslosen Tatkraft dagegen eingeschritten wurde. Es bedurfte erst eines scharfen Schreibens des Kriegsministeriums an die Stellvertretenden Generalkommandos, um hierin Wandel zu schaffen.“ Er berichtet weiter (S. 125), daß ihm ein Divisionsführer Juli 1918 geklagt habe, daß die notwendige Ausbildungs- und Ruhezeit gefehlt habe, um die Mannschaften, namentlich den neueintretenden Ersatz, mit ihrem Führer zusammenzuschweißen.

Kronprinz Wilhelm (Erinnerungen S. 265 ff.) erzählt eine bezeichnende Szene vom 7. November 1918. Er traf einen auf offener Strecke haltenden Urlauberzug mit der roten Fahne. Die üblichen Rufe: „Licht aus — Messer raus!“ ertönten. Der Kronprinz sprach energisch mit den Leuten, die sehr bald wieder eine soldatische Haltung annahmen. In der Unterhaltung, die sich dann entspann, sagte ein ganz junger Mann von etwa siebzehn Jahren mit dem Eisernen Kreuze: „Wir fahren jetzt schon drei Tage Eisenbahn und sind überhaupt noch nicht verpflegt worden. Kein Mensch kümmert sich um uns: Offiziere sind gar nicht mehr beim Transport.“ Auch der Bericht vom 6. Februar 1919, den Oberst Schwertfeger als Anlage II seines Gutachtens (s. o. S. 50 ff.) veröffentlicht, zeigt, daß von den höheren Kommandostellen so manches verabsäumt worden ist, zeigt auch, daß der Hunger für viele Disziplinwidrigkeiten verantwortlich gemacht werden muß. Wenn den Landsturmleuten von den Kameraden der Mannschaftssammelstelle täglich gepredigt wurde, wenn die Regierung keinen Frieden mache, müsse man ihn selber machen, so ist das ein Beweis für die seelische Zermürbung durch die lange Dauer eines jetzt hoffnungslos gewordenen Krieges, die durch weitgesteckte Kriegsziele natürlich nicht geheilt werden konnte.

Die Agitation hat zweifellos auch ihren Teil dazu beigetragen, den Ersatz rebellisch zu machen, aber sie allein war es nicht. Wenn General v. Kuhl z. B. aus der Aufschrift auf einem Waggon: „Wir kämpfen nicht für Deutschlands Ehr', wir kämpfen für den Millionär“ einen Beweis sozialistischer Verhetzung herleitet, so kann ich diesen Schluß nicht voll anerkennen. Der Verdacht, daß der Krieg kapitalistischer Interessen willen verlängert werde, war leider nur allzu verbreitet. Die Kriegsziele im Westen, die den Wünschen der Großindustrie übermäßig weit entgegenkamen, die Versuche, die Stimmung durch die Darlegung zu heben, das englische Kapital wolle Deutschland versklaven und die deutsche Wirtschaft vernichten, waren geeignet, das Mißtrauen bei der großen Masse, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erfassen konnte, zu verstärken. Am schlimmsten wirkte aber die Erfahrung, daß das Volk, je länger der Krieg dauerte, um so mehr verarmte, während die Kriegslieferanten ihre Beutel bis zum Platzen füllten. Je nach der Phraseologie der Klasse machte sich der Zorn Luft. Die Arbeiter sprachen vom „Profit der Kapitalisten“, der Mittelstand davon, daß der Krieg so lange

dauern werde, bis die Staatspapiere fünf Mark, die Kartoffeln hundert Mark kosten würden oder daß er so lange dauern werde, bis auch der letzte Jude reich geworden sei. Solche Reden, die dem Geiste dem an der Front kursierenden Gedichte vom „Etappenschwein" oder dem Verslein: „Dieselbe Löhnung, dasselbe Essen und der Krieg wäre lange vergessen" völlig entsprachen, konnte man schon seit 1916 überall, wo Menschen über den Krieg sprachen: in den Trambahnen, in den „Schlangen" vor den Lebensmittelgeschäften usw. hören. Gerade beim „Anstehen" hetzten sich die Frauen gegenseitig auf. Die Bedeutung des stundenlangen Wartens beim Einkauf der kärglichen Rationen auf die Verschlechterung der Stimmung darf niemals vergessen werden.

Wichtig ist auch die Feststellung Neters (S. 6), daß der „gute Wille" dem Ersatz in allen Schichten fehlte. „Ob Offizier oder Musketier, ob es Söhne waren von Arbeitern, reichen Leuten oder hohen Beamten, ob Stadt oder Land, überall mit geringen Ausnahmen dieselbe geistige Verfassung." Ähnlich berichtet Escherich (Escherich-Heft Nr. 1, S. 7), daß die Mißstimmung über die Leiden des Krieges in Bayern so stark wurde, daß das Wort „Revolution" seit dem Sommer 1918 ein Begriff war, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand. Der Geist war also auch dort schlecht, wo er auf die Zersetzung durch linksradikale Agitation nicht zurückgeführt werden kann.

Bei all diesen Betrachtungen über „den Geist" des Ersatzes wird völlig in den Hintergrund geschoben, ob Ersatz überhaupt noch vorhanden war. Zwischen der O. H. L. und dem Kriegsministerium ist ein steter erbitterter Kampf um den Ersatz ausgefochten worden, da die Menschen nicht ausreichten, den Forderungen der O. H. L. und der Wirtschaft zu genügen. Schon im Jahre 1916 hatte Wrisberg die größte Mühe, den Monatsbedarf des Feldheeres mit rund 180 000 Mann zu decken, während der Referent der O. H. L. nach dem Rücktritt Falkenhayns die Aufstellung von 100 neuen Brigaden forderte, wozu eine halbe Million kriegsverwendungsfähige Leute neben dem Ersatz nötig gewesen wären. Nach Wrisberg tragen das Hilfsdienstgesetz und das Hindenburgprogramm Schuld an der Verwirrung der Ersatzverhältnisse („Heer und Heimat", S. 100, 101, 98). General Groener hatte als Chef des Kriegsamtes dem General Ludendorff schon im Frühjahr 1917 erklärt (Prozeßbericht S. 210), er müsse seine Operationen danach einrichten, daß vom Frühjahr 1918 ab auf Ersatz nicht mit Sicherheit zu rechnen sei. Im Juni 1917 war die Ersatzlage tatsächlich auch so kritisch, daß die O. H. L. in der Beanspruchung der jüngsten Jahrgänge schon sehr weit gegangen war (Ludendorff, „Urkunden der O. H. L.", S. 107). Es fand darauf eine Besprechung beim Reichskanzler statt (Ludendorff, „Urkunden der O. H. L.", S. 110), in der der Kriegsminister nur wenig Hoffnung machen konnte; die

Etappe sei voriges Jahr ausgekämmt worden und habe nur 100 000 Mann gebracht. Allerdings als die Not am höchsten war, wollte der Kriegsminister Scheüch noch 600 000 Mann stellen (W. U. Nr. 57). Ludendorff baute auf sie, um den Widerstand fortsetzen zu können. Wrisberg steht dem Versprechen Scheüchs ziemlich skeptisch gegenüber („Heer und Heimat“, S. 101). Die Ersatzquellen waren der Jahrgang 1900 (!), Genesene, aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrte, Ausgekämmte aus dem Besatzungsheer und der Etappe, den Werften, den Kriegsgesellschaften und dem Beamtentum. Auch das ist ein Beitrag zur Möglichkeit des Weiterkämpfens! (Vgl. auch Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert“, S. 135.)

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Frage eingegangen werden, welchen Einfluß die Frage der Abdankung des Kaisers auf die Stimmung gehabt hat.

Ludendorff und Groener haben davor gewarnt, die Stellung des Kaisers gegenüber dem Heere zu erschüttern. Die Truppen hätten ihm als Obersten Kriegsherrn Treue geschworen; der Kaiser bedeute den Zusammenhalt des Heeres. Es überrascht ein wenig, daß Ludendorff, der den Kaiser zum einflußlosen Zuschauer der militärischen Operationen heruntergedrückt hatte, einen solchen Wert auf dessen Person legt. Aber abgesehen davon wurde die Frage der Abdankung erst akut, als das Waffenstillstandsangebot heraus und der Krieg verlorengegeben war. Die Anklage, die Aufrollung der Kaiserfrage schwäche den Geist des Heeres, enthält, dessen sind sich die Ankläger wohl nicht bewußt, einen schweren Vorwurf gegen den Geist des Offizierkorps. Sie bedeutet nicht mehr und nicht minder, als daß ihm die Staatsform höher stehe als das Vaterland, und sie bedeutet ferner, daß die Monarchisten sich nicht dazu hätten erheben können, was die zahlreichen republikanischen Sozialdemokraten und diejenigen, denen das Kaisertum nur ein Symbol des Reiches war, gekonnt hatten: für das Land zu bluten und zu sterben, auch wenn sie die Verfassungsform ablehnten oder ihr gleichgültig gegenüberstanden. Die Anklage ist durch die Ereignisse widerlegt worden. In der letzten Wochenschau der „Kreuz-Zeitung“ vor der Revolution erklärte allerdings Graf Westarp, daß an eine Einheitsfront mit Konservativen nicht zu denken sei, wenn die Abdankung des Kaisers in die Debatte gezogen würde. Nach der Revolution und der Flucht des Kaisers haben sich Hindenburg und mit ihm die Offiziere dem Vaterlande trotz der veränderter Staatsform zur Verfügung gestellt, und das Heer ist in voller Ordnung zurückmarschiert.

In der Heimat hätte die Abdankung des Kaisers, die keineswegs zuerst von der Sozialdemokratie gefordert wurde, und die in weitesten Kreisen als naturnotwendige, selbstverständliche Folge des verlorenen Krieges schon angesehen wurde, ehe aus den Wilsonnoten zu folgern war, daß er ein Hindernis für den Abschluß des Waffenstillstandes sei, be-

ruhigend und erleichternd gewirkt. Ob ein rechtzeitiger Rücktritt die Monarchie gerettet hätte (vgl. Groeners Mitteilung, Prozeßbericht S. 217), steht hier nicht zur Diskussion. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte er aber in Berlin genügt, um die Arbeiter am 9. November 1918 in den Fabriken zurückzuhalten. Wie die Ereignisse dann gelaufen wären, ist natürlich nicht einmal zu mutmaßen. Die Verzögerung des Waffenstillstandes konnte dann aber jedenfalls von den Arbeitern nicht dem Kaiser zugeschoben werden. Wobei es natürlich gleichgültig war, ob er abdankte oder einen anderen Ausweg fand, um vom Schauplatz abzutreten.

3. Die Munitionsarbeiterstreiks

Oben (S. 157f.) ist dargestellt, wie England fast vom Beginn des Krieges von Streiks heimgesucht worden ist. In Deutschland blieb es bis zum Jahre 1917 im allgemeinen ruhig. Nach der Verurteilung Liebknechts wurde allerdings ein Demonstrationsstreik inszeniert; die Versuche, ihn zu wiederholen, als das Schreckensurteil zweiter Instanz bekannt wurde, mißglückten.

Die ersten größeren Munitionsarbeiterstreiks brachen im April 1917 in Berlin und Leipzig aus. Will man seine psychologischen Ursachen finden, so muß man sich an zwei Ereignisse erinnern: die russische Revolution und den Kohlrübenwinter. Durch den Sturz des Zarismus verlor die Arbeiterschaft das Kriegsziel, das über eine Verteidigung der Heimat hinausging. Der Sieg des Sozialismus war in den Bereich der Möglichkeit — wenn auch noch nicht weiter gerückt. Die physischen und psychischen furchtbaren Wirkungen des Kohlrübenwinters, verschärft durch Kohlennot bei einem sehr strengen Winter, können gar nicht überschätzt werden. Wir haben die Zeit fast vergessen. Zwei ausländische Zeugen, die sozialistischer oder gar kommunistisch-bolschewistischer Neigungen ganz unverdächtigt sind, der Amerikaner S. Miles Bouton und ein Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Bern an seine Regierung vom 3./16. Februar 1917 mögen schildern, wie es damals in Deutschland aussah. Bouton schreibt in seinem Buch „Das Ende der Großmacht Deutschlands“ S. 33 ff.:

„Im Herbst 1916 wurden die Zustände geradezu verzweifelt. Wer es nicht am eigenen Leibe erfahren hat, kann sich absolut nicht vorstellen, was es bedeutet, ohne Reis, Makkaroni, Haferflocken, ohne Butter, Schmalz oder Öl zu leben (denn 50 Gramm Fettigkeiten in der Woche bedeuten soviel wie nichts), wenn man alle drei Wochen ein Ei bekommt oder wöchentlich fünf Pfund Kartoffeln, wenn man keine Milch und selbst kein Gewürz in der Küche hat, wenn man Lindenblüten als Tee-Ersatz und Löwenzahnwurzeln oder geröstete Eicheln für die Zubereitung von Kaffee verwenden muß, für den man weder

Milch noch Zucker, sondern nur eine begrenzte Menge Saccharin zur Verfügung hat.

Kein Deutscher wird jemals den furchtbaren Kohlrübenwinter 1916/17 vergessen . . . Der Verfasser hat selbst erlebt, daß seine eigenen Kinder hungrig vom Spielen zu ihm gekommen sind und um eine Schnitte Brot gebeten haben, und daß sie mit einem Stück Kohlrübe zurückkehren mußten, weil kein Brot vorhanden war. Die Lage der Schwerarbeiter war natürlich noch schlechter.

Der Kohlrübenwinter war von außerordentlicher Strenge, und machte sich besonders durch eine große Knappheit an Brennmaterialien bemerkbar. So wurden die Qualen des Hungers durch die Kälte vermehrt. Auch die Bekleidungsstücke waren streng rationiert und die Kinder der ärmeren Klassen waren ganz ungenügend bekleidet.

Das Minimum von Kalorien, das für die Ernährung eines Menschen notwendig ist, beträgt etwa 3000, ungefähr 300 Kalorien weniger als die eigentlich erforderliche Menge. Aber schon im Dezember 1916 betrug der kalorische Wert einer Gesamtration in Deutschland nur 1344.

. . . Die physische Wirkung der Unterernährung und der schlechten Ernährung machte sich bei jedem Einzelnen fühlbar. Die Arbeitsfähigkeit sank unter die Hälfte und noch mehr. Die Sterblichkeit vermehrte sich sprunghaft, besonders bei Kindern und alten Leuten.

. . . Hungrige Männer und Frauen, deren Kinder dem Hungertode nahe sind, tragen in ihrem Herzen einen Groll, der sich irgendwie auslassen muß. Sie beginnen sich zu fragen, ob denn überhaupt die gebrachten Opfer notwendig gewesen sind und welchem Zweck sie gedient haben.“

In dem russischen Bericht heißt es:

„Während der letzten drei Wochen war die Lebensmittellage in Berlin verzweifelt, Kartoffeln fehlten vollständig und wurden durch Rüben ersetzt. Infolge von Schnee und Kälte konnten die ermatteten Pferde Proviant und Kohle nicht befördern. Hungersnot in vollstem Sinne dieses Wortes besteht nicht, dagegen aber tritt eine *beständige Unterernährung der Bevölkerung in Erscheinung.* Der Eisenbahnverkehr funktioniert infolge Mangels an Schmiermaterialien nur unvollkommen. Die Züge treffen beständig mit Verspätungen ein. Unter der Bevölkerung läßt sich Angst feststellen, und man sieht den Leuten die von ihnen ertragenen Leiden an.“

Die Not mußte zur Verzweiflung, die Verzweiflung zu einem Ausbruch führen. General Groener (Prozeßbericht S. 200) erklärt:

„Der Winter 1916/17 hat — so sehr wir der Kohlrübe dankbar sein müssen — doch den breiten Nährboden abgegeben, auf dem alle üblen Krankheitskeime in der Heimat sich entwickeln mußten. Keine Macht der Welt hätte diese Entwicklung, zumal auf seelischem Gebiet, verhindern können. So kam auch im Frühjahr 1917 der April-Streik

mir durchaus nicht überraschend. Er war zunächst nichts anderes als die Reaktion des Körpers und der Seele auf die schweren Entbehrungen des vorhergegangenen Winters. Die Leute gingen aus den Fabriken heraus in den Grunewald, um sich sozusagen einen guten Tag zu machen. Es war keine zusammenhängende politische Sache, sondern eine aus der Ernährungslage hervorgegangene plötzliche Aufwallung der menschlichen Seele."

Zum ersten Male trat nun das in Erscheinung, was man später dann während des Krieges und noch offensichtlicher während der Revolution überall erlebt hat, der Versuch, die Erbitterung über die Not durch Agitation in Wort und Schrift politisch auszunutzen. Der politische Einschlag scheint im Frühjahr 1917 im wesentlichen von Leipzig ausgegangen zu sein. Die politische Leitung war tief erschrocken. Sie berief, wie mir aus einer persönlichen Mitteilung bekannt ist, Arbeitervertreter, unter ihnen den jetzigen Abg. Stegerwald und den späteren Unterstaatssekretär Dr. August Müller, zu sich. Sie rieten, den gerechten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, aber die Zügel nicht aus der Hand zu lassen, im äußersten Falle auch zur Militarisierung der Betriebe zu greifen. Es müsse nur als militärischer Leiter ein Offizier mit sozialem Empfinden eingesetzt werden, der bereit sei, sowohl die Arbeiter- wie die Arbeitgeber-Interessen zu vertreten. Eine solche Militarisierung ist in einem Betrieb in Berlin erfolgt. Man fand einen Offizier, der sich außergewöhnlich gut dazu eignete. Der Streik flaute nunmehr ab. Es drohte jedoch ein neuer Aufstand zum 1. Mai. Groener wandte sich zuerst mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem es hieß, „Ein Hundsfott ist, wer streikt, wenn Hindenburg Waffen nötig hat". Um die politischen Führer zu gewinnen, ließ er den unabhängigen Abgeordneten Haase zu sich kommen. Er hat ihm die Lage an der Front erklärt und „die Notwendigkeit dargelegt, unsere Produktion in diesem Augenblick auf das äußerste zu steigern. Verdun war noch im Gange, man wußte aber, daß der große Angriff der Entente in Bälde folgen werde. Es war eine außerordentlich gespannte Lage und ich habe Haase alles eingehend klargemacht. Dann sagte ich, ich sei entschlossen, wenn mit den Streiks nicht endgültig ein Ende gemacht werde, von allen staatlichen Machtmitteln einschließlich des Waffengebrauches und der Festnahme aller verdächtigen Persönlichkeiten Gebrauch zu machen. Die Aussprache war sehr ruhig, ohne Spur von Schärfe, sie verlief in durchaus urbanen Formen. Der Schluß war, daß Haase mir in die Hand versprach: Ich werde dafür sorgen, daß am 1. Mai unter keinen Umständen gestreikt wird." Der Streik unterblieb.

Es wirft ein grelles Schlaglicht über das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Regierung, daß Haase bat, von der Unterredung nichts verlauten zu lassen und daß es Groener in seinen Kreisen verdacht wurde, daß er mit Haase verhandelt hatte!

Trotzdem es nun ruhig blieb, gärte es in den Massen weiter. Das Elend stieg, ein Ende des Krieges war nicht abzusehen. In der Regierung vergaß man das Menetekel des Frühjahrsstreiks. Groener, zu dem die Arbeiterschaft Vertrauen hatte, wurde abberufen (Prozeßbericht S. 209, 227.). „In der Arbeiterschaft wurde dieses Fallenlassen Groeners als der Beginn einer Abkehr der Heeresverwaltung von ihrem bisherigen sozialen Programm gedeutet. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als die Gewerkschaften erfuhren, daß auch noch andere Persönlichkeiten ihren Posten verließen, die ihnen als Bürgen der gewerkschaftsfreundlichen Haltung des Kriegsministeriums gegolten hatten. Ein übriges bewirkte die Tatsache, daß Oberst Bauer, den die Gewerkschaften als Ludendorffs wichtigsten Berater in den kriegswirtschaftlichen Fragen kannten, an einer Sitzung des Industrieklubs in Düsseldorf teilnahm, in der die Ablehnung der Politik Groeners deutlich zum Ausdruck kam.“ „Den Gewerkschaften blieben die Beziehungen zwischen O. H. L. und der Großindustrie nicht verborgen. Dafür sorgten Äußerungen des Obersten Bauer und des von der O. H. L. zum Kriegsminister gemachten Generals v. Stein. Das Vertrauen der Gewerkschaften zur Heeresleitung und infolgedessen auch zur Heeresverwaltung nahm unter diesen Eindrücken ab.“ (Sichler, S. 44, 47.) Die preußische Wahlreform kam nicht vorwärts. Dagegen entwickelte sich in Rußland die Revolution nach dem immanenten Gesetz aller Revolutionen, daß der „Berg“ die Gironde verschlingt. Der Sieg des Bolschewismus machte zur Gegenwart, was vor einigen Wochen erst Chiliasmus war. In Moskau fiel zuerst das heißersehnte Wort Friede, Friede ohne Annexionen und Kontributionen, wie es auch in der Friedensresolution des deutschen Reichstages unter Mitwirkung der Sozialdemokraten ausgesprochen war. Weite Kreise der Arbeiterschaft kamen so zu der Überzeugung, daß die kapitalistischen Regierungen, die den Krieg nicht verhindern konnten, auch nicht imstande seien, ihn zu beenden; ein wirklicher Friede könne nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Die verhängnisvolle Illusion, die bei Ausbruch der Revolution zur Maxime wurde, die Arbeiterschaft der Siegerstaaten würde nicht nur den Willen, sondern auch die Macht haben, den Frieden zu erzwingen, wenn die deutsche Arbeiterschaft ihrerseits den Krieg zum Abschluß bringe, ergriff die Geister. Dann kamen die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, jene tragische Groteske, über die das Gespenst der Weltrevolution einen drohenden Schatten warf. Die Verhandlungen schleppten sich mit vielen Streitigkeiten der Mittelmächte untereinander hinter den Kulissen, endlosen Reden vor der Öffentlichkeit hin, ohne zum Abschluß zu kommen. In dieser Zeit mußte auch noch die Brotration verkürzt werden. Noch schlimmer sah es in Österreich aus. In Wien brach am 16. Januar 1918 der Streik aus. Den Anlaß zu dem Streik gab dort, wie der deutsche Botschafter Graf Wedel berichtete, die Verkürzung der Mehlration. Der Grund

des Streiks sei aber der schleppende Gang der Friedensverhandlungen. Dasselbe muß für Berlin gelten. Der sogenannte „Faustschlag" des Generals Hoffmann ist nun allerdings am 12. Januar 1917 nicht auf den Verhandlungstisch niedergesaust. Hoffmann hat nur eine überaus scharfe Rede gehalten, die von den anwesenden Diplomaten als wenig glücklich empfunden wurde, namentlich auch wegen der politischen Folgen im Innern, wie ein Bericht Kühlmanns aus Brest-Litowsk ergibt. Es wurde zwar versucht, die üble Wirkung durch offiziöse Erklärungen abzuschwächen, die Freudenausbrüche der alldeutschen Zeitungen zu bremsen. Es war aber vergebens. Es trat ein, wovor schon seit längerer Zeit die sozialistischen Führer die Regierung gewarnt hatten: daß nicht irgendwie das Odium auf Deutschland falle, die Friedensverhandlungen durch ihre Schuld gefährdet oder gar zum Scheitern gebracht zu haben.

Die deutschen Annexionsgelüste zum Zwecke weitgehender militärischer Sicherungen und zur Befriedigung der Wünsche der Dynastien nach Kronen und Kurhüten störten allerdings den Fortgang der Verhandlungen. Aber Deutschland trifft nicht allein die Schuld. Auch die Sowjetvertreter wollten das von ihnen proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker nur insoweit und nur in der Form anerkennen, wie es ihnen nützlich schien. Auch sie verschleppten in der Hoffnung auf die Weltrevolution die Verhandlungen. Dieser Tatbestand kam aber den Massen nicht zum Bewußtsein, da sie innerlich mehr mit der Arbeiterregierung in Rußland sympathisierten, als mit der eigenen, die eine reine Obrigkeitsregierung war und in gar keinem Verhältnis zum Volke stand.

Die Streiks griffen von Wien nach ganz Österreich über. In Deutschland brachen sie nicht nur in Berlin, sondern in einer Reihe von Industriezentren aus. Andere wurden völlig von ihnen verschont. In München wurde z. B. gestreikt, in Augsburg nicht.

Der Gedanke, daß die Unterhändler der Mittelmächte die ursprüngliche Verhandlungsgrundlage verlassen hatten und Annexionen erstrebten, nahm den Massen das innere Gleichgewicht. Nun fanden die Agitatoren der extremen Kräfte brauchbaren und gut vorbereiteten Boden. So wurde Kühlmann aus Berlin berichtet.

Es handelte sich nicht um Munitionsarbeiterstreiks, sondern um Massenstreiks, die linksradikalen Agitatoren zum Generalstreik ausweiten wollten. Da aber fast die ganze Arbeit Deutschlands auf den Krieg eingestellt war, wurde durch die Streiks in der Hauptsache die Herstellung von Kriegsgerät in Mitleidenschaft gezogen.

Die Forderungen, die in Berlin von den Streikenden aufgestellt wurden, projizieren das Bild der Gründe zum Streik. Diese Forderungen sind den Massen natürlich durch die Führer suggeriert worden Eine solche Suggestion kann aber immer nur Boden finden, wenn die Wünsche der Führer mit den Gefühlen und Stimmungen der Massen

übereinstimmen. Die Forderungen sind lediglich die Übersetzung dunkler und unbestimmter Gefühle in Formulierungen.

Die Forderungen der Streikenden waren folgende:

1. *Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen,* ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von dem russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.

2. *Zuziehung von Arbeitervertretern* aller Länder zu den Friedensverhandlungen.

Besonders für Deutschland wird gefordert:

3. *Ausgiebigere Nahrungsversorgung* durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.

4. *Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben.* Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerungen in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.

5. *Die Militarisierung der Betriebe* ist gleichfalls *aufzuheben.*

6. Alle wegen politischer Handlungen *Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen.*

7. *Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland,* und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den Preußischen Landtag.

Der revolutionäre Einschlag in diesen Forderungen ist nicht zu entdecken. Soweit die Agitatoren hinter den Kulissen revolutionäre Gedanken hegten, gingen sie nicht dahin, Deutschland wehrlos zu machen, um die sozialistischen Ziele zu erreichen, sondern den Frieden durch eine Weltbewegung, auf die die Radikalen sicher rechneten, zu erzwingen und dann das Reich des internationalen Sozialismus zu errichten. Aber nicht diese Hoffnung, sondern die Hoffnung auf Frieden führte die Gefolgschaft der Massen herbei. Es handelte sich aber trotzdem um eine überwiegend politische Aktion. Sie sprang wie ein Wildfeuer von einem Ort zum andern über. Irgendeine zentrale Leitung oder auch nur eine zentrale Vorbereitung ist nicht zu spüren, bestand auch nicht.

Die Streiks mögen ein drohendes Mal für Dinge gewesen sein, die kommen konnten und nach dem Zusammenbruch der großen Offensive

auch kamen. Niemand hat jedoch bis zu dem Augenblick, an dem sie zu einer Hetze gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ausgenutzt werden sollten, daran gedacht, ihnen irgendeinen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse zuzumessen. Auch Helfferich begnügt sich in seinem bis in alle Einzelheiten gehenden Werke „Der Weltkrieg", die Tatsache der Streiks lediglich zu registrieren. Er schreibt (Bd. III S. 295): „Der Streik in Berlin entstand gegen den Willen der Gewerkschaften und der alten Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokraten traten in die Streikleitung ein, um die Führung zu gewinnen und den Streik in geordnete Bahnen zu leiten." Dann folgen einige Sätze über die Weigerung der Regierung, mit den Streikenden zu verhandeln, eine Weigerung, die erfolgte, nachdem der ausdrücklich zu diesem Zwecke nach Berlin entsandte Oberst Bauer als Vertreter der O. H. L. dem Staatssekretär Wallraf mündlich die Ansicht vorgetragen hatte, „daß die O. H. L. die gegebenenfalls eintretende Verminderung der Kriegsgerätelieferungen auf sich nehme, weil dieser Schaden geringer sei, als die Folge etwaiger Nachgiebigkeit gegenüber den Streikforderungen." (Ludendorff, „Urkunden der O. H. L." S. 99 Anm.; Bauer, „Der große Krieg in Heer und Heimat" S. 183.) Emil Barth, der spätere Volksbeauftragte, schreibt („Aus der Werkstatt der Revolution" S. 22), daß mit dem Beschlusse zu Verhandlungen seitens der Streikenden der Bewegung das Genick gebrochen worden sei. „Denn so war sie trotz der radikalen Forderungen aus einer politischen zu einer gewerkschaftlichen geworden, und trotz ihrer Größe und Ausdehnung aus einer revolutionären zu einer demonstrativen herabgestimmt worden. Sie zu einer solchen zu gestalten, war allerdings auch das Streben der dem Aktionsausschuß angehörenden Parlamentarier . . . Auch sie dachten nur an Reformen, nicht an Revolution."

Diese Sätze Barths beweisen, daß im Januar 1918 trotz aller „illegalen" Agitation ein Herd für Revolutionsbazillen noch nicht geschaffen war. Aus dem Vorgehen der O. H. L. muß man jedoch schließen, daß ihr der Streik irgendwie gar nicht ungelegen kam. Diese Vermutung wird durch ein Schreiben der O. H. L. an den Reichskanzler vom 17. Februar 1918 (Ludendorff, „Urkunden der O. H. L." S. 99 ff.) bestätigt. Die Gelegenheit sollte zu einem Schlage gegen die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften ausgenutzt werden. Der Reichskanzler ist den Vorschlägen der O. H. L. nicht gefolgt. Sie hätten die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaftsführer zur Ohnmacht verdammt und damit die Massen mit tödlicher Sicherheit ins radikale Lager getrieben. Es wäre nicht uninteressant, festzustellen, wer in diesen Zeiten die O. H. L. informiert, und zwar falsch informiert hat. Die O. H. L. behauptet in dem erwähnten Schreiben, daß die Arbeiterorganisationen, die Streiks im Kriege ablehnen (Hirsch-Dunckersche, Christliche, Nationale Gewerkschaften), an Zahl stärker seien als die streikbereiten sozialdemokratischen. Selbst wenn man die wirtschafts-

friedlichen (Gelben) Vereine hinzurechnet, für die eine besondere Lanze gebrochen wird, obwohl die Arbeiterorganisationen aller Richtungen von jeher ein Zusammenarbeiten mit ihnen abgelehnt hatten, sind diese Zahlen falsch. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich gehörten von 3565628 organisierten Arbeitern 2525042, also fast zwei Drittel, den freien Gewerkschaften an. Diese letzte Vorkriegsstatistik betrifft das Jahr 1913. Daß sich die Zahlen während des Krieges nach rechts verschoben hätten, kann füglich nicht angenommen werden. Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Wenn den obersten militärischen Stellen das Bild so verzeichnet wurde, ist es nicht verwunderlich, wenn sie auf falsche Wege geriet.

Unanfechtbare Zeugnisse besitzen wir dafür, daß die Massenstreiks im Januar die Herstellung von Kriegsgerät nicht beeinträchtigt haben. General v. Kuhl hat in seinem Gutachten bekundet: „Mangel an Geschützen, Gewehren, Maschinengewehren, Minenwerfern und an Munition hat die Operationen im Jahre 1918 nicht beeinträchtigt.“ Ebenso sagt der Generalmajor Wurzbacher in seinem Aufsatz über die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition in dem Sammelwerk Schwarte, „Der große Krieg 1914—1918“ nichts davon, daß diese durch die Streiks geschädigt worden sei. Er schreibt vielmehr, „das Heer sei nicht durch Munitionsmangel zum Waffenstillstand gezwungen worden, sondern die Arbeiterschaft habe bis zum Schluß ihre Pflicht getan“.

Der Einwand liegt nahe, daß bis zur Zeit der großen Offensive die Streikschäden wieder behoben gewesen seien und daß die Zusammenfassung Wurzbachers eine vorübergehende Schädigung außer acht gelassen haben könne. Es heißt jedoch in einem Geheimschreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kriegsminister vom 18. Februar 1918, II. Nr. 6626 geh. op. (Ludendorff, „Urkunden der O. H. L.“ S. 101): „Daß wir bei zukünftigen Streiks nicht werden darauf rechnen können, eine Schädigung der Rüstungsindustrie auszuschalten, wie es diesmal gelungen ist.“

Ein Schaden entstand dadurch, daß nach Beendigung des Streiks wiederum, wie schon vielfach, aufsässige und revolutionäre Arbeiter zum Feldheer eingezogen wurden — Barth schätzt ihre Zahl auf 30—40000. Damit ist „der revolutionäre Sauerteig in alle Zellen des schon völlig zerfallenen Organismusses aufgenommen“, wie Barth es ausdrückt. Ludendorff (vgl. „Kriegführung und Politik“ S. 152) gibt zu, daß durch solche Leute der revolutionäre Geist in das Feldheer getragen ist.

4. Die Flottenmeutereien

Zuerst muß festgestellt werden, daß die Gärung in der Flotte keineswegs auf die Mannschaften beschränkt war. Zunächst lehnten nicht sie sich auf, sondern im Jahre 1915 murrte das Offizierkorps.

Trotz deutlich ausgesprochenem Wunsche von oben meldeten sich zahlreiche Offiziere zum Landheer. Andere weigerten sich, Eiserne Kreuze anzunehmen, weil sie sie nicht verdient hätten. In Kiel liefen nach dem Gefecht an der Doggerbank ebenso unwahre wie beleidigende Gerüchte über den Admiral v. Ingenohl um. Allerhand Geraune vergiftete auch außenstehende Kreise nicht nur in Kiel, sondern darüber hinaus an der ganzen Wasserkante. Es blieb den Mannschaften natürlich nicht verborgen. Die begreifliche Unzufriedenheit über die Tatenlosigkeit der Flotte wurde dadurch verstärkt, daß Tirpitz jedem, der es hören wollte, erzählte, seine Anhänger es überall verbreiteten, es sei ein verhängnisvoller Fehler, die Seeschlacht nicht zu suchen, die die Engländer vermieden. Militärische Gründe seien für die Zurückhaltung nicht maßgebend, der Kanzler und der von ihm ungünstig beeinflußte Kaiser wollten England nur nicht reizen. Diese Propaganda trägt die Hauptschuld, daß die Verhältnisse sich so zuspitzten, daß der Kaiser sich im November 1915 genötigt sah, das Offizierkorps durch einen sehr energischen Befehl, dessen scharfe Formulierung wohl ohne Beispiel dasteht, zur Ordnung zu rufen. Wie sich dieses Säen von Mißtrauen zwischen politischer Leitung und Marineleitung im Oktober 1918 auswirkte, wird später zu schildern sein.

Das Jahr 1917 brachte die ersten Mannschaftsmeutereien. Zu ihrer Erklärung weist Tirpitz auf den verhängnisvollen Einfluß der Untätigkeit einer Flotte auf die Mannschaft hin; große Schiffe in verhältnismäßiger Untätigkeit seien, wie die Seekriegsgeschichte aller Völker zeige, schwer in Ordnung zu halten. Das Stilliegen mit der nie absetzenden Spannung des stets Bereitseins führe zur seelischen Erschlaffung. Er schildert die Hochstimmung der Mannschaften zu Beginn des Krieges. Alte Reservisten hätten bei den Musterungen ersucht, an den Geschützen verwendet zu werden, die kohlenden Heizer und Matrosen hätten die üblichen Belohnungen für Rekordleistungen abgelehnt. Wie kam es nun, daß der Geist der Marine so umschlug, daß schon im Jahre 1917 Meutereien ausbrechen konnten. Tirpitz schreibt auf Seite 319 seiner „Erinnerungen“:

„Überall da, wo die Zentralstelle des Umsturzes keine Verbindung mit den Schiffsbesatzungen hatte, wie auf Schiffen in dem östlichen Teil der Ostsee, oder dort, wo diese gar unter Gefahren und schweren Verlusten in beständiger Fühlung mit dem Feinde blieben, war die Moral ungebrochen. Große Schiffe in verhältnismäßiger Untätigkeit sind, wie die Seekriegsgeschichte aller Völker zeigt, schwer in Ordnung zu halten. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts verfiel die englische Flotte vor der Themse und im Kanal der Meuterei, so daß das Parlament mit den Meuterern verhandeln mußte. Während aber für jene Zeit schlechte Kost (zweifelhaftes Salzfleisch und Schiffszwieback, grausame und ziemlich will-

kürliche Prügelstrafen, zahlreiche Hinrichtungen usw.) eine gewisse Unterlage für den Aufruhr gaben, fehlte unseren Leuten jeder ernstliche Anlaß zur Beschwerde. Die Mehrzahl von ihnen wußte wohl nicht, was sie tat, während die Leiter der Bewegung die seelische Erschlaffung der Leute ausnutzten, um die Meuterei auf den großen Schiffen zum Ausbruch zu bringen.“

Tirpitz hätte auch auf analoge Erscheinungen in der russischen und französischen Flotte im Weltkriege hinweisen können. Nachzuprüfen, ob den deutschen Matrosen jeglicher Anlaß zur Beschwerde fehlte, ist nicht die Aufgabe dieses Gutachtens. Es muß jedoch, um auch die andere Seite zu Worte kommen zu lassen, darauf hingewiesen werden, daß im Reichstage schon vor dem Kriege häufig schwere Klagen z. B. der Deckoffiziere und Ingenieure vorgebracht worden sind. Persius weist darauf hin, daß bei dem Stilliegen der Hochseeflotte im Hafen die allgemeinen Fehler in der Behandlung der Mannschaften einen niederdrückenden Einfluß ausübten. Hierzu sei die ständig schlechter werdende Verpflegung gekommen, während in den Offiziersmessen Überfluß herrschte. Persius fügte hinzu, daß in der Flotte viele Offiziere in jeder Beziehung vorbildlich waren und die Mannschaften mit Begeisterung an ihnen hingen. Die alte Erfahrung bestätigte sich hier wie an der Front, daß ein Dutzend guter Vorgesetzter nicht gutmachen kann, was ein schlechter geschadet hat.

Hingewiesen muß auch darauf werden, daß auf dem „Prinzregent Luitpold“ im Jahre 1917 nicht nur Sabotageakte vorgenommen wurden, sondern daß es sogar zu einem Hungerstreik kam. Ich habe im Münchener Dolchstoßprozeß Marinezeugen nach den Gründen gefragt, aber nur ausweichende Antworten erhalten. Jedenfalls sind diese Vorgänge ein Zeichen, daß die Unzufriedenheit der Mannschaften einen hohen Grad erreicht haben mußte.

Das Stimmungsbild des Großadmirals deckt sich völlig mit dem, was von einem seiner Antipoden erzählt wird. Der zum Tode verurteilte, dann zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigte Willi Sachse, Mitglied des Zentralrats der revolutionären Matrosen, hat die Marinemeutereien 1917 unter dem Pseudonym „Anti-Nautikus“ („Deutschlands revolutionäre Matrosen“) und in der „Neuen Zeitung“, München, Nummer vom 27. Oktober 1925 ff., geschildert. Nach ihm waren theoretisch gerade in der sozialen Zusammensetzung der Flottenmannschaften mit ihrem sehr starken aus hochgelernten Arbeitern sich rekrutierenden technischen Personal die besten Vorbedingungen für eine sozialistisch-revolutionäre Propaganda gegeben. Die Versuche zur Revolutionierung — oder wie Sachse sagt zur Aufklärung — begannen bereits im Jahre 1915. Der Erfolg war aber zunächst gleich Null, weil die Flottenbegeisterung: „Gemeingut der deutschen Jugend bis tief hinein ins proletarische Lager geworden

war." „Es war gar keine Seltenheit, daß, wenn wir in den ersten Kriegsjahren Marineangehörige, von denen wir die Zugehörigkeit zu politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft in Zivil kannten, über die Notwendigkeit der Organisation des Kampfes gegen den Krieg aufklären wollten, von ihnen aufs schärfste zurückgewiesen wurden." (Anti-Nautikus, S. 9.) Es gelang, nur kleine lose, nicht festorganisierte Gruppen zu bilden, die ganz verschieden orientiert waren. Anfangs 1916, als auch in der Heimat eine zielbewußte Agitation auf Beendigung des Krieges mit allen Mitteln einsetzte, gelang es auch auf der Flotte, eine zentrale Organisation aufzubauen. Es war also die Friedenssehnsucht, die der Bewegung den Antrieb gab. Dazu kam die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Bei dem engen Zusammenleben von Offizieren und Mannschaften auf den Schiffen wurde das Mißverhältnis der Lebenshaltung ganz besonders klar. „Kürzungen der Brotration, Verschlechterung der Urlaubsbedingungen, Verschärfung des Dienstes, alles das trug mit dazu bei, die Bewegung zu fördern. Ja wir sagen, gerade letzteres war die Ursache unseres großen Aufschwungs, den wir bei rein ideologischer Kampagne mit den geringen illegalen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, zweifellos nie erreicht hätten." (Anti-Nautikus, S. 11, vgl. auch S. 23, 25.)

Die Bewegung — und das ist ein besonders beachtenswertes Symptom — „bekam noch einmal einen sehr spürbaren Rückschlag durch die Skagerrakschlacht. Doch bald, nach Aufkommen der nationalen Agitation gegen Karl Liebknecht, wie sie besonders von den Offizieren durchgeführt wurde, verspürten wir wieder einen Aufschwung in unserer Organisation".

„Der gewaltige Stimmungsumschwung" durch den Erfolg der großen Seeschlacht hielt vor dem Einerlei und den Nöten des Tages nicht stand. Seit März 1917 begannen geschlossene Protestbewegungen bei Dienstantritt. Sachse schildert eine solche Auflehnung der Heizer als Folge der Verkürzung der Seifenration in allen Einzelheiten im zweiten Abschnitt des „Anti-Nautikus" (S. 11 ff.). Sehr bezeichnend ist es dabei, daß einer der Führer der revolutionären Bewegung, der später wegen Meuterei erschossene Reichpietsch, die Aktion verschoben haben wollte, weil nach Meldungen der Funkstation ein Vorstoß der gesamten Flotte an die englische Küste geplant war. („Anti-Nautikus" S. 14.) Der Charakter der Ereignisse im Juli 1917 war der gleiche, nur daß diesmal nicht die Not, sondern die Erregung über wirkliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten im Dienst ausgenutzt wurde. Nachdem dieser Fall im Ausschuß genau untersucht worden ist, erübrigt es sich, auf ihn einzugehen. Es genügt festzustellen, daß es sich auch hier psychologisch um eine Art professionellen Streiks handelte, der natürlich mit aller Energie unterdrückt und streng geahndet

werden mußte, dessen Bedeutung aber durch die öffentliche Behandlung im Reichstag, deren Gründe hier nicht zu untersuchen sind, vor dem Inlande und dem Auslande aufgebauscht worden ist. Es wäre zu all diesen Vorfällen voraussichtlich nicht gekommen, wenn die Offiziere es verstanden hätten, sich in das Seelenleben der Mannschaften mehr zu vertiefen. Nur durch diesen Mangel ist es erklärlich, daß die Hochstimmung bei Beginn des Krieges nicht nur sank, was selbstverständlich war, sondern geradezu umschlug.

Die Schlagkraft der Flotte hat durch alle diese Auflehnungen nicht gelitten. Im Dolchstoßprozeß (nicht im Prozeßbericht) ist von Marineseite bekundet worden, daß die Mannschaften des „Prinzregent Luitpold“, einem der Herde der Meuterei, nachher vollkommen zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind. Nach Sachses Auffassung („Anti-Nautikus“ S. 27) war durch die Unschädlichmachung der Rädelsführer die Bewegung zerschlagen. Auf der anderen Seite wurde aber das Warnungssignal von den Obermarinestellen nicht genügend beachtet. Man begnügte sich zu strafen, meinte, daß die Klagen der Mannschaften meist unbegründet seien, untersuchte zwar Fälle, in denen Beschwerden vorgebracht wurden, hielt es aber nicht für nötig, etwas am System zu ändern und führte alle Unruhe nur auf Verhetzung zurück. Erst am 8. November 1918 schritt man grundlegend durch den Erlaß des Staatssekretärs des Marineamts, Ritters v. Mann, ein. Da war es zu spät.

So gärt es weiter. Darüber hinaus sind Zusammenhänge zwischen den Vorgängen im Sommer 1917 und im November 1918 nicht nachzuweisen, es sei denn, daß man die Bewegung dadurch förderte, daß man die Verurteilten des Jahres 1917 in Wort und Schrift als Märtyrer feierte.

Über die Revolte in Kiel im November 1918 schreibt Tirpitz in seinen „Erinnerungen“, Seite 299:

„Unsere Flotte ist schließlich von derselben Krankheit erfaßt worden, von der ganz Deutschland verseucht wurde. Wenn sie auf den großen Schiffen einige Tage früher als in der Armee und offensichtlicher in Erscheinung getreten ist, so liegt ein wesentlicher Grund hierfür in den engen Beziehungen, die sich auf den Werften zwischen den verhetzten Arbeitermassen und dem Schiffspersonal, namentlich den Heizern, herausbilden konnten.“

Hierin ist manches richtig. Wie schon oben ausgeführt, fand die revolutionäre Agitation, nachdem der Verlust des Krieges offenkundig wurde, endlich den gesuchten Boden, und es ist zweifellos richtig, daß die Mannschaften der Flotte in Kiel aus dem von Tirpitz angegebenen Grunde der Verseuchung mehr ausgesetzt waren als die Soldaten des Landheeres. Tirpitz stellt aber ein wichtiges Ereignis nicht in Rechnung: Die Waffenstillstandsbitte, die das deutsche Volk wie ein Donnerschlag traf. Es ist vielfach, auch im Münchener Dolch-

stoßprozeß, besonders von militärischer Seite dem Erstaunen Ausdruck gegeben worden, daß dieser Schritt überrascht habe; die Heeresberichte hätten darauf vorbereiten müssen. Das muß entschieden bestritten werden. Man konnte aus ihnen, wenn man zu lesen verstand, ersehen, daß die große Offensive mißglückt war, daß feindliche Angriffe erfolgreich vorschritten, schlimmstenfalls, daß der Krieg verloren war. Keineswegs ließen sie erkennen, daß es Matthäi am Letzten war, daß nicht nur Friedensverhandlungen angebahnt, sondern die weiße Flagge gehißt werden mußte. Der politischen Leitung war nicht einmal reiner Wein eingeschenkt worden, um nicht zu sagen, daß sie getäuscht worden war. (Bd. 2 dieser Reihe, S. 349.) Unter den Parlamentariern brach nach dem Vortrag des Majors v. d. Bussche (W. U. Nr. 28) Panik aus. In den diesem Vortrag vorausgehenden Besprechungen mit den Parteiführern erklärten Stresemann und Graf Westarp, es sei unmöglich, daß wir in so verzweifelter Lage seien. (Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 103 ff.) Im Bundesrat herrschte dieselbe Bestürzung wie bei den Abgeordneten. General Groener war von dem Waffenstillstandsangebot überrascht, da Ludendorff noch einige Tage vorher seine Besorgnisse beschwichtigt hatte. Staatssekretär Solf war vollkommen zerschmettert. (Prozeßbericht S. 213, vgl. auch Wrisberg, „Heer und Heimat", S. 158). Und da sollte der panische Schrecken nicht auch Heer und Heimat ergreifen?

Major v. d. Bussche hatte natürlich vollkommen recht, wenn er nunmehr Entschlossenheit und Geschlossenheit in der Heimat als doppelt nötig bezeichnete. Eine Mahnung, die Hindenburg am 14. Oktober 1918 (W. U. Nr. 49a) wiederholte. Aber wie sollte sie aufrechterhalten werden? Die Agitation gegen Bethmann hatte das Vertrauen zur politischen Leitung untergraben, die skurile Episode Michaelis hatte den letzten Rest verwirtschaftet, der greise Graf v. Hertling hatte es nicht wieder aufbauen können. Übrig geblieben als Vertrauensfaktor war nur die O. H. L. Es bestand zwar gegen sie in den Massen Mißtrauen, weil sie als Exponentin der Annexionspolitik galt. Man glaubte aber an ihre Feldherrenkraft. Dieser Glaube wurde nach der Logik des Geschehens durch die Niederlage zerstört. Das einzige, was jetzt noch die Seele des Volkes aufrechterhielt, war der heißersehnte Friede, man wird sich dann endlich einmal wieder satt essen können.

Im Heer drückte die Waffenstillstandsbitte gleichfalls nieder. Ludendorff sagte in der großen Sitzung der Staatssekretäre vom 17. Oktober 1918: „Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen." (W. U. Nr. 57.) Am 28. Oktober 1918

berichtete der General v. Gallwitz, daß sich auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und der Sehnsucht nach dem Frieden, sowie beeinflußt durch die Vorgänge der neueren Zeit eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen und die Disziplin bemerkbar gemacht habe. (W. U. Nr. 86.) Sehr charakteristisch ist ein Erlaß Hindenburgs vom 16. Oktober 1918. (W. U. Nr. 50.) Er lautet:

„Die politischen Vorgänge der letzten Tage haben auf das Heer, namentlich auf das Offizierkorps, einen tiefen Eindruck gemacht.

Es ist meine Pflicht, die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen. Dem Friedensschritt stimme ich zu.

Vor allen anderen Armeen hat die deutsche das voraus, daß sie und ihr Offizierkorps nie Politik trieben. Daran wollen wir festhalten.

Ich erwarte, daß das Vertrauen, das mir in guten Tagen geschenkt wurde, auch jetzt sich betätigt.“

Alles das ist sicher kein Heldentum in landläufiger Auffassung, die für das Heldentum des Duldens nicht viel Verständnis zeigt. Aber wer darf es wagen, Steine zu werfen.

Sehr richtig führte Groener (Prozeßbericht S. 213) aus: „Ich war der Meinung, daß beim letzten Totschlagen die Massen nicht gerne mehr dabei sind. Es ist nicht so wie in früherer Zeit. Da konnten Helden in großer Zahl entstehen. Bei Massen- und Volksheer — zuletzt war ja das ganze Volk im Kriegsdienst — ist es sehr schwer, Helden zu erziehen und für die letzte Stunde in großen Mengen noch aufzubringen.“

Über die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Flotte haben wir gleichfalls authentische Zeugnisse. Noske führte im Münchener Dolchstoßprozeß (Prozeßbericht S. 177) aus: „Die Forderung der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstand war bekannt geworden . . . Diese Kenntnis war nun an die Front und auf die Schiffe durchgedrungen. Ich habe mit einer großen Zahl von Soldaten gesprochen . . . und bin immer wieder auf die Grundeinstellung getroffen: Wir haben unsere Schuldigkeit getan, solange es einen Sinn zu haben schien. Aber in dem Augenblick auf den Meeresboden zu gehen, wo der Krieg zu Ende, statt zu Frau und Kind zurückzukehren, das machen wir nicht mehr mit.“ Ähnliches berichtet der Marinepfarrer Klein in den „Süddeutschen Monatsheften“ (Märzheft 1919). Er schreibt: „Da kam das Schlimmste, was kommen konnte: unser unglückseliges Waffenstillstandsangebot mit der Friedensbitte an Wilson im Herbst 1918. Wer auch immer an diesem verhängnisvollen Schritt schuld ist — er ist vor allem schuld an dem Zusammenbruch, der Revolution. Prinz Max von Baden, der zum mindesten doch stark daran beteiligt ist, hat nachher selbst bezeugt, wie unheilvoll dies Angebot in jeder Beziehung gewirkt hat, wirken mußte. In der Marine, in unserer Flotte hat es geradezu katastrophal gewirkt. Auf unseren Schiffen war nun auf einmal ein

ganz anderer Geist zu spüren. War die allgemeine Stimmung bis dahin, wenn auch schon lange nicht mehr glänzend, so doch auch nicht schlecht zu nennen — der ganz überwiegende Teil der Leute war zuverlässig im Dienst, tat seine Pflicht, benahm sich ordentlich —, so wurde das jetzt anders. Die unzufriedenen, aufsässigen Elemente hatten auf einmal Oberwasser: nun wollte ja die Regierung auch, was sie immer schon gewollt, schon immer gesagt: Friede um jeden Preis — nun waren sie, die früher Verfemten, gerechtfertigt! Hatten sie früher nur von Ohr zu Ohr zu reden gewagt, so redeten sie jetzt laut, und die anderen, die sich ins Unrecht gesetzt sahen, schwiegen, oder — und das waren sehr bald viele — fielen ihnen zu. Auch von sonst wohlgesinnten, guten Leuten konnte man hören: Regierung und Volksvertretung will den Frieden, nur die Offiziere und einige andere Leute wollen ihn nicht. Wir wollen auch den Frieden, wir wollen nicht mehr kämpfen; wozu sollen wir uns jetzt noch totschießen lassen, wo es doch keinen Zweck mehr hat? Die Offiziere natürlich, die reden anders, die wissen schon warum, aber wir — es fällt uns nicht ein usw usw. Wie zerstörend auf die Manneszucht, wie lähmend, wie, unter Umständen, geradezu verhängnisvoll auf den Kampfwillen und die Kampfkraft solche Reden wirkten, braucht nicht mehr gesagt zu werden."

In demselben Sinne schreibt Kapitänleutnant Fikentscher (S. 23 f.):

„Unter diesen Umständen war die Wirkung der innerpolitischen Wandlungen im Oktober 1918 vernichtend. Als die Friedensbitte vom 5. Oktober bekannt wurde, da hatte die pazifistische Propaganda an Bord ein gewonnenes Spiel. Die schlechten Elemente in der Besatzung erhoben triumphierend das Haupt: die Gutgesinnten dagegen sahen sich und ihre Zuversicht ins Unrecht gesetzt. Jetzt verlieren sie das Vertrauen zu ihren Offizieren, von denen sie sich getäuscht und belogen fühlten, und wer nicht offen zu den Hetzern überging, schlich still und entmutigt umher. Die bald darauf erfolgende bedingungslose Einstellung des U-Bootkrieges durch die neue Regierung bedeutete schließlich den moralischen Tod für den Geist der Besatzungen.

(Als der Verfasser am 30. Oktober abends an Bord der „Thüringen" im Auftrage des Kommandanten die Meuterer zur Pflicht zurückrufen wollte, und die vollkommen dunkle Vorbatterie betretend, in den erregten Haufen hinein fragte: „Was wollen Sie?!" — da ertönte nach einer langen Pause aus einer Ecke der schrille Ruf: „Wir wollen Erzberger!", worauf gröhlender Beifall und ein Bombardement mit Trinkgefäßen usw. einsetzte. „Erzberger" hieß also die Parole, mit der deutsche Matrosen — nicht siegten oder starben, aber meuterten und ihr Vaterland verrieten.)

Die Propaganda des Verzichts erhielt neue Nahrung durch die aus dem hastig geräumten Flandern zurückströmenden kriegsmüden

Arbeiter, welche den zersetzenden Geist der dortigen Auflösung in die Kriegshäfen brachten. Mit unerhörter Kraft und Entschlossenheit setzte nun die Agitation zum letzten Sturm an. Das wirksame Argument: ‚Frieden bekommen wir nur, wenn wir die im Gange befindliche Friedensaktion Wilsons nicht mehr durch kriegerische Handlungen stören' wurde zum Evangelium für die zermürbten Geister. In den quälend langen Wochen bis zum Waffenstillstand, der von unseren Feinden in teuflischer Berechnung hinausgezögert wurde, stieg die Nervosität der Mannschaften bis ins Krankhafte. Nur die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes konnte die ungeheure Spannung möglicherweise noch lösen. Aber ein einziger Funke von außen mußte die Entladung herbeiführen."

Ein weiteres Zeugnis endlich dafür, wie verheerend die Waffenstillstandsforderung gewirkt hat, ist das Urteil des Kapitäns Siegert vom Großen Kreuzer „Seydlitz", der sich zu dem sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum offen und rückhaltlos geäußert hat. Er sagte: „Auf seinem Schiff seien Männer, die am 1. Oktober 1914 eine vierjährig freiwillige Dienstzeit abgeschlossen haben würden, nun aber schon ins achte und neunte Jahr das Bordleben führen müßten. Das sei eine fürchterliche Qual. Da man nicht alle diese Leute befördern könne, habe man auch den wertvollen Ehrgeiz aus ihrem Leben genommen. Das Schlimmste aber sei das Gefühl der Flotte, daß man in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit sie niemals zur rechten Zeit ausgenutzt habe" (hier sieht man die Folgen der Agitation der Tirpitzanhänger), „während man jetzt mit dem Gedanken spiele, sie als letzten Trumpf auf den Tisch zu hauen. Er selbst sei ein durchaus königstreuer Mann, könne sich aber sehr wohl in die Seele von revolutionären Menschen hineinversetzen."

Trotzdem waren die Matrosen bereit, die Heimat zu verteidigen. Das wird durch zwei Zeugnisse schon aus den Zeiten der Soldatenräte belegt. Noske bekundet (Prozeßbericht S. 179), daß die Matrosen aufgeregt zu ihm gekommen wären und erklärt hätten, sie ließen sich einen Angriff auf Kiel nicht gefallen. Dies geschah, als sich dort die Tartarennachricht verbreitete, die englische Flotte käme durch den Sund und wolle Kiel angreifen. Ebenso hat im Münchener Dolchstoßprozeß (nicht im Prozeßbericht) Admiral von Trotha mitgeteilt, daß ihm der Obermaat Kuhnt (der spätere Präsident von Oldenburg-Friesland) bei einer Unterredung erklärt habe, die Matrosen seien bereit, die Heimat zu verteidigen, nur angreifen wollten sie nicht.

Wenn man das scheußliche Giftwort „Dolchstoß" ebenso leichtfertig gebrauchen wollte, wie es leider vielfach geschieht, könnte man sagen, die überstürzte Waffenstillstandsbitte sei der Dolchstoß gegen Heer und Heimat gewesen. Aber auch hier wäre es eine ungerechte Anklage. Trotz ihrer katastrophalen Wirkungen darf sie

nicht so genannt werden, auch dann nicht, wenn die O. H. L. auf sie zu einer Zeit gedrängt hätte, in der die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz sie noch nicht zur unabwendbaren Notwendigkeit machten.

Der Zusammenbruch des Vertrauens und aller Hoffnungen schuf so den Boden für Auflehnungen und Meutereien. Wenn die Revolte zuerst bei der Marine ausbrach, so hatte das eine ganz bestimmte Ursache. Um die Vorgänge ganz zu verstehen, muß man auf den 21. Oktober 1918 zurückgehen. An diesem Tage war auf Verlangen Wilsons der U-Bootkrieg eingestellt worden. Die leitenden Marinekreise hatten sich diesem Beschluß nur zähneknirschend gefügt. Die Leitung der Hochseeflotte hatte schon längere Zeit alle Operationspläne für eine Seeschlacht bereit. Die Seekriegsleitung hatte aber bisher immer einen Vorstoß der Hochseeflotte abgelehnt. Mit der Einstellung des U-Bootkrieges hatte die Flotte nunmehr, wie die oberste Seekriegsleitung erklärte, ihre operative Freiheit wiedergewonnen. Man beschloß jetzt, sie zu Operationen gegen den Feind einzusetzen. (Prozeßbericht S. 72.) Über den Plan und das Ziel dieses Vorstoßes gab es bis zum Dolchstoßprozeß zwei Versionen.

1. Mitteilungen des Admirals von Trotha an den „Vorwärts"-Redakteur Kuttner, die sich in den Hauptpunkten mit den amtlichen Darstellungen decken, die anderen Zeitungen zugegangen sind. Kuttner gibt auf Grund einer Unterhaltung mit dem Admiral von Trotha, Stabschef der Hochseekommandos, folgende Darstellung, die er im Anschluß seiner Unterredung formulierte, dem Admiral vorgelesen hat und die von ihm gebilligt worden ist. Die Darstellung befindet sich in der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 16. November 1918: „Von amtlicher Seite, namentlich von jenen Stellen, die damals die Verantwortung trugen, ist uns in der dringlichsten Weise versichert worden, es habe in jenen kritischen Tagen gar nicht die Absicht bestanden, einen Vorstoß gegen die englische Küste zu unternehmen und unsere Flotte dabei aufs Spiel zu setzen. Vielmehr hatte die Operation, in der die Matrosen den Anfang einer großen Seeschlacht mit den Engländern sahen, den Zweck, einen Vorstoß der Engländer gegen die Flandrische Küste abzuwehren. Es könne also gar keine Rede davon sein, daß bei der Admiralität die Absicht bestanden habe, sinn- und planlos die Flotte gegen den Feind zu werfen, sondern der Sinn unseres Vorgehens sei nur der gewesen, den Verkehr des Feindes möglichst weitgehend zu stören und seine Streitkräfte erforderlichenfalls anzugreifen. Daß mit dem Auftreten von größeren feindlichen Seestreitkräften gerechnet werden mußte, hatte uns die Erfahrung bei früheren ähnlichen Gelegenheiten gelehrt. Von einem Verzweiflungsvorstoß oder gar einem Aufopfern der Flotte könne man also nicht sprechen."

Diese Darstellung des „Vorwärts" wird durch die „Vossische Zeitung", Morgenausgabe vom 16. November 1918, ergänzt, daß

nach amtlicher Darstellung nur die leichten Seestreitkräfte aktiv vorgehen sollten, während die Hochseeflotte zu ihrem Schutz mit auslaufen sollte. (Ähnlich „Deutsche Tageszeitung“ vom 16. November 1918 abgedruckt in Buchner, Unter dem Zeichen der roten Fahne, S. 212 f.).

2. Die Darstellung im Band IV von Schwarte: „Der große Krieg“, die wohl als marineoffiziös angesprochen werden kann. Nach Schwarte standen unaufschiebbare Reparaturen einer großen Anzahl von Großkampfschiffen im August und September einer offensiven Betätigung der Hochseestreitkräfte im Wege. Im Oktober wirkten die Ereignisse an der Westfront bereits auf die Vorgänge in der Nordsee zurück. Flandern mußte geräumt werden, die Aufgabe der Hochseestreitkräfte war es, von dort auslaufende Torpedobootsflottillen und U-Boote aufzunehmen. Am 17. Oktober zwangen die Ereignisse auf dem Festlande bereits zu einer teilweisen Einschränkung der Bereitschaft der Seestreitkräfte mit Rücksicht auf den verfügbaren Ölbestand. Um aber die wankende Front in Frankreich zu stützen, beschloß die Seekriegsleitung den Einsatz der Flotte. Die Seeflanke des feindlichen Heeres und die englische Küste sollten unter Feuer genommen werden. Erfolgte ein Angriff der feindlichen Flotte, so wären die Bedingungen für eine Seeschlacht etwa bei Terchelling günstig, da die feindliche Flotte vor der eigentlichen Kampfhandlung durch U-Boote und Minensperren geschädigt worden wäre.

Zwischen der amtlichen Darstellung und der Darstellung von Schwarte finden sich gewisse Unterschiede. Nach der amtlichen Darstellung hielt man ein aktives Vorgehen der englischen Flotte als im Bereich der Möglichkeit liegend. Nach der Schwarteschen Darstellung erwartete man es. Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß die Nachrichtenstelle Wesel am 15. Oktober 1918 dem Großen Hauptquartier die Mitteilung einer neutralen Gesandtschaft in England an ihre Regierung zugängig gemacht hatte, daß die englische Marine ihren Schlag schlagen werde, bevor es Frieden gäbe (Weißbuch zum Waffenstillstand Nr. 49 b).

Diese beiden Darstellungen, die gewisse Unterschiede in Nuancen zeigen, sind beide falsch. Nach einem Artikel des Konteradmirals von Levetzow im Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte“, der inhaltlich die Wiedergabe einer historisch dienstlichen Niederschrift dieses Offiziers ist und dessen Richtigkeit im Dolchstoßprozeß eidlich von ihm bestätigt ist, sollten die Hochseestreitkräfte zum Angriff und Schlagen gegen die englische Flotte eingesetzt, ein Endkampf also herausgefordert werden.

Ob diese Herausforderung der englischen Flotte die Waffenstillstandsverhandlungen sabotiert hätte, mag zweifelhaft sein. Man erwartete bereits im Jahre 1915 in England einen solchen Verzweif-

lungsakt im letzten Augenblick des Krieges. (Page, Bd. III, S. 169.) Jedenfalls hätte man das Kriegskabinett von dem Plan, der politische Gefahren barg, in Kenntnis setzen müssen. Das ist nach einer Mitteilung Payers an mich nicht geschehen (s. u. S. 245 f.). Payer hat von diesem Plan erst durch den Dolchstoßprozeß erfahren. Die Marineleitung scheint sich damit begnügt zu haben, dem Prinzen Max von Baden ganz vage Erklärungen zu geben.

Die Marineleitung hielt die Aussichten einer Seeschlacht für sehr günstig. Sie baute auf die U-Boote, die in die Schlacht hätten eingreifen können. Ob diese Erwartungen der Marineleitung gerechtfertigt waren, kann ich nicht beurteilen. Es muß aber darauf hingewieser werden, daß Scheer in dem offiziellen Bericht über die Seeschlacht vor dem Skagerrak als Lehre der Schlacht festgestellt hat, daß die deutsche Flotte die englische Flotte nicht schlagen, nicht einmal die Blockade durchbrechen könne, und zwar ihrer numerischen Schwäche und der geographischen Lage Deutschlands wegen. Eines ist aber sicher. Selbst ein großer deutscher Seesieg hätte bei der Überlegenheit der englischen Flotte England der Seeherrschaft nicht beraubt, noch weniger aber einen Umschwung der Kriegslage zu Lande herbeiführen können.

Neben rein militärischen Erwägungen haben aber sicher auch Prestigefragen bei dem Entschluß der Marineleitung mitgespielt, vielleicht auch die Hoffnung, die Waffenstillstandsverhandlungen zu sabotieren. In dem oben erwähnten Bericht des Admirals v. Levetzow („Süddeutsche Monatshefte" Aprilheft 1924, S. 66) heißt es: „Schlimmstenfalls unterlag die Flotte . . . Wie dem auch sei. Der Einsatz der Hochseeflotte in dieser Stunde höchster feindlicher Bedrängnis unseres Vaterlandes blieb eine Lebensfrage für die Marine und eine Ehrenfrage für ihre durch Not und Tod bisher so glänzend bewährten, braven, tapferen, herrlichen Besatzungen — ehe unsere ruhmgekrönte stolze Flotte, die Siegerin in der Skagerrakschlacht, ehe sie zum Handelsobjekt in einem schimpflichen Frieden würde, war ihr Einsatz erforderlich."

Der Entschluß, lieber Untergang in Ehren als schimpfliche Übergabe, entspricht dem Ehrenstandpunkt des Offiziers. Er ist von ihm aus verständlich und geboten. Nach diesen Grundsätzen hat auch Admiral v. Reuter dann später gehandelt, als er die Flotte versenkte. Es bleibt nur der Hiatus, daß die Offiziere den Standpunkt verließen, als auf den Kriegsschiffen die rote Fahne gehißt wurde.

Wird man so der seelischen Einstellung der Offiziere gerecht, so muß man aber auch versuchen, sich in die Seele der Mannschaften zu versetzen, deren Leben den Offizieren völlig fremd geblieben oder geworden sein muß. Seit dem Waffenstillstandsangebot waren sie, wie oben ausgeführt, noch bereit, sich gegen Angriffe zu verteidigen, keineswegs aber noch in Angriffen kurz vor Toresschluß den Kopf hinzuhalten. Gewiß lag es nicht bei ihnen, die militärischen Operationen

zu bestimmen. Eine Auflehnung gegen die Befehle war eine strafrechtlich zu ahnende Meuterei. Aber es war ein ungeheurer Mißgriff der Marineleitung, einen Heldenmut von ihnen zu verlangen, den sie nicht mehr aufbringen konnten.

Natürlich sahen die Mannschaften aus den Vorbereitungen, daß eine große Aktion geplant war. Die Erzählungen, man wolle nur zu Manövern ausfahren (vgl. Brief eines Matrosen in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 16. November 1918 — abgedruckt in Buchner, „Unter dem Zeichen der roten Fahne“, S. 211 f.), fanden um so weniger Glauben, als von Offizieren Reden gehalten wurden, aus denen die Mannschaften annehmen mußten, daß die Flotte aus Prestigegründen geopfert werden sollte. Nach einem Bericht der „B. Z. am Mittag“ vom 15. November 1918 soll ein Kommandeur vor versammelter Mannschaft gesagt haben, daß die Reichsregierung aus Idioten und Verbrechern bestehe, die erschossen werden müßten. Auch auf dem „Markgraf“ sollen ähnliche Reden gehalten worden sein, daß man lieber sterben wolle als sich übergeben. Für die „Thüringen“ sind derartige Reden im Münchner Dolchstoßprozeß bekundet worden. Daß in der Flotte Gerüchte verbreitet waren, daß die Waffenstillstandsverhandlungen sabotiert werden sollten, ergibt sich aus den Verhandlungen, die Haußmann am 7. November mit einer Matrosenabordnung in Kiel gehabt hat. Diese sagten ihm: „Durch die Vorträge der Offiziere erkannten wir den Widerstand gegen die neue Regierung . . . Das Gerücht sagte, daß der Vorstoß dazu diene, die Waffenstillstandsverhandlungen zu sprengen.“ (Schlaglichter S. 267.) Wenn man den Artikel des Herrn v. Levetzow in den „Süddeutschen Monatsheften“ liest, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß ähnlich geredet wurde.

Als der Befehl zum Auslaufen kam, übten zunächst die Heizer auf einigen Schiffen in Wilhelmshaven passive Resistenz. Die Ausfahrt mußte unterbleiben.

Was nun folgte, ist ein kaum entwirrbares Durcheinander. Die Schiffe wurden aus Wilhelmshaven nach Kiel geschickt. Der Verhaftung einiger Meuterer folgen Massenproteste. Die Offiziere standen der Bewegung ratlos gegenüber. Als Noske nach Kiel kam, fand er ganz wilde Zustände vor. Es wurde gelegentlich geschossen, auf den Straßen gekämpft. Verschiedene Soldatenräte waren gewählt worden, die Psychopathen hatten das große Wort. Von irgendeiner zentralen Leitung war nichts zu spüren. Der von dem Vertrauen der Matrosen getragenen Energie Noskes, der die Kommandogewalt übernahm, gelang es, Ordnung in das Chaos zu bringen.

Einen revolutionären Charakter hatten die Revolten zu Anfang nicht gehabt. Das beweisen schon die Forderungen der Matrosen (vgl. oben S. 120). Irgendein Zusammenhang mit den Meutereien im Jahre 1917 ist nicht erwiesen. Die revolutionären Vorgänge in München, Oldenburg, Braunschweig, Berlin stehen mit den Kieler

Ereignissen in keinem Zusammenhang. Es waren eine Reihe von selbständigen Eruptionen ohne ein Zentrum. Die Kieler Meutereien haben auf die Verbreitung der Revolution nur insoweit Einfluß gehabt, als die Matrosen von Kiel durch ganz Nordwestdeutschland zogen und dort, ohne kaum irgendwo Widerstand zu finden, die Republik ausriefen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß so die revolutionäre Bewegung in Fluß kam, weil die Marinemeuterer sich gegen eine Unternehmung zur Wehr setzen wollten, von der sie glaubten, daß sie sich gegen die Politik der Regierung wenden solle. Wobei wiederum das Problem unlösbar bleibt, inwieweit der Urgrund ihres Handelns politisch oder eigensüchtig war.

Wann hatte die Unterminierung Erfolg?

Die Vorgänge, die das Auslaufen der Flotte verhinderten, können als „Dolchstoß" um deswegen nicht bezeichnet werden, als durch eine Seeschlacht am Kriegsausgang nichts hätte geändert werden können. Die Vorgänge sind aber für die Frage, wann die revolutionäre Agitation eigentlich Erfolg gehabt hat, von symptomatischer Bedeutung. Sie zeigen, daß alle revolutionären Versuche erst zu einer Aktion führten, als die Friedenssehnsucht übermächtig geworden war und die Gefahr bestand, daß der Frieden doch nicht kommen könne. Diese unbezwingbar gewordene Friedenssehnsucht hängt mit dem Schwinden der Hoffnung auf ein glückliches Ende des Krieges zusammen. Wir haben gesehen, wie ein Erfolg, wie der vor dem Skagerrak, alles Schüren zunichte machte.

Aus dem Buche des späteren Volksbeauftragten Barth, „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution", erfahren wir von diesem gewiß Berufenen, daß alle seine Anstrengungen, die Masse zu revolutionieren, bis zum Januar 1918 fruchtlos geblieben sind. Alle Versuche, Demonstrationen zu veranstalten und Streiks zu entfachen, verliefen im Sande. Erst als die russische Revolution dem Proletariat die Möglichkeit der Erfüllung ihrer Hoffnungen zeigte, ist ein Aufschwung der Bewegung festzustellen, deren erster Erfolg der Januarstreik 1918 war. Der Streik dauerte nur ganz kurze Zeit, und Barth klagt, daß mit seiner Beendigung der revolutionäre Funke wieder erloschen sei. Erst Anfang August 1918, nach der Niederlage an der Marne, wurden die ersten revolutionären Stoßtrupps gebildet. (Nach Drahn, Revolutionschronik, begannen die Waffenkäufe im Kreise der Unabhängigen am 21. Oktober 1918.) Ludendorff, so sagt Barth, sei sein Helfer geworden. Seine Berichte, die die Stimmung vor dem Zusammenbruch bewahren sollten, hätten, nachdem sie anfangs zu seinen Gunsten wirkten, den gegenteiligen Erfolg gehabt. Einen neuen Anstoß erhielt die Bewegung, als die Siegfried-Stellung durch-

brochen und auch die Blindesten die Wahrheit erkannten. Aber noch immer wollte die Flamme der Revolution nicht brennen; noch am 2. November 1918 bekämpften Dittmann und Haase den Gedanken einer gewaltsamen Erhebung. Sie führte dann in Berlin, ohne daß die Barthschen Stoßtrupps in Tätigkeit zu treten brauchten, zum Erfolge.

Es ergibt sich aus der Schilderung Barths, daß von irgendeinem Einfluß der revolutionären Bewegung von der Heimat auf die Front keine Rede sein kann, es sei denn, daß die eingezogenen Reklamierten revolutionäre Gesinnung im Heere verbreitet haben, und daß der Gedanke der Revolution in den Köpfen der Masse erst Eingang fand, nachdem der Krieg bereits verloren war. Zu demselben Schluß führen die Artikel Breithaupts in der „Täglichen Rundschau“ und die Schriften von Drahn. „Der Ausbruch der Revolution wird nicht von uns bestimmt,“ so heißt es in einer Rede Barths, „er wird entschieden auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs.“ Der Mann, der am eifrigsten für die Revolution agitiert hat und erkennen mußte, daß seine Arbeit solange vergeblich blieb, als das Heer nicht besiegt war, trifft sich in seinem Urteil mit Groener, der (Prozeßbericht S. 201) bereits im Jahre 1916 zu Vertrauten gesagt hatte: „Wenn der Krieg verloren geht, steht vor der Türe die Revolution,“ trifft sich aber auch mit dem Manne, der für den Verlust des Krieges verantwortlich ist und diese Verantwortlichkeit jetzt der revolutionären Agitation aufbürden will. Ludendorff hat nach dem Zeugnis des amtlichen Kriegsberichterstatters Binder („Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften“, München, Hochschulverlag 1919, S. 61) nach der russischen Revolution gesagt: „Militärische Niederlagen erschüttern heute das Volksvertrauen in die Regierung, stärken die Opposition und stürzen schließlich eine ganze Regierung oder, wie in Rußland, ein ganzes System, wenn es morsch und reif für den Verfall geworden ist.“

Fragen wir, wann die Unterminierung oder Revolutionierung Erfolg gehabt hat, so müssen wir doch zu dem Schlusse kommen, daß sie aus sich selbst abrollte. Die zielbewußten Revolutionäre haben zum Ablauf kaum den Anstoß gegeben. Ihr Ziel hat mit dem Willen dieser Revolutionäre so gut wie nichts gemein gehabt. Die Revolution wollte keinen neuen Meilenstein auf dem Wege der geschichtlichen Entwicklung aufrichten. Sie fühlte höchstens dumpf, daß etwas Neues kommen müsse. Die Revolution war das „Schach dem König“, das von dem „Unbekannten Soldaten“ geboten wurde.

Ergebnis

Die Zergliederung der Anklage der Erdolchung ergibt folgende Bestandteile: Der Geist der Front ist durch die Stimmung der Heimat zermürbt worden. Die Kampfkraft des Heeres ist durch revolutionäre Agitationen zersetzt worden, diese Zersetzung trägt die Schuld an der

Niederlage. Die Revolution von oben hat das Weiterkämpfen verhindert, ohne die Revolution von unten wäre der Waffenstillstand nicht zur Waffenstreckung geworden.

Es ist richtig, daß die Revolution die Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen unmöglich machte und das Heer durch Auflösung der Ordnung hinter der Front gefährdete. Es ist aber ein Widerspruch, zu sagen, daß ein Heer durch Agitation so verseucht gewesen sei, daß es geschlagen wurde, und zugleich zu sagen, trotz dieser Zersetzung der Kampffähigkeit des Heeres hätte man weiterkämpfen müssen und können. Es ist uniogisch, zu behaupten, die „Friedensduselei" der Heimat sei verhängnisvoll geworden, weil die Feinde in keinem Zeitpunkt des Krieges einen Verständigungsfrieden schließen wollten, und in demselben Atemzuge zu behaupten, die Revolution trage an dem Vernichtungsfrieden und der ihn vorbedingenden Waffenstreckung Schuld. Es ist eine Geschichtsklitterung durch Verschiebungen der zeitlichen Folge der Geschehnisse, daß ohne die Revolution die Entente nicht gewagt hätte, uns die Kapitulation zuzumuten, da die Bedingungen festgelegt waren, ehe sie überhaupt von ihr erfahren hatte. Es ist ein Hysteron proteron, die Niederlage als Folge der Revolution hinzustellen; die revolutionäre Agitation hatte im Heere und in der Heimat erst Erfolg, als die Niederlage offenbar geworden war.

Es ist richtig, daß die Stimmung der Heimat schlechter und schlechter wurde und versagte, als das Tonikum der Siegesberichte nicht mehr wirken konnte. Es war aber ein Rechenfehler der militärischen Leitung, daß sie die Gefahr, die Nerven könnten den durch die Blockade verelendeten Mittelmächten zuerst versagen, außer acht ließ, ein Denkfehler, daß sie einen Krieg für verloren hielt, der Deutschlands Grenzen nicht zu zweifelhaften „Sicherungen" hinausschob, ein psychologischer Fehler, daß sie duldete, wenn nicht unterstützte, daß der Charakter des Verteidigungskrieges zum Eroberungskriege verzerrt wurde.

Es ist richtig, daß in der Heimat und im Heere agitiert wurde. Ob die Agitation für den Verständigungsfrieden oder die für den Siegfrieden der revolutionären Agitation besser vorarbeitete, wird sich mathematisch genau niemals feststellen lassen. Mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit muß aber bei der Seelenverfassung eines verhungernden Volkes und eines erschöpften Heeres die annexionistische als verhängnisvoller angesehen werden. Sicher ist, daß es ohne die Mißstände im Heere und in der Heimat, die wenigstens zum Teil abzustellen in der Macht der oberen Stellen lag, einer Handvoll Revolutionären niemals gelungen wäre, auch nach dem Verlust des Krieges Einfluß zu gewinnen.

Unehrlich ist es, die taktischen und strategischen Fehler, die stündlich wachsende Übermacht der Feinde an Menschen und Material, die Übermüdung der ruhelos umhergehetzten und kärglich ernährten

Truppen, den Zusammenbruch der Bundesgenossen auszuschalten. Selbst wenn der Geist des Heeres an einzelnen Stellen und auch der des Ersatzes durch revolutionäre Propaganda gelitten haben sollte, es ist nichts dafür erbracht, daß ein Versagen von Truppen aus diesem Grunde den Verlust einer Schlacht oder eines Feldzuges oder des Krieges entschied. Die Erzählung, daß die Front von hinten erdolcht worden sei, ist eine Fabel.

Anhang I

Die Irreführung der öffentlichen Meinung

In Übereinstimmung mit gewichtigen Stimmen des Inlandes, z. B. auch des Kronprinzen („Erinnerungen“ S. 220 ff.) und des Auslandes habe ich der Irreführung der öffentlichen Meinung einen großen Teil der Schuld zugeschrieben, daß den Niederlagen auf dem Schlachtfelde der Zusammenbruch der Heimat folgte. Um das Gutachten selbst nicht zu überlasten, mußte der Beweis für die Irreführung einem Anhang überwiesen werden.

Ein Indiz dafür, wie sehr sogar die Volksvertretung über die wahre Lage im Dunkeln war, ist die Panik nach der Rede Erzbergers im Hauptausschuß des Reichstages am 5. Juli 1917. Sie scheint heute völlig unbegreiflich. Wenn trotzdem von allen Mitgliedern allein der konservative Führer Graf Westarp die Nerven behielt und dabei beharrte, ein status quo ante-Frieden sei für seine Partei unannehmbar, er werde sich lieber zu Tode siegen als nachgeben, so ist das nur dadurch erklärlich, daß die Schilderung der Verhältnisse, wie sie wirklich waren, die Abgeordneten völlig überraschte. Nach dem Vortrage des Majors von dem Bussche am 2. Oktober 1918 vor den Parteivertretern zeigte sich dasselbe Bild, ein weiterer Beweis dafür, wie wenig der Reichstag auf das Herannahen der Katastrophe vorbereitet worden war.

Waren schon der Reichstag und — wie das Gutachten des Obersten a. D. Schwertfeger (Bd. 2 dieser Reihe, S. 391 ff.) ergibt — nicht einmal das Kabinett ausreichend aufgeklärt worden, so stand es noch schlimmer mit dem Volke selbst.

Zunächst die offizielle Kriegsberichterstattung: Amtliche Kriegsberichte sind von jeher mit Mißtrauen aufgenommen worden. „Mentir comme un bulletin“ (lügen wie ein Kriegsbericht) war in Frankreich auf Grund der Heeresberichte Napoleons I. sprichwörtlich geworden. Im Kriege von 1866 stellten die österreichischen Heeresberichte „die überlegene Ruhe“ der eigenen Heerführer „der affenartigen Geschwindigkeit“ der Preußen rühmend gegenüber. Ihre beschönigende Wendung vom „rückwärts konzentrieren“ ist geflügeltes Wort geworden. Mit dem schlechten Brauch versprach die O. H. L. zu brechen. Am

5. August 1914 erklärte Major Nicolai, Chef der Presseabteilung des Großen Generalstabs, den Vertretern der Berliner Presse, daß Schönfärberei auf keinen Fall getrieben werden würde. Am 11. August 1914 machte der Generalquartiermeister bekannt, daß kein Mißerfolg verschwiegen, kein Erfolg vergrößert werden würde. Die erste O. H. L. hat ihr Versprechen nicht gehalten. Schon die Berichterstattung über den mißglückten Handstreich auf Lüttich, der nur durch das unerschrockene persönliche Eingreifen des damaligen Obersten im Generalstab Ludendorff ausgeglichen wurde, war nicht einwandfrei, ebensowenig die über die Kriegslage im Osten. Ganz unverantwortlich war aber das Schweigen nach dem unglücklichen Ausgang der Marneschlacht, durch den das Schicksal des Feldzuges, wenn nicht des ganzen Krieges, gegen uns entschieden wurde. Die Presse der ganzen Welt hallte von den Schilderungen der Schlachten wider. Aber selbst Conrad v. Hötzendorff, der doch gewiß Interesse an dem Verlauf des Feldzuges hatte, wurde nicht ins Bild gesetzt. Clemens v. Delbrück erzählt, er sei bis Anfang 1915 im Dunkeln gehalten worden. (S. 144, 148.) In den deutschen Heeresberichten finden sich nur schwache Andeutungen, daß überhaupt gekämpft wurde. Erst am 10. September wurde der erste Bericht ausgegeben. Und wie lautete er: „Die östlich von Paris in der Verfolgung an und über die Marne vorausgegangenen Heeresteile sind aus Paris und zwischen Maux und Montmirail von überlegenen Kräften angegriffen worden. Sie haben in schweren zweitägigen Kämpfen den Gegner aufgehalten und selbst Fortschritte gemacht. Als der Anmarsch neuer starker feindlicher Kolonnen gemeldet wurde, ist ihr rechter Flügel zurückgebogen worden. Der Feind folgte an keiner Stelle. Als Siegesbeute dieser Kämpfe sind bisher 50 Geschütze und einige tausend Gefangene gemeldet.“ Den Verlust von Reims erfuhr das deutsche Volk so nebenbei am 20. September 1914. In einem Nebensatz des amtlichen Heeresberichtes heißt es: „Reims, das in der Front der Franzosen liegt.“

Nun wurde die Presse allerdings auch von den vom Kriegspresseamt veranstalteten Pressekonferenzen informiert, aber in welcher Weise:

Am 30. August 1914 ergeht die Anordnung: „Bei etwaigen Schlappen, die wir erleiden, darf die Schuldfrage, solange der Krieg dauert, nicht erörtert werden.“

Am 12. September 1914: „Auch nach dem strategischen Rückzug unseres Flügels südöstlich von Paris ändert sich absolut nichts daran, ‚daß die Lage nach wie vor zu den besten Hoffnungen berechtigt‘. Es ist sehr erfreulich, daß sich diese Tatsache diesmal binnen 12 Stunden durch neue Siegesberichte ausdrücklich bestätigt, es darf dies aber nicht als die Regel angesehen werden. Auf jeden Fall muß die Bevölkerung des Reiches felsenfestes Vertrauen zu unseren Führern und Truppen haben und lernen, die ungeschminkte Wahrheit ruhig zu ertragen.“

Am 16. (!) September 1914: „Der Generalquartiermeister von Stein befindet sich augenblicklich nicht im Großen Hauptquartier, sondern er weilt vorn bei den kämpfenden Truppen. Sein Schweigen ist nicht beunruhigend. Operative Bewegungen sind nach wie vor im Gange, es kann aber zurzeit nichts Näheres über sie gesagt werden. Von irgendeinem Siege unserer Feinde auf dem westlichen Kriegsschauplatz kann an keiner einzigen Stelle gesprochen werden. Nach allen in Berlin vorliegenden Meldungen haben wir begründete Ursache zu unbedingter Zuversicht. Auch an allen hohen militärischen Stellen besteht in gleicher Weise nach wie vor die Überzeugung vom endgültigen Sieg auf beiden Fronten.“

Am 22. September 1914: „Die allgemeine Kriegslage im Westen ist gut. Auf Grund taktischer Erfolge unserer Gegner hat dort niemals ein Rückzug oder Rückschlag stattgefunden. Die Bewegungen waren lediglich strategischer Natur, ohne Zwang durch den Feind, zur Vorbereitung neuer Erfolge.“

Am 23. September 1914: „Es muß neuerdings wiederholt werden, daß das Zurückgehen unserer Armeen in Frankreich an keiner Stelle unter dem taktischen Zwange des Feindes erfolgt ist. Auch jetzt, wo die Offensive wieder ergriffen ist, kann über die strategischen Gründe jener Maßregel in der deutschen Presse nichts gesagt werden, damit der Feind in der ihm sehr unbehaglichen großen Ungewißheit bleibe. Sobald die Entscheidung gefallen ist, werden alle Vorgänge im Zusammenhang klargestellt werden. Noch einmal wird betont, daß der Generalstab keine Niederlage verschweigt und unbedingtes Vertrauen verdient. Kein Gefecht ist bis jetzt, während die Entscheidung im Gange ist, für uns ungünstig gewesen.“

Und weiter am 23. September 1914: „Es wird der deutschen Presse empfohlen, die Lügenmeldungen aus dem feindlichen Heerlager über unsere angeblich schlechte militärische Lage jetzt zu sammeln und, nachdem die Entscheidung in Frankreich gefallen ist, sie in zusammenfassenden Artikeln den wirklichen Tatsachen entgegenzuhalten, damit das deutsche Volk ein deutliches Beispeil dafür erhält, wie wenig Grund es hat, sich während einer Nachrichtenpause, die von unserem Generalstab für notwendig gehalten wird, durch solche feindlichen Darstellungen beunruhigen zu lassen.“

Die Zitate stammen, ebenso wie die folgenden, aus Stenogrammen, die von Teilnehmern an den Pressekonferenzen aufgenommen sind. Sie sind zum Teil in dem Buche von Dr. Kurt Mühsam „Wie wir belogen wurden“ (Verlag Albert Langen, München) veröffentlicht, zum Teil mir aus dem Archiv der „Vossischen Zeitung“ zur Verfügung gestellt worden.

Auch später durfte der Schleier über die erste Marneschlacht nicht gelüftet werden. Im Jahre 1916 erschien im Verlage von Mittler & Sohn, Berlin, eine anonyme Schrift über ihren Verlauf. Sie wurde kon-

fisziert, der Nachdruck einer in der „Süddeutschen Korrespondenz" erschienenen Besprechung der Broschüre verboten.

Es ist von militärischer Seite häufig darüber geklagt worden, daß man in Deutschland den Mitteilungen der eigenen Heeresleitung weniger getraut habe als den feindlichen. War bei der „Rationierung der Wahrheit", wie es der Kronprinz nannte („Erinnerungen" S. 222), das Mißtrauen nicht erklärlich? Das deutsche Volk konnte kein Vertrauen haben, zumal es unter der zweiten O. H. L. nicht viel besser wurde. Von ihr wurde z. B. der ausführliche russische Bericht über die schwere Niederlage der Österreicher vom 11. Juni 1916 nicht zur Veröffentlichung zugelassen. Ein besonders charakteristisches Beispiel ist der Fall von Papen. Papen, früher Militärattaché in Washington, hatte in einem zweistündigen Vortrage dem General v. Falkenhayn erklärt: „Wenn es Ihnen nicht gelingt, die Vereinigten Staaten aus der Koalition unserer Feinde herauszuhalten, dann haben Sie den Krieg verloren; darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Die ungeheuren materiellen und moralischen Mittel, über die die Vereinigten Staaten verfügen, werden hier so wenig richtig eingeschätzt, daß es mir durchaus notwendig erscheint, die öffentliche Meinung in ganz anderer Weise darüber aufzuklären, als es bisher geschehen ist." General v. Falkenhayn war mit dieser Auffassung, weil sie der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges Schwierigkeiten bereitete, nicht einverstanden. Papen hielt darauf in gleichem Sinne dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär v. Jagow Vortrag. Jagow führte aus, es scheine ihm auf diesen Vortrag hin sehr angezeigt, die öffentliche Meinung durch die Presse in dieser von ihm für richtig gehaltenen Richtung etwas aufzuklären. Papen erklärte sich dazu bereit, mit den Pressevertretern, die in Berlin anwesend waren, zu sprechen und ihnen einen Vortrag über die Lage drüben zu halten. Dieser Vortrag konnte nicht stattfinden, weil der Chef des Generalstabes auf Veranlassung des Majors Nicolai, dem Chef der Nachrichtenabteilung, sein Einverständnis dazu nicht gab. Diesen Hergang hat Major v. Papen in seiner kommissarischen Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß am 16. April 1920 eidlich bekundet.

Hierbei kommen wir auf einen ganz besonders dunklen Punkt: Die Verschleierung in der U-Bootfrage. Wie vorweg bemerkt werden soll, war die Feststellung der versenkten Tonnage in den amtlichen Berichten einwandfrei. Die Veröffentlichungen der englischen Regierung nach dem Kriege haben das erwiesen. Bedenklicher war es schon, daß eine schrankenlose Agitation für den U-Bootkrieg begünstigt, den Warnern aber von der Zensur solche Schwierigkeiten in den Weg getürmt wurden, daß das Volk, um einen Ausdruck Bethmann Hollwegs zu gebrauchen, in „eine völlige U-Bootpsychose" versetzt wurde. „Die Macht der militärischen Zensur," so sagte Bethmann

Hollweg vor dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung aus, „wurde nicht eingesetzt, um diese Agitation (für den uneingeschränkten U-Bootkrieg) zu brechen, sie reichte aber hin, um jeden stärkeren Widerspruch gegen diese Agitation mundtot zu machen.“ Bethmann Hollweg hat alles versucht, um die überspannten Hoffnungen auf den U-Bootkrieg abzudämpfen. Er hat, wie er in einem Privatbrief vom 5. März 1916 an Staatssekretär v. Jagow schreibt, durchgesetzt, daß das Pressebureau vom Reichsmarineamt an den Admiralstab überging, und hat selbst bereits am 13. März 1916 dem Vertreter der Presse soweit reinen Wein eingeschenkt, als es mit Rücksicht auf das militärische Geheimnis möglich war, namentlich die umlaufenden Zahlen unseres Bestandes an U-Booten als „phantastisch“ zurückgewiesen. Diese Ungleichheit der Behandlung kann vielleicht damit entschuldigt werden, daß die militärischen Stellen auf Grund des Gutachtens ihrer Sachverständigen — deren Qualifikation allerdings mehr als zweifelhaft war — an einen Erfolg des U-Bootkrieges glaubten und in ihm die letzte Rettung sahen. Zur Not lassen sich auch Entschuldigungsgründe dafür finden, daß, wie die Auseinandersetzungen zwischen den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Struve, Dr. Gothein und dem Konteradmiral Brüninghaus sowie dem Admiral v. Capelle vor dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung gezeigt haben, die Marineleitung keineswegs gewillt war, dem Hauptausschuß des Reichstags ein wirkliches Bild von der Stärke und der Entwicklung der U-Bootwaffe zu geben. Daß aber das Volk auch noch in Illusionen gewiegt wurde, als ein Mißerfolg des uneingeschränkten U-Bootkrieges erkannt sein mußte und erkannt worden war, dafür gibt es keine Entschuldigung. Über das, was bis zum Winter 1917 offiziell und offiziös gedruckt und gesprochen wurde, soll hier nicht gerichtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkte kann der gute Glaube zugesprochen werden, daß England in absehbarer Zeit friedenswillig gemacht werden würde, nachher nicht mehr. Es konnte aus außenpolitischen Gründen vielleicht nicht eingestanden werden, daß man sich über die Wirkungen des U-Bootkrieges so radikal getäuscht hatte. Es war aber eine Irreführung, daß man weiter die Fiktion aufrechterhielt, daß „unter dem von Monat zu Monat steigenden Druck des U-Bootkrieges England völlig zusammenbrechen werde“. Es heißt z. B. in einem Vortrag, den der obenerwähnte Herr Brüninghaus, damals Kapitän zur See und Direktor im Reichsmarineamt, im April 1918 in verschiedenen Großstädten hielt: „Der Schiffsbau in Amerika hat sich als ein gänzlicher Versager erwiesen . . . Durch den Eintritt Amerikas in den Krieg hat sich so gut wie gar nichts geändert . . . Die wirtschaftliche Krise, die im vorigen Jahre in England einsetzte, droht, sich zu einer Katastrophe zu verschärfen . . . Ich glaube in voller Berechtigung

sagen zu können: In dem Kampf Schiffsbau gegen U-Boot bleibt das letztere Sieger. Seeraub kann den gegnerischen Zusammenbruch hinausschieben, aber nicht verhindern."

Die dritte O. H. L. hat mit dem üblen Brauch in den amtlichen Heeresberichten gebrochen. General Wetzell hat in seinem Anhang zu dem Gutachten des Obersten Schwertfeger die korrekten Methoden geschildert, nach denen die amtlichen Heeresberichte zusammengestellt wurden. Sie lassen für bewußte Schönfärberei keinen Raum. Daß Erfolge stärker unterstrichen wurden als Mißerfolge ist zu naheliegend, als daß es beanstandet werden könnte. Da zugleich die amtlichen Heeresberichte der Feinde veröffentlicht wurden, konnte sich jeder, der zu lesen verstand, ein Bild von der wahren Lage machen. Man lernte den wirklichen Sinn der Euphemismen, wie „Umgruppierung", „Abriegeln", „Abwehrsieg" und ähnliches verstehen. Der Ausdruck „Abwehrsieg" ist ja nun vielfach als Irreführung bezeichnet worden. Mit Unrecht. Man kann Pierrefeu, der ja die amtlichen Heeresberichte auf französischer Seite zu redigieren hatte, beistimmen, wenn er in seinem Buche „Plutarque a menti" (Plutarch hat gelogen) schreibt:

„Das einfache Lesen (dieser Heeresberichte) gibt immer den Eindruck, daß in dem besten aller möglichen Kriege alles zum Besten steht. In der langen Reihe der Heeresberichte ist nicht ein einziger, der nicht mit einem Erfolge schließt und nicht den Ton einer gewissen Genugtuung hat, welches auch immer die Rückschläge, die er verzeichnet, gewesen sein mögen. Die Literatur der amtlichen Heeresberichte, der man zur Not eine tendenziöse Färbung zugestehen kann, gibt mehr, wie man glaubt, die wirkliche Empfindung des Generalstabs wieder. Der theoretische Zweck des Krieges ist die volle Zerstörung des Feindes. Dieses Ideal wird nun, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht erreicht. Da der Plan, den man dem Sieger untergeschoben hat, nicht voll geglückt ist, hat der Gegner, so schlecht es ihm auch gegangen sein mag, immer Grund, zu behaupten, daß er den feindlichen Plan zum Scheitern gebracht habe, was ja auch eine Art von Erfolg ist."

Denselben Gedanken spricht Feldmarschall Conrad im vierten Band seines Buches „Aus meiner Dienstzeit" aus, wenn er schreibt:

„Die hergebrachten kriegsgeschichtlichen Werke, die in die Welt zu setzen vor allem der Sieger sich beeilt, sind geeignet, falsche Vorstellungen zu erzeugen. Sie schildern die Geschehnisse als eine ununterbrochene Kette siegreichen Heldentums und glorreicher Erfolge. Nur hie und da erscheinen Detailberichte einzelner Mitkämpfer, die den Schleier lüften und das wahre Antlitz des Krieges zeigen; aber sie verschwinden unter dem glänzenden Bilde der offiziellen Darstellung."

Im Gegensatz zu den amtlichen Heeresberichten waren die offiziösen Stimmungsberichte des WTB von Schönfärberei übersättigt. Sie schadeten im In- und Auslande. So schrieb die gewiß nicht deutschfeindliche „Basler Nationalzeitung“ am 13. August 1918: „Man hatte nicht erwartet, daß eine Nation, die so außerordentlich militärische Erfolge erzielt hat, es nicht nötig hätte, derart umzubiegen.“ Wobei zu bemerken ist, daß die Nation an den Schönfärbereien unschuldig ist. Ludendorff hat diese Berichte preisgegeben; er gibt aber auch zu, daß er sie zu spät habe einstellen lassen. Auch auf den Pressekonferenzen wurde weiter Versteck getrieben. Nach der amerikanischen Kriegserklärung veröffentlichte das Kriegspresseamt drei Denkschriften, deren Verbreitung die bayerische Kriegspressestelle ablehnte. Sie begründete diese Ablehnung damit, daß sie über eine so große und nahe Gefahr nicht so leicht hinweggehen könne. Major Nicolai gab, wie Binder („Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften“ S. 30) erzählt, den Befehl zur Veröffentlichung! Er konnte nur mit Mühe überzeugt werden, daß er zu diesem Befehle nicht befugt sei.

Dann kamen die amerikanischen Truppentransporte nach Europa. Ihre Zahl war natürlich der Entente genau bekannt; militärische Gründe, sie in Deutschland geheimzuhalten, lagen also nicht vor. Trotzdem durfte ihre Zahl in deutschen Zeitungen nicht genannt werden. Am 17. Mai 1918 wurde auf der Pressekonferenz bekanntgegeben:

„Die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen sind nach zuverlässiger amtlichen Ermittelungen auf rund 10 Divisionen Kampftruppen zu schätzen. An der Front sind allerdings nur 4 Divisionen. Die Gesamtzahl aller wirklich verwendungsfähigen Truppen beträgt mit Einschluß der in den Etappen befindlichen höchstens 150—200 000 Mann. In Pressebesprechungen kann darauf hingewiesen werden, daß Amerika die gestellten Erwartungen nicht erfüllt hat und unsere Berechnungen durchaus zutreffend gewesen sind. Um den Gegner nicht wissen zu lassen, wie gut wir informiert sind, dürfen die obigen Zahlen unter keiner Bedingung genannt werden.“

Am 19. Juli 1918 erklärte Major Würz zu den amerikanischen „Prahlereien“, daß eine Million Amerikaner auf dem Kriegsschauplatz seien: „Einen Einfluß auf die Entscheidung der Westfront können sie nicht ausüben, selbst wenn sie eine Million da haben. Im übrigen kommt es auf die Zahl nicht an, sondern auf die Durchbildung der Truppen.“ Trotzdem durfte die Zahl nicht veröffentlicht werden.

Wir kommen nun zu der entscheidenden Phase des Weltkrieges: Zur großen Offensive. Sie spiegelt sich in den offiziösen Pressekonferenzen wie folgt:

Am 6. Juni 1918 verkündet das offiziöse WTB: „Die stolze Manövrierarmee der Entente, an die sich die kühnsten Erwartungen der Feinde knüpften, besteht als solche nicht mehr.“

Am 8. Juni 1918 wird auf der Pressekonferenz mitgeteilt: „Die Operationsarmee des Generals Foch ist lahmgelegt; der Feind besitzt keine Möglichkeit mehr, die Offensive zu ergreifen."

Am 11. Juni 1918 heißt es im WTB: „Der große Sieg des Deutschen Kronprinzen, der einen weiteren bedeutenden Teil der Kampfkraft und der Kampfmittel der Entente zertrümmerte, hat zugleich die Auflösung und völlige Zersplitterung der Fochschen Manövrierarmee herbeigeführt."

Am 19. Juni 1918 erhält die Presse folgende verfängliche und rätselhafte Instruktion:

„Gegenüber der in der französischen Presse jetzt betätigten Friedensoffensive ist hier dringende Vorsicht und Zurückhaltung geboten, da das Ziel der Franzosen augenscheinlich nur dahin geht, durch Vortäuschen ihrer Friedensbereitschaft uns zu veranlassen, amtliche Erklärungen über unsere Friedensbereitschaft und Friedensbedingungen zu erlangen. Dabei ist zu bemerken, daß Frankreich und England nach wie vor der festen Ansicht sind, daß nur ein geschlagener Gegner Friedensanerbieten macht. Wir dürfen die Friedensartikel der französischen Presse nicht ernst und nicht als wahr hinnehmen, und müssen in unserer Presse immer darauf hinweisen, daß, solange Männer wie Clémenceau, Lloyd Georges und Wilson an der Spitze der gegnerischen Regierung stehen, die Friedensfreunde niemals ihr Ziel erreichen werden."

Am 25. Juni 1918 wird in der Pressekonferenz der „Vorwärts" gerüffelt, weil er die bekannte Rede Kühlmanns, die zu seinem Sturze führte, mit der Überschrift: „Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung" gebracht habe. Major Würz fügte hinzu: „Im Auftrage der O. H. L. ergeht folgende Mitteilung an die Presse: Ihre Verbreitung schädigt die siegreiche Beendigung des Krieges, erschüttert die berechtigte zuversichtliche Kampfentschlossenheit in der Heimat und im Heer und belebt den Widerstandsgeist im feindlichen Lager. Die O. H. L. ist nach wie vor von dem siegreichen Ausgang der militärischen Kämpfe überzeugt. Daß die militärischen Erfolge politisch ausgenutzt werden müssen und der militärische Kampf politisch unterstützt werden muß, ist selbstverständlich. Die Erörterung einer anderen Auslegung der Rede des Staatssekretärs ist unzulässig."

Am 19. Juli 1918, spätestens aber am 10. August 1918, war der Augenblick gekommen, reinen Wein einzuschenken, wenn es auch nur in der Form geschehen wäre, die 1806 nach der Niederlage von Jena gewählt worden ist: „Der König hat eine Bataille verloren; Ruhe ist jetzt die erste Bürgerpflicht." Das geschah nicht. Kronprinz Wilhelm berichtet „Erinnerungen" (S. 219), daß er Herrn v. Heydebrand u. der Lasa im Juli 1918 geschildert habe, wie seit langer Zeit an der Westfront ein Verzweiflungskampf mit ermüdeten und erschöpften Truppen gegen eine riesige Übermacht geführt werde.

Dieser habe darauf geradezu erschüttert erklärt, man habe ihn und seine Partei in Berlin völlig unrichtig orientiert. Oberst Bauer verlangt in seinen Bemerkungen zur Denkschrift des Majors Niemann vom 20. Juli 1918 „Rückkehr zur Wahrheit“ (Bd. 2 dieser Reihe, S. 219), wir mußten wieder wahr werden.

Was geschieht aber statt dessen? Am 19. Juli 1918 lautet die Information auf der Pressekonferenz:

„Es liegt kein Anlaß vor, die Lage beiderseits Reims als einen Mißerfolg zu betrachten, auch wenn das gestellte operative Ziel nicht erreicht und der Einsatz starker feindlicher Reserven bei Soissons örtliche Erfolge einbrachte.“

Am 29. Juli 1918 erhält die Presse folgende Information:

„Die am weitesten bis zur Marne vorgeschobenen Truppen der Armee Boehn sind ungefähr 10 bis 12 Kilometer in neue Stellungen zwischen der Marne und Vesle zurückgenommen worden. Der Heeresbericht wird die Meldung erst dann bringen, wenn der Gegner die rückwärtige Bewegung gemerkt hat. Vorher darf davon nichts verlauten.“ Bis dahin ist die Instruktion natürlich berechtigt. Es heißt dann aber weiter: „Wenn die Entente diese Bewegung, wie voraussichtlich, zu einem großen Erfolge aufbauscht, so liegt die dringende Notwendigkeit vor, durch die Presse auf eine richtige Beurteilung einzuwirken und das Publikum zu beruhigen. Wir hatten beabsichtigt gehabt, den durch unseren Vorstoß bis zur Marne reichenden Sack durch einen Doppelstoß bei Reims zu beseitigen und die Verbindung mit unserer Champagnefront herzustellen. Diese Absicht konnten wir nicht erreichen. Wir mußten die Offensive, der das Überraschungsmoment fehlte, zur Vermeidung von Verlusten einstellen. Der feindliche Durchbruchsversuch zwischen Reims und Soissons wurde abgeschlagen, so daß beide Parteien ihre Operationsabsichten nicht erreicht haben. Bei der Betrachtung der Lage darf dies aber von den deutschen Plänen nicht erwähnt werden, wohl aber soll es auf feindlicher Seite besonders stark betont und hervorgehoben werden. Seit dem 19. Juli hat sich eine ganz neue Lage herausgebildet. Aus Schonungsrücksichten haben wir auf die Durchführung unserer Pläne freiwillig verzichtet, der Gegner versucht sie aber trotz aller seiner Mißerfolge unter gewaltigem Kräfteeinsatz immer wieder zu erreichen. Durch sehr verlustreiche Massenvorstöße erfolgte eine starke Schwächung der feindlichen Kräfte, während wir aber uns günstige taktische Verhältnisse für die zu erwartenden weiteren feindlichen Angriffe schaffen wollen. Gezwungen durch seine schweren Verluste, mußte der Feind seine Vorstöße zunächst einstellen, und wir konnten auf die kürzere Sehnenstellung zurückgehen. Wir haben den Vorteil der kürzeren Front, der Truppenersparnis und der verbesserten rückwärtigen Verbindungen. Jedenfalls muß die Presse vor einer falschen Bewegung des reinen Geländebesitzes warnen. Für die Fortführung der Schlacht hat sich

unsere Lage wesentlich verbessert. Die Kampfespause ist ein Beweis für die Höhe der feindlichen Verluste, und damit ist der ganze Zweck der Operationen für uns erreicht, wenn auch auf anderem Wege als ursprünglich beabsichtigt. Wie schwer die Verluste des Feindes sind, kann man daraus ersehen, daß der Gegner aus Mangel an Mannschaften 5—6 Divisionen ganz auflösen mußte und die übrigen Verbände nur durch Zuteilung schwarzer Bataillone aufrechterhalten konnte. Der Ausgang des Kampfes hängt nicht davon ab, ob der Feind einige Kilometer mehr oder weniger Gelände besitzt, sondern davon, daß der Gegner immer weitere schwere Opfer darbringen muß, ohne sein Ziel zu erreichen. In dem allgemeinen Operationsplan, wie wir ihn im Winter festgelegt haben, tritt durch die jetzigen Ereignisse keine Änderung ein, er wird planmäßig durchgeführt. Dies darf aber in der Presse nicht erwähnt werden. Auch darf nicht gesagt werden, daß unsere Heeresleitung in kurzer Zeit zu neuen Schlägen an anderer Stelle ausholen wird, daß ihr noch starke Truppen zu anderen Unternehmungen zur Verfügung stehen. Dagegen muß betont werden, daß die jetzige Frontverkürzung lediglich eine taktische Maßnahme ist, durch die unsere strategische Gesamtlage nicht verändert wird. Sie ist nach wie vor günstig. Die Presse muß das volle Vertrauen zur Führung Hindenburgs und Ludendorffs im Volke stärken und hierdurch die Erlangung des Endsieges fördern. Dem schädlichen Einfluß der Ententepropaganda ist entgegenzuarbeiten."

Am 2. August 1918 wird von einer „planmäßigen Rückwärtsschwenkung" gesprochen. Es heißt dann weiter: „Wir sind stehengeblieben, wo wir stehen bleiben wollten und gewichen, wo wir ausweichen wollten. Wir wandten damit die Lage zu unseren Gunsten, die Fortsetzung der feindlichen Angriffe ist erwünscht."

Am 10. August 1918 wird der Presse gestattet, den „teilweisen" Erfolg der Engländer vom 8. August zuzugeben, doch dürfe der taktische Erfolg nicht allzusehr betont werden.

Am 13. August 1918 wird der Presse erzählt, daß unsere günstige strategische Lage durch die jetzige Schwenkung kaum beeinflußt worden sei.

Am 13. September 1918 wird mitgeteilt, daß die Verkürzung der Front die Möglichkeit gäbe, einige Schläge auszuteilen.

Am 23. September 1918 und ähnlich am 28. September 1918 wird erzählt, daß der Verlauf der jüngsten Operationen von neuem Anlaß zur Zuversicht gäbe.

Am 16. Oktober 1918 wird die Presse gebeten, nicht alles schwärzer hinzustellen als es in Wirklichkeit sei. Auch gestern sei ein voller Abwehrsieg errungen worden.

Die Wünsche, die auf der Pressekonferenz ausgedrückt wurden, waren Befehle, die befolgt werden mußten. Die Zeitungen mußten daher die offizielle Stimmungsmache unterstützen. Dazu trat dann die

Zensur, die von Heer, Marine, Auswärtigem Amt, den verschiedenen Ministerien, auch vom Reichsernährungsamt, Reichsbekleidungsamt usw. teils direkt, teils mit Hilfe der verschiedenen Oberzensurstellen ausgeübt wurde. Die Debatten im Reichstage und in den Parlamenten der Bundesstaaten über das Wirken der Zensur haben ein so reiches Material dafür erbracht, wie sie gehandhabt wurde und wie die Stellen gegeneinander arbeiteten. Oder richtiger, wie die Zensur in einer ganz bestimmten, den militärischen Auffassungen entgegenkommenden Richtung vorging, auch wenn die beanstandeten Artikel der Politik der Regierung entsprachen. Der Abg. Heile hat dafür vor dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung ein sehr charakteristisches Beispiel gegeben.

Auch das obenerwähnte Buch Mühsams bringt eine reiche Auslese von Zensurverfügungen; eine ganze Reihe von ihnen, auch viele von denen, durch die sich die Presse beschwert fühlte, waren berechtigt. Aber nur allzu häufig wurde die Zensur mißbraucht, um unbequeme Wahrheiten zu unterdrücken. Die Vertuschungsversuche waren oft überaus töricht. So, wenn man Mitteilungen über den Austausch gefangener Prinzen und anderer hoher Herrschaften, einschließlich des Schauspielers Moissi, verbot, Besprechungen über allzu hohe Kriegsgewinne, wie in den Fällen des Herrn v. Behr-Pinnow, der Daimler-Werke, der Mannesmann-Werke unterdrückte und ähnliches mehr. Die Dinge sprachen sich doch herum und schadeten im unterirdischen Geraune weit mehr, als wenn sie öffentlich besprochen worden wären. Eine ganz unverständliche Anordnung war es auch, daß am 6. Februar 1917 verboten wurde, den U-Bootkrieg als „Aushungerungs“- und „Vergeltungs“krieg darzustellen und anordnete, ihn nur als ein Mittel der Kriegsabkürzung zu bezeichnen. Damit wurde der Presse die Möglichkeit genommen, nachzuweisen, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg völkerrechtlich, nämlich als Repressalie, berechtigt sei.

Es soll nun eine Auslese von Zensurverboten folgen, aus denen weiter hervorgeht, daß der Öffentlichkeit die Wahrheit vorenthalten werden sollte, obwohl militärische Gründe und die Rücksicht auf das feindliche Ausland keine Rolle spielen konnten. Folgende Mitteilungen wurden verboten:

Am 26. August 1915 die Kapitulation Deutsch-Togos; am 9. September 1915 die Meldung, daß Admiral Behncke zurückgetreten sei; am 4. Oktober 1915 die Überschrift: „Die Kämpfe um Czernowitz“; am 1. Februar 1916 die Mitteilung aus Lugano über ein erneutes Bombardement Mailands durch österreichisch-ungarische Flugzeuge; der Abdruck und die Besprechung des Friedensmanifestes der Kienthaler Konferenz; am 17. Januar 1917 eine Meldung der „Agence Havas“ aus Cadix, daß der englische Zerstörer „Dauphin“ berichtet habe, er habe

„U 56" versenkt; am 6. Februar 1917 eine Mitteilung, daß nach in London eingetroffenen Telegrammen die deutschen Zeitungen New Yorks erklären, daß sich die Deutschen in erster Linie als Amerikaner betrachten; am 10. Februar 1917 eine Meldung der englischen Admiralität, daß die „City of Birmingham" ohne Warnung versenkt worden sei; am 23. April 1917 eine Meldung der englischen Admiralität, daß zwei Lazarettschiffe ohne Warnung torpediert worden seien, und daß von nun an auf den englischen Lazarettschiffen deutsche Verwundete an Bord genommen würden. Verboten wurde ferner eine Mitteilung über eine internationale Seemannskonferenz in London, an der auch Vertreter neutraler Staaten teilnahmen, die wegen des U-Bootkrieges einen Boykott der deutschen Seeleute auch nach dem Kriege beschloß und verlangte, daß die deutschen U-Bootkommandanten und ihre Mannschaften nach Beendigung des Krieges vor Gericht gestellt würden.

Am interessantesten ist natürlich das Wirken der Zensur nach dem Scheitern der großen Offensive. Es wurde verboten am 17. August 1918 eine Mitteilung des „Petit Parisien" unter dem Titel „Ludendorff und Ballin". Sie lautete: „Nachdem die Waffen im Westen den Frieden nicht gebracht haben, wird Kaiser Wilhelm, der niemals alles auf eine Karte setzte, alle diejenigen zu Rate ziehen, die in der letzten Zeit, während das Schwert redete, geschwiegen haben: die Naumann, Harden, Kühlmann, sowie alle Sozialisten und Liberalen. Alle diese werden die Argumente Ballins für Verständigung mit Amerika und England billigen, falls die Freiheit der Meere und Meistbegünstigungsklausel zu erreichen ist. Auf Eroberungen will Ballin verzichten. Ebenso will er die Demokratisierung herbeiführen, um das Vertrauen der Entente zu gewinnen. Das Blatt meint, Frankreich müsse gegen diese neue Friedensoffensive gerüstet sein, da Ballin genau so imperialistisch wie Ludendorff sei, nur wolle er sich mit der heimlichen Vorherrschaft Deutschlands begnügen, und seine Mittel seien andere."

Am 22. August 1918 eine Meldung aus London: „Tag und Nacht gehen Truppen nach dem Festland ab. Nach der Meinung der englischen Militärkritiker wird England im September das nicht mehr zu überbietende Höchstmaß seiner militärischen Leistungsfähigkeit erreicht haben. Für August sind noch über 200 000 Einberufungsbefehle ausgegeben worden. Der Krieg geht nach der Ansicht Londoner Börsenkreise seiner Entscheidung rasch entgegen."

Am 30. August 1918 eine Meldung des „Echo de Paris": „Die militärische Lage nähert sich ihrer ersten großen Entscheidung. Die Alliierten sind im Besitz absoluter Überlegenheit an Mannschaften und Artillerie. Marschall Foch hat die Befreiung des französischen Bodens vom Feinde innerhalb sechs Monaten verbürgt."

Gleichfalls am 30. August 1918 eine Meldung des „Petit Parisien“: „Der Hauptschlag wird durch die Amerikaner erfolgen. Die Operationen der englisch-französischen Armee hätten nur den Zweck, den Keulenschlag vorzubereiten, mit dessen Ausführung die amerikanischen Freunde betraut sein würden. In dieser großen Aufgabe, die den Amerikanern zugedacht sei, liege eine Art Selbstverleugnung.“

Am 31. August 1918 zwei Meldungen aus Paris: 1. „Die hiesigen Militärkritiker teilen mit, daß den Alliierten noch eine Million Mann Reservetruppen zur Verfügung stehen.“ 2. „Marschall Foch teilte einigen Gemeindevertretern mit, er stehe nunmehr vor dem endgültigen Schlage zur dauernden Befreiung Frankreichs.“

Am 27. September 1918 folgende Meldung: „Der Pariser Vertreter der „Basler Nachrichten“ hatte eine Unterredung mit Marschall Foch, in deren Verlauf dieser erklärte: ‚Wir stehen noch nicht am Rhein, aber wir werden dahin kommen, wenn wir uns genügend Zeit lassen und den Gegner weiter zu schlagen versuchen.‘“

Am 3. Oktober 1918 eine Meldung des „Züricher Anzeigers“: „Obgleich die alliierte Offensive im Westen schon jetzt ins Riesenhafte gewachsen ist, nämlich was die Zahl der beteiligten Streiter betrifft, so müsse man sich noch auf eine weitere Steigerung gefaßt machen. Daran ist wohl nicht mehr zu zweifeln, daß die Entente nunmehr die Kriegsentscheidung um jeden Preis und mit allen Mitteln herbeiführen will, und daß sie jetzt die letzten Trümpfe restlos einsetzen wird.“

Zu diesen Verschleierungen traten offensichtliche Fälschungen. Einige Beispiele dafür (die verbotenen Stellen sind in Klammern gesetzt):

Am 22. Mai 1918: „Die ‚Times‘ melden aus Washington, daß die Vereinigten Staaten und die Regierungen der Alliierten über die Verhandlungen unterrichtet sind, die zum Abschluß eines [Offensiv-] Bündnisses zwischen China und Japan [gegen Deutschland] geführt haben.“

Am 29. Juli 1918 eine Meldung aus Zürich: „Bei einer Würdigung des Gesamtergebnisses der letzten Kämpfe im Westen anerkennt die Presse der alliierten Länder, daß die Deutschen ihre Reserven [ebenso] wenig verzettelt haben [wie die Alliierten]. Sie gibt auch zu, daß die eigenen Verluste sehr schwer sind, und läßt die Möglichkeit offen, daß die deutsche Heeresleitung [nochmals] versuchen werde, die Initiative des Angriffs wieder zu beginnen.“

Am 21. Oktober 1918 eine Meldung aus Paris: „Es ist eine Täuschung, anzunehmen, daß die innere Lage Österreichs so schlecht sei, um zu einer nahen Katastrophe zu führen, [aber der Zerfall Österreichs stehe bevor].“

Gleichfalls am 21. Oktober 1918 eine Meldung aus Paris: „[Eine Havasnote besagt, daß alle französischen Blätter den Sieg in Flandern feiern und die Befreiung eines Teiles belgischer Erde vom Feinde begrüßen.] Die französische Militärkritik ist [jedoch] etwas verwundert, warum man den Feind entkommen ließ, denn die Zahl der Gefangenen sei gering und die Materialbeute nicht nennenswert."

Am 22. Oktober 1918 eine Meldung aus Wien: „Hier ist man durch die Note Wilsons peinlich überrascht worden, nachdem man über die Grundlage derselben schon längst anders und gut unterrichtet zu sein glaubte. [Man scheint sich in Österreich-Ungarn jetzt für den Gedanken einer bedingungslosen Kapitulation schon vertraut gemacht zu haben.]"

Am 23. Oktober 1918 eine Meldung aus Paris: „Der ‚Temps' meldet: Der französische Heeresausschuß vertagte die Frage der Musterung des Jahrganges 1901 bis zum 1. November. [Der Kriegsminister stellte bis dahin wichtige Entscheidungen in Aussicht.]"

Die Beispiele können natürlich noch sehr vermehrt werden. Die gegebenen reichen aber aus, um nachzuweisen, daß nicht das Ungeschick einzelner nachgeordneter Stellen an allen diesen Klitterungen, Beschönigungen, Verschleierungen, Verdrehungen schuld ist, sondern daß konsequent nach einem System gearbeitet wurde.

Wie sah es nun bei unseren Feinden aus? Obwohl die Methoden unserer Feinde nicht eigentlich zum Thema gehören, müssen sie doch geprüft werden, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als wäre in Deutschland alles schlecht, drüben aber alles gut gewesen.

Auch in England wurden unbequeme Dinge verschwiegen. So z. B. die deutsche Friedensresolution, wie ich in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" geschildert habe, der in Band 3 dieser Reihe, S. 369 f., abgedruckt worden ist. Auch die Berichterstattung über Zeppelinangriffe und U-Bootkrieg war lügenhaft. Der Kritik, auch der Kritik an militärischen Dingen, war aber ein weiter Spielraum gelassen. General French konnte schon sechs Monate nach seinem großen Rückzuge in Flandern ihn genau in der „Morning Post" schildern. Ich erinnere mich, um dieselbe Zeit in einer englischen Zeitung, deren Name mir leider entfallen ist, einen Soldatenbrief gelesen zu haben, in dem es heißt: „Niemals sind wir so gelaufen wie damals." Trotzdem war es auch in England gefährlich, die Wahrheit zu sagen. Das Schicksal Morels zeigt es. Das Nähere darüber kann man in der Schrift Brentanos, Der Weltkrieg und E. D. Morel (Düsseldorf, Drei Masken Verlag) nachlesen. Das englische Prinzip war, die Dinge schwärzer hinzustellen als sie wirklich waren. Das Volk wurde tagtäglich darauf hingewiesen, wie sehr der U-Bootkrieg England bedrohe, und daß es alles tun müsse, um Kohlen, Lebensmittel usw. sowohl im eigenen Interesse wie in dem der Verbündeten zu sparen. Auch die Ernährungsschwierigkeiten, die

Schlangen vor den Kaufläden, die Beunruhigung der Bevölkerung waren ausführlich in den Zeitungen geschildert worden. „John Bull“, das Blatt des berüchtigten Bottomley, konnte sogar mit der Revolution drohen, wenn die Lebensmittel nicht besser rationiert würden. Zahlreiche Beispiele für die englische Methode finden sich z. B. in der von der Auslandsstelle des Kriegspresseamtes zusammengestellten Schrift: „Die Entwicklung des U-Bootkrieges seit Herbst 1917“ (Berlin, Norddeutsche Verlagsanstalt, 1918).

Im allgemeinen hat sich das englische Prinzip bewährt. Das ist auch indirekt in Deutschland anerkannt worden. An die deutschen Zeitungen erging vom Kriegspresseamt folgende Instruktion: „Die Schwarzmalerei der feindlichen Presse, besonders der englischen, beruht häufig auf wohlerwogener Berechnung. Tritt die Voraussage ein, so wird sie erheblich weniger Erschütterung verursachen; tritt sie nicht oder wenigstens nicht in dem befürchteten Umfange ein, so wird dies benutzt, um nun in wirkungsvollem Gegensatz die Behauptung glaubhaft zu machen, daß die Deutschen ihr Ziel nicht erreicht, also einen Mißerfolg erlitten hätten. In jedem Falle kommt eine für unsere Gegner vorteilhafte Wirkung heraus.“

Die französischen Heeresberichte waren, wie Pierrefeu selbst offen zugesteht, in keiner Weise ein Muster von Wahrheitsliebe. Die Zensur wütete in Frankreich ebenso wie bei uns. So wurde z. B. in der Antwort Wilsons auf die Papstnote die Stelle über Elsaß-Lothringen von der ganzen französischen Presse, also offenbar auf Anordnung von oben, unterdrückt. Es ist bekannt, daß Clémenceau sein Blatt „L'homme libre“ (der freie Mensch) in „L'homme enchaîné“ (Der gekettete Mensch) umtaufte, weil er wegen seiner Kritiken ewigen Verfolgungen ausgesetzt war. Wenn die Irreführung der öffentlichen Meinung in Frankreich, die, wie aus vielen Symptomen gefolgert werden kann, mindestens ebenso stark war wie in Deutschland, doch nicht den Schaden angerichtet hat wie bei uns, so liegt das erstens daran, daß die Franzosen zum Schluß gesiegt haben und daher letzten Endes durch optimistische Berichterstattung nicht irregeführt worden sind, zweitens aber auch daran, daß die Deutschen 80 km vor Paris standen und die Schlachten auf französischem Boden ausgefochten wurden. Der Ernst der Lage wurde daher jedem Franzosen tagtäglich deutlich vor Augen geführt; er wußte, daß er nicht nur ausharren, sondern auch alle Kräfte einsetzen mußte, um den heiligen Boden der Heimat vom Feinde zu befreien. So paradox es klingt: Man geht mit der Behauptung nicht fehl, daß die Folgen der deutschen Niederlage voraussichtlich nicht so katastrophal gewesen wären, wenn sie auf deutschem Boden erlitten worden wäre.

Anhang II

Die Gegensätze im Innern als Grund der Niederlage

Das dritte Buch des Generals Ludendorff „Krieg und Politik" ist eine leidenschaftliche Anklage gegen die politische Leitung, die die Kriegführung kontrekariert, zum mindesten nicht genügend unterstützt habe und zu schwach gewesen sei, die innere Uneinigkeit zu einem gemeinsamen Ziele zusammenzufassen. Dadurch sei die Niederlage verschuldet worden.

Was den ersten Vorwurf betrifft, so sind dieselben Anklagen auch im französischen Hauptquartier niemals verstummt. Pierrefeu schreibt in seinem Buche „Plutarque a menti" (Plutarch hat gelogen), daß man dort den überragenden Einfluß der deutschen O. H. L. mit Neid gesehen habe. (Seite 227/28.) Es ist nicht Aufgabe dieses Gutachtens, auf die Gegensätze zwischen militärischer und politischer Leitung einzugehen.

Der zweite Vorwurf, der für den Zusammenbruch die sogenannten Mehrheitsparteien, d. h. Zentrum, Fortschrittliche Partei, Mehrheitssozialisten (so genannt, weil sie im Juli 1917 die Majorität für die Friedensresolution bildeten und seitdem in einer Art Arbeitsgemeinschaft standen) und die Unabhängigen Sozialdemokraten ausdrücklich verantwortlich macht, ja, sich sogar dazu versteigt, zu behaupten, diese Parteien hätten ihn absichtlich herbeigeführt, kann bei Prüfung der Frage, ob das Heer einem Dolchstoß der Heimat erlegen sei, nicht übergangen werden. Allerdings gehören diese Anklagen erst im weiteren Sinne zum „Dolchstoß von hinten"; sie sind daher in einen Anhang zu verweisen. Dabei war die Friedensresolution selbst, als bereits in einem anderen Gutachten behandelt, auszuschalten.

Um die inneren Gegensätze während des Krieges zu verstehen, ist zunächst ein Blick auf die politischen Zustände in Deutschland bei Ausbruch des Krieges zu werfen. Wie in allen Staaten der Welt bestanden naturgemäß auch in Deutschland die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen den Industrien der Urproduktion und der Halbfabrikate einerseits und denen der Fertigfabrikate andererseits, ebenso die politischen Gegensätze, die das Widerspiel der konservativen, demokratischen, sozialdemokratischen und klerikalen Weltanschauung erzeugt. Deutschlands einheitlicher politischer Wille litt weiter ein wenig durch den bundesstaatlichen Charakter des Reiches, der ein einzelstaatliches Staatsgefühl verlangte und schuf, das vielfach das deutsche Staatsgefühl auf die zweite Stelle verwies. Das war letzten Endes aber ebenso unbedenklich wie der Gegensatz zwischen Nord und Süd, der in Frankreich mindestens ebenso stark ist und von dem zwischen Paris und der Provinz noch übertroffen

wird. Viel schwerer wog es, daß die deutsche Regierungskunst nicht vermocht hatte, die sprachlichen Minderheiten: Polen, Dänen, Franzosen, ja nicht einmal die deutschsprechenden Elsässer für die Idee des Deutschen Reiches zu gewinnen. Aber auch die anderen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs und Italiens, krankten an solchen Wunden. Die Habsburger Monarchie wurde überhaupt nur durch das Kuriosum zusammengehalten, daß derselbe Herrscher über zwei Menschenalter auf dem Throne saß. Belgien hatte die Flamenfrage, die Türkei die armenische, das britische Weltreich die irische, die ägyptische und die indische.

Das starke politische Gerüst der Staaten zeigt also bei Beginn des Krieges überall mehr oder minder dieselben schwachen Stellen. In Einem aber unterscheiden sich die politischen Verhältnisse in Deutschland wesentlich von denen unserer Gegner, mit Ausnahme des zaristischen Rußlands: unsere Gegner wurden parlamentarisch regiert, das Deutsche Reich und die Bundesstaaten konstitutionell. Die Natur des parlamentarischen Regimes bringt es mit sich, daß die politischen Beamtenstellen mit Angehörigen der regierenden Partei besetzt werden. Das konstitutionelle System steht theoretisch über den Parteien. Trotzdem hatten sich die Verhältnisse so entwickelt, daß, ganz besonders in dem führenden Bundesstaat Preußen, nicht nur die politischen Stellen ausschließlich mit Anhängern der Konservativen Partei, äußerstenfalls mit rechtsstehenden Nationalliberalen, besetzt wurden, sondern daß auch den nichtpolitischen Beamten die Aussicht auf Beförderung so gut wie abgeschnitten war, wenn sie sich in einer anderen politischen Richtung betätigten. Nur für die Zentrumsanhänger bestand in überwiegend katholischen Gegenden diese Gefahr nicht. Der von Regierungsseite, sogar von der Parlamentstribüne herab, dreist abgeleugnete Ausschluß der Juden soll nur erwähnt werden; bei ihrer verhältnismäßig geringen Zahl fällt er nicht ins Gewicht. Die Verwaltung arbeitete rein technisch vorzüglich. Die schlimme Folge dieser Entartung des konstitutionellen Systems lag jedoch darin, daß die nicht herrschenden Parteien, denen jede Aussicht fehlte, jemals zur Regierung zu kommen, in eine fruchtlose und verantwortungslose Opposition gedrängt wurden. „Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen“ mußte ihre zugkräftige Parole werden; die Steuerscheu, unter der wir vor und im Kriege litten und noch heute leiden, ist die traurige Erbschaft des konstitionellen Systems.

Das Gefährlichste aber war der politische und gesellschaftliche Boykott der Demokraten. Schon die bürgerlichen Demokraten hatten einen schweren Stand. Die Sozialdemokraten wurden systematisch von allen Ämtern ausgeschlossen. Die Behörden gingen aber noch weiter. Ich selbst bin gerüffelt worden, weil ich als Reichstagskandidat der Freisinnigen Vereinigung die Sozialdemokraten nicht

energisch genug bekämpft hätte: der bekannte Führer der Hamburger Freisinnigen, Dr. Braband, mußte den Rock als Reserveoffizier ausziehen, weil er keine Stichwahlparole gegen die Sozialdemokraten ausgegeben hatte! Diese Ächtung eines sehr großen Teils der Arbeiterschaft, zu der die Verfolgung der Gewerkschaften mit Ausnahme der Gelben sowie eine einseitige Bevorzugung der Unternehmer bei Lohnbewegungen durch den sog. Schutz der Arbeitswilligen trat, mußte in ihr trotz der sozialen Gesetzgebung eine furchtbare Verbitterung erzeugen, sie verhindern, sich, um ein Wort Friedrich Naumanns zu gebrauchen, in die Luft des Deutschen Reiches einzugewöhnen.

Die entrechteten Volkskreise sehen in Preußen das Haupthindernis der Entwicklung der politischen Verhältnisse in freiheitlicher Richtung; der Kampf gegen das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht, das 85 Prozent der Bevölkerung des ursprünglichsten politischen Rechtes, des Wahlrechts, fast restlos beraubte und die Herrschaft der Konservativen stabilierte, war das Banner, unter dem sich die nicht herrschenden Klassen sammelten. Es ist nötig, diese Bedeutung des Kampfes gegen das preußische Landtagswahlrecht im Auge zu behalten, wenn man verstehen will, welche Rolle die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Ländern und Gemeinden während des Krieges gespielt hat. Im Wesen von dem Kampfe gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes, der die Rechte der Krone nicht berührte, verschieden war die Forderung der Parlamentarisierung, die die Regierung nicht dem Herrscher, sondern der Volksvertretung verantwortlich machen will. Diese Forderung, von den Politikern der Linken in den Wahlkämpfen erhoben, von denen der Rechten bekämpft, bewegte die Massen nur sehr wenig. Gefühlsmäßig wandten sie sich gegen das persönliche Regime Wilhelms II.; die Auflehnung galt aber der Person, nicht dem System.

Mit Ausbruch des Krieges verschwanden zuerst alle Gegensätze. Das wenig glückliche Wort Wilhelms II. vom „Verzeihen" wurde überhört, alle waren einig in dem Willen, Hof und Haus zu verteidigen. Es wirkt fast symbolisch, daß einer der ersten Kriegsfreiwilligen, der fiel — der Reichstagsabgeordnete Franck — Sozialist und Jude war. Die herrschenden Schichten haben nicht überall diese seelische Umstellung weitester Volkskreise psychologisch richtig gewürdigt. Sie behalfen sich mit der Formel, das gesunde Gefühl der Massen habe die Führer zu einer veränderten Haltung dem Staate gegenüber gezwungen. Es ist bezeichnend, daß — nach dem Zeugnis Lambachs — der General v. Falck in Altona, als ihm das ergreifende Gedicht des Arbeiterdichters Bröger vorgelegt wurde, das die Zeilen enthielt:

„Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Nur wir haben sie nicht bei ihrem Namen genannt",

an den Rand schrieb: „Gut klingende Redensart.“ Zunächst traten also, wie gesagt, alle inneren Gegensätze zurück. Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hatten auch später kaum Gelegenheit, sich auszuwirken, da die Lohnforderungen im allgemeinen bewilligt wurden und bewilligt werden konnten, da sie auf den Fiskus überwälzt wurden. Die großen Streiks von 1917 bis 1918 waren keine Lohnstreiks, sondern Hungerstreiks, die von der linksradikalen Agitation ausgenutzt und mit politischen Forderungen durchsetzt wurden. Wie so etwas gemacht wurde, konnte man bei den Teuerungsunruhen nach Kriegsende beobachten.

Schärfer trat mit der zunehmenden Knappheit der Lebensmittel der Gegensatz zwischen Stadt und Land hervor. Dieser Gegensatz war nicht aus der Welt zu schaffen. Eine restlose Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte war eine ideale Forderung, die aber an der nicht ausrottbaren Selbstsucht der menschlichen Natur scheitern mußte. Auch bei noch so hohen Preisen hätten die meisten derjenigen, die Lebensmittel erzeugten, vorgezogen, sich zunächst selbst sattzumachen. Die Verfütterung von Brotgetreide war gleichfalls eine schwere Verfehlung. Aber auch sie wird verständlich, wenn man sich die Bedeutung des Viehstandes für den Bauern — nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die seelische — vergegenwärtigt. Andererseits ist die Erregung der städtischen Bevölkerung verständlich, die wußte, daß man draußen alles hatte, was man zum Leben brauchte, während sie selbst nicht einmal die leeren Mägen der Kinder füllen konnte. Sicherlich hat dieser Gegensatz den Willen zum Durchhalten geschwächt, schon darum geschwächt, weil mit der ungenügenden Ernährung auch die körperlichen und die geistigen Energien abnehmen mußten. Die Zustände aber grundlegend zu ändern, lag jenseits menschlicher Kraft. Ob eine wesentliche Erfassung aller Lebensmittel die verteilbare Menge fühlbar erhöht hätte, ist mehr als zweifelhaft, da Deutschland schon im Frieden auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen war.

Dies aber der großen Masse glaubhaft zu machen, war fast unmöglich. Die Regierung hatte ihre Schutzzollpolitik stets damit begründet, daß Deutschland für den Kriegsfall vom Ausland unabhängig gemacht werden müsse. Mit Hilfe der Statistik suchte man offiziös nachzuweisen, daß durch die letzter Handelsverträge das Ideal der sogenannten „Autarkie“, des „Sich-selbst-Genügens“, fast erreicht sei. Dabei führten wir 10 Millionen Doppelzentner Getreide mehr ein als aus. Auch die Kartoffeln der eigenen Ernte reichten, selbst in guten Erntejahren, nicht vollkommen hin; in schlechten Erntejahren mußten bis sechs Millionen Doppelzentner eingeführt werden. An Fetten waren wir sehr stark vom Auslande abhängig. Selbst Butter wurde, wenn auch nicht in sehr großen Mengen, eingeführt; die Rohstoffe für die stark gegessene Margarine kamen jedoch aus-

schließlich aus dem Auslande. Die Einfuhr an Eiern betrug in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich 1,6 Millionen Doppelzentner. Am ärgsten stand es in der Fleischfrage. Abgesehen davon, daß die offizielle Statistik den Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung um etwa 6 kg zu hoch berechnete, wurde überall verkündet, daß wir 97 Prozent unseres Fleischbedarfes selbst deckten. Das war an sich richtig. Es wurde nur vergessen, hinzuzufügen, daß wir für dieses Ergebnis mit ca. 80 Millionen Doppelzentner Futtermitteln vom Auslande abhingen. Je mehr infolge der immer schärfer werdenden Blockade die Auslandszufuhr abnahm, desto schärfer wurde natürlich der Mangel, zumal auch die Düngemittel und die Arbeitskräfte immer spärlicher wurden. Das Volk, das in die Meinung versetzt war, daß wir uns fast ganz selbst ernährten, konnte natürlich nicht verstehen, wieso statt nur geringer Einschränkungen Fett, Fleisch, Kartoffeln in so ungeheuren Mengen fehlten und sogar das Brot unerträglich knapp wurde. Die unabweisbare Folge war, daß das, was Folge der dem Volke unbekannt gebliebenen Abhängigkeit vom Auslande war, der Zurückhaltung der Landwirte, dem üppigen Leben einzelner Volkskreise, der mangelhaften Organisation zugeschrieben wurde. Alle diese Elemente haben den Mangel verschärft, der wahre Grund lag aber in dem Ausbleiben der Auslandszufuhren. Wäre dies rechtzeitig, d. h. schon vor dem Kriege, bekannt gewesen, wäre die Verbitterung nicht so ungeheuerlich gestiegen, namentlich auch die Mißstimmung zwischen Stadt und Land und zwischen den einzelnen Bundesstaaten beträchtlich abgeschwächt worden.

Abgesehen davon haben partikularistische Strömungen wirkliche Schwächemomente nicht gezeitigt. Ludendorff berichtet allerdings, daß man bayerische Divisionen gegen Ende des Krieges nicht mehr so gern eingesetzt habe wie früher. Es ist auch richtig, daß einzelne Bundesstaaten die Ausfuhr von Lebensmitteln verhinderten und damit ihrer Bevölkerung einen etwas größeren Anteil an der vorhandenen Lebensmittelmenge sicherten. Das gilt namentlich von Bayern. Obgleich z. B. auf der Pressekonferenz in Berlin am 21. Mai 1918 bitter darüber geklagt wurde, daß die bayerische Regierung die Hetze gegen Preußen wegen der Brotverkürzung dulde, trotzdem das Land an Zucker und Zuckerwertigkeitsstoffen das Doppelte seiner Lebensmittelausfuhr erhielt, kann niemand ernsthaft behaupten, daß die Rivalität der einzelnen Bundesstaaten, die Gegensätze zwischen Nord und Süd irgendwie die Widerstandskraft der Heimat oder die Schlagkraft des Heeres geschwächt hätten.

Die innerpolitischen Gegensätze sind — mit Ausnahme der preußischen Wahlrechtsfrage, die, wie geschildert, eine besondere Stellung einnahm — soweit wie irgend möglich zurückgestellt worden. Die Ablehnung der Kriegskredite durch die Unabhängige Sozialdemokratie bildete nach außen hin nur eine Folie des einmütigen Wollens

der Parteien. Die radikalen Sozialdemokraten haben bereits frühzeitig unterirdisch gewühlt. Ihre Minierarbeit hatte erst, wie in meinem Gutachten ausgeführt, nach der militärischen Niederlage Erfolg. Gewühlt wurde auch von den Bethmann-Gegnern (Junius-Briefe Kapps, Adlon-Konferenz usw.), und zwar so stark, daß sich der Kanzler in die Öffentlichkeit flüchtete. Über die Bedrohung des Burgfriedens durch diese Art Politiker wird zu sprechen sein, wenn die außenpolitischen Gegensätze behandelt werden. Die Einigkeit des deutschen Volkes war jedenfalls nicht schwächer als die der Gegner. Der Burgfriede, die „Union Sacrée“, wie es in Frankreich hieß, wurde überall gleich gut oder gleich schlecht gewahrt. Ludendorff hält es nicht für ausreichend, daß Bethmann Hollweg nur einen Burgfrieden proklamiert habe. Konnte mehr erreicht werden als eine treuga dei? Parteien sind überall, und in Deutschland noch stärker als in anderen Ländern, Erscheinungen einer Weltanschauung. Die Erschütterung durch das furchtbare Erleben des Erdenbrandes wühlte die Seelen bis in ihre letzten Tiefen auf. Niemand konnte mehr verlangen, als daß der Kampf der Geister vor der eisernen Notwendigkeit, sich seiner Haut zu wehren, vertagt wurde, und das ist im großen ganzen geschehen. Eine Ausnahme bildete, wie gesagt, die Wahlrechtsfrage.

Ludendorff hat vollkommen recht, daß die Reform des preußischen Wahlrechts bereits zu Beginn des Krieges hätte verkündet werden müssen. Warum hat Ludendorff denn aber durch seinen Brief an den preußischen Minister des Innern die Feinde der Wahlrechtsreform unterstützt? Warum hat sich Major v. d. Bussche geweigert, um keinen Druck in der Wahlrechtsfrage auszuüben, am 20. Oktober 1918 den Vortrag, den er den Parteiführern gehalten hatte, vor Mitgliedern des Herrenhauses zu halten? Die O. H. L. war doch sonst mit ihren Eingriffen in den Kreis der Politik nicht so zaghaft!

Schon der überaus gescheite französische Staatsmann Thiers hatte vor einem halben Jahrhundert, als das Wahlrecht unter dem zweiten Kaiserreiche rückwärts revidiert wurde, ausgesprochen, es sei unklug, dem Untertanen die Flinte in die eine Hand zu geben, ohne ihm in die andere den Wahlzettel zu stecken. In derselben Richtung geht eine Äußerung des späteren Staatssekretärs v. Hintze, die Tirpitz in einem Briefe vom 9. September 1914 wiedergibt: „Sofortiges großes Entgegenkommen (Sozialdemokraten auf hohe Posten, Wahlreform in Preußen) sei das einzige Mittel, um den ungeheuren Schwung der Nation in einigermaßen gnädige Kanäle zu leiten.“ Tirpitz selbst schrieb einen Tag später: „Mit dem bisherigen Kasten- und Klassenwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage! Wir bekommen die reine Demokratie.“ („Erinnerungen“, S. 405/6.)

Viel mehr noch als die nur zögernd tropfenweise verschänkte Wahlrechtsreform verstimmte die schroff ablehnende Haltung der herrschenden Parteien, aus der die entrechteten Schichten die Be-

fürchtung herleiten mußten, nach einem glücklichen Kriegsende würden sie ebenso geprellt werden wie ein Jahrhundert vorher nach den Freiheitskriegen. Daß es endlich nach vieler Mühe gelungen war, an dem Giebel des Reichstagsgebäudes, die von seinem Erbauer in dem Plan eingezeichnete, von Wilhelm II. aber bisher abgelehnte Inschrift „Dem deutschen Volke" anzubringen, schien weder ein ausreichender Ersatz, noch eine genügende Bürgschaft freiheitlicher Entwicklung nach siegreichem Frieden. In diesem Mißtrauen ist nicht der einzige, aber einer der Gründe für den Wunsch auf einen Frieden ohne Sieg zu sehen. Dafür, daß durch diese Parole der Kampfeswille in Heer und Heimat gemindert worden sei, ist nichts erbracht. Wäre das der Fall, so sind die Drachenzähne von denen gesät worden, die vor den Feuerzeichen der Zeit die Augen schlossen.

Die Verhandlungen über eine Modernisierung der seit ihrem Bestehen unverändert gebliebenen Verfassung spielten sich hinter den verschlossenen Türen des Verfassungsausschusses des Reichstags ab. Die Klagen der Linken über die passive Resistenz des Staatssekretärs Helfferich und namentlich seines Unterstaatssekretärs Lewald fanden keinen Widerhall in der Öffentlichkeit. Die Parlamentarisierung wurde erst nach dem militärischen Zusammenbruch von oben verkündet. Sie kann also für ihn nicht verantwortlich gemacht werden. Die Frage taucht allerdings auf, ob die Linke den Burgfrieden nicht allzu gewissenhaft wahrte, wenn sie zögerte, den Verfassungsausschuß energisch vorwärtszutreiben. Die gefährliche Entwicklung der Kriegslage forderte gebieterisch die Parlamentarisierung. Es kann Wort für Wort unterschrieben werden, was Stresemann in der Reichstagssitzung vom 29. Oktober 1918 ausführte:

„Wir haben aus dem, was sich entwickelt hat und was wir in diesen vier Jahren ersehen haben in der innen- und außenpolitischen Entwicklung . . . den Schluß gezogen, daß das System, das uns hierher führte, sein Recht auf Weiterexistenz verwirkt hat . . .

Eine solche Erklärung für unsere Partei abzugeben, ist angesichts der geschichtlichen Entwicklung der Partei nicht leicht . . . Ich höre den Ruf von der Rechten und höre ihn aus unseren eigenen Reihen: Ihr tragt jetzt Bismarcks Werk der deutschen Reichsverfassung zu Grabe. Gewiß, ich möchte nicht daran vorbeigehen, gerade die Entstehung der Nationalliberalen Partei war einst der Kampf gegen das parlamentarische System für die konstitutionelle Monarchie nach dem Kriege von 1866. Aber an das Ergebnis der größten Revolutionierung, die die Welt jemals gesehen hat, kann man nicht mit Paragraphen aus vergangenen Jahrzehnten herantreten, und man kann, gerade wenn man von Bismarck spricht, Bismarck nicht als Kronzeugen anführen für eine solche Entwicklung . . .

Ich darf daran erinnern, daß der aus dem Amte geschiedene Bismarck . . . in Jena sagte, daß wir einen Reichstag brauchten, der

in seinem Innern eine konstante Majorität hätte, der kritisiert, kontrolliert und unter Umständen führt, was notwendig sei, um das Gleichgewicht zu verwirklichen, das die Verfassung zwischen Regierung und Volksvertretung hätte schaffen wollen, ein Anerkenntnis dessen, daß sie dieses Gleichgewicht nicht geschaffen hatte. Heute ist die Entwicklung gewiß über das hinausgegangen, was der Reichsbaumeister als notwendig angesehen hat. . . Immerhin sind wir in den Weltkrieg mit der Auffassung eingetreten, daß das deutsche System in diesem Kriege dem parlamentarischen System der Feinde überlegen sein würde. . . Diese Auffassung ist nach den Ergebnissen des Weltkrieges nicht mehr aufrechtzuerhalten und wird von uns nicht erst ausgesprochen auf Grund der neuesten Vorgänge. . .

Der Gegensatz zwischen den gewaltigen Leistungen dieses Volkes in seiner Gesamtheit und in den einzelnen Schichten und dem diplomatischen Niederbruch lag klar zutage und mußte zu einer Anklage gegen das System werden.

Aber unser System hat selbst da versagt, wo es seine stärkste Stütze in unserer Erziehung haben müßte, nämlich kriegstechnisch. Daß wir uns technisch von den Amateuren des Kriegshandwerks in England und Amerika schlagen lassen mußten, das ist eine beispiellose Enttäuschung. . ., eine beispiellose Enttäuschung für diejenigen, die geglaubt haben, daß, wenn wir manches an Unfreiheit mit in Kauf nehmen, wir uns doch darauf stützen könnten, daß wir auf diesem Gebiete die großen Lehrmeister der Welt wären, denen kein anderer das Wasser reichen könnte. . .

Aber, was uns am meisten fehlte, was auf anderen Gebieten liegt als diese technischen und wirtschaftlichen Fragen, das war der Zusammenhang zwischen Regierung und Volk, der notwendig war in einem Kriege, der nur durchgeführt werden konnte, wenn die letzte Volksenergie jedes einzelnen für den Staatsgedanken angespannt wurde . . .

Dieser lebendige Zusammenhang mit dem Volke war durch die Erfordernisse des Weltkrieges erwiesen. Denn das große Erlebnis des Krieges, das bleibt die Gemeinsamkeit der Idee des Vaterlandes und der Notwendigkeit seiner Verteidigung. Die politische Erziehung dieses Krieges übersprang ganze Jahrzehnte . . .“

Nicht die alten innerpolitischen Gegensätze spalteten während des Krieges das Volk. Der große Gegensatz wurde durch den Sturz Bethmann Hollwegs aufgerissen. Hindenburg gesteht in seinem Buche zu, daß er sich der innerpolitischen Gefährlichkeit der Beseitigung des Kanzlers bewußt war. Die außenpolitischen Folgen zu untersuchen, gehört nicht zu dem mir gestellten Thema. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Sturz Bethmann Hollwegs von den Anhängern des Siegfriedens auf der Ententeseite erhofft wurde, um den Kampfwillen ihrer Völker zu stärken. Näheres darüber findet sich in dem

von dem verstorbenen Konrad Haußmann mit dem Untertitel: „Die Innenpolitik Deutschlands als Instrument der Außenpolitik Frankreichs" bei der Deutschen Verlagsanstalt für Politik und Geschichte veröffentlichten „Geheimbericht Nr. 7". Dieser Bericht eines über die innerdeutschen Verhältnisse erschreckend gut orientierten französischen Geheimagenten ist Anfang Februar 1917, also unmittelbar nach Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges, aber vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, erstattet, von der Oberleitung des französischen Propagandadienstes in Paris den einzelnen Propagandastellen zugeleitet und Ende 1917 Haußmann zugegangen. Der Verfasser des Berichtes sieht in seinem Deutschenhaß die Dinge sehr verzerrt. Er hat aber leider nur allzu recht behalten, wenn er schreibt:

„Die Chauvinisten der Fronde sind naturgemäß nicht stark genug, um ihren Willen beim deutschen Volke durchzusetzen, das sie verabscheut. Sie verfügen aber über genügend Macht und Mittel, um den Kanzler zu stürzen." Was ist nun, was der Berichterstatter von dem Sturze Bethmann Hollwegs erhofft, das er ein „Ereignis von ungeheurer Tragweite" nennt? „Von allen kriegführenden Ländern ist Deutschland das einzige, das seinen leitenden Staatsmann bisher noch nicht gewechselt hat. Dies gibt der Lage in Deutschland den Anschein von Festigkeit und Bestand und stellt in den Augen der Ausländer einen gewissen Vorrang dar. Dieser Vorrang wird fortfallen, und ist die feste Stellung der obersten Staatsleitung erst einmal erschüttert, so wird damit auch das Ansehen der Regierungsgewalt schwinden . . . Die Fronde ist zu einer Dauererscheinung im politischen Leben des kriegführenden Deutschland geworden. Der Abgrund, der die eine Hälfte der Deutschen von der anderen trennt, wird desto tiefer . . . Es kommt schließlich zu einem Zusammenbruch, wenn die Schwierigkeiten und Enttäuschungen auf militärischem Gebiet die berühmte deutsche Einheitsfront auf die Probe stellen werden."

Der Verfasser der Denkschrift sieht die Kanzlerfronde in der Hauptsache von der Furcht einer Demokratisierung, die ihr die bisherige Stellung rauben würde, bewegt. Darin steckt eine große Portion Wahrheit; enthielt doch der erste, später zurückgezogene Aufruf der Vaterlandspartei auch reaktionäre innerpolitische Forderungen. Für die O. H. L. war aber sicherlich für die Beseitigung des Kanzlers dessen Stellung zu den Kriegszielen maßgebend, sowie seine Unfähigkeit, der Nation den von ihr geforderten schwungvollen einheitlichen Willen zu geben. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade dieser Versuch, eine Einheitsfront über den Burgfrieden hinaus zu schaffen, den Burgfrieden selbst auf das allerschwerste gefährdete.

Der Burgfrieden hatte genügt, um die innerpolitischen Auseinandersetzungen in ein ruhigeres Fahrwasser zu leiten. Der Einheitswille über diesen Burgfrieden hinaus konnte nur im Kriegsziel ge-

funden werden. Wohin sollte es aber gesteckt werden? „Uns treibt nicht Eroberungslust," hieß es in der Rede des Kaisers; daß wir einen Verteidigungskrieg führten, hatte das deutsche Volk auffiammen lassen wie eine Pulvermine. Die Furcht, die Heimat verwüstet zu sehen, mußte verblassen, weil unsere Fronten weit in Feindesland hineingezogen waren. Der Einheitswille konnte nur erhalten bleiben, wenn man das Volk darüber aufklärte, daß trotzdem die Gefahr erschreckend drohte. Daß die militärische Seite das Gegenteil tat, glaube ich im Anhang I nachgewiesen zu haben. Populäre Kriegsziele über eine Verteidigung, d. h. über die Erhaltung des bestehenden Zustandes, hinaus, die Begeisterung erweckten, zu finden, war schwer. Die Franzosen hofften die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen, die Russen, das Kreuz auf der Hagia Sophia blinken zu sehen; die Angelsachsen waren überzeugt, einen heiligen Krieg für Demokratie und Zivilisation gegen Hunnen zu führen und das durch den Einmarsch in Belgien verletzte Recht zu schützen. Aber wie sollte einem hungernden, frierenden, verelendeten Volke auch nur begreiflich gemacht werden, daß Gebietserweiterungen zur militärischen Sicherung in der Zukunft nötig, geschweige denn, daß Annexion des Erzbeckens von Briey, der baltischen Provinzen usw., politisch notwendig seien. Niemals vorher hatte im Frieden irgendein deutscher Staatsmann auch nur eine leise Andeutung gemacht, daß Deutschland einer Ausdehnung seines europäischen Gebietes für seine Existenz für seine Weltstellung bedürfe. Plötzlich sollte das notwendig sein, dafür sollten Menschenleben geopfert, Milliarden verpulvert werden? Ludendorff hatte allerdings der politischen Leitung vor dem Kriege vorgeworfen, ihr Ziel, „den Frieden zu bewahren", sei eigentlich kein politisches Ziel gewesen. Andere werden vielleicht an der Regierungszeit Wilhelm II. nichts weiteres zu loben wissen und darauf hinweisen, daß Bismarck Deutschland für „saturiert" hielt. Jedenfalls war das berühmte Wort des großen Kanzlers unmerklich in das Bewußtsein des deutschen Volkes übergegangen. Dazu kam, daß die Kriegsziele Ludendorffs fatal mit den Interessen der Schwerindustrie übereinstimmten, kam das Bewußtsein, daß Deutschland ein Nationalstaat und mit fremdsprachlichen Elementen schon übersättigt sei.

Es kann nun keineswegs geleugnet werden, daß die Annexionslust bis in die Sozialdemokratie hinein Anhänger gefunden hat, aber ebenso wehrten sich weite Kreise nicht nur aus politischen, sondern auch aus ethischen Gründen gegen die Unterwerfung widerstrebender Volksteile unter die deutsche Oberhoheit. Der Kampf um die Kriegsziele hatte das deutsche Volk in zwei sich leidenschaftlich befehdende Teile gerissen. Der Kampf um die Kriegsziele, um das Fell des noch nicht erlegten Bären, der heute wie ein grausiger Spuk wirkt, sowie vorher der von denselben Stellen entfachte Streit um den uneingeschränkten U-Bootkrieg.

Die Verbitterung über dessen Aufschub hatte dazu geführt, daß die dritte Kriegsanleihe hinter der zweiten zurückblieb. Steinmann-Bucher, der Geschäftsführer des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie und Herausgeber ihrer bekannten „Mitteilungen", sagt in seiner Schrift „Deutschlands Volksvermögen im Kriege" (Heft 24 der „Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen", Stuttgart 1916, Seite 56): „Was war der Grund dieser Zurückhaltung? Ich will es mit zwei Worten sagen: Die Steuervorlage im Reichstag und die U-Bootfrage. Ohne sie hätte die vierte Anleihe einige Milliarden mehr eingebracht." Hier hatte ein Teil der Heimat, nämlich die Schwerindustrie, das Heer tatsächlich im Stich gelassen. Ähnliche Verirrungen sind wegen des Streites über die Kriegsziele nicht berichtet worden. Allerdings ist die Frage bis zum September 1918 niemals in einem Sinne entschieden worden, der dem Kreise, der damals dem Heer in den Rücken fiel, mißfallen hätte. Daß sich die Überspannung der Kriegsziele aber andererseits für die „antimilitaristische Propaganda" im Spätsommer und Herbst 1918 als nur allzu praktisch erwies, ist bekannt.

Anlagen

Anlage I

Ein Brief Ludendorffs an den Preußischen Minister des Innern

Aus „Urkunden der Obersten Heeresleitung" über ihre Tätigkeit 1916/18, herausgegeben von Erich Ludendorff. Berlin 1920. Seite 291.

Gr. H. Qu., den 8. Dezember 1917.

An den Minister des Innern.

Euer Exzellenz danke ich sehr ergebenst für Ihren Brief vom 29. November. Ich begrüße es, daß Sie und Herr Friedberg den in Frage stehenden Gerüchten entgegentreten wollen. Die erwähnte Mitteilung war mir vom Geheimrat R. in der wohlmeinenden Absicht gemacht worden, ein Hereinziehen der OHL. in den Streit der Meinungen über die innere Politik zu verhindern. Ich setze voraus, daß ihm aus der Mitteilung seines Namens bei der Weiterverfolgung der Angelegenheit keinerlei Unannehmlichkeiten entstehen.

Wenn nun auch der vorliegende Schriftwechsel zwischen Euer Exzellenz und mir sich gerade um die Fernhaltung der OHL. aus der inneren Politik dreht, so möchte ich Ihnen persönlich gegenüber doch mit einigen Bemerkungen auf einen allgemeinen Punkt Ihres Schreibens, der meines Erachtens von entscheidender Tragweite ist, eingehen. Euer Exzellenz mögen mir dabei ein offenes Wort nicht verübeln.

Euer Exzellenz lassen durchblicken, daß eine Ablehnung des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechtes Streikbewegungen in großem Umfange und damit den Verlust des Krieges hervorrufen könne. Um solche Streiks zu verhindern, würden die verbündeten Regierungen sogar einem Antrag des Reichstags, in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht ohne alle Kautelen zwangsweise einzuführen, unter Umständen zustimmen müssen.

Dies würde nichts anderes bedeuten, als eine Bankrotterklärung der Regierung. Angesichts der Lage glauben Euer Exzellenz sich aber zu einer solchen Haltung gezwungen, um einer Katastrophe vorzubeugen.

Das Vorhandensein eines solchen Zwanges kann ich nicht anerkennen. Die Gefahr von Generalstreiks oder größeren Unruhen besteht meines Erachtens gar nicht. Erstens würde die Propaganda für derart gewaltsame Unternehmungen nicht den gefürchteten Erfolg haben; dazu ist der weitaus größte Teil des Volkes viel zu verständig und patriotisch gesinnt. Vorbedingung ist nur, daß die Regierung fest bleibt. Dann aber hieße es auch den Führern der Arbeiterschaft Unrecht tun, wenn man ihnen solche vaterlandsverräterischen Umtriebe zutraute, die im übrigen gegen ihr ureigenes Interesse wären, denn ein verlorener Krieg träfe gerade die Arbeiter am schwersten. Ohne Sieg muß der deutsche Arbeiter verarmen. Dies haben alle Gewerkschafts- usw. Führer, mit denen ich gesprochen habe, offen zugegeben. Äußerstenfalls aber müssen wir gegen ungerechtfertigte Bewegungen mit allen Mitteln vorgehen.

Wir haben also meines Erachtens gar keinen Grund, uns durch die Besorgnis vor Generalstreiks in unserer Politik irgendwie bestimmen zu lassen.

Wir können sie vielmehr so führen, wie das Gesamtwohl es erfordert. Hierzu aber gestatten Euer Exzellenz mir noch einige Bemerkungen allgemeiner Art.

Ich bin der Ansicht, daß der Krieg uns wahrlich keinen Grund zur Demokratisierung und Parlamentarisierung gegeben hat; die Zustände in den demokratisch regierten feindlichen Ländern können uns in keiner Weise zur Nachahmung reizen.

Vielmehr halte ich eine Politik des Nachgebens gegenüber dem „Zeitgeist" für außerordentlich gefährlich. Sie muß in ihren Konsequenzen zum Niedergang führen. Das zeigt die Geschichte und in gewisser Weise auch der bisherige Verlauf unserer Politik. Das Wiederaufnehmen der Führung durch die Regierung bis auf die Zeit nach dem Kriege zu verschieben, hieße, sich selbst etwas Unmögliches vortäuschen. Ich möchte es Euer Exzellenz persönlich gegenüber nicht unerwähnt lassen, daß ich gerade in dem nachgebenden Verhalten des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gegenüber der Linken den Grund sah, daß ich sein Scheiden aus dem Amte als eine Befreiung begrüßte.

Unsere Politik muß über den Parteien stehen und diese führen. Das gilt angesichts der schwierigen Lage, in der wir uns nach dem Kriege finanziell, wirtschaftlich und sozial befinden, doppelt. Wie die Regierung diese Aufgaben lösen soll, wenn sie immer weiter nachgibt und sich nach links orientiert, ist mir nicht klar.

Ich weiß, daß mir nachgesagt wird, ich sei überhaupt ein Gegner politischer und sozialer Reformen. Das ist unwahr. Ich habe z. B. auf den Gebieten der Bevölkerungspolitik, der Wohnungsreform, des Siedlungswesens, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Notwendigkeit von durchgreifenden Änderungen den in Betracht kommenden Stellen gegenüber betont. Wohl aber halte ich solche „Reformen" in der Politik für falsch, die uns schädigen.

Das ist es, was ich glaubte, Euer Exzellenz nicht vorenthalten zu dürfen. Meine Bemerkungen sind jedoch nur für Sie persönlich bestimmt. Anderen gegenüber habe ich stets an dem Grundsatz, zu Fragen der inneren Politik keine Stellung zu nehmen, festgehalten. Das gilt im besonderen für das Wahlrecht. Wohl aber habe ich jedem, der fragte, ob die OHL. eine Streikgefahr befürchte, geantwortet, daß meines Erachtens eine solche Gefahr nicht vorliege. Hier konnte ich nicht schweigen, denn es handelt sich im Gegensatz zum Wahlrecht um eine Frage von größter militärischer Bedeutung.

In Verehrung bleibe ich Euer Exzellenz ergebenster

gez. Ludendorff.

Anlage II

Ein Stimmungsbericht eines stellvertretenden Generalkommandos

Karlsruhe, den 1. November 1917, XIV. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando IV e — Abwehr —
Nr. 50153./Nr. 6593/10 g A 1.

„Die im Schreiben vom 23. Oktober d. Js. IV e — Abwehr — 47482 mitgeteilten Feststellungen, daß die gesamte der Zentrumspartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) die Stimmung des deutschen Volkes korrumpiert, sind durch weitere Umstände lediglich erhärtet worden. In völlig auseinanderliegenden Bezirken, wie Wiesloch und Freiburg, sind die Beweise dafür einwandfrei erbracht.

In Freiburg hat die gewünschte Aufklärung im Falle Wirth [1]) ergeben, daß dieses Mitglied des Reichstags ungescheut und fortgesetzt in aller Öffentlichkeit, insbesondere an den in Freiburg für die Stimmung sehr einflußreichen Stammtischen folgendes wörtlich erklärt: „Hunderttausende werden diesen Winter Hungers sterben. Von amtlicher Stelle sind Schriften an das Heer geschickt, in denen direkt gelogen wird. Die Versprechungen des Admiralstabes hinsichtlich des Enderfolges der U-Boote werden von Halbjahr zu Halbjahr prolongiert; da reißt einem die Geduld." Als Hauptargument folgt stets der schon hervorgehobene Endtrumpf: „Wenn wir reden dürften." Wie stark in Freiburg allein dieser verderbliche Einfluß wirkt, beweist das Gespräch des dortigen Oberbürgermeisters, der im Beamtenkreise sagte, Elsaß-Lothringen müsse als internationaler Pufferstaat errichtet werden.

Im Wieslocher Bezirk ist diese Stimmung in der Geistlichen-Organisation der Zentrumspartei sogar durch einen Herrn Krause oder Kraus vom Kriegspresseamt mit den gleichen Argumenten verbreitet, welcher hierbei wörtlich ausgeführt hat: „Erzberger habe auf Grund von Mitteilungen holländischer Reeder dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg nachgewiesen, daß er sich bei den Berechnungen über die Wirkungen des U-Bootkrieges um 20 Millionen englische Tonnage geirrt habe. Erzberger brauche nur ein Wort zu sagen, dann hätte die Regierung das Volk gegen sich."

Die Wirkung dieser Agitation zeigte sich in diesem Bezirke auch darin, daß ein Geistlicher erklärte: „Er habe den Mut nicht mehr, für die Kriegsanleihe zu sprechen, denn das würde der Religion schaden."

Die Organisation dieser Flaumacher ist im Volke von kirchlichem Sinn der kleinen Leute getragen, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers. Ihre Arbeit vollzieht sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Versammlungen und ist deshalb für das Generalkommando unmittelbar nicht zu fassen.

Auch die Aufklärungsarbeit eines Korpsbezirkes kann, so unablässig sie dieser Gefahr entgegenwirkt, Erfolg kaum haben. Nur von der Zentrale und im ganzen Deutschen Reiche kann dieser ungeheuren Schädigung begegnet werden. Es dürfte aber dabei d. E. nicht daran vorbeigegangen werden, die unheimliche Geschlossenheit der Organisation zu kennzeichnen und ihren objektiv landesgefährlichen Charakter klar aufzudecken. Insbesondere ist der Hinweis darauf erforderlich, daß dieses Gebaren jeder sachlichen Unterlage entbehrt und lediglich die im Volke auch heute noch nicht verstandene Mutlosigkeit und Verwirrung der Julitage nachträglich mit allen Mitteln rechtfertigen soll.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. Alefeld, Oberst.

Anlage III

Im Herbst 1918 wurde in Deutschland amtlich ein Plakat verbreitet, das nachweisen sollte, daß England fertig sei. Es war die Übersetzung einer amtlichen englischen Zeitungsanzeige. Die Annonce gibt ein gutes Bild der englischen Propaganda durch offene Darlegung der Verhältnisse. Das Plakat ist bei Lambach „Ursachen des Zusammenbruchs" abgedruckt. Es lautet:

„Der Grund der Kohlenknappheit:
Der Gefahrpunkt im großen Kampf um die Freiheit der Welt wechselt:

[1]) Der spätere Reichskanzler.

Vor einigen Monaten waren es die Lebensmittel, heute und den Winter die Kohlennot. Wer das einsieht, weiß auch, daß Sparsamkeit dringend notwendig ist.

Einige Gründe:

Über 400 000 Bergarbeiter sind eingezogen. Ein Beweis ihrer Tätigkeit an der Front sind die gewaltigen Explosionen bei Vimy Ridge und Messines Ridge.

75 000 Bergarbeiter sind allein als Soldaten eingezogen, um die März-Offensive der Deutschen aufzuhalten. Die Hälfte aller Kohlenfelder Frankreichs sind in Feindeshand. Frankreich braucht daher englische Kohlen für seine Kriegführung. Italien hat kein Stückchen Kohle im Lande, nur das, was England liefert. Die italienische Front steht und fällt mit Englands Kohlenlieferung. Amerika sendet seine Millionen Soldaten nach Frankreich. Ihre Beförderung an die Front erfolgt mit englischer Kohle.

Die Neutralen liefern uns Lebensmittel gegen englische Kohle.

Munitionsfabriken, Werften, Flotte und Heer brauchen Kohlen bis zum endgültigen Siege, daher der Kohlenmangel zu Hause. Der tatsächliche Fehlbetrag ist 36 Millionen Tonnen, durchschnittlich 5 Tonnen auf jede Familie.

Englands Opfer:

Diese Knappheit bedeutet Ungemütlichkeit und Unbequemlichkeit zu Hause, aber das will wenig sagen im Vergleich zu den Kohlennöten unserer tapferen Verbündeten. Aber die Kohlenknappheit bedeutet noch viel mehr: Sie ist Englands Opfer für die große Sache der Freiheit, der Preis, den wir für die Niederwerfung des Feindes zahlen müssen. Mit größter Sparsamkeit und äußerster Anstrengung, Verschwendungen zu vermeiden, wird alles gut gehen.

Darum braucht weniger Kohlen!“

Anlage IV

Befehl

Dienstliche Meldungen und persönliche Äußerungen, welche zu Meiner Kenntnis gelangt sind, haben Mir gezeigt, daß in Meiner Marine vielfach eine unrichtige und Verstimmung erweckende Auffassung der ganzen Lage der Marine in diesem Kriege herrscht. Wenn auch Mein Bedauern hierüber aufgehoben wird durch die Freude an den vortrefflichen Leistungen Meiner Marine, wo immer sie an den Feind herangekommen ist, so möchte Ich doch hiermit eine Mahnung an das Offizierkorps richten, an allen Stellen den Geist freudiger Pflichterfüllung hoch zu halten, auch dort, wo bisher keine Gelegenheit zu kriegerischer Betätigung vor dem Feinde war oder wo sie nach menschlichem Ermessen nach der ganzen Kriegsgestaltung vielleicht überhaupt nicht eintreten wird. Es ist ja durchaus begreiflich, daß die durch die Verhältnisse gegebene Verwendung Meiner Marine vielfach Enttäuschung und selbst Mißmut hat entstehen lassen, aber diese Empfindungen müssen bekämpft werden und dürfen sich nicht umsetzen in lautwerdende Zweifel an der Bedeutung der Marine überhaupt oder an der Zweckmäßigkeit der für die Kriegführung gegebenen Befehle und Maßnahmen. In dieser Beziehung muß von den Offizieren weitgehende Zurückhaltung geübt werden, wollen sie nicht den Geist ihrer Untergebenen schädigen und damit mitschuldig werden an geradezu verbrecherischen Gerüchten und Verleumdungen, wie solche z. B. anläßlich des Gefechtes an der Doggerbank entstanden und auch Mir zu Ohren gekommen sind. Gerade bei den äußerst verwickelten Verhältnissen dieses Krieges muß von dem Offizier Vertrauen in die O. H. L.

verlangt werden, die in Abwägung aller militärischen und politischen, sich dem Blicke der Allgemeinheit mehr oder weniger entziehenden Faktoren entscheidet, wo vorgegangen und wo zurückgehalten werden muß. Ich weiß, das erfordert oft viel Entsagung. Sie ist von Meinen Armeen im Westen in den Schützengräben gefordert und geleistet worden, als die große Offensive im Osten eintrat und Ich habe sie Meiner Flotte auferlegen müssen angesichts der strategischen Verhältnisse in der Nordsee, wo ein Einsetzen der Flotte unter von vornherein ungünstigen Bedingungen ein weit über die wahrscheinlichen materiellen Verluste hinausgehender folgenschwerer politischer Fehler gewesen wäre. Ich habe schließlich schweren Herzens aus politischen Erwägungen heraus in dem U-Bootshandelskrieg zeitweise gewisse Beschränkungen eintreten lassen müssen, von denen Ich wohl weiß, daß sie im Offizierkorps, das mit Recht stolz auf die Leistungen unserer U-Boote ist, sehr hart empfunden wurden. Das Recht hierzu will Ich Niemanden bestreiten, wohl aber muß Ich es als einen schweren militärischen Fehler zurückweisen, wenn sich daraufhin innerhalb des Offizierkorps eine abfällige Kritik der O. H. L. geltend macht, eine Kritik, die durch leider nur zu oft wahrnehmbare Indiskretionen vergiftend auch über die Marine hinaus wirkt. Der U-Bootshandelskrieg ist nicht Selbstzweck und Ich verlange von dem Offizierkorps, daß es sich kein Urteil darüber anmaßt, ob es im Sinne des allgemeinen Kriegszieles zweckmäßig oder unzulässig ist, eine Beschränkung in dieser Kriegsbetätigung eintreten zu lassen. Ich verlange damit in letzter Linie die pflichtmäßige Unterordnung unter Meinen Willen als Oberster Kriegsherr, der Ich die schwere Verantwortung für die Zukunft des Reiches trage und von dem gerade die Marine überzeugt sein sollte, daß er glücklich sein würde, sie hemmungslos dem Feinde entgegenwerfen zu können.

Dieser Befehl ist allen Offizieren Meiner Marine vorzulesen.

Großes Hauptquartier, 7. September 1915.

gez. Wilhelm I. R.

Anlage V

Zur Stimmung in England und Frankreich

I. Aus den Tagebüchern Lord Berties (englischen Botschafters in Paris bis Ende April 1918).

1) 16. X. 1916. „Es gibt Schwächlinge wie Mc. Kenna, Runciman und den Lord Kanzler. Einige sagen, daß wir ruiniert sind und nicht weiter können, andere, daß man nun genug gefochten habe und ein annehmbarer Friede zu haben sei, den Krieg gewinnen können wir nicht, auch die Deutschen nicht aus Belgien und Frankreich vertreiben. Der Krieg würde remis werden."

2) 23. X. 1916. „Man führt hier (London) an, daß Senatoren und Deputierte aus dem Süden (Frankreichs) schwankend geworden seien. Ich habe davon nichts gehört."

3) 25. Juni 1917. „Die Pazifisten (in Frankreich) sind hauptsächlich jüdische Finanzleute, die die Gefühle der extremen Sozialisten ausnutzen, um für den Frieden zu agitieren . . . . Der Feldzug gegen Poincaré wird fortgesetzt."

4) 27. Juni 1917. „Drei englische Mitglieder der Labour Party sind beeindruckt durch das Gefühl, daß eine große Zahl französischer Sozialisten den Wunsch habe, den Krieg zu beendigen und daß Caillaux der Mann sei, dies auszuführen."

5) 28. Juni 1917. „Caillaux und Co. suchen aus dem niedrigen Druckpunkt der Stimmung Vorteile zu ziehen, um für einen Frieden, fast um jeden Preis, zu agitieren.“

6) 27. Juli 1917. „Lloyd George ist nervös über die militärische Lage und über die Möglichkeit, daß britische, französische und russische Pazifisten einen nicht befriedigenden Frieden erzwingen könnten.“

7) 9. August 1917. „Die Meinung ist hier (in London) verbreitet, daß die Franzosen um jeden Preis Frieden machen müssen, da sie einen weiteren Winterfeldzug nicht aushalten könnten. Tatsache ist, daß die Pazifisten in den Besitz der britischen Verlustliste gekommen sind und davon sprechen, daß die Franzosen nachgeben wollten und daher ein Frieden sobald wie möglich nötig sei. Pazifisten, Finanzleute, Germanophile und Francophobe predigen hier in London den Frieden fast um jeden Preis unter dem Vorwand, daß Deutschland bereit sei, einem vernünftigen Frieden beizustimmen.“

8) 25. August 1917. „Ich gab Robert Thomas (französischer Minister) den Rat, in London bei der sozialistischen Konferenz sehr deutlich zu denen zu sprechen, die Furcht hatten . . . Ich sagte ihm, daß eine Kombination von christlichen und jüdischen Finanzleuten, Pazifisten und von Deutschland beeinflußten Agenten bestehe, die für einen frühen und daher vorzeitigen Frieden agitieren.“

9) 2. Oktober 1917. „Bertie erzählt, daß das Parlamentsmitglied Oberst Anbrey Herbert mit ihm gesprochen habe. Herbert glaube, ‚daß wir (die Engländer) es durchhalten könnten‘, aber er glaube, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit, auf die großen Kosten des Krieges und die Stimmung in Arbeiterklassen in England und anderswo gegen eine Fortsetzung des Krieges, es das Beste sein würde, jetzt Frieden zu machen, wo eine gute Gelegenheit für einen ‚fairen Frieden‘ gegeben sei.“

(Herberts Ideen von einem „fairen Frieden“ waren, nach Berties Mitteilungen, in Europa: „Räumung Belgiens und Frankreichs, Abtretung eines Teils von Elsaß-Lothringen an Frankreich.“)

10) 7. Juni 1918. „J. mit Nachrichten aus London gekommen, daß man dort sehr niedergeschlagen sei. Das Volk sei sehr mißvergnügt wegen der Nahrungsmitttelknappheit. Es sei mit der Regierung unzufrieden. Die Bankiers sagten, daß Amerika allein einen finanziellen Zusammenbruch verhindert habe und daß wir j e t z t Frieden haben m ü ß t e n.“

11) 8. Februar 1918. „W. Harben, der reiche Sozialist, der hier (Paris) im Paßbureau beschäftigt ist, war auf der Nottingham Versammlung. Er sagt, daß die Abgeordneten der Labour Party die Stimmungen der Arbeiterschaft nicht darstellen. 3½—4 Millionen Arbeiter sind für einen sofortigen Frieden zu jeden erreichbaren Bedingungen.“

II. Gegen die nationalistischen Treibereien der Intellektuellen auf beiden Seiten wendete sich die Zeitschrift „New Age“ vom 17. August 1917. Es heißt dort: „Der durchschnittliche Professor, der nie mit dem Feinde zusammengetroffen ist, ist umso leidenschaftlicher bemüht, von der sicheren Entfernung der Universität aus Schmutz auf ihn zu werfen. Er will um keinen Preis von einem Frieden mit den Hunnen hören.“

Eine Reihe von Professoren in Cambridge: Russel, Dickensen, Murray, wendeten sich gegen die Haßagitation durch die Intellektuellen in England. Acht Professoren in Edinburg traten in einem Buch: „German Culture“ für Deutschland ein.

Der Professor der Universität London C. T. Hobhouse veröffentlichte im Jahr 1917 unter dem Titel „Krieg und Frieden“ pazifistisch-internationalistische Gespräche in der Form platonischer Dialoge.

Die U. D. C. veröffentlichte im Jahre 1917 Schriften gegen Deutschlands Alleinschuld, veröffentlichte eine Broschüre über die Geheimverträge der Alli-

ierten und den Suchomlinow-Prozeß, die in England verheimlicht worden waren, trat für das Friedens-Programm der Sowjets ein und verteidigte die Friedensresolution des deutschen Reichstags, veröffentlichte eine Publikation, in der die Ziele der deutschen Sozialisten und der U. D. C. nebeneinander gestellt werden, protestierten am 20. Februar 1918 gegen die geheimen Verträge und trat am 31. Oktober für Wilsons 14 Punkte ein. Es ist bekannt, daß sie diese Tätigkeit während der Vorbereitung des Versailler Friedens und nach Abschluß des Friedens fortgesetzt hat.

III. Life and Letters J. Walter H. Page (Botschafters der Vereinigten Staaten in London). By Burton Hendrick.

1) Bd. I, S. 364, 365.

Es kam (im Anfang des Krieges) eine Zeit, in der ein Teil des englischen Volkes bereit war, den Außenminister in den Straßen Londons zu steinigen, weil man glaubte, daß seine „Unterwerfung" unter amerikanische Handelsinteressen den Verlust des Krieges für England bedeute. Seine Amtsführung war ein dauernder Kampf mit hohen Persönlichkeiten der Land- und Seemacht. Sie behaupten, daß seine Versuche, mit den Vereinigten Staaten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, die britische Flotte zur Untätigkeit verdamme und die Seeherrschaft zerstöre . . .

Lord Bereford rief im Parlament aus, die Flotte darf nicht handeln. Das Auswärtige Amt fiele ihr dauernd in den Arm. Das Wort „Verräter" wurde nicht selten gehört. Man deutete an, Prodeutschtum schliche umher. Beamte des Auswärtigen Amts ständen im Solde des Kaisers . . .

„Ich habe durch Hintertüren", so schrieb Page im Dezember 1914 an House, „erfahren, daß Marine- und Kriegsministerium den guten Willen Amerikas natürlich hoch einschätzen, daß sie aber lieber jeden Streit mit Amerika in den Kauf nehmen wollen, als Kupfer nach Deutschland hineinlassen. Das Kabinett hat dadurch schwere Unannehmlichkeiten. Aber die militärischen Stellen wollen so wenig wie möglich nachgeben. Kürzlich ging das Gerücht, der Premierminister habe mit seinem Rücktritt gedroht. Ich weiß, daß Kitcheners Schwester tränenden Auges ihren Freunden erzählt, das Kabinett trete schmählicher Weise ihrem Bruder hindernd in den Weg."

2) Brief an Wilson vom 12. V. 1916 (Bd. III, S. 295).

„Die Deutschen haben einen schweren Schlag und eine fühlbare Schlappe bei Verdun erlitten. Trotzdem ist die Stimmung in England überwiegend gedrückt."

3) Brief an Wilson vom 22. XII. 1917 (Bd. III, S. 413).

Der Lansdowne-Brief vom 29. XI. 1917 — erschienen im „Daily Telegraf", in dem ausgeführt wurde, der Krieg dauere zu lange und der allgemein als eine Begünstigung eines ungenügenden Friedens beurteilt wurde — hat eine Diskussion über eine klare und einfache Erklärung der Kriegsziele ausgelöst. Ein solches Verlangen ist an sich ein Beweis von niederdrückender Müdigkeit.

4) Brief an Wilson vom 16. I. 1918 (Bd. III, S. 417).

„Über Arbeiterunruhen, die dauernd drohen, wird hier nur wenig öffentlich gesprochen und nichts gedruckt. Diese Gefahr muß aber immer in Rechnung gestellt werden."

5) Brief an Wilson vom 7. III. 1918 (Bd. III, S. 418 ff.).

„Lord Lansdowne und seine Freunde — niemand weiß wie zahlreich sie sind — sind die lautesten Wortführer für einen Frieden, den man jetzt haben könnte, besonders wenn Belgien wieder hergestellt und eine Verständigung über Elsaß-Lothringen erzielt werden könnte. Die Anhänger Asquiths reden viel davon, daß dieser eine solche Politik, wenn auch nicht in dieser ausgesprochenen Form führen würde . . . Die Leute beschuldigen sich hier immerfort gegenseitig der Schwäche. Der Vorwurf wird besonders gegen die Re-

gierungsmitglieder gerichtet. Das ist einmal ein Nationalfehler . . . Soweit ich beurteilen kann, findet die Hoffnungslosigkeit besonders in politischen und philosophischen Kreisen ihre Stätte.“

IV. The National Review, September 1919. S. 96ff. Auszug aus einem Aufsatz „What every German doesn't know“ vom Herausgeber L. J. Maxse (Maxse war englischer Nationalist schärfster Observanz. Der bekannte Brief von Bonar Law vom 2. August 1914 fällt nicht zuletzt ihm zur Last).

„Defaitismus gab es in England nur bei den Revolutionären, die durch eine Niederlage Wind in ihre Segel bekommen wollten. Die verantwortlichen Staatsmänner aber dachten fast immer an die Niederlage . . .

Die Gefahr während der Asquith-Bonar-Law-Koalition war, daß wir in den Abgrund durch irgendeinen verhängnisvollen Akt eines der Kabinettsmitglieder gerissen würden . . . Das war es, was die Verbreitung eines Dokuments, wie das Lansdowne-Memorandum, im Herbst 1916 so beunruhigend machte . . . Es waren unbelehrbare und entschlossene Defaitisten unter den 22 (Kabinettsmitgliedern) . . .

Arthur Henderson hat kürzlich die Tatsache enthüllt, daß Lloyd George den Plan, die Stockholmer Konferenz zu beschicken, zu einer Zeit begünstigt hat, in der Henderson ihn bekämpfte. Das war, bevor die „Sondermission“ nach Rußland Henderson den Kopf verdreht hatte und ihn zum Spielzeug Macdonalds gemacht hatte . . . Die schlimmste Phase war zwischen Juli und November 1917, bis die Vorsehung Clémenceau ans Ruder brachte und so sein und unser Land rettete . . . Wir wollen offen zugestehen, daß wir immer und immer wieder unseren Feinden verdankten, daß wir so davon kamen. Das ist der springende Punkt, den jeder Deutsche nicht weiß. Downing Street wäre bei verschiedenen Gelegenheiten auf jeden einigermaßen annehmbaren Friedensvorschlag eingegangen, auf irgend etwas, was den Betrogenen von den Betrügern als ein deutsches Zugeständnis hätte hingestellt werden können . . .

Anlage VI

Kronprinz Rupprecht an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf v. Hertling

19. Juli 1917.

Die Entwicklung der Dinge im Reich wie auch in Bayern erfüllt mich mit schwerer Sorge. Bevor ich aber hierauf eingehe, möchte ich eine kurze Schilderung der militärischen Lage vorausschicken. — Folgt Schilderung dieser Lage, die als hier nicht interessierend weggelassen ist — und fährt dann fort:

Nun einige Worte über

die innerdeutschen Verhältnisse.

Eine Folge des niedrigen Standes der deutschen Valuta wird nach dem Krieg die sein, daß gerade in Deutschland in vermehrtem Maße Bestellungen erfolgen werden, wodurch die Valuta sich bald wieder heben dürfte. Bayern wird sich jedoch von den Folgen des Krieges viel schwerer erholen wie das nördliche Deutschland, weil seine Industrie weniger entwickelt ist, es wurde ihr aber auch während des Krieges eine Weiterentwicklung erschwert, da ihr unter dem Vorwand, sie sei nicht genügend leistungsfähig, unverhältnismäßig wenig Aufträge von den Zentralstellen aus zugingen. Die Kreise der Großindustrie sind jetzt in Deutschland die ausschlaggebenden. Die letzten zwanzig Jahre schon stand die ganze auswärtige Politik des Reiches im Dienste der Industrie- und Handelsmagnaten, nicht Deutschlands Wohl war maßgebend,

sondern der Profit, den jene Konsortien machten oder noch zu machen hofften — siehe Marokko! — Alles tanzte um das goldene Kalb. Wie ein fressendes Gift hatte der Mammonismus von Berlin aus sich verbreitet und eine entsetzliche Verflachung des ganzen Denkens bewirkt. Man sprach wenigstens in Berlin fast nur von Geschäft und Vergnügen. In rücksichtslosester Weise die Kriegsnot ausnutzend, haben Berliner Geschäftsleute es verstanden, durch die Schaffung all der verschiedenen in Berlin konzentrierten Zentralstellen das ganze innerdeutsche Wirtschaftsleben unter ihre Kontrolle und in ihre Gewalt zu bringen, und die Folge wird sein, daß nach dem Kriege der jetzt schon in kümmerlicher Not sich fristende Mittelstand verschwinden und eine Vertrustung eintreten wird, weit schlimmer als in Amerika! Gerade für Bayern, das bisher immer noch einen zahlreichen und gesunden Mittelstand besaß, wird die Sache katastrophal. Die Angehörigen dieses Standes, die früher in ihrer überwiegenden Mehrzahl ausgesprochen monarchisch gesinnt waren, sind jetzt zum Teil antimonarchisch geworden, da sie der Regierung die Schuld an ihrem Unglück beimessen. Dies ist nicht bloß in den großen Städten der Fall wie in München, sondern leider auch in kleineren Orten. Man wirft der bayerischen Regierung vor, daß sie sich alles von Berlin gefallen ließe, und die Meinung gewinnt immer mehr Anhänger, daß, nachdem doch alles von Berlin aus geleitet werde, unsere Regierung weiter nichts sei als ein überflüssiger und kostspieliger Ballast. In den anderen Bundesstaaten ist übrigens die antimonarchische Stimmung womöglich noch schlimmer. Durch hier nicht zu erörternde Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen, und die Verstimmung geht so weit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird. Die einzelnen Bundesstaaten müssen alles daran setzen, um in die innerpolitische Krise Preußens nicht verwickelt zu werden, die mir noch lange nicht abgeschlossen erscheint, und dürfen es nicht zugeben, daß sie durch eine Umgestaltung der Reichsverfassung in parlamentarischem Sinne ihrer wichtigsten Rechte und ihres Einflusses auf die Aufgaben des Reiches beraubt werden. Daß sie während des Krieges auf so manche ihrer Befugnisse zugunsten des Reiches zeitweilig verzichteten, hat vielfach die Ansicht aufkommen lassen, daß diese Befugnisse auf die Dauer dem Reich belassen werden könnten und vorhandene zentralistische Neigungen bestärkt, die bewußt oder unbewußt letzten Endes auf die Existenz eines mehr oder minder republikanischen Einheitsstaates hinauslaufen. Die Reichsverfassung wird zweifellos eine teilweise Umgestaltung erfahren müssen, eine solche Umgestaltung darf aber nicht im parlamentarisch-republikanischen Sinne erfolgen, sondern sollte eher in dem Sinne vor sich gehen, daß die Autorität der Einzelstaaten eine Hebung erfährt und die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert wird. Vielleicht kann uns hierbei eine nach dem Krieg zu erhoffende Annäherung Deutsch-Österreichs zustatten kommen. Das Deutschtum darf nicht in einem Preußentum aufgehen, das dem süddeutschen Charakter nicht zusagt. Bei aller Hochhaltung des gemeinschaftlich deutschen Gedankens und zugunsten des Deutschtums selbst muß das süddeutsche Element im Reich wieder zu größerem Einfluß gelangen. In Berlin muß nachdrücklichst betont werden, daß jede Schmälerung der Rechte der einzelnen Bundesfürsten und ihrer Regierungen wegen der sich hieraus ergebenden Minderung ihres Ansehens einer Förderung destruktiver Bestrebungen gleichkommt, die schließlich nach erreichtem Zentralismus sich auch gegen den Träger der Kaiserkrone richten werden, da dieser sowie die Regierung eine Ausgeburt der jeweiligen Mehrheitspartei nur allzu leicht als überflüssiger Zierrat erachtet werden kann. Vielleicht mag es sich jetzt empfehlen, den Bayerischen Landtag einzuberufen und es ihm nahezulegen, unter ausdrücklicher Kundgebung deutscher Gesinnung gegen eine Umänderung der Reichsverfassung in zentralistischem Sinne sich zu äußern. Es würde hierdurch einer Anzahl von

Abgeordneten, die zugleich Mitglieder des Reichstages und die als solche den Beschlüssen der Reichstagsfraktionen, auch wenn sie mit den Interessen des eigenen Landes nicht übereinstimmen, sich meist aus Parteirücksichten unterordnen, das Rückgrat gestärkt, um die Landesinteressen frei von Parteirücksichten im Reichstag energischer zu vertreten.

Bedenklich stimmte mich ein Ausspruch, den vor nun einem Jahr ein im Verkehr mit Bismarck herangereifter Staatsmann zu mir tat: „Die Völker würden es künftig nicht mehr dulden, daß über sie durch die Ungeschicklichkeit der Regierungen so ein Unglück hereinbräche, wie der gegenwärtige Krieg, und würden sich künftig die Entscheidung über ihre Politik, wie über Krieg und Frieden selbst vorbehalten.“ Dies ist insofern eine Utopie, als die Politik letzten Endes doch immer nur von einzelnen gemacht werden kann, wurden doch selbst Republiken durch das Verhalten ihrer leitenden Politiker in den Krieg hineingezogen, so z. B. Portugal und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, aber die Äußerung entspricht weitverbreiteten Anschauungen. Sicher wird der Reichstag bestrebt sein, die Leitung der äußeren Politik an sich zu nehmen; meines Erachtens aber sollte der Auswärtige Ausschuß des Bundesrates hiermit befaßt werden. Er müßte zu diesem Zweck zu einer ständigen und mit Beschlußkraft ausgestatteten Körperschaft umgewandelt werden, die immer rechtzeitig und in ausreichender Weise über die Vorgänge im Ausland orientiert würde. Man kann dies jetzt um so mehr verlangen, als tatsächlich unsere äußere Politik unter der bisherigen Regierung Schiffbruch erlitt.

Die gegenwärtige Krise hat zu einem Sieg der Obersten Heeresleitung über den Reichskanzler geführt, der durch seine Unentschlossenheit in allen Fragen geradezu verderblich wirkte.

Zum Schluß gestatte ich mir noch drei Anregungen beizufügen:

1. Die Aufstellung von Handelsattachés bei den bayerischen Gesandtschaften, zum mindesten bei der in Berlin, da sonst die bayerischen Industrie- und Handelskreise zu spät von gewinnbringenden Unternehmungen erführen.
2. Unterstützung des durch den Krieg in seiner Existenz bedrohten Mittelstandes durch Darlehenskassen.
3. Sicherung unseres Bauernstandes nach dem Krieg durch hohe Steuern auf Landerwerb zur Verhinderung der Bildung größerer Güter seitens solcher Leute, die sich während des Krieges bereicherten.

Anlage VII

Eingabe an den bayerischen Kriegsminister.

Zu Nr. 17781/16.

Abschrift.

Dr. Georg Heim,
Regensburg.

Regensburg, den 17. Februar 1916.

An
das K. Bayer. Kriegsministerium
München.
Pressereferat.

Betreff:
Die Stimmung im Land.

Ich halte es für meine Pflicht, dem K. Bayer. Kriegsministerium folgende Beobachtungen, die nicht auf Einzelfällen aufgebaut sind, zu unterbreiten. Ich möchte bemerken, daß ich auf Grund meines persönlichen Verhältnisses zu einem

großen Teil der Bevölkerung und als Mitarbeiter bei einer Organisation von 16000 Mitgliedern durch täglichen persönlichen Verkehr und besonders aber durch eine überaus umfangreiche Post aus dem ganzen Lande und aus dem Felde wohl berechtigt bin, von einer allgemeinen Stimmung zu sprechen. Ich möchte ferner bemerken, daß wir im Lande in einer Reihe von Sekretariaten des Bauernvereins und hier in Regensburg in der Zentralstelle einen überaus starken, nach Tausenden zählenden Einlauf von Schriftstücken haben. Die Leute unserer Organisation sind gewöhnt, ihre Meinung ohne Umschweife zum Ausdruck zu bringen. Außerdem ist eine Reihe von Außenbeamten Tag für Tag im Lande tätig und im engsten Verkehr mit der Bevölkerung.

Aus allen diesen Beobachtungsquellen ergibt sich übereinstimmend die Tatsache, daß die Stimmung im Landvolk Tag für Tag ungünstiger wird, zum Teil eine erbitterte ist. Es dürfte z. B. als bezeichnend betrachtet werden, daß ein Urlauber, der auf dem Begriff war, zu seiner Truppe ins Feld zurückzureisen, im Eisenbahnwaggon, an einem öffentlichen Platz erklärt hat: „Liebknecht hat vollständig recht," und daß das Publikum in dem Waggon ihm zugestimmt hat, darunter auch Militärs.

Ich kann außerdem bestätigen, daß aus dem Feld ganz erbitterte Briefe, besonders aus bäuerlichen Kreisen über eine Reihe von Maßnahmen kommen, besonders über die nachträgliche Erhöhung der Preise für Agrarprodukte (BVO. 17. 1. 1916). Ich finde bestätigt, daß diese unkluge und man darf wohl sagen unmoralische Höchstpreispolitik, wie sie in Berlin befolgt wird, geradezu demoralisierend auf dem gefährlichsten Gebiete wirkt, nämlich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Ich erlaube mir diesbezüglich auf die Kopie eines Briefes amtlichen Charakters zu verweisen, d. d. 14. Februar an die Landesvermittlungsstelle, K. Statistisches Amt in München. Hier ist die Beantwortung eines Fragebogens durch jene Herren meiner Organisation, die für unsere Genossenschaft als Treuhänderin die Arbeit von 36 ländlichen Kommunalverbänden im Sinne der Verordnung vom 25. Januar 1915 resp. 28. Juni 1915 zu besorgen haben, in Kürze niedergelegt.

Das Schlimmste, was eintreten kann, ist eingetreten. Die bäuerliche Bevölkerung sagt, die Behörden hätten sie angelogen, und das Vertrauen ist untergraben, die Glaubwürdigkeit der Behörden erschüttert.

Ich kann konstatieren, daß bislang unsere bayerische bäuerliche Bevölkerung allen Anforderungen in geradezu hervorragender Weise nachgekommen ist. Ich kann aber konstatieren, daß seit dem 17. Januar die Stimmung vollständig umgeschlagen hat.

Ich muß das um so mehr bedauern, als ich selbst persönlich wiederholt meine Autorität eingesetzt habe, um im gegebenen Fall immer wieder durch einen Anruf an die Bevölkerung das zu erreichen, was im Interesse der Volksernährung und der Gesamtheit gelegen war.

Heute muß ich leider die Beobachtung machen, daß das Vertrauen auch zu unserer Organisation und meiner Person dadurch Schaden gelitten hat. Die Erbitterung unter der Landbevölkerung findet ihr Echo in zahlreichen Briefen von Mannschaften im Feindesland.

Dazu kommt die allgemeine wirtschaftliche Lage, die lange Dauer des Krieges, und es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß eine Stimmung im Volke herrscht, die nicht schlimmer sein könnte.

Aller Schlußfolgerungen hieraus will ich mich enthalten.

Dr. Heim.

Anlage VIII

Erlaß des bayerischen Kriegsministers.

Nr. 121418A.

Abdruck.

Kriegsministerium. München, 11. August 1917.

Geheim!
Nur im Auszug zu den Akten,
Urschrift vernichten, Vollzug melden!
Nur von Offizieren zu bearbeiten!

An
die Kommandeure aller mobilen Formationen
(bis einschl. Bataillone usw.)
verteilt nach B und zwar:
lfd. Nr. 1, 2, 3, 4, 5 und 5a mit je 1 Abdr.,
„ „ 6 mit 7 Abdr.,
„ „ 1a, 1b, 2a, 2b, 3a, 3b, 4a, 4b und 7 mit 15 mit je 19 Abdr.,
„ „ 16 mit 14 Abdr.,
„ „ 1 mit 9 Abdr.,
„ „ 30a, 31 und 31a,
„ „ 32 mit 52, 53, 54, 55 mit je 9 w. Abdr. mit dem Ersuchen um Verteilung an die unterstellten Truppen.

Betreff:
Stimmung in der Heimat.

Von höchster Wichtigkeit für die glückliche Beendigung des Krieges ist die Stimmung in der Heimat. Es darf auch im Feldheer kein Zweifel darüber bestehen, daß selbst die beste Führung und die größte Tapferkeit unserer Truppen nicht imstande sind, den Endsieg zu erringen, wenn die Masse des Volkes in der Heimat, wenn die Arbeiter der Rüstungsindustrie und die landwirtschaftlichen Erzeuger in ihrer hingebungsvollen, aufs äußerste angespannten Arbeit und in ihrem Willen zum Durchhalten nachlassen, wenn sie im willigen Ertragen der schweren Entbehrungen erschlaffen.

Auch darüber muß Klarheit bestehen, daß die Frauen daheim, die im Kampfe mit den Ernährungsschwierigkeiten schon heute sehr erheblichen Belastungsproben ihrer geistigen und körperlichen Spannkraft ausgesetzt sind, und denen bei der drohenden Knappheit der Kohlenversorgung ein besonders harter Winter bevorsteht, ein sehr wesentliches Moment für die Erhaltung einer erträglichen Stimmung der großen Massen unseres Volkes bilden.

Wenn also der Stimmung in der Heimat eine ausschlaggebende Bedeutung für den Ausgang des Krieges beizumessen, wenn sie als ein militärisches Kriegsmittel schlechthin zu bezeichnen ist, so muß auch offen ausgesprochen werden, daß die Widerstandskraft und Opferwilligkeit des Volkes von Monat zu Monat immer bedenklichere Einbuße erleidet. Dies gilt nicht nur für die Stadt, sondern — nach einwandfreien Beweisen — ganz besonders für das Land.

Die bei Kriegsbeginn herrschende Begeisterung ist längst abgeflaut; sie hat vielfach einem weitgehenden Pessimismus Platz gemacht, dessen Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen.

Verhältnismäßig am besten werden die moralischen und materiellen Prüfungen von der organisierten Arbeiterschaft ertragen. Hohe Löhne, die straffe Organisation und der starke Einfluß der Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, sowie der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Ge-

werkschaften stützen und stärken ihren Willen zum Aushalten so nachhaltig, daß — wenigstens in Bayern — von dieser Seite her ein Nachlassen der seelischen Widerstandskraft zunächst nicht zu befürchten ist.

Freilich ist hierbei nicht zu verkennen, daß sich neben dieser Arbeiterschaft in wachsender Zahl auch nichtorganisierte Arbeiter befinden, die der Einwirkung von bewährten Führern entbehren, den Umsturzgedanken radikaler Kreise zugänglich und trotz ihrer hohen Löhne unzufrieden sind.

Ungleich schwerer als die Arbeiterschaft leiden unter den Opfern und Entbehrungen des Krieges die Millionen der meist dem Mittelstand angehörenden Leute, deren Einkommen sich nicht im Verhältnis mit der maßlosen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse erhöht hat, also vor allem die Festbesoldeten, die kleinen Gewerbetreibenden usw. Sie stehen zum großen Teil vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, sind zu einem wirtschaftlichen Proletariat herabgesunken, das von der Hand in den Mund lebt, und entbehren der materiellen Vertretung durch eine mächtige Organisation und der moralischen Stütze durch einflußreiche und anerkannte Führer. Daß die Umschichtung aus einem wirtschaftlich sorgenfreien Dasein in bittere Not zu spontanen Ausbrüchen der Unzufriedenheit führen kann, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

Pflicht eines jeden ist es, die Stimmung im Heimatheer, in Stadt und Land, in allen Schichten der Bevölkerung nach Kräften derart zu beeinflussen, daß sie uns als Kriegsmittel erhalten bleibt.

Mit allen Mitteln arbeiten deshalb die heimischen Militär- und Zivilbehörden, unterstützt durch die uneigennützige Tätigkeit von vaterländisch gesinnten Vereinen und Männern, dahin, die Stimmung zu heben, die Heimat von der unabänderlichen Notwendigkeit des Durchhaltens zu überzeugen.

Diese Arbeit aber stößt bedauerlicherweise immer wieder auf den einwandfrei nachgewiesenen Widerstand der aus dem Felde beurlaubten Mannschaften, deren Erzählungen über alles, was den Krieg betrifft, in der Heimat noch immer unbedingten Glauben finden, und zwar gerade in jenen nicht organisierten, führerlosen Schichten der Bevölkerung. Dem Kriegsministerium stehen vielfache Beweise zur Verfügung, daß eine große Anzahl von Mannschaften diese ihnen von der Heimat eingeräumte Autorität — zum größten Teil wohl aus Gedankenlosigkeit und falsch verstandenem Heldentum, zum Teil aber auch bewußt — dazu mißbraucht, der Heimat die törichtsten Erzählungen über den Kaiser, die Verpflegung, das Leben der Offiziere an und hinter der Front, über Verluste, eigene Leistungen und überstandene Gefahren und über das Verhältnis zu den nichtbayerischen Kontingenten aufzutischen und hierdurch dem Mißvergnügen mit den Verhältnissen in der Heimat noch ein weitgehendes Mißtrauen über das Leben in der Front und den Etappen hinzuzufügen.

Solch unüberlegtes Gerede beeinflußt die Gesamtstimmung in der Heimat auf das ungünstigste und bildet tatsächlich ein unüberwindliches Hindernis für die Aufklärungsarbeit der Behörden in der Heimat. Diese Hemmungen zu beseitigen ist demnach ein unbedingtes Gebot kriegerischer Notwendigkeit für die Befehlshaber des Besatzungsheeres; ich erbitte hierzu die tatkräftige und durchgreifende Mitwirkung der in den Kampffronten und Etappen stehenden bayerischen Kommandeure.

Ich habe keinen Zweifel, daß bei vorgängiger und eindringlicher Belehrung die Mehrzahl der nur fahrlässig sich in dieser Beziehung verfehlenden Leute selbst einsehen wird, welch unabsehbarer Schaden durch ihre unüberlegten Schilderungen von der Front angerichtet wird. Es ist deshalb Pflicht sämtlicher Kommandeure, dementsprechend in geeigneter Weise und wiederholt auf die ihnen unterstellten Mannschaften einzuwirken.

Solche Leute aber, die nach Ansicht der Kompagnie- usw. Führer als genügend zuverlässig erachtet werden, sowie sämtliche Offiziere bitte ich, vor

ihrer Beurlaubung darüber aufzuklären, daß sie durch wahrheitsgetreue Schilderung der Verhältnisse an der Front dazu berufen seien, die Stimmung in der Heimat zu heben und damit zu einem glücklichen Ende dieses Krieges sehr wesentlich beitragen. Derartige besonders vertrauenswürdige, sorgfältig ausgewählte Leute, sowie die Offiziere müssen durch ihre Schilderungen ein Gegengewicht schaffen gegenüber allen jenen üblen Ausstreuungen, die nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich in der Heimat versucht werden, und an denen neben feindlichen auch sehr wahrscheinlich Agenten des radikalen Flügels der Sozialdemokratie beteiligt sind.

Ich ersuche die Herren Kommandeure der mit dieser Verfügung beteilten Verbände usw., mir im Laufe des Monats Oktober über den Vollzug meiner Anregung und über etwa dabei gemachte Erfahrungen kurz zu berichten, und bin für fachdienliche Vorschläge — gegebenenfalls unter Namhaftmachung einzelner für die Heimataufklärung während des Urlaubes besonders geeigneter Persönlichkeiten — dankbar. Die K. Generalkommandos und Divisionen bitte ich, in ihrem Befehlsbereich stehende einzelne Kompagnien usw. und Formationen (nur bayerische), die mit der vorstehenden Verfügung nicht beteilt sind, in geeigneter Form davon zu verständigen.

v. Hellingrath.

Anlage IX

Feststellungen des früheren Vizekanzlers v. Payer

Auf einer Kundgebung des Republikanischen Reichsbundes in Frankfurt a. M. am 14. Dezember 1925 ließ der frühere Vizekanzler v. Payer folgende Feststellungen verlesen:

„Weshalb in Wirklichkeit der Krieg für uns verlorenging, kann man mit wenigen Sätzen sagen:

Weil unsere Heerführer trotz aller Siege nicht verhindern konnten, daß an den wichtigsten Fronten der Bewegungskrieg in den Stellungskrieg überging,

weil bei diesem letzten Endes das Mehr an Mannschaften, Kriegsgeräten, Materialien und Nahrungsmitteln entscheiden mußte,

weil unsere Feinde weit zahlreicher waren als wir samt unsern Bundesgenossen und weil ihnen die Vorräte und Hilfsmittel der ganzen Welt zur Verfügung standen, uns nicht,

weil denn auch richtig schließlich unsere Bataillone an Zahl und Umfang immer kläglicher zusammengeschmolzen und unsere Reserven verschwanden — während die Amerikaner alle Monat für Monat mehr als 250 000 Mann frischer Truppen an die Front warfen,

weil der verstärkte U-Boot-Krieg nicht, wie versprochen, zum Ziele führte,

weil wir den gepanzerten Sturmwagen unserer Gegner nichts Ähnliches entgegenzusetzen hatten,

weil wir unseren Truppen aus Mangel an Mannschaft nicht mehr die zum Ausruhen nötigen Kampfpausen gewähren konnten,

weil jahrelang unsere Ernährung an der Front und zu Hause ungenügend war,

weil unsere Bundesgenossen einer um den anderen zusammenbrachen,

weil Entbehrungen, die ständigen Verluste an Menschenleben, die Befürchtung weiterer Opfer und die immer wachsende Besorgnis vor einem

unglücklichen Ausgang des Krieges nach vier Jahren die Stimmung in Heer und Volk zu einer gedrückten machen mußten,

weil das Vertrauen in die Oberste Heeresleitung und deren Berichte schwand,

weil dem Feldsoldaten der Unterschied zwischen den von ihm und den von den Offizieren und von der Etappe zu bringenden Opfern immer fühlbarer wurde,

weil man eine solche Stimmung nicht wegkommandieren und auch durch keine Propaganda wegdiskutieren konnte,

weil daraus eine steigende Friedenssehnsucht herauswachsen mußte — wogegen die Eroberungssucht gerade der größten deutschen Dynastien einen Verständigungsfrieden unmöglich machte,

weil die Konservativen mit der Obersten Heeresleitung die von der Krone und der Regierung in Preußen aufs feierlichste zugesagte Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts schimpflich zu vereiteln wußten,

und weil zum Schluß die Oberste Heeresleitung durch ihr überstürztes, der Reichsleitung abgerungenes Ersuchen um Waffenstillstand und Frieden vor Freund und Feind das unwiderrufliche Geständnis ablegte, daß wir militärisch mit unserer Kraft zu Ende seien.

Diese unbestreitbaren Tatsachen erklären unseren Zusammenbruch mehr als genügend. Es hat auch während desselben in allen amtlichen Auseinandersetzungen niemand daran gedacht, einer „zielbewußten auf die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht gerichteten" Agitation der Heimat die Schuld an der Katastrophe zuzuschreiben; er hätte sich damals auch nur lächerlich gemacht. Viel später erst kam zur Deckung der wirklich Schuldigen diese Fabel auf und fand aus parteipolitischen Gründen nur zu willige kritiklose Gläubige. Sie hatte kurze Beine. Heute schon ist sie in ihrem wichtigsten Teil selbst von ihren eifrigsten Verfechtern in aller Form preisgegeben."

Anlage X

Stuttgart, den 13. Januar 1926.

Herrn
Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Herz
Parlamentarischer Untersuchungsausschuß
Reichstag
Berlin NW 7.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Auf die Anfrage, ob eine Absicht der Marineleitung, im Herbst 1918 die Engländer zu einer großen Seeschlacht herauszufordern, mit dem Kriegskabinett beraten worden sei, ja ob dem Kriegskabinett überhaupt eine Mitteilung von einer solchen Absicht gemacht worden sei, beehre ich mich zu antworten, daß mir von einer Absicht, die Engländer um jene Zeit zu einer großen Seeschlacht herauszufordern, überhaupt erst durch die Verhandlungen im Münchener Dolchstoßprozeß etwas bekannt geworden ist. Dem Kriegskabinett ist von einer solchen Absicht niemals Mitteilung gemacht worden. Auch in der längeren Besprechung, die ich als Stellvertreter des erkrankten Reichskanzlers am 25. Oktober 1918 mit der Obersten Heeresleitung, mit Admiral Scheer und dem Kriegsminister Scheüch hatte, war von einer solchen Absicht mit keinem Wort die Rede. Es hätte übrigens ja auch nur eventuell über einen solchen Plan gesprochen werden können. Denn so lange die anfangs Oktober auf Verlangen

der Obersten Heeresleitung eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten nicht von einer der beiden Seiten durch Kündigung des Waffenstillstands abgebrochen wurden, war selbstverständlich auch die Marineleitung daran gebunden, auch wenn das Kriegskabinett eine ihr nicht genehme Entscheidung über die Fortsetzung des unbeschränkten U-Bootkriegs getroffen hatte. Ein Abbrechen der nun einmal aufgenommenen Waffenstillstandsverhandlungen hatte ich aber, wenigstens für die Lage am 25. Oktober, bei dieser Besprechung für meine Person abgelehnt und auch ein solches durch das Kriegskabinett nicht in Aussicht stellen können. Das Kabinett hat sich am 25. Oktober vormittags ausdrücklich und einmütig zu derselben Auffassung bekannt. (Meine Erinnerungen „Von Bethmann Hollweg bis Ebert“ S. 141—145.) Der Waffenstillstand wurde ja auch bekanntlich von keiner Seite gekündigt, so daß die ganze Frage nie unmittelbar praktische Bedeutung gewann.

Ob dem damaligen Reichskanzler, dem Prinzen Max von Baden, der in jenen Tagen krank war, vielleicht von einer solchen Absicht der Marineleitung etwas mitgeteilt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Mir ist auch davon nichts bekannt.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und freundlicher Begrüßung

Ihr ganz ergebener
Friedrich Payer,
Stellvertreter des Reichskanzlers a. D.

Anlage XI

Aussage des Konteradmirals v. Levetzow im Münchener Dolchstoßprozeß

Besprechung v. Levetzows mit dem Prinzen Max v. Baden nach Aufgabe des U-Bootkrieges am 20. X. 1918.

„Aber damit hätte die Flotte ihre operative Freiheit wiedergewonnen. Sie würde jetzt zu Operationen gegen den Feind eingesetzt werden, zu denen man sie bisher, da sie notwendig war, um den U-Bootkrieg zu decken, nicht hätte verwenden können und dürfen. Prinz Max hat hiergegen keinen Einspruch erhoben. Er hat — und diesen Eindruck habe ich durchaus — auch durchaus Verständnis für diese Angelegenheit gehabt. Er hat dies zur Kenntnis genommen und gesagt, das läge ja an den militärischen Stellen.“

Anlage XII

Dr. Südekum

Berlin-Zehlendorf, den 8. Oktober 1925
39 Prinz Handjerystraße.

Herrn
Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Herz
Berlin NW 7

Sehr geehrter Herr Amtsgerichtsrat!

Die Erfüllung meines früheren Versprechens und die Antwort auf Ihr freundliches Schreiben vom 30. September ds. Js. mußte ich infolge von Ar-

beitsüberhäufung und nicht seltener Abwesenheit von Hause leider immer wieder vertagen. Endlich komme ich dazu, Ihnen wenigstens folgende kurze Mitteilung zu machen:

In den ersten Novembertagen 1918 sprach der damalige Chef der Reichskanzlei mit mir über bedrohliche Anzeichen von Widersetzlichkeit in der Marine. Gerüchte über derartiges waren seit der bekannten Reichstagsszene zwischen Capelle und Michaelis auf der einen Seite, den Unabhängigen auf der anderen Seite nicht mehr zum Schweigen gekommen.

Dem Reichskanzler lag besonders daran, über die Stimmung in Wilhelmshaven aufgeklärt zu werden, und ich folgte der Aufforderung, solche Erkundigung einzuziehen, mit Bereitwilligkeit. Ich war damals Offizier im 1. Eisenbahnregiment und reiste nach Wilhelmshaven in Uniform, ausgerüstet mit einer Empfehlung des Reichsmarineamts in das Kommando Ostseestation, übrigens mit einem Zivilanzug im Koffer, um nach Bedarf auch als Zivilist unbeachtete Streifen vornehmen zu können.

In Wilhelmshaven empfahl mir der Chef der Marinestation der Nordsee, mich zum großen Kreuzer „Seydlitz" zu begeben, dessen Kapitän Siegert wahrscheinlich am allerbesten über die Stimmung auf der Hochseeflotte unterrichtet sei. Kapitän z. S. Siegert, von meinem Kommen telephonisch unterrichtet, stellte mich zunächst seinem Offizierkorps vor und bat dann seinen ersten Offizier, Grafen Moltke, mir das Schiff zu zeigen und jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Graf Moltke war inbezug auf Äußerungen über Stimmung der Mannschaft usw. sehr zurückhaltend, wenn er auch seine Sorge über das, was eintreten könne, nicht zu verhehlen vermochte. Später bat Kapitän Siegert mich in seine Kajüte und besprach die vorliegenden Fragen unter vier Augen mit mir in rückhaltlosester Offenheit. Auf seinem Schiff, sagte er, seien Männer, die am 1. Oktober 1914 eine vierjährig freiwillige Dienstzeit abgeschlossen haben würden, nunmehr aber schon ins achte oder neunte Jahr das Bordleben führen müßten. Das sei eine fürchterliche Qual. Da man nicht alle diese Leute hätte befördern können, habe man auch den wertvollen Ehrgeiz aus ihrem Leben genommen. Das Schlimmste aber sei das Gefühl der Flotte, daß man in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit sie niemals zur rechten Zeit eingesetzt habe, während man jetzt mit dem Gedanken spiele, sie als letzten Trumpf auf den Tisch zu hauen. Er selbst sei ein durchaus königstreuer Mann, könne sich aber sehr wohl in die Seele von revolutionären Menschen hineinversetzen.

Diese Enthüllungen gaben mir viel zu denken und schärften naturgemäß meine Augen für die folgenden Beobachtungen.

Auf einem Unterseeboot, mit dem ich eine Fahrt aus dem Hafen machte, herrschte große Kameradschaftlichkeit und auch ausgezeichnete Disziplin.

Zurückgekehrt in die Stadt, bin ich dann in Uniform bis tief in die dämmernde Nacht hinein in den Straßen gegangen. Die entscheidende Beobachtung war die, daß auch nicht ein einziger Mann irgendeiner Charge an mir grußlos vorübergegangen ist, obschon das Licht unsicher, meine Uniform in der Stadt zweifellos wenig bekannt, das Licht gegen Fliegergefahr abgeblendet war.

Auch eine Unterredung, die ich noch spät mit dem Landtagsabgeordneten Herrn Paul Hug über diese Frage und die allgemeine politische Lage hatte, bestärkte mich in der Auffassung, daß jedenfalls in Wilhelmshaven von einer, weite Kreise umfassenden revolutionären Organisation unter den Matrosen nicht die Rede sein konnte.

Ich denke natürlich nicht daran, das vorschriftsmäßige Grüßen auf der Straße als ein sicheres Zeichen für „gute Gesinnung" anzusehen. Anderseits ist es aber eine überall gleichmäßig gemachte Erfahrung, daß dort, wo politische Umtriebe größeren Stils in einer Truppe spielen, gerade die kleinen Gesetze der Disziplin und Subordination am ehesten ins Wanken geraten.

Über die damalige militärische Lage, die politische Einstellung und meine Beobachtungen in Wilhelmshaven habe ich bei meiner Rückkehr über Bremen in der dortigen Deutschen Gesellschaft einige kurze Mitteilungen ohne Manuskript gemacht. Meine Schilderung der wirklichen militärischen Lage erregte die tiefste Bestürzung, da man in Bremen wie auch im sonstigen Deutschland über den Ernst der Lage vollkommen hinweggetäuscht worden war.

Indem ich Ihnen anheim gebe, von diesen Mitteilungen den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen, bin ich

in vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Dr. Südekum,
Staatsminister.

Gutachten
des Sachverständigen Reichsarchivrat Volkmann

Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Partei-Gruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung

Inhalt

A. Ideengeschichtliche Entwicklung 254
I. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung vor dem Kriege . . . 254
II. Die Weiterentwicklung dieser Fragen vom Kriegsbeginn bis zur endgültigen Auseinandersetzung auf den Kongressen und Parteitagen in den Jahren 1916/17 258

B. Das praktische Verhalten der Opposition 270
I. Die illegalen Kampfmittel 270
II. Die Haltung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen in der Streikfrage 274
III. Die unmittelbaren revolutionären Vorbereitungen 276
IV. Die Novemberrevolution 280
V. Die Auswirkung des revolutionären Kampfes der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen auf die Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß 283

C. Schlußfolgerungen 301

Die Beantwortung des vorliegenden Themas begegnet gewissen Schwierigkeiten. Einmal ist es mißlich, die Untersuchung über eine Frage, die sich ohnehin schwer aus dem gesamten Ideenkreis des Sozialismus loslösen läßt, auf einzelne Parteigruppen und auf bestimmte Zeitabschnitte zu beschränken. Es entsteht hierbei immer die Gefahr, aus dem inneren Zusammenhange Herausgerissenes zu geben. Ich habe daher die Untersuchung nicht auf die USPD beschränken können, sondern habe sie auf die links von ihr stehenden radikalen Gruppen ausgedehnt. Auch nach rechts, zu den Mehrheitssozialisten, mußten Anschlußlinien gesucht werden. Weiterhin habe ich es für erforderlich gehalten, einen kurzen Rückblick auf die geistigen Fundamente der Vorkriegszeit zu werfen. Das Verhalten der einzelnen Parteigruppen im Kriege wird ja erst verständlich, wenn man es in Beziehung bringt zu den grundlegenden Beschlüssen auf den internationalen Kongressen und auf den Parteitagen vor dem Kriege.

Eine weitere Schwierigkeit bietet die Benutzung der Quellen. Von dem in Frage kommenden Aktenmaterial ist bisher erst ein Bruchteil durchforscht. Man muß infolgedessen vielfach auf Quellen minderen Ranges zurückgreifen. Einen guten Einblick in das geistige Ringen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges gewähren die Protokolle der Parteiausschußsitzungen und der Parteikonferenzen in den Jahren 1916/17, weiterhin die literarischen Veröffentlichungen hervorragender Theoretiker, insbesondere Kautskys, in dem wissenschaftlichen Parteiorgan „Die neue Zeit“ und an anderen Stellen. Mit sehr viel größerer Vorsicht wird man die in mehr oder weniger parteioffiziösem Auftrage und mit offenkundiger Tendenz nach dem Kriege geschriebenen Abhandlungen zur Parteigeschichte, unter anderem Pragers „Geschichte der USPD“ benutzen müssen.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt bedingten Wert haben die nach dem Kriege auf den Kongressen der Arbeiter- und Soldatenräte und auf Parteitagen von den Führern abgegebenen Erklärungen. Es ist verständlich, daß insbesondere die USPD in der Zeit unmittelbar nach der Revolution dazu neigte, ihre revolutionäre Tätigkeit stark zu betonen. Trotzdem wohnt auch diesen Erklärungen eine gewisse Beweiskraft inne, wenn sie mit dem auf anderem Wege gewonnenen Bild im wesentlichen übereinstimmen.

Mit noch größerer Bedingtheit müssen die literarischen Veröffentlichungen der an den Vorgängen in führender Stellung beteiligten Persönlichkeiten aufgenommen werden. Man muß immer damit rechnen, daß sie — bewußt oder unbewußt — ihre Handlungen in der ihnen am vorteilhaftesten erscheinenden historischen Beleuchtung zu zeigen bemüht sind.

Alles zusammen genommen wird man nach meinem Dafürhalten aber doch zu brauchbaren Ergebnissen gelangen können, wenn man Irrtümer im einzelnen in Kauf nimmt. Es wird mehr darauf zu achten sein, ob die Einzelerscheinungen sich in die großen Linien des allgemeinen Bildes einpassen, als darauf, ob die Einzelvorgänge selbst bis in ihre tiefsten Winkel historisch durchleuchtet sind. Mag dieses Verfahren vom kritisch wissenschaftlichen Standpunkt aus anfechtbar erscheinen, so bietet es nach meiner Überzeugung zurzeit doch die einzige Möglichkeit, den hier zur Verhandlung stehenden Dingen näherzukommen.

Bei dem Umfang des Stoffes und der gebotenen Beschränkung meines Gutachtens ergab es sich im übrigen schon von selbst, daß auf Einzelheiten verzichtet werden mußte. Soweit sie für erforderlich gehalten werden, müssen Sonderbearbeitungen stattfinden.

Ich habe den Hauptwert gelegt auf die ideengeschichtliche Entwicklung. Sie ist zurzeit wohl am meisten reif für eine historische Beurteilung. Schwieriger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der tatsächlichen Vorgänge. Solange die Archive noch nicht restlos geöffnet und durchforscht sind, wird man hier auf eine Art von Indizienbeweis angewiesen sein, der sich nur der Wahrscheinlichkeit annähern kann. Noch unsicherer aber scheint mir der Versuch, die Wirkungen des Handelns der oppositionellen sozialdemokratischen Gruppen, auf Verlauf und Ausgang des Krieges gewissermaßen prozentweise, feststellen zu wollen. Ich bezweifle überhaupt, daß es je möglich sein wird, die Wirkung einer einzelnen Ursache aus dem gesamten Ursachenkomplex unseres nationalen Unglücks herauszugreifen und darüber präzise Feststellungen zu machen. Streng wissenschaftlich sind diese Dinge wohl überhaupt nicht in ganz feste Formen zu bringen; sie greifen allzu stark in das Gebiet der Weltanschauungen hinüber. Schließlich sind auch die Wissenschaftler nur Menschen. Meiner Ansicht nach wird man sich im vorliegenden Falle damit begnügen müssen, festzustellen, wieweit innerhalb der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen revolutionäre Tendenzen verfolgt worden sind, die geeignet waren, die Landesverteidigung zu behindern. Schon dieses Ergebnis erscheint mir von ganz außerordentlicher Bedeutung. Allzu viel weiter wird man im Laufe der hier stattfindenden Untersuchung schwerlich kommen.

Ich halte es für zweckmäßig, die ideengeschichtliche Entwicklung und die praktische Handlungsweise getrennt zu betrachten. Idee und

Praxis brauchen ja nicht zusammen zu stimmen. Eine Partei kann in der Idee revolutionär sein, sie braucht diese Idee aber zeitweise nicht in die Praxis umzusetzen.

Im voraus ist zu klären, was unter revolutionärem Handeln zu verstehen ist. Niemand wird nur den revolutionären Akt selbst als revolutionäre Handlung bezeichnen wollen. Es fallen vielmehr unter diesen Begriff auch die revolutionären Vorbereitungen, und zwar sowohl die Vorbereitungen in materieller Hinsicht als auch die geistige Aufrüttelung der Massen, die Revolutionierung der Köpfe, die Erzeugung einer revolutionären Stimmung. Weiterhin sind die Kampfmethoden und Kampfmittel zu untersuchen, und es ist festzustellen, wieweit sie als revolutionäre Handlung zu gelten haben. Nach meiner Auffassung trägt der Begriff der revolutionären Handlung das Kennzeichen der Ungesetzlichkeit, des äußeren Zwangs und der Gewaltanwendung in sich. Man wird im Kriege im übrigen einen anderen Maßstab anlegen müssen wie im Frieden. Z. B. gilt der politische Streik im Frieden nicht als revolutionär. Im Kriege kann er Lebensinteressen der Landesverteidigung gefährden und gewinnt dadurch unter Umständen den Charakter einer revolutionären Tat.

Es sind im vorliegenden Falle folgende Kampfmethoden in erster Linie zu beurteilen: Einmal der parlamentarische Kampf. Er wird als revolutionär nur dann anzusehen sein, wenn er sich außerhalb des Rahmens der Gesetze stellt. Dieser Fall würde z. B. vorliegen, wenn nachgewiesen würde, daß die USPD als Partei an der Marinemeuterei 1917 beteiligt gewesen ist.

Weiter die illegalen Kampfmittel, vor allem die unterirdische Literatur und die Mundpropaganda. Hier handelt es sich nach meinem Dafürhalten um vorbereitende revolutionäre Handlungen, die sich der gesetzlichen Kontrolle entziehen und die Absicht verfolgen, eine revolutionäre Stimmung zu erzeugen.

Der politische Streik ist als revolutionäre Handlung aufzufassen, soweit er politische revolutionäre Ziele verfolgt. Es genügt auch hier die Absicht, die Massen aufzurütteln und eine revolutionäre Stimmung hervorzurufen.

Weiterhin fallen natürlich in den Rahmen der revolutionären Handlungen die Organisation revolutionärer Kampfverbände und sonstige Konspirationen.

Aus alledem ergibt sich folgende Gliederung für die vorliegende Untersuchung:

In ideengeschichtlicher Hinsicht wird man sich zu beschäftigen haben mit:

Der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung vor dem Kriege;

Der Weiterentwicklung dieser Frage von Kriegsbeginn bis zur

endgültigen Auseinandersetzung auf den Kongressen und Parteitagen 1916/17.

Das praktische Handeln der oppositionellen Gruppen wird nachzuprüfen sein:

Hinsichtlich der Anwendung illegaler Kampfmittel;

Der Haltung in der Streikfrage;

Der revolutionären Vorbereitungen im Jahre 1918 und der Revolution selbst;

Die Auswirkung des revolutionären Kampfes der oppositionellen Parteien nach dem Kriege.

Der parlamentarische Kampf wird nur gestreift werden, weil die Hauptfrage, die Frage der Marinemeuterei 1917, von anderer Seite untersucht wird.

A. Ideengeschichtliche Entwicklung

I. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung vor dem Kriege

Der Sozialismus bezeichnet sich selbst als international, was natürlich nicht verwechselt werden darf mit anational oder antinational. Auch im sozialistischen Weltgebäude der Zukunft ist der Nation und dem nationalen Staatsgebilde ein bestimmter Platz zugewiesen. Der sozialistische Kampf richtet sich ja nicht gegen die Volksgemeinschaft an sich, sondern gegen die derzeitige „imperialistisch-kapitalistische" Form des nationalen Staates, in dem der sozialistische Arbeiter nicht sein Recht zu finden glaubt[1]).

Bestand bis hierher bei allen sozialistischen Richtungen Einigkeit, so gingen die Auffassungen auseinander über die Rolle, die der nationale Staat in dem sozialistischen Entwicklungskampfe zu spielen habe. Die einen meinten, daß der sozialistische Kampf zu einem wesentlichen Teil im Rahmen des nationalen Staates ausgefochten werden könne, daß sich bei den einzelnen Völkern allmählich und auf organischem Wege eine Verwirklichung der sozialistischen Forderungen durchsetzen werde und daß man so schließlich ganz von selbst über Parlamentarismus und Demokratie hinweg zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft der Zukunft gelangen werde. Die

[1]) Von Interesse sind die Ausführungen Kautskys zur nationalen Frage in der Neuen Zeit 21. 1. 16 „Mitteleuropa".

Über die hier behandelten Fragen ist auf den internationalen sozialistischen Kongressen in Lausanne 1867, Brüssel 1868, London 1888, Paris 1889, Brüssel 1891, Paris 1900, Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910, sowie auf dem außerordentlichen internationalen soz. Kongreß zu Basel 1912 verhandelt worden.

anderen befürchteten, daß aus den nationalen Bindungen Hemmungen für den sozialistischen Befreiungskampf des Weltproletariats entstehen könnten. Dieser Befreiungskampf könne nur auf ausgesprochen internationaler Grundlage durchgeführt werden. Der nationale Staat und überhaupt der nationale Gedanke sei dabei nach Möglichkeit auszuschalten oder wenigstens zurückzudrängen. Auch hinsichtlich des Tempos der sozialistischen Entwicklung und der Kampfmittel ergaben sich wesentliche Meinungsunterschiede. Während auf der einen Seite die Ansicht bestand, daß man der sozialistischen Bewegung die Zeit lassen müsse auf natürlichem Wege auszureifen und daß es nicht erforderlich werden würde, gewaltsame, also revolutionäre Mittel anzuwenden, glaubte man auf der anderen Seite die Entwicklung durch eine intensive Revolutionierung der Köpfe und durch bewußtes Hinlenken der Massen zur revolutionären Tat beschleunigen zu können [1]).

Die verschiedenartige Einstellung zum nationalen Staat übertrug sich auch auf die Frage der Landesverteidigung, die ja ihrerseits wieder eng zusammenhängt mit der Stellung zum Krieg und zur Wehrmacht [2]). Grundsätzlich wurde das Recht und die Pflicht der Völker, die Landesgrenzen gegen ungerechtfertigte äußere Angriffe mit der Waffe zu verteidigen — solange solche Angriffe noch vorkommen —, von keiner Seite bestritten. Dagegen ergaben sich Meinungsunterschiede bei der praktischen Festlegung der Grenzen, innerhalb deren diese Verpflichtung eintreten sollte, und weiterhin bei der Erörterung der Frage, wie sich der Sozialismus zu verhalten habe beim Ausbruch von Kriegen, bei denen der Fall der Landesverteidigung nicht vorlag.

Hierüber ist auf den Kongressen der Arbeiter-Internationale, vor allem auf dem Stuttgarter von 1907 und dem Kopenhagener von 1910, wiederholt sehr eingehend verhandelt worden. Von französischer und englischer Seite ist bekanntlich der Gedanke des sogenannten „Militärstreiks" bei Ausbruch eines Krieges vertreten worden, d. h. des Generalstreiks der Rüstungsindustrien. Von deutscher Seite hat Bebel diesen Vorschlag bekämpft mit der Begründung, daß man sich nicht zu Kampfmethoden drängen lassen wolle, „die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten" [3]).

An Stelle des abgelehnten „Militärstreiks" gelangte ein auf deutsche Initiative zurückzuführender Antrag zur Annahme, der in seiner weiten Ausdeutungsfähigkeit im höchsten Maße charakteristisch ist für die unbestimmte Haltung des Sozialismus in der Frage der

---

[1]) U. a. Jenaer Parteitag 1905.

[2]) U. a. Kautsky: Die Landesverteidigung. Neue Zeit 11. 5. 17.

[3]) Die deutsche Auffassung ist eingehend in einem parteioffiziellen Gutachten Kautskys vom 14. 12. 12 begründet worden, das sich auch in den Akten Kr. Min. „Soz.-Dem. Bestrebungen Juni 1912 — September 1914" befindet.

Landesverteidigung. Es heißt in dem Kopenhagener Beschluß, daß der Ausbruch eines Krieges „durch Anwendung der am wirksamsten erscheinenden Mittel" verhindert werden solle. Breche der Krieg doch aus, so sei mit allen Kräften dahin zu streben, *„die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen"*.

Es wird später festzustellen sein, wie sich die verschiedenen Richtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie mit diesem grundsätzlich so bedeutsamen Beschluß abgefunden haben.

Innerhalb der deutschen Partei hat Bebel auf dem Essener Parteitage weiterhin den Standpunkt vertreten, daß die Stellung der Sozialdemokratie in der Frage der Landesverteidigung davon abhängig gemacht werden müsse, ob ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg vorliege[1]). Einem Verteidigungskrieg könne die sozialistische Arbeiterschaft sich nicht entziehen. Einem Angriffskrieg werde sie sich versagen. Kautsky, im Kriege der führende Theoretiker der USPD, hat hiergegen eingewendet, daß man nicht imstande sein werde, die richtige Entscheidung zu treffen. Eine geschickte Staatskunst werde es stets verstehen, sich als den angegriffenen Teil hinzustellen. Er verlangte, daß allein das Interesse des internationalen Proletariats maßgebend sein dürfe, und gab dieser Auffassung die präzise Form: „Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfall nach nationalen, nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als Deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlt. Die deutschen Proletarier sind solidarisch mit den französischen Proletariern und nicht etwa mit den deutschen Junkern und Scharfmachern."

Wenn nicht einmal einander so nahestehende Männer wie Bebel und Kautsky zu einer ganz einheitlichen Auffassung über diese wichtigen Fragen gelangen konnten, so kann es nicht wundernehmen, daß innerhalb der ganzen Partei die Meinungen vom rechten bis zum linken Flügel noch viel weiter auseinanderklafften.

In der grundsätzlichen Stellung zum Kriege finden sich ebenfalls verschiedenartige Ansichten[2]). Daß im sozialistischen Zukunftsstaat für die Erscheinungsform des Krieges kein Platz sein würde, darin war man zwar gleicher Meinung. Auch darüber bestand kaum ein

---

[1]) Diese Fragen sind auch auf dem Chemnitzer Parteitage 1912 verhandelt worden.

[2]) Aus den zahllosen Veröffentlichungen in der sozialistischen Literatur sei folgendes herausgegriffen:

Kautsky: Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg vor dem jetzigen Kriege. Neue Zeit 29. 12. 16.

Kautsky: Neue sozialdemokratische Auffassungen vom Kriege 5. 1. 19

Kautsky: Die Sozialdemokratie im Kriege. Neue Zeit 2. 10. 14.

Zweifel, daß man sich während der Übergangszeit noch notgedrungen mit der Wiederholung von Kriegen abfinden müsse. Innerhalb dieser Grenzen ergaben sich aber doch noch sehr verschiedene Einstellungen. Marx und Engels haben den Krieg während der Übergangszeit des sozialistischen Kampfes für ein durchaus berechtigtes und brauchbares Mittel zur Förderung auch sozialistischer Interessen angesehen. Es ist allgemein bekannt, mit welchem leidenschaftlichen Eifer sich Engels militärischen Studien hingab und wie sehr er mit der Möglichkeit rechnete, daß in dem von ihm vorausgeahnten Weltkriege das sozialistische Proletariat Deutschlands zu einem gewissen Zeitpunkt die Führung im Kampfe werde übernehmen müssen. Auch sonst konnte der Fall eintreten, zum Beispiel in einem Kriege gegen das verhaßte zaristische Rußland, daß der Sozialist zu einer den Krieg bejahenden Stellung gelangte. Man weiß, wie stark dieser Gesichtspunkt die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten bei Ausbruch des Weltkrieges beeinflußt hat. Es gab innerhalb des Sozialismus auf der anderen Seite aber auch Strömungen, bei denen die rein pazifistische Einstellung alle anderen Gesichtspunkte überwog. Dies trat auch im Weltkriege in die Erscheinung, am deutlichsten wohl bei Bernstein, der allein aus seinem pazifistischen Empfinden heraus den Weg vom rechten Flügel des Sozialismus zum linken suchte und fand. Auch bei Kautsky wird man einen starken pazifistischen Einschlag festzustellen haben.

Kurz erwähnt werden muß noch die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrmacht[1]). Die Notwendigkeit der Wehrbarkeit des Volkes wurde an sich nicht bestritten[2]). Engels und auch Bebel haben die Volksbewaffnung auf breitester Grundlage in der Form der Miliz verlangt[3]). Gegen das stehende Heer in seiner derzeitigen Form bestand aber stärkste Abneigung und tiefstes Mißtrauen. Man sah in ihm nicht so sehr den Träger der Landesverteidigung gegen den äußeren Feind, als vielmehr das gefügige Werkzeug der herrschenden Klassen zur Unterdrückung des Proletariats und zur Verwirklichung imperialistischer Gelüste. Noch im Jahre 1911, als die Umrisse des Weltkrieges bereits deutlich sichtbar emportauchten, lehnte der sozialdemokratische Parteiredner gelegentlich der Beratung über den Militäretat den „Militarismus ab als kulturfeindliche Einrichtung“ und weil man die dafür aufgewendeten Mittel für bessere Zwecke verfügbar zu machen wünsche.

Alles in allem ergibt sich das Bild, daß in der Frage der

---

[1]) U. a. Essener Parteitag 1907, in der besonders die Haltung Kautskys und Liebknechts zum Ausdruck kommen.

[2]) U. a. Rede Noskes in der Reichstagssitzung vom 26. 4. 1907.

[3]) Einen Überblick gibt Drahn: „Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler“. Ferner Bebel: „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr.“ Die sozialistische Literatur gerade auf diesem Gebiet ist fast unübersehbar.

Landesverteidigung doch nur eine schwache theoretische Grundauffassung innerhalb des Sozialismus allgemein und der deutschen Sozialdemokratie im besonderen bestand. In der praktischen Einstellung fächerte die Partei von rechts nach links weit auseinander. Versucht man die beiden Hauptströmungen noch einmal zwischen feste Grenzen zu bringen, so wird man folgendes sagen können: Den einen steht das Schicksal der internationalen Arbeiterbewegung im Mittelpunkt alles Denkens und Fühlens. Der nationale Gedanke tritt demgegenüber weit zurück. Der Krieg liegt nach ihrer Auffassung selten oder nie im Interesse des Proletariats, ist vielmehr fast immer der Ausfluß imperialistisch-kapitalistischer Machtkämpfe. Es liegt daher für die Sozialisten kein Anlaß vor, im Kriege auf die Weiterführung des Kampfes „für die Gleichberechtigung des Proletariats" zu verzichten. Vielmehr sollen gerade die besonderen Verhältnisse des Krieges zur Förderung der sozialistischen Weltziele ausgenutzt werden.

Die anderen fühlen sich durch die nationale Schicksalsgemeinschaft stärker gebunden. Sie empfinden schärfer die Spannung, die zwischen den theoretischen und propagandistischen Zukunftsforderungen des Sozialismus und den realen Möglichkeiten der Gegenwart besteht. Sie wünschen ein ruhiges Tempo und einen natürlichen organischen Verlauf der Entwicklung unter Einschaltung des nationalen Elements.

II. Die Weiterentwicklung dieser Fragen vom Kriegsbeginn bis zur endgültigen Auseinandersetzung auf den Kongressen und Parteitagen in den Jahren 1916/17

Im Frieden waren die Gegensätze in der Stellung zum nationalen Staat und in der Frage der Landesverteidigung latent geblieben. Der Krieg schob sie in den Vordergrund. Eine Zeitlang hielt die sozialdemokratische Einheitspartei, das Lebenswerk Bebels, der Belastung noch stand. Schließlich wurde die Spannung aber so groß, daß die Parteiform zerbrach [1]).

Zum ersten Male wurde die Stellung zur Landesverteidigung grundlegend erörtert in den Fraktionsberatungen, die in den ersten Tagen des Krieges anläßlich der Frage der Bewilligung der Kriegskredite stattfanden. Es schieden sich von vornherein zwei Richtungen. Als Wortführer der Mehrheit wies der Abgeordnete David darauf

[1]) U. a. Heinrich Kunow: Neue Zeit 28. 12. 17 „Parteipsychologisches".
Kautsky: Neue Zeit 16. 3. 17 „Die Wendung zum Nationalsozialismus".
Kautsky: Neue Zeit 6. 10. 16 „Die Parteikonferenz".
Paul Lensch: Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück.
David: Die Sozialdemokratie im Weltkriege.

hin, daß es sich in diesem Kriege gegen eine Welt von Feinden für Deutschland nur um die Behauptung seiner nationalen Existenz, um die Verteidigung seines territorialen Bestandes, um die Sicherung seiner ganzen politischen Gegenwart und Zukunft handele. Die Zustimmung zu den Krediten dürfe nicht an irgendwelche innenpolitischen Forderungen geknüpft werden. Die Stunde der nationalen Not sei nicht die Zeit, Zusicherungen im Sinne der sozialistischen Bewegung zu erzwingen. Nach der Darstellung Karl Liebknechts im „Klassenkampf gegen den Krieg" beantragte David in der entscheidenden Fraktionssitzung am 3. August im Namen der Mehrheit des Fraktionsvorstandes die Bewilligung der Kredite, indem er ausdrücklich erklärte, der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszusagen und umzulernen.

Ist diese Darstellung richtig, so begegnet man hier zum ersten Male der offenen Forderung von rechtssozialistischer Seite nach einer Revision der Anschauungen der Vorkriegszeit. Dieses Verlangen ist später besonders stark von Kolb vertreten worden. Im übrigen hat man aber auf mehrheitssozialistischer Seite versucht, durch mehr oder minder gewaltsame Konstruktionen die Haltung des 4. August und das spätere Festhalten an dem einmal gewählten Standpunkt in Einklang zu bringen mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Parteitage vor dem Kriege, sogar mit dem Stuttgarter Beschluß.

Wir werden später sehen, daß sich auf dem linken radikal gerichteten Flügel der deutschen Sozialdemokratie eine Gegenbewegung entwickelte, die ein Hinausgehen über die Beschlüsse der Vorkriegszeit nach der revolutionären Seite hin verlangte.

Auch die Minderheit unter der Führung des Parteivorsitzenden Haase und des Abgeordneten Ledebour lehnte die militärische Landesverteidigung weder vom grundsätzlichen Standpunkt noch in der Praxis ab. Aber sie wollte auch in dieser Stunde höchster nationaler Gefahr von einem Zusammengehen mit der Regierung und mit den nationalen Parteien nichts wissen. „An dem Klassenkampf und an der internationalen Klassensolidarität des Proletariats dürfe durch den Krieg nicht gerüttelt werden", führte Haase aus. In *Fortsetzung der Friedenstaktik* sollte daher der Sozialist als Soldat seine Pflicht tun, sich, soweit nötig, dem äußeren Zwange fügen. Als Politiker sollte er aber unentwegt für die alten politischen Ziele weiterkämpfen. Die Kriegskredite seien abzulehnen als Konsequenz der prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den imperialistischen Krieg zuzuschreiben sei. Ihre Bewilligung würde einen Bruch mit den bisherigen Grundsätzen bedeuten.

Kautsky, an dessen geistesklarer Logik sich viele in der Partei in schwierigen Lagen festzuklammern pflegten, schwankte in der

Frage der Kreditbewilligung unruhig hin und her. Er empfahl zunächst in Erinnerung an das Verhalten Bebels und Liebknechts im Jahre 1870, Stimmenthaltung zu üben. Am nächsten Tage, dem 3. August, hatte er seine Ansicht geändert. Er erklärte, heute könne er für die Annahme der Kredite plädieren, wenn die Regierung gewisse Bedingungen erfülle. Sie müsse die Zusicherung abgeben, daß sie keine Eroberungen wolle. Versage sie diese Zusicherung, so müsse man die Kredite ablehnen[1]).

Man erkennt bereits hier deutlich die Gegensätze: Auf der einen Seite das stärkere Betonen des internationalen proletarischen Klassenstandpunktes; Forderung der Fortsetzung der grundsätzlichen antikapitalistischen und antiimperialistischen Klassenkampfpolitik auch im Kriege. Auf der anderen Seite die Unterordnung der proletarischen Sonderinteressen unter diejenigen der Volksgemeinschaft; Zurückstellung des auf internationaler Grundlage geführten Klassenkampfes solange, bis der Krieg der Völker entschieden ist; Bekenntnis zur Landesverteidigung ohne besondere Bedingungen[2]).

Wie Kautsky es bereits vor dem Kriege vorausgesehen hatte, ließ sich die von Bebel gewünschte Unterscheidung, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, unter den vorliegenden Umständen gar nicht machen. Wer sollte in diesen Tagen höchster Spannung und rasender nationaler Leidenschaften Richter sein! Aber auch die Kautskysche These, daß die Stellung der Sozialdemokratie von dem Interessenstandpunkt des Weltproletariats abhängig gemacht werden solle, erwies sich als hinfällig. Auf welcher Seite lag hier der proletarische Vorteil? Auf der Seite der Westmächte, der „demokratisch fortgeschritteneren Länder"? Aber neben ihnen stand Rußland, „der Hort der Reaktion".

Die gleichen Fragen bewegten und zerrissen die sozialistischen Parteien fast aller kriegführenden Länder. Es handelte sich eben bei diesen Dingen, wie sich hier bei einer besonders entscheidungsschweren Gelegenheit zeigte, um Schicksalsfragen des internationalen Sozialismus.

Die befreiende Tat einer reinlichen Scheidung der beiden Richtungen wurde bei diesen ersten Beratungen über die Kriegskredite noch nicht geboren. Die Minderheit fügte sich dem Beschluß der Mehrheit. Die endgültige Entscheidung wurde hinausgeschoben.

Auf die Weiterentwicklung der Kreditbewilligungsfrage soll hier

---

[1]) Die Frage der Kriegskredite wird von Kautsky behandelt in der Neuen Zeit 4. 6. 15 und am 11. 6. 15. Seine Stellung zur Landesverteidigung überhaupt ist in der Neuen Zeit 27. 11. 14 „Die Internationale und der Krieg" behandelt worden.

[2]) U. a. David: Kautsky und mein Kartenhaus. Neue Zeit 2. 7. 15.
Hilferding: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Neue Zeit 16. 8. 15.
Adler: Am Scheidewege zwischen Kolb und Bebel. Neue Zeit 3. 9. 15.
Kolb: Die Sozialdemokratie am Scheidewege.

nicht eingegangen werden[1]); ebensowenig ist in diesem Gutachten Raum für die Annexions- und Kriegszielfrage, die seit dem Frühjahr 1915 in den Vordergrund trat und die auch in dem Streit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine so bedeutende Rolle spielte[2]). Es muß weiterhin darauf verzichtet werden, die äußeren Vorgänge bei der Fraktions- und Parteispaltung zur Darstellung zu bringen.

Lediglich zur Formbildung der oppositionellen Gruppen sei ganz kurz folgendes bemerkt:

Zunächst fehlte jeder feste organisatorische Zusammenhalt innerhalb der Opposition. Nur langsam vollzog sich der Zusammenschluß. Seit 1915 erschien die „Internationale" als Organ der Opposition, eine Monatszeitschrift, die der Sammlung und Verständigung dienen sollte, in Wirklichkeit aber eher dazu beitrug, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zu verschärfen.

Als das erste Ergebnis des Zusammenschließens der Opposition kann das im Juni 1915 an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion gerichtete Schreiben[3]) angesehen werden, in dem die Politik der Mehrheit auf das schärfste gegeißelt wurde und das die Unterschriften der Führer aller oppositionellen Richtungen trug.

Seit Mitte 1915 traten die Unterschiede zwischen den verschiedenen Richtungen schärfer hervor, und es machte sich deutlich das Bestreben bemerkbar, sich gegeneinander abzuschließen und eigene Wege zu gehen. Die Zimmerwalder Konferenz im September 1915, auf der die Gegensätze zwischen der Haase-Ledebour-Gruppe und der Liebknechtschen Richtung bereits zu ernsten Differenzen geführt hatten, wurde schließlich der Anlaß, daß es zur Trennung in die seit März 1916 in der sozialdemokratischen „Arbeitsgemeinschaft" zusammengefaßten gemäßigten Elemente und in die radikalere Gruppe Internationale, die spätere Spartakusgruppe, kam.

Als die Gruppe Internationale ihre erste selbständige Reichskonferenz am Neujahrstage 1916 in der Liebknechtschen Wohnung abhielt, in der die von Rosa Luxemburg verfaßten, als Anhang in der Juniusbroschüre abgedruckten Leitsätze als Basis für die weitere Tätigkeit angenommen wurden, entstand im Lager der Haase-Ledebour-Gruppe heftige Opposition. Es dauerte nicht lange, so erhoben die beiden oppositionellen Gruppen auch öffentlich und in ihren Flugschriften scharfe Vorwürfe gegeneinander. Die Spartakusbriefe geben dafür reiche Belege. Ich trete der Ansicht des Abg. Grafen zu Eulenburg bei, daß den in den Spartakusbriefen erhobenen An-

---

[1]) Kurz gestreift in meinem Buch „Der Marxismus und das deutsche Heer", S. 92—96.

[2]) Ausführlich behandelt in meinem Gutachten über „Das Annexionsproblem im Weltkrieg".

[3]) Abgedruckt bei Prager S. 68.

griffen wesentlich auch der taktische Gesichtspunkt zugrunde lag, die USPD vorwärtszutreiben. Aber dieser brüderliche Streit hat nicht gehindert, daß die beiden Richtungen bei der 1916 und 1917 vollzogenen Fraktions- und Parteispaltung organisatorisch sich zusammenschlossen und vereint weitermarschierten. Es zeigte sich, daß die radikalen Gruppen nicht die Kraft besaßen, sich einen eigenen Parteirahmen zu schaffen. Andererseits wollte die USPD auf die wertvollen geistigen Kräfte, die sich besonders in der Liebknechtgruppe konzentrierten, nicht verzichten. Ich komme auf diese inneren Zusammenhänge später noch zurück.

Weder die Mehrheit noch die Minderheit bildete in geistiger Hinsicht einen geschlossenen Block; zwischen Kolb und Hoch war eine weite Spannung und ebenso zwischen Haase und Borchardt. Der äußerste linke Flügel der Mehrheit war von dem äußersten rechten der Minderheit, — was die geistige Einstellung anbelangt — nicht weiter entfernt, wie die extremen Richtungen innerhalb der Parteigruppen selbst. Es haben im Verlauf des Krieges auch noch erhebliche Verschiebungen stattgefunden. Die geistige Entwicklung ist niemals zu einem festen Abschluß gelangt. Man muß sie also, wenn man zu richtigen Ergebnissen kommen will, zeitlich genau weiterverfolgen.

Die Opposition spaltete sich allmählich in zwei sich immer fester zusammenschließende Hauptgruppen, die aber trotz aller Unterschiede organisatorisch und parteipolitisch in lockerem Zusammenhange miteinander bis zum Ende des Krieges geblieben sind. Die eine Gruppe reicht von Haase bis Ledebour, die andere von Liebknecht bis Borchardt. Diese Gruppierung ist das Ergebnis der theoretischen und grundsätzlichen Einstellung zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen, während in der Praxis des Handelns eine scharfe Begrenzung nicht bestand, wenigstens nicht im letzten Kriegsjahre. Der Ledebourschе Flügel der USPD hat schließlich in allerengster Fühlung mit der Liebknechtschen Richtung gehandelt. Weiterhin bildete die gewerkschaftliche oppositionelle Richtung ein unlösbares Bindeglied zwischen der späteren USPD und den Radikalen. Die revolutionären Obleute gehörten teils der unabhängigen, teils der radikalen Richtung an.

Innerhalb dieser beiden Hauptgruppen bestanden noch weitere Untergruppen. Erst sie bilden gewissermaßen die Grundelemente im Gesamtrahmen der Opposition. Es ergeben sich folgende Merkmale für die einzelnen Untergruppen:

1. *Die Haase-Kautsky-Gruppe,* zu der in erster Linie Dittmann, Hilferding, Bernstein, Frau Luise Zietz, Eckstein gehörten, bildete den rechten Flügel und zugleich den Kern der USPD. Hier lag auch der Schwerpunkt der Parteileitung. Diese Gruppe hat am schärfsten und konsequentesten den Standpunkt vertreten, daß die Vorkriegspolitik der Sozialdemokratie ohne Schwanken auch im Kriege

weiterzuführen sei und daß man sich an die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu halten habe. Man findet gerade in diesen Kreisen die Auffassung wieder, daß der Krieg für die Arbeiterschaft keinerlei vernünftigen Sinn habe und daß man von ihm nicht den geringsten Fortschritt in der Richtung auf den sozialistischen Zukunftsstaat erwarten könne. Ein unentschiedener Ausgang schien daher für die internationale proletarische Bewegung immer noch verhältnismäßig am günstigsten.

Ein Anlaß zu einer kriegsbejahenden Einstellung wurde um so weniger für vorliegend erachtet, als es sich für Deutschland nicht einmal um einen Verteidigungskrieg handele. Die deutsche Regierung trug nach der Auffassung Haases, Kautskys, Bernsteins nicht nur die Mitschuld, sondern sogar die Hauptschuld am Kriege. Sie zeigte auch nicht den nötigen Willen zur Beendigung des mörderischen Ringens, sabotierte vielmehr die Friedensmöglichkeiten. Es ergab sich aus dieser Auffassung für die Haase-Kautsky-Gruppe die praktische Haltung, die Politik der Regierung mit allen anwendbar erscheinenden Mitteln zu bekämpfen und für einen Frieden auf der Grundlage der Völkerverständigung und Völkerversöhnung und ohne Niederwerfung der einen oder der anderen Mächtegruppe einzutreten.

Es könnte hiernach scheinen, als sei der Grundton in der theoretischen Auffassung der Haase-Kautsky-Gruppe ein rein pazifistischer und als fehle eine ausgesprochen revolutionäre Tendenz.

Dies trifft so nicht zu. Es besteht zwar ein starker pazifistischer Einschlag. Aber auf der anderen Seite bekennt sich die Haase-Gruppe durchaus zu dem Gedanken der „Aufrüttelung" der Massen, der Revolutionierung der Köpfe, der Schaffung einer revolutionären Stimmung. Zum allermindesten wird man sagen müssen, daß sie ihre pazifistischen Ziele hierdurch gefördert hat. Ob sie die revolutionäre Tat noch während des Krieges für wünschenswert gehalten und ob sie auf die offene Revolution hingearbeitet hat, ist zurzeit noch eine stark umstrittene Frage. Ihre Beantwortung wird wesentlich von dem Ergebnis der Untersuchung der Marinemeuterei 1917 abhängen. Weiterhin ist von Bedeutung das Verhalten in den politischen Streiks, besonders dem Streik der Rüstungsindustrie im Januar 1918, der als eine halbrevolutionäre Maßnahme angesehen werden muß, und schließlich die Rolle, die Haase und seine Freunde in der der Revolution kurz vorhergehenden Zeit und in der Revolution selbst gespielt haben. Ich komme auf diese Dinge in späterem Zusammenhang noch zurück. Hier, im Rahmen dieser ideengeschichtlichen Untersuchung, sei nur festgestellt, daß die Haase-Gruppe die Revolution zwar nicht für den einzig möglichen und unbedingt notwendigen, wohl aber für einen gangbaren Weg gehalten hat. Kautsky hat diesen Standpunkt folgendermaßen charakterisiert[1]): „Sie" (die Taktik der

[1]) Kautsky: Nochmals unsere Illusionen. Neue Zeit 28. 5. 15.

Sozialdemokatrie) „ist auf jede Eventualität gerüstet und auf kein bestimmtes Tempo der Entwicklung angewiesen. Sie rechnet mit der Krise wie mit der Prosperität, mit der Reaktion wie mit der Revolution, mit der Katastrophe und mit langsamer friedlicher Entwicklung. In dieser Anpassungsfähigkeit der Sozialdemokratie liegt größtenteils ihre Lebenskraft. Sie hat keine Ursache sie zu beeinträchtigen durch Zuspitzung ihrer Taktik auf Katastrophen, aber auch nicht durch ihre Zuspitzung auf die friedliche Kleinarbeit für alle Zeiten. Ihr frommt ebensowenig eine Taktik, die von Krisen, Katastrophen, Revolutionen grundsätzlich abweicht, wie auch eine Taktik, die auf dergleichen spekuliert. Sie nutzt jede Situation aus und bindet sich nie im voraus die Hände." Eine revolutionäre Bewegung — wenn es überhaupt dazu kam — konnte und sollte freilich nicht von oben her „gemacht" werden. Vielmehr sollte sie, *wenn die Zeit reif war,* aus den revolutionären Instinkten der Massen heraus geboren werden. Der richtige Zeitpunkt ließ sich im voraus nicht berechnen. Nicht die Führer, sondern die Massen hatten ihn zu bestimmen.

Welches aber auch die geheimsten Gedanken Haases und Kautskys in der Frage einer Revolution während des Krieges gewesen sein mögen, jedenfalls ist nicht der Wille erkennbar, den in den eigenen Reihen zweifellos vorhandenen revolutionären Bestrebungen fest entgegenzutreten. Man hat die Dinge laufen lassen, wie sie liefen. Man hat den revolutionären Geist großwachsen lassen. Bei einer solchen Haltung konnte die USPD das Sammelbecken für alle kriegsfeindlichen sozialistischen Elemente werden, die pazifistischen sowohl wie die revolutionären. Es ist also nicht angängig, die Haase-Kautsky-Gruppe als rein pazifistisch zu bezeichnen. Ohne jeden Zweifel waren in ihr auch revolutionäre Tendenzen verkörpert. Strittig kann nur sein, wieweit diese revolutionären Tendenzen praktische Gestalt angenommen und sich ausgewirkt haben. Darüber wird im späteren Zusammenhang zu reden sein.

2. *Die Ledebour-Gruppe,* zu der Hoffmann, Stadthagen, Herzfeld, Kuhnert und Henke zu rechnen sind, bildete den schwächeren linken Flügel der eigentlichen USPD. Was Ledebour an die Haase-Gruppe bindet und von der radikalen Gruppe scheidet, ist die Auffassung, daß für die deutschen Verhältnisse dem parlamentarischen Kampf noch eine sehr starke, wenn nicht die Hauptbedeutung zuzusprechen sei. Ledebour selbst hat im Auftrage der Partei auf dem Gründungsparteitage der USPD im April 1917 der Meinung Ausdruck gegeben, daß man sich in Deutschland noch in den „vorbereitenden Zeiten" befinde. Die Unterscheidungsmerkmale zur Haase-Gruppe liegen wesentlich in der wachsenden Betonung des revolutionären Willens. Ledebour will die Dinge nicht einfach treiben lassen. Er will die Entwicklung aktiv beschleunigen und trägt schließlich kein Bedenken mehr, die revolutionäre Bewegung noch während

des Krieges unter starkem Einsatz seiner Person anzufachen. Diese revolutionäre Tatbereitschaft war wohl nicht von Anfang an bei ihm vorhanden. Sie ist zur vollen Entfaltung erst Anfang des Jahres 1918 gelangt. Jedenfalls ist er seit dem Frühjahr 1918 einer der Hauptvertreter des politischen Streiks, er beteiligt sich an der Schaffung revolutionärer Organisationen und tritt in engste konspirative Verbindung mit ausgesprochenen Revolutionären.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß gerade Ledebour starkes nationales Empfinden besitze. Es liegt keine Notwendigkeit vor, daran zu zweifeln. Auch Engels war ja in einem bestimmten Sinne Nationalist. Es ist durchaus möglich, daß Ledebour, ebenso wie der alte Bebel es wollte, das Gewehr auf den Rücken genommen hätte, wenn er der Überzeugung gewesen wäre, daß in diesem Kriege die proletarischen Interessen auf der Seite Deutschlands lagen und daß es sich um einen reinen Verteidigungskrieg handele. Aber es unterliegt auf der anderen Seite auch keinem Zweifel, daß er und seine Gesinnungsgenossen dem deutschen Staat von 1914—1918 jede Hilfe versagt haben, daß sie ihn auf Leben und Tod bekämpft und an seinem Untergang mit allen Kräften gearbeitet haben.

3. Bei den *Radikalen* vollzog sich ebenfalls eine Flügelgruppenbildung. Auf dem rechten Flügel stand die „Gruppe Internationale", die gleichbedeutend mit dem späteren „Spartakusbund" war und Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring, Jogiches als Führer hatte. Dem linken Flügel gehörten die „Internationalen Sozialisten Deutschlands" und die „Bremer Linksradikalen" an mit Radek und Julian Borchardt.

Beide Gruppen sind durchaus einseitig und ohne alle Hemmungen auf die rücksichtslose Durchfechtung des internationalen proletarischen Kampfes auch während des Krieges und gerade während des Krieges eingestellt. Die revolutionären Kampfmittel stehen bei ihnen weitaus in vorderer Linie. Die legalen Kampfmittel, also vor allem der parlamentarische Kampf, treten zurück. Ihrer Auffassung nach sind die „vorbereitenden Zeiten" vorüber, eine neue Zeitepoche ist angebrochen, die Epoche der revolutionären Tat. Die Kampfmethoden der Vorkriegszeit genügen nicht mehr. Das Ziel ist die Entfesselung der Weltrevolution unter voller Ausnutzung der durch den Krieg hervorgerufenen Verwirrung. Jede Partei soll im eigenen Lande wirken. Auf Sieg oder Niederlage des eigenen Volkes kommt es nicht an. Man ist bereit, auch über das eigene Volk hinwegzuschreiten, wenn man dadurch zu dem großen Ziel der Weltrevolution gelangt.

Man erkennt den inneren Zusammenhang mit der radikalen russischen Richtung unter der Führung Lenins.

Die Unterschiede der radikalen Gruppen unter sich liegen wesentlich in der Auffassung über die Art und Weise, wie der revo-

lutionäre Wille zum Ausdruck kommen sollte, ob und welcher Führung er insbesondere bedürfe. Die Spartakusgruppe wollte die ausübende Macht des Proletariats in die Hände einer aus Wahlen hervorgegangenen proletarischen Volksvertretung legen. Die Bremer Linksradikalen glaubten selbst darauf verzichten zu können. Der proletarische Wille sollte sich vielmehr ganz unmittelbar und ohne jeden Umweg aus den Massen heraus durch Massenaktionen Geltung verschaffen.

4. Neben den im eigentlichen Sinne politischen Parteirichtungen spielen in der revolutionären sozialistischen Bewegung eine sehr erhebliche Rolle die revolutionären Elemente der Freien Gewerkschaften, die in den „revolutionären Obleuten" ihre organisatorische Form gefunden hatten. An ihrer Spitze standen Barth, Richard Müller, Eckardt, Däumig. Ihrer politischen Einstellung nach sind sie teils den Unabhängigen, teils den Radikalen zuzurechnen. Sie haben in enger Fühlung sowohl mit der Ledebourschen wie der Liebknechtschen Gruppe gestanden und bildeten zahlenmäßig wohl das stärkste Element der revolutionären Bewegung.

Bis Mitte 1916 hatten sich die geistigen Spannungen in der Partei so verschärft, daß sie eine offene Auseinandersetzung nötig machten. Diesem Zweck dienten die Konferenzen der Parteitage in den Jahren 1916 und 1917, und zwar zunächst die Reichskonferenz der Parteiorganisation vom 21.—23. 9. 1916, dann die Konferenz aller oppositionellen Gruppen vom 7. 1. 1917, weiterhin der Gründungsparteitag der USPD am 6. 4. 1917, schließlich der Parteitag der Mehrheitssozialisten Mitte Oktober 1917. Eine Einigung konnte bekanntlich nicht mehr erzielt werden. Die alte Parteiform zerbrach. Es bildeten sich zwei neue Parteien.

Die Auseinandersetzungen auf diesen Tagungen bestätigen das bisher gewonnene Bild. Es werden hier lediglich die Hauptzüge angeführt, um das vorher Gesagte noch einmal zu unterstreichen.

Der Standpunkt der radikalen Gruppen, insbesondere der Gruppe Liebknecht, hatte bereits eine Art programmatischer Formulierung in der von Rosa Luxemburg 1915 im Gefängnis verfaßten Juniusbroschüre gefunden. In ihr war der Weltkrieg als die Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten bezeichnet worden, der in jedem Falle eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie bedeute. Der in der Haase-Kautsky-Gruppe vielfach erörterte Gedanke, ihn durch internationale Schiedsgerichte, diplomatische Abmachungen über Abrüstung, Freiheit der Meere, europäische Staatenbünde und dergleichen abzudämmen, wurde für utopisch erklärt. Das einzige Mittel, den Weltfrieden heraufzuführen, sei der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, der geleitet werden müsse durch eine neu zu gründende Internationale mit den weitesten Machtbefugnissen.

Diese Auffassung der radikalen Gruppen wurde auf der Reichs-

konferenz der sozialdemokratischen Gesamtpartei vom 21.—23. September 1916 noch einmal bestätigt.

Als Sprecherin des radikalen Flügels stellte Käte Duncker „die Ideologie des Internationalismus der Ideologie des Nationalismus" scharf gegenüber, vor dem die Sozialdemokratische Partei am 4. August kapituliert habe. Das Fundament für die radikale Richtung bleibe der internationale Gedanke und der Gedanke des Klassenkampfs.

Auf der Konferenz der oppositionellen Gruppen gab Ernst Meyer am 7. 1. 1917 für die Radikalen die Erklärung ab, daß man die Pflicht zur Landesverteidigung im Zeitalter der imperialistischen Kriege grundsätzlich verneine, weil alle diese Kriege mit Eroberungsabsichten unternommen würden.

Dem entsprach eine scharfe Kampfstellung gegen das Heer. Es zu schädigen und auf seine Beseitigung hinzuwirken ohne Rücksicht auf die im Gange befindliche kriegerische Auseinandersetzung wurde als eine der vornehmsten Pflichten der sozialistischen Landesparteien bezeichnet. Erst die Vernichtung der nationalen Armeen mache den Weg für die internationalen sozialistischen Ziele frei.

Dieser Standpunkt geht, wie Heckert auf dem Gründungsparteitag der USPD als Sprecher der Spartakusgruppe ausdrücklich hervorhob, mit vollem Bewußtsein über die Programme und Beschlüsse der Vorkriegszeit hinaus. Niemals ist vor dem Kriege die grundsätzliche Verneinung der Landesverteidigungspflicht, die Ablehnung aller nationalen Bindungen, die ausschließliche Betonung der internationalen proletarischen Interessen in so klarer, nackter Form ausgesprochen und zum Grundsatz erhoben worden, wie es hier geschieht.

Die „Arbeitsgemeinschaft", später USPD, hat sich diese rücksichtslosen Forderungen der Radikalen nicht zu eigen gemacht. Sie hat auf dem Parteitage vom 21.—23. 9. 1916 das internationale Schiedsgericht als Ausweg aus dem Gewirr widerstrebender Interessen empfohlen. Allerdings wurde hinzugefügt, da es den Regierungen der kriegführenden Länder, insbesondere der deutschen, an dem guten Willen hierzu mangele, sei es Pflicht und Aufgabe des internationalen Proletariats, einen *Zwang* auszuüben. Worin dieser Zwang bestehen sollte, wurde nicht näher ausgeführt. Eine klare programmatische Formulierung ist auch später vermieden worden. Es blieb alles der Praxis überlassen.

Dementsprechend verschleiert war auch die Schlußfolgerung, die Haase zog: „Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, trotzdem bei den Arbeitern oft genug zu hören ist, man müsse den Krieg zu Ende bringen, ganz gleich wie der Friede aussehe. Das aber wollen wir: Um keinen Preis die Fortsetzung des Krieges...."

Ströbel fügte hinzu, es sei für die Arbeiterschaft nicht nur

Deutschlands, sondern der ganzen Welt gut, daß die Illusion der Mehrheit hinsichtlich des deutschen Sieges nicht in Erfüllung ginge.

Auf dem Kongreß der Opposition am 7. Januar 1917 wies Eisner den von den Radikalen vertretenen Gedanken des „Verteidigungsnihilismus" zurück. Man könne sich der Zwangspflicht, die den Einzelnen zu den Waffen treibe, nicht widersetzen.

Hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik legte Ledebour auf dem Gründungsparteitage der USPD deren Standpunkt dahin fest, daß der Kampf zu führen sei sowohl durch Massenaktionen, wie auf parlamentarischem Wege. Eines ergänze das andere. Es käme auf die Umstände an, welche Aktionen zur Zeit in den Vordergrund zu stellen seien. Massenaktionen könnten nicht künstlich erzeugt oder durch die Führer gemacht werden. Sie erwüchsen aus der Not der Zeit, gingen unter Umständen über die Führer hinweg. Die Führer müßten dann versuchen, den Zeitereignissen zu folgen.

Der Parteitag nahm schließlich eine von Kautsky verfaßte Resolution an, die den Gedanken der internationalen Solidarität der Proletarier, die Taktik unversöhnlicher Opposition gegen das regierende System und den internationalen Klassenkampf der Arbeiter scharf betonte und in Gegensatz stellte zu der nationalen Solidarität, zu der sich die Mehrheitssozialisten bekannt hätten.

Alles in allem besteht also in den beiden großen oppositionellen Gruppen Haase-Ledebour und Liebknecht-Borchardt, wie auch hier wieder deutlich hervorgeht, Übereinstimmung in der Auffassung, daß die internationale Arbeiterschaft an dem Ausgange dieses „imperialistischen" Krieges in nationaler Hinsicht nicht unmittelbar interessiert sei und daher auch keine Veranlassung habe, sich aus innerem Verantwortungsgefühl heraus aktiv für die eine oder die andere Richtung einzusetzen. Hieraus ergab sich eine gemeinsame Kampfstellung beider Gruppen sowohl gegen die „imperialistische" Regierung wie gegen die „verräterischen" sozialistischen Brüder zur Rechten, die „nationalsoziale" und „nationalliberale" Ziele verfolgten. Es herrschte auch Übereinstimmung darüber, daß die Arbeitermassen aufzurütteln und gegen die Regierung mobil zu machen seien. Über die Endziele, die man sich hierbei setzen sollte und über die Art der Kampfführung gehen die Meinungen aber auseinander. Die radikalen Gruppen, zu denen sich im Jahre 1918 auch Ledebour mit seinem Anhang schlug, rechneten damit, daß die Entscheidung in dem Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch während des Krieges fallen werde. Die Haase-Kautsky-Gruppe zweifelte, daß die Verhältnisse für eine Revolution reif seien. Sie hätte den Krieg anscheinend lieber durch Vergleich beendet, bevor man an den letzten Austrag der Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus heranging. Sie richtete sich aber doch auf alle Möglichkeiten ein.

Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten hielten die beiden

Gruppen eine tragfähige Unterlage für gegeben, um im Rahmen einer gemeinsamen, wenn auch ziemlich lockeren Organisation während des Krieges den Kampf zu führen. Ein zweiter trennender Schnitt, der die einstige Einheitspartei in drei Teile zerlegt hätte, ist nicht für erforderlich gehalten worden. Die Unabhängigen haben es wohl auch für erwünscht gehalten, den unruhigen linken Nachbarn in irgendeiner Bindung zu halten und seine Entwicklung nach Möglichkeit zu beeinflussen. Die Radikalen hingegen hofften, daß es ihnen im Verlauf der Zeit gelingen werde, die Unabhängigen zu radikalisieren und zur revolutionären Tat mit sich fortzureißen. Es ist ihnen das nicht in dem erhofften Maße gelungen. Immerhin haben die Verhältnisse es mit sich gebracht, — besonderen Einfluß übte hierbei die russische Revolution aus —, daß die Gruppe der Unabhängigen als Ganzes im letzten Jahre des Krieges eine starke Linksentwicklung genommen hat und daß insbesondere der linke Flügel unter der Führung Ledebours sich den revolutionären Wegen der Radikalen schließlich ohne jeden Rückhalt angeschlossen hat.

Es können in diesem Zusammenhange nur ganz kurz die internationalen Konferenzen der in der Opposition befindlichen sozialistischen Ländergruppen gestreift werden, die im September 1915 in Zimmerwald und Ende April 1916 in Kienthal stattfanden.

Auf der Zimmerwalder Konferenz hatten die gemäßigten Elemente noch das Übergewicht. Die aufgestellten programmatischen Forderungen entsprachen, vielleicht in etwas verschärfter Form, im wesentlichen den Anschauungen der deutschen Haase-Gruppe. Man verlangte unter anderem die Ablehnung der Kriegskredite, schroffe Bekämpfung der „Sozialpatrioten", Propaganda für die Internationale in den Schützengräben, Förderung der Streikbewegung, Burgkrieg nicht Burgfrieden, schließlich den Austritt der sozialistischen Minister aus den Regierungskabinetten in Frankreich, Belgien und England.

Auf der Kienthaler Konferenz neigte sich das Übergewicht den Radikalen zu. Die Russen Lenin, Sinowjew und die Richtung Liebknecht traten in den Vordergrund [1]). Der revolutionäre Gedanke wurde schärfer betont als bisher. Die völlige Trennung von den „Sozialpatrioten" und die Gründung einer neuen bereits von Rosa Luxemburg empfohlenen Internationale als sichtbares Zeichen des Bruches mit der Vergangenheit wurde als unabwendbar bezeichnet. Die in Zimmerwald erhobenen Forderungen einer gleichzeitigen internationalen Aktion in den kriegführenden Ländern wurde ersetzt durch das Liebknechtsche Programm des Kampfes in erster Linie im eigenen Lande und gegen die eigene Regierung.

---

[1]) Das als Ergebnis der Konferenz niedergelegte Manifest „An die Proletarier Europas" ist bei Richard Müller „Vom Kaiserreich zur Republik" I. Band S. 52 abgedruckt.

Von Kienthal führt die Linie über Stockholm nach Moskau. Lenin und Trotzki übernahmen im Jahre 1917 die Führung der radikalen Elemente des Weltproletariats. Die radikalen deutschen Gruppen haben sich der Bewegung ohne Einschränkung angeschlossen. Auch die USPD ist mit den Russen in enge Verbindung getreten. Ein Teil der Führer, vor allem Ledebour, ist in stärkste innere Abhängigkeit von ihnen geraten. Auch Haase hat sich des gewaltigen Einflusses, der von Rußland ausstrahlte, nicht entziehen können. Er ist ihm freilich nicht ganz unterlegen. Seit dem Mai 1918 sind sehr nahe Beziehungen auch der Haase-Gruppe zu den neuen bolschewistischen Gewalthabern nachweisbar. Anfang November hat einer ihrer Führer, Oskar Cohn, von dem bolschewistischen Botschafter Geld für revolutionäre Zwecke angenommen. Nähere Ausführungen über diese sehr interessanten Vorgänge sind hier leider nicht angängig.

B. Das praktische Verhalten der Opposition

Es wird in diesem zweiten Hauptabschnitt, wie schon anfangs ausgeführt, nach bestimmten Richtungen hin nachzuprüfen sein, ob das praktische Verhalten der oppositionellen Parteigruppen sich mit der im Vorhergehenden gekennzeichneten geistigen Einstellung im Einklang befindet. Hierbei muß vorausgeschickt werden, daß es im Rahmen dieses im Raum beschränkten Gutachtens unmöglich ist, das praktische Handeln der verschiedenen Gruppen im einzelnen genau zu verfolgen. Vielmehr läßt sich auch hier nur ein allgemeiner Überblick geben. Feststellungen im einzelnen müssen, falls sie für nötig gehalten werden, besonderen Bearbeitungen überlassen bleiben.

I. Die illegalen Kampfmittel

In den ersten zwei Monaten des Krieges sind Spuren oppositioneller Tätigkeit noch kaum feststellbar. Kein lautes Wort des Protestes war zu hören. Das Volk hätte derartige Äußerungen noch nicht ertragen. Erst einige Wochen nach der Marneschlacht begannen sich die Anhänger der Opposition zu regen. In Bremen, Stuttgart, Leipzig und Berlin, schon früher Hochburgen des Radikalismus, bildeten sich die ersten oppositionellen Parteigruppen. Auch in der Parteipresse wurden damals die ersten kriegsfeindlichen Stimmen vernehmbar. Am 27. 9. richtete der „Vorwärts", der bis zum Jahre 1917 im oppositionellen Sinne, und zwar im Sinne der Kautsky-Haase-Gruppe, geleitet wurde, scharfe Angriffe gegen die innenpolitische Haltung der deutschen Regierung. Er fügte hinzu, das Ausland dürfe überzeugt sein, daß die deutschen Arbeiter ihr Vaterland zwar ver-

teidigten, daß sie jedoch nie vergessen würden, daß ihre Interessen die gleichen seien, wie die der Proletarier der anderen Länder, die ebenso wie sie selbst gegen ihren Willen in den Krieg gezogen seien. Ähnliche Äußerungen finden sich in der „Leipziger Volkszeitung", der „Bremer Bürgerzeitung", der „Schwäbischen Volkswacht".

Ungefähr zur gleichen Zeit setzte der Propagandafeldzug des extremen linken Parteiflügels unter der Führung von Liebknecht, Mehring, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin ein. Da der Belagerungszustand offene staats- und kriegsfeindliche Bekundungen in Versammlungen und in der Presse unmöglich machte, entschloß man sich zur Anwendung außergewöhnlicher, teilweise illegaler Mittel. Zwei Wege standen zu Gebote, der Weg über die neutrale und feindliche Presse und die unterirdische Literatur im eigenen Lande.

Die feindliche und neutrale Presse ist in erster Linie von Mitgliedern des radikalen Flügels benutzt worden. Es soll hier nur erinnert werden an die Zuschriften Liebknechts, Mehrings, der Rosa Luxemburg und Klara Zetkin, die in der Neujahrsnummer 1915 des „Labour Leader", des Blattes der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, erschienen. In ihnen wurde in nicht mehr zu überbietender Schärfe die Politik der sozialdemokratischen Mehrheit gegeißelt, der Krieg als Werk der herrschenden imperialistisch-kapitalistischen Kreise verdammt und die rücksichtsloseste Fortsetzung des sozialistischen Klassenkampfs verlangt. Liebknecht stellte zum erstenmal die kategorische Forderung auf: „Jede Partei hat ihren Feind, den gemeinsamen Feind der Internationale, im eigenen Lande. Dort ist zu kämpfen und die Befreiung jeder Nation muß ihr eigenes Werk sein."

Auch Anhänger der Kautskyschen Richtung haben den Weg über das Ausland nicht verschmäht. Vor allem ist hier Breitscheid zu nennen. Ernst Heilmann hat sich in der „Internationalen Korrespondenz" 4. Jahrg. Nr. 77 vom 15. und 19. März 1918 scharf gegen ihn gewendet. Er tadelt besonders einen im Herbst 1914 in dem englischen Jingoblatt „Daily Citizen" veröffentlichten Artikel Breitscheids. Das Verhalten Breitscheids sei nicht nur in der heimischen Parteipresse scharf verurteilt worden, sondern sogar ausländische radikale Sozialisten hätten Anstoß genommen. Die „Berner Tagwacht", das Blatt Grimms und Radeks, sei weit von Breitscheid abgerückt.

Diese Kampfmethode, die ja vor allem den Zweck verfolgte, den internationalen Zusammenhang der Sozialisten aufrechtzuerhalten, blieb für das eigene Land ohne besonderen Belang. Infolge der Zensurmaßnahmen kam hierher nur ein schwacher Widerhall aus dem Auslande zurück. Weit wirksamer erwies sich der „unterirdische Propagandafeldzug" durch anonyme Flugblätter, Broschüren und Handzettel. Aus kleinen Anfängen blühte diese Art von Literatur zu gewaltigem Umfange empor. Die Gruppe Haase-Ledebour bediente

sich ihrer im gleichen Maße wie die Radikalen. Einen ersten flüchtigen Überblick gibt die Drahnsche Broschüre „Die unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland". Weiteres Material findet sich zerstreut in Büchern der sozialistischen Nachkriegsliteratur. Auch der Münchener Prozeß hat erhebliches Material zutage gefördert. Viele Hunderte der verschiedensten Flugschriften haben mir weiterhin in den Akten des K. M. und der O. H. L. vorgelegen.

Die Mehrheitssozialisten haben sich der illegalen Flugblattliteratur, soweit mir bekannt, nicht bedient. Sie haben sich wiederholt sehr scharf gegen die „Sudelblätter" gewandt und von den Unabhängigen verlangt — unter anderem auch auf dem Parteitage im Herbst 1916 —, daß sie auf dieses Kampfmittel verzichten sollten.

Die Lektüre dieser Flugblätter ergibt ohne weiteres die allgemeine Tendenz „Die Massen aufzurütteln", sie unzufrieden zu machen, eine revolutionäre Stimmung zu erzeugen. Es spiegelt sich in ihnen getreulich die geistige Einstellung der einzelnen sozialistischen Gruppen. Es findet sich die unmittelbare Aufforderung zur revolutionären Tat und es werden auch die schwächeren Kampfmethoden der Haase-Kautsky-Gruppe gepredigt.

Den Höhepunkt der unterirdischen Literatur, sowohl vom literarischen Gesichtspunkt aus, wie hinsichtlich der politischen Bedeutung, bilden die sogenannten Spartakusbriefe, die seit Beginn des Jahres 1916 von der Liebknecht-Gruppe an Stelle des bisherigen für die gesamte Opposition bestimmten „Informationsmaterials" herausgegeben wurden. Seit dem Herbst 1916 hatte ihre Leitung der organisatorisch hochbegabte Leo Jogiches, der es zuwege brachte, daß die Spartakusbriefe gedruckt und in hohen Auflagen verteilt werden konnten. Jogiches ist im April 1918 mitten aus seiner erfolgreichen revolutionären Tätigkeit heraus verhaftet worden.

Wenn es überhaupt eines Beweises bedarf, daß die radikalen Gruppen um Liebknecht „vom ersten Tage ab zielklar die deutsche Revolution als einzigen Ausweg aus dem Kriege erstrebt und herbeizuführen gesucht haben"[1]), so liefert ihn der Inhalt der Spartakusbriefe. „... Der Spartakus verfolgte das eine Ziel: Den Imperialismus niederzuwerfen und das Proletariat zum Sieger zu machen."

Eine Ergänzung fand die „unterirdische Literatur" in der „Mundpropaganda", die ebenso eifrig von den Anhängern der radikalen Gruppen wie von der USPD gepflegt wurde. Sie fiel vor allem in den großen Industriezentren auf fruchtbaren Boden. Eine exakte Feststellung der Ausdehnung dieser Propagandaform und der praktischen Wirkung ist selbstverständlich ganz unmöglich. Ich persönlich neige zu der Ansicht, daß ihr Einfluß viel größer gewesen ist,

[1]) Aus dem Vorwort zu den „Spartakusbriefen", herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1920.

als der der unterirdischen Literatur, obgleich von letzterer sehr viel mehr die Rede ist.

Eine Organisation, etwa in dem Sinne, daß bestimmte Instruktionen ausgearbeitet worden wären oder dergleichen, wird man im allgemeinen nicht anzunehmen brauchen. Derartiger Anweisungen bedurfte es bei überzeugten, im politischen Kampf aufgewachsenen Parteianhängern nicht.

Man wird Frau Luise Zietz zustimmen können, wenn sie sagt: [1]) „Nun zu der Agitation. Ich sagte schon, daß unter dem Druck der politischen Reaktion es notwendig war, auch die mündliche Agitation zu einer illegalen zu gestalten. Hier möchte ich betonen, daß es uns nur durch das System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben möglich war, dasjenige der Arbeiterschaft mitzuteilen, was wir für notwendig hielten, um den revolutionären Geist in ihnen lebendig zu machen. Dieses System der politischen Vertrauensleute in den Betrieben ist ja eigentlich der Vorläufer unseres Rätesystems. Es war uns dadurch möglich, nicht nur den revolutionären Geist zu wecken und ihn zu fördern, es war uns vor allen Dingen möglich, diesem Geist Ziel und Richtung zu geben und so die Novemberrevolution vorzubereiten."

Es muß hier aus Gründen des Zeitmangels darauf verzichtet werden, die Einwirkung der illegalen Propaganda im besonderen auf das Heer zu untersuchen. Einige Bemerkungen seien mir aber doch gestattet.

Für die Verbreitung illegaler Literatur im Heere liegen bereits im Jahre 1917 ausreichend Aktenfeststellungen vor. Obgleich bei der scharfen Postüberwachung und dem engen Zusammenleben von Offizier und Mann die Gefahr der Entdeckung sehr erheblich war und strenge Strafen in Aussicht standen, nahm die Zettelverteilung an der Front und in der Etappe im Verlauf des Jahres 1918, ganz besonders seit dem Juli, großen Umfang an. Wirksamer erwies sich freilich auch hier die Mundpropaganda. Besonders verhängnisvoll wirkte sich das höchst unglückliche Verfahren des Kriegsministeriums aus, politisch schwierige Personen aus den heimischen Betrieben an die Front und in die Etappe abzuschieben. Sehr richtig urteilt Ledebour [2]) hierüber: „So kam in das Heer eine große Zahl sehr tüchtiger sozialistischer Agitatoren hinein, die ihrerseits natürlich besonders unter dem Druck des bitteren Unrechts, das ihnen geschehen war, viel dazu beitrugen, daß es ein halbes Jahr später — ich will nicht sagen voller Sozialisten war, aber doch voller Menschen, die von der Notwendigkeit einer revolutionären Erhebung überzeugt waren."

---

[1]) Parteitag der U. S. P. D. vom 2. bis 7. März 1919, S. 51.

[2]) Ledebour-Prozeß, S. 26. Ähnlich hat er sich auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16.—21. 12. 1918 geäußert. Im gleichen Sinne sprach sich Frau Zietz auf dem U. S. P.-Parteitage 1919 aus.

Wenn trotzdem die Wirkungen der Propaganda und der „Aufrüttelung" im Heere sich äußerlich weniger bemerkbar machten wie in den Industriezentren der Heimat, obgleich es doch schließlich hier und dort dieselben Menschen waren, so erklärt sich das zum Teil wohl aus den ungeheueren Anforderungen, die der Kampf an die Leute stellte, so daß für alles außerhalb Liegende kaum noch Gedanken übrigblieben. Auch wirkte wohl die Pflege des dem Volk in langer Friedenszeit in Fleisch und Blut übergegangenen kriegerischen Geistes nach. Mögen die Fehler und Versäumnisse, die dem Offizierkorps vorgeworfen werden und deren Berechtigung ich hier nicht untersuchen will, noch so groß sein, so wird man doch die Auffassung vertreten dürfen, daß es dem Offizierkorps besser gelungen ist, den kriegerischen Geist im Heere bis zuletzt zu erhalten und die revolutionäre Propaganda niederzuhalten, als erwartet werden konnte. Es widerlegt sich hierdurch die sehr einseitige Behauptung, daß das Offizierkorps in der psychologischen Behandlung des Mannes total versagt habe und daß wesentlich dadurch das Unglück heraufbeschworen sei.

Ich bin auch der Auffassung, daß die oppositionellen Führer in klarer Erkenntnis der damit verbundenen Gefahr nur vorsichtig an die Propagierung revolutionärer Ideen im Heere herangegangen sind und daß sie es vermieden haben, sich persönlich allzusehr zu exponieren. Sie wußten überdies, daß dieser Krieg so sehr Volkskrieg war, daß eine Aufrüttelung der Geister in der Heimat sich ganz von selbst auch auf das Heer übertragen mußte. Es lag daher nahe, den weniger gefahrvollen Weg über die Heimat zu wählen. Ganz richtig umschreibt Richard Müller[1]) die beschränkten Aufgaben der revolutionären Propaganda im Heere: „Die Tätigkeit der revolutionären Elemente an der Front mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die Massen der Soldaten auf den militärischen Zusammenbruch vorzubereiten. Daß dieser Zusammenbruch kommen würde, war uns bereits nach dem Streik im April 1917 klar. Wie lange es noch dauern konnte, war damals ganz ungewiß. Kam er, dann mußten sich die kriegsmüden und in ihrem Siegesrausch betrogen fühlenden Soldaten gegen die Heerführer, gegen die Regierung, gegen das monarchistisch-kapitalistische Deutschland wenden. Nur das konnte und mußte der Zweck der revolutionären Propaganda an der Front sein."

II. Die Haltung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen in der Streikfrage

Der Streik, insbesondere der politische Streik, berührt Lebensfragen der Landesverteidigung. Die Stellungnahme der Parteien und

[1]) Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, I. Bd., S. 116.

Parteigruppen in der Streikfrage kennzeichnet daher zugleich ihre praktische Haltung zur Landesverteidigung.

Die Streikbewegungen sind natürlich keineswegs immer von oben her, von Partei wegen in Szene gesetzt und geleitet worden. Vielfach sind sie, ohne eigentliche Organisation und Vorbereitung, spontan aus der zunehmenden Gärung in den Massen erwachsen. Dies war vor allem der Fall, wenn den Streiks wirtschaftliche Ursachen zugrunde lagen. Wo es sich um Streiks mit rein politischem Charakter handelte, ging der Anstoß naturgemäß stets von der politischen Führerschaft aus. Mehrfach ist das politische Element auch erst nachträglich von außen her in einen ursprünglich wirtschaftlichen Streik hineingetragen worden.

Die Mehrheitssozialdemokratische Partei hatte durch ihre Stellungnahme am 4. August 1914 auf das politische und wirtschaftliche Kampfmittel des Streiks verzichtet. Sie hat an dieser moralischen Bindung bis zum Januar 1918 trotz aller sonstigen Wandlungen in den Auffassungen und in der Taktik festgehalten. An dem großen, fast revolutionären Charakter tragenden Munitionsarbeiterstreik Ende Januar 1918 hat sie dann aber doch Teil genommen, wenn auch mit innerem Widerstreben. Ich enthalte mich des Urteils hierüber.

Die Stellung der durch Haase vertretenen offiziellen Parteileitung der USPD hat in der Streikfrage im Lauf des Krieges eine in der radikalen Richtung liegende Entwicklung erfahren. Zunächst hielt sie sich ganz zurück. Dann hat sie vorsichtig die Maßnahmen der Regierung festgestellt. Schließlich hat sie sich dann zusammen mit den weiter links stehenden Gruppen des politischen Streiks bedient, um die Massen aufzurütteln. Solange als möglich hat sie es vermieden, die offizielle Führung zu übernehmen. Es liegt das durchaus in der Richtung ihres sonstigen Verhaltens, das eben weniger die revolutionäre Tat selbst, als die Erzeugung einer revolutionären Stimmung in den Massen zum Ziel hatte.

An dem ersten von Karl Liebknecht in die Wege geleiteten politischen Streik am 1. Mai 1916 ist die Gruppe Haase-Ledebour noch nicht beteiligt.

Die zweite große Streikwelle im April 1917 war ursprünglich nicht politischer Natur. Sie entwickelte sich aus der allgemeinen Mißstimmung über die Ernährungslage. Hinzu kam allerdings schon die Erregung, die die russische Revolution in den Arbeitermassen auslöste. Später, nach dem Ausbruch des Streiks, sind auch politische Tendenzen in die Streikbewegung hineingetragen worden. An diesen Vorgängen sind auch die Unabhängigen stark beteiligt gewesen. Sie haben mit den Streikenden offenkundig sympathisiert. Allerdings blieben die offiziellen Parteiinstanzen vorsichtig im Hintergrunde und überließen den örtlichen Organisationen das Feld. Richard Müller wurde als einer der Hauptanstifter verhaftet. Oskar Cohn hat im

Reichstage erklärt, seine Partei habe von der Entstehung des Streiks nichts erfahren[1]). „Aber", fügte er hinzu, „wenn streikende Arbeiter nach Beginn des Streiks sich an uns wenden, so vertreten wir ihre Sache. Das ist für uns eine politische Ehre und eine politische Pflicht."

Die dritte große Streikwelle ist von vornherein als politischer Streik und zwar als Generalstreik geplant gewesen[2]).

Daß es sich um einen politischen Vorgang auf internationaler Grundlage gehandelt hat, dürfte einwandfrei aus den politischen Forderungen des Aktionskomitees hervorgehen, die sich berufen auf die in Brest-Litowsk von den russischen Volksbeauftragten formulierten Richtlinien. Es wurde auch nach russischem Muster an die Proletarier aller Länder eine Aufforderung zum politischen Massenstreik gerichtet. Die Vorbereitungen gingen von radikaler Seite aus und von dem linken Ledebourschen Flügel der Unabhängigen sowie der ihr nahestehenden gewerkschaftlichen Gruppe Richard Müller, Paul Eckert, Barth. Die Haase-Gruppe, die sich anfangs noch zurückhielt, schloß sich der Bewegung bald sehr entschieden an. Haase verteidigte diesen Standpunkt in der Reichstagssitzung vom 22. Februar, indem er erklärte, der politische Streik sei eine Waffe, die sich das Proletariat nicht entwinden lassen werde. Die Unabhängige Fraktion erkläre, daß sie in engster Fühlung mit den streikenden Arbeitern gestanden habe und daß sie die Gedanken und Gefühle, die diese zum Streik getrieben hätten, durchaus teile.

Frau Luise Zietz hat, glaube ich, das Wesen und die Bedeutung des Januarstreiks ganz richtig dahin gekennzeichnet[3]): „.... Ich glaube, daß ich Ihre allseitige Zustimmung bekomme, wenn ich erkläre, daß dieser erste große politische Massenstreik in Deutschland eine grandiose Friedenskundgebung des deutschen Proletariats gewesen ist und außerordentlich dahin gewirkt hat, die Indifferenten und die Stumpfen, die beiseite standen, aufzurütteln."

III. Die unmittelbaren revolutionären Vorbereitungen

Die Rolle der oppositionellen Gruppen bei der eigentlichen Vorbereitung und Durchführung der Revolution, soweit von einer solchen die Rede sein kann, hat eine im wissenschaftlichen Sinne einwandfreie Darstellung bisher noch nicht gefunden. Nur ein kleiner Kreis radikaler Führer bekennt sich zurzeit zur Urheberschaft der November-Revolution. Die Masse der deutschen Sozialdemokratie leugnet ihre Vaterschaft. Tatsächlich haben sich die Mehrheitssozialisten

[1]) Reichstagssitzung vom 5. 5. 1917.
[2]) S. u. a. Richard Müller a. a. O. S. 100 u. f.
[3]) Parteitag der U. S. P. D. vom 2.—6. 3. 1919.

ihr erst im letzten Augenblick angeschlossen, um nicht aus der proletarischen Massenbewegung, die hier zum Ausbruch kam, herausgedrängt zu werden. Das entsprach folgerichtig ihrer während des ganzen Krieges befolgten Taktik, die darauf hinauslief, sich auf alle Fälle den Weg zur Rückkehr in die sozialistische Bewegung, wie sie vor dem Kriege bestanden hatte, offen zu halten. Es ist jedenfalls festzustellen, daß die Mehrheitssozialisten an den revolutionären Vorbereitungen in unmittelbarem Sinne nicht beteiligt gewesen sind. Mehrheitssozialistische revolutionäre Organisationen sind nicht nachweisbar.

Die Teilnahme der Mehrheitssozialisten am Januarstreik hatte in den weiter links gerichteten Kreisen die Hoffnung erweckt, daß sich vielleicht eine Schwenkung und Annäherung an die Unabhängige Partei anbahne. Sie stieg noch, als die Enttäuschung über den Fehlschlag der großen Offensive einen Umschlag der Stimmung in breiten Schichten des Volkes einleitete. Von einer gewerkschaftlichen Stelle in Berlin aus wurde im Juli der Versuch gemacht, den Boden für einen Zusammenschluß der beiden feindlichen Bruderparteien in der Frage des Friedens zu sondieren[1]). Sie richtete an die Parteileitung die Aufforderung zu einer gemeinsamen Demonstration für den Frieden und für die Änderung des preußischen Wahlrechts. Die Verhandlungen, die sich daraufhin entspannen und fast bis zur Revolution hinzogen, sind bemerkenswert, da sie die Stellung der beiden Hauptrichtungen in der deutschen Sozialdemokratie gegen Ende des Krieges beleuchten.

Die Mehrheitssozialistische Partei ließ durch ihren Vorsitzenden Ebert Anfang September die Erklärung abgeben, daß zwar auch nach ihrer Auffassung im Herbst unbedingt etwas geschehen müsse, um die Friedens- und Wahlrechtsfrage zu fördern, daß jedoch erst alle parlamentarischen Mittel erschöpft werden sollten, bevor man zu der vorgeschlagenen Aktion schreiten könne. Man müsse außerdem verlangen, daß die Vorverhandlungen streng vertraulich geführt würden und daß auf jede vorherige illegale Propagierung durch anonyme Flugschriften verzichtet werde.

Die Unabhängigen erwiderten, daß sich nach ihrer Ansicht an einer derartigen Aktion nur solche Körperschaften beteiligen könnten, die gewillt seien, eine rein proletarische Politik, d. h. den rücksichtslosen Klassenkampf zur Beseitigung des Regierungssystems und zur Herbeiführung des Friedens, zu betreiben. Sie verlangten, daß die Mehrheitssozialisten sich zur Ablehnung jeder Art von Kriegskrediten, zum Verzicht auf eine gemeinsame Politik mit bürgerlichen Parteien und zur Zurückziehung der mehrheitssozialistischen und ge-

---

[1]) S. Bernstein: „Die deutsche Revolution".

werkschaftlichen Mitglieder aus den Regierungsämtern verpflichten sollten.

Diese Zumutung lehnten die Mehrheitssozialisten ab. Sie hatten Anfang Oktober Scheidemann und Bauer als Staatssekretäre in die Regierung geschickt und hielten sich daher vorläufig für gebunden. Damit war der letzte Einigungsversuch gescheitert. Der Ausbruch der Revolution fand beide Parteien als Feinde.

Für die aktive unmittelbare Vorbereitung der Revolution kommen also nur die unabhängigen und radikalen Sozialisten in Betracht.

Haase hätte, seiner zur Bedenklichkeit neigenden, allen gewagten Experimenten letzten Endes doch abholden Natur entsprechend, wie schon in anderem Zusammenhange angeführt, die Entscheidung gern bis nach dem Kriege hinausgeschoben. Es schien ihm geboten, die volle Klärung der militärischen Lage abzuwarten, um das Risiko nach Möglichkeit auszuschalten. Behauptete sich Deutschland im Kriege, so blieben die alten Gewalten an der Macht, und eine revolutionäre Bewegung bot wenig Aussichten auf Erfolg. Wurde der Krieg verloren, dann freilich konnte ein gewaltsamer Umsturz sich als notwendig erweisen. Kein geringerer als der Abgeordnete Dittmann hat Zeugnis dafür abgelegt, daß nicht über die revolutionären Ziele an sich Meinungsunterschiede bestanden, sondern lediglich über den Zeitpunkt des Beginns der Revolution. (Hört! Hört!) In einer Auseinandersetzung mit seinem Freunde Ledebour auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 sagt er folgendes: „Er" — Ledebour — „hat mein Verhalten kritisiert, das Verhalten Haases, auch Liebknechts, wenn ich ihn recht verstanden habe. Um darauf mit einem Satze einzugehen, Genossen: Bei der Haltung, die Haase und ich einnehmen, hat es sich um eine *taktische* Frage gehandelt, um die Frage, ob man in einem gegebenen Zeitpunkt der Meinung war, daß alle Vorbereitungen und alle Vorbedingungen erfüllt seien, um dem Volke ein Gelingen der Revolution zu garantieren. Über diese Dinge lediglich war man geteilter Meinung und auch Ledebour hat zugeben müssen, genau so wie wir, Haase und ich, war auch Karl Liebknecht der Meinung, daß der fragliche Zeitpunkt nicht der geeignete sei."

In dem gleichen Sinne bewegt sich eine spätere persönliche Bemerkung Dittmanns[1]), in der er ausführt, Ledebour werfe ihm zu Unrecht eine falsche Darstellung über die Entstehung der Revolution vor. Er habe keineswegs behauptet, daß die Revolution ohne Direktiven von irgendeiner Stelle — gemeint kann in dem ganzen Zusammenhang nur die USPD sein — vor sich gegangen sei.

Ich glaube, diese Äußerung Dittmanns beleuchtet die Situation außerordentlich klar. Es bestanden bis in die ersten Novembertage

[1]) Protokoll des Allgemeinen Kongresses der A.- und S.-Räte, S. 86.

hinein in dem Haase-Dittmannschen Kreise Zweifel darüber, ob alle revolutionären Vorbereitungen und Vorbedingungen erfüllt seien, um dem Volke das Gelingen der Revolution zu garantieren. Man wird zugeben müssen, daß sie, vom revolutionären Standpunkt aus betrachtet, recht behalten haben. Die Frucht war noch nicht ganz reif.

Ich will keineswegs die Behauptung aufstellen, daß die Haase-Dittmann-Gruppe sich an den unmittelbar revolutionären Vorbereitungen von Barth und Ledebour aktiv beteiligt hat, daß sie Waffen beschafft und bereitgelegt und Revolutionspläne ausgearbeitet hat. Ich nehme an, daß das nicht geschehen ist. Von dieser revolutionären Putschtaktik hielt Haase ja nichts. Er und seine Freunde vertraten einen viel größeren Standpunkt über das Wesen der Revolution. Ich habe zur Genüge darüber gesprochen. Daß dieser Standpunkt der richtige war, hat sich gezeigt. Das Entscheidende in der Novemberbewegung waren nicht die Barthschen Stoßtrupps, seine Revolver- und Revolutionspläne. Das Entscheidende war, daß, als die Liquidierung des Krieges begann, die Massen aufgerüttelt waren, durch Hunger, durch Enttäuschung, aber auch durch politische Propaganda. Daß an dieser politischen Propaganda auch die Haase-Gruppe beteiligt gewesen ist, unterliegt keinem Zweifel.

Das eigentlich treibende aktive Element bei den unmittelbaren Revolutionsvorbereitungen waren die Linksradikalen und im Bunde mit ihnen der linke Flügel der Unabhängigen unter Ledebours Führung. Es war ihr Wille, die Revolution in Deutschland noch während des Krieges zum Ausbruch zu bringen. Sie sollte das zweite Glied der Weltrevolution werden. Ohne jedes Bedenken gedachten sie das Unglück der Nation für ihre proletarischen Sonderziele auszunutzen. Sie gaben sich der Erwartung hin, daß der Funke von Moskau über Berlin nach London, Paris, Rom weiterspringen werde.

Am 7. Oktober 1918 kam es auf einer Reichskonferenz in Gotha zu einem Zusammenschluß der radikalen Gruppen. Jedoch blieb der Spartakusbund organisatorisch auch jetzt noch mit der USPD verbunden. Es wurden in Gotha die Grundlinien festgelegt für das Verhalten bei der bevorstehenden revolutionären Umwälzung, deren Umrisse sich damals schon deutlich abzuzeichnen begannen. Man faßte den Beschluß, den bewährten bolschewistischen Methoden zu folgen, die in dem sogenannten Rätesystem, d. h. in der proletarischen Diktatur unter Führung von Arbeiter- und Soldatenräten, gipfelte.

Über den einzuschlagenden Weg gelangte man zu keiner Verständigung.

Der Spartakusbund legte auf Verschwörungen und Putschromantik keinen Wert. Er bevorzugte die Taktik der „revolutionären Gymnastik" und „revolutionären Schulung" und glaubte, daß revolutionäre Energie nur im Stahlbade fortgesetzten Kampfes erzeugt werde. „Jede

Niederlage, jeder Tote, jeder im Zuchthaus Schmachtende bildet einen Baustein an dem zu errichtenden Gebäude des Sozialismus. Erhebung von tausend und blutige Niederlage bringt die Erhebung von zehntausend, wieder Niederlage; Erbitterung, Haß, Kampfeswille hüben, Abscheu vor den eigenen Taten, Zweifel, Umfall drüben. Neue Erhebung von hunderttausend usw. bis zum endgültigen Siege[1])."

Im übrigen haben die Spartakusanhänger kein Mittel gescheut, das zum revolutionären Ziel führen konnte. Politische Demonstrationen, Anzettelung von Streiks in den Rüstungsbetrieben, Propagierung des Generalstreiks, Sabotageakte, Bildung von revolutionären Organisationen in der Heimat, revolutionäre Propaganda im Heere, Ermunterung zur Fahnenflucht und Dienstverweigerung, Aufforderung zum militärischen Streik und zur gewaltsamen Auflehnung, nichts von alledem blieb unversucht. Von Moskau erhielten sie Unterstützungen jeder Art, vor allem auch Propagandaliteratur und Geld.

Neben den Unabhängigen Ledebourscher Richtung und den Linksradikalen betätigten sich als dritte im Bunde an den unmittelbaren revolutionären Vorbereitungen die oppositionellen Elemente in den Gewerkschaften. Ihre Führer, Richard Müller und Barth, erwarteten das Heil weniger von der „revolutionären Gymnastik", als von einer weitverzweigten Verschwörung, die sich auf revolutionäre Geheimorganisationen stützte. Das Ziel war ein großer allgemeiner Putsch, der zu genau bestimmter Stunde im ganzen Reiche entfesselt werden sollte.

Auf ein genaueres Eingehen auf die Barthsche revolutionäre Tätigkeit verzichte ich, da es ja üblich geworden ist, die beiden Führer Barth und Richard Müller als Phantasten oder Pathologen hinzustellen. Freilich wird dadurch ihre historische Rolle nicht aus der Welt geschafft. Es ist, glaube ich, bisher noch nicht nachgewiesen, daß die wesentlichen Angaben in ihren Büchern falsch sind. Jedenfalls decken sie sich mit Bekundungen, die insbesondere Ledebour und Frau Luise Zietz auf den Kongressen der A.- und S.-Räte und dem USPD-Parteitage 1917 gemacht haben.

IV. Die Novemberrevolution

Es ist bereits erwähnt, daß die Parteileitung der Mehrheitssozialisten sich erst im allerletzten Augenblick, am 7. November, unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen hat, in die revolutionäre Bewegung einzutreten.

Auch die Parteileitung der Unabhängigen kann für den Zeitpunkt der Novemberrevolution und für die Form, in der sie sich abspielte, nicht verantwortlich gemacht werden. Noch am 2. November haben

[1]) Barth: „Aus der Werkstatt der Revolution".

Haase und auch Dittmann den Vorschlag Barths, die Bewegung am 4. November zu entfesseln, mit großer Schärfe und mit knappem Erfolg bekämpft. Es bleiben also nur die Radikalen und der linke Flügel der Unabhängigen und die radikalen Gewerkschaften, die die unmittelbare Urheberschaft und Führung in der Novemberrevolution in Anspruch nehmen.

Ich stehe indessen auch diesem Anspruch skeptisch gegenüber. Die revolutionäre Tat selbst ist meiner Ansicht nach letzten Endes nicht das Ergebnis klaren überlegenen Führerwillens, sondern das Produkt spontaner revolutionärer Leidenschaften bestimmter revolutionärer Kreise. Die Flamme schlug hoch in einem Augenblick, als die regierenden Schichten, von lähmendem Entsetzen über den drohenden Ausgang des Krieges und die einer radikalen Entwicklung zutreibenden inneren Verhältnisse befallen, alle Tatkraft und alle Besinnung verloren hatten. Sie fand reichlich Nahrung in den körperlich und seelisch zermürbten breiten Volksmassen, deren überspannte und zerrüttete Nerven irgendeiner Ablenkung bedurften, deren aus Enttäuschung, Hunger und aus revolutionärer Aufrüttelung geborenem Zerstörungsbedürfnis die Revolution gerade zur rechten Zeit entgegenkam.

Wieweit an der seelischen Zerrüttung des Volkes im einzelnen und gewissermaßen prozentual der Hunger und alles sonstige Leiden, die Enttäuschung und die revolutionäre Aufrüttelung schuld sind, das wird sich, wie ich auch hier noch einmal wiederholen möchte, nie einwandfrei feststellen lassen. Ich halte es für ein völlig nutzloses Unterfangen, derartige Feststellungen machen zu wollen. Mir kommt es nur darauf an, nachzuweisen, daß überhaupt neben den anderen Ursachen auch die der revolutionären Aufrüttelung besteht und daß die revolutionären Elemente in der Revolution eine bestimmte Rolle gespielt haben.

Bei dem seelischen Zustande des deutschen Volkes genügte ein lächerlicher Anstoß, die Meuterei einiger tausend Menschen, denen erst angesichts des Versagens einiger leitender Persönlichkeiten der Gedanke eingeflößt wurde und der Mut wuchs, eine Revolution anzuzetteln, um ein gewaltiges Reich in wenigen Tagen aus den Fugen zu bringen.

Auf die Vorgänge der Novemberrevolution im einzelnen gehe ich hier nicht ein. Das Ergebnis meiner Aktenstudien über diesen Zeitabschnitt findet sich in meinem Buch „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege". Dort ist auch die Stellung des Feldheeres zur Revolution dargestellt.

Nur folgendes sei kurz bemerkt.

Das Verhalten der oppositionellen Führer aller Richtungen in den letzten Tagen des Oktober und in den ersten Novembertagen ist u. a. von Ledebour auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-

räte im Dezember 1918[1]) und in dem Barthschen Buche übereinstimmend dargestellt worden. Es ist meines Wissens gegen diese Darstellung ein ernstlicher Einspruch bisher nicht erhoben worden. Es wird dort geschildert, daß sich im Laufe des Oktober eine Art Revolutionskomitee bildete, das über den Zeitpunkt und die Form der Revolution Beschluß faßte. Es gehörten dem Komitee alle hervorragenden Führer der oppositionellen Gruppen an. In einer Sitzung am 2. 11. haben sich Haase, Dittmann und Liebknecht lebhaft gegen das Losschlagen am 4. oder 5. 11. ausgesprochen, während Ledebour, Barth, Däumig, Heckert den gegenteiligen Standpunkt vertraten. Ob und welche Zusammenhänge zwischen diesen Vorgängen und der Kieler Revolte bestanden haben, ist bisher, soviel ich weiß, noch nicht untersucht worden. Daß eine gewisse innere Verbindung zwischen einem Teil der Meuterer und der USPD vor der Revolution vorhanden war, dafür existieren aber doch gewisse Anhaltspunkte. Es ist dies u. a. von Popp und Artelt, die in der Kieler Meuterei eine führende Rolle gespielt haben, in der Schrift „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918" behauptet worden. Weiterhin verlangten die aufständischen Matrosen unmittelbar nach dem Eintreffen Noskes in Kiel, daß auch Haase und Ledebour oder Cohn telegraphisch herbeigerufen würden. Ich nehme an, daß Herr Abgeordnete Brüninghaus auf diese Dinge noch näher eingeht, und bemerke in diesem Zusammenhang nur noch, daß mir in den Heeresakten einige Hinweise dafür begegnet sind, daß auch im Sommer 1918 parteipolitische Bestrebungen innerhalb der Flotte noch weiterbestanden haben.

In den Tagen der Revolution selbst hielten sich die Führer des rechten Flügels der Unabhängigen im Hintergrunde. Haase fuhr am 7. November nach Kiel, kam jedoch zu spät, um noch irgendeinen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausüben zu können. Als er am Abend des 9. November nach Berlin zurückkehrte, war die Entscheidung auch dort schon gefallen. Die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes hatten inzwischen nicht den Entschluß gefunden, in seiner Abwesenheit, angesichts der sich überstürzenden Vorgänge, auf eigene Verantwortung zu handeln.

Auch der linke, Ledebourscher Flügel der Unabhängigen und die Spartakus-Gruppe sind in diesen Tagen im eigentlichen Sinne führend nicht in den Vordergrund getreten. Es kam so, wie Haase und seine Freunde es schon immer erwartet hatten: Die revolutionäre Bewegung ging über die Führer hinweg. Nicht die Führer, sondern die aufgerüttelten Massen bestimmten den Zeitpunkt.

---

[1]) Protokoll der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16.—21. 12. 18, S. 47.

V. Die Auswirkung des revolutionären Kampfes der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen auf die Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß

Wichtiger für die Beurteilung der vorliegenden Fragen, als der Akt der Revolution selbst, ist die geistige Auswirkung der im Kriege betriebenen revolutionären Propaganda in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Friedensschluß.

Durch den Sieg der Revolution war die deutsche sozialistische Bewegung in den schrankenlosen Besitz der Macht gelangt. Die durch den Krieg geschwächten Abwehrkräfte des alten Staates hatten versagt. Die Polizeiorgane hatten an keiner Stelle der Sturmflut Widerstand geleistet. Das Heer, das bei großen revolutionären Bewegungen doch immer den letzten Ausschlag gibt, stand noch in seiner Gesamtheit am Feinde und war auf Wochen hinaus von der Mitwirkung an den Vorgängen in der Heimat so gut wie ausgeschlossen. Seine Stellung zur Revolution war noch unsicher. Hier und dort loderte in der Etappe der revolutionäre Funke zu heller Flamme auf. Die Front aber verhielt sich schweigend und abwartend.

Der Erfolg der Revolution hing einmal davon ab, ob es gelingen würde, die Masse der Soldaten zu den Aufständischen herüberzuziehen, oder aber den festen Zusammenhalt der Armee so zu erschüttern, daß der revolutionären Bewegung keine Gefahr mehr von ihr drohte; zum andern aber davon, ob die Führerschaft den Aufgaben, die jetzt an sie herantraten, gewachsen sein würde.

Das Verhalten der Arbeitermassen entsprach den Erwartungen. Es zeigte sich, wie tief der revolutionäre Gedanke in ihnen Wurzel gefaßt hatte. Ohne ein besonderes Stichwort von oben, ohne jedes Programm, fast momentan setzte sich im ganzen Deutschen Reiche der Rätegedanke als Ausdrucksform der proletarischen Klassenherrschaft durch. Gewiß war er ein altüberliefertes Requisit der revolutionären Technik. Auch diente der russische Vorgang neuerdings als Beispiel. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der die Bildung der Räteorganisationen an den kleinsten Orten vor sich ging, bleibt doch sehr bemerkenswert. Sie steht in erstaunlichem Gegensatz zur Unbeholfenheit und auch Hilflosigkeit, die die sozialdemokratischen Führer jetzt, wo es galt, große praktische Arbeit zu leisten, vielfach an den Tag legten.

Schon am ersten Tage begannen die Schwierigkeiten. Ebert schlug, nachdem er das Reichskanzleramt übernommen hatte, den Unabhängigen die Bildung eines Kabinetts auf paritätischer Grundlage vor, eines Kabinetts also, dem je drei Mitglieder der mehrheitssozialistischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei einschließlich der radikalen Gruppe angehören sollten. Innerhalb der USPD erhob sich aber zunächst heftiger Widerspruch dagegen, sich mit den Mehrheitssozia-

listen, den „Verrätern am Sozialismus", zusammen an den Regierungstisch zu setzen. Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen. In welcher Richtung sich die Gegensätze bewegten, ergibt sich aus einem Schreiben, das die Mehrheitssozialisten am Abend des 9. November an die Unabhängigen richteten. Es stellte die Antwort auf die Forderung der Unabhängigen dar, in der neuen Republik die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in die Hände von gewählten Vertrauensmännern der werktätigen Bevölkerung und der Soldaten — also der Arbeiter- und Soldatenräte — zu legen. Bürgerliche Mitglieder sollten aus der Regierung ganz ausgeschlossen werden [1]).

„Ist mit diesem Verlangen", so hieß es in der Antwort der Mehrheitssozialisten, „die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht."

Die gemeinsame sozialistische Idee war also selbst in diesem Augenblick, in dem Einigkeit alles bedeutete, nicht imstande, die zwischen beiden Richtungen bestehenden inneren Gegensätze zu überwinden. Eine Einigung erfolgte nicht. Es bedeutete daher nur eine Verschleppung der akuten Krise, daß die USPD sich unter dem gebieterischen Zwang der Stunde schließlich doch zum vorübergehenden Eintritt in eine Koalitionsregierung bereit erklärte, ohne daß die bestehenden Widersprüche vorher beseitigt wären. Die radikalen Gruppen um Liebknecht versagten ihre Mitbeteiligung.

Äußerlich betrachtet hatten die Unabhängigen eine Schwenkung vollzogen. Sie waren an die Seite der bisher bitter befehdeten Mehrheitssozialisten getreten und hatten den Trennungsstrich nunmehr nach links gegen die Radikalsozialisten gezogen, mit denen sie während des Krieges zusammen gekämpft hatten [2]). Es schien sich in diesem Augenblick, wo vieles von dem, was im Kriege zwischen den Parteigruppen gestanden hatte, sich verflüchtigte, eine Möglichkeit anzubahnen, sich auf den gemeinsamen Weg zurückzufinden, den man jahrzehntelang zusammen gewandelt war. Das Gelingen des Einigungswerkes war zum Teil eine Führerfrage. Ein Bebel hätte in dieser Stunde die sozialistischen Kräfte wohl anders zusammengefaßt, als die Epigonen es vermochten. Er hätte vielleicht die künstliche Konstruktion des Gothaer Parteitags, auf dem die widerstrebenden Elemente der Lassalleaner und Eisenacher zusammengeschweißt worden waren, in irgendeiner Form erneuert. Aber durch derartige äußere Mittel wurden freilich die inneren Gegensätze nicht aus der Welt ge-

---

[1]) Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Band II, S. 28.

[2]) Die Stellung des Spartakusbundes geht aus einem am 10. November an die Arbeiter und Soldaten von Berlin gerichteten Flugblatt klar hervor. Abgedruckt bei Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Band II, S. 250.

schafft. Es fragte sich, ob eine wirkliche innere Anpassung überhaupt möglich war. Das mußte sich jetzt in den Tagen der Revolution entscheiden. War es nicht der Fall, so nützten alle Einigungsbestrebungen nichts. Der endgültige Zerfall der Partei war dann unabwendbar. Der deutsche Sozialismus hatte also in diesem Augenblick nachzuweisen, ob er überhaupt noch als einheitliche Geistesbewegung zu gelten hatte, dem die Kraft zur Neubildung staatlicher und gesellschaftlicher Formen innewohnte.

Die gemeinsame Arbeit in der neuen Regierung begann unter wenig günstigen Aussichten. Der Kampf zwischen den drei sozialistischen Gruppen, der schon die Regierungsbildung erschwert hatte, setzte sich in verschärfter Form fort.

Die Spartakus-Richtung und der linke Ledebourscher Flügel der Unabhängigen verlangten die feste dauernde Verankerung der Räteherrschaft, die Einberufung eines rein proletarischen Reichsparlaments der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der rechte Flügel der Unabhängigen wünschte ebenfalls die Aufrechterhaltung der Räteherrschaft jedoch nur so lange, bis die Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände eingetreten sei, dann sollte die Nationalversammlung einberufen werden. Die Mehrheitssozialisten forderten vom demokratischen Gesichtspunkt aus die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, die über die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland entscheiden sollte.

Ebenso schwerwiegend waren die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Wehrmacht. Es handelte sich darum, ob man eine Rote Armee auf rein proletarischer Grundlage nach russischem Muster einrichten solle oder eine republikanische Volkswehr auf breiter demokratischer Grundlage, also eine Miliz im Bebelschen Sinne. Spartakus und der linke Flügel der Unabhängigen erstrebte die Rote Armee unter sofortiger Beseitigung des alten Offizierkorps, Übernahme der Kommandogewalt durch die Soldatenräte. Die Mehrheitssozialisten wünschten den *allmählichen* Übergang zur republikanischen Volkswehr, also zur Miliz. Die Kommandogewalt der Offiziere sollte vorläufig unangetastet bleiben, mindestens bis nach erfolgter Rückführung und Demobilmachung des Heeres.

Der rechte Flügel der Unabhängigen nahm auch hier eine Mittelstellung ein. Diese Stellungnahme der linkssozialistischen Parteigruppen zeigt deutlich, daß vor allem die Radikalen, aber auch die Unabhängigen, jede Rücksicht auf die außenpolitische Lage des Reiches jetzt ganz fallen ließen und nur noch an die Verwirklichung ihrer internationalen weltrevolutionären Ziele dachten. Ihre Haltung bildet die gradlinige Fortsetzung ihrer im Kriege verfolgten Politik, die der Unabhängige Abgeordnete Cohn im Namen seiner Parteifreunde noch einmal am 26. Oktober im Reichstage scharf umrissen hatte:

„In diesem Gedanken bin ich und sind meine Freunde vereinigt mit der gesamten Internationale der Arbeiter und Bauern. Wir sehen den Krieg nicht als nationales Problem an, wir vergessen auch in dem jetzigen Stadium der Lösung des Krieges nicht seinen Ausgangspunkt. Wie die Menschheit hineingetrieben worden ist in diesen Krieg durch die Mächte des Kapitalismus und Militarismus, Mächte, die internationaler Art, wenn auch national verschieden in ihrem Wirkungsgrade waren, so wird sich auch die internationale Menschheit — das ist ihre Pflicht — zusammentun gegen diese Mächte, und auf den Weltimperialismus und Weltmilitarismus wird folgen und ihn überwinden die Weltrevolution. Indem die deutschen Arbeiter sich der Pflicht der Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder. Diesen unseren Freunden jenseits der französischen, jenseits der italienischen, jenseits der übrigen Landesgrenzen reichen wir heute im Geiste die Hand. Wir stehen zueinander, miteinander, gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus!"

In diesem Zusammenhange muß auch die Haltung der Radikalen und Unabhängigen in der Kriegsschuldfrage Erwähnung finden. Sie hatte im Augenblick besondere Bedeutung, weil sie der Entente das Material lieferte, aus dem sie die Ketten von Versailles zu schmieden im Begriffe waren. In dem Bestreben, den Bruch mit der Vergangenheit so deutlich als möglich zum Ausdruck zu bringen, scheuten sich die Unabhängigen Führer nicht, die angebliche Hauptschuld Deutschlands in die Welt hinauszurufen. Es sei hier nur an die Veröffentlichungen Eisners erinnert. Es geschah dies, ohne daß vorher eine gründliche sachliche Prüfung stattgefunden hatte. Es ist derselbe befremdende Zug, der schon im Kriege so auffallend in die Erscheinung tritt. Kautsky, Bernstein und Haase hatten ja schon damals ihre ablehnende Haltung zur Landesverteidigung hauptsächlich damit begründet, daß sie Deutschland ganz unverhüllt als den Hauptschuldigen bezeichneten.

Schwerlich sind je in der Geschichte einer Partei die nationalen Belange rücksichtsloser beiseite gesetzt worden, als es hier geschah. Noch klarer tritt dies in die Erscheinung in der Haltung dem Heere gegenüber, das ein letztes Bollwerk hätte sein können gegenüber dem Siegerwahnsinn der Feinde, gegenüber den beutelüsternen kleinen Nachbarn im Osten, den Polen und Litauern, gegenüber der drohenden Überschwemmung durch die russischen Massen. In der Freude über den revolutionären Sieg, in dem Streben, diesen Sieg unter allen Umständen zu sichern und auszubauen, in dem Wunsche, die Atmosphäre für die ersehnte Weltrevolution zu schaffen, in der Hoffnung, Schrittmacher der Völkerversöhnung zu sein, haben die Unabhängigen und Radikalen dem durch die Revolution eintretenden Verfall des Heeres nicht nur keinerlei Widerstand entgegengesetzt; sie haben vielmehr dessen Auflösung so sehr als irgend möglich gefördert. Die Folge war die völlige militärische Selbstentmannung in der Zeit, in der die Frie-

densverhandlungen stattfanden. Die weitere Folge war, daß der feindliche Siegerwahnsinn nun überhaupt keine Schranken mehr fand.

Die Hoffnung auf Völkerversöhnung und Weltrevolution zerflatterte sehr bald. Der Glaube, durch die Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland eine Atmosphäre der inneren Annäherung an die Ententemächte herbeiführen zu können, erwies sich als schwerer Irrtum. Alles das kümmerte unsere Feinde nicht. Hohnlachend legten sie dem deutschen Volke, das ihnen die zerbrochenen Waffen zu den Füßen legte, die Fesseln an.

Der Ausgang des Kampfes zwischen den drei sozialistischen Gruppen hing, wie schon bemerkt, ganz von der Haltung des Feldheeres ab. Weder die Mehrheitssozialisten noch die Unabhängigen, noch die Radikalen hatten bei den durch die Arbeiter- und Soldatenratswirtschaft eingerissenen chaotischen Zuständen im Reiche, auf die ich noch genauer zu sprechen komme, vorläufig irgendein positives Machtmittel in der Hand, um ihren Willen durchzusetzen. Die Oberste Heeresleitung und das alte Offizierkorps wurden der ausschlaggebende Machtfaktor.

General Groener hat im Münchener Dolchstoßprozeß darauf hingewiesen, daß er mit Ebert bereits am 9. und 10. November ein Bündnis geschlossen habe, zur Unterdrückung, wie er sich ausdrückte, der Revolution, das heißt also der revolutionären internationalen rein proletarischen Tendenzen innerhalb des Sozialismus, wie sie sich in dem radikalen sozialistischen Flügel konzentrierten. Dieses Bündnis zwischen der Obersten Heeresleitung und den Mehrheitssozialisten lief darauf hinaus, die Diktatur des Proletariats, die ihre äußere Form in dem Rätesystem gefunden hatte, nicht zur vollen Entwicklung kommen zu lassen, den Rätegedanken vielmehr so rasch als möglich zu erledigen.

Diese Vorgänge sind von allerhöchster geschichtlicher Bedeutung. Die Oberste Heeresleitung stand am Abend des 9. November am Scheidewege. Sie hätte immerhin den Versuch wagen können, die neuen Zustände überhaupt zu verneinen, sich gegen die ganze Revolution aufzulehnen, mit Hilfe der zurückkehrenden Armee den Kampf aufzunehmen. Sie konnte auch, ebenso wie die militärischen Kommandobehörden in der Heimat und wie die Polizei- und Zivilbehörden den Dingen tatenlos ihren Lauf lassen. Der Feldmarschall und General Groener taten weder das eine noch das andere. Sie wählten einen dritten Weg. Sie fanden sich mit den neuen Zuständen bis zu einem gewissen Grade ab, ergriffen aber in dem beginnenden Kampf um die Macht zwischen den drei sozialistischen Gruppen scharf und zielbewußt Partei.

Zunächst versuchten sie, den schon am 9. November fühlbar werdenden Anprall des Rätegedankens gegen das Heer abzufangen. Sie wußten, daß der Hauptangriff sich gegen die Kommandogewalt

des Offizierkorps richten würde. Glückte er, dann war das Chaos da. Das Gegenmittel, zu dessen Anwendung die Oberste Heeresleitung sich entschloß, war eine Art von „Schutzimpfung". Feldmarschall von Hindenburg und General Groener hielten es zwar für unmöglich, das Heer gegen die Einflüsse der Revolution abzuschließen. Aber sie hofften, der Gefahr die Spitze abbiegen zu können, indem sie ein Ventil öffneten. Sie ordneten daher von sich aus die Wahl von Soldatenräten („Vertrauensräten") an, bevor sie ihnen von außen, von revolutionärer Seite her, aufgezwungen wurden. Die Befugnisse wurden so abgegrenzt, daß die Kommandogewalt der Offiziere nicht angetastet wurde. Die Mitwirkung der Soldatenräte sollte sich lediglich auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen erstrecken.

Die Regierung erklärte sich unter dem Zwang der äußeren Umstände mit diesem Vorgehen einverstanden. Sie erließ am 12. November ergänzende Bestimmungen, die den Soldatenräten beratende Stimme in den Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung der Disziplinarstrafe zuwies, auf der anderen Seite aber die Notwendigkeit der Unterordnung und des Vorgesetztenverhältnisses scharf unterstrich. Die Entschlußkraft, mit der die Oberste Heeresleitung sich sofort auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte, ihre wiederholte, in bündiger Form gegebene Versicherung, daß sie mit der neuen Regierung zusammen an der Rettung vor dem drohenden Chaos arbeiten wolle und das schnelle energische Handeln in der Frage der Soldatenräte des Feldheeres hatten ihren Eindruck auf die neuen Machthaber nicht verfehlt. Es entstand schon in den ersten Revolutionstagen ein Verhältnis gegenseitiger Loyalität. So gefährlich ein Bündnis mit dem Offizierkorps, dem alten Feind der Sozialdemokratie, für eine sozialistische Regierung auch sein mochte, so erblickte Ebert in ihm doch die einzige Möglichkeit, rasch zu positiven Machtmitteln zu gelangen. So entstand jenes sonderbare Schauspiel einer Paarung zwischen dem Offizierkorps und der rechten Gruppe der Sozialdemokraten mit dem Ziel, den linken sozialistischen Flügel zu Boden zu schlagen.

Das Ergebnis dieses Schrittes war außerordentlich. Es ist nicht zu viel behauptet, daß allein durch die gemeinschaftliche Politik des mehrheitssozialistischen Führers Ebert und der Obersten Heeresleitung Deutschland vor dem Schicksal Rußlands bewahrt worden ist.

Das Feldheer wurde von den revolutionären Vorgängen der Heimat zunächst nur wenig berührt. Nur in seltenen Fällen wurde der Versuch gemacht, die Autorität der Offiziere und ihre Kommandogewalt anzutasten. Wo es geschah, scheiterte er schon nach kurzer Zeit. Bei der Masse der Mannschaft überwog das gesunde instinktive Empfinden, daß man aus der furchtbaren Lage, in der man sich befand, nur herauskommen könne, wenn man sich den Befehlen der Offiziere fügte.

Die Tätigkeit der Truppensoldatenräte hielt sich dementsprechend während des Rückmarsches in bescheidenen Grenzen. Im allgemeinen

waren sie bemüht, die Offiziere zu unterstützen. Es flammte sogar in diesen Wochen, in denen zum ersten Male die schwere Hand der Sieger fühlbar wurde, noch einmal nationaler Stolz und nationale Empörung in den Herzen der Soldaten auf. Das in sich noch geschlossene Heer gab ein letztes Beispiel, wie ein großes Unglück mit Anstand und Würde ertragen werden kann. Die schon etwas gelockerte Disziplin festigte sich wieder. Die roten Fahnen, die in den ersten Tagen der Revolution hier und dort sichtbar geworden waren, verschwanden. Unter den alten schwarzweißroten Farben und unter dem Gesang vaterländischer Lieder überschritten die Truppen in fester militärischer Haltung die Grenzen der Heimat. Es war der letzte Abglanz einer zu Ende gehenden Zeitepoche.

Schwieriger als bei den Feldtruppen hatte sich die Lösung der Soldatenratsfrage bei der Etappe gestaltet. In den ersten Revolutionstagen maßten sich die Soldatenräte hier Machtbefugnisse an, die weit über den von der Obersten Heeresleitung gesteckten Rahmen hinausgingen. Aber nachdem sich der erste Rausch gelegt hatte und die übelsten Elemente auf Autokolonnen, zu Fuß und auf den Eisenbahnzügen abgeströmt waren, bekamen die Kommandobehörden auch hier die Zügel wieder einigermaßen in die Hand. Der Schaden, den die Soldatenräte noch häufig genug durch ihre unberufene Einmischung in die Aufgaben der Führung anrichteten, blieb erträglich.

Es schien also, als ob das Offizierkorps das Feldheer in der Hand behalten würde und als ob man durch die „Schutzimpfung" den erhofften Zweck der Immunisierung gegen die radikalen Einflüsse erreicht habe. Offenkundig setzten die Frontsoldaten dem von außen herandrängenden revolutionären Gedanken auch jetzt noch Widerstand entgegen. Gegen die Arbeiter- und Soldatenräte im Reiche bestand eine deutliche Abneigung.

Diese Gestaltung der Dinge änderte sich aber, sobald das Heer in unmittelbare Berührung mit der revolutionären Heimat geriet.

Es muß hier, um diese Wandlung verständlich zu machen, mit einigen Worten auf die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat eingegangen werden. Die chaotischen Zustände, die im Lande eingetreten waren, können nicht treffender geschildert werden, als es Scheidemann in seinem Buche „Der Zusammenbruch" tut[1]). Er sagt dort: „Das Reich, und insbesondere Berlin, war in diesem ersten Wochen nach dem Zusammenbruch einfach ein Irrenhaus. Ein Volk war aus der zermürbenden Zwangshaft des Krieges ausgebrochen und wußte im ersten Taumel nicht wohin mit seiner Freiheit. Keine behördliche Kompetenz war mehr klar und unbestritten: das Nebeneinander von Behörden und Räten brachte unübersehbare Wirrnis mit sich. Die Art, wie die Revolution ausgebrochen war, nämlich nicht

[1]) S. 212 u. folg.

an einem zentralen Punkt, sondern an mehreren Orten der Peripherie, rein lokal und immer wieder für einen beschränkten Bezirk, bestimmte auch fernerhin den Charakter der neuen Gewalten. Überall provinzielle oder Kirchturm-Eigenwilligkeit, ein isoliertes Regieren im kleinsten Kreise, ohne Zusammenhang mit dem Ganzen. Daraus erklärt sich, daß soundso viele Städte und Bezirke sich zu selbständigen Räterepubliken ausriefen, vor allem ihre eigene Ernährungspolitik machten, unerhörte Verkehrsschikanen bereiteten und sogar auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten auf eigene Faust dilettierten. Die Tatsache, daß das Bürgertum sich vollkommen totstellte, erweckte außerdem in vielen A.- und S.-Räten die Vorstellung vom Alleinrecht der Sozialisten, was nicht nur damals ein schwerer, sich bitter rächender Denkfehler war. Daß viele dieser Wächter des Sozialismus dies Wort am 9. November zum ersten Male gehört hatten, machte die Sache nicht besser. Im Gegenteil, diese Allerneuesten übertrumpften an tausend Orten die alten, unterrichteten Parteigenossen und rissen mit ein paar Spartakusphrasen ihre Altersgenossen in der sozialen Weltanschauung mit. In diesen Wochen war es einzig und allein der in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen geschulte alte Stamm innerhalb der Arbeiterbewegung, der draußen, und das pflichtgetreue Beamtentum, das unter neuer Führung drinnen einigermaßen die Maschine in Gang hielt."

Es liegt mir fern, die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Bausch und Bogen zu verurteilen. Es befanden sich selbstverständlich unter ihnen eine große Zahl von Leuten mit bestem Wollen, die gelegentlich durch verständige Anordnungen auch Gutes geschaffen haben. Im allgemeinen aber gestaltete sich auch ihre Tätigkeit unersprießlich, da das empfindliche Getriebe der Verwaltung und der überaus komplizierte Vorgang der Heimführung und Demobilmachung eines Millionenheeres unter dem Druck des Feindes gewaltsame Eingriffe unorientierter Dilettanten nun einmal nicht vertrug. Neben diesen von ehrlichem Wollen geleiteten Leuten tauchten aber auch zahlreiche sehr zweifelhafte Elemente auf, deren Handlungen nicht von sachlichen Motiven zeugten. Sie ließen sich von kleinlichen Gefühlen der Rache und des Hasses leiten, übernahmen in maßloser Überheblichkeit und mit wenig Talent Führerrollen, in denen sie kläglich versagten, und nutzten nicht selten ihre Machtstellung auch zu moralisch unlauteren Zwecken aus.

Am verhängnisvollsten wurde das Chaos für das heimkehrende Feldheer. Die bei der Obersten Heeresleitung einlaufenden zahllosen Berichte heimischer Behörden gewährten tiefe Einblicke in die Störungen, die durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte hervorgerufen wurden. Sie füllen ganze Bände aus, deren Veröffentlichung die von mancher Seite noch immer aufrechterhaltene Behauptung, daß die Rückführung und Demobilmachung des Heeres zum großen

Teil das Verdienst der Arbeiter- und Soldatenräte seien, gründlich und endgültig zerstören würde. Es ist festzustellen, daß die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte viel mehr Schaden wie Nutzen angerichtet und die sachliche Arbeit der berufenen Dienststellen in hohem Maße erschwert hat. Unsachgemäße Eingriffe in die Kommandogewalt der Offiziere, insbesondere der vorausgesandten Stäbe, Kommandos und einzelnen Kolonnen waren an der Tagesordnung. Bahntransporte, deren Weiterführung notwendig war, wurden irgendwo angehalten oder nach anderer Stelle umgeleitet. Hunderttausende von Heeresangehörigen wurden widerrechtlich entlassen, Heereseigentum jeder Art beschlagnahmt und verschleudert. Mit der gleichen Willkür wurden der Truppe bei anderer Gelegenheit die notwendigen Nahrungs- und Bekleidungsmittel versagt. Wo sich die Möglichkeit dazu bot, wurden die Mannschaften „aufgeklärt", d. h. gegen die Offiziere aufgehetzt [1]).

Leider gestattet es der beschränkte Raum meines Gutachtens mir nicht, das Material so ausführlich wiederzugeben, wie es eigentlich notwendig wäre. Einige willkürlich gewählte Beispiele möchte ich aber doch zur Charakterisierung der Vorgänge herausgreifen.

In einem Sonderbericht der Informationsstelle der Reichsregierung über die politische und militärische Lage vom 4. 12. heißt es aus Cassel (sinngemäße Wiedergabe): Erhebliche Schwierigkeiten bestehen im Verkehr mit den örtlichen Soldatenräten in Thüringen (Gotha, Weimar, Ohrdruf), wo man der ernsten Lage Deutschlands verständnislos gegenübersteht.

Aus Danzig wird berichtet, daß sich der Soldatenrat Thorn wiederholt über die vom Stellv. Generalkommando Danzig gegebenen Richtlinien hinweggesetzt habe.

Von Stettin wird gemeldet, daß einzelne Arbeiter- und Soldatenräte in den Dienstbetrieb aller Behörden eingriffen und den Wirtschaftsbetrieb störten. Sie erkannten keine übergeordnete Behörde an.

Aus Kreuznach wird gemeldet, daß der Kreuznacher Arbeiter- und Soldatenrat erklärt habe, daß sich viele rechtsstehende Leute der Linksregierung anschließen würden, wenn die Mitschuld der bisherigen Regierung am Kriege und die Gründe für Ludendorffs Bitte um Waffenstillstand einwandfrei nachgewiesen würden. Baldige entsprechende Veröffentlichung sei dringend erwünscht.

Der Soldatenrat Freiburg berichtet über seine Tätigkeit bei der Organisation des Truppenrückmarsches am Oberrhein. Er klagt über den Soldatenrat Lörrach, der sich ihm nicht unterordne. Er entlasse alles, entwaffne ziellos, verschiebe wagenweise Waffen. Weiter wird die rasch abnehmende Moral der Truppen geschildert. Sie verschleu-

---

[1]) Ein interessantes Beispiel hierfür ist das bei Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Revolution, Band II, S. 283, abgedruckte Flugblatt des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Berlin „Kameraden"!

derten das Militärgut, ließen die Waffen stehen, verkauften die Pferde an die Zivilbevölkerung.

Die Kriegsamtstelle Hannover berichtet am 21. 11. über die Zustände in Braunschweig. Das Volkskommissariat für die revolutionäre Verteidigung der Republik Braunschweig (Matrose Rosenthal) handele gegen die vom Kriegsministerium gegebenen Demobilmachungsbestimmungen. Es sei ihm erwünscht, Unordnung in die Akten der Bezirkskommandos zu bringen. Erst nach langen Verhandlungen habe man es erreicht, daß die Akten weggeschlossen werden dürften.

Das Generalkommando VII. Armeekorps telegraphiert am 12. 12. 1918 an das Kriegsministerium: Der Arbeiter- und Soldatenrat Remscheid habe an die Jahrgänge 1898/99 einen Aufruf erlassen, die Mannschaften sollten nicht zu den Ersatztruppenteilen zurückkehren. Die Regierung beabsichtige, sie von neuem in die Kriegsmaschine zu pressen, ein neues stehendes Heer zu bilden, neue Kriege vorzubereiten und sie gegen die Revolution und gegen das Volk marschieren zu lassen.

Die Sperrung des Verpflegungsnachschubs über den Rhein durch örtliche Soldatenräte gleich in den ersten Revolutionstagen veranlaßte die Oberste Heeresleitung am 16. 11. zu einem Aufklärungstelegramm an die Truppen: Die geordnete Rückführung des Heeres sei unmöglich, wenn durch unsinnige Anordnungen örtlicher Soldatenräte in der Heimat die Magazine gesperrt und die Verpflegungszüge angehalten würden. Das Feldheer solle sich bei den heimischen Arbeiter- und Soldatenräten bedanken, wenn es nichts zu essen bekäme.

Der Vollzugsrat in Königsberg richtet am 8. 12. folgendes Telegramm nach Berlin: Falls nicht sofort dringend folgendes Telegramm einläuft: „Vollzugsrat Königsberg I. A. K. höchste Instanz und Gewalt. Generalkommando dem Vollzugsrat untergeordnet", mit maßgebenden Unterschriften, brechen jede Beziehung mit Berlin ab und schließen uns anderen selbständig arbeitenden Korps an. Die Frage muß durch oben geforderte Antwort bis Sonnabend nachmittag 5 Uhr geklärt sein. Beantwortung des Telegramms oder Reaktion. Soldatenrat I. Armeekorps. Königsberg. Vors. Schoepper.

Selbst der sozialistische Minister Braun wandte sich in einer Ministersitzung der preußischen Regierung in scharfer Weise gegen den Königsberger Arbeiter- und Soldatenrat, der in alle Verhältnisse eingreife und möglichst energisch in seine Schranken zurückgewiesen werden müsse. Haase habe durch seine sophistischen Reden den Entschluß zur Abwehr des Bolschewismus noch geschwächt.

Es sei mir gestattet, hier auch eine Erinnerung aus persönlichem Erleben einzuflechten, die mir charakteristisch scheint.

Ich kam Mitte Januar 1919 aus dem Westen nach Allenstein. Im Korpsbezirk, der das südliche Ostpreußen umfaßte, übte ein Arbeiter- und Soldatenrat die fast unumschränkte Herrschaft aus, der nach seiner eigenen Erklärung der Unanbhängigen Partei angehörte. Die Mitglieder

waren von Berlin nach Allenstein, dem Sitz des Generalkommandos XX. Armeekorps, geschickt, um „die Sache dort zu machen". Sie führten den schärfsten Kampf gegen die Mehrheitssozialisten. Ich hatte als 1. Generalstabsoffizier des aktiven Generalkommandos mit ihnen zu verhandeln. Mir zur Seite gestellt war ein etwa 20jähriger junger Mann, seines Zeichens Malergehilfe, der mich in meinen taktischen Arbeiten zu „überwachen" hatte. Ich bearbeitete u. a. den Grenzschutz des südlichen Ostpreußens gegen die Polen. Die Verhandlungen mit diesem Arbeiter- und Soldatenrat gestalteten sich geradezu erschütternd. Mit dem Malergehilfen wurde ich allerdings bald fertig. Er war immerhin noch so vernünftig, nach drei Tagen sinnloser Störung meiner Arbeit fortzubleiben. Die anderen aber waren zähe ältere Leute mit einem ganz starken revolutionären Willen. Unsere Versuche, die polnische Grenze durch eine Art von Grenzschutz notdürftig zu sichern, erklärten sie für überflüssig und als reaktionäre Machenschaft und setzten ihm heftigen Widerstand entgegen. Ich erinnere mich an einen Tag, wo sie an der Spitze eines wüsten, gröhlenden Haufens von 500 oder 1000 Soldaten vor dem Generalkommando erschienen, um uns ihre radikalen Forderungen aufzuzwingen. Mein alter Chef, der verstorbene Oberst Bürkner, und ich haben uns einige Stunden später gegenseitig die Achselstücke auf der Straße lösen müssen, um sie uns nicht von dem von Soldatenräten angeführten und aufgepeitschten Haufen abreißen zu lassen. Ähnliche persönliche Erlebnisse haben viele, vielleicht die meisten von uns gehabt. Sie brennen sich tief in das Gedächtnis ein. Es gelang endlich, eine zuverlässige kleine Macht in Form von einigen Freikorps unter entschlossenen Leutnants zu bilden. Mit diesen haben wir dann Schritt für Schritt das südliche Ostpreußen zurückerobert und haben dann schließlich auch noch den Grenzschutz aufbauen können, bevor die Polen Zeit fanden, in Masuren einzubrechen. Diese Vorgänge waren für die Ostprovinzen typisch. Ganz ähnlich, ja noch schlimmer lag es zum Beispiel in Königsberg.

Mit diesen wenigen Beispielen, die sich beliebig vermehren lassen, begnüge ich mich. Die Auswirkungen dieser verhängnisvollen Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte zeigten sich bald genug.

Als die Truppen Ende November und Anfang Dezember in die rheinische Ebene hinabstiegen, kam ihnen plötzlich zum Bewußtsein, wie die Heimat sich verändert hatte. Von den öffentlichen Gebäuden wehten die roten Fahnen der Revolution, Soldatenräte mit roten Binden liefen gewichtig herum, mischten sich in alles und gebärdeten sich, als ob ohne sie alles verloren sei. Sie nahmen den Soldaten die Waffen ab, stellten ihnen Entlassungsscheine aus, zahlten ihnen Geld aus und klärten sie darüber auf, daß sie nun freie Männer seien, die sich vor allem von dem Einfluß der Offizierskaste losmachen müßten.

Es war unmöglich, daß das aus allen Fugen gerissene Heer auf

die Dauer diesen Einflüssen widerstand. Schließlich war es dasselbe Fleisch und Blut wie die vom revolutionären Geist erfaßten Massen. Die Bande der Disziplin und des Gehorsams, die eben noch die großartige Leistung des Rückmarsches ermöglicht und das Heer vor der letzten Katastrophe bewahrt hatten, lösten sich. Innerhalb von vierzehn Tagen wurde aus durchaus verständigen, vernünftigen Vorstellungen zugänglichen Leuten ein wildes Durcheinander völlig undisziplinierter Menschen, die, man kann es kaum anders bezeichnen, geradezu den Verstand verloren hatten.

Die Oberste Heeresleitung und der größte Teil der Offiziere führten einen verzweifelten Kampf. Da aber die Arbeiter- und Soldatenräte sakrosankt waren, gelang es nur schwer, ihre unheilvolle Tätigkeit einzuschränken. Die Schuld für diese Zustände, die, wie wir gleich sehen werden, sich zu einer schweren Gefahr auswuchsen, wird man natürlich nicht einseitig den revolutionierenden Einflüssen der Heimat, insbesondere der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte zur Last legen dürfen. Sie beruhten zum Teil auch auf sehr natürlichen seelischen Vorgängen. Die plötzliche Abspannung der Nerven in dem Augenblick, wo der Druck der feindlichen Verfolgung den zurückmarschierenden Soldaten nicht mehr im Nacken lastete und die Gefahr der Gefangennahme nicht mehr drohte, löste einen akuten Zusammenbruch aus, der sich in fieberhaftem Drange nach der Heimat äußerte und fast noch im letzten Augenblick zur Überflutung des Landes durch das völlig aufgelöste Heer geführt hätte. Der brennende Wunsch, das Weihnachtsfest zu Hause im Kreise der Familie zu verleben, erstickte jede vernünftige Überlegung. Niemand wollte begreifen, daß die Abbeförderung solcher riesiger Menschenmassen nicht in wenigen Tagen vor sich gehen konnte, sondern eine Reihe von Wochen beanspruchte.

Es gelang schließlich der Pflichttreue der großen Masse der Offiziere und Beamten, die unbeirrt durch alle Unvernunft bis zur letzten Minute ihren Dienst taten, auch diese Krise noch zu überwinden. Unter unendlichen Schwierigkeiten und Verzögerungen kam die gewaltige Transportbewegung doch in Gang, und es glückte sogar, einen Teil der Mannschaften zu bewegen, nicht einfach das Gerät und die Pferde irgendwo stehen zu lassen, sondern zu sammeln und ordnungsgemäß abzuführen.

Die Oberste Heeresleitung hatte zunächst die Absicht gehabt, das Heer geschlossen hinter den Rhein zurückzuführen, dort einen starken Grenzschutz aufzubauen und zuverlässige Truppenverbände zur Wiederherstellung der Ordnung in die einzelnen Provinzen zu schicken. Der Rest sollte hinter dem Grenzschutz stehen bleiben, bis die Verhandlungen mit der Entente zum Abschluß geführt waren. Ganz besonders dringlich war außerdem die Entsendung von Truppen nach Posen, wo bereits die polnische Insurrektionsbewegung fühlbar wurde.

Parallel hierzu liefen die Absichten des Kriegsministeriums für die Demobilmachung des Heeres. Sie war so geplant, daß die Korps nach Klärung der ganzen Lage in ihre Friedensstandorte zurückgeführt und dort bis auf vier Jahrgänge entlassen werden sollten.

Alle diese Absichten konnten nicht durchgeführt werden. Bereits seit Mitte November überstürzten sich die Demobilmachungsanordnungen des Kriegsministeriums. Der damalige Kriegsminister, General Scheüch, hat mir auf meine Anfrage nach den Gründen dieser Maßnahmen bestätigt, was auch aus den Akten zu ersehen ist, daß eben angesichts der ungeheuerlichen Zustände in der Heimat und angesichts des revolutionären Geistes, der sich auf die Truppen übertrug, ein anderes Verfahren gar nicht möglich war.

Geradezu katastrophal gestalteten sich die Verhältnisse in Posen und Westpreußen. Ich kann alle diese Dinge nur ganz flüchtig andeuten. Die furchtbare Gefahr, die den deutschen Grenzmarken durch eine Erhebung der Polen drohte, war der Obersten Heeresleitung vom ersten Augenblick der Revolution an klar bewußt. Indessen lösten sich die von ihr nach dem Osten vorausbeförderten Divisionen fast völlig auf. Die Leute ließen sich zum größten Teil von den Polen entwaffnen, ohne ernstlich von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Die Geschichte der polnischen Erhebung in der Provinz Posen ist für die deutsche Ehre mehr als eine Tragödie. Sie ist eine Schande. Vergeblich richtete die Oberste Heeresleitung wiederholt an die Westarmee den dringenden Ruf nach geschlossenen Kampfverbänden, die bereit gewesen wären, wenigstens Westpreußen zu schützen. Die Provinz Posen und Teile von Westpreußen sind verlorengegangen, ohne daß sich im deutschen Westheer mehr als ganz schwache Freiwilligenformationen von wenigen tausend Mann fanden. So entnervend wirkte das Chaos in der Heimat selbst auf tapfere und heldenmütige Männer, die unter normalen Umständen nicht gezögert haben würden, ihr Leben auch noch ein letztes Mal für Deutschland in die Schanze zu schlagen. Es entstand der Eindruck, daß nun doch alles verloren sei, und es bemächtigte sich auch der Besten völlige Apathie. Nur wenige gab es, deren eisernen Nerven die Zustände in der Heimat nichts anzuhaben vermochten.

Von allem Niederdrückenden und Schmählichen, was das deutsche Volk in jenen Monaten erlebte, ist das Schimpflichste die Auflösung und Heimkehr des Ostheeres.

Der militärische Geist der Osttruppen hatte im Verlauf des letzten Kriegsjahres unter der Art ihrer Verwendung bereits stark gelitten. Die Disziplin ließ im Sommer und Herbst sehr nach. Die allzu enge Berührung mit den Landeseinwohnern war der Moral nicht günstig. Die Friedenssehnsucht überstieg bei den meist älteren Mannschaften jedes Maß. Auch unter den Offizieren befanden sich viele, die alt

und körperlich verbraucht und den Anforderungen des Krieges nicht mehr gewachsen waren.

Die Nachrichten über den Ausbruch der Revolution in Deutschland übten auf die Leute geradezu eine verheerende Wirkung aus. Am schnellsten breitete sich die Zersetzung im Generalgouvernement Warschau aus. Es bildeten sich dort schon am 10. November Soldatenräte, die die Kommandogewalt der Offiziere ausschalteten und sie teilweise ihres Amtes und Dienstgrades für verlustig erklärten. Auf offener Straße, angesichts der stammesfremden Bevölkerung, wurden vielen Offizieren die Achselstücke abgerissen und die Waffen weggenommen. Revolutionäre Soldatenbanden zogen mit polnischen oder französischen Fahnen durch die Straßen Warschaus und verkauften ihre Waffen. Mit den polnischen Behörden knüpften die Soldatenräte Verhandlungen über den Abtransport der Truppen nach Deutschland an. Daß sie durch ihr egoistisches und feiges Verhalten die tiefer im Innern Rußlands stehenden Kameraden in die schwerste Gefahr brachten, war ihnen gleichgültig.

Marschall Pilsudski entfesselte unter diesen Umständen in der Nacht vom 10./11. November die polnische Freiheitsbewegung. In den Verhandlungen mit den deutschen Soldatenräten zeigte er sich diesen völlig überlegen. Einzig von dem Gedanken nach baldiger Heimkehr geleitet, voll blasser Furcht vor Blutvergießen, gingen sie auf alle Bedingungen ein. Sie ließen alles Heeresgerät und sonstiges deutsches Eigentum im Werte von vielen Milliarden im Stich. Als zuchtloser Haufen, mit Schimpf und Schande überschüttet, verließen die deutschen Soldaten, nachdem man ihnen größtenteils die Waffen abgenommen hatte, den Boden Polens, das ihnen die Befreiung von der Zarenherrschaft verdankte. Nur wenige Truppenteile wahrten die Ehre des deutschen Namens, indem sie sich mit der Waffe in der Hand den Weg durch das aufständische Land nach der Heimat bahnten.

Die im Innern Rußlands stehenden Truppenverbände waren nun von der Verbindung mit Deutschland abgeschnitten. Auch hier rissen die Soldatenräte die Macht an sich. Unfähig, die Schwierigkeiten zu meistern, mußten sie sich allerdings den Befehlen der Offiziere bald wieder unterordnen. Die verzweifelten Bemühungen der Kommandobehörden, wenigstens die wichtigsten Transportlinien, die von der Ukraine nach Deutschland führten, zu sichern, wurden durch unvernünftige Anordnungen der Soldatenräte immer wieder erschwert. Mitte Januar riß die Bahnverbindung mit Deutschland völlig ab. Die Reste der noch im Militärbezirk Charkow befindlichen Truppen wurden unter bolschewistischer Bewachung in Viehwagen durch Großrußland abtransportiert, verspottet und verachtet von den einstigen in tausend Schlachten geschlagenen Feinden.

So endete der Krieg auf der Ostfront dank des ehrvergessenen, pflichtwidrigen Verhaltens der Mehrzahl der Soldatenräte und der

Schwäche und Unfähigkeit einer Anzahl verbrauchter Offiziere unter Umständen, die dem deutschen Volke ewig zur Schande gereichen.

Wenn es in dem Zusammenbruch Deutschlands noch etwas Schmachvolleres gibt als den Zusammenbruch des Ostheeres, so war es der Auszug der deutschen Flotte nach Scapa Flow ohne Würde und ohne Trauer unter dem Gesang revolutionärer Lieder.

Die Oberste Heeresleitung war angesichts der sich vollendenden Tragödie des deutschen Heeres in ihrem Wirkungskreise rastlos tätig geblieben, um wenigstens das Äußerste zu verhüten.

Die Lage der Regierung Ebert-Haase hatte sich bereits Ende November schwierig gestaltet. Um ihre immer mehr schwindende Kraft zu stützen, hatte die Oberste Heeresleitung durch Vermittlung des Soldatenrats der Obersten Heeresleitung eine Fülle von regierungstreuen Kundgebungen der Truppen veranlaßt, in denen in schärfster Form gegen die Versuche, den Sturz der Regierung herbeizuführen und das Zusammentreten der Nationalversammlung zu hintertreiben, Protest erhoben wurde. Weiterhin ließ sie am 1. Dezember einen Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres nach Bad Ems einberufen, um eine geschlossene Kundgebung des gesamten Heeres für die Einberufung der Nationalversammlung und für die Regierung Ebert-Haase herbeizuführen.

Die Emser Tagung erwies sich als ein großer Fehlschlag. Von ihr datiert die Linksorientierung der bisher fast durchweg gemäßigten Soldatenräte, die erst jetzt zum Machtbewußtsein gelangten. Es war dies das Werk des Volksbeauftragten Barth, der sich nach Ems begeben hatte und der die ziemlich ahnungslosen Vertreter der Truppe sehr rasch in den Bann seiner wilden agitatorischen Rednergabe zwang. Es zeigte sich hier erneut, wie gefährlich dieser „Narr" und „Pathologe" war.

Eine weitere Verschärfung erfuhr die Entwicklung der Dinge durch die Aufstellung der Hamburger Punkte auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. Es gelang den Mehrheitssozialisten hier nicht mehr, den scharfen Ansturm der Unabhängigen und Radikalen gegen die Kommandogewalt der Offiziere abzuwehren. Diese Hamburger Punkte, die bereits einen Kompromißvorschlag der Mehrheitsparteien darstellen, bedeuten nichts anderes als die Übertragung der Kommandogewalt auf die Arbeiter- und Soldatenräte. Feldmarschall von Hindenburg und General Groener erhoben sofort schärfsten Protest und drohten mit ihrem Rücktritt. Nur der klugen Verschleppungstaktik Eberts gelang es, eine Katastrophe zu verhüten. Schließlich fand man den Ausweg, darauf zu verzichten, die Hamburger Punkte vorläufig in Kraft treten zu lassen.

Die immer deutlicher zutage tretende Linksregierung der Soldatenräte des Heeres, die durch diese Vorgänge hervorgerufen wurde, machte sich nur allzu rasch fühlbar. Der Soldatenrat der Obersten

Heeresleitung, der eine Führerstellung für sich beanspruchte und sich bemühte, einen organischen Aufbau der Soldatenräte im Heer zu schaffen, geriet allmählich in schärfste Kampfstellung zur Obersten Heeresleitung. Ich kann auf dieses sehr interessante Kapitel hier leider nicht näher eingehen. Die Disziplin und der innere Halt des Heeres ließen schnell nach. Etwa Mitte Dezember wurde es Ebert und Groener klar, daß die Aussicht, fest gefügte, den zersetzenden Einflüssen der Heimat Widerstand leistende Truppen zurückzubringen, sich schnell verminderte.

Man kam auf den glücklichen Gedanken, an Stelle der alten geschlossenen Verbände Söldnertruppen, die sogenannten Freiwilligenverbände, zum Kampf gegen die radikalen Strömungen in der Heimat und zum Schutz der Ostgrenzen aufzustellen. Bis man aber damit zu brauchbaren Ergebnissen kam, verging kostbare Zeit. Die Aufstellung der Freikorps ging nur langsam vor sich. Der Werbetrommel folgten überdies nicht nur Leute, denen ernstlich daran lag, Ordnung zu schaffen, sondern zum großen Teil auch abenteuerlustige Elemente, denen die zerrütteten Zustände in der Heimat gerade recht waren und denen ein freies wildes Leben in Landsknechtsmanier vorschwebte. Nur ganz allmählich gelang es, die unzuverlässigen Elemente wieder abzuschieben und eine brauchbare Truppe zu schaffen.

Mühsam hielten sich inzwischen Ebert und sein mehrheitssozialistischer Anhang gegen den wachsenden Terror der Unabhängigen und Radikalen. Allerdings war es ihm auf dem vorhin schon erwähnten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12., auf dem er eine Niederlage hinsichtlich der Kommandogewalt der Offiziere erlitten hatte, wenigstens gelungen, die allgemeine Forderung der Spartakisten und Linksunabhängigen: „alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" zum Scheitern zu bringen und ebenso die Anträge des rechten Flügels der Unabhängigen auf das Hinausschieben des Termines der Nationalversammlung abzuschlagen. Weiterhin hatte er die Bildung eines Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands durchgesetzt, der an Stelle des radikalen Berliner Vollzugsrates als oberste Kontrollinstanz der Regierung gelten sollte. Er rechnete bei diesem Vollzugsrat mit einem mehrheitssozialdemokratischen Übergewicht. Die Unabhängigen und Spartakisten weigerten sich, da sie ihre Niederlage voraussahen, sich an den Wahlen für diesen Vollzugsrat zu beteiligen. Die Dinge trieben also immer mehr zum Bruch zwischen den feindlichen Brüdern.

Mit der tatsächlichen Macht der Unabhängigen und Spartakisten sah es freilich ebenfalls nicht gut aus. Auch sie versuchten, während die Zerstörungsarbeit an der alten Armee eifrig fortgesetzt wurde, durch Aufstellen von Freiwilligenverbänden einen tatsächlichen Machtfaktor zu schaffen. Es gelang ihnen aber nicht, rote Truppen aus der Erde zu stampfen. Es zeigte sich, daß die starke Beeinflussung der Mann-

schaften durch die Oberste Heeresleitung und die Offiziere im rechtssozialistischen Sinne doch nicht ganz fruchtlos geblieben war. Es zeigte sich auch, wie schwer es ist, ohne Offiziere brauchbare Kampfverbände aufzustellen. Jedes Handwerk will schließlich gelernt sein.

Die Unabhängigen beteiligten sich im übrigen nur zum Teil an der Bildung der radikalen roten Truppen. Teilweise schufen sie auch eigene Kampforganisationen. Unter anderen stellte der Unabhängige Eichhorn, der Polizeipräsident von Berlin, einen derartigen besonderen Kampfverband auf.

Die Mehrheitssozialisten beobachteten voller Sorge dieses Wettrüsten, das ganz offensichtlich zum Bürgerkrieg trieb. Um nicht völlig auf die von den Offizieren aufgestellten Freikorps angewiesen zu sein, bemühten auch sie sich um den Aufbau ihrer „republikanischen Volkswehr". Die Ergebnisse waren aber so unbefriedigend, daß Ebert sich Anfang Januar gezwungen sah — inzwischen waren die Unabhängigen aus der Regierung ausgetreten —, die Bildung von Freiwilligenformationen aus Soldaten der alten Armee unter Führung von Offizieren auch von Regierungsseite anzuordnen. Noske wurde als Organisator nach Berlin berufen.

Während so die Waffen für den letzten Kampf um die Macht geschmiedet wurden, hatten sich schwerwiegende Auseinandersetzungen zwischen den beiden an der Regierung befindlichen sozialistischen Gruppen vollzogen. Es hatte sich weder ein Weg der Verständigung in der Frage der neuen Staatsform (proletarische Klassenherrschaft oder Demokratie auf parlamentarischer Grundlage) noch in der Frage der Wehrmacht (Rote Armee oder republikanische Volkswehr) finden lassen. Es zeigte sich ganz offenkundig, daß es in diesen Fragen einen Weg zu wahrem inneren Ausgleich und zu ehrlicher Verständigung nicht gab. Schon zeigten sich bei der USPD, die doch eine Art Bindeglied zwischen Rechts und Links hätte sein müssen, schwere Auflösungserscheinungen. Die in ihr noch künstlich zusammengehaltenen verschieden gerichteten Tendenzen, denen durch das Aufhören des Krieges die gemeinsame Basis entzogen war, drängten immer mehr auseinander. Die ursprünglichen großen Gegensätze, die sich in der mehrheitssozialistischen und kommunistischen Richtung am schärfsten gegenüberstanden, zogen in dem beginnenden Kampfe die in der Mitte stehenden Unabhängigen magnetisch an sich. Schon begann deren linker Flügel Ende Dezember mit den Spartakisten zwecks Zusammenschlusses in einer neu zu bildenden kommunistischen Partei zu konspirieren. Auch auf dem rechten Parteiflügel der USPD suchte bereits dieser und jener wieder Anschluß an die Mehrheitssozialisten. Eduard Bernstein machte den Anfang. Zwar konnte der Zerfall der Partei noch einmal verhindert werden. Es geschah das aber nur um den Preis einer ausgesprochenen Linksorientierung, die ein Weiterarbeiten mit den Mehrheitssozialisten ausschloß.

Die Machtverhältnisse gestalteten sich um die Jahreswende 1918/19 so günstig, daß der Versuch gemacht werden konnte, den Kampf der beiden Parteirichtungen mit Waffengewalt zum Austrag zu bringen. Der kleine Vorsprung, den die Oberste Heeresleitung in der Schaffung der Freiwilligenverbände bereits gewonnen hatte, genügte, um den Mehrheitssozialisten den Sieg zu sichern. Die bessere Führung vermehrte das Übergewicht. Haase, der mit seinem weiteren Blick die Dinge besser übersah wie seine Parteigenossen, hätte den offenen Ausbruch des Kampfes gern noch hinausgeschoben. Er sah voraus, daß die schwächer gerüsteten Unabhängigen und Radikalen — letztere hatten sich übrigens um die Jahreswende zu einer besonderen kommunistischen Partei zusammengeschlossen —, die Partie verlieren würden. Seine Bemühungen um eine Beilegung des beginnenden Kampfes blieben aber vergeblich. Er fand dabei weder Gegenliebe bei den Mehrheitssozialisten noch bei den Linksunabhängigen und Radikalen. Die Dinge trieben der unvermeidlichen letzten Entscheidung zu.

Den Anstoß gab am 24. 12. der Putsch der Volksmarinedivision. Das Korps Lequis wurde ohne Wissen der unabhängigen Volksbeauftragten gegen sie eingesetzt. Die unabhängigen Mitglieder fragten beim Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte an, ob er dieses Vorgehen und überhaupt die Politik der Mehrheitssozialisten billige. Als eine genügende Antwort nicht erfolgte, schieden sie am 28. 12. aus der Regierung des Reiches, wenige Tage später auch aus der preußischen Regierung aus.

Bald darauf begann der offene Kampf, den ich hier nur ganz kurz streifen kann. Den Anlaß bot die Weigerung des Linksunabhängigen Eichhorn, von seinem Posten als Polizeipräsident von Berlin zurückzutreten. Als die mehrheitssozialistische Regierung ihn daraufhin seines Amtes entsetzte, entschlossen sich die Linksunabhängigen und Kommunisten, den Versuch zu machen, die mehrheitssozialistische Regierung zu stürzen.

Die Aufstandsbewegung wurde mit Waffengewalt niedergeworfen. Ebert und die Oberste Heeresleitung blieben die Sieger. Die Entscheidung führten die von den Offizieren geführten Freikorps herbei.

Damit war der Sieg der demokratischen (mehrheitssozialistischen) Richtung in der deutschen Sozialdemokratie über die kommunistische entschieden. Mit dem Abbau der Räteorganisation wurde alsbald begonnen. Schon am 24. Januar mußte sich der OHL-Soldatenrat auflösen, der immer mehr in offenen Konflikt mit der Obersten Heeresleitung geraten war und Anfang Januar sogar mit den Aufständischen wegen Absetzung der Obersten Heeresleitung konspiriert hatte.

Der Kampf war damit freilich noch nicht zu Ende. Der Februar und März sind erfüllt von einem erbitterten Ringen, bei dem das Zünglein der Wage noch wiederholt unsicher hin- und herschwankte. Aber je straffer die Offiziere ihre Freikorps in die Hand bekamen, um so

stärker wurde ihr Übergewicht. Wenige tausend Mann leidlich disziplinierter entschlossener Männer haben das Reich gegen den Ansturm des Kommunismus behauptet und den bereits verlorenen Boden Schritt für Schritt zurückerobert.

Die Nationalversammlung in Weimar war der äußere Ausdruck des Sieges des mehrheitssozialistisch-demokratischen Gedankens Ebertscher Prägung.

Das spätere Wiederaufflammen des Kampfes um die Macht, die Errichtung lokaler und territorialer Räteherrschaften, insbesondere der Münchener Räterepublik, muß hier übergangen werden. Alle diese Vorgänge sind schließlich nur Wiederholungen und letzte Zuckungen der großen Auseinandersetzung, die zwischen dem 9. November 1918 und dem März 1919 zugunsten der Mehrheitssozialisten entschieden wurde.

Am Ausgang dieser ganzen Entwicklung steht das nunmehr endgültige Auseinanderfallen des rechten und linken sozialistischen Flügels, wobei die Unabhängige Partei zerrieben wurde.

C. Schlußfolgerungen

Von sozialistischer Seite wird vielfach die Ansicht vertreten, u. a. ist dies im Münchener Dolchstoß-Prozeß von hervorragender sozialistischer Seite geschehen, daß es sich bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Mehrheit und Opposition letzten Endes nur um Fragen von taktischer Bedeutung gehandelt habe. Auch Professor Delbrück geht in seinem Gutachten auf diese Dinge ein, leider ohne eine eigene kritische Stellung dazu einzunehmen. Die USPD habe einen durch nichts zu erschütternden Glauben in das Können und in die Macht der Obersten Heeresleitung gehabt. Ihre oppositionelle Haltung sei der Besorgnis entsprungen, daß die Oberste Heeresleitung in die Lage kommen könnte, ihre annexionistischen und imperialistischen Pläne zum Unglück für die ganze Welt zur Durchführung zu bringen. Die Mehrheit habe die Siegesaussichten skeptischer beurteilt und sei der Auffassung gewesen, daß man froh sein müsse, wenn man sich in dem Kampfe behaupte. Dementsprechend habe sie ihre Haltung eingerichtet. Ferner habe die USPD sich der Hoffnung hingegeben, daß ihr Beispiel der Kreditverweigerung die Sozialisten der feindlichen Länder zur Nachahmung veranlassen werde, wodurch der Weg zum Verständigungsfrieden geebnet werden würde. Die Mehrheit habe diese Hoffnung für utopisch gehalten und sei daher in der Frage der Kreditbewilligung andere Wege gegangen.

Eine solche Betrachtung der Dinge bleibt doch wohl stark an der Oberfläche. Um solcher einfacher taktischer Meinungsverschieden-

heiten willen hätten sich die beiden Richtungen schwerlich voneinander getrennt, wären sie vor allem nach der Revolution nicht in blutigen Bruderkampf geraten. Ganz andere Gründe von viel größerem Gewicht haben zu dem schweren Entschluß der Spaltung geführt, die ja heutigen Tages noch besteht. Es handelte sich, wie versucht worden ist, nachzuweisen, um eine besonders scharfe Zuspitzung der alten entscheidenden Frage, welchen Weg man zum sozialistischen Endziel einschlagen solle, den Weg der natürlichen und allmählichen Entwicklung im Rahmen der Nation, oder den Weg der revolutionären Gewalt, die über jede nationale Bindung rücksichtslos hinwegschreitet.

Auf diesem Niveau bewegten sich meiner Auffassung nach die sozialistischen Parteikämpfe im Verlauf des Krieges und später in den Monaten der Revolution. Es ist Gefühlssache, ob selbst Anhänger der sozialistischen Weltanschauung hier noch von taktischen Vorgängen reden wollen. Für den außerhalb der marxistischen Weltanschauung Stehenden ist es jedenfalls eine Frage von fundamentalster Bedeutung, ob sich eine Partei im Kriege vorbehaltlos an die Seite der Nation stellt oder ob sie die Sonderinteressen der von ihr vertretenen Klasse in den Vordergrund stellt. Es ist für viele die entscheidende Frage der Weltanschauung schlechthin.

Ein paar Worte zur Behandlung der innenpolitischen Probleme.

Die innenpolitischen Probleme des Sozialismus sind auch von den Mehrheitssozialisten während des Krieges nicht vernachlässigt worden. Sie haben scharf darüber gewacht, daß die in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Rechte der Arbeiterschaft durch die besonderen Verhältnisse des Krieges nicht geschmälert würden, haben sogar darauf hingearbeitet, sie noch zu erweitern. Die Vorgänge bei der Entstehung des Hilfsdienstgesetzes beweisen das.

Trotzdem bleibt in der Behandlung der innenpolitischen Fragen zwischen Mehrheit und Opposition ein tiefer Unterschied bestehen. Das Verhalten der Mehrheit trägt keinen ausgesprochen aggressiven Charakter im Sinne der Erweiterung der sozialistischen Rechte mit den Mitteln des Zwanges und der Gewalt. Es wird bewußt ein Ausgleich gesucht zwischen den Interessen der Nation und den sozialen Forderungen der Arbeiterschaft.

Bei der Opposition beider Richtungen wird das Bestreben nach einem solchen Ausgleich zum mindesten nicht in dem gleichen Maße erkennbar und kann auch nicht erkennbar werden, weil die Sonderinteressen des internationalen Proletariats im Vordergrunde aller Erwägungen stehen. Selbst der rechte Flügel der Unabhängigen hat den deutschen Sieg nicht erstrebt. Noch viel gleichgültiger zum Ausgang des Völkerringens standen die weiter links eingestellten Gruppen. Für sie ging es nur um die Entscheidung zwischen der „kapitalistisch-imperialistischen“ und der sozialistischen Weltanschauung.

Sie wandten ohne jede Hemmung alle Mittel an, um die Kampfkraft des eigenen Volkes zu schwächen.

Ich komme nun zur Frage der Parteiverantwortlichkeit.

Es fragt sich, wieweit die Parteileitung der USPD für alles, was im Rahmen der Partei geschehen ist, eine Verantwortung oder Mitverantwortung trägt.

Noske hat auf eine diesbezügliche Frage im Münchener Prozeß gesagt, es ließe sich hierauf schwer eine Antwort geben. Die beiden feindlichen Brüder wären bis zuletzt zusammengeblieben in der Hoffnung auf eine Verständigung und in dem Bestreben, einer dem anderen die Seele der Arbeitermassen wegzufangen.

Hierauf ist zu erwidern, daß die eigene Parteirichtung Noskes dieser Auffassung im Kriege nicht gefolgt ist. Sie hat die Frage der Verantwortlichkeit bejaht und sich auf den Standpunkt gestellt, daß es gewisse Grenzen gibt, über die hinaus ein Zusammenbleiben unmöglich wird. Sie hat einen scharfen Schnitt gezogen und sich auch äußerlich von der Opposition getrennt. Die USPD hat das Gleiche nicht getan. Sie ist mit offenkundigen Revolutionären zusammengeblieben. Sie hat nirgends Schranken errichtet und Grenzen gezogen. Sie wird ein hohes Maß der Verantwortung für das, was in ihren Gesamtreihen geschehen ist, daher kaum ablehnen können.

Einige Bemerkungen zum Bericht des Abg. Dr. Rosenberg.

Herr Dr. Rosenberg hat die Gegensätze zwischen den Linksradikalen und der USPD in seinem Bericht dahin präzisiert, daß erstere, um es in zwei Worten zu sagen, revolutionär, letztere pazifistisch eingestellt waren. Ich bin mit ihm hierin, wie aus meinen ganzen Ausführungen hervorgeht, nicht derselben Meinung und glaube nachgewiesen zu haben, daß der USPD nicht nur pazifistische, sondern auch revolutionäre Tendenzen zugesprochen werden müssen, und zwar in dem gleichen Maße, als sie den internationalen Beschlüssen der Vorkriegszeit innewohnten. Daß in dem großen Becken der USPD auch reine sozialistische Pazifisten ihren Platz gefunden haben, gebe ich zu. Ich habe auf Bernstein besonders hingewiesen. Aber es geht schon viel zu weit, auch Kautsky und Haase, wie es vielfach geschieht, in die ausschließliche Pazifistengruppe eingliedern zu wollen.

Herr Dr. Rosenberg hat die USPD im allgemeinen als einen geistig geschlossenen Körper behandelt, wie er überhaupt nach meinem Gefühl zwischen den beiden oppositionellen Gruppen einen zu scharfen Trennungsschnitt zieht. Im praktischen Handeln — und darauf kommt es bei der Betrachtung dieser Dinge doch auch sehr wesentlich an — besteht eine solche Trennung ja überhaupt nicht. Hier handelt es sich schließlich nur noch um die taktische Frage, wie ja auch von Dittmann auf dem Rätekongreß ausgeführt worden ist,

daß die einen die Frucht der Revolution bereits für reif hielten, die anderen nicht.

Herr Dr. Rosenberg hat weiter darauf hingewiesen, daß nur eine kleine einflußlose radikale Minderheit den Willen gehabt habe, eine wirkliche soziale Revolution zu machen. Hierzu ist zu sagen, daß das praktische Verhalten der USPD und der radikalen Gruppen nach dem Kriege genau die gleichen Züge zeigt wie während des Krieges. Man wird der USPD im engeren Sinne nicht bestreiten dürfen, daß sie vom revolutionären Standpunkte aus versucht hat zu retten, was zu retten war. Allerdings hat sich bei Haase frühzeitig, vielleicht schon am 9. November, die Ansicht neu befestigt, die er ja schon während des ganzen Krieges gehabt hat, daß es für eine Revolution noch nicht an der Zeit sei. Er hat infolgedessen in seiner klugen bedachtsamen Art die stürmische Fahrt der Radikalen zu bremsen versucht und nach einem Ausgleich gesucht.

Der Sachverständige Geheimrat Prof. Delbrück hat darauf hingewiesen, daß in meinem Buch „Marxismus und Heer" der Eindruck entstehe, als ob die Auflösung der militärischen Disziplin und die Revolution nichts sei, als die Auswirkung der marxistischen Weltanschauung, die sich in natürlichem Fortschreiten allmählich fortsetzte. Er hat weiterhin beanstandet, daß die Folgewirkung bestimmter historischer Vorgänge bei der Beurteilung dieser Fragen von mir nicht genügend in Rechnung gesetzt sei. Ich wundere mich offen gestanden, daß dieser Eindruck entstehen konnte. Ich war der Ansicht, und kann das durch zahlreiche Stellen aus meinem Buche und aus meinem Münchener Gutachten erhärten, daß ich mit besonderer Eindringlichkeit darauf hingewiesen habe, daß die marxistische Entwicklung nur das eine der Glieder einer langen Kette sei, die zum Zusammenbruch und zur Revolution führte. Nichts liegt mir ferner als die Behauptung, die Revolution sei lediglich die Auswirkung der marxistischen Weltanschauung. Auch ich bin der Auffassung, daß bestimmte historische Vorgänge — die ich nicht einmal so eng begrenze wie Professor Delbrück — in sehr hohem Maße an der Entwicklung der Dinge mitgewirkt haben.

Ich fasse die *Ergebnisse* meines Gutachtens noch einmal kurz zusammen.

Die radikalen, im eigentlichen Sinne marxistischen Bestandteile des Sozialismus verfochten von Anfang an den Gedanken der Weiterführung des internationalen Kampfes für die Befreiung des Proletariats auch während des Krieges und ohne Rücksicht auf das eigene Volk. Die Linie ihres Handelns war klar und folgerichtig. Es führt ein gerader Weg von der militärfeindlichen Propaganda Liebknechts vor dem Kriege über die revolutionäre, die nationale Widerstandskraft mit allen Mitteln schwächende Tätigkeit des Spartakusbundes während des Krieges hinweg, bis zu dem bei Kriegsende unternom-

menen Versuch, die Diktatur des Proletariats im Gewande einer internationalen Räterepublik nach russischem Muster zu errichten. An Zahl der Mitglieder war dieser Stamm des Sozialismus schwach. Aber er hatte starke Wurzeln und treibende Säfte. Hier fanden sich fanatische Führer, zum äußersten entschlossene Kampfbereitschaft, unbeugsame Unnachgiebigkeit. Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches und viele andere sind für ihre Überzeugung gestorben.

Es ist nicht leicht, den Einfluß abzuschätzen, den die radikalen Elemente während des Krieges auf den nationalen Sinn des Volkes und den kriegerischen Geist des Heeres ausgeübt haben. Daß die suggestive Wirkung auf die breiten Massen stark war, geht daraus hervor, daß der Versuch gemacht werden konnte, im Kampf mit dem Bürgertum und gegen den Widerspruch der Mehrheitssozialisten die Diktatur des Proletariats zu errichten. Fast wäre der Wurf geglückt. Er scheiterte vielleicht nur an dem Widerstand des Heeres. Mit ihm ist der Marxismus nicht fertig geworden. Wohl hatte die Propaganda der radikalen Sozialisten im Verlauf des Krieges Eingang auch bei der Truppe gefunden, aber den innersten Kern des Heeres hat sie nicht erreicht. Es ist ihr nicht gelungen, die Truppe so zu revolutionieren, daß sie ein gefügiges Werkzeug für die eigenen Pläne geworden wäre. Eine eigentliche Rote Armee, wie im bolschewistischen Rußland, hat es in Deutschland nie gegeben. An der Unfähigkeit, eine solche zu schaffen, ist der deutsche Marxismus gescheitert. Das alte nationale Heer riß den gefährlichen Gegner noch im Fallen mit sich zu Boden.

Auf dem Gegenpol ist die Mehrheitssozialdemokratie für die Dauer des Krieges von der international revolutionären Richtung des Marxismus nicht nur abgedrängt worden, sie geriet sogar in scharfe Feindschaft mit ihr. Eine volle und endgültige Abkehr von den internationalen Tendenzen der sozialistischen Lehre konnte allerdings nicht in Frage kommen. Die Mehrheitssozialistische Partei hätte damit ihren sozialistischen Grundcharakter aufgegeben. Aus dieser doppelten Einstellung erklärt sich ihre Politik während des Krieges, die auf der einen Seite den nationalen Forderungen in weitem Umfange Rechnung trug, auf der anderen Seite aber doch auch den internationalen Zusammenhang der Arbeiterklasse scharf im Auge behielt und die innenpolitischen Ziele unentwegt weiterverfolgte.

Zwischen den Radikalen und den Mehrheitssozialisten standen die Unabhängigen. Sie bemühten sich, den Weg der alten Sozialdemokratischen Partei vor dem Kriege in gerader Linie fortzusetzen. Die Resolutionen der Internationalen Kongresse und der Parteitage sollten die Richtschnur auch für den Weltkrieg bilden. Aus einer pazifistischen Grundeinstellung heraus wollten sie dem Völkermorden um jeden Preis ein Ende machen. Zugleich verfolgten sie das Ziel der geistigen Revolutionierung der Massen. Jedes Mittel war ihnen

hierzu recht. Sie schürten den Haß gegen den Krieg und trieben revolutionäre Propaganda. Ein Teil der Führer hat sogar die Verantwortung für die revolutionäre Tat selbst, noch während des Krieges, auf sich genommen. Allerdings fehlte der Partei als Ganzem die Unbedingtheit und Rücksichtslosigkeit der radikalen Gruppen, da sie zu viel verschiedene Elemente in sich vereinigte. Sie konnte daher auch nicht in den folgenden Kämpfen um die Ergebnisse der Novemberrevolution die führende Rolle übernehmen, sondern wurde zwischen rechts und links schließlich zerrieben. Ihre eigentlichen Existenzbedingungen lagen im Kriege beschlossen.

Über die Wirkungen des Kampfes der oppositionellen Gruppen im Kriege wird man meiner Ansicht nach nur folgendes sagen können:

Dieser Kampf hat wesentlich dazu beigetragen, die Kraft des Heeres und den kriegerischen Geist im Volke zu schwächen. Der Zusammenbruch ist durch ihn mitbeschleunigt worden, und der Krieg hat mit unter seiner Einwirkung unter Formen geendet, die eines so tapferen Volkes nicht würdig waren. Man wird darüber streiten können, ob das Heer ohne den Ausbruch der Revolution und ohne die vorausgegangene Unterhöhlung noch lange hätte weiterkämpfen oder gegen unerträgliche Friedensbedingungen sich hätte auflehnen können. Aber man wird vom nationalen Standpunkt aus nicht behaupten dürfen, daß das deutsche Volk im November 1918 einen würdigen Anblick bot, daß es gut daran getan hat, als es sich im revolutionären Taumel der letzten Waffen gerade in dem Augenblick entledigte, als die Friedensverhandlungen begannen.

Beilagen

Inhalt

Seite

Schulenburg: Die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten 309

Bergsträßer: Beweismaterial aus den Kriegsakten (Berichte) 321

Reichsgesundheitsamt: Denkschrift vom 16. Dezember 1918 387

Beilage 1

Die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten

Von Abg. Graf v. d. Schulenburg[1]).

Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, deren Chef des Generalstabes ich in den letzten beiden Kriegsjahren war, umfaßte einen großen Teil der Westfront. Unserem Befehlsbereich unterstanden bis zum Frühjahr 1917 die 3. und 5. Armee und die Armeeabteilung A B C, die in dem Raume von der Aisne bis zur Schweizer Grenze eingesetzt waren. Im Frühjahr 1917 schieden zunächst die Armeeabteilungen in Elsaß-Lothringen aus. Dafür übernahmen wir die 1. und 7. Armee, die sich an die 3. Armee anschlossen und mit dem rechten Flügel der 7. Armee bis an die Oise reichten.

Anfang 1918 gaben wir die 5. Armee ab und übernahmen den Befehl über die 18. und zeitweilig auch über die 9. Armee, die rechts von der 7. Armee eingeschoben wurden.

Die Befehlsgliederung der Heeresgruppe mit den unterstellten 18., 7., 1. und 3. Armeen wurde bis zum Schluß des Feldzuges beibehalten.

In diesem gewaltigen Raum bin ich sehr genau über die Verhältnisse in und hinter der Front orientiert gewesen. Den Offizieren meines Stabes waren die einzelnen Abschnitte der Armeefronten zugewiesen. Sie hatten sich über alle Vorgänge in denselben zu unterrichten und mir fortlaufend Vortrag zu halten. Mit den Armeechefs stand ich in täglicher persönlicher Verbindung. Nachmittags war ich, wenn mich nicht besondere Vorkommnisse abhielten, täglich unterwegs, um bei mehreren Stäben überraschend zu erscheinen und mich selbst bis in alle Einzelheiten über alle Dinge in und hinter der Front zu unterrichten. Gerade diese täglichen Besprechungen an allen Teilen der Front, die noch ergänzt wurden durch mündliche Berichte der Führer und Generalstabsoffiziere von zurückgenommenen Verbänden, haben

[1]) Dem 4. Unterausschuß in der Sitzung vom 2. Dezember 1925 vorgelegt. Vgl. Bd. 6 S. 91 dieser Reihe.

mir ein klares Bild gegeben, nicht nur über die Gefechtslage, sondern auch über alles Wesentliche, was mit der Haltung, der Verfassung und der Stimmung der Truppe in Zusammenhang stand.

Wenn ich mich zur Sache äußere, so stütze ich mich darauf, wie ich die Dinge im Felde gesehen habe. —

Schon frühzeitig im Herbst 1916 habe ich Meldungen erhalten, daß bei den Feldtruppen aufreizende Schriften gefunden wurden, die Urlauber, Wiedergenesene und Ersatzmannschaften aus der Heimat mitgebracht hatten. Diese Feststellungen haben sich in den Jahren 1917 und 1918 in steigendem Maße vermehrt.

Im Jahre 1917 war die Spannung an unserer Front eine außerordentlich große. In der Aisne-Champagne-Schlacht, die auf einer Breite von 60 Kilometer stattfand und sich von Anfang April bis in den Juni hinzog, war der Verbrauch unserer Truppen namentlich bei der 7. Armee ein besonders starker. Im August folgte die mehrtägige Verdunschlacht und im November die Schlacht an der Laffaux-Ecke.

Die Leistungen der Truppen sind in diesen Schlachten durch die Verhetzung und Vergiftung nicht beeinträchtigt worden. Zu dieser Zeit waren in allen Verbänden noch eine gewisse Anzahl von alten Offizieren, Unteroffizieren und alten Mannschaften vorhanden, die unsicheren Elementen gegenüber den festen Halt bildeten. Eine schwere Sorge bereitete uns schon damals die mangelhafte Ernährung der Truppen, die sich seit dem Aufhören der Päckchen-Post nicht mehr in vollem Umfange sättigen konnten. Der Soldat muß einen vollen Magen haben, wenn er Schlachten schlagen soll und ihm übermenschliche und langdauernde Anstrengungen physischer und seelischer Art zugemutet werden sollen. Im Sommer 1917 hatten die Truppen keine Kartoffeln, sondern nur Dörrgemüse zur Verfügung. Um so mehr muß ihre vortreffliche Haltung hervorgehoben werden.

Auch in den Angriffsschlachten im März, April und Mai des Jahres 1918 trat die fortgesetzte Arbeit der Zersetzung noch nicht wirkungsvoll in Erscheinung. Die höchsten Anforderungen mußten gestellt werden. Diese sind von der Truppe in hohem Pflichtgefühl in der Hoffnung erfüllt worden, damit den Krieg zum endgültigen und solchen Abschluß zu bringen, in dem Deutschland nicht der verlierende Teil war. —

Dieses Bild änderte sich schon vor der zweiten Marneschlacht. Die Verluste waren besonders in der großen Schlacht von Frankreich so hohe gewesen, daß sie alle Berechnungen überstiegen hatten. Der herausgesandte Ersatz war in seiner geistigen Verfassung minderwertig und deckte auch zahlenmäßig nicht die entstandenen Lücken, so daß die Gefechtsstärken sehr niedrig blieben.

Die Truppen waren in der großen Schlacht von Frankreich und in den Mai- und Juni-Schlachten bei der 7. und 18. Armee in höchstem

Maße in Anspruch genommen. Eine reichliche Erholungspause hatte ihnen vor der zweiten Marneschlacht nicht überall gewährt werden können. Dazu kam eine Grippe-Epidemie, die in den Reihen weitere Lücken riß und die davon Befallenen körperlich wie seelisch außerordentlich mitnahm. Trotzdem kann von einem Versagen der Truppen in der zweiten Marneschlacht nicht die Rede sein. Auch in dieser Schlacht haben sich die Truppen mit ganzer Kraft eingesetzt. An vielen Stellen haben sie sich in geradezu bewunderungswerter Weise geschlagen. Der französische Gegenangriff, der am 18. Juli einsetzte und mit starken, immer wieder frischen Kräften besonders auf die gefährdeten rückwärtigen Flanken des Marnebogens drückte, brachte wiederum die höchsten seelischen und körperlichen Anspannungen und schwere Verluste. Die Truppe hat aber auch hier das geleistet, was von ihr erwartet werden konnte.

Nach dem Scheitern der zweiten Marneschlacht, nach dem französisch-amerikanischen Gegenangriff, der uns zum Rückzug hinter die Vesle zwang, und schließlich nach dem schweren Rückschlag am 8. August bei der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern, für dessen Ursache General v. Kuhl authentisch ist, sagte sich auch der Soldat in der Front, daß die in unseren Angriffen eingesetzte Kraft zu keiner Kriegsentscheidung geführt hatte, daß wir wieder in die Verteidigung zurückgeworfen waren, und das Stärkeverhältnis besonders auch durch das Auftreten der Amerikaner sich zu unseren Ungunsten verschoben hatte. —

Diese Tatsachen waren nicht dazu angetan, die Stimmung zu heben, die nach einer unglücklichen Schlacht immer eine gedrückte ist. Sie wurde in der Folge auch nicht besser, weil sich die Lage an der Front nicht befestigte, sondern verschlechterte. —

Der Feind griff unausgesetzt an, er zwang uns zum Kämpfen und zum Einsatz der letzten Reserven. Die so notwendige Ruhe zur Erholung, zum Wiederaufbau der zusammengeschossenen Verbände und zur Ausbildung war nicht mehr vorhanden.

In dieser Zeit machte sich das Fehlen erfahrener Offiziere in allen Rangstufen in empfindlicher Weise bemerkbar, ebenso der Ausfall von tüchtigen Unteroffizieren und im Kampf bewährter Mannschaften. —

Die Gefechtsstärken konnten nicht mehr auf der für den Kampf erforderlichen Höhe erhalten werden, weil der Ersatz die Lücken nicht annähernd mehr deckte. Die O. H. L. mußte sich deshalb zur Auflösung von Divisionen entschließen und schließlich aus den vier Kompagnien des Bataillons drei Kompagnien formieren. — Die verhältnismäßig kurze Zeit, die in der Heimat zur Ausbildung zur Verfügung stand, die Unmöglichkeit, den eingestellten Ersatz vor dem Kampf noch einige Wochen mit dem Truppenverband zusammenschweißen zu können, zeitigte die Erfahrung, daß der sofort eingesetzte Ersatz den

schweren Anforderungen der Westkämpfe im Allgemeinen und nicht immer genügte.

Entscheidend trat jetzt in Erscheinung, daß der Ersatz selbst in sehr zahlreichen Fällen in der Heimat verseucht war und in einer geistigen Verfassung im Felde erschien, die zu einer schweren Gefährdung des Frontheeres wurde. In den zurückgekehrten Urlaubern und Wiedergenesenen stieß man auf ähnliche Stimmungen. Von ihnen ist eine Vergiftung in das kämpfende Heer hineingetragen; sie erschienen teilweise überhaupt nicht bei ihren Truppenteilen, sondern trieben sich auf den Eisenbahnen, in der Etappe und hinter der Front herum. Viele der Urlauber, Wiedergenesenen oder Neueingestellten forderten ihre Kameraden auf, nicht zu gehorchen, nicht mehr zu kämpfen und sich der kommenden Revolution anzuschließen. Andere beteiligten sich nicht am Kampf und verließen ihre Truppe, um sich in großem Schwarm als Fahnenflüchtige hinter der Front herumzutreiben. —

Viele Kommandeure haben in diesen Verhältnissen den Ersatz, die Urlauber und Wiedergenesenen überhaupt nicht mehr eingestellt, sondern es vorgezogen, mit ihrer gelichteten aber zuverlässigen Truppe weiterzukämpfen.

Auch die feindliche Propaganda arbeitete mit allen Mitteln, um unsere Truppe zu verseuchen. Vor allem waren es die feindlichen Flieger, die das Gebiet in und hinter der Front mit Millionen von Flugblättern überschwemmten, die zum Kampfstreik und zur Revolution aufforderten.

Die Zeit von Mitte August bis zum Waffenstillstand am 11. November ist eine Kette ununterbrochener Kämpfe gewesen, in denen der Feind mit großen Überlegenheiten und unter Einsatz großer Tankgeschwader unsere Front an mehreren Stellen in breiter Ausdehnung gleichzeitig angriff. Seit dem 26. September setzte der Generalangriff gegen die vier Armeen unserer ganzen Heeresgruppe ein, von der Oise bis an die Maas.

Wenn unsere Truppen in diesen Angriffen ihre Stellungen nicht zu behaupten vermochten, so hat das an der feindlichen Überlegenheit gelegen, an der Frische ihrer gut ernährten und ausgeruhten Truppen. Entscheidend ist aber gewesen, daß unsere zusammengeschmolzenen Verbände nicht mehr die zahlenmäßige Stärke hatten, um die langen vordersten Linien großen Überlegenheiten gegenüber zu halten.

So entstand — und zwar je länger desto mehr — ein Zustand seelischer Überspannung und körperlicher Erschöpfung, der schon dadurch begründet ist, daß unsere durch die Angriffsschlachten bereits mitgenommenen Truppen monatelang ohne Atempause, bei beschränkter Ernährung, bei Wind und Wetter, ohne jemals ein Dach über dem Kopf zu haben, in den ungeheuren Anstrengungen der Abwehrkämpfe aushalten mußten. Ihre Gefechtsstärke schwand dementsprechend im-

mer weiter zusammen und die Möglichkeit zur Erholung, Ruhe und Ausspannung war nicht mehr gegeben. —

In der Zeit von Mitte Juli bis zum 11. November betrug der Ausfall an Toten, Verwundeten und Gefangenen rund 750 000 Mann. Dazu traten das Heer der Fahnenflüchtigen und Drückeberger und große Teile des Ersatzes, die nicht eingestellt werden konnten. Wenn wir den ganzen Ersatz mit allen Fahnenflüchtigen und Drückebergern in der kämpfenden Front zur Verfügung gehabt hätten, so wäre eine Verteidigung möglich gewesen mit großen Offensivstößen im freien Felde, mit der Wirkung, daß der feindliche Angriff an vielen Stellen unter schweren Verlusten zusammengebrochen und vielleicht ganz eingestellt worden wäre. Für die einzelnen Truppen hätte sich außerdem eine wenn auch begrenzte Zeit der Ruhe und Ausspannung ermöglicht. Wie die Verhältnisse lagen, blieb uns nur der kämpfende Rückzug übrig. —

Wir sind nur da zurückgegangen, wo ein Einbruch erfolgt war oder ein Teil der Front zurückgedrückt wurde; die benachbarten Fronten wurden entsprechend zurückgenommen, um den festen Zusammenhang in der großen Front zu erhalten. —

So sind wir um jeden Fuß breit kämpfend und unter dem Druck der Feinde von Abschnitt zu Abschnitt zurückgewichen und erreichten Anfang November die Antwerpen-Maas-Stellung. Die Truppe hat sich in diesen unaufhörlichen Kämpfen in ihrer überragenden Mehrheit ausgezeichnet geschlagen, manche haben sich weniger gut geschlagen und einige Wenige haben versagt.

Die Notwendigkeit, gegen einen stärkeren Feind kämpfen und immer wieder zurückgehen zu müssen, erzeugt einen moralischen Druck, der nicht gering zu veranschlagen ist. Um so höher ist es zu bewerten, daß die Truppe sich bis zuletzt die Kraft und den Willen zum Widerstand erhalten hat, und im Großen gesehen haben diese dreimonatlichen Abwehrkämpfe eine Leistung unserer fechtenden Truppe dargestellt, die in der Geschichte für alle Zeiten als erstklassig bezeichnet werden wird. Die Antwerpen-Maas-Stellung bot der Verteidigung viele Vorteile. Sie war rund 200 km kürzer als unsere ursprüngliche vorderste Front und beanspruchte demgemäß auf der ganzen Front eine geringere Besetzung, außerdem war ihre Mitte vor unserer Heeresgruppenfront durch die Maas und bergiges, mit dichtem Unterholz bestandenes Waldgelände so stark, daß ein großer Angriff mehr wie unwahrscheinlich war und man hier mit einer relativ schwachen Besetzung auskommen konnte.

Wir waren also in der Antwerpen-Maas-Stellung in die günstige Lage gekommen, nur ihre gefährdeten Stellen — die beiden Flügel — stark besetzen zu müssen und gleichzeitig hinter ihre Fronten, weit nach der Tiefe gestaffelt, eine große Anzahl von Divisionen in Reserve stellen zu können, denen damit auch die Möglichkeit für die so notwendige Ruhe und Auffrischung gegeben werden konnte.

Der Ausbau der Antwerpen-Maas-Stellung war allerdings erst in seinen Anfängen, aber er wurde täglich stärker. Sie war jedenfalls allein schon durch ihre Besetzung so stark, daß der Feind sie nicht einfach überrennen konnte. Der Angriff auf sie erforderte einen planmäßigen Aufmarsch und eine Umgruppierung nach den beiden Flügeln. Dies bedingte eine Pause im Kampf, die auch unseren Truppen und dem feldmäßigen Ausbau der Stellung zugute kam.

Auf unserem Rückzug waren überall planmäßig die Eisenbahnen, Wege, Brücken und Kunstbauten zerstört, sodaß für den Feind der Vormarsch und der Nachschub jeden Tag schwieriger werden mußte. Nachdem der Feind sich bis über 100 km von seinen Eisenbahnendpunkten entfernt hatte, war für ihn ein Zustand eingetreten, der es selbst den Kraftkolonnen nicht möglich machte, dem kämpfenden Heere alles das rechtzeitig und in vollem Umfange zuzuführen, was zum Leben und Kämpfen notwendig war.

Erschwerend trat für den Feind die Verpflichtung hinzu, in dem von uns befreiten Raum eine große Zivilbevölkerung ernähren zu müssen. Der Feind brauchte also eine erhebliche Pause, um sich umzugruppieren, seinen Nachschub in Ordnung zu bringen und seine Eisenbahnen und Kunststraßen so weit vorzubauen, daß ein Angriff auf die Antwerpen-Maas-Stellung und ein Vortragen des Angriffs über diese hinaus sichergestellt war.

Die Verhältnisse in den beiderseitigen Heeren lagen nun Anfang November nicht so, daß die deutschen Truppen zu Tode erschöpft und ausgebrannt waren, während das feindliche Heer sich die Frische und Freudigkeit zur Fortsetzung des Angriffs bewahrt hatte. Im Gegenteil. Von den notwendigen Umgruppierungen und technischen Schwierigkeiten abgesehen war auch drüben ein Nachlassen der Spannkraft festzustellen. Nach übereinstimmenden Meldungen von allen Fronten ließ der Schwung des Angriffs in steigendem Maße nach, er blieb überall da stecken, wo ihm Feuer entgegenschlug, und wurde nur da bis zu einem nahbegrenzten Ziel vorgetragen, wo ihm kein Widerstand entgegentrat oder die eigene, große Überlegenheit z. B. an Tanks oder schwerer und schwerster Artillerie einen sicheren Erfolg verbürgte. Zahllose Erfahrungen des Krieges haben bestätigt, daß selbst die beste Truppe trotz größter Erfolge nicht unentwegt weiterkämpfen kann, sondern der Ruhepausen bedarf.

Auch das feindliche Heer stand seit vielen Monaten im Kampf, der schwere Verluste und die höchsten Anstrengungen erfordert hatte. Das Gefühl des Sieges gab gewiß ein moralisches Übergewicht; aber auch hier war die Grenze des menschlichen Könnens erreicht.

Hinzu kam noch der Eintritt in die nasse Jahreszeit, die in allen Jahren des Feldzuges dem Kampf zunächst ein Ende gemacht hatte.

Aus allen diesen Gründen konnten wir in der Antwerpen-Maas-

Stellung mit einer Kampfpause rechnen, wenigstens für eine Zeit, die ausreichend war, um auch unsere Truppen wieder zu stärken.

Militärisch betrachtet war die Lage an der Westfront am 11. November wohl eine sehr ernste, aber keine verzweifelte. Sie gab uns noch viele Möglichkeiten, den Widerstand fortzusetzen. Wenn der Feind unsere Stellungen auf den Antwerpen-Maas-Flügeln, zu beiden Seiten der Mosel oder in Lothringen gegen alle Berechnungen früher angriff, als wir erwartet hatten, so waren wir nicht am Ende unseres Lateins. War die Antwerpen-Maas-Stellung nicht mehr zu halten, so ging unser Heer kämpfend von Abschnitt zu Abschnitt zunächst bis in die Linie Lüttich-Metz-Straßburg und schließlich hinter den Rhein zurück, wo der Kampf an diesem stärksten Hindernis auf lange Zeit sein Ende gefunden haben würde.

Alle französischen und englischen Angriffe sind im ganzen sehr vorsichtig und tastend ausgeführt; sie haben sich trotz größter Kraftentfaltung immer nur ein begrenztes Ziel gesteckt. So ist die Vorwärtsbewegung des feindlichen Heeres immer nur eine sehr langsame gewesen. Hier wurde sie noch durch die Schwierigkeiten im Gelände und den immer komplizierter werdenden Nachschub erheblich verzögert. Mit Sicherheit konnte deshalb angenommen werden, daß der kämpfende Rückzug bis hinter den Rhein sich nicht in wenigen Wochen vollzogen haben würde. Monate wären dazu nötig gewesen.

Die allgemeine Lage hatte sich allerdings außerordentlich ernst gestaltet.

Unsere Bundesgenossen waren abgefallen oder zusammengebrochen. Wir standen den Feinden allein gegenüber, deren Stärke durch den Zuzug der Amerikaner ständig wuchs. Die Lage war zu zentral geworden, weil wir auch vom Brenner und von Böhmen her bedroht wurden.

Die steigende Not und Sorge, die weitere Abnahme an Menschen, Nahrung und Rohstoffen löste in der Heimat eine Stimmung größter Niedergeschlagenheit aus.

Man hatte dies alles getragen, hatte gehungert und gefroren und doch darauf gebaut, daß es dem deutschen Heere gelingen würde, einen für das deutsche Volk erträglichen Frieden zu erkämpfen. Diese Hoffnung war begraben. Der Krieg war verloren. Auch auf das Feldheer wirkte die Erkenntnis dieser unabänderlichen Tatsache lähmend.

Die Aussicht konnte nicht mehr bestehen, die militärische Gesamtlage noch einmal wieder ganz zu unseren Gunsten umzugestalten. Es bestand nur noch die harte Pflicht, für einen Waffenstillstand und einen Frieden zu kämpfen, der für unser Volk wenigstens einigermaßen noch erträglich war.

Militärisch war die Fortsetzung des Kampfes auf begrenzte Zeit möglich, politisch war sie notwendig geworden.

Die Verhandlungen über den Waffenstillstand und schließlich seine

Bedingungen selbst ließen die klare Absicht erkennen, unser Heer schon teilweise zu entwaffnen und in eine militärisch ungünstige Lage zu versetzen, die den Feinden das Übergewicht gab, um uns jeden Diktatfrieden aufzwingen zu können.

Die Frage, ob solche Waffenstillstandsbedingungen von Deutschland angenommen werden konnten, ist durch den Kabinettsbeschluß vom 28. Oktober 1918 dahin entschieden, daß, falls die nächste Note von Wilson tödliche oder entehrende Bedingungen enthalte, der große Appell an Volk und Heer erfolgen sollte unter Abbruch der Verhandlungen.

Über die Frage, ob wir durch eine Ablehnung bessere Bedingungen erhalten hätten, kann man heute nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung anstellen. Auch den Feinden kam unser Waffenstillstandsangebot überraschend. Um so größer ist die Wirkung gewesen, die es auf die Psyche der feindlichen Heere und Völker gehabt hat. Zogen die Feinde die gesamte Lage in Betracht, so war der Sieg erfochten, und zwar in dem ganzen Umfang, wie man ihn gewollt hatte.

Zu Ende war der Kampf, das Morden und Ringen mit allen Opfern und allem Elend; übrig blieb nur noch, die erkämpften Erfolge einzuheimsen.

In dem Gefühl des unbedingten Sieges atmete auch das feindliche Heer auf, ebenso in der Hoffnung, daß der Krieg vor seinem Abschluß stand. Noch in diesem Augenblick war unser Heer in den Augen der feindlichen Heere ein Achtung gebietender Faktor. Die feindlichen Führer waren von der Erschöpfung ihrer Truppen und von der unbedingten Notwendigkeit einer längeren Pause durchdrungen, ebenso waren sie auch davon überzeugt, daß die Weiterführung des Krieges einen noch verlustreichen und langwierigen Kampf nach sich ziehen mußte. Aus dieser Besorgnis heraus ist die Uneinigkeit der maßgebenden Führer über die Schärfe der Bedingungen zu erklären.

Unsere Ablehnung hätte auch drüben eine schwere Enttäuschung gebracht. Nach einem vierjährigen Kriege, nach dem erfochtenen Sieg, haben sehr wenige noch die Neigung, sich in letzter Stunde tot- oder zusammenschießen zu lassen.

Namentlich in Frankreich und England wäre die Frage in den Vordergrund getreten, ob die Überspannung der Bedingungen weiterer Opfer wert war, nachdem der Krieg zu einem Ende geführt hatte, der alle Hoffnungen erfüllte. Belgien würde seine Stimme in die Wagschale geworfen haben, daß die Fortsetzung des Kampfes die Zerstörung seines ganzen blühenden Landes bedeuten mußte. —

Ein Zweifel kann auch darüber nicht bestehen, daß Amerika seinen Einfluß in mäßigendem Sinne eingesetzt haben würde und von allen Neutralen wirkungsvoll unterstützt worden wäre. Die Wahrscheinlichkeit sprach also für den Sieg der Vernunft, den Bedingungen des Waffenstillstandes zwar die Gestalt zu geben, daß die Kriegsbeute

gesichert war, sie aber der entehrenden Bestimmungen zu entkleiden und so weit zu mäßigen, um von Deutschland angenommen werden zu können.

Auch wenn bessere Bedingungen nicht gewährt wurden, verloren wir nicht die Freiheit des Handelns, nämlich rechtzeitig im abschnittsweisen Kampf auf und schließlich hinter den Rhein zurückzugehen.

Diese Lage war für unser Volk und Heer immer noch besser als sie durch die Annahme der Bedingungen, durch die teilweise Entwaffnung und die voreilige Demobilmachung des Heeres entstanden ist, die einen Zustand solcher Wehrlosigkeit zeitigte, daß man auf einen Unterwerfungsfrieden schlimmster Art gefaßt sein mußte.

Der Entschluß zur Ablehnung mußte gefaßt werden, weil nur auf diese Weise die Aussicht für bessere Bedingungen bestand und die zwingende Notwendigkeit niemals außer Acht gelassen werden durfte, unser Heer wenigstens hinter dem Rhein in einer der stärksten militärischen Stellungen bis zum endgültigen Friedensschluß in ungeschwächter Schlagkraft zu erhalten.

Den Feinden fielen dabei Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer als Pfänder in die Hand. Sie waren von solcher Stärke, um die Durchsetzung eines Siegfriedens zu erzwingen und die Fortsetzung des Feldzuges über den Rhein zu erübrigen.

Wenn der Kabinettsbeschluß vom 28. Oktober in die Tat umgesetzt werden sollte, so gehörte dazu die eine unerläßliche Voraussetzung, daß Volk und Heer in fester Einigkeit zusammenhielten, daß alle inneren und politischen Gegensätze schwiegen und Alles, was deutsch war, die Augen auf den Feind gerichtet hielt mit dem zähen Willen zum letzten, großen, gemeinsamen Entscheidungskampf, für die Rettung unseres Volkes. —

Ich beziehe mich auf das, was ich hierüber im Oktober 1918 in den Akten der Heeresgruppe niedergelegt habe:

„Im Hinblick auf die ungünstig gewordene militärische Lage, im Hinblick ferner darauf, daß der Krieg endgültig verloren, unser Feldheer überspannt ist, Ersatz und Rohstoffe ausgehen, die feindliche Überlegenheit durch den Zufluß der Amerikaner und ebenso an Material ständig steigt, ist es geboten, Frieden zu machen und auch harte Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, wie z. B. Räumung des besetzten Gebietes und von Elsaß-Lothringen, ja Rückzug hinter den Rhein.

Aber wehrlos dürfen wir durch den Waffenstillstand nicht werden, denn entscheidend bleibt für die Friedensverhandlungen, daß wir während derselben noch ein starkes Heer besitzen, um nicht einem Diktat- und Unterwerfungsfrieden ausgesetzt zu sein. Wenn also der Waffenstillstand Bedingungen dieser Art enthält, die uns so schwächen, daß der Feind die Wiederaufnahme des Kampfes nicht zu fürchten braucht — dann müssen wir ihn ablehnen und weiter-

kämpfen nicht der Ehre wegen, sondern lediglich aus dem Gefühl der Selbsterhaltung heraus."

In dieser aufs Äußerste gespannten Lage brach Anfang November die Revolution aus. Sie raste durchs Land, griff von der Flotte auf das Heimatheer über und erschütterte auch das Gefüge des Feldheeres. Ein kämpfendes Heer kann nicht in der Luft stehen. Von dem einmütigen Vertrauen seines Volkes muß es ebenso getragen sein, wie es nur durch den Zufluß aus der Heimat atmen, leben und kämpfen kann.

Diese Einmütigkeit und Verbindung zwischen Heimat und Heer war zerstört und unterbunden, und damit auch die Kampfkraft der Truppe zerschlagen. Vieles hat das deutsche Heer im Kriege zu Wege gebracht, aber mit der Revolution im Rücken weiterkämpfen, das konnte auch das deutsche Heer nicht. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat das volle Einverständins der Führer gehabt, wenn er am 10. November erklärte, daß zwar in Compiègne um bessere Bedingungen gekämpft aber, wenn sie nicht zu erlangen waren, trotzdem abgeschlossen werden müsse, — weil die Revolution jeder Fortsetzung des Kampfes ein Ziel gesetzt hatte.

Die Bestimmungen des Waffenstillstandes forderten die Auslieferung eines ungeheuren Kriegsmaterials, das auf dem Rückmarsch dem Feinde zu übergeben war. Allein schon die Ausführung dieser Verpflichtung bedingte eine peinliche Genauigkeit und Zuverlässigkeit aller daran beteiligten Stellen.

Außerdem war die Räumung des gesamten linksrheinischen Gebietes ganz kurzfristig angesetzt. Das große deutsche Feldheer war dazu auf einen engen Raum zusammengedrängt; vier bis fünf Divisionen und ungezählte Einzelverbände und Etappenformationen mußten auf einer Straße marschieren, die Mitte hatte das Eifelgebirge zu überwinden, deren Straßen vereist waren. Möglich war die Ausführung nur bei straffster Befehlsgliederung und unbedingter Disziplin, in der alle Anordnungen aufs Genaueste befolgt wurden. Jede Stockung im Marsch, jede Störung im Zuführen der Verpflegung brachte nicht nur Unordnung, Durcheinander und Auflösung, sondern hatten auch die unvermeidliche Folge, daß Teile unseres Heeres dem Feinde in die Hände fielen. —

In den ersten Tagen nach dem 9. November raste der Revolutionstaumel auch durch manche Teile unseres Feldheeres. Soldatenräte griffen mit widersinnigen Befehlen ein. Züge wurden angehalten, Verpflegungsdepots gestürmt, Materialbestände geplündert, Etappenformationen marschierten ohne Rücksicht auf Marschgliederung und bereitgestellte Verpflegung ab, Automobil- und Kraftkolonnen jagten nach Hause. Dadurch wurde der befristete Rückmarsch gefährdet und das Gefüge des Heeres aufs Schwerste erschüttert.

Schon nach wenigen Tagen wurde das Bild ein anderes. Der Kampf mit dem Feind war mit allen seinen Spannungen zu Ende.

Die Truppe konnte sich wieder ruhen, reinigen und gleichmäßig ernähren. Mit jedem Schritt vorwärts in die Heimat legte sich die Depression und hob sich die Stimmung. In ihrem gesunden Sinn fing sich die Truppe wieder ein; sie vertraute und folgte ihren Führern und ist in fester Haltung über den Rhein marschiert. So hat sich der überaus anstrengende und schnelle Rückmarsch ohne Reibungen ernster Art unter Verhältnissen vollzogen, wie sie schwieriger überhaupt nicht gedacht werden konnten. —

Die letzte große Glanzleistung der Führung und Truppe. Dem hochgespannten Pflichtgefühl seines Heeres hat es das deutsche Volk zu danken, daß nicht ein wilder zügelloser Millionenhaufen über den Rhein in die Heimat zurückflutete.

Am Rhein trat der Umsturz auch für das Feldheer in krasse Erscheinung. Ungezählte Agitatoren mischten sich unter die Truppe. Nach allen Richtungen wurde gehetzt, gegen die Offiziere und Führung, gegen Disziplin und Subordination. Gleichzeitig ordneten die Volksbeauftragten gegen jeden politischen Instinkt die Demobilisierung des Feldheeres an, die uns wehrlos machte und in den Verschärfungen des Waffenstillstandes wie im Versailler Diktat ihre Antwort gefunden hat. —

Eine unbestreitbare Tatsache ist es, daß der Umsturz seit langer Hand vorbereitet wurde und daß nach dem Erfolg der russischen Revolution die Vorbereitung dazu eine festere und planmäßigere Gestalt angenommen hat. —

Tatsache ist, daß der Versuch, unser Heer in der Heimat und im Felde zu vergiften, schon frühzeitig begonnen hat und in steigendem Maße bis zum November 1918 fortgesetzt ist. Die Kampfhandlung ist bis zum Frühjahr 1918, bis zum Ausgang der Angriffsschlachten, dadurch in entscheidendem Maße nicht beeinträchtigt worden.

Nachdem die Kriegslage sich zu unseren Ungunsten verändert hatte, seitdem die Stimmung infolge der ununterbrochenen monatelangen Kämpfe immer mehr sinken mußte und sich die Erschöpfung und Überspannung steigerte, hat auch die Verhetzung und der Aufreiz zum Umsturz in zunehmendem Maße im Feldheer an Boden gewonnen. Der schlechter und schlechter werdende Geist des Ersatzes, der Urlauber, der Wiedergenesenen, wie das Heer der Fahnenflüchtigen und Drückeberger sind dafür ein unwiderlegbarer Beweis.

Diese zersetzenden Einflüsse haben die Führung des Kampfes in den letzten Monaten zum Schaden unserer Lage beeinflußt. Ohne diese Verseuchung wäre eine andere Verteidigung möglich gewesen, hätte sich die Kriegslage für uns günstiger gestalten lassen. —

Die revolutionäre Vergiftung hatte außerdem im Ersatz, in den Wiedergenesenen und Urlaubern einen Umfang angenommen, daß von ihrer Einstellung vielfach Abstand genommen worden ist. Sie

ist deshalb auch eine Ursache für die Überspannung der fechtenden Truppe gewesen.

In ihrer zunehmenden Erschöpfung ist auch die Heimat infolge der jahrelangen Arbeit der Revolutionäre für ihre Ideen empfänglicher geworden.

In dem Augenblick der höchsten politischen und militärischen Spannung entfesselten die Führer des Umsturzes den Sturm, der an sich nicht die logische und unvermeidliche Folge eines verlorenen Krieges ist, sondern deshalb einen so schnellen Erfolg hatte, weil die jahrelange zielbewußte Zersetzung und Vorbereitung vorausgegangen war.

Die Fortsetzung des Kampfes war Anfang November militärisch möglich; sie war notwendig, weil vor dem Frieden das deutsche Heer nicht teilweise entwaffnet und in eine ungünstige Lage gedrängt werden durfte, auch deshalb notwendig, weil auf anderem Wege mildere Bedingungen nicht zu verlangen waren.

Der Umsturz hat die Ausführung des Kabinettsbeschlusses vom 28. Oktober zur Unmöglichkeit gemacht. Zu der Unmöglichkeit des Weiterkämpfens für die Selbstbehauptung unseres Volkes trat die Notwendigkeit, den Waffenstillstand von Compiègne in der ganzen Schwere seiner Bedingungen annehmen zu müssen.

Nach dem abgeschlossenen Waffenstillstand waren die Augen der Volksbeauftragten und ihrer Mandatäre nicht mehr auf den Feind gerichtet, sondern als Hauptsache galt ihnen, die Errungenschaften des Umsturzes unter Dach und Fach zu bringen. In das Gefüge des Heeres wurde eingegriffen, der befristete Rückmarsch gefährdet.

Innerpolitische Gründe haben dazu geführt, das Heer am Rhein zu demobilisieren und damit den letzten Machtfaktor aus der Hand zu geben, der das deutsche Volk noch vor einem Diktatfrieden schlimmster Art bewahren konnte.

Diejenigen, die den Umsturz vorbereiteten, die die Lage und Stimmung im Volk wie im Heer zu seiner Durchführung ausnutzten, haben ihr Vaterland schwer geschädigt und sich des Verrats am deutschen Volke schuldig gemacht.

Beilage 2

Beweismaterial aus den Kriegsakten[1])

Berichte

Inhalt

Seite

I. Berichte aus dem Bereiche der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern 323
4. Armee 323
6. Armee 330
17. Armee 333
2. Armee 337
II. Berichte aus dem Bereiche der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz
18. Armee 344
7. Armee 350
1. Armee 356
3. Armee 359
III. Berichte aus dem Bereiche der Heeresgruppe Gallwitz
5. Armee 365
Armee-Abteilung C 375
IV. Berichte aus dem Bereiche der Heeresgruppe Herzog Albrecht
19. Armee 380
Armee-Abteilung A 383
Armee-Abteilung B 385

[1]) Dem 4. Unterausschuß im Anschluß an die Sitzung vom 2. Dezember 1926 vorgelegt vom Abg. Dr. Bergsträßer. Die Berichte sind aus den Beständen des Reichsarchivs von Oberarchivrat Cron zusammengestellt.

I. Aus dem Bereiche der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern

Armee-Oberkommando 4

berichtet unter dem 2. 11. 18 Ia Nr. 15/XI:

Mit Fortsetzung der feindlichen Angriffe — nunmehr gegen die Gent-Stellung — ist zu rechnen. Für die nächsten Tage sind jedoch große feindliche Angriffe zur Erzwingung des Scheldeüberganges nicht wahrscheinlich, da es einige Zeit dauern wird, bis der Gegner seine Artillerie umgruppiert hat und erneut angriffsbereit ist. — Der Druck der feindlichen Angriffe gegen die Gent-Stellung wird auf der südlichen Armeehälfte liegen, in erster Linie auf dem linken Flügel des X. Reserve-Korps, wo der Gegner mit der Artillerie-Gruppierung zum Kampf gegen die Gent-Stellung am weitesten geschritten ist. — Die Gent-Stellung ist im allgemeinen gut verteidigungsfähig. Die Armee glaubt daher, die Gent-Stellung auch mit den ermüdeten und durch den Kampf am 31. 10. an Stärke verminderten ihr zur Verfügung stehenden Truppen längere Zeit halten zu können. Kampfwert der Divisionen:

Vollkampfkräftig: keine.

Abwehrfähig im eigenen Abschnitt: 1. Marine-Div., 2. Marine-Div., 38. Ldw.-Div.

Für den westlichen Kriegsschauplatz ungeeignet: 3. Inf.-Div., 3. Ldw.-Division.

Sämtliche anderen Divisionen sind abgekämpft und bedürfen der Auffüllung, Ruhe und Ausbildung.

Über Einzelheiten liegen leider meist nur Meldungen vom 24. 10. oder 7. 11. vor, die jedoch an dem von der Armee am 2. 11. 1918 gegebenen Gesamtbilde nichts ändern.

Generalkommando des Marine-Korps

meldet am 7. 11. 1918 unter Ia 15305:

1. Marine-Div. und 2. Marine-Div.

für den Stellungskrieg kampfkräftig.

38. Ldw.-Div.

berichtet am 30. 10. 1918 unter Ia 89. 10 op.:

Die Truppen haben sich von den Kämpfen und Märschen der letzten Wochen erholt. Der Geist ist gut. Von sämtlichen Infanterie-Regimentern ist der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, keine weiteren Rückwärtsbewegungen anzutreten, sowie der feste Wille, die jetzige Stellung unter allen Umständen zu halten. — Die I.-R. 78 und 79 sind für den jetzigen Stellungskrieg voll kampfkräftig. Der Kampfwert des I.-R. 425 ist infolge geringerer Gefechtsstärken und geringerer Ausrüstung mit M.-G. und L. M.-G. geringer, doch ist der Geist der Truppe ebenfalls gut. Die Batterien sind für den Stellungskrieg und kurze Bewegungen voll gefechtsfähig. Der starke Ausfall an Mannschaften ist noch nicht gedeckt. — Die Grippe scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben und im Abflauen begriffen zu sein.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos des Garde-Reserve-Korps

3. Res.-Div.

— *die nach Bericht vom 24. 10. dringend der Ablösung und Ausbildung bedurfte* — ist mit ihrer Infanterie weder für den Angriff noch für die Abwehr kampfkräftig und bedarf einer längeren Ruhe und Ausbildung. — (Genkdo. G.-R.-K. vom 7. 11. 18 Ia 57.)

3. Inf.-Div.

Das Genkdo. verweist auf die Meldung vom 17. 10. Diese lautete: Die Division ist ihrer ganzen Zusammensetzung nach für die Verwendung im Westen ungeeignet. Viele Elsässer. Das Genkdo. schlägt ihre Auflösung vor. Ein Teil der Mannschaften wird sich in kampferprobten Verbänden wohl bewähren. — (Genkdo. G.-R.-K. vom 7. 11. 1918 Ia 57.)

16. bayr. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 1918 unter Ia 11763:

Der Gesundheitszustand ist bei der Inf. nicht mehr befriedigend. Es treten viele Erkältungskrankheiten, auch Grippeerkrankungen, auf. Der Grund liegt vor allem in der noch ziemlich dürftigen Unterbringung der Leute in vorderer Linie, wo sie bei Tage zum dauernden Aufenthalt in den feuchten Erdlöchern gezwungen sind. Dazu kommt, daß seit mehr als einem Monat keine Gelegenheit zur Auffrischung der Wäsche und vor allem der Bekleidung gegeben war. — Die Inf.-Rgtr. sind den Anforderungen des Großkampfes nicht mehr gewachsen. — Infolge

des langen Einsatzes und der hierdurch bedingten erhöhten ständigen Anstrengungen verbunden mit den vorerwähnten Verhältnissen, besteht überall — bei Offizieren wie Mannschaften — ein ausgesprochenes Ruhebedürfnis. — Für den jetzigen Abschnitt bei den gegenwärtigen Gefechtsverhältnissen ist die Division noch geeignet. — Die allgemeine Stimmung ist wegen der Übermüdung und wegen des üblen Körperzustandes und auch durch die politischen Verhältnisse gedrückt. — Die Artillerie ist für den Stellungskrieg noch geeignet. Ruhebedürfnis liegt aber auch bei ihr, wie auch bei den Pi.-Kp. vor.

13. Res.-Div.

berichtet nach Genkdo. G.-R.-K. vom 7. 11. 18 Ia 57:

Der neu eingestellte Ersatz ist nicht völlig den Anforderungen des Kampfes gewachsen. Zur Erlangung voller Kampfkraft sind drei Wochen der Ausbildung erforderlich. — Über diese Division lautete die Meldung vom 24. 10.: Sie bedarf dringend einer dreiwöchigen Ruhe und Ausbildung. Stimmung der Stamm-Mannschaften gut. Durch mehrfaches Vermischen der Verbände ist stellenweise die Fühlung zwischen Offizier und Mann verloren gegangen. —

36. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 2820:

Gesundheitszustand befriedigend. Verlausung sehr stark. Stimmung der Truppe im allgemeinen gut. Verpflegung sehr gut und reichlich. Für den Kampfwert der Truppe gilt die Beurteilung der Vorwoche. Längere Ruhe und Ausbildungszeit ist dringend erforderlich. *(Am 23. 10. 18 hatte die Division gemeldet:* Durch den ununterbrochenen Einsatz seit 4. 10. ist die Truppe verbraucht; der Kampfwert der Truppe ist nur noch gering. Gegen größere, mit starker Artillerie unterstützte Angriffe ist erheblicher Widerstand nicht mehr zu erwarten.)

16. Res.-Div.

berichtet unter dem 30. 10. 18 Ia 6602:

Gesundheitszustand im allgemeinen befriedigend, Stimmung gebessert, jedoch steht die Mehrzahl der Mannschaften den Ereignissen der neuesten Zeit mit einer gewissen Gleichgültigkeit und Stumpfheit gegenüber. Kräftezustand der Pferde noch immer unzureichend. — Der Kampfwert der Truppe ist noch nicht ausreichend. Die Ausbildung und Zusammenfügung der neu zusammengestellten Verbände wird durch die tägliche Alarmbereitschaft sehr beeinträchtigt. — Bespannung der Artillerie durch die Anstrengungen der letzten Kämpfe noch immer erschöpft; desgleichen Kolonnen.

11. bayr. Inf.-Div.

Die Division bedarf dringend der Ablösung und einer vierwöchigen Ausbildung. (Genkdo. G.-R.-K. vom 24. 10. 18 Ia 256.)

23. Inf.-Div.

meldet unter dem 30. 10. 18 Ia 7030:

Die Neuordnung der Inf.-Verbände ist durchgeführt. Die Förderung der Inf.-Ausbildung leidet unter der täglichen Alarmbereitschaft. Die Verzögerung im Eintreffen des Ersatzes verhindert die Ausbildung von fehlenden Spezialisten, vor allem M.-G.-Bedienungen.

Die Division ist zurzeit nur für den Stellungskrieg an ruhiger Front geeignet. Sie bedarf nach Eintreffen des Ersatzes einer Ausbildungszeit von mindestens vierzehn Tagen, um voll kampfkräftig zu sein. — Zustand der Pferde mäßig. — Gesundheitszustand der Mannschaften trotz mehrerer Grippefälle gut.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos des Garde-Korps

2. Garde-Inf.-Div.

Die Infanterie-Brigade der Division (3. G.-I.-Br.) hatte am 7. 10. gemeldet:

Durch erneuten Einsatz ist der Kampfwert weiter herabgedrückt und jetzt gleich Null. Die Mannschaften haben zwar noch Erstaunliches geleistet, sind aber am Ende ihrer Kraft.

Aus der späteren Zeit liegt nur die Meldung eines Regiments vor.

Garde-Gren-Regt. 1 meldet am 29. 10.:

Gesundheitszustand und Verpflegung gut. Starker Ausfall an Kompagnie-Führern, Offizieren und M.-G.-Schützen hat die Kampfkraft wesentlich beeinträchtigt. Ruhe- und Ausbildungszeit von mindestens drei Wochen ist zur Wiederherstellung voller Kampfkraft erforderlich.

119. Inf.-Div.

berichtet am 2. 11. 1918 unter Ia 169:

Über den zurzeit geringen Gefechtswert des bei der 2. G.-I.-D. eingesetzten zusammengesetzten Regiments der 119. Inf.-Div., insbesondere über die schlechte Verfassung des eingestellten Ersatzes (hinsichtlich der Ausbildung sowohl wie der Moral) hatte die Division dem A.-O.-K. 4 über III. bayr. A.-K. bereits berichtet. Was die

Division auf Grund des Zustandes der Truppe voraussehen mußte, ist eingetreten: das zusammengesetzte Kampfregiment hat in den Kämpfen vom 27. 10. versagt. Tatsache ist, daß Teile nach Einsetzen von Artillerie und Minenwerferfeuer den Führern völlig aus der Hand gerieten und fluchtartig zurückgingen, und daß viele Mannschaften sich, ohne Widerstand zu leisten, ergeben haben bezw. zum Feinde übergelaufen sind. Tatbericht ist gegen eine Reihe von Mannschaften eingereicht; das Verhalten verschiedener Offiziere ist nachgeprüft, eine Veranlassung zum Einschreiten hat sich jedoch bisher nicht ergeben. — Angesichts der tiefbedauerlichen Vorgänge werden im Interesse der früher stets bewährten und einen vorzüglichen Ruf genießenden Division nachstehend kurz die Gründe zusammengestellt, die zum Versagen der Truppen führen mußten. — Die Division hat sich vom 8. August bis 9. Oktober mit nur dreitägiger Unterbrechung ständig im Großkampf befunden. Als sie am 10. Oktober herausgezogen war, hatte die g e s a m t e Division noch eine Grabenstärke von 466 Mann! Die drei Infanterie-Regimenter hatten fast sämtliche Offiziere verloren. — Der sodann eintreffende Ersatz wurde am 18. Oktober eingestellt; am 19. und 20. waren Marschtage, am 21. und 22. wurde die gesamte Division entlaust, am 23. wurde das Kampfregiment zusammengestellt, am 24. erfolgte der Einsatz bei der 2. G.-I.-D. — Aus den vorstehenden Angaben ergibt sich, daß das neu zusammengesetzte, 940 Mann starke Kampfregiment zur Hälfte aus neuem Ersatz bestand, nicht einmal exerziert hat und nicht zusammengeschweißt werden konnte. 19 Offiziere wurden neu eingestellt, darunter 3 Bataillonskommandeure. Keiner dieser, fast ausnahmslos soeben aus dem Osten eingetroffenen Offiziere kannte seine Leute, die meisten verfügten über keinerlei Kampferfahrungen. Wenn auch einige von ihnen sich in den Kämpfen der letzten Tage sehr gut bewährten, so haben doch andere völlig versagt. Besonders nachteilig hat sich das Fehlen von guten Kompagnieführern bemerkbar gemacht. — Die infanteristische Ausbildung des neu eingestellten Ersatzes genügte nicht den bescheidensten Ansprüchen, zumal eine erhebliche Anzahl bisher Fernsprech-Kolonnen, Kraftfahr- und ähnlichen Formationen angehört hatte. Noch schlimmer war der moralische Zustand. Die Mannschaften waren in der Heimat verhetzt, taten nur widerwillig ihre Pflicht und benutzten die erste Gelegenheit, sich ihr zu entziehen. — Irgendeine Möglichkeit der Beeinflussung war, wie sich aus oben angeführten Daten ergibt, unmöglich gewesen. — In einer derartigen Verfassung wurde das zusammengestzte Regiment, bei welchem also bei einzelnen Kompagnien dieser völlig minderwertige Ersatz den Hauptbestandteil bildete, in vorderer Linie eingesetzt und übernahm mit zwei Bataillonen einen Abschnitt von 2,5 km in einem durch Bodenbewachsungen besonders unübersichtlichen Gelände. — War somit einerseits das Versagen dieses zusammengesetzten Regiments bei den feindlichen Angriffen am 27. 10.

unvermeidlich, so muß andererseits betont werden, daß einzelne Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sowie beherzte M.-G.-Schützen ganz Vorzügliches geleistet haben, und daß in den Kämpfen am 31. d. Mts. die noch vorhandenen Teile des Regiments (nachdem also der Ausschuß durch Gefangennahme usw. am 27. 10. in Abgang geraten war) sich vortrefflich geschlagen haben. Die Division ist überzeugt, daß es ihr gelingen wird, die Truppe in jeder Hinsicht wieder kampfkräftig zu machen, wenn ihr nur kurze Zeit die Möglichkeit der Beeinflussung auf die Truppe gegeben wird. Wenn die Truppe jedoch weiterhin im Großkampf verbleibt, ist es nicht möglich, den unbedingt erforderlichen Aufbau der Regimenter wieder einzuleiten.

Garde-Ersatz-Div.

braucht *nach Bericht des Genkdo. G.-K. vom 7. 11. 18 Ia 143681:* wenigstens vierzehn Tage Ruhe und Ausbildung, um kampfkräftig zu werden.

207. Inf.-Div.

braucht *nach Bericht des Genkdo. G.-K. vom 7. 11. 18 Ia 143681:* mindestens drei Wochen der Ruhe und Ausbildung.

21. Inf.-Div.

Das Genkdo. des G.-K. berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 143681:

Bei der 21. Inf.-Div. ist zur Erlangung der vollen Kampfkraft eine zweiwöchige Ausbildungszeit erforderlich. — *Das Urteil über diese Division am 24. 10. lautete:* Zurzeit nicht vollkampfkräftig. Die Regimenter sind in letzter Zeit etwas frischer geworden. Zur Befestigung des inneren Zusammenhanges wäre es erwünscht, den Einsatz der Division nach Möglichkeit hinauszuschieben, da jeder Tag die Kampfkraft erhöht.

6. Kav.-Schützen-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 5885:

Der Kampfwert der Kav.-Schützen-Regimenter hat sich, trotzdem sie als Eingreiftruppen seit 25. 10. aus der Front gezogen sind, noch nicht wesentlich gebessert. Der aus der Heimat eingetroffene Ersatz ist nicht oder nur sehr mangelhaft infanteristisch ausgebildet und nur kavalleristisch ausgerüstet. Der Kampfwert der Artillerie-Formationen ist gut; ihre Kampfkraft ist durch den Mangel an Mannschaften, Pferden und Gerät stark herabgemindert. Zur Wiederherstellung ihrer Kampfkraft bedarf die Division einer vollkommenen Ruhe- und Ausbildungszeit von mindestens drei Wochen und der Einstellung des Ersatzes.

1. bayr. Res.-Div.

bedarf *nach Bericht des Genkdo. G.-K. vom 7. 11. 18 Ia 143681* einer Ruhe von wenigstens drei Wochen zwecks Ausbildung.

52. Res.-Div.

berichtet am 18. 10. an Genkdo. G.-R.-K. durch Fernspruch:

Die Division ist als völlig abgekämpft zu betrachten. Seit dem 2. 8. befindet sie sich dauernd im Großkampf, zuerst am Kemmel, dann bei Cambrai und hat jetzt die Rückzugsgefechte beim G.-R.-K. seit 28. 9. mitgemacht. Die Division bedarf, um wieder kampfkräftig zu werden, einer Ruhe- und Ausbildungszeit von drei Wochen.

Generalkommando X. Reserve-Korps

berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 2506:

49. Res.-Div.

abwehrfähig an ruhiger Front.

23. Res.-Div.

abwehrfähig an ruhiger Front.

Die Division selbst hatte am 17. 10. 18 gemeldet: Die Division bedarf zur Wiedererlangung der vollen Kampfkraft einer mehrwöchigen Ausbildungszeit in Ruhe.

Am 7. 11. 18 berichtete sie unter Ia 16724:

Infolge der Verluste am 31. 10. ist der Kampfwert der Division beträchtlich gesunken. Die entstandenen Lücken sind zum geringen Teil durch Mannschaften des kleinen und großen Trosses ausgefüllt, deren Ausbildungsgrad nicht genügt. Es fehlt besonders an M.-G. und L.-M.-G.-Bedienungen; bei der Artillerie an ausgebildeten Kanonieren. — Durch erhebliche Verluste, Marschleistungen und schlechte Verpflegung ist die Leistungsfähigkeit der Pferde stark herabgesetzt. Gesundheitszustand zufriedenstellend. Entlausung und Körperpflege dringend erforderlich. — Die Division ist abwehrfähig an ruhiger Front. Zur Erlangung ihres vollen Kampfwertes braucht sie nach Einstellung des Ersatzes eine mehrwöchige Ausbildungszeit in Ruhe.

11. Res.-Div.

Kampfwert ist infolge langen Einsatzes äußerst gering. Sie bedarf mindestens vierzehn Tage Ruhe.

Die Division meldete selbst am 30. 10. 18 unter Ia 13314:

Der Gesundheitszustand ist bis auf I.-R. 156 und Divisionsstab

befriedigend. Die Truppe ist völlig verlaust. Der Zustand der Bekleidung, besonders des Schuhwerks, schlecht. — Der Kampfwert der Truppe ist äußerst gering. Die Mannschaften sind durch die großen Anstrengungen der letzten Wochen sowohl körperlich wie geistig erschöpft. Einem größeren Angriff ist die Division trotz des verkleinerten Abschnitts nicht gewachsen; sie bedarf dringend der Ablösung.

56. Inf.-Div.

ist feindlichen Teilangriffen gewachsen.

Die Division selbst berichtet am 30. 10. 18 unter I a 8523:

Der Gesundheitszustand hat sich gegen die Vorwoche verschlechtert. Die Grippeerkrankungen haben zugenommen. Durchschnittliche Bataillons-Gefechtsstärke 441 Mann. Die Stimmung der Truppe hat sich gebessert, eines Teils, weil die kleinen Erfolge, die meist nicht in der Abwehr, sondern im Vorstoß in die feindliche Stellung hinein errungen wurden, belebend einwirkten, teils auch weil bei den Leuten die Überzeugung allmählich Boden gewinnt, daß bei den maßlosen Forderungen Wilsons weiter gekämpf werden muß.

6. bayr. Res.-Div.

ist ausbildungsbedürftig, ihr augenblicklicher Kampfwert gering.

39. Inf.-Div.

ist abgekämpft und bedarf mindestens vierzehn Tage Ruhe. Durchschnittliche Bataillons-Feldstärke: 316 Mann.

40. Inf.-Div.

meldet am 23. 10. 18 unter I a 8386 op.:

Die Division ist in hohem Grade abgekämpft. Vier Wochen Ausbildung erforderlich.

Armee-Oberkommando 6

berichtet unter dem 2. 11. 18 I a/I f 5106 geh.:

Das A.-O.-K. rechnet mit neun bis zehn feindlichen Divisionen in Front und zwei Divisionen in Reserve. — Der feindliche Druck gegen die Armeefront hat nicht weiter zugenommen. Der Feind hat sich mit Vorstößen von Patrouillen und schwächeren Abteilungen begnügt. — Größere Teilangriffe sind jedoch bei der verhältnismäßig starken feindlichen Frontbesetzung, und nachdem der Feind seine Artillerie nachgezogen hat — bisher sind vor der Armeefront 243 feindliche Feuerstellungen festgestellt —, jederzeit möglich. — Im Zusammenhang mit den Angriffshandlungen gegen die 4. Armee kommt

vor allem ein Angriff gegen unseren rechten Flügel in Betracht. Der Feind könnte sich durch ihn die Schelde-Stellung öffnen wollen. — Außerdem sind ein Teilangriff nördlich von Tournai vorbei, um sich in den Besitz des beherrschenden Mont St. Aubert zu setzen, und ein Angriff gegen den Brückenkopf Tournai, um uns auch hier auf das östliche Scheldeufer zurückzudrücken, in Betracht zu ziehen. — Neben der kampfkräftigen Besetzung des Brückenkopfes selbst muß daher die Armee weiter über mindestens eine kampfkräftige oder zwei abgekämpfte Eingreif-Divisionen verfügen.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos 55

38. Inf.-Div.

meldet nach Genkdo. 55 vom 25. 10. 18 Ia 10417 geh.:

Der Ausbildungsgrad der Infanterie, der Artillerie und der Pioniere ist zurzeit unzureichend. Es fehlen besonders ausgebildete Bedienungen für leichte und schwere Maschinengewehre, bei der Artillerie besonders ausgebildete Richtkanoniere und Fernsprechpersonal. Dem eingetroffenen Offizier-Ersatz fehlt fast durchweg Kampferfahrung an der Westfront. Die Division ist zurzeit nicht einsatzfähig. Sie bedarf mindestens einer vierwöchigen Ausbildungszeit.

12. bayr. Inf.-Div. und 5. bayr. Inf.-Div.

— *nach Bericht des Genkdo. 55 vom 25. 10. 18 Ia 10417 geh.* — haben durch den langen Einsatz und die schweren Kämpfe, die sie durchgemacht haben, erheblich gelitten. Überall macht sich der Mangel an Unterführern und ausgebildeten M.-G.-Mannschaften, bei der Artillerie an Richtkanonieren erheblich bemerkbar. Der Gesundheitszustand ist noch befriedigend. Die Divisionen sind allerhöchstens abwehrfähig an ruhiger Front. Sie bedürfen dringend einer Ruhe- und Ausbildungszeit von drei Wochen.

4. Ersatz-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 498 op.:

Der Gesundheitszustand ist im allgemeinen befriedigend. Fehlstellen: Infanterie 28 Offiziere, 1220 Mann; Feldart.-Regt. 90 : 10 Offiziere, 133 Mann, 126 Pferde; Fußart.-Batl. 119: 4 Offiziere, 123 Mann, 90 Pferde. — R.-I.-R. 214 und die Artillerie bedürfen einer Ausbildungszeit von 17 Tagen, I.-R. 360 und 362 von drei Wochen.

Der Bericht der Division vom 7. 11. 1918 Ia 514 op. besagt im ganzen das gleiche, gibt aber auch ein Urteil über die Kampfkraft. Es lautet: Abwehrfähig an ruhiger Front.

9. Res.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter I a 215:

Durch den ununterbrochenen Einsatz in vorderster Linie seit 21. 3. 18 und besonders durch die anstrengenden und verlustreichen Kämpfe bei Cambrai und Le Quesnoy ist der Kampfwert der Regimenter auf das tiefste gesunken. Offiziere und Mannschaften sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Die Stimmung der Truppe ist äußerst gedrückt; die Manneszucht hat stark gelitten. Die wenigen Tage seit dem Herausziehen der Divisionen aus der Kampffront haben noch nicht genügt, den körperlichen und seelischen Zustand der Leute zu heben. Die Neugliederung der Infanterieregimenter ist noch nicht beendet. Es fehlt an Offizieren, hauptsächlich an Kompagnieführern. Der Gesundheitszustand der Truppe ist durch die überstandenen Strapazen und die Witterung ungünstig beeinflußt. Die Division ist zurzeit nicht einsatzfähig. Für das Zusammenfassen der neugebildeten Verbände, sowie zur Erholung und Festigung der Manneszucht ist eine Zeit von zwei bis drei Wochen dringend erforderlich.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos IV. Armee-Korps

2. Garde-Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter I a 1216:

Die Ausbildung mußte infolge der dringenden Schanzarbeiten zurückstehen. Sie bedarf beim R.-I.-R. 15, das jetzt seinen Ersatz eingestellt hat, noch dringend der Förderung. Die Ausbildung in Spezialwaffen muß bei allen Regimentern fortgesetzt werden. Bei der Artillerie bedarf der letzte Ersatz noch weiterer Ausbildung. Der Gesundheitszustand ist bei der Infanterie gut, bei der Artillerie infolge zunehmender Grippeerkrankungen nur befriedigend, bei R.-I.-R. 15 desgleichen wenig befriedigend. — Die Stimmung der Truppe ist gut und zuversichtlich. Die Division ist abwehrfähig an ruhiger Front. R.-I.-R. 15 bedarf noch einer achttätigen Ausbildungszeit.

36. Inf.-Div.

ist gemäß Genkdo. IV. A.-K. vom 25. 10. 18 I a 3226 abwehrfähig an ruhiger Front.

Das Generalkommando des XXXX. Reserve-Korps

meldet am 7. 11. 18 unter Nr. 2434 geh. I a:

16. Inf.-Div. und 8. Inf.-Div.

sind abwehrfähig an ruhiger Front.

Armee-Oberkommando 17

berichtet am 1. 11. 18 Ia Nr. 10671 op.:

Die englischen Angriffe der letzten Tage bei Famars und der heutige Angriff gegen das XVIII. A.-K. und XIV. R.-K. sind anscheinend unmittelbare Vorläufer des erwarteten feindlichen Großangriffs gegen linken Flügel der 17. Armee und 2. Armee.

Dem Feind stehen hierzu an Zahl weit überlegene Kräfte an Infanterie und Artillerie zur Verfügung.

Demgegenüber hat die Spannkraft der eigenen, an der Abwehrfront eingesetzten Divisionen infolge der Kämpfe und mangels genügender Ablösungsmöglichkeit weiter nachgelassen. Rasche Zuführung kampfkräftiger Divisionen ist nötig, um den bevorstehenden Stoß des Gegners auffangen zu können.

Generalkommando des I. bayerischen Reserve-Korps

berichtet am 31. 10. 18 Ia 60333:

187. Inf.-Div.

Der wenige bisher eingetroffene Ersatz ist noch nicht mit der Truppe verschweißt, diese mangels Ausbildungsmöglichkeit nicht genügend in der Hand ihrer Offiziere. Kampfwert kaum ausreichend für die jetzige Aufgabe. — *Und am 2. 11. berichtet das Genkdo. XVIII. A.-K. unter Ia 4398 op. über diese Division:* Die gesamte Kampfstärke der Infanterie der 187. Inf.-Div. beträgt etwas über 900 Mann. Die Division ist nach eigener Meldung nicht kampfkräftig.

26. Res.-Div.

Infolge außerordentlichen Offiziermangels ist der Kampfwert durch die beim Nachersatz befindlichen schlechten Elemente eher verschlechtert worden. Genügt jedoch für derzeitige Aufgabe.

10. Ers.-Div.

Infolge hochgradiger Ermüdung der Offiziere und Mannschaften zurzeit nicht abwehrfähig bei stärkeren feindlichen Angriffen.

208. Inf.-Div.

Grabenstärke der Infanterie-Bataillone 105 Mann. Zur Abwehr in dem jetzigen schmalen Abschnitt trotz großer Ermüdung noch ausreichend.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos III. bayerischen Armee-Korps

234. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia:

Grippe nimmt weiter zu und beeinträchtigt den Kampfwert. Ausbildung konnte noch nicht wesentlich gefördert werden. Ruhebedürfnis ist immer noch groß. Die Division ist den Aufgaben der augenblicklichen Stellung gewachsen.

25. Inf.-Div.

meldet nach Genkdo. III. bayr. A.-K. vom 31. 10. 18 Ia 50374:

Die Division bedarf nach Einstellung von Ersatz einer Ruhe- und Ausbildungszeit von mindestens drei Wochen, um wieder vollkampfkräftig zu werden.

Generalkommando des XVIII. Armee-Korps

berichtet am 31. 10. 18 Ia 4364 op.:

220. Inf.-Div.

Sie ist nur unter dem Zwange der Verhältnisse noch als abwehrfähig an ruhiger Front zu bezeichnen; *schon am 2. 11. berichtet das Genkdo. (Ia 4398) über diese Division:* Sie hat ihre Widerstandsfähigkeit völlig eingebüßt, so daß sie auch schwächeren feindlichen Angriffen nicht mehr standhält.

35. Inf.-Div.

Ihre Widerstandskraft ist durch den langen Einsatz (seit 26. 8. 18) und die schweren Verluste der letzten Kämpfe auf einen bedenklichen Tiefstand gesunken. Die Infanterie ist stärkeren neuen Angriffen nicht mehr gewachsen, auch die Artillerie ist erschöpft und ruhebedürftig; *am 2. 11. aber schreibt das Genkdo. (Ia 4398):* Von der 35. Inf.-Div. sind zurzeit 310 Mann gesammelt. Als Kampffaktor kommt diese Division für längere Zeit überhaupt nicht mehr in Betracht.

6. Inf.-Div.

Sie ist trotz ihrer verhältnismäßig hohen Feldstärke (durchschnittlich 520 Mann pro Bataillon) nur sehr bedingt kampfkräftig. Der neu eingesetzte, mangelhaft ausgebildete und mit sehr mangelnder Manneszucht überwiesene Ersatz ist noch nicht mit den Kompagnien verwachsen und noch nicht in der Hand der Führer. — *Bereits am 2. 11. aber muß das Genkdo. (Ia 4398) über diese Division berichten:* Die

6. Inf.-Div. hat so gelitten, daß auch sie einem erneuten feindlichen Angriff voraussichtlich nicht mehr gewachsen ist.

Generalkommando XIV. Reserve-Korps

berichtet am 1. 11. 18 Ia 2935:

214. Inf.-Div.

Die Division, bereits vor dem feindlichen Angriff von geringem Kampfwerte, wird durch den heutigen Angriff voraussichtlich so geschwächt werden, daß Auflösung nötig wird.

111. Inf.-Div.

meldet unter dem 30. 10. 1918 Ia 2873 op.:

Der Ausbildungsgrad der Infanterie genügt nicht, der der anderen Waffen ist zurzeit noch befriedigend. Infolge der Kampfhandlungen konnte die Ausbildung nicht gefördert werden. Der Gesundheitszustand der Infanterie hat durch den fortgesetzten Einsatz und die ungünstige Witterung gelitten. Von den Artillerieformationen ist bei II/246 infolge langen Einsatzes der Gesundheitszustand nicht gut. Bei den übrigen Truppen ist er befriedigend. Eingetroffener Ersatz (12 Unteroffz., 360 Mann) wird hinter der Front in der Ausbildung gefördert. Durch die großen Verluste ist der an sich schon geringe Kampfwert noch erheblich herabgemindert. Die Truppe ist nur abwehrfähig an ruhiger Front.

Die Leistungen der Division beleuchtet folgender Tagesbefehl des XIV. Res.-Korps Ia 2924 vom 28. 10. 18:

Die tapferen Regimenter der Divisionen haben gestern den schon eingedrungenen Feind aus der Stellung herausgeworfen, heute haben sie einen feindlichen Vorstoß bereits vor ihren Linien abgewiesen. Diese Leistungen bewerte ich besonders hoch, da die Division schon schwere Kämpfe hinter sich hat und die Gefechtsstärken der Bataillone sehr gering sind. pp.

48. Res.-Div.

meldet am 31. 10. 18 unter Ia 801 op.:

Gesundheitszustand hat sich verschlechtert. Die Zahl der Erkältungskrankheiten hat zugenommen. Außerdem leidet die Truppe unter starker Verlausung. Ausbildungsgrad und Ruhebedürfnis unverändert. Die Division ist entsprechend ihren Gefechtsstärken abwehrfähig. Im übrigen siehe Bericht vom 17. 10. 18 — *In diesem Berichte hieß es:*

Die Division ist seit 13. 4. mit ganz kurzer Unterbrechung, seit 7. 7. ohne Unterbrechung, eingesetzt. Schon während des Ein-

satzes beim I. bayer. Res.-Korps befand sich die Division in Erwartung eines Großangriffs dauernd in erhöhter Gefechtsbereitschaft, Ablösungsmöglichkeit war nur zeitweise vorhanden, nur für wenige Tage konnte ein Teil der Bataillone zurückgenommen und entlaust werden. Seit 7. 10. ist die Division beim XIV. Res.-Korps eingesetzt, hatte am 8. 10. einen Großangriff, am 16. 10. einen starken feindlichen Angriff zu bestehen. Der dauernde Einsatz, die mit dem Rückzuge von Cambrai verbundenen sehr großen Anstrengungen und die bei fast sämtlichen Bataillonen und bei der Artillerie eingetretenen Verluste, insbesondere an Offizieren, haben die Gefechtskraft der Division stark beeinträchtigt. Trotzdem ist die Division abwehrfähig.

206. Inf.-Div.

besitzt geringen Kampfwert.

Die Verhältnisse bei dieser Division beleuchten folgende Meldungen unterstellter Truppenteile:

Infanterieregiment 394 meldet am 6. 11. 18 aus Bellignies an die Brigade.

Durch die Kampfhandlungen der letzten Zeit bei schlechtem Wetter ist der Kampfwert der Truppe derartig gering geworden, daß ihr Herausziehen aus der vorderen Linie dringend notwendig ist. Die Widerstandskraft und der gute Wille einzelner hervorragender Unteroffiziere und Leute vermag die Allgemeinheit nicht mehr mit sich fortzureißen. Dem hervorragenden Verhalten der Offiziere, insbesondere dem der Herren Bataillonskommandeure, die persönlich während der Nacht die Leute in vorderer Linie zusammenhielten, ist das jetzige Aushalten zu danken. Ein Zurückverlegen der Stellung während der kommenden Nacht scheint geboten, da die Leute dann wieder in andere Verhältnisse kommen. Einem ernstlichen Angriff in der jetzigen Stellung würden die Leute auf die Dauer nicht widerstehen. Es ist dringend nötig, daß die Leute bald unter Dach und Fach kommen, um ihre Sachen zu trocknen und den Gesundheitszustand nicht zu verschlechtern.

2. Res.-Ersatz-Brigade meldet dazu an die Division:

Meldung des Inf.-Regt. 394 vorgelegt. Fahre persönlich nun nach vorn, um den Kommandeuren zu eröffnen, daß die Truppe unter allen Umständen durchhalten muß, ein Herausziehen zurzeit unmöglich. Kommandeure und sämtliche Offiziere müssen ihren persönlichen Einfluß gegebenenfalls mit der Waffe geltend machen.

28. Res.-Div.

ist angriffsfähig.

Die Division selbst berichtete am 28. 10. 18 an den Großherzog von Baden:

Die Division ist auf die Stärke von etwa 700 Mann für das Bataillon aufgefüllt worden und steht wieder festgefügt bereit. Die Ausbildung wurde lebhaft betrieben. Die Infanterieregimenter verfügen über ein zahlreiches Offizier-Korps, so daß ansehnliche Führerreserven ausgeschaltet werden können.

12. Inf.-Div.

ist abwehrfähig an ruhiger Front.

Armee-Oberkommando 2

berichtet unter dem 1. 11. 18 Ia 6/XI geh.:

Die erwartete Fortsetzung des feindlichen Großangriffs ist nicht eingetreten. Vielleicht mußte der Feind seinen durch starke Verluste erschöpften Truppen einige Zeit Ruhe gewähren, vielleicht hält er für den Erfolg eine bis in alle Einzelheiten in Ruhe durchgeführte Vorbereitung notwendig, vielleicht wartet er die politische Entwickelung der Dinge ab. Jedenfalls ist der Gegner in der Lage, jederzeit zum Angriff größten Stils anzutreten. Nach wie vor scheint der Hauptdruck auf den Armeeflügeln unter Aussparung des Mormalwaldes zu liegen.

Die Armee hat die ruhigen Tage ausgenutzt, um abgekämpfte Divisionen durch kampfkräftige zu ersetzen. Diese Bewegungen sind zurzeit noch im Gange. Nach ihrer Durchführung werden fünf abgekämpfte Divisionen im rückwärtigen Korpsbereich Ruhequartiere bezogen haben. Mit Hilfe dieser Divisionen hofft die Armee die notwendigen Ablösungen zur Auffrischung der Front selbst durchführen zu können.

Die Armee steht abwehrbereit auf beiden Flügeln stark gestaffelt, und glaubt einen feindlichen Durchbruch verhindern zu können.

Kampfwert der Divisionen:

a) vollkampfkräftig: 4. I.-D., 12. R.-D., 239. I.-D.;
b) noch kampfkräftig: 14. I.-D., 22. I.-D., 22. R.-D., 54. I.-D., 58. I.-D., 113. I.-D., Deutsche Jäger-Div., 2. Inf.-Radfahr-Brig.;
c) ablösungsbedürftig: 21. R.-D., 44. R.-D., 121. I.-D., 204. I.-D., 243. I.-D.;
d) nicht einsatzfähig: 1. G.-R.-D., 17. R.-D. (in Abbeförderung), 18. R.-D., 185. I.-D.

Erheblich pessimistischer lautet der Bericht der Armee vom 8. 11. 18 Ia 250/XI geh.:

Der erwartete Großangriff hat am 4. 11. stattgefunden. Die Armee hat den Durchbruch verhindern können, mußte jedoch die völlig erschöpften Truppen noch am Abend des Schlachttages vom Gegner absetzen. Dies ist ebenso wie die weitere Rückwärtsbewegung plan-

mäßig gelungen, da der Gegner sich zu einer nennenswerten Verfolgung bisher nicht aufraffen konnte, trotzdem ihm zweifellos starke Kräfte zur Verfügung stehen. Offenbar hat der Feind ebenfalls empfindliche Verluste erlitten.

Die Armee steht unter dem Eindruck der erneuten schweren und verlustreichen Kämpfe des 4. 11. Die Kampfkraft der Infanterie ist gebrochen, auch die Artillerie fängt stellenweise an, zu versagen. Dazu kommt die ungünstige Einwirkung der schlechten Witterung auf Mann und Pferde.

Die Armee ist zurzeit keinem Angriff gewachsen. Sie muß rechtzeitig ausweichen. Drängt der Gegner weiterhin nur schwach nach, so wird dies, wie bisher, gelingen.

An einzelnen Berichten liegen vor:

Aus dem Bereiche des Generalkommandos 54

21. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter I 454. 10. 18:

Die Infanterie ist unmittelbar nach Aufteilung des R.-I.-R. 88 auf die R.-I.-R. 80 und 87 und nach Einstellung eines starken Ersatztransports aus der Heimat in das I.-R. 168 in der Nacht 22./23. 10. eingesetzt, ehe die Verbände festgefügt waren. In der gleichen Nacht begann der mit stärksten Kräften geführte englische Großangriff, der am 23. und 24. schwere Verluste brachte. Die Verbände mußten abermals neu zusammengelegt werden. Der Ausfall an erprobten Führern war wie schon bei vorhergehenden Einsätzen groß. So entstanden aus verschiedenen Kompagnien, Bataillonen und Regimentern zusammengestellte Verbände, denen der innere Halt fehlt, weil Führer und Mann sich nicht kennen. Ein dringender Mangel an M.-G.-Bedienungen macht sich geltend, hervorgerufen besonders dadurch, daß bei Auflösung der R.-I.-R. 81 und 88 und der 4. Kompagnien zahlreiche Troßmannschaften in die Front kamen und daß der Heimatersatz des I.-R. 168 nicht am M.-G. ausgebildet war. — Bei R.-Felda.-R. 21 machte sich Mangel an Offizieren, Unteroffizieren und Richtkanonieren fühlbar. Vom Regiment sind zurzeit nur sechs Batterien verwendungsbereit. Ein Ersatztransport von 15 Unteroffizieren, 100 Mann, ist am 30. 10. eingetroffen. Der Gesundheitszustand der Truppe ist befriedigend. Die Pferde sind erholungsbedürftig. — Die Division ist zur Verwendung im eigenen Abschnitt in ruhiger Zeit geeignet, den Anforderungen des Großkampfes ist sie nicht gewachsen. Zur Erlangung der vollen Kampfkraft ist eine entsprechende Ausbildungszeit hinter der Front erforderlich. — Die zugeteilte Feldartillerie ist noch

kampfkräftig, Fußartillerie beschränkt kampfkräftig, das Gerät aller Batterien instandsetzungsbedürftig.

22. Inf.-Div.

nach Genkdo. 54 vom 31. 10. 19 Ia 1335 geh.:
ist bedingt abwehrfähig *(am 7. 11. bewertet sie das Genkdo.* als nicht einsatzfähig).

4. Inf.-Div.

abwehrfähig im eigenen Abschnitt *(sie wird am 7. 11. vom Genkdo. als* nicht einsatzfähig *bezeichnet). (Genkdo. 54 vom 31. 10. 18 Ia 1335 geh.)*

113. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 559 geh.:

Unter dem weiter andauernden Einsatz (seit nunmehr 8 Wochen) hat die körperliche und moralische Widerstandskraft der Infanterie-Regimenter stark gelitten. Während dieser Zeit hat die Division etwa 120 Offiziere und 4400 Mann, darunter etwa 100 Offiziere und 4100 Mann bei der Infanterie verloren. An Ersatz sind bisher nur 21 Offiziere und 1500 Mann überwiesen. Diese auf die Kompanien vor etwa acht Tagen infolge der Kampflage in aller Eile verteilten Leute haben durch ihre aus der Heimat mitgebrachte Stimmung auf die alten Mannschaften keinen günstigen Einfluß ausgeübt. Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind ebenfalls durch die Länge der Kampfhandlungen sehr mitgenommen. Die Regimenter sind stark ruhe- und ausbildungsbedürftig und nicht abwehrfähig. Ich halte ein baldiges Herausziehen der Division für dringend erforderlich. — Bei der Artillerie sind Mannschaften und Pferde überanstrengt. Die Truppe ist ruhe- und ausbildungsbedürftig, zurzeit nur zur Abwehr in beschränktem Maße kampfkräftig. — Die Pionierkompagnien sind infolge des dauernden Einsatzes und der Anstrengungen der letzten Rückzugskämpfe stark ruhebedürftig.

239. Inf.-Div.

Laut Bericht des Genkdo. 54 vom 31. 10. 18 Ia 1335 geh. kampfkräftig trotz geringer Feldstärken. *Die Division selbst meldet am 30. 10. 18 unter Ia 1762 op.,* daß sie zur Wiederherstellung der vollen Kampfkraft einer vierzehntägigen Ruhe- und Ausbildungszeit bedürfe. *(Am 7. 11. bewertet sie das Genkdo.* als „noch kampfkräftig", außer dem I.-R. 466, das abgekämpft sei.

12. Res.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 2458:

Ausbildungsgrad der Infanterie unzureichend. Die Ausbildungsmöglichkeit war infolge zahlreicher Arbeiten für Stellungs- und Wege-

bau gering. Gesundheitszustand gut. Bataillons-Feldstärke: 442 Mann. — Ausbildungsgrad der Feldartillerie genügend, teilweise nicht hinreichend, bei der Fußartillerie gut. Pferde erschöpft. — Die übrigen Formationen sind abwehrfähig an beliebiger Front. — Die Division ist abwehrfähig an ruhiger Front, bedarf aber der Ausbildung.

185. Inf.-Div.

meldet am 31. 10. 18 telephonisch:

Nicht einsatzfähig. Die Division braucht dringend einige Zeit, um die Verbände neu zu ordnen und den zu erwartenden Ersatz in Höhe von 1100 Mann einzustellen. Die Stimmung wird nach nunmehr erfolgter Ablösung der Division wieder gehoben werden können. —

Generalkommando IV. Reserve-Korps

berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 750 geh.:

Die dauernden Rückschläge und die ständigen Rückzugsbewegungen haben die Kampfkraft der Infanterie, bei seit Monaten fehlender Unterbringung, bei abgerissener Bekleidung und mangelhafter Ausrüstung, gebrochen. Auch die Artillerie, die bei Tag und Nacht schießen oder marschieren muß, fängt an, zu versagen. Die Offiziere sind aus gleichen Gründen und insbesondere auch infolge der grenzenlosen Verlausung aufs äußerste körperlich und seelisch erschüttert, und der Einfluß auf ihre Mannschaften fängt an, zu sinken. Diesen völlig erschöpften Truppen gegenüber ist der Gegner, auch wenn man nur seine jetzigen Frontdivisionen in Rechnung zieht, erheblich überlegen und jederzeit befähigt, auch nur bei geringem Artillerieeinsatz neue Erfolge zu erzielen. — Im besonderen

14. Inf.-Div.

ist abgekämpft. *Sie war am 1. 11.* „noch kampfkräftig".

58. Inf.-Div.

berichtet am 30.. 10. 18 unter Ia 5762:

Der Ausbildungsgrad ist mäßig. Die Division, die seit 23. 8. ununterbrochen an Hauptkampffronten eingesetzt ist und seit dieser Zeit kein Dach mehr über dem Kopf gesehen hat, kann nur noch unter dem Zwange der Verhältnisse als abwehrfähig an ruhiger Front bezeichnet werden. Die Truppe ist völlig überanstrengt und bedarf dringend einer, wenn auch nur kurzen Ruhezeit, vor allem auch, um der in erschreckendem Umfange bestehenden Läuseplage, die ebenso wie die nahe Aussicht auf Frieden auf die Stimmung der Truppe ungünstig wirkt, Herr zu werden. Gesundheitszustand im allgemeinen

nicht günstig, zahlreiche Hauterkrankungen infolge fehlender Reinigungsmöglichkeit, beim Inf.-Regt. 106 zahlreiche Fußkranke infolge fehlenden Ersatzes an Schuhwerk. Erkältungs- und Grippeerkrankungen kommen im stark gehäuften Maße vor, halten sich aber noch in erträglichen Grenzen.

Deutsche Jäger-Div.

ist abgekämpft. — *Sie war am 1. 11.* „noch kampfkräftig".

44. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 298. 10.:

Die Infanterie der Division wurde in der Nacht vom 26./27. 10. 18 in vorderer Linie abgelöst und unter Belassung einer Sicherheit in jedem Regimentsabschnitt der Hermann III-Stellung zurückgezogen. Infolge von Verschiebungen hat sich der Kräftezustand der Truppe bei der durchweg sehr engen Unterbringung nicht gehoben. Zurückziehung der Truppe außerhalb des feindlichen Feuerbereichs und Entbindung von der Gestellung der Sicherheitsbesatzung ist dringend erwünscht zur Hebung der Gefechtskraft der Truppe und zum Zusammenschweißen der neuzusammengestellten Verbände. — Das Res.-Feld-Art.-Rgt. 44 bedarf nach Auffüllung mit Gerät zur Festigung der Ausbildung einer Ruhezeit von acht Tagen, ebenso das II. Batl. Fuß-Art.-Rgt. 21 zur Instandsetzung des Geräts und Festigung der Manneszucht. — Die Pioniere sind, da dauernd eingesetzt, sehr ruhebedürftig. — Der Gesundheitszustand ist schlecht, hauptsächlich Erkältungskrankheiten, einige Grippefälle. Entlausung ist dringend erforderlich. — Der Kräftezustand der Pferde hat sich bei dem geringen Nachschub an Hartfutter trotz des z. T. noch genügend zur Verfügung stehenden Rauhfutters nicht gehoben. — Die Division bedarf dringend einer vierzehntägigen Ruhe- und Ausbildungszeit, um die neu zusammengestellten Verbände und mit diesen die neu einzustellenden Rekruten des Jahrgangs 1900 zusammenzuschweißen. Zurzeit ist die Division besonders mit Rücksicht auf den starken Ausfall an Offizieren, darunter zwei Regiments-Kommandeure, nicht als kampfkräftig für Großkampf zu bezeichnen.

30. Inf.-Div.

meldet am 1. 11. an A.-O.-K. 7 unter Ia 12 595:

Infolge der ununterbrochenen schweren Kämpfe der Division seit 27. 9., in denen die Truppe tage- und nächtelang dem feindlichen Feuer und der Witterung schutzlos ausgesetzt war, sind die körperlichen und psychischen Kräfte von Offizieren und Mannschaften völlig erschöpft. Es besteht zurzeit keinerlei Gewähr, daß sie einem ernst-

lichen feindlichen Angriff den nötigen Widerstand entgegensetzen werden. In den rasch zusammengewürfelten Verbänden kennt weder der Führer seine Leute, noch diese die Führer. Die Vorbedingung für erfolgreiche Gefechtsführung, Einfluß der Offiziere auf die Mannschaften und Vertrauen der Leute zu ihren Führern, sind somit nicht gegeben. Ein Einsatz, zu jetziger Zeit, muß mit Sicherheit zu einem Mißerfolg führen.

18. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 3. 30. 10:

Die Division ist ohne jede Unterbrechung seit 6. 9. als Eingreif- oder Stellungsdivision eingesetzt gewesen. Der Zustand der Truppe ist schlecht infolge des langen ununterbrochenen Einsatzes und der großen Anstrengungen der letzten Wochen. Die Leute sind durchweg übermüdet und völlig verlaust. Ihre Kleidung ist zum größten Teil heruntergerissen und dringend der Ausbesserung und des Ersatzes bedürftig. Die Division ist nicht mehr in der Lage, einen erneuten feindlichen Angriff abzuweisen.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos 51

2. Inf.-Radfahr-Brig.

Von ihr liegt kein Bericht vor. Zur Kennzeichnung diene folgende Verfügung der Brigade vom 2. 11. 18 Ia 178 op. geh.:

Der heutige Tag ist ein Ehrentag der Brigade. Mit einer Division und Tanks griff der Feind heute früh den linken Flügel des Abschnitts nach stärkster Artillerievorbereitung an. Durch das eiserne Standhalten das Radfahrbatl. 1, die zähe Verteidigung des Radfahrbatl. 6 und das schneidige Draufgehen des Radfahrbatl. 4, vortrefflich unterstützt durch die Artillerie und Minenwerfer, wurden alle Versuche des Gegners, nach Landrecies durchzubrechen, vereitelt. Der Feind erlitt eine schwere Niederlage. Es wurden ihm hohe blutige Verluste zugefügt. pp.

243. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 Ia 6360 geh.:

Wenn auch die Gefechtsstärken erheblich gestiegen sind, so ist doch der Kampfwert nicht merklich größer geworden. Die Einstellung des Ersatzes, die Neuordnung der Verbände haben in vorderster Linie vorgenommen werden müssen, so daß ein näheres Kennenlernen von Führern und Truppe noch nicht möglich war. — Der Kampfwert der Div.-Art. ist gering, aber noch ausreichend. Bewegungsfähigkeit infolge großer Ausfälle an Pferden beschränkt.

121. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 2062 op. geh.:

Gesundheitszustand nicht befriedigend. Starker Abgang an Kranken hervorgerufen durch Grippe, Erkältungs- und Hautkrankheiten infolge starker Verlausung. Der Kampfwert ist gering. Die Truppe ist zur frontalen Abwehr noch befähigt. Sie ist dringend ablösungsbedürftig und bedarf zur Ausbildung, Zusammenschweißen und Festigung der Verbände einer längeren Ruhezeit.

204. Inf.-Div.

berichtet am 22. 10. 18 Ia 120/10:

Lediglich zahlenmäßig, hierbei mit schlechtem Ersatz aufgefüllt, ohne Möglichkeit, die Verbände fest zu organisieren, steht die Division seit dem 8. 10. im Großkampf unter den schwierigsten Verhältnissen und ist hierbei auf rund 900 Mann Grabenstärke zusammengeschmolzen. Diese Zahl wird sich in den nächsten Tagen durch Wiedergenesende erhöhen, ein weiterer Ausfall durch Grippeerkrankungen ist andererseits jedoch wieder zu erwarten. Aus dem Gefechtstroß und G.-V.-Leuten werden zurzeit neue Abteilungen gebildet, durch die zunächst etwa 4—5000 Mann gewonnen werden. Die verbliebenen Teile sind erschöpft durch die dauernden Kämpfe und Unbilden der Witterung. Es ist dringend erforderlich, daß diese Teile, wenn die Lage eine Ablösung und weitere Zurückverlegung nicht erlaubt, wenigstens einige Tage unter Dach und Fach kommen. Die Widerstandskraft der Verbände wird durch Eintreffen von Offizieren und Unteroffizieren, die als Nachersatz in den nächsten Tagen eintreffen, erheblich gewinnen. Unter den früheren Verhältnissen als zur Abwehr für Großangriffe ungeeignet, werden die Truppen unter Erkenntnis des Ernstes der Lage und in Verbindung mit der starken Artillerie den Kanalabschnitt halten. Für die Artillerie liegen die gleichen Kampfverhältnisse vor. Ihre Gefechtskraft ist jedoch erheblich höher als die der Infanterie zu bezeichnen.

22. Res.-Div.

meldet am 30. 10. 18 unter Ia 13648:

Der körperliche Zustand der Truppe hat sich infolge der Entlausung, der Ausgabe von Wäsche und Bekleidung, sowie der trockenen Unterkunft und geregelten Verpflegung gehoben. Geist und Stimmung der Leute sind in Anbetracht der jetzigen widrigen Verhältnisse als gut zu bezeichnen. Zustand der Pferde noch sehr angestrengt und erholungsbedürftig. Die Division ist abwehrfähig an ruhiger Front.

1. Garde-Reserve-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 4321:

Durch monatelangen Einsatz, die hohen Verluste, die bisherige Unmöglichkeit geregelter Körperpflege und Entlausung ist der Kampfwert der Infanterie noch sehr gering. Für die Ausbildung, besonders in den Spezialwaffen, konnte bisher kaum etwas geschehen, so daß die starken Verluste an Bedienungsmannschaften nicht ausgeglichen werden konnten. Wenn auch die Leute in den letzten Tagen wenigstens ausgeschlafen haben, so ist doch eine Ausbildungs- und Ruhezeit von drei Wochen erforderlich. — Bei der Feld-Art. macht sich das Fehlen von Funktions-Unteroffizieren, Geschützführern, Richtkanonieren, Fernsprechern und gedienten Pferdepflegern störend bemerkbar. Fehlstellen: 357 — fast ausschließlich Leute der Gefechtsbatterien. Das Fuß-Art.-Batl. ist durch die letzten Kämpfe stark angestrengt aber kampfkräftig.

54. Inf.-Div.

meldet am 23. 10. 18 Ia telephonisch:

Für die Infanterie 48 Stunden, für die Artillerie noch kürzer währende Zeit des Aufenthalts hinter der Front hat nicht einmal die Möglichkeit zum Baden und Entlausen der Truppe gegeben. Die Zeit hat gerade gelangt, die neu eingetroffenen Ersatzmannschaften auf die Infanterieregimenter und die Artillerie zu verteilen; irgendwelches Einspielen des Ersatzes mit dem vorhandenen geringen Stamm, ein gegenseitiges Kennenlernen von Führern und Ersatzmannschaften ist nicht möglich gewesen. Das Fehlen von Spezialisten bei dem Ersatz macht sich bei dem großen Ausfall an M.-G.- und Mi.-W.-Mannschaften, Richtkanonieren und Fernsprechern sehr störend fühlbar. — In ihrer augenblicklichen Zusammensetzung besitzt die Division für Abwehr starker feindlicher Angriffe nur eine bedingte Kampfkraft.

17. Res. Div.

berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 2989 geh.:

Die Division ist zurzeit nicht einsatzfähig. Um die Division wieder vollkampfkräftig zu machen, bedarf sie der Auffüllung, sowie einer Ruhe- und Ausbildungszeit von 3 Wochen.

II. Aus dem Bereiche der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Armee-Oberkommando 18

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia/b 8858 geh.:

Der Feind ist nach dem Scheitern seiner mehrfachen Versuche, sich in den Besitz des Ostufers des Oise-Sambre-Kanals zu setzen, am 30. 10. auf breiter Front gegen den Südflügel der Armee unter Einsatz starker Kräfte und zahlreicher Tanks zum Angriff übergegangen, der restlos abgewiesen wurde. Wenngleich der Feind nach

dem schweren, verlustreichen Mißerfolg des Tages seinen Angriff bisher nicht erneuert hat, muß doch mit einer Wiederholung im größeren Maßstabe gerechnet werden.

Nach den Ergebnissen der Luftaufklärung ist vor der Armee ein starker Aufmarsch beendet, dessen Schwergewicht von Le Cateau bis in Gegend Landifay et Bertaignemont reicht.

Wenn auch infolge der — durch die Rückverlegung der Front bedingten — kurzen Zeit der Meßtrupptätigkeit genaue, zahlenmäßige Angaben über die Stärke der feindlichen Kräfte noch nicht vorliegen, so muß doch eine starke überlegene Artillerie als gegenüberstehend angenommen werden; bisher wurden 317 Batteriestellungen erkundet, die teilweise zum Angriff bereit weit vorgeschoben sind. Beachtenswert ist, daß nachts in der Hauptsache nur die weiter zurückstehenden Batterien feuern. In der Luft hat die Überlegenheit der feindlichen Flieger von Tag zu Tag zugenommen. Am 30. 10. wurden im Abschnitt des I. Bayer. A.-K. allein 355 feindliche Flugzeuge, hauptsächlich Engländer, gesichtet. Flughäfen und Fesselballons sind nahe an die Front vorgezogen.

Auffällig ist ferner die Anhäufung von Lastkraftwagen an der Straße Ham—St. Quentin—Origny, an der nach der Auswertung vom 30. 10. 1600 Wagen gezählt wurden, die rund 20 000 Mann befördern können, und möglicherweise für einen tiefen Durchstoß nach erfolgtem örtlichen Durchstoß bereitgestellt sind.

Nimmt man die Massierung von 5 Angriffsdivisionen allein vor der Front des XVIII. Res.-Korps hinzu, so ergibt sich als Gesamturteil, daß ein feindlicher Angriff großen Stils unmittelbar bevorsteht, dessen Hauptstoß sich gegen Guise richten dürfte. Daß die Mehrzahl der zermürbten und stark geschwächten Divisionen, besonders der des XVIII. Res.-Korps und XIV. Armee-Korps, in einem tagelangen Großkampf standhalten kann, ist mit Sicherheit nicht zu erwarten. Die 5 Divisionen des XVIII. Res.-Korps haben zusammen nur rund 3900 Gewehrträger. Die 5 Divisionen des XIV. Armee-Korps nur rund 4100 Gewehrträger. Soll die jetzige Stellung gehalten werden, so ist Ablösung der abgekämpften Divisionen und Ersatz durch kampfkräftige Truppen unbedingt erforderlich.

Kampfwert der Divisionen:

a) kampfkräftig: 9. I.-D., 87. I.-D.;
b) noch abwehrfähig: 19. R.-D., 200. I.-D., 105. I.-D., 231. I.-D., 79. R.-D., 18. I.-D., 5. R.-D.;
c) im Großkampf nicht mehr abwehrfähig: 81. R.-D., 6. bayer. I.-D. und 1. I.-D.;
d) unbedingt ablösungsbedürftig: 29. I.-D., 15. R.-D., 238. I.-D., 1. R.-D., 2. I.-D., 82. R.-D., 232. I.-D., 237. I.-D., 221. I.-D., 34. I.-D.

Acht Tage später berichtet das A.-O.-K. unter Nr. 8994 geh.:
Ia/b *vom 9. 11. 18:* Die Kampfkraft der Truppen hat durch die Kämpfe, Verluste und Anstrengungen der letzten Woche in Verbindung mit der schlechten Witterung weiterhin beträchtlich abgenommen.

Generalkommando I. Bayerisches Armee-Korps

berichtet am 30. 10. 18:

19. Res.-Div.

ist in ihrem jetzigen Zustande nur für den Stellungskrieg geeignet und nicht vollkampfkräftig. Ihre Artillerie ist nur bedingt bewegungsfähig.

29. Inf.-Div.

Die Kampfkraft dieser verbrauchten und dringend ablösungsbedürftigen Division ist infolge des dauernden Einsatzes weiter gesunken. Ihre Artillerie ist nur bedingt bewegungsfähig.

15. Res.-Div.

ist nur bedingt abwehrfähig. Der Kampfwert läßt infolge Neueinstellung von Troßmannschaften und anderen Kommandierten zu wünschen übrig. Ihre Artillerie ist kampfkräftig.

200. Inf.-Div.

ist für Abwehr kampfkräftig. Sie hat aber durch den Einsatz in dem ausgedehnten Abschnitt und durch die Kämpfe der letzten Tage gelitten.

Unter dem 6. 11. Ia 2855 op. geh. berichtet das Gen.-Kdo. zusammenfassend:

Der Kampfwert sämtlicher der Gruppe unterstellten Divisionen ist seit der letzten Woche infolge der andauernden verlustreichen Kämpfe, großen körperlichen Anstrengungen ohne Möglichkeit der Ruhe und durch die Unbilden der Witterung weiterhin erheblich gesunken. Sämtliche Divisionen sind dringend ablösungsbedürftig.

Generalkommando XXVI. Reserve-Korps

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 5267:

79. Res.-Div.

ist für den jetzigen Abschnitt abwehrfähig. Nach einer Ausbildungs- und Ruhezeit von 3 bis 4 Wochen, in der Ersatz eingestellt wird, würde die Division die volle Kampfkraft wieder erlangen. — (*Am*

7. 11. wird die Division als noch abwehrfähig *bezeichnet, jedoch seien die Truppen* sehr geschwächt, ihre Stimmung aber „sehr gut".)

9. Inf.-Div.

ist für Abwehr kampfkräftig, nach 3 Wochen Ruhe- und Ausbildungszeit wieder vollkampfkräftig. — (*Am 7. 11. aber heißt es:* Die Kampfkraft der Division ist durch die am 4. 11. erlittenen sehr schweren Verluste stark herabgemindert. Zurzeit ist die Division mit Rücksicht auf ihre geringen Stärken nur in einem Abschnitt von geringer Breite abwehrfähig.)

18. Inf-Div.

ist unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage als kampfkräftig zur Abwehr zu bezeichnen. Der ständige Wachtdienst, der bei den geringen Stärken in dem breiten Abschnitt an den einzelnen Mann besonders hohe Anforderungen stellt, die schlechte Unterbringung in den Stellungen und das dauernde feindliche Störungsfeuer haben die Ermüdung und das Ruhebedürfnis aller Teile der Division vermehrt. — (*Am 7. 11. lautet der Bericht:* Die Division ist ablösungsbedürftig, ihr Kampfwert stark herabgesetzt. Die Mannschaften sind übermüdet. Die ungünstigen moralischen Einflüsse des Rückzuges machen sich geltend.)

6. bayer. Inf.-Div.

Die Division ist ablösungsbedürftig. Die Gefechtsverluste, die die Division in der letzten Woche erlitten hat, die körperlichen Anstrengungen eines ununterbrochenen Einsatzes, verbunden mit einem auch bei ruhiger Lage meist Tag und Nacht unterhaltenen lebhaften feindlichen Störungsfeuer, das in der jetzigen Stellung deckungslos ertragen werden muß, haben den Kampfwert der Division weiter herabgesetzt. Könnte die Division zu einer wirklichen Erholung in gute Quartiere zurückgezogen werden, so würde sie bei gleichzeitiger Auffüllung in etwa 14 Tagen wieder voll leistungsfähig für die Abwehr sein. (*Am 7. 11. heißt es:* Die Gefechtskraft der Division ist durch die schweren Kämpfe am 4. 11., die schlechte Witterung und infolge der Unmöglichkeit, seit fast 3 Monaten auch nur Teilen der Division Ruhe und Erholung außerhalb des feindlichen Feuers zu verschaffen, erschöpft. Infolge dieser Umstände und wegen der politischen Vorgänge hat sich auch die Stimmung verschlechtert.)

Generalkommando XVIII. Reserve-Korps

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 5611 op.:

Nach zwei ruhigen Tagen der Vorbereitung griff der Gegner am 30. 10. unter Einsatz starker Kräfte, darunter dreier frischer Angriffsdivisionen, sowie einer außerordentlich hohen Anzahl von Tanks die

ganze Korpsfront an. Seine mit großer Wucht geführten Angriffe scheiterten an der unerschütterlichen Ausdauer und Hingabe aller Waffen der seit langer Zeit schwer kämpfenden Divisionen. Die am Brennpunkt der Kämpfe — nördlicher Korpsflügel und Mitte — dem Korps zur Verfügung stehenden, abgekämpften, schwachen Divisionen sind öfterer Wiederholung starker feindlicher Angriffe nicht gewachsen. Die Zahl der Gewehrträger der 238. I.-D., 81. R.-D., 82. R.-D., 34. I.-D. und 2. I.-D. zusammengerechnet war vor den Kämpfen am 30. 10. um 400 Mann geringer als die der 9. Inf.-Div.:

Im einzelnen:

231. Inf.-Div.

hat verhältnismäßig günstige Stärken. Sie ist zwar durch 10 Wochen langen Einsatz ermüdet, muß aber immerhin noch als kampfkräftig bezeichnet werden. — (*Am 7. 11. wird die Division als* ruhebedürftig *bezeichnet.*)

238. Inf.-Div.

Die Widerstandskraft der Division, die mit allen Teilen seit 2 Wochen in vorderer Linie eingesetzt ist, hat durch die ständigen Kämpfe, die erlittenen Verluste und die Unbill der Witterung weiter abgenommen. Ihre Kampfkraft ist sehr gering. Die Division ist ablösungsbedürftig. — (*Am 7. 11. heißt es:* die Division sei dringend erholungsbedürftig.)

82. Res.-Div.

Zahlreiche Mannschaften sind stark erschöpft und teilnahmslos. Die Truppe ist ablösungsbedürftig. — (*Am 7. 11. wird die Division als* für Abwehr und bedingt kampfkräftig *bezeichnet.*)

81. Res.-Div.

Die Division ist stark ermüdet und ablösungsbedürftig. Die Infanterie wird nach Meldung der Division kaum noch in der Lage sein, weiteren feindlichen Großangriffen nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen. — (*Am 7. 11. wird berichtet,* daß die Truppe, besonders Infanterie und Pioniere, stark erschöpft sei.)

2. Inf.-Div.

Die Division, die sich trotz ständigen Einsatzes und schwerer feindlicher Angriffe stets glänzend bewährt, ist am Ende ihrer physischen Kräfte. Kurzes Zurückziehen und Einstellung von Ersatz werden aus der Division wieder eine kampfkräftige Truppe machen.

34. Inf.-Div.

(nach Bericht des XIV. A.-K. vom 31. 10.)

Kampfwert durch Anstrengungen und Verluste der letzten Zeit stark herabgemindert. — (*Am 7. 11. wird die Division als* nicht kampfkräftig, auch für den Stellungskrieg nicht geeignet, *bezeichnet.* Die Truppe sei „völlig ermüdet".)

5. Res.-Div.

Die Kampfkraft der Division ist infolge der geringen Gefechtsstärken nicht vollwertig. Zwei Abteilungen des Res.-Felda.-R. 5 sind infolge schlechten Pferdezustandes nicht voll bewegungsfähig. Die Truppe wird nach 14 Tagen voller Ruhe wieder einsatzfähig sein. — (*Die Division wird am 7. 11.* als „noch kampfkräftig zur Abwehr" *gewertet.*)

1. Res.-Div.

Die stark dezimierte Infanterie der Division hat zurzeit kaum einen Kampfwert. Der alte Stamm ist verblutet, die vorhandenen Mannschaften sind zusammengewürfelt, die Offiziere in der Mehrzahl neu, den Vorgesetzten und Mannschaften wie auch gegenseitig einander fremd, die Artillerie ist in ihrem Bestande geschwächt, abgekämpft und erholungsbedürftig. Die Division bedarf der Einstellung von Ersatz und längerer Ruhe zur Festigung der Verbände.

Generalkommando XIV. Armee-Korps

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 12120:

232. Inf.-Div., 237. Inf.-Div. und 11. Inf.-Div.

sind durch den langen ununterbrochenen Einsatz und die schweren Kämpfe der letzten Zeit aufs äußerste erschöpft. Diese Divisionen sind in Abschnitten eingesetzt, deren Breiten ihren Grabenstärken nicht annähernd entsprechen. Ablösung, Entlausung, Wechseln der Wäsche ist infolgedessen unmöglich. Die Mannschaften finden bei der gespannten Lage weder bei Tage noch bei Nacht Ruhe, ihre Widerstandskraft ist erschöpft. Starken feindlichen Angriffen ist die Infanterie der 3 genannten Divisionen nur bei wirksamster Artillerie-Unterstützung gewachsen. Ob sie einem überraschenden feindlichen Großangriff, besonders bei Nacht, standhalten wird, ist zweifelhaft. (*Am 7. 11. wid der Kampfwert der* 237. Inf.-Div. und 11. Inf.-Div. als „infolge Überanstrengung unverändert gering" *bezeichnet.*)

221. Inf.-Div.

Der Kampfwert dieser Division ist durch die Anstrengungen und Verluste der letzten Zeit stark herabgemindert. — (*Am 7. 11. heißt es,* ihr Wert sei infolge der großen Anstrengungen der letzten Tage weiter herabgemindert.)

105. Inf.-Div.

ist kampfkräftig zur Abwehr. — *(Ebenso am 7. 11. bewertet.)*

87. Inf.-Div.

berichtet unter dem 31. 10. 18 Ia 1922 op. an das Armee-Oberkommando:

Die aus Rußland kommenden Kriegsgefangenen bedeuten zur Zeit keinen Kräftezuwachs für die Div., sondern nur eine schwere Gefahr. Sie waren nach längerem Heimaturlaub meist nur einige Tage im Ers.-Batl. und sind von dort sofort zur Front gesandt. Ihre militärische Ausbildung ist daher durchaus unzureichend. Besonders verderblich ist ihr die Disziplin untergrabendes Verhalten, auf unklaren, aus Rußland mitgebrachten Freiheitsbegriffen und der dortigen planmäßigen Verhetzung beruhend. — Bezeichnend ist der von ihnen aufgebrachte, sich wie die Pest in manchen Truppenteilen, auch anderen Divisionen, verbreitende Unfug, hinter Offizieren: „Haut ihn" oder „Haut ihn, Messer heraus" herzurufen. Massensuggestion kann es dann leicht zur Ausführung von Tätlichkeiten gegen Offiziere bringen.

Mir persönlich ist die Verschlechterung der Disziplin und das Auftreten obiger Unsitte beim I.-R. 345 meiner Division aufgefallen, das sich bisher durch sehr gute Haltung auszeichnete, aber infolge besonders großer Verluste im letzten Großkampf nur kleine Stämme behielt und mit einer größeren Zahl von ehemaligen Kriegsgefangenen aufgefüllt wurde.

Der aus dem Rekrutendepot überwiesene Ersatz ist in Ausbildung, Disziplin und Stimmung gut.

Die Wiedergenesenden, früher meist der beste Ersatz, zeigen diesmal auch in Stimmung und Disziplin auffallende Verschlechterung.

Die Div. ist noch erholungsbedürftig. Die Infanterie ist auch zur Abwehr nicht vollkampfkräftig. Drei Wochen Ausbildung, besonders für die L.-M.-G.-Bedienungen, sind erforderlich. Die Artillerie ist nach 10 Ausbildungstagen vollkampfkräftig für alle Aufgaben.

Armee-Oberkommando 7

berichtet am 2. 11. 18 unter Ia 24/XI:

Da die Kämpfe der letzten Woche den Franzosen wenig Erfolge, aber erhebliche Verluste brachten, werden zur Fortsetzung der Groß-Angriffe gegen die linke Armeehälfte neue Feindkräfte herangebracht werden müssen. Bis zu ihrem Einsatz dürften Teilangriffe zu erwarten sein, die uns in Atem halten sollen. Auf der rechten Armeehälfte wird die Lage der 18. Armee wahrscheinlich die Ereignisse bestimmen; das Übergreifen größerer Kämpfe auf die 7. Armee ist sicher zu erwarten.

Kampfwert der Divisionen:

a) voll kampfkräftig: keine;
b) noch kampfkräftig: 24. R.-D., 26. I.-D., 227. I.-D., 10. R.-D., 19. I.-D., 216. I.-D.;
c) ablösungsbedürftig: 86. I.-D., 2. bayr. I.-D., 4. G.-I.-D.;
d) Kampfwert nur noch $^1/_3$ bis $^2/_3$ Division: 5. I.-D., 50. I.-D., 84. I.-D., 3. Marine-D., 30. I.-D.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos VIII. Armee-Korps

24. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 11 809 op.:

Die Division ist gerade noch kampffähig für den ruhigen Stellungskrieg, jedoch einem längeren Einsatz und schweren Kämpfen kaum mehr gewachsen. Um die volle alte Kampfkraft wieder zu erlangen, bedarf sie in kurzer Zeit einer zwei- bis dreiwöchigen Ausbildungs- und Ruhezeit. Der Kampfwert und die Stimmung sämtlicher Truppen ist gesunken. Im allgemeinen liegen die Gründe dafür in den großen Anstrengungen der letzten Wochen und den Vorgängen in der Heimat. Die Frontverlegungen bedingen für die Truppen immer von neuem große Anforderungen an ihre Arbeitskraft und brachten z. T. recht schwere Kämpfe, die der Infanterie erhebliche Verluste kosteten. Auch die Unterbringung blieb infolge unseres Zurückgehens dauernd äußerst dürftig, so daß die Leute meistenteils nicht einmal vor den Unbilden der Witterung geschützt waren. Bei der Infanterie macht sich infolge der Ausfälle starker Mangel an L. M. G. Bedienungen fühlbar. — Auch bei der Artillerie macht sich eine starke Ermüdung infolge der erhöhten Feuertätigkeit und des häufigen Stellungswechsels fühlbar. Ausbildung der Sonderdienstzweige ist notwendig. — Der Zustand der Pferde hat sich kaum gebessert. Felda.-Regt. 68, Fußa.-Batl. 64 und die Pi. Formationen sind nur bedingt bewegungsfähig.

86. Inf.-Div.

Da von dieser Division Berichte fehlen, so sei der Bericht ihrer Infanterie-Brig. mitgeteilt. Er lautet:

172. Inf.-Brig. vom 30. 10. 18 I 1624:

Die Brigade ist nicht vollkampfkräftig. Die Truppe ist durch die ununterbrochenen Bewegungen und Kämpfe der letzten Wochen und die schlechten Unterbringungsmöglichkeiten stark mitgenommen. Der überwiesene Ersatz mußte sofort eingestellt werden, sodaß ein Verschweißen mit den Stamm-Mannschaften hinter der Front noch nicht

möglich war. Die Truppe bedarf dringend einer 4wöchigen Ruhe- und Ausbildungszeit hinter der Front. Grippeerkrankungen haben zugenommen. Wegen Mangel an Pferden sind die Regimenter nur bedingt bewegungsfähig.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos III. Armee-Korps

3. Marine-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 12695:

Die Umformierung der Infanterie in 6 Batl. ist beendet. Den neu zusammengestellten Kompagnien fehlt noch der innere Zusammenhang. Führer und Truppe kennen einander noch nicht. Zudem sind die aus der Bagage herausgezogenen Leute, die lange keine Waffe mehr in der Hand gehabt haben, dringend ausbildungsbedürftig. Augenblicklich ist noch nicht die Gewähr vorhanden, daß in schwierigen Kampfmomenten die Truppe fest in der Hand ihrer Führer bleibt. — Das Bedürfnis der Truppe nach einer längeren vollkommenen Ruhe ist allgemein und wird auch durch die Erkenntnis von dem Ernst der Lage nur wenig gemindert. — Bei der Artillerie sind die Mannschaften und Pferde sehr erschöpft. Infolge der vielen Fehlstellen an Kanonieren können alle Geschütze nicht mehr voll besetzt werden. Der Ausbildungsgrad der vorhandenen Mannschaften ist größtenteils gering. Der Gesundheitszustand aller Truppen der Division ist mäßig.

26. Inf.-Div.

gemäß Bericht des Genkdo. III A. K. vom 31. 10. 18 Ia/Ic 2695:

Die erheblichen Verluste, vor allem der Ausfall an Führern, haben die Kampfkraft vorübergehend geschwächt. Durch die seit $3^1/_2$ Monaten audauernden Kämpfe ist die Truppe etwas ermüdet. Außerdem nahm das starke Artilleriefeuer der vergangenen Gefechtstage die Widerstandskraft — besonders des neu eingestellten Ersatzes — erheblich in Anspruch. Dabei gestatteten Kampfhandlungen und Alarmbereitschaft nicht, der Truppe die nötige Ruhe und Erholung zu gewähren. Es ist erforderlich, den jungen Ersatz mit der alten Stammtruppe durch Übungen zusammenzuschweißen und seinen Geist zu beeinflußen. Der Gesundheitszustand der Truppe ist im allgemeinen befriedigend. Um wieder vollkampfkräftig zur Abwehr feindlicher nach längerer Artillerievorbereitung einsetzender Großangriffe zu werden, ist für jedes Bataillon eine kurze, jedoch nicht durch Märsche oder Alarm unterbrochene Erholung geboten. Nach kurzer Erholungszeit für die Bataillone wird die Division wieder vollkampfkräftig werden.

227. Inf.-Div.

meldet am 31. 10. 18:

Die Kampfkraft der Infanterie hat sich, soweit Ausbildung bei den Ruhebataillonen möglich war, gehoben. Sie ist ausgeruhter als in der Vorwoche. Als vollkampfkräftig ist die Infanterie nicht zu bezeichnen, aber sie ist gewiß ebenso gut wie andere Truppen unter gleichen Voraussetzungen. Bei Artillerie, Pionieren und Nachrichtenformationen ist der Kampfwert unverändert.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos VIII. Reserve-Korps

84. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 5384:

Zustand und Stimmung sind gut. Infolge der kalten Nächte ist die Zahl der Grippeerkrankungen noch immer verhältnismäßig hoch. Durch diesen Ausfall werden die übrigen Leute, besonders bei der Artillerie, sehr angestrengt. Zustand der Pferde infolge der vielen Märsche mäßig. Die Div. ist für Abwehr in der jetzigen oder in ähnlicher Stellung kampfkräftig. Die Truppe braucht jedoch noch Ruhe, die neben der notwendigen Ausbildung — besonders am M. G. — der Entlausung und Instandsetzung des Geräts und des Anzugs zu widmen wäre.

19. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 21 414:

Der fortdauernde Einsatz, die Abwehr des feindlichen Angriffs vom 25. 10. und die häufige erhöhte Gefechtsbereitschaft haben den Kampfwert der Truppe etwas vermindert; zur Erfüllung der jetzigen Aufgabe ist er jedoch ausreichend. Ein Nachlassen der Stimmung hat sich nicht bemerkbar gemacht.

2. bayer. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 8304:

Im Kampfwert der Infanterie ist auch weiterhin keine wesentliche Veränderung eingetreten, weil die physische Kraft der Truppe sich nicht hat heben können. Bei der Artillerie ist der Zustand der Pferde schlecht. Die Div. ist weiterhin zur Verteidigung unter nicht zu schwierigen Verhältnissen geeignet.

Generalkommando z. b. V. 65

berichtet am 31. 10. 18 unter IIa 1199:

Sämtliche Divisionen des Korps haben bei den letzten Großangriffen erhebliche Verluste erlitten. Durch Herauslösung der 50. Inf.-Div. und Neueinsatz der 10. Res.-Div. ist es möglich, so viel Reserven auszuscheiden, daß das Korps gesichert dasteht gegen

neue Großangriffe des Gegners. Die eingesetzten Truppen, besonders die 5. Inf.-Div. und die 4. Garde-Inf.-Div., befinden sich infolge der ausgezeichneten Abwehrerfolge in ausgezeichneter Stimmung. Ein Herausziehen einzelner Teile dieser Divisionen zur Ruhe ist jedoch dringend nötig.

5. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 63010:

Die Infanterie hat nach den Erfolgen der letzten Tage das Gefühl der unbedingten Überlegenheit über den Feind wiedergewonnen und sieht weiteren feindlichen Angriffen zuversichtlich entgegen. Seit 21. 7. eingesetzt, sind die Truppen, sowohl Offiziere wie Mannschaften, durch den andauernden Wacht- und Postendienst unter schwerem feindlichen Artilleriefeuer stark angegriffen und sehr verlaust. Teilweise sind die Leute zu müde, um Nahrung zu sich zu nehmen, die nur im Dunkeln vorgebracht werden kann. Deswegen ist die Zuteilung eines frischen Bataillons dringend nötig, um Teile zur Ruhe und Entlausung zurückziehen zu können. Durch diese Maßnahmen würde in wenigen Wochen die Kampfkraft der Div. bedeutend gehoben werden. Die Stimmung der Truppe ist gut. Felda.-Rgt. 18: der Ersatz ist z. T. mangelhaft ausgebildet. Mannschaften durch den langen Einsatz körperlich stark mitgenommen. Die moralische Kampfkraft ist durch das Aufhören des Zurückgehens und durch die siegreiche Abwehr der feindlichen Angriffe wieder stark gewachsen. Eine Abstellung auf die Dauer von etwa 6 Wochen wird für erforderlich gehalten. — I. Abt. F.-A.-R. 100 und III. Abt. F.-A.-R. 257 sind nicht vollkampfkräftig, Mann und Pferd erholungsbedürftig. Die drei Fußa.-Batl. sind kampfkräftig.

4. Garde-Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 14299 geh.:

Der Kampfwert und die Stimmung des Garde-Gren.-Rgts. und des Res.-Inf.-Rgts. 93 ist durch den Abwehrerfolg, von dem jeder einzelne Mann überzeugt ist, gestärkt und gehoben. Die Regimenter sind zur frontalen Verteidigung ihrer Abschnitte ausreichend kampfkräftig. Das 5. Garde-Rgt. z. Fuß hat bei der Wiederherstellung der Lage bei der Nachbardivision durch blutige Verluste sowie durch die moralische Wirkung stärkster Artilleriegegenwirkung und unausgebauter und ungesicherter Stellungen erheblich gelitten. — Die Artillerie ist kampfkräftig zur Verteidigung des Divisionsabschnitts. — Gesundheitszustand leidet durch Auftreten von Grippe. Zustand der Artilleriepferde mangelhaft.

216. Inf.-Div.

laut Bericht des Genkdo. 65 vom 31. 10. 18 Ia 1200:

Die Division ist seit 28. 7. eingesetzt. Die Zeit seit Herausziehen bei Gruppe Wichura kann für die Division nicht als Ruhezeit berechnet werden, da die Truppe durch häufige Märsche und meist ungenügende Quartiere nicht zur Ruhe gekommen ist. Der Zustand der Pferde dieser Div. ist nicht befriedigend.

10. Res.-Div.

Gemäß Bericht des Genkdo. III A. K. vom 31. 10. 18 Ia/Ic 2695:

Der Kräftezustand ist durch die Anstrengungen der letzten Kämpfe und das durch die Lage gebotene dauernde Hin- und Hermarschieren der zurückgezogenen Bataillone weiter gesunken.

Der Krankenbestand hat sich erhöht. Die Div. ist bedingt kampfkräftig.

50. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 Ia 6887:

Die Division ist zurzeit nicht kampfkräftig. Bei den drei Inf.-Rgtern. fehlen nach den letzten Kampfwertmeldungen 92 Offiziere. Durch Verluste von 41 Offizieren in der Zeit vom 25. bis 27. 10. sind damit die Fehlstellen auf 133 gestiegen. Die Div. bedarf, um die Verbände zu neuen Kämpfen zu ordnen und um Ersatz einzustellen, dringend einiger Tage Ruhe hinter der Front. Einstellung von Ersatz ist dringend erforderlich.

24. Inf.-Div.

berichtet am 2. 10. 18 unter Ia 9808:

Der Kampfwert der Div. ist im Vergleich zur letzten Woche nicht wesentlich verändert. Um die Kampfkraft der Infanterie zu erhalten, ist 6tägige Ruhe und Ausbildung erforderlich ohne Alarmierung und ohne Märsche als Reserve. Der Gesundheitszustand ist befriedigend. Die Verlausung hat stark überhandgenommen. Die Unterkünfte der zurückgezogenen Ruhebataillone müssen erst geschaffen werden, ebenso die Heizgelegenheiten. Zustand der Pferde der Artillerie hat sich durch die häufigen artilleristischen Umgruppierungen und durch die damit zusammenhängenden Munitionierungsfahrten derartig verschlechtert, daß die Marschfähigkeit der Artillerie erheblich eingeschränkt ist. — Die Division ist kampfkräftig zur Verteidigung des eigenen Abschnitts. Es fehlen ihr jedoch bei einer Frontbreite von 4,2 km für Großkampf in erster Linie die Gewehrträger zur Führung von Gegenangriffen und Gegenstößen. — Die Division bedarf, um vollkampfkräftig für Angriff und Verteidigung zu werden, der Einstellung von Ersatz und 4 Wochen Ruhe und Ausbildung.

Armee-Oberkommando 1

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia/Ib 4288 geh.:

Die Armee steht seit dem 25. 10. mit ihrem rechten Flügel im Großkampf. Es wird mit Sicherheit erwartet, daß der Feind seine Angriffe fortsetzt, da er über starke Kräfte in Front und in Reserve verfügt.

Die eigenen Kräfte sind so verbraucht, daß der vom Feinde erstrebte Durchbruch in kürzester Frist gelingen kann, wenn nicht schnell frische Kräfte zugeführt werden. Aus der eigenen Front können keine frischen Kräfte mehr verfügbar gemacht werden.

Dagegen lautet der Bericht 8 Tage später unter Ia/Ib 4368 geh. vom 9. 11. 18:

Die hohen Verluste, die der Feind bei seinen erfolglosen Angriffen an der Aisne erlitten hat, zwangen ihn zu einer Kampfpause, in die der Beginn der Kriegsmarschbewegung fiel. Die Bewegung konnte daher ungestört vom Feinde angetreten werden und ist bisher planmäßig verlaufen. Der Feinddruck, der zunächst auf dem rechten Flügel am stärksten war, verteilt sich jetzt gleichmäßig auf die ganze Front. Es ist gelungen, einen so weiten Abstand vom Feinde zu gewinnen, daß mit dem planmäßigen Abschluß der Bewegung gerechnet werden kann. Mangels jeglicher Lufterkundung und infolge eingeschränkter Tätigkeit der übrigen Nachrichtenorgane ist bisher kein Bild über die Feindlage gewonnen worden.

Generalkommando VII. Reserve-Korps

berichtet am 1. 11. 18:

17. Inf.-Div.

hat in den schweren Abwehrkämpfen sehr gelitten. Die Division ist bei Fortsetzung der Angriffe in kürzester Frist nicht mehr fähig, die Verteidigung zu führen.

50. Res.-Div.

Die Division ist völlig abgekämpft. Ohne Einstellung von Ersatz und Gewährung einiger Ruhe ist irgend welche Kampfleistung von den Truppen nicht zu erwarten.

8. bayer. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 2280 geh.:

Die erhöhte Gefechtsbereitschaft der letzten Zeit, die anstrengende Kampftätigkeit beim rechten Regiment, die ständigen Verschiebungen der Bereitschaftsbataillone und ihre Verwendung bei

Nachbardivisionen in fortwährend wechselnden Lagen und ohne Unterkunft zehren immer mehr an der Kraft der Truppe. Die Besserung der Gefechtsstärken durch den eingestellten Nachersatz bedeutet infolgedessen nur eine bedingte Erhöhung der Kampfkraft der Truppe, da die augenblicklichen Zustände den einzelnen Mann in kürzester Zeit auf den gleichen Zustand bringen, auf dem sich die Masse der Truppe befindet. Wenn ich daher auch in Anbetracht der jetzigen Lage trotzdem die Division noch als kampfkräftig im jetzigen Abschnitt bezeichne, so ist dies nur bedingt. Vollkampfkräftig für Einsatz an einer Front, die die Merkmale des Großkampfes noch ausgeprägter trägt als die jetzige, ist die Div. erst nach einer geschlossenen Ausbildungszeit von mindestens 4 Wochen hinter der Front, wenn inzwischen die Inf.-Reg. aufgefüllt sind.

10. Inf.-Div.

berichtet am 29. 10. 18 unter Ia:

Die Grippe-Epidemie scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Die Kampfkraft ist jedoch insofern noch durch die Grippe geschwächt, als 418 Mann sich im Lazarett befinden. Bei einigen Feld-Batterien herrscht geringe Räude, der Futterzustand läßt zu wünschen übrig. — Es wird daran gearbeitet, die durch die Ereignisse des Oktober gedrückte Stimmung zu heben. — Die Division hat seit März 1918 379 Offiziere, 11 030 Mann und 1221 Pferde, hierbei den besten Stamm an kriegserfahrenen Offizieren und Mannschaften verloren. Nach der Abwehrschlacht zwischen Soissons und Marne und zum zweiten Male nach der Räumung des Michel-Bogens wurde sie durch die Reste der 235. und 77. R.-D. aufgefüllt. Die durch dreimaligen Quartierwechsel beschränkte 14tägige Ausbildung seit Ende September/Anfang Oktober hat nicht genügt, die größtenteils bisher nur hinter der Front verwendeten Mannschaften der 77. R.-D. gefechtsmäßig auszubilden und vor allem die Verbände zusammenzuschweißen. Dazu wäre eine noch mindestens zweiwöchige Ausbildung dringend nötig. Bei den fechtenden Truppen befinden sich 1127 Polen und 266 Elsaß-Lothringer.

1. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 5549:

Der Kampfwert der Division hat sich durch die schweren Kämpfe der letzten Woche und durch die hohen Verluste weiter verringert. Das I.-R. 43, das zur Neuaufstellung am 22. 10. abends in Chaumont eingetroffen war, mußte am 25. 10. vormittags bereits wieder vorgezogen und am 26. 10. zum Angriff eingesetzt werden; es ist also zur Neuformierung nicht gekommen. Das Gren.-R. 3 besteht zur Zeit nur aus einem Batl., ein zweites Batl. ist aus neueingestelltem Er-

satz, aus Bagagemannschaften, Schreibern, Handwerkern seit 30. 10. in Neuaufstellung begriffen. Dieses Batl. besitzt überhaupt noch keinen Kampfwert. Alle Regimenter werden auf 2 Batl. umformiert. Offiziere und Mannschaften sind am Ende ihrer körperlichen Kräfte. Die Grippe tritt erneut und unter den Offizieren, die sich wohl länger gehalten haben, ehe sie sich krank meldeten, schwerer auf und macht sie zur Zeit dienstunfähig. Es haben sich allein 3 Batl.-Führer krank gemeldet. Die Mannschaften sind vollkommen verlaust. Zur Erhaltung eines leidlichen Gesundheitszustandes ist eine Entlausung unbedingt erforderlich. Der Mangel an Batl.-Führern, vor allem aber an Kompagnie-Führern, Zug-Führern und Unteroffizieren, an M.-G.-Besatzungen und Nachrichtenmittel-Personal ist ein außerordentlich großer. Der in der vorigen Woche eingestellte Ersatz ist ohne erneute Ausbildung unbrauchbar. Die Leute sind zum Teil schlecht diszipliniert, mit Hand- und Gewehrgranaten nicht vertraut (aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrte) und kennen die heutige Kampfweise nicht. Ihre Ausbildung und Zusammenschweißung mit den wenigen alten Leuten ist erforderlich, um aus ihnen für den Kampf brauchbare Soldaten zu machen. — Die Artillerie ist ebenso ruhebedürftig wie die Infanterie. Die Verluste an Offizieren und Mannschaften sind auch bei der Artillerie erheblich. Die Division muß zur Zeit als völlig abgekämpft bezeichnet werden. Sie braucht auch vor Einsatz an ruhiger Front mindestens 7 Tage Ruhe. Die Nachrichtenmittel-Abteilungen der Inf.-Regimenter sichern zur Zeit noch nicht den Verkehr zwischen dem Regiment und 2 Bataillonen, auch bei der Artillerie reichen Fernsprecher und Blinker nur für die notwendigsten Verbindungen aus.

Generalkommando VI. Reserve-Korps

berichtet am 1. 11. 18:

80. Res.-Div.

Sie konnte in ihrer Kampfkraft nur unwesentlich gehoben werden. — *(Über diese Div. hatte es 6 Tage vorher, am 26. 10. geheißen:* sie bedarf mehrere Wochen Ruhe und vor allen Dingen Ausbildung hinter der Front, um schwierigen Aufgaben wieder gewachsen zu sein. Sie hat Ersatz dringend notwendig.)

Garde-Kav.-Schützen-Div.

hat durch Teilnahme von 5 Regimentern an den Kämpfen an dem rechten Flügel an Kampfkraft wesentlich eingebüßt. — (*Sie war am 26. 10. 18 als* „noch kampfkräftig" *bezeichnet worden.*)

Generalkommando XXIV. Reserve-Korps

berichtet am 1. 11. 18:

51. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 1360:

Die Division steht fast ununterbrochen seit 25. 8. im Kampf bzw. während der letzten Tage im Stellungskrieg. Marschtage mit erheblichen Marschanforderungen waren die einzige Zeit, in der die Truppe sich seelisch erholen konnte. Die Leute haben seit Wochen nicht gebadet und sind zum größten Teil völlig verlaust. Die Stimmung ist der politischen Lage entsprechend nicht besonders gut. Ich halte die Truppe zur Abwehr eines feindlichen Großangriffs nicht für fähig, da sie körperlich und geistig zu stark ermüdet ist. Die Pferde bedürfen sehr der Erholung. Durchschnittsfeldstärke eines Bataillons 489 Mann (Regimenter zu 2 Bataillonen).

7. Inf.-Div.

Die in sehr schlechtem Zustande in ihre Stellung eingerückte 7. Inf.-Div. hat sich in ihrer Kampfkraft durch dauernde, mehrfach nicht glücklich verlaufende Teilkämpfe nicht erholen können.

Armee-Oberkommando 3

berichtet am 2. 11. 18 unter Ia 11 840 Ia geh.:

Der erwartete erneute Großangriff gegen die Front Rilly-Grandpré hat gestern eingesetzt. Der Feind hat sein Ziel, in Richtung Chatillon—Le Chesne durchzubrechen und — im Zusammenhange mit den amerikanischen Angriffen gegen die 5. Armee — Mitte und linken Flügel der 3. Armee abzuschneiden, trotz Einsatzes frischer Divisionen nicht erreicht.

Fortsetzung der Angriffe, Hauptdruck zwischen Semuy—Ballay ist sicher zu erwarten. Ferner rechnet die Armee mit Übergreifen der Angriffe auf die stark geschwächte Front Amagne—Rilly. Kampfwert der Divisionen:

a) 1. G.-I.-D., 3. G.-I.-D., 202. I.-D, 76. R.-D., 203. I.-D. nicht abwehrfähig;
b) 199. I.-D., 9. L.-D. abwehrfähig in ruhigem Abschnitt,
c) 213. I.-D., 242. I.-D., 1. b. I.-D., 195. I.-D. abwehrfähig, aber ermüdet, hohe Verluste und geringe Stärken,
d) 14. R.-D., 103. I.-D., 42. I.-D. noch abwehrfähig.

Sieben Tage später, am 9. 11. 1918 berichtet die Armee unter Ia 12 136:

Der Feind hat östlich der Bar stark nachgedrängt, westlich der Bar folgte er erst langsam und zögernd, ging dann aber auch hier kräftig vor. Mit baldigen Angriffen gegen die Maasstellung muß gerechnet werden. Die Verteidigungsfähigkeit der Stellung ist in den Abschnitten, wo der Fluß am feindwärtigen Tal Wände führt, nicht

hoch zu bewerten. Die Kampfkraft der Divisionen hat im Verlaufe der Abmarschbewegungen gegen die Vorwoche weiter abgenommen.

Generalkommando XXV. Reserve-Korps

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 211 op.:

9. Ldw.-Div.

Die Hebung ihres Kampfwertes hat sich verzögert durch dauernde Abgaben von Teilen der Division, um Lücken in den anderen Divisionen auszufüllen.

199. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 4157:

Die Regimenter hätten nach den vorhergehenden, anstrengenden Monaten einer mehrwöchentlichen Ruhe bedurft. In der augenblicklichen ruhigen Stellung könnte sich die Truppe einigermaßen erholen, wenn Gelegenheit für gründliche Körperpflege, vor allen Dingen Entlausung, vorhanden wäre. Ebenfalls ist eine Instandsetzung des Anzugs, sowie Reinigung und Reparatur der Waffen dringend erforderlich. Durch die im ersten Teil der Berichtswoche herrschende nasse Witterung hat sich die Zahl der Fußkranken vermehrt. Urteil über den eingetroffenen Ersatz noch nicht möglich. Durchschnittliche Gefechtsstärke eines Batl. 193 Mann.

3. Garde-Inf.-Div.

Ihr Kampfwert ist sehr gering.

1. Garde-Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 6915:

In der zurzeit ruhigen Stellung und bei der leidlichen Unterkunft im rückwärtigen Gebiet können sich Führer und Mannschaften von den überaus großen Anstrengungen der Großkampfwochen erholen, jedoch ist die Truppe den Anforderungen des Großkampfes z. Z. nicht gewachsen. Der eingetroffene Ersatz macht im allgemeinen einen guten Eindruck. Auffallend ist, daß sich fast keine am L.-M.-G. ausgebildeten Mannschaften darunter befanden. Bei allen Truppen ist der Ausbildungsgrad gering, da bei dauerndem Einsatz eine Gelegenheit zur Ausbildung bisher nicht vorhanden war. Es wäre von größter Bedeutung, den an sich guten und kräftigen Ersatz in die Hand der Führer einzuspielen und im Geiste der Div. zu erziehen.

4. b. Inf.-Div.

die im Abtransport nach Innsbruck begriffen ist, berichtet unter dem 5. 11. 18 Ia 10755:

Der Kampfwert der Infanterie ist infolge des letzten 4wöchigen Einsatzes sehr gering. Abgesehen von den Gefechtsabgängen, besonders an Spezialisten, der großen Erschöpfung der Mannschaft durch den letzten Einsatz, die ungenügende Unterkunft und Reinlichkeit (der Truppe sind seit 6 Wochen die großen Bagagen entzogen) hatte auch die Moral in den letzten Gefechtstagen gelitten. Nur durch eine mindestens 3 Wochen währende Zeit straffer Ausbildung und planvoller, wohl überlegter Einwirkung auf den Geist der recht bunt zusammengesetzten, wohl auch durch heimatliche Beziehungen und Friedenshoffnungen beeinflußten Truppe, verbunden mit der Möglichkeit der Instandsetzung von Bekleidung und Ausrüstung, ausreichender Körperpflege in guter Unterkunft kann die Kampfkraft der Infanterie wieder so gehoben werden, daß die Division für neuen Einsatz geeignet ist. Seit dem Eintreffen hier hat sich infolge der besseren Unterkunft, der Möglichkeit der körperlichen Reinigung und des Verständnisses, das die Leute ihrer jetzigen Verwendung entgegenbringen, der Zustand und der Geist der Truppe verbessert.

Generalkommando XVI. Armee-Korps

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 2092:

213. Inf.-Div.

meldet am 31. 10. 18 Ia 156 geh.:

Der Kampfwert hat sich gegen die vorige Berichtswoche nicht wesentlich gebessert. Die Stimmung ist zufriedenstellend, jedoch sind Offiziere und Mannschaften infolge des ununterbrochenen Einsatzes abgespannt. Da seit längerer Zeit nicht gebadet und entlaust werden konnte, nimmt die Ungezieferplage zu. Bei dem Feld-Art.-Rgt. und besonders bei den Fuß-Artl.-Batl. macht sich starke Erschöpfung der Pferde geltend.

Gesamturteil: kampfkräftig in ruhigem Abschnitt.

242. Inf.-Div.

Ihre Truppen sind stark ermüdet und bedürfen dringend der Auffrischung. Stimmung und Gesundheitszustand sind befriedigend.

1. bayr. Inf.-Div.

Beim 1. und 2. bayr. Inf.-Rgt. hat sich der Kampfwert infolge mehrtägiger Ruhe wesentlich gehoben. Stimmung, vor allem infolge

der letzten Erfolge der Regimenter, gut. Das 24. bayr. Inf.-Rgt. bedarf dringend einer mehrtägigen Ruhe.

103. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 6668 geh.:

Der Kampfwert der Div. hat sich gegenüber dem letzten Bericht (24. 10.: Kampfwert gering) etwas gehoben. Zur Erlangung voller Kampfkraft bedarf die Div. jedoch nach Auffüllung der Fehlstellen einer 3wöchigen Ausbildung hinter der Front. Bei der Infanterie ist der Mangel an ausgebildeten M.-G.-Mannschaften besonders fühlbar. Bei allen 3 Inf.-Rgt. fehlt es am Zusammenhalt innerhalb der Verbände. — Bei der Art. ist die Ausbildung, soweit es Zeit und Umstände ermöglichten, gefördert worden. — Pionierersatz ist noch nicht eingetroffen. — Die Nachrichtenformationen sind verwendungsfähig, ebenso die Sanitätsformationen. — Gesundheitszustand im allgemeinen befriedigend. Grippe hat nachgelassen. — Pferdezustand leidet unter dem Mangel an Unterkunft.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos I. Reserve-Korps

202. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 2390 op.:

Die Division ist durch ununterbrochenen Einsatz in der Front seit 12. 9. 18 und z. T. schwere Kämpfe, infolge starker Verluste und infolge des schlechten Gesundheitszustandes sehr stark geschwächt. Sie bedarf dringend der Herauslösung aus der Front für einige Zeit und Unterbringung in guten Quartieren, um wieder kampfkräftig zu werden. Im Gesundheitszustand der Truppe ist keine Besserung eingetreten. Infolge des kalten und z. T. feuchten Wetters und der sehr mangelhaften Unterbringung der Truppe weitere zahlreiche Grippefälle und Darmerkrankungen. Die Truppe ist sehr stark verlaust. Der Kräftezustand der Pferde hat sich besonders bei der Artillerie infolge der großen Inanspruchnahme bei der Munitionierung auf schlechten Wegen und infolge des Biwakierens weiter verschlechtert.

14. Res.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 183.10 geh.:

Die Kampfkraft hat unter dem seit 4 Wochen andauernden Biwakieren bei den schon sehr kalten Nächten und unter dem Mangel an Unterkunftsmaterial (Dachpappe usw.) gelitten. Die Stimmung ist leidlich. Die Nachrichten aus der Heimat sind nicht dazu angetan, sie zu heben. Der Gesundheitszustand der Mannschaften ist be-

friedigend; es kommen immer noch einzelne Grippefälle vor, doch handelt es sich nicht um Massenerkrankungen. Auch bei der Artillerie ist der Zustand befriedigend, bei den schweren Bataillonen gut. Der Zustand der Pferde verschlechtert sich durch große Anstrengungen auf schlechten Wegen; Ausrückestärken der Infanterie-Kompagnien: 1 Offizier, 50—55 Mann.

195. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 700:

Das trockene Wetter in der Berichtswoche hat günstig auf den Gesundheitszustand eingewirkt. Das Wohlbefinden der Offiziere und Mannschaften leidet jedoch unter starker Verlausung und völligem Mangel an Körperpflege. — Das jedesmalige Zurückziehen zweier Bataillone in Ruhe wird zur Hebung der Disziplin wesentlich beitragen, auch kann hierbei die Ausbildung von Jägern am leichten und schweren M.-G. und am leichten Minenwerfer gefördert und die sehr in Mitleidenschaft gezogene Bekleidung und Ausrüstung instand gesetzt werden. Der im Sinken begriffene Kampfwert wird durch die Ruhezeit wesentlich gehoben werden. Der Futter- und Kräftezustand der Pferde der Artillerie ist durch das Munitionieren auf den schlechten Wegen weiter erheblich zurückgegangen.

76. Res.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 552 op.:

Die Kampfkraft der Division ist durch die Kämpfe der vergangenen Woche, durch die Witterung und durch die starke Vergasung am 30. 10. und in der Nacht 30./31. 10. völlig herabgemindert worden. Verluste, Kranke, das Fehlen jeder Ablösungsmöglichkeit haben die Stimmung und den Gesundheitszustand stark beeinträchtigt. Selbst die Offiziere, die unter Aufbietung aller Willenskraft die Truppe bisher noch aufrecht erhalten konnten, sind heute am Ende ihrer Kraft angelangt. Der Ausfall an Zug- und Gruppenführern und M.-G.-Bedienungen stellt die Abwehrfähigkeit in Frage Die gesamte Infanterie der Division kann nur noch 21 schwere und 38 leichte M.-G. bedienen. Durch die anhaltende Vergasung mit Gelbkreuz sind einige Batterien derartig betroffen worden, daß die gesamte Bedienung erkrankte. Das R.-F.-A.-R. 56 kann z. Z. nur $2^1/_2$ Batterien einsetzen. Der Mangel an Kabel ist so groß, daß eine artilleristische Feuerleitung und ausreichende Beobachtung nicht mehr möglich ist. Es fehlt neben der notwendigsten Geschützbedienung vor allen Dingen an im Beobachter- und Nachrichtendienst technisch ausgebildetem Personal (Blinker, Funker, Fernsprecher). — Die Div.-Funka 188 kann heute keine Funkenlinie mehr einwandfrei betreiben, weil das Gerät unter der ungünstigen Witterung und Beschuß

gelitten hat, Ersatzteile nicht zu erhalten sind. Der Ausfall bei der Divferna 476 durch Verluste und Gaskranke, sowie der Mangel an Material erschwert die Aufrechterhaltung der Fernsprechverbindungen in höchstbedenklichem Maße. Eine sofortige Ruhezeit ist dringend nötig, um die Truppe, deren Haltung und Geist bisher ausgezeichnet war, und die sich bis heute mit größtem Erfolg, Tapferkeit und Anerkennung geschlagen hat, vor einer mit Sicherheit eintretenden, dauernden schweren Schädigung ihrer Kampfkraft und Moral zu bewahren. Um wieder vollkampfkräftig zu sein, bedarf die Division einer Ruhezeit von mindestens 4 Wochen hinter der Front. Die vorherige Einstellung von Ersatz in ausreichender Stärke, sowie Ausbildung der Unterführer und der Infanterie an den Hilfswaffen, besonders am L.-M.-G., der Artillerie am Geschütz und im technischen Dienst, ist dringend erforderlich.

42. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia/Ic 1386:

Der Gesundheitszustand der Div. ist im allgemeinen befriedigend, die Ruhezeit ist jedoch zu kurz, um eine völlige körperliche Erholung der Mannschaften herbeizuführen. — An dem Zustand des III. Batls. Fußa.-R. 15 ist gegen die Vorwoche keine wesentliche Änderung eingetreten. Der Zustand des Felda.-R. 15 hat sich jedoch weiterhin verschlechtert. Die sehr hohe, ununterbrochene Feuertätigkeit bei Tag und besonders bei Nacht, der stets anstrengende Munitionsersatz hat den geringen Mannschaftsstand, der durch blutige Verluste und Grippeerkrankungen weiterhin abgenommen hat, bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit angestrengt. Die Mannschaften des Regiments liegen seit 25. 8. ohne einen Ruhetag ununterbrochen im Freien. Offiziere und Mannschaften sind völlig verlaust. Die Pferde haben infolge der schwierigen Munitionierungsverhältnisse in bezug auf ihren Kräftezustand außerordentlich gelitten. Wenn schon der Einsatz der Infanterie bei dem geringen Kampfwert des neuen Ersatzes bedenklich erscheint, so bittet die Division, den Einsatz der Art. noch bis zum 10. 11. hinausschieben zu wollen. — Bei den Pionieren ist der Mangel an technisch gut ausgebildeten Unteroffizieren und Mannschaften besonders fühlbar. Die Ausbildungszeit für durch die befohlene Umformierung der Inf.-Rgt. zu 2 Batl., durch Instandsetzen der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke und das Entlausen der Truppe stark beschränkt. — Die Kompagnien bestehen größtenteils aus neuem Ersatz, dessen Ausbildung nicht genügend ist. In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit ist es nicht möglich, unausgebildete Mannschaften in der Ausbildung an den Spezialwaffen soweit zu fördern, daß sie diese mit Sicherheit bedienen können. Besonderer Mangel besteht an ausgebildeten M.-G. Mannschaften. Die Division ist zurzeit nur bedingt abwehrfähig an ruhiger Front.

203. Inf.-Div.

ist *nach Bericht des Genkdo. I. R.-K. vom 1. 11. 18 Ia 1593* abgekämpft.

III. Aus dem Bereiche der Heeresgruppe Gallwitz

Armee-Oberkommando 5

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 552 geh.:

Die Kampfkraft der Armee ist durch den heutigen Angriff des Feindes noch mehr geschwächt. Ohne Heranführung frischer Reserven kann ein erfolgreicher Widerstand auch in den allernächsten Tagen nicht mit Sicherheit gewährleistet werden. Die Maasgruppe West, deren rückwärtige Verbindungen fast parallel zur Front über die Maas führen, kann in eine ernste Lage kommen.

Kampfwert der Divisionen:

a) kampfkräftig: 1. L.-D.;
b) für Abwehrschlacht abwehrfähig: 20. I.-D., 27. I.-D., 33. I.-D., 192. I.-D., 228. I.-D., 240. I.-D.;
c) für Abwehrschlacht nur bedingt abwehrfähig: 5. bayr. R.-D., 15. I.-D., 107. I.-D., 115. I.-D.;
d) ablösungsbedürftig: 15. bayr. I.-D., 28. I.-D., 31. I.-D., 52. I.-D., 88. I.-D.

Diese Divisionen dürften nach dem Verlauf des heutigen Tages nur noch geringen Kampfwert haben. Starke Teile ihrer Artillerie sind verloren.

e) noch nicht erholt: 13. I.-D., 41. I.-D., 117. I.-D., 236. I.-D.

Der Kampfwert dieser Divisionen hat sich zwar gebessert, es ist aber noch eine Ruhezeit von 8 Tagen erforderlich, damit sie wieder abwehrfähig werden.

Die 32. I.-D. und 37. I.-D. sind nur für den ruhigen Stellungskrieg geeignet und bedürfen mehrerer Wochen Ruhe und Ausbildungszeit, um wieder kampfkräftig zu werden.

Sieben Tage später berichtete die 5. Armee unter dem 8. 11. 18 Ia 272 geh.:

Die Truppe ist durch wochenlangen Einsatz in nicht ausgebauten Stellungen mit unzureichenden Deckungs- und Unterkunftsbauten, meist ohne vorherige Ruhe und Ausbildung und unter ungünstigen Witterungsverhältnissen körperlich erschöpft. Dazu kommt, daß die politische Lage, die Nachrichten aus der Heimat und die zersetzende Propaganda des Feindes wie der unabhängigen Sozialdemokratie ungünstig und erschlaffend auf die Moral der Truppen wirken. Noch sind die guten Elemente in der Überzahl. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Truppe Ruhe, bessere Unterkunft, die Führer Zeit und Gelegenheit erhalten, die Leute wieder fest in die

Hand zu bekommen. Geschieht das nicht in hinreichendem Maße, so muß mit weiteren Erscheinungen des Verfalls gerechnet werden.

Kampfwert der Divisionen:

a) abwehrfähig: 10., 20., 33., 117. I.-D.;
b) nur bedingt abwehrfähig: 1. L., 15., 27., 31., 32., 37. I., 75. R., 192., 228. I.-D.;
c) abgekämpft: 5. b. R., 13. I., 15. b. I., 28., 41., 52., 88., 107., 115., 213., 236., 241. I.-D.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos z. b. V. 58

240. Inf.-Div.

Von dieser Division fehlen Berichte und charakteristische Meldungen.

15. bayr. Inf.-Div.

Da von dieser Division keine Berichte vorliegen, so sei die Abendmeldung der Division am 1. 11. 18 5 Uhr 30 nachmittags zur Kennzeichnung mitgeteilt: Feindliche Artillerie-Vorbereitung setzte 4^{30} vormittags ein. 7^{10} vormittags erfolgte der Sturm. Die Division hielt ihre Linie, bis das 30. I.-R. von Nordosten her umfaßt wurde. Größere Teile sind anscheinend hierbei verloren gegangen. Das 31. und 32. I.-R. hielten trotzdem ihre Stellung, bis ihr Führer, Major Reiß, durch Umfassung bedroht, gezwungen wurde, den linken Flügel an den Kaisersberg zurückzubiegen. pp. Die Artillerie hat neben der Infanterie an der Abwehr des Angriffs einen wesentlichen Teil des Erfolges.

52. Inf.-Div.

Von dieser Division fehlen Berichte und charakteristische Meldungen.

31. Inf.-Div.

Da von dieser Division kein Bericht vorliegt, so sei folgender Divisionsbefehl zur Kennzeichnung ihres Zustandes gegeben: 3. 11. 18 Ia 4189:

Die Division hat während des sechswöchigen Einsatzes in der Michel-Stellung jederzeit im vollen Maße ihre Schuldigkeit getan. — Die Hoffnung, die verdiente Ruhezeit zu erhalten, hat sich zu meinem Bedauern nicht erfüllt. Es galt, in größter Eile den abgekämpften Kameraden an anderer Kampffront zu helfen. Trotz langer Bahnfahrt und fehlender Unterkunft, nicht entlaust, hat die Infanterie mit ihren Begleitbatterien zum Teil im schwersten Trommelfeuer gegen die Amerikaner gehalten und so den Durchbruch am 1. 11 verhindert. pp.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos XXI. Armee-Korps

88. Inf.-Div.

ist *nach dem Bericht des Gen.-Kom. XXI A.-K. vom 1. 11. 18 Ia 1820 op.* voll kampfkräftig bis auf die mangelnde Ausbildung von M.-G. Mannschaften. *Die Division selbst berichtete am 23. 10. 18 unter Ia 9743 geh.:*

Bei Übertritt zur 5. Armee war die Division als voll kampfkräftig zu bezeichnen. Zwar hatte der Ersatz nicht so ausgebildet werden können, daß der alte Kampfwert der Regimenter erreicht worden wäre. Insbesondere wurde in den letzten Kämpfen der Kampfwert der Truppe durch andauernde rege Gefechtstätigkeit, Ungunst der Witterung und Mangel an Unterkunft ungünstig beeinflußt. Jedoch ist die Stimmung gut, Führung und Mannschaft mit Zuversicht bestrebt, allen ihnen gestellten Kampfaufgaben gerecht zu werden.

Anschließend berichtet die Division am 30. 10. 18 unter Ia 9837 geh.:

Kampfwert und Ausbildungsgrad der Div. seit letztem Bericht nicht wesentlich verändert. Ausbildung konnte infolge der häufigen Märsche nicht stattfinden. Mit der besonders wichtigen Ausbildung am L.-M.-G. ist durch Einrichtung entsprechender Kurse wieder begonnen worden. Die Frische der Truppe konnte durch Verbesserung der Unterkunft und vor allem durch die unbedingt erforderlich gewordene Entlausung etwas gehoben werden. Stimmung und Disziplin der Truppe ist gut.

28. Inf.-Div.

berichtet am 6. 11. unter Ia 2587 op.:

Die Inf.-Regimenter der Division sind nach den schweren Kämpfen der letzten Wochen besonders in der Zeit vom 1.—4. 11. nicht mehr einsatzfähig. Gesamtverluste in der Zeit vom 1.—4. 11. betragen etwa 36 Offiziere und 1300 Mann. Die Mannschaften sind körperlich überanstrengt. Die Stimmung ist durch die fortgesetzten Rückzugsgefechte gedrückt: sie leidet auch erheblich durch die politischen Zustände in der Heimat. Fast sämtliche zuverlässigen Offiziere und Unteroffiziere, sowie die meisten am M.-G. und Mi.-Wf. ausgebildeten Mannschaften sind ausgefallen. Felda.-Reg. 14 und Fußa.-Batl. 55 sind abgekämpft und nicht verwendungsfähig. Entsprechend haben auch die Pioniere, die als Kampftruppe eingesetzt waren, an Kampfkraft erheblich eingebüßt, ebenso die Nachrichtentruppen, für die Ersatz besonders dringend ist. Der Zustand der Pferde ist schlecht. Der Gesundheitszustand ist bis auf die Artillerie im allgemeinen befriedigend. Zur Wiedererlangung der vollen Kampfkraft bedarf die Div. einer Ruhe- und Ausbildungszeit von 4—6 Wochen hinter der Front und Einstellung genügenden Ersatzes. Zur-

zeit ist die Division selbst für einen Einsatz an ruhiger Front nicht geeignet.

Die Division hatte bereits am 31. 10. 18 unter Ia 2552 op. berichtet:

Einem feindlichen Großangriff ist die Division nur gewachsen, wenn es gelingt, diesen artilleristisch vor seiner vollen Entfaltung zu zerschlagen. Einen langen Infanteriekampf gegen überlegene Massen ist die schwache Infanterie der Division nicht mehr gewachsen.

107. Inf.-Div.

berichtet am 6. 11. 18 unter Ia 3119 op.:

Der Zustand der Regimenter ist, nachdem sie nunmehr 26 Tage im Kampf stehen, derart, daß sie weder für Angriff noch für Abwehr geeignet sind. Erschwerend kommt hinzu, daß die Moral der Truppe nicht mehr einwandfrei ist. Noch sind die guten Elemente die entscheidenden. Jedoch machen sich die Wirkung der feindlichen sowie der zielbewußten zweifellos vorhandenen Propaganda in der Heimat, die Rückwirkung der Vorgänge zu Hause und der allgemeinen Lage immer mehr als disziplinlockernd und geistzersetzend bemerkbar, um so mehr, als die körperlich geschwächten Leute schlechten Einflüssen besonders zugänglich sind.

5. bayer. Res.-Div.

Das Gen.-Komm. XXI. A.-K. berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 1820 op. über sie:

In Anbetracht der besonderen Stärke des Abschnitts ist die Division noch abwehrfähig.

27. Inf.-Div.

Das Generalko. XXI. A.-K. berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 1820 op. über sie:

Voll abwehrfähig bis auf fehlende ausgebildete M.-G.-Mannschaften.

Der Bericht der 53. Inf.-Brig. an die 27. Inf.-Div. vom 30. 10. 18 Nr. 184 pers. aber lautet:

Gesundheitszustand der Truppe gut. Kräftezustand der Pferde befriedigend. Die Regimenter der Brigade bedürfen einer dreiwöchigen Ausbildungszeit in Ruhe, um voll kampfkräftig zu sein. Die politischen Vorgänge der letzten Zeit haben vorerst keinen ungünstigen Einfluß auf den Geist der Truppe ausgeübt. Auf die Dauer müssen jedoch die ständigen Friedens- und Waffenstillstandsgerüchte auf die Kampflust des Mannes lähmend wirken. Von dem Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen und der Art der Bekanntmachung hängt daher unendlich viel ab.

115. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 2635 op.:

Die Inf. erholt sich allmählich, ist aber zurzeit einem Großangriff noch nicht gewachsen, da die Ausbildungsmöglichkeit seither nicht im entferntesten ausreichte, um die erheblichen Lücken auf allen Gebieten, namentlich in der Bedienung der M.-G. zu schließen. Gesundheitszustand befriedigend, durchschnittliche Bat.-Feldstärke 560 (ohne M.-G.-K.), die Regimenter zu 2 Batl. formiert. — Das Felda.-Reg. 229 ist in der Umformierung begriffen, nach der Umformierung besteht das Regiment aus zwei Abteilungen zu je vier Batterien und 1 leichten Mun.-Kol. Besetzung mit Bedienung und Bespannung reicht dann aus. Kampfwert des Felda.-R. 229 auch nach der Umformierung infolge des noch nicht gebesserten Gesundheitszustandes der Mannschaften und des schlechten Futters und Kräftezustandes der Pferde nur für ruhige Front geeignet. — Fußa.-Batl. 94 ist gleichfalls zunächst infolge der starken Erschöpfung der Pferde noch nicht voll verwendungsfähig. — Die Ausbildung der Art. bedarf dringend der Förderung. Die Pioniere sind noch ruhebedürftig, nicht ausgebildet. — Die Nachrichtentruppen sind bis auf einen empfindlichen Mangel an Funkern voll verwendungsfähig. — Die ihr nach harten Kämpfen gewährte Erholungszeit wird von den Truppen dankbar empfunden. Die Stimmung wird hierdurch widerstandsfähiger gegenüber den Eindrücken, die, wie z. B. der Abfall Österreichs, niederdrückend wirken. — Die Division hebt sich in ihrem Kampfwert. Um sie voll verwendungsfähig zu machen, ist die Zuführung ausgebildeten Ersatzes dringend erwünscht. Sie wird um so leistungsfähiger werden, je länger ihr die Möglichkeit gegeben ist, auszubilden und die Manneszucht zu festigen. Im Stellungskrieg an ruhiger Front sofort einsatzfähig.

41. Inf.-Div.

Von ihr sind keine Berichte vorhanden. Auf den Geist dieser Division läßt jedoch folgender Div.-Befehl vom 7. 11. 18 Ia 8180 schließen:

Die Division hat in schweren, wochenlangen Kämpfen dem feindlichen Ansturm standgehalten, der unter Zusammenfassung und Höchstanspannung aller Kräfte der Entente den Durchbruch und die Vernichtung der deutschen Streitkräfte erzwingen wollte. Wohl selten hat eine Truppe ähnlich Schweres durchgemacht und glänzend ausgehalten, wie meine tapfere 41. Division pp.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos V. Reserve-Korps

228. Inf.-Div.

berichtet am 6. 11. 18 unter Ia 6250 18 op.:

Der Kampfwert der Regimenter 35 und 48 und des II. R.-I.-R. 207 ist durch die Kampfhandlungen der letzten Tage stark gesunken. Kampfstärken der Btl. einschließlich M.-G.-Kompagnien, sämtlicher Gefechtsordonnanzen, Sperrfeuerposten, Essenträger usw. aber ohne Nachrichtenzug und ohne Minenwerferkompagnie am 5. 11. abends:

I./I.-R. 48: 80 Mann, II. Btl.: 60 Mann, III. Btl.: 50 Mann, II./R.-I.-R. 207: 90 Mann, I., II., III./Füs.-R. 35: 346 Mann. — In ununterbrochenem Kampfe befinden sich Füs.-R. 35 seit 5. 10., I.-R. 48 seit 8. 10., dabei ist zu berücksichtigen, daß die Regimenter bereits seit Mitte September als Eingreiftruppen verwendet sind und während dieser Zeit durch Kampf, Märsche und Biwak ohne Ruhe unausgesetzt großen Anstrengungen unterworfen waren. Ruhe und Ausbildung war — auch für die Res.-Batl. — seit Mitte Februar nur in ganz beschränktem Umfange möglich. Die Truppen haben seit Mitte September — z. T. noch länger — keine Gelegenheit zur Wiederherstellung ihrer Kleidung und zur Entlausung gehabt. Gesundheitszustand ist zurzeit nicht befriedigend. Wenn auch jeder Mann in der Division weiß, daß er jetzt sein Letztes herzugeben hat, so halte ich es doch für erforderlich, auf den geringen Kampfwert der Truppe, insbesondere der Infanterie, nochmals ausdrücklich aufmerksam zu machen. I.-R. 48 hat zurzeit so gut wie gar keinen Gefechtswert, Füs.-R. 35 ist einem erneuten starken feindlichen Angriff in seiner jetzigen Stellung nicht gewachsen, R.-I.-R. 207 steht noch am günstigsten, wird aber bei den augenblicklichen Kämpfen voraussichtlich in Kürze ebenfalls abgekämpft sein.

Die Leistungen dieser Division in den allerletzten Tagen beleuchten folgende Meldungen:

Abendmeldung des Genkdo. V. R. K. am 4. 11. 18 an A. O. K. 5:

Die schweren Kämpfe bei 228. Inf.-Div. dauerten den ganzen Tag an. Auf dem rechten Flügel und in der Mitte wurden alle Angriffe in hartem Ringen abgewiesen, auf dem linken Flügel warf schneidig geführter Gegenstoß den auf Hohen-Eichenberg eingedrungenen Feind unter schweren Verlusten wieder zurück. pp.

Abendmeldung des Genkdo. V. Res.-K. am 6. 11. 18 an A. O. K. 5:

Die seit 4 Wochen im Abschnitt Sivry—Eichenberg kämpfende brandenburgische 228. Inf.-Div. hat in glänzender Abwehr auch am heutigen Tage die ihr anvertrauten Stellungen gehalten.

192. Inf.-Div.

berichtet am 6. 11. 18 unter Ia 7329:

Die noch nicht vollkampfkräftig gewesene Division steht seit zwei Wochen in täglichem Kampfe. Die Truppen sind, ohne daß sie seit Anfang Mai irgendeine Ruhe gehabt haben, wieder restlos eingesetzt. Das II/I.-R. 192 hat infolge starker Verluste nur noch Reste seiner Kompagnien. Ein Auffüllen der auch sonst fühlbar zurück-

gehenden Kampfstärken ist unmöglich, weil seit etwa 3 Wochen trotz unausgesetzter Bemühungen jede Verbindung mit dem Rekrutendepot im Bereich der zweiten Armee fehlt. Bei dem Durchschnitt der Leute nimmt die Ermüdung und Anspannung sichtlich zu. Die Division hält sich einem Großangriff nicht mehr für gewachsen. Eine Zeit völliger Ruhe, wenn sie auch nur kurz ist, muß als überaus dringlich bezeichnet werden, schon um die Truppe durchweg zu entlausen, was seit Anfang Mai nur für einzelne Leute oder kleine Trupps, niemals planmäßig für ganze Verbände möglich gewesen ist. Bei der Artillerie hat der Kräftezustand der Pferde stark gelitten. Die Batterien sind nur noch zum Teil bewegungsfähig. Der Gesundheitszustand läßt mehr und mehr nach. Die Ursachen hierfür sind, abgesehen von den unter Kampfwert aufgeführten Gründen in der schlechten Unterbringung (zum weitaus größten Teil unter freiem Himmel) und der ungünstigen Witterung zu suchen. Auch das starke Verlaustsein hat eine Anzahl Abgänge an Kranken zur Folge gehabt. Pferdezustand, abgesehen von der leichten Artillerie, im allgemeinen befriedigend. Batl.-Feldstärken bei I.-R. 183: 566, bei I.-R. 192: 515, bei R.-I.-R. 245: 590.

13. Inf.-Div.

berichtet am 4. 11. 18 unter Ia 2. 11. op.:

Nach dem Stand vom 31. 10 betrug die Feldstärke der Batl. 440 Mann. Inzwischen wird der neue Einsatz der Regimenter die angegebenen Zahlen wieder erheblich herabgesetzt haben. Der Pferdebestand der Division war nach dem Stande vom 20. 10. auf 80% gesunken. Inzwischen sind aber weitere erhebliche Verluste, insbesondere bei der Artillerie, entstanden. Schätzungsweise wird der Bestand etwa 65% des Solls erreichen. Bei der Artillerie ist infolge dauernden Biwakierens bei feuchtem, naßkaltem Wetter in den letzten Wochen der Gesundheits- und Kräftezustand bei Mann und Pferd stark zurückgegangen. Die erhöhte Gefechtstätigkeit und Munitionsversorgung der letzten Tage hat ihrerseits eine ungewöhnliche Kräftebeanspruchung zur Folge gehabt. Die Division ist seit 1. 10. ununterbrochen in Großkampf eingesetzt. Der Stand der Ausbildung ist entsprechend der Kampftätigkeit gering. Durch die Einstellung des Ersatzes sind zwar die Feldstärken erhöht, jedoch fehlt der Truppe der nötige innere Zusammenhalt, da Führer und Mannschaft noch einander nicht kennen. Infolge ständigen Biwakierens, der Unmöglichkeit der körperlichen Reinigung (Verlausung), der erschwerten Kampfbedingungen, trat eine allgemeine Erschöpfung der Truppe ein. Der Gesundheitszustand der Truppe muß als nicht gut bezeichnet werden. In der Aussicht, bald abgelöst zu werden, und, wenn auch nur für kurze Zeit in Ruhe zu kommen, haben sich die Mannschaften allen an sie gestellten Anforderungen willig unter-

zogen. Der erneute plötzliche Einsatz aber hat die Stimmung sehr gedrückt, zumal die Truppe infolge Mangels an jeglicher Unterkunft, der Unmöglichkeit des Wechselns der Kleidung und Wäsche sehr erschöpft ist. Infolge dieser geschilderten Umstände läßt bei der Infanterie die Stimmung zu wünschen übrig.

117. Inf.-Div.

berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 5322:

Die Division hatte vor ihrem Einsatz nur eine kurze Ruhezeit hinter sich, während welcher durch stete Marschbereitschaft die Ausbildung sehr erschwert wurde. Da die Ausbildung, besonders an M.-G., L.-M.-G., sowie als Richtkanoniere nicht abgeschlossen werden konnte, so ist die Kampfkraft der Division zurzeit nur mäßig. Der Gesundheitszustand ist im allgemeinen befriedigend. Bei Gren.-Reg. 11, das zurzeit im Abschnitt der Division Vilosnes eingesetzt ist, sind die Verluste erheblich. Zur Erlangung ausreichender Kampfkraft für ruhige Front bedarf die Division einer Ruhe und Ausbildungszeit von 8 Tagen, zur Erlangung voller Kampfkraft einer Ruhe und Ausbildungszeit von 3—4 Wochen und Überweisung weiteren Ersatzes.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos IX. Reserve-Korps

1. Ldw.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 7856 geh.:

Die Division ist kampfkräftig für Stellungskrieg und Abwehrschlacht. Durchschnittliche Batl.-Feldstärken der drei Regimenter: 636 — 638 — 605. Gesundheitszustand ist bei der Infanterie trotz mangelhafter Unterkunft und großer Anstrengungen noch befriedigend. Bei der Artillerie haben zahlreiche Grippe- und Darmerkrankungen die Truppe stark mitgenommen. Jedoch ist die Grippe jetzt im Abnehmen. Zustand der Pferde hat sich auch in der letzten Woche infolge der schlechten Unterbringung und des bei den großen Anstrengungen nur unzureichenden Futters weiterhin verschlechtert. Man kann den Zustand der Pferde bei der Infanterie durchschnittlich als befriedigend, bei der Artillerie als im ganzen genügend bezeichnen.

15. Inf.-Div.

Da von dieser Division kein Bericht vorliegt, sei die Meldung der ihr unterstellten 80. Inf.-Brigade vom 29. 10. 18 I 224 10 gegeben:

Die eingesetzten Truppen leiden sehr unter der zunehmenden Läuseplage und dadurch entstehende Entzündungen und Geschwüre. Die Stimmung der Truppe leidet unter den politischen Vorgängen in

der Heimat. Die zum Teil seit mehr als einem Monat dauernd unter schwierigen Kampf- oder Arbeitsverhältnissen eingesetzten Mannschaften sind gleichgültig und stumpf geworden. Der Kampfwert hat sich gegen die Vorwoche nur wenig gebessert. Die Regimenter leiden noch immer an dem Mangel des inneren Zusammenhalts. Um diesen zu erreichen, bleibt die Forderung einer vierwöchigen Ruhe und Ausbildungszeit nach Auffüllung mit frischem Ersatz bestehen. Durchschnittliche Batl.-Feldstärken der drei Regimenter: 494—399, 516.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos XVIII. Armee-Korps

33. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 7671 op.:

Der Kampfwert der Division ist im allgemeinen unverändert. Etwas gebessert hat er sich dadurch, daß von jedem Infanterieregiment ein Bataillon, vom Felda.-Reg. 283 zwei, vom Fußa.-Batl. 76 eine Batterie in Ruhe gelegt und dadurch die Ausbildung wieder aufgenommen werden konnte. Abgesehen von der Grippe, die weniger zahlreiche und weniger schwere Fälle aufweist, ist der Gesundheitszustand gut. Durchschnittliche Batl.-Feldstärke: 662 Mann.

32. Inf.-Div.

Da von dieser Division keine Berichte vorliegen, sei der kennzeichnende Divisions-Tagesbefehl Nr. 257 vom 25. 10. 18 mitgeteilt:

Die Infanterie, deren Angriffsgeist in den 17tägigen unausgesetzten Gefechten sich bis zur letzten Stunde glänzend bewährte, hat neue Lorbeeren um ihre Fahnen gewunden. In Todesverachtung wurden in den ersten Tagen die hartnäckigen Angriffe der geschickt geführten Franzosen, sodann die mit Rücksichtslosigkeit eingesetzten amerikanischen Massen abgewiesen. In eiserner Pflichterfüllung hat jeder seinen Mann gestanden. Trotz Wetterunbilden, seit Tagen ohne Schlaf, in Überwindung großer Strapazen gab jeder sein Letztes her, um an vielleicht der entscheidenden Stelle der Westfront in Deutschlands ernstester Zeit das Vaterland zu verteidigen.

37. Inf.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 783:

Die Division ist nicht kampfkräftig und bedarf 3 Wochen Abstellung in Ruhe oder 5 Wochen Einsatzes an ruhiger Front zur Wiedererlangung der Kampfkraft. Für die Infanterie ist eine eingehende Einzel- und Kompagnieausbildung sowie eine gründliche Heranbildung der M.-G.-Bedienungen und Nachrichtenzüge unbedingt erforderlich. Führer und Truppe müssen sich gegenseitig kennen

lernen. Für die Artillerie gilt das gleiche. Infolge des starken Ausfalles an Richtkanonieren, Blinkern und Fernsprechern ist eine Abstellung zur gründlichen Ausbildung dringend erforderlich. Das Gerät muß nachgesehen und instandgesetzt werden. Gesundheitszustand der Offiziere und Mannschaften ist im allgemeinen befriedigend, jedoch haben Darm- und Grippeerkrankungen zugenommen. Zustand der Pferde bei der Infanterie genügend, bei der Feldartillerie befriedigend, bei der Fußartillerie schlecht. Durchschnittliche Bataillonsgefechtsstärken der drei Infanterieregimenter 462 bezw. 393, bezw. 671.

236. Inf.-Div.

berichtet am 7. 11. 18 unter Ia 2020:

1. Infanterie. Nach schweren und äußerst verlustreichen Kämpfen bei Cunel und Romagne, aus denen die Infanteriebrigade infolge vollkommener Erschöpfung und hoher blutiger Verluste am 20. 10. herausgezogen werden mußte, wurden die Regimenter nach 8—10 Arbeitstagen in der Antwerpen-Maas-Stellung von neuem eiligst unter Zurücklassung des Gefechtstrosses nach der Gruppe Ornes und von da zur Gruppe Argonnen verschoben. Am 3. 11. wurde die Brigade eingesetzt und machte die schweren Kämpfe südlich und bei Beaumont und die Rückzugsbewegungen hinter die Maas mit. Den Leistungen der Brigade in diesen schweren Kämpfen zollte der Oberbefehlshaber, Generaloberst v. Einem, in einem Armeebefehl vollstes Lob und größte Anerkennung. Durch die anstrengenden Verschiebungen und blutigen Kämpfe, ohne Gefechtstroß, während die Truppe größtenteils kalt verpflegt wurde, mehrere Male überhaupt keine Verpflegung bekam, durch die schlechte Witterung und die großen Abgänge während der Gefechte ist die Truppe in einen solchen Zustand von Erschöpfung geraten, daß von einem Kampfwert augenblicklich nicht gesprochen werden kann. Die Marschleistungen bei der Verschiebung der Brigade von Mouzon nach Moulins betrugen trotz des guten Willens und des aufopfernden Beispiels der Führer nur noch 2 km in der Stunde. Sollte die Truppe nochmals zu einem Eingreifen vorgezogen werden, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß der größte Teil der Leute unterwegs liegen bleibt und der Rest vollkommen entkräftet, nicht mehr kampffähig nach vorne kommt. Dadurch, daß die Reitpferde seit 20. 10. nicht mehr zur Verfügung standen, sind die Stäbe infolge der großen Anstrengungen bei den Verschiebungen, den Kämpfen und des Rückzuges ebenso vollkommen erschöpft.

2. Artillerie. Der Zustand der Batterien und Stäbe ist durch die ununterbrochenen Märsche, die nassen Biwaks und die Anstrengungen und Verluste in den Kämpfen der letzten Wochen der gleiche wie bei der Infanterie.

3. Bisher hat die Division sich durch ihre ausgezeichnete Stimmung die Anerkennung aller Generalkommandos erworben. Die Erhaltung der guten Stimmung der Truppe in jetziger Zeit wird als von entscheidender Bedeutung bezeichnet. Fälle von tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte, Marodieren und sonstige schwere Vergehen, die in den letzten Tagen bei zahlreichen Truppen beobachtet wurden, sind bei der Division bisher nicht vorgekommen. Es wird jedoch befürchtet, daß durch das schlechte Beispiel anderer Formationen und die Überanstrengungen der Truppe auch bei der Division solche Fälle nicht ausbleiben können. Eine 10—14tägige völlige Ruhe in rückwärtigem Gebiet wird daher für unumgänglich notwendig gehalten. Nach Ablauf dieser Frist und Einstellung des Ersatzes an Offizieren und Mannschaften wird die Division wieder ihren alten glänzenden Kampfwert haben. Zum Schluß sei das Urteil der Maas-Gruppe West im Wochenbericht an A.-O.-K. 5 angeführt: „236. I.-D. ist nur an ruhiger Front nach mindestens vierzehntägiger Ruhe verwendungsfähig." Trotzdem wurde der Division eine Ruhe nicht gewährt. Sie wurde seit 20. 10. in Märschen und schweren Kämpfen bis zum äußersten verbraucht. Der Zustand der Pferde hat einen noch nicht dagewesenen Tiefstand erreicht. 4—6 Pferde pro Regiment gehen täglich infolge der dauernden Biwaks und an Entkräftung zu Grunde.

20. Inf.-Div.

Das Gen.-Komm. XXI. A.-K. berichtet am 8. 11. 18 unter Ia 1857 op.:

Für Abwehr kampfkräftig. I.-R. 92 hat bei seinem Einsatz bei Gruppe Soden stark gelitten. —

Nach einer vom Generalkommando XXI. A.-K. aufgenommenen Telefonmeldung berichtete die Division selbst am 6. oder 7. 11. 18:

Eine Woche vor Einsatz ist die Truppe durch Einstellung starken Ersatzes neu zusammengestellt. Die taktische Aus- und Durchbildung konnte daher nicht genügend stattfinden. Ausbildung der Artillerie genügend bis auf 50 Prozent der Bedienungsmannschaften, die kurz vor dem Einsatz, kaum ausgebildet, eingestellt wurden. Gesundheitszustand gut, Stimmung infolge der augenblicklichen Ereignisse niedergeschlagen.

Oberkommando Armee-Abteilung C

nach ihrem von Heeresgruppe Gallwitz unter dem 2. 11. 18 Ia 4941 an die Oberste Heeresleitung gegebenen Bericht:

Die Armeefront ist durch Entziehung weiterer Artillerie und Einsatz der an Zahl und Beschaffenheit durchaus minderwertigen 18. Landw.-Div. an Stelle der kampfkräftigen 10. Inf.-Div. weiterhin

so geschwächt worden, daß dem Gegner auch nach Einsatz nur ganz geringer Verstärkungen ein Erfolg gegenüber der Armeeabteilung sicher wäre. Die Ost-Divisionen sind durch mangelnde Ausbildung (Leichte M.-G.) und mangelnde Ausstattung (Div. Funkerabteilung, Fernsprecher, Funker- und Blinkgerät) in ihrem Kampfwert erheblich beeinträchtigt.

6 Tage später berichtet die Armee-Abteilung unter dem 8. 11. 18 Ia 4072 geh.:

Lebhafte Patrouillentätigkeit des Gegners, bei der es ihm gelang, uns große Teile unseres Vorfeldes wegzunehmen, starker nächtlicher Wagen- und Kraftwagenverkehr vor den Gruppen Mihiel und Gorz und das Auftreten von Tanks gegenüber Gruppe Gorz deuten darauf hin, daß ein Angriff unmittelbar bevorsteht. Die eigene Frontbesetzung ist einem solchen nicht gewachsen. Alle vorhandenen Reserven sind von der Armeeabteilung vorgezogen worden, um einen Einbruch abzuriegeln.

A.-O.-K.-C.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos XIII. Armee-Korps

5. Garde Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 1799:

Division nur zum ruhigen Stellungskrieg zur Zeit geeignet. Die starke körperliche Erschlaffung der Mannschaften ist behoben, eine genügende Kräftigung der Nerven, Disziplin und des Geistes ist noch nicht erreicht. Zur Erlangung voller Kampfkraft sind nach Eintreffen von reichlichem Ersatz, der dringend benötigt, unter den augenblicklichen Verhältnissen noch etwa 3 Wochen erforderlich. Feldartillerie, Pioniere, Mg.-Ss.-Abt. und Minenwerfer-Komp. voll kampfkräftig, Fußart.-Batl. kampfkräftig, Gesundheitszustand ist bis auf die noch nicht ganz überwundene Grippe im allgemeinen zufriedenstellend. Stimmung gut.

3. bayer. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 4646:

Die Division bedarf, um voll kampfkräftig zu werden, einer dreiwöchigen Ausbildungszeit. Gesundheitszustand befriedigend, Stimmung gut.

123. Inf.-Div.

berichtet am 24. 10. 18 unter Ia 4621:

Der Kampfwert der Infanterie und der Artillerie ist infolge der zahlreichen Ausfälle, vor allem an Krankheit, gegenüber der Vorwoche weiter gesunken. Einige Wochen Ruhe erscheinen erforderlich, um die augenblicklich sehr schwache körperliche und seelische Widerstandskraft des einzelnen Mannes zu heben und andererseits

die zurzeit noch recht geringe Ausbildung der zahlreich neu eingestellten Rekruten zu fördern. Nach 4 Wochen Ausbildung in Ruhe voll kampfkräftig. Durchschnittliche Infanterie-Regiment-Gefechtsstärke: 12 Offiziere, 289 Mannschaften.

Diesen Bericht ergänzt die Division am 31. 10. 18 wie folgt:

Zum Ordnen der Verbände, Einspielen des Ersatzes und Ausbildung neuer M.-G. Bedienungen bedarf die Division einer Ruhezeit von 3 Wochen. Nach Ablauf dieser Zeit ist die Division wieder voll kampfkräftig für alle Aufgaben.

241. Inf.-Div.

nach dem Berichte des V. A.-K. vom 4. 11. 18 Ia 4256:

Bei dieser Division sind Disziplin, innerer Halt und Kampftüchtigkeit der Infanterie infolge mangelnder Ausbildung nicht auf der Höhe. Es fehlt besonders an ausgebildeten M.-G.-Bedienungen. Die Stimmung ist durch die politische Lage herabgedrückt, die Kampffreudigkeit stark beeinträchtigt.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos V. Armee-Korps

13. Ldw.-Div.

ist nach Bericht vom 1. 11. abwehrfähig, nach Bericht vom 8. 11 nach ihrer Zusammensetzung für den Großkampf nur sehr bedingt brauchbar.

94. Inf.-Div.

Diese Division — erst seit Mitte September 1918 im Westen eingesetzt — ist *nach Bericht sowohl vom 1. 11. wie vom 8. 11.* für den Westen noch ungeeignet, da sie seit Monaten im Osten nur Polizeidienste tat. *Nach Meldung vom 3. 11.* ist die Infanterie der Division wegen fehlender Ausbildung nur für ruhigen Stellungskrieg geeignet. Ihre Artillerie ist kampfkräftig, bei der Fußartillerie aber 50 Prozent ausbildungsbedürftig. Stimmung ernst, Disziplin gut.

45. Res.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 9031 geh.:

Die Division ist abgekämpft, die Ausbildung und Instandsetzung der Bekleidung, der Waffen und des Geräts war in den Ruhetagen seit dem 22. 10. infolge Unterkunftswechsels, der Märsche und Transporte, nur in beschränktem Umfange möglich. Mit ihren geringen Stärken ist die Division nur für ruhigen Stellungskrieg verwendungsfähig. Um die volle Kampfkraft zu erreichen, bedarf die Division nach durchgeführter Auffüllung einer Ausbildungszeit von etwa 14 Tagen; durchschnittliche Bataillonsfeldstärke 383 Mann.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos XII. Reserve-Korps

5. Ldw.-Div.

wird *nach dem Bericht vom 1. 11.* als abwehrfähig bewertet, am 8. 11. dagegen wird ihr wegen ihrer Zusammensetzung nur sehr bedingte Brauchbarkeit für den Großkampf zuerkannt.

224. Inf.-Div.

— erst seit Mitte September 1918 im Westen eingesetzt — ist *nach den gleichlautenden Berichten vom 1. 11. und 8. 11. für den West*kampf noch ungeeignet, da sie seit Monaten im Osten nur für Polizeidienste verwendet wurde.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos 57

8. Ldw.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 3117 geh.:

Die Division ist für den ruhigen Stellungskrieg geeignet. Der Gesundheitszustand ist trotz eines mäßigen Rückganges der Grippe noch nicht befriedigend. Erkältungskrankheiten infolge der mangelhaften Unterbringung in großer Zahl. Durchschnittliche Bataillonsfeldstärke 720 Mann.

Interessante Einzelheiten gibt der Bericht der zur 8. Ldw.-Div. gehörigen 56. Ldw.-Inf.-Brig. vom 6. 11. 18 Nr. 2246 geh.:

Der Gesundheitszustand der Truppe muß als schlecht bezeichnet werden; die Zugänge an Grippekranken sind zwar zurückgegangen, jedoch hat der allgemeine Kräftezustand der Leute bedenklich nachgelassen, wodurch die Widerstandskraft verringert wurde. Es macht sich fühlbar, daß die Leute fast ununterbrochen bei mangelhafter Unterkunft auf schwierigen Posten stehen und sehr wenig Ruhe haben, um sich ihre Wäsche zu waschen. Ein großer Teil der Leute ist verlaust. Der Kampfwert der Division ist infolgedessen nicht mehr hoch einzuschätzen. Für ruhigen Stellungskrieg zur Abwehr feindlicher Vorstöße und zu kleineren Unternehmungen ist die Truppe noch geeignet. Die Stimmung hat sich nicht gebessert. Durch den Abfall Österreichs wächst in den Köpfen der Leute die Befürchtung eines aussichtslosen schlimmen Kriegsendes für das Vaterland. Die Bemühungen der Offiziere, die Stimmung zu heben, fallen nicht immer auf fruchtbaren Boden. Einige Tage Ruhe und Gelegenheit zum Baden und Sacheninordnungbringen könnten bei richtiger Ausnutzung günstiger wirken als viele Belehrungen.

255. Inf.-Div.

Diese Division wird in den Berichten vom 1. 11. und 8. 11.

gleichlautend als nur sehr bedingt brauchbar bezeichnet. Sie selbst urteilt über ihre Infanterie in einem Berichte vom 4. 11. 18 Ia 7387 geh.:

Die Ursachen des Mißlingens des am 3. d. Mts. zur restlosen Wiedergewinnung des Vorfeldes geführten Gegenangriffs sind nach Ansicht der Division in der Hauptsache begründet: 1. durch den augenblicklichen Zustand der Truppe, 2. pp. Zu 1. Das mit der Wiedergewinnung des Vorfeldes beauftragte Ldw.-Inf.-Reg. 153 hatte bereits in den schweren verlustreichen Kämpfen im Monat September die Hauptlast zu tragen. Seit dieser Zeit war das Regiment fast ununterbrochen mit seinem größten Teile eingesetzt und ist infolge der anstrengenden Stellungs-Bauarbeiten, der aufreibenden Patrouillen- usw. Tätigkeit zur Überwachung und Beherrschung des tiefen Vorfeldes mit einer verhältnismäßig verschwindenden Anzahl von Mannschaften, der äußerst dürftigen Unterbringungsverhältnisse bei dem schlechten Wetter letzter Wochen und der damit verbundenen zahlreichen Erkrankungen stark mitgenommen und entbehrt daher der erforderlichen Widerstands- und Kampfkraft. Bei den zu stellenden Anforderungen ist außerdem das vorgeschrittene Alter der meisten Mannschaften zu berücksichtigen. Der große Offiziermangel macht sich empfindlich bemerkbar, der unbedingt notwendige Einfluß von Offizieren fehlt daher. Es hat sich wieder gezeigt, daß es sehr schwer ist, eine Truppe ohne Offiziere im Kampf zu führen. Die Division ist der Ansicht, daß mit einer solchen Truppe die Verteidigungsfähigkeit des Abschnitts in Frage gestellt, noch viel weniger mit ihr ein erfolgreicher Angriff zu führen ist.

Generalkommando der Gruppe Metz

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 581 geh.:

31. Ldw.-Brig.

Die Grippeerkrankungen haben zwar langsam abgenommen, hielten sich aber am Ende dieser Berichtswoche noch immer auf der beträchtlichen Höhe von 1097 Mann. Durch Auflösung der Feldart. Abt. 297, durch Herausziehen des modernen und gut ausgebildeten Fußart. Batl. 10 und den nicht gleichwertig zu erachtenden Einsatz von nur 2 Batterien Landwehr-Fußartillerie-Bataillons 42 sinkt die Kampfkraft der Brigade erheblich. Der Rest des Bataillons Ldw.-Fußart. 42 muß infolge des Herausziehens des Fuba.-Batl. der 10. Inf.-Div. im Abschnitt Loveningen eingesetzt werden. Die Brigade ist geeignet für Stellungskrieg an ruhiger Front.

2. Ldw.-Div.

Die Division hat sich während der 8 Tage Ruhe sichtlich erholt,

Gesundheitszustand ist gut, Stimmung infolge der letzten schweren und blutigen Kämpfe und der allgemeinen Lage noch gedrückt. Die Feldstärken der Infanterie und der Artillerie sind noch so gering, daß die Division als noch nicht verwendungsfähig bezeichnet werden muß. Feldstärken pro Bataillon bei den 3 Regimentern: 262, 347 und 373 Mann. Das Ldw.-Feldart.-Regt. 2 hat an Unteroffizieren und Mannschaften 406 Fehlstellen, an Pferden 344 Fehlstellen. Ersatz für Infanterie und Artillerie dringend notwendig, wenn die Division wieder auf kampfkräftige Stärke gebracht werden soll. Nach 14 Tagen der Ruhe und Ausbildung nach Eintreffen des Ersatzes erscheint die Division an ruhiger Kampffront einsatzfähig.

18. Ldw.-Div.

Diese Division — im Westen bisher noch nicht eingesetzt — ist *nach den gleichlautenden Berichten der Gruppe Metz vom 1. und 8. 11.* sehr stark mit Elsaß-Lothringern durchsetzt und in der jetzigen Lage eine durchaus unzuverlässige Division, die besser als Arbeitstruppe verwendet oder aufgelöst wird.

IV. Aus dem Bereiche der Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg

Das Gebiet der Heeresgruppe Albrecht war gewissermaßen der Nebenkriegsschauplatz des Westens. Dort wurden daher auch meistens nur erholungsbedürftige oder nicht kampffähige Divisionen verwendet.

Armee-Oberkommando XIX

berichtet laut Heeresgruppe Albrecht vom 2. 11. 18 Ia/Ic 9856 op. am 1. 11. 18:

Die Veränderungen in der feindlichen Frontbesetzung deuten nicht auf einen nahe bevorstehenden feindlichen Großangriff, für den auch sonst Anzeichen fehlen. Im übrigen müssen die feindlichen allgemeinen Angriffsvorbereitungen an der Lothringer Front so weit fortgeschritten angenommen werden, daß es für den Feind nur mehr des Heranführens der Angriffstruppen bedarf. Ein bevorstehender feindlicher Angriff wird also — wenn überhaupt — erst sehr spät zu erkennen sein. Daß dann noch Divisionen, die nicht bereits hinter der Armee stehen, zur Verstärkung der Front rechtzeitig herangeführt werden können, muß bei der gegenwärtigen Transportlage bezweifelt werden. Die zurzeit in der Armee-Front stehenden Divisionen aber bilden, sowohl hinsichtlich ihrer Zahl als ihres Kampfwertes keine zum Auffangen des ersten Anpralls ausreichende Sicherheitsbesatzung. Kampfwert der Divisionen: 7. Res.-Div. ist noch zu

6 Batl. und 7 Batterien formiert. Ersatz noch nicht eingetroffen. Mit dem jetzigen Bestand ist die Division in 8 Tagen an ruhiger Front einsatzfähig. Die in Anbetracht der bisherigen Bewährung recht bald erwünschte Wiedererlangung des alten Kampfwertes für den Großkampf ist abhängig vom Eintreffen ausreichenden Ersatzes. 84. Ldw.-Brig. ist durch Abgabe des Garde-Schützen-Bataillons im Kampfwert gemindert. 48. Ldw.-Div. ist für den Großkampf völlig ungeeignet. — 2. bayr. Ldw.-Div. ist für den Großkampf ungeeignet. — 19. Ers.-Div. ist für den Großkampf nach wie vor ungeeignet. — 1. bayr. Ldw.-Div. ist als Stellungsdivision für den Großkampf brauchbar. — 83. Inf.-Div. ist als Stellungsdivision für den Großkampf noch brauchbar.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos XIX. Armee-Korps.

84. Ldw.-Brig.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 1723 op.:

In den letzten Tagen wesentlicher Rückgang der Grippeerkrankungen. Die Ausbildung der Reserve-Bataillone und des Garde-Schützen-Bataillons macht gute Fortschritte und wird am 5. 11. abgeschlossen. Die Mannschaften der Stellung werden weiter am leichten und schweren M.-G. ausgebildet. — Nach Abschluß der Ausbildung des I./R.-I.-R. 70 und einer mehrwöchigen Ausbildung des III./R.-I.-R. 70 das noch keine gründliche Schulung im modernen Kampfverfahren durchgemacht hat, wird das R.-I.-R. 70 zum Stellungskrieg an der Hauptkampffront geeignet sein. Ldw.-I.-R. 87 ist wegen des hohen Durchschnittsalters der Mannschaften nur zum Stellungskrieg an ruhiger Front geeignet. Garde-Schützen-Bataillon ist nach 14tägiger Ausbildung zum Großkampf geeignet. Ldw.-Felda.-Regt. 252 und IV./R.-Fußa.-Regt. 10 sind vollkampfkräftig. Bayr. Felda.-Regt. 20 ist bis zum Eintreffen ausgebildeten Ersatzes nur mit $^2/_3$ seiner Batterien zur Verwendung in der Abwehr geeignet.

48. Ldw.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 6396:

Die Grippe nimmt stetig ab. — Die Ausbildung der Ruhebataillone im Angriff und Abwehr, besonders der Tankabwehr, am M.-G. und Mi.-Wf. schreitet fort. Auch bei Feld- und Fußartillerie wird sie eifrig betrieben. Durchschnittliche Feldstärke der Bataillone: 710. — Die Landsturm-Infanterie ist, da den Mannschaften infolge des Alters die nötige Beweglichkeit und Rüstigkeit fehlt, die jüngeren Leute infolge Verwundungen oder sonstiger Fehler nur als Kriegsver-

wendungsfähige zweiten Grades anzusehen sind, für Großkampf nicht geeignet. Der Kampfwert hat jedoch infolge fortschreitender Ausbildung gewonnen. Felda.-Regt. 264 für Großkampf in der Abwehr geeignet, Fußa.-Batl. 122 für Großkampf geeignet.

2. bayr. Ldw.-Div.

— erst seit Mitte Oktober 1918 an der Westfront eingesetzt — *berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 2425:*

Die Infanterie ist nach dem Stande ihrer Ausbildung, ferner infolge ihres hohen Durchschnittsalters (37 Jahre), der geringen Gefechtsstärken und der bisherigen Verwendung der Division nur für ruhige Stellungsfront geeignet; für Großkampf ungeeignet. — Der Grad der Ausbildung der Artillerie ist so weit fortgeschritten, daß sie für den Stellungskampf voll verwendungsfähig ist. Pferdematerial mittelmäßig, teilweise schlecht. — Bei der Fußartillerie können die Batterien als verwendungsfähig für alle Aufgaben bezeichnet werden. — Die Pioniere sind allen technischen Aufgaben gewachsen.

19. Ers.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 4549 op.:

Die Ausbildung der Infanterie konnte, soweit es die Abstellung der Arbeitskräfte zuließ, weiter gut gefördert werden, jedoch bedarf die Einzelausbildung bei dem sehr verschiedenartigen Ersatz noch reichlicher Arbeit. Die Infanterie ist daher zur Zeit nur kampfkräftig für ruhigen Stellungskrieg. Zur Erlangung der vollen Kampfkraft für Stellungskrieg im Großkampf werden noch weiterhin einige Wochen der Ausbildung für nötig erachtet. Die Ausbildung der neu aufgestellten Regiments-Mi.-W.-Kompagnien hat sich sehr gebessert. Die Feldartillerie ist kampfkräftig für Stellungskrieg im Großkampf. Der Pferdezustand hat sich gebessert. Das III. Batl. Fußa.Regt. 7 ist vollkampfkräftig für alle Aufgaben. Das Landw.-Fußa.-Batl. 72 ist nur für ruhigen Stellungskrieg geeignet. Die übrigen Teile der Division sind kampfkräftig für Stellungskrieg im Großkampf.

Generalkommando XV. Armee-Korps

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 5792 geh.:

Kampfwert der beiden Stellungsdivisionen wie im letzten Wochenbericht geschildert. — *Dieser Bericht vom 25. 10. 18 Ia 5788 geh. lautete:*

1. bayr. Ldw.-Div.

Stellungsdivision für Großkampf. Die Ausbildung der Truppe, insbesondere der Ruhebataillone, ist durch die sehr tüchtigen und tätigen

höheren Führer wesentlich gefördert worden, so daß angenommen werden kann, daß die Division auch schweren Aufgaben gewachsen ist.

83. Inf.-Div.

Für Großkampf noch nicht geeignet. Die Neueinteilung der Regimentsabschnitte und die zum Teil veränderte Führung der Hauptwiderstandlinie erfordern umfangreiche unaufschiebbare Arbeiten. Hierdurch und bei dem geringen Mannschaftsbestand der Bataillone kann die Ausbildung für Großkampf nicht in der wünschenswerten Weise gefördert werden.

7. Res.-Div.

Diese Division befand sich im Abtransport nach Südbayern zum Grenzschutz.

Sie berichtete am 30. 10. 18 unter Ia 175. 10. op.:

Die Division war mit der Infanterie am 23. 10., mit der Artillerie am 24. 10. im jetzigen Unterkunftsraum versammelt. Mit dem jetzigen Bestande ist die Division nach 8 Tagen weiterer Ausbildung, also vom 8. 11. ab kampfkräftig zum Einsatz an ruhiger Front, vom 18. 11. ab kampfkräftig für alle Kampfaufgaben. Ob und wie sich die Zeiten nach dem Eintreffen des Ersatzes ändern werden, läßt sich erst angeben, wenn der Ersatz eingetroffen ist. Der Gesundheitszustand der Division ist gut. Der allgemeine Zustand der Pferde hat sich etwas gebessert.

Oberkommando Armee-Abteilung A

berichtet laut Heeresgruppe Albrecht v. 2. 11. 18 Ia/Ic 9856 op. am 1. 11. 18:

In der Beurteilung der Lage sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. — Anzeichen für nahe bevorstehende größere Angriffe lagen nicht vor; jedoch setzt der Feind seine Arbeiten an den allgemeinen Angriffsvorbereitungen, wie Bereitlegen von Baumaterial, Ausbau von Unterkunfts-Einrichtungen, der Munitionslager und der Flughäfen fort. Gefechtswert der Divisionen:

a) eingesetzte Divisionen nur für Stellungskrieg geeignet,

b) 75. Res.-Div. benötigt noch eine 3wöchige Ausbildungszeit, um in jeder Beziehung vollkampfkräftig zu werden.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos 59

96. Inf.-Div.

berichtet am 31. 10. 18 unter Ic 2725 geh.:

Bei der Infanterie Exerzieren zur Erhaltung der Straffheit an

einem Tage der Woche. Alarmübungen, Schul- und Gefechtsschießen, Ausbildung der Sonderwaffen in Sonderkursen. Bei der Artillerie Fortsetzung der Ausbildung wie bisher. Zustand des Pferdematerials ist unverändert. Der Gesundheitszustand der Truppe hat sich wieder gebessert. Die Zugänge an Grippe sind zurückgegangen. Die Unterbringungsverhältnisse sind befriedigend.

21. Ldw.-Div.

berichtet am 30. 10. 18 unter Ia/Ic 169. 10 op.:

Die Ausbildung wurde in der bisherigen Weise fortgesetzt. Gesundheitszustand gebessert. Futter- und Kräftezustand der Pferde befriedigend. Stimmung der Truppe gut. Gefechtswert unverändert.

75. Res.-Div.

berichtet am 24. 10. 18 unter Ia 8704. 18:

Der eingetroffene Ersatz bedarf noch einer mindestens dreiwöchigen Ausbildung. Die hohen Fehlstellen an M.-G.-Mannschaften sind erst zum Teil durch vorgestern eingetroffenen Ersatz ausgeglichen. Die wichtige Ausbildung am M.-G. erfordert noch Zeit. Bei der Artillerie ist erst sehr wenig Ersatz eingetroffen. Dieser ohne die geringsten Vorkenntnisse. Möglichst baldige Überweisung des fehlenden Ersatzes, auch für die Pioniere, ist erforderlich. Stimmung ist gut. Bei dem aus der Heimat eingetroffenen Ersatz bedarf sie noch der Beobachtung und Verbesserung. („Aber sehr!" *Randbemerkung des Genkdos. 59). Das Genkdo 59 berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 1970 geh. op. über diese Division:* 75. Res.-Div. hat noch dreiwöchige Ausbildungszeit notwendig, um voll zuverlässige Truppe zu schaffen.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos VII. Armee-Korps

92. Res.-Inf.-Brig.

berichtet am 6. 11. 18 unter Ic 1585:

(Nach ausführlicher Schilderung der Ausbildungstätigkeit:) Der Gesundheitszustand der Truppe hat sich während der Berichtswoche bedeutend gebessert. Die Zahl der Grippeerkrankungen ist erheblich zurückgegangen.

301. Inf.-Div.

berichtet am 6. 11. 18 unter Ia 8841:

Der Gefechtswert ist unverändert. Die Gefechtsbereitschaft der Artillerie ist durch die bereits gemeldete geringe Munitionsausrüstung beeinträchtigt. Gesundheitszustand und Stimmung der Truppe befriedigend. Grippeerkrankungen im Rückgange.

Generalkommando XV. Reserve-Korps

berichtet am 31. 10. 18 unter Ia 174. 10:

Gefechtswert der Truppen unverändert. Ausbildung wird in bisherigem Umfange planmäßig fortgesetzt.

Es handelt sich bei dieser Äußerung um die

39. Res.-Div. und 61. Ldw.-Brig.,

von denen sonstige Berichte und kennzeichnende Meldungen fehlen.

Oberkommando Armee-Abteilung B

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia/Id 993 geh. op.:

Die Gefechtstätigkeit hielt sich in gewohnten Grenzen. Die Lage ist unverändert. Gefechtswert der unterstellten Divisionen: 91. Inf.-Div. bedarf noch einer zweiwöchigen Ausbildung. Über den Gefechtswert der 7. Kav.-Schützen-Div. kann noch kein Urteil abgegeben werden. Die übrigen unterstellten Divisionen sind nur für den Stellungskrieg geeignet.

Generalkommando 64

berichtet am 1. 11. 18 unter Ia 5766 op.:

Die Schwere der Grippeerkrankungen läßt nach, wodurch sich der Gefechtswert der Truppe wieder etwas gebessert hat. Über den Gefechtswert der 7. Kav.-Schützen-Div. kann noch kein Urteil abgegeben werden.

Ferner berichtet das Generalko. am 8. 11. 18 unter Ia 5819 op.:

Der Gefechtswert der Truppe bessert sich täglich mit abnehmender Zahl der Grippeerkrankungen. Die 7. Kav.-Schützen-Div. bedarf einer sechswöchigen Ausbildungszeit.

Diese Berichte gelten für:

6. bayr. Ldw.-Div.,

4. Kav.-Div. und 7. Kav.-Schützen-Div.

Aus dem Bereiche des Generalkommandos X. Armee-Korps

26. Ldw.-Div.

Berichte fehlen.

30. Res.-Div.

Berichte fehlen.

91. Inf.-Div.

— die erst seit Anfang Oktober auf dem westlichen Kriegsschauplatz war — berichtet am 30. 10. 18 unter Ia 2408. 18:

Die Division steht in der vierten Ausbildungswoche. Die Vermehrung der Arbeitstage hat den Gang der Ausbildung stark beeinträchtigt. Die Einzelausbildung ist noch nicht so vertieft, daß größere Übungen gemischter Verbände Nutzen für die Truppe versprechen. Es wird noch eine Ausbildungszeit von 8—14 Tagen, bezw. von 2—3 Wochen für dringend erforderlich gehalten.

Unter dem 6. 11. 18 Ia 2453 berichtet die Division:

Wenn auch eine weitere Ausbildung der Truppen zur Hebung des Kampfwertes nötig wäre, so erscheint die Division doch schon jetzt zum Einsatz an ruhiger Front geeignet. Ich halte eine baldige derartige Verwendung der Division im Interesse der Erhaltung der Disziplin für sehr erwünscht. Ein längerer Verbleib in dem jetzigen Unterbringungsraum wirkt, besonders infolge der planmäßigen Verhetzung durch die hiesige Zeitung (Mühlhauser Volkszeitung) auf Geist und Stimmung der Truppe unbedingt schädigend. Mir haben heute wieder mehrere Offiziere, deren Urteil mir wertvoll erscheint, gemeldet, daß eine Verschlechterung der Stimmung und ein Nachlassen der Disziplin sich von Tag zu Tag bemerkbar macht.

Generalkommando XII. Armee-Korps

Von diesem Generalkdo. und den ihm unterstehenden Divisionen

44. Ldw.-Div. und 25. Ldw.-Div.

fehlen Berichte und charakteristische Meldungen. Der Gefechtswert geht jedoch aus den Ausführungen des Armee-Oberkommandos B. hervor.

Beilage 3

Denkschrift des Reichsgesundheitsamts vom 16. Dezember 1918[1])

Schädigung der deutschen Volkskraft durch die völkerrechtswidrige feindliche Handelsblockade

Inhalt

Begleitschreiben des Präsidenten Dr. Bumm . . S. 389
Denkschrift . . . . . S. 391
Anlagen . . . . . S. 434

[1]) Die Denkschrift wurde auf Ersuchen des 4. Unterausschusses vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Schreiben vom 9. März 1926 (I.—3690) übermittelt. Vgl. Bd. 4 dieser Reihe S. 292 ff.

Begleitschreiben

Anbei beehre ich mich, die vom Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission, Herrn Staatssekretär Erzberger gewünschte Zusammenstellung über die Schädigung der deutschen Volkskraft durch die völkerrechtswidrige feindliche Handelsblockade in Form einer Denkschrift nebst einer Anlage zu überreichen.

Die Denkschrift gliedert sich in folgende Abschnitte:

a) Umfang der Nahrungsmittelknappheit und der Unterernährung;
b) Folgen der Unterernährung;
   1. Zunahme der Sterbefälle,
   2. Zunahme der Sterbefälle an einzelnen Krankheiten,
   3. Zunahme der Erkrankungen,
   4. Geburtenausfall,
   5. Verringerung der menschlichen Arbeitskraft;
c) Folgen den Mangels an gewissen Heilmitteln, Verbandsstoffen, Gummi usw.;
d) Folgen des Mangels an Seife, Bekleidungsstoffen usw.;
e) Notwendigkeit der Wiederauffütterung der Bevölkerung;
f) Notwendigkeit der Wiederherstellung des Viehstandes;

Zusammenfassung;

Anlage: Einzelheiten über den Mangel an Lebensmitteln.

Bei der großen Bedeutung der Angelegenheit habe ich es für richtig gehalten, die zu erörternden Fragen vor ihrer Beantwortung in einem kleinen Kreise von physiologischen und statistischen Sachverständigen durchzusprechen. An den Besprechungen haben teilgenommen: Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Rubner, mehrere Vertreter des Statistischen Reichsamts, darunter Präsident Delbrück und Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Rahts, mehrere Vertreter des Preußischen Statistischen Landesamts, darunter Präsident Dr. Saenger und Professor Dr. Ballod, der Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg Dr. Kuczynski sowie die zuständigen Referenten des Gesundheitsamts. Auf Grund der Beratungen sind die Abschnitte

1: von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Rahts,

4: von Professor Dr. Ballod,

5: von Präsident Dr. Saenger,
6: sowie die allgemeinen Betrachtungen an der Spitze der „Zusammenfassung" von Geh. Medizinalrat Professor Dr. Rubner,
die übrigen Abschnitte im Gesundheitsamte bearbeitet worden.

Dem Wunsche des Herrn Staatssekretärs Erzberger entsprechend ist versucht worden, die einzelnen Schädigungen in Geldwert auszudrücken und danach zum Schluß die Gesamtschädigung der deutschen Volkskraft durch die Blockade, soweit sie überhaupt zahlenmäßig festzustellen ist, in einer Summe zusammenzufassen, als solche ergibt sich ein Wert von mehr als 56,4 Milliarden Mark.

Naturgemäß ist zu erwarten, daß diese Berechnung von gegnerischer Seite angegriffen werden wird, und zuzugeben, daß sie auch einzelne Angriffspunkte bietet. Wenn auch die Bearbeiter bestrebt waren, die Einflüsse der Blockade sorgfältig von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges oder sonstiger Ursachen abzusondern, so ist dies doch nicht durchweg möglich gewesen und hat hier und da zu etwas willkürlichen Schätzungen genötigt. Dies gilt auch von der Annahme, daß die Arbeitsleistung der werktätigen Bevölkerung durch die Unterernährung um 40 % abgenommen habe. Immerhin dürfte die Rechnung so zuverlässig sein, als es bei der Schwierigkeit der Aufgabe und der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möglich war, und dem Zwecke, der mit der Denkschrift verfolgt werden soll, einigermaßen genügen.

Aus Wortlaut und Sinn der Anfrage und aus dem Umstand, daß das Reichsgesundheitsamt mit ihrer Beantwortung betraut worden ist, ergab sich die Beschränkung auf diejenigen Wirkungen der Blockade, welche die deutsche Volkskraft, d. h. Leben, Gesundheit und körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, betroffen haben. Ich nehme an, daß der ungeheure rein wirtschaftliche Schaden, den die Blockade Deutschland zugefügt hat, von anderer berufener Seite zusammengestellt wird. Da indessen bei den erwähnten Besprechungen auch einzelne hierher gehörige Fragen erörtert worden sind, so möchte ich nicht versäumen, eine Aufstellung solcher Punkte, die bei einer Berechnung der wirtschaftlichen Schädigung Deutschlands durch die Blockade noch zu berücksichtigen wären, als Anlage A vorzulegen. Die Bearbeitung dieser Fragen liegt zum größten Teile außerhalb des Arbeitsgebiets des Gesundheitsamts, zumal bei jedem einzelnen Punkte sorgfältig zu prüfen wäre, ob und inwieweit tatsächlich eine Schädigung des Nationalvermögens stattgefunden hat und inwieweit diese auf die Blockade, und zwar auf deren völkerrechtswidrige Ausdehnung, zurückzuführen ist. Immerhin ist mir für einzelne der in Anlage A genannten Punkte Material zugegangen, das in der ebenfalls beifolgenden Anlage B kurz zusammengestellt ist.

gez. Bumm

Denkschrift

Die völkerrechtswidrige Absperrung Deutschlands von der Einfuhr an Lebensmitteln und sonstigen für die Zivilbevölkerung notwendigen Waren hat abgesehen von dem rein wirtschaftlichen Nachteil auch ungeheure Schäden an der Volkskraft und Volksgesundheit zur Folge gehabt. Sie hat die menschliche Arbeitskraft geschwächt, die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit verringert, die Erkrankungen und Todesfälle gesteigert, die Geburtenzahl herabgedrückt.

Am verhängnisvollsten war die Behinderung der Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln.

a) Umfang der Nahrungsmittelknappheit und der Unterernährung

Nach Mitteilung der Deutschen Gesandtschaft in Bern vom 3. Juli 1918 hat zufolge eines von dem französischen Verpflegungsministerium veröffentlichten Berichts die interalliierte wissenschaftliche Verpflegungs-Kommission, bestehend aus französischen, englischen, belgischen,amerikanischen und italienischen Gelehrten, auf ihrer ersten Konferenz in Paris am 25. März 1918 unter Anderem die Mindestmenge an Lebensmitteln berechnet, die für einen durchschnittlich acht Stunden täglich arbeitenden Mann von einem Mittelgewicht von 70 kg erforderlich ist. Sie hat den Wärmewert dieser Nahrung auf 3300 Kalorien täglich festgesetzt und dabei bemerkt, daß eine zeitweilige Herabsetzung um 10 % ohne Schaden für die Gesundheit ertragen werden könne. Dies ergäbe also eine Kalorienzahl von rund 3000.

Die zweite Konferenz in Rom am 29. April 1918 hat es nicht als wünschenswert bezeichnet, daß eine Mindest-Fleischration festgestellt werde, da der Fleischgenuß keine absolute physiologische Notwendigkeit sei. Dagegen hat sie die tägliche Mindestration an Fett auf 75 g für den Kopf festgesetzt.

Es ist von Wert, zu untersuchen, wie sich, verglichen mit diesen Mindestzahlen auf der feindlichen Seite, die Ernährung des Deutschen Volkes durch die Absperrung der Nahrungsmittelzufuhr gestaltet hat.

Das Deutsche Volk war wegen der Absperrung der Nahrungsmittel gezwungen, sich im Wesentlichen aus der eigenen Erzeugung des Landes zu ernähren; es wurde daher schon frühzeitig notwendig, die wichtigsten Nahrungsmittel auf den Kopf der Bevölkerung zu rationieren. Man begann zuerst mit dem Brot, dann folgten Fleisch, Fett, Milch und Kartoffeln. Im Herbst 1916 trafen, auf diese Weise verteilt, nur 1344 Kalorien aus rationierten Nahrungsmitteln auf den Kopf der Bevölkerung. Der freihändige Zukauf von nicht rationier-

ten Nahrungsmitteln wurde infolge der gewaltigen Preissteigerung fast nur für wohlhabendere Leute möglich. Vor allem die Festangestellten (Beamte, Angestellte in kaufmännischen Berufen, Dienstpersonal, Berufsarbeiter mit leichterer Arbeit im Handwerk und in der Industrie, alte berufslose Personen, chronisch Kranke) wurden von dem Nahrungsmangel schwer betroffen.

Schon im Sommer 1917 sank der Wärmewert der rationierten Kost sogar auf 1100 Kalorien mit einem Eiweißgehalt von nur 30 g täglich. Dabei sind als Mindestgehalt in der Nahrung 60 g Eiweiß notwendig. Nimmt man die Verluste hinzu, welche durch die schwere Verdaulichkeit dieser Kost, die Nahrungsabfälle in der Küche usw. entstehen, so sinkt der Wert der rationierten Kost auf rund 1000 Kalorien; das ist eine Energiemenge, die nur wenig größer ist, als der völlig hungernde Mensch täglich von seinem eigenen Körper einschmelzen muß, um sich überhaupt am Leben zu erhalten. Die Selbsthilfe der Natur, d. h. die Gewichtsverringerung und damit die Einstellung auf einen niedrigeren Nahrungsbedarf, hat ihre normalen Grenzen. Wenn ein vorher normal genährtes Wesen ungefähr auf der Hälfte des früheren Körpergewichtes angelangt ist, so geht es erfahrungsgemäß am Hungertode zugrunde. Schon lange vorher aber ist ein solcher Mensch nicht mehr imstande, Arbeit zu leisten. Er wird hinfällig und schwach. 1000 Kalorien sind der Nahrungsbedarf für ein zwei- bis dreijähriges normales Kind. Ein Erwachsener kann also auf gar keine Weise sich mit dieser Nahrungsmenge auf die Dauer am Leben erhalten. So sind denn auch viele, die nicht die Möglichkeit hatten, sich auf anderem Wege genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, aus Nahrungsmangel zugrunde gegangen.

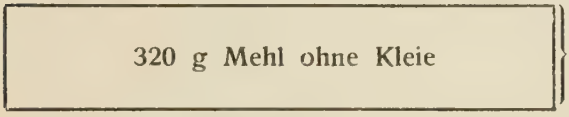
Allerdings ist beim Vergleich der Wärmewerte zu berücksichtigen, daß der von der Interalliierten Kommission berechnete Mindestbedarf von 3000 Kalorien sich auf einen erwachsenen arbeitenden Mann von 70 kg Körpergewicht bezieht. Um hieraus den Bedarf für den Durchschnitt der Bevölkerung, einschließlich der Frauen, Kinder und Greise, zu finden, muß man nach den Arbeiten von Engel, Rubner, Atwater, Zuntz u. a. und nach der Altersgliederung der deutschen Bevölkerung mit 0,76 multiplizieren und erhält so 2280 Kalorien als Mindest-Tagesbedarf für den Kopf der deutschen Bevölkerung. Auch dieser Zahl gegenüber bedeutet der Wärmewert der rationierten Nahrung der städtischen Bevölkerung Deutschlands im Sommer 1917 mit rund 1000 Kalorien einen ungeheuren Ausfall, der durch die nachstehende Figur veranschaulicht wird. Die nicht rationierten Lebensmittel — soweit sie überhaupt erhältlich waren und nach ihrem Preise für die große Menge in Betracht kamen, im wesentlichen nur Gemüse und Obst — sind so nährstoffarm, daß sie die genannte Differenz nicht erheblich beeinflussen können.

a) Umfang der Nahrungsmittelknappheit und der Unterernährung

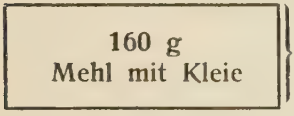
Mindestbedarf
auf den Kopf und Tag.

in der rationierten Kost
der städtischen Bevölkerung im Sommer 1917.

Ein entsprechender oder noch größerer Ausfall zeigt sich bei Betrachtung der einzelnen Hauptnahrungsmittel. Die Grundlage der deutschen Volksernährung bildete stets Brot und Mehl. In den letzten Friedensjahren wurde der Verbrauch an Mehl aus Brotgetreide auf Grund von Mühlenstatistiken und Verbrauchserhebungen zu täglich 320 g auf den Kopf der Bevölkerung berechnet. Mit Beginn der Rationierung mußte aber der Kopfanteil auf 225 g, kurz darauf auf 200 g festgesetzt und im Laufe des Krieges wiederholt noch weiter erniedrigt werden, bis er in den letzten Monaten des Erntejahres 1917/1918 auf den niedrigsten Stand von 160 g Getreidemehl gesunken war. Dabei mußte das Kriegsmehl sehr bald nahezu aus dem ganzen Getreidekorn, einschließlich der schwer verdaulichen und schlecht ausnutzbaren Kleie, ermahlen werden, stand also an Nährwert erheblich hinter dem Friedensmehl zurück.



Friedensverbrauch
auf den Kopf und Tag.



Tagesration
der städtischen Bevölkerung im Sommer 1918.

Viel stärker war der Rückgang beim Fleisch. In den letzten Friedensjahren wurde der Fleischverbrauch Deutschlands zu jährlich 55 kg (Schlachtgewicht) auf den Kopf der Bevölkerung ermittelt, entsprechend 1050 g in der Woche. Nach Einführung der Rationierung des Fleisches mußte der Wochenanteil für den Erwachsenen auf 500 g, später auf 250 g, festgesetzt und bald noch weiter erniedrigt werden, bis er in den letzten Kriegsmonaten (abgestuft nach Groß-, Mittel- und Kleinstädten, unter Berücksichtigung der Minderbelieferung der Kinder und der eingeschobenen fleischlosen Wochen) im Durchschnitt 135 g betrug. Der Abfall, der durch die folgende Figur veranschaulicht wird, ist in Wahrheit noch wesentlich schlimmer, weil die Friedensration reichlich Fett enthielt, während das in den letzten Kriegsjahren zu-

geteilte Fleisch fast ausschließlich aus magerem Rindfleisch mit unverhältnismäßig viel Knochen bestand.

Friedensverbrauch auf den Kopf in der Woche.

Fleisch mit reichlichem Fett.

Wochenration der städtischen Bevölkerung im Sommer 1918.

mageres Fleisch mit viel Knochen.

Dieser gewaltige Rückgang an Fleischnahrung wäre vielleicht erträglich gewesen, wenn die übrigen Nahrungsmittel reichlich zur Verfügung gestanden hätten; das war aber keineswegs der Fall. Verhängnisvoll wirkte der Ausfall an Fetten. Der Butterverbrauch in den letzten Friedensjahren kann zu 20 g täglich auf den Kopf der Bevölkerung geschätzt werden; dazu kamen etwa 8 g Pflanzenfette und Öle (als solche oder in Form von Margarine) und eine zahlenmäßig nicht festzustellende, aber dem Verbrauch an Butter und Pflanzenfett zusammen mindestens gleichkommende Menge tierischer Speisefette (Schweineschmalz, Rindstalg, Margarine aus tierischem Fett, Kunstspeisefett usw.). Demgegenüber standen in den Städten Deutschlands während der letzten Kriegsjahre an Butter und Margarine zusammengenommen im Durchschnitt nur 50 g wöchentlich, also etwa 7 g täglich auf den Kopf zur Verfügung, während tierische Speisefette gänzlich fehlten.

Friedensverbrauch an Speisefetten auf den Kopf und Tag

Butter — Pflanzenfette — tierische Fette, (zahlenmäßig nicht feststellbar, aber mindestens so viel wie Butter und Pflanzenfette).

Tagesration der städtischen Bevölkerung im Sommer 1918.

Butter und Margarine

Der Ausfall war um so drückender, als die sonstigen Fettquellen in der Nahrung — fettes Fleisch, Fettkäse, Milch, Eier — entweder gänzlich fehlten oder aufs äußerste eingeschränkt waren. Gegenüber dem von der interalliierten Kommission geforderten Mindestbedarf von täglich 75 g Fett war also nicht einmal der zehnte Teil davon verfügbar!

Im einzelnen ist der durch die Blockade verursachte Mangel an den verschiedenen Nahrungsmitteln in der Anlage 1 näher dargelegt.

b) Folgen der Unterernährung

Englische Hoffnung auf den Niedergang der deutschen Rasse

Welche verderblichen Folgen für Deutschland selbst von den Engländern der Blockade zugeschrieben werden, geht aus nachstehenden englischen Presseäußerungen hervor.

Daily News vom 22. 11. 18: Die Wirkung der Blockade auf Deutschland.

Es ist wahrscheinlich nicht zu viel gesagt, daß, abgesehen von der Niederlage im Felde, Deutschland genötigt gewesen wäre, sich infolge der wirtschaftlichen Blockade zu ergeben. Von der großen Masse der Bevölkerung in den großen Städten und Industriebezirken — welche 95 % ausmachte — kann behauptet werden, daß sich diese seit mindestens zwei Jahren in einem Zustande befindet, der dem Verhungern nahekommt.

Der Mangel an Rohstoffen hätte nach dem Urteil eines deutschen Marineoffiziers allein genügt, um Deutschland zur Annahme irgendwelcher Bedingungen zu zwingen. Ey.

Nach einem Referat in der „Reformation“ vom 3. November 1918 (17. 44. 351) hat F. W. Wile in „Weekly Dispatch“ (Datum nicht angegeben) über die Wirkung der Hungerblockade auf deutsche Kinder unter dem Titel: „Die Hunnen von 1918“ sich wie folgt geäußert: „Wenn die Deutschen auch schreiben, daß kein Geburtenrückgang zu verzeichnen wäre, so kommt es auch nicht darauf an, wieviel Kinder geboren werden, sondern ob dieselben auch gesund sind.“ Und er frohlockt darüber, daß es der englischen Blockade gelingt, die Unterernährung der Kinder bereits im Mutterleibe zu erzwingen. „Ich weiß,“ äußert er weiter, „daß nicht nur zehntausende von Deutschen, die bis jetzt ungeboren, für ein Leben psychischer Minderwertigkeit prädestiniert sind, sondern auch tausende von Deutschen, die bis jetzt sogar noch nicht empfangen sind, werden demselben Schicksal gegenüberstehen müssen. Englische Krankheit wird wohl die Art von Krank-

heit sein, der man in der Zeit nach dem Kriege am öftesten an unfähigen Deutschen begegnen wird."
(Aus „Nachrichten der Auslandspresse" Nr. 1296, Seite 4, Ziffer 15).

Im „Weekly Dispatch" vom 8. 9. 18 heißt es: „Baden-Powell sagte, wir werden bis 1930 warten müssen, um zu sehen, wer wirklich den Krieg gewonnen hat. Die Unterernährung der Deutschen unter dem Einfluß der englischen Blockade macht sich jetzt bemerkbar durch die Krankheiten in Deutschland. Der bekannte Gesundheitsgelehrte Dr. Saleeby sagte mir: „Die deutsche Rasse wird ruiniert". Der verstorbene deutsche Gelehrte Weißmann konnte die Vererbung der Unterernährung nicht leugnen. Die Geburtenziffer mag in Deutschland, oberflächlich betrachtet, befriedigend sein, der nicht ausrottbare Schaden ist etwas anderes und ernsteres. Dazu kommt die große Zahl der gefallenen jungen Männer. Deutschland wird, dank der englischen Blockade einen schrecklichen Preis für seinen Anspruch, eine Weltmacht zu werden, zahlen."

Äußerlich trat der Einfluß der Nahrungsmittelabsperrung jedem Beobachter sinnfällig vor Augen durch die starke Abnahme des Körpergewichts und die oft erschreckende Abmagerung. Namentlich war das bei der städtischen Bevölkerung bemerkbar. Gerade in den Städten mit mehr als 5000 Einwohnern aber lebt die Hälfte der Einwohnerschaft Deutschlands. Das durchschnittliche Körpergewicht der städtischen Bevölkerung sank von ungefähr 60 kg auf etwa 49, d. h. um rund 20 %. Gewichtsverluste von 30 kg und mehr waren keine Seltenheit.

Die bedauerlichen Folgen der starken Abmagerung, an der namentlich der Mangel an Eiweißstoffen schuld war, blieben nicht aus. Die körperliche und die geistige Leistungsfähigkeit gingen erheblich zurück, die Willenskraft, die seelische Stimmung erlitten schweren Schaden. Krankheiten, die im Laufe der Jahre als überwunden galten, stellten sich wieder ein, Krankheiten anderer Art nahmen in erschreckender Weise zu. Bei Frauen und Mädchen kam es zu Störungen des normalen Ablaufs der Funktionen der Geschlechtsorgane (Menstruationsanomalien). Unterernährung und mangelnde Eiweißzufuhr beeinflußten sehr schädlich die Fruchtbarkeit. Bei den Erkrankten wurde vielfach infolge der unzureichenden und ungeeigneten Ernährung die Rekonvaleszenz in auffallendem Maße verzögert.

Besonders haben ältere Leute unter dem Nahrungsmangel gelitten; die Sterblichkeit unter ihnen nahm außerordentlich zu. Aber auch die Jugend im schulpflichtigen Alter ist in ihrem Gesundheitszustand zurückgekommen. Schon allein der Umstand, daß die allgemeine Sterblichkeit in der Kriegszeit unter denjenigen Bevölkerungsklassen am höchsten gestiegen ist, die auch die größte Abnahme des Körpergewichtes aufzuweisen hatten, nämlich bei den Personen des

höheren Lebensalters, den Großstädtern und den Insassen geschlossener Anstalten, weist mit Bestimmtheit darauf hin, daß die Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse daran schuld gewesen ist.

Im einzelnen ist über die Folgen der Unterernährung das Nachstehende zu sagen.

1. Zunahme der Sterbefälle
(Bearbeitet im Statistischen Reichsamt)

In den letzten Friedensjahren ist die jährliche Zahl der Sterbefälle im Deutschen Reich trotz des allmählichen Anwachsens der Bevölkerung nahezu auf der gleichen Höhe geblieben, hat sogar von Jahr zu Jahr ein wenig abgenommen. Man darf daher annehmen, daß bei normalen Ernährungsverhältnissen die Zahl der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung auch während des Krieges nicht erhöht worden wäre und daß die beobachtete Vermehrung der Sterbefälle hauptsächlich der Blockade zuzuschreiben ist, die, wie oben gezeigt, das deutsche Volk von einer Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel und unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände für die Körperpflege abgeschnitten hat. Ein Vergleich der Sterbefälle der Zivilbevölkerung während des Krieges mit den Sterbefällen im letzten Friedensjahre läßt daher die Zahl der Opfer der Blockade erkennen.

Bei der erfolgten Durchführung eines solchen Vergleichs mußten aber verschiedene Umstände sorgfältig berücksichtigt werden. Der starke Geburtenrückgang während des Krieges, der die Geburtenzahl des Jahres 1917 nahezu auf die Hälfte der Geburten des letzten Friedensjahrs herabgemindert hat, übt einen wesentlichen Einfluß auf die Zahl der Sterbefälle in den ersten Lebensjahren. Darauf mußte Rücksicht genommen werden; denn die Sterbefälle der jüngsten Lebensjahre verminderten sich während des Krieges nach Maßgabe der geringeren Geburtenzahl. Ferner mußten aus der männlichen Bevölkerung diejenigen ausgeschieden werden, welche während des Krieges nicht zur Zivilbevölkerung gehörten. Hierbei wurde angenommen, daß von den Männern im Alter von 18 bis 45 Jahren im Jahre 1915 ein Drittel und in den späteren Jahren zwei Drittel im Heeresdienst standen — die letztere Zahl stimmt mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 überein —, daß also bei dem Vergleiche mit dem Jahre 1915 nur zwei Drittel, bei dem Vergleiche mit den späteren Jahren ein Drittel der Sterbefälle dieser Altersstufe der Zivilbevölkerung zuzurechnen sind. Auch wurde berücksichtigt, daß die zum Militär ausgehobenen Männer einer gesunderen Bevölkerung angehörten, als die zu Hause gebliebenen. Es wurde daher für die Altersklassen von 18 bis 45 Jahren nicht die unmittelbar sich erzielende Zunahme der

Sterbefälle verwendet, sondern angenommen, daß in dieser Altersklasse bei der männlichen Zivilbevölkerung nahezu die gleiche prozentuale Vermehrung der Sterbefälle eingetreten sei wie bei der weiblichen Bevölkerung und somit die für das weibliche Geschlecht berechnete prozentuale Zunahme auch bei dem männlichen Geschlecht in Rechnung gesetzt.

Bei sorgfältiger Durchführung dieser Rechnung ergab sich zunächst für das Jahr 1914 noch keine merkliche Erhöhung der Sterbefälle, in diesem Kalenderjahre läßt sich also noch keine Wirkung der englischen Blockade erkennen. In den Jahren 1915 und 1916 ist die Erhöhung der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung noch nicht sehr groß, sie erreicht im ersteren Jahre etwa $9^1/_2$, im letzteren Jahre etwa mehr als 14 v. H. der Sterbefälle des Friedensjahres 1913. Dagegen weisen die beiden letzten Jahre 1917 und 1918 recht beträchtliche Einwirkungen der Blockade auf.

Im Jahre 1917 beträgt die Zunahme der Sterbefälle etwa 32 und im Jahre 1918 sogar 37 vom Hundert der Sterbefälle des Friedensjahrs 1913.

Die folgende Übersicht gibt Aufschluß über die Zahl der Opfer, die dem deutschen Volke die englische Blockade während der Jahre 1915 bis 1918 gekostet hat.

Jahr	Zahl der Opfer, welche die Blockade gekostet hat	Zahl der Opfer auf Hundert der Sterbefälle des Friedensjahres 1913
1915	88 235	9,5
1916	121 174	14,3
1917	259 627	32,2
1918	293 760	37,0
	Zusammen 762 796	

Die Gesamtzahl der Opfer beträgt also nach der Rechnung rund 763 000 Seelen. Das Jahr 1918 ist hier voll gerechnet. Will man nur die Zahl der Opfer bis zum Schlusse des Monats November in Rechnung ziehen, so muß von obiger Zahl ein Zwölftel der Opfer des Jahres 1918, das sind etwa 24 500, abziehen. Aber auch, wenn die Blockade schon vor Schluß dieses Jahres ihr Ende erreichen sollte, würde ihre Einwirkung auf die Erhöhung der Sterbefälle nicht sogleich verschwinden.

Auch in England ist versucht worden, den Einfluß der Blockade auf die Vermehrung der Sterbefälle in den Kriegsjahren 1915 bis 1917 zu berechnen. In der Abhandlung „Vital Statistics as affected by the war“ im Journal of the Royal Statistical Society, Jahrgang 1918, part. I, p. 19 u. 20 wird aus Zahlen, die das Reichsgesundheitsamt über die Sterbefälle in Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohner

veröffentlicht hat, berechnet, daß die Zahlen der Sterbefälle in den Jahren 1915 und 1916, wenn man die Sterbefälle des ersten Lebensjahrs unberücksichtigt läßt, die des letzten Friedensjahrs um 60 und 55 v. H. überragt haben und daß die Zahl der Sterbefälle in der ersten Hälfte des Jahres 1917 allein oben soviel betragen wie die Sterbefälle im ganzen Jahre 1913, daß also der Anstieg im Jahre 1917 auf etwa 100 v. H. veranschlagt werden muß. Diese englischen Berechnungen ergeben indessen zu große Werte, weil in den benutzten Zahlen der Sterbefälle für die Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern ein Teil der im Kriege Gefallenen mitenthalten ist, und zwar läßt sich, da die Meldungen der Kriegssterbefälle verspätet eingehen, nicht feststellen, wie viele der einem Kalenderjahre zugerechneten Kriegssterbefälle diesem oder einem früheren Jahre zugehören. Das die beträchtliche Vermehrung der Sterbefälle in den Kriegsjahren, aber nicht allein durch die Zahlen der im Kriege Gefallenen erklärt werden kann, wird in der erwähnten Abhandlung selbst bemerkt; dort heißt es wörtlich: „Wie groß auch immer die hier eingeschlossene Zahl der Kriegssterbefälle ist, die Darstellung des Anwachsens während der Kriegsjahre 1915 bis 1917 wird dadurch nicht beeinflußt, denn die Zunahme ist zu groß, um dieser allein zugeschrieben werden zu können."

Um zu erkennen, wie die Blockade die Zahl der Sterbefälle in den einzelnen Altersstufen beeinflußt hat, ist die durch die Blockade verursachte Vermehrung der Sterbefälle des Jahres 1917 nach einigen Altersstufen gegliedert und zugleich aufgeführt, wieviel vom Hundert der Sterbefälle des Friedensjahres diese Vermehrung in jeder Altersstufe ausmacht.

Übersicht der Opfer der Blockade im Jahre 1917 nach Altersstufen

I. Vermehrung der Sterbefälle im Kindesalter

Alter	Zahl der Opfer im Jahre 1917	Zunahme auf 100 der Sterbefälle im Friedensjahr 1913*)
0— 1 Jahr	3 506	2,4
1— 5 „	30 591	49,3
5—15 „	19 920	55,0

* Leider ist es gegenwärtig noch nicht möglich, für das gesamte Reichsgebiet auch das Anwachsen der Sterblichkeit, d. h. die Zunahme der Todesfälle in ihrem Verhältnis zu den Lebenden, also die Steigerung der Lebensbedrohung zu berechnen. Es fehlen zurzeit noch die dazu erforderlichen Bevölkerungszahlen hinsichtlich der Altersgruppierung während der letzten Jahre. Insoweit eine solche Berechnung im Reichsgesundheitsamt unter Benutzung der Ergebnisse der letzten Volkszählung (vom 5. Dezember 1917) ausgeführt wurde, ergab sich,

II. Vermehrung der Sterbefälle bei den männlichen Erwachsenen der Zivilbevölkerung im Jahre 1917

15—48 Jahr	12856	42,2
48—60 „	19720	29,2
60—70 „	22890	35,2
70 u. mehr „	37944	40,8

III. Vermehrung der Sterbefälle bei den weiblichen Erwachsenen im Jahre 1917

15—30 Jahr	15565	45,7
30—60 „	30502	32,7
60—70 „	19394	30,0
70 u. mehr „	46739	40,8

Der Einfluß der Blockade auf die Zahl der Sterbefälle der unter ein Jahr alten Kinder ist dank der großen Sorgfalt, die auf die Ernährung der Säuglinge und den Schutz der Mütter verwendet worden ist, nur gering, die Erhöhung der Zahl der Sterbefälle beträgt nur 2,4 vom Hundert. Dagegen ist der Einfluß der Blockade auf die Sterbefälle der Kinder von 1 bis 5 und von 5 bis 15 Jahren sehr groß, die Erhöhung beträgt bei den 5 bis 15 Jahre alten Kindern 55 vom Hundert der Sterbefälle im Frieden. Von dieser Altersstufe an nimmt der Einfluß der Blockade bei dem männlichen Geschlecht bis zur Altersklasse von 48 bis 60 Jahren ab, um dann im höheren Alter wieder anzusteigen. Bei dem weiblichen Geschlecht nimmt der Einfluß der Blockade an dem Höchstmaße in der Altersstufe von 5 bis 15 Jahren bis zum Alter von 70 Jahren ab, um dann in der höchsten Altersstufe dieselbe Höhe wie beim männlichen Geschlecht zu erreichen. Die Volksgesundheit hat, also außer im Kindesalter von 1 bis 15 Jahren auch im erwerbstätigen Alter von 15 bis 60 Jahren bei beiden Geschlechtern recht erheblichen Schaden erlitten.

Für das Jahr 1918 liegt bis jetzt nur wenig vollständiges Material vor. Aus den gemeldeten Zahlen der Sterbefälle von Groß-

---

daß die Sterblichkeit im Jahre 1917 gegenüber dem Jahre 1910 gestiegen war für die Altersgruppe von

0—1 Jahr um 9,7%,
1—5 Jahren um 19,6% und
70 und mehr Jahren um 33,4%.

Es sind nämlich von je 1000 Lebenden gleichen Alters gestorben

im Jahre	im 1. Lebensjahre	im Alter von 1—5 Jahren	im Alter von 70 und mehr Jahren
1910	135,2	13,3	110,3
1917	147,6	15,9	147,1.

Man darf ferner wohl annehmen, daß in den dazwischen liegenden Altersklassen zwischen 5 und 70 Jahren die Zunahme der Sterblichkeit sich zwischen 20 und 30% bewegte.

städten, die sich auf die acht ersten Monate des Jahres beziehen, konnte geschlossen werden, daß sich die Sterblichkeit in diesem Jahre gegen 1917 noch etwas erhöht hatte, etwa um zwei vom Hundert, und daraus wurde die in der ersten Übersicht angegebene Zahl der Opfer des Jahres 1918 berechnet. Die starke Anhäufung von Todesfällen an Grippe, die seit Ende September eingesetzt, und die Gesamtzahl der Sterbefälle des Jahres 1918 erhöht hat, ist bei Berechnung der Zahl der Opfer der Blockade nicht berücksichtigt worden, da bei Bestimmung der Zunahme der Sterbefälle des Jahres 1918 nur die acht ersten Monate des Jahres hinzugezogen worden sind, in denen die Sterbefälle an Grippe noch keine erhebliche Höhe erreicht hatten. Immerhin möchte ein Teil der 150 000 Todesfälle an Grippe und folgender Lungenentzündung der durch die mangelhafte Ernährung geschwächten Volkskraft zuzuschreiben sein.

Es darf zu Vorstehendem noch bemerkt werden, daß die Gliederung der Sterbefälle des Jahres 1917 nach Altersstufen berechnet worden ist nach Maßgabe der Auszählungen für sieben preußische Provinzen und einige andere deutsche Staaten. Eine inzwischen durchgeführte Auszählung aus den vorläufigen Zahlen der Sterbefälle des gesamten Preußischen Staates ergibt als Zunahme der Sterbefälle im Jahre 1917 33,0 v. H., sie stimmt mit der vorstehend angeführten Zahl (32,2 v. H.) fast vollständig überein, ebenso auch der für den ganzen Staat Preußen ermittelte Anteil der über 60 Jahre alten gestorbenen Personen. Sobald genaue Altersgliederungen der Sterbefälle für das ganze Deutsche Reich vorliegen, werden die Rechnungen wiederholt werden, eine wesentliche Aenderung des Gesamtergebnisses ist aber nicht zu erwarten.

Es möge hier noch eine schätzungsweise Berechnung des materiellen Schadens folgen, welcher durch die von der Blokkade verursachte Vermehrung der Sterbefälle um rund 763 000 dem Nationalvermögen zugefügt worden ist. Es wurde hierbei angenommen, daß ein erwachsener Mensch im erwerbstätigen Alter von 15 bis 65 Jahren im Durchschnitt jährlich 1500 M. zur Mehrung des Volksvermögens beiträgt. Der frühzeitige Tod eines im erwerbstätigen Alter stehenden Menschen entzieht dem Nationalvermögen soviel, als er nach seiner wahrscheinlichen Lebensdauer noch Jahre gelebt hätte, multipliziert mit 1500 M. Um den augenblicklichen Wert dieses verlorenen Kapitals zu bestimmen, mußte jeder der zu erwartenden jährlichen Beiträge auf die Zeit des Todesfalls diskontiert werden, wobei ein Zinsfuß von 4 v. H. zugrunde gelegt ist. Bei Kindern wurde auch die Zahl der Jahre, die sie nach der Sterbewahrscheinlichkeit innerhalb des erwerbstätigen Alters erleben mit dem jeden dieser Jahre zukommenden Beitrag von 1500 M. multipliziert und der Betrag auf die Zeit des Todes diskontiert. Bei ihnen wurde von diesem zu erwartenden Gewinn der Wert des Aufzugs-

geldes in Abzug gebracht, indem nach der Sterbewahrscheinlichkeit festgestellt wurde, wieviel Jahre voraussichtlich von den Kindern bis zum Alter von 15 Jahren durchlebt werden und für jedes dieser Jahre wurde der Wert des Aufzugsgeldes eingestellt und auf die Zeit des Todes diskontiert. Als Aufzugsgeld wurde angenommen für ein Kind im ersten Lebensjahre 300 M., für ein 5 Jahre altes Kind 400 M., für ein 10 Jahre altes Kind 500 M. und für ein 15 Jahre altes Kind 600 M.

Auf diese Weise konnte aus den für die deutsche Bevölkerung geltenden Sterbetafeln für Personen jedes Alters der voraussichtliche durchschnittliche Beitrag zum Nationalvermögen bestimmt werden. Es ergab sich für ein neugeborenes Kind als kapitalisierter Beitrag 8380 M., für ein einjähriges Kind ein solcher von 11 200 M., für ein fünfjähriges Kind 15 700 M., für ein zehnjähriges Kind 22 100 M. und für ein fünfzehnjähriges Kind 30 300 M. Für eine Person im Alter von 20 Jahren 29 000 M., von 25 Jahren 27 600 M., von 30 Jahren 25 900 M., von 35 Jahren 23 900 M., von 40 Jahren 21 600 M., von 45 Jahren 18 800 M., von 50 Jahren 15 400 M., von 55 Jahren 11 500 M., und von 60 Jahren 6 500 M. Für die 65 Jahre alten Personen hingegen ist der Beitrag zum Nationalvermögen außer Rechnung geblieben, für sie und für die noch älteren Personen wird angenommen, daß ihre Leistungen zur Vermehrung des Volksvermögens durch Gegenleistungen des Staates (Altersrente usw.) aufgehoben werden. Um den Beitrag, den die 60 bis 70 Jahre alten Personen für die Mehrung des Nationalvermögens leisten, nicht außer Acht zu lassen, war bei dieser Rechnung die Grenze des erwerbstätigen Alters auf 65 Jahre hinausgeschoben worden. Bezüglich der für die einzelnen Altersstufen berechneten Beitragsrate muß bemerkt werden, daß sie nur als Durchschnittswerte anzusehen sind, da für jedes Jahr des erwerbstätigen Alters der gleiche Beitrag von 1500 M. eingesetzt ist, was der Wirklichkeit nicht entspricht; es wird daher der berechnete Wert für die fünfzehnjährigen Personen zu hoch, für die 25- und 30jährigen zu niedrig sein, es kam hier aber nur auf Durchschnittswerte an.

Die auf die erwähnte Art durchgeführte Rechnung ergab für den materiellen Schaden, der durch die Vermehrung der Sterbefälle infolge der englischen Blockade dem Nationalvermögen erwachsen ist, für

das	Jahr	1915	den	Wert	von	1,11	Milliarden,
„	„	1916	„	„	„	1,88	„
„	„	1917	„	„	„	2,54	„
„	„	1918	„	„	„	2,85	„

im ganzen also eine Schädigung um 8,40 Milliarden Mark.

Um die Ergebnisse dieser Rechnung zu kontrollieren, wurde noch ein zweiter Weg eingeschlagen, der auf Angaben von einer ameri-

kanischen Lebensversicherungsgesellschaft über den Handelswert des menschlichen Lebens beruht. Deren Zahlenangaben sind ermittelt auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen, die aus Anlaß von Schadenersatzklagen getroffen waren. Danach ergab sich z. B. der Wert eines Menschenlebens im Alter von fünf Jahren gleich 2000 Dollar, von 10 Jahren gleich 2500 Dollar, von 15 Jahren gleich 2800 Dollar, von 20 Jahren gleich 3800 Dollar, von 25 Jahren gleich 7000 Dollar, von 30 Jahren gleich 7600 Dollar, von 35 Jahren gleich 6800 Dollar, von 40 Jahren gleich 6000 Dollar, von 45 Jahren gleich 5000 Dollar, von 50 Jahren gleich 4900 Dollar, von 55 Jahren gleich 4800 Dollar, von 60 Jahren gleich 4000 Dollar, von 65 Jahren gleich 1800 Dollar, von 70 Jahren gleich 1000 Dollar, von 75 Jahren gleich 500 Dollar und von 80 Jahren gleich 200 Dollar.

Mit Hilfe dieser für jedes fünfte Jahr festgesetzten Werteskala wurde gleichfalls der Schaden, welcher dem Nationalvermögen durch die Vermehrung der Sterbefälle um 763 000 M. erwachsen ist, bestimmt.

Die Rechnung ergab

	für	das	Jahr	1915	einen	Schaden	von	209	Mill. Dollar
	„	„	„	1916	einen	solchen	„	436	„ „
	„	„	„	1917	„	„	„	619	„ „
und	„	„	„	1918	„	„	„	700	„ „

im ganzen also von 1964 Millionen Dollar, oder in Mark umgerechnet von 8,25 Milliarden Mark. Abgerundet geben also beide Methoden den Wert des Schadens auf 8⅓ Milliarden M. an. Die nahezu vollständige Uebereinstimmung der beiden auf verschiedenen Grundlagen ausgeführten Berechnungen läßt erkennen, daß der angenommene jährliche Beitrag von 1500 M. als Durchschnittswert gut gewählt war.

2. Zunahme der Sterbefälle an einzelnen Krankheiten

Den verderblichen Einfluß des Krieges, namentlich der englischen Handelsblockade auf die Volksgesundheit läßt insbesondere die Betrachtung der Sterbefällehäufung infolge einzelner Todesursachen deutlich erkennen.

Zwar liegt das statistische Material hierüber für ganz Deutschland noch nicht vor. Es beruht dies darauf, daß die Todesursachenstatistik während des Krieges vor wichtigeren anderen Arbeiten zurücktreten mußte. Immerhin steht bezügliches Material aus den Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern und zwar bis zur Mitte des Jahres 1918 zur Verfügung. Es seien daraus die besonders charakteristischen Ergebnisse bezüglich der drei Krankheiten Tuberkulose, Krankheiten der Atmungsorgane und Kindbettfieber hervorgehoben. Wie die nach-

stehende bildliche Darstellung zeigt, haben die Todesfälle an diesen Krankheiten seit Beginn des Krieges fortdauernd zugenommen. Vorübergehende Umstände können eine solche Steigerung tödlicher Ausgänge bei den bezeichneten Krankheiten nicht verursacht haben, schuld daran ist vielmehr ein ständig wirkender Einfluß, wie ihn die Blokkade mit ihren Folgeerscheinungen, dem Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aller Art, darstellt.

Tuberkulose

In ständigem Rückgang war diese Volksseuche während der letzten Jahrzehnte begriffen. Während im Jahre 1892 von je 10 000 Einwohnern noch 26 Personen an Tuberkulose gestorben sind, war diese Zahl im Jahre 1913 auf 14 gesunken. Entsprechend war in deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht, der damaligen beschränkteren Bezeichnung der in Rede stehenden Todesursache, von 37 im Jahre 1877 auf 19 im Jahre 1904 und an Tuberkulose von 22 im Jahre 1905 auf 16 und 15 im Jahre 1912 und 1913 gesunken. Die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose in den beiden letzteren Jahren stellte sich auf 41 565 und 40 374. Sie stieg dann einschließlich der standesamtlichen Nachträge

1914 auf 41 730,
1915 auf 44 805,
1916 auf 48 779,
1917 auf 67 860 und
im 1. Halbjahr 1918 auf 41 847.

Nimmt man für das 2. Halbjahr 1918 eine gleich hohe Sterblichkeit wie für das 1. Halbjahr an, dann würden allein in den rund 380 Orten 83 694, d. h. 43 320 Personen mehr als im Jahre 1913, an Tuberkulose gestorben sein. Geht man nun von dem Jahre 1913 als dem letzten vollen Friedensjahre aus, so ist die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose gestiegen, um

1 356 im Jahre 1914,
4 431 „ „ 1915,
8 405 „ „ 1916,
27 486 „ „ 1917 und schätzungsweise
43 320 „ „ 1918.

In den Kriegsjahren 1914 bis 1918 sind danach 84 998 Personen insgesamt oder durchschnittlich jährlich etwa 17 000 mehr als im letzten vollen Friedensjahr der Tuberkulose erlegen, d. h. im Jahresdurchschnitt eine Zahl, die über 42 v. H. oder fast die Hälfte aller

Todesfälle an Tuberkulose im letzten vollen Friedensjahre ausmacht. Was die Gesamtzahl der Mehropfer während der Kriegszeit anlangt, so ist zu berücksichtigen, daß die vorstehend angegebenen Zahlen sich nur auf etwa $^3/_8$ der Gesamtbevölkerung des Reiches beziehen, daß also der Gesamtverlust noch um Vieles größer ist.

Die ärztlichen Erfahrungen haben festgestellt, daß die Ernährungsweise auf den Verlauf der Tuberkulose großen Einfluß übt. Bei guter Ernährung kann die Krankheit heilen, bei mangelhafter Ernährung führt sie meist schnell zum Tode. Deshalb steht außer Zweifel, daß die mit dem Kriege einsetzende gewaltige Zunahme der Todesfälle an Tuberkulose vorzugsweise auf den durch die Blockade verursachten Lebensmittelmangel, insbesondere den Fettmangel, zurückzuführen ist. Wenn gesagt wird, daß für die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit auch noch andere Ursachen angesprochen werden müssen, wie schwere, ungewohnte Arbeit, psychische Einwirkungen, Zunahme der Erkältungskrankheiten und dergl., so stehen auch diese Faktoren in unmittelbarem Zusammenhange mit der Blockade, weil eben letztere die schlechte Ernährung und die Knappheit an Wäsche und Bekleidungsstücken mit sich gebracht und damit die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen schädigende Einflüsse vermindert haben. Die so starke Zunahme der Todesfälle an Tuberkulose während des Krieges hat ferner auf die bisher gesunde Bevölkerung unzweifelhaft den ungünstigsten Einfluß gehabt. Denn nach der ärztlichen Erfahrung bedeutet der Tuberkulöse in seinen letzten Lebenswochen eine schwere gesundheitliche Gefahr für seine Umgebung. Die Zahl der durch die vielen Gestorbenen vorher noch verursachten Krankheitsübertragungen läßt sich zwar nicht berechnen, muß aber sicherlich auf viele Zehntausende geschätzt werden. Das hierdurch bedingte Wiederanwachsen auch der Erkrankungen an Tuberkulose macht nicht nur die gesundheitlichen Errungenschaften vieler Jahrzehnte zunichte und die zur Bekämpfung der Krankheit durch Errichtung von Lungenheilstätten, Fürsorgestellen usw. aufgewendeten ganz erheblichen Mittel nutzlos, sondern hat auch für die Zukunft schwere wirtschaftliche Nachteile insofern im Gefolge, als durch die lange Erwerbsunfähigkeit der neuen Erkrankten künftige Gewinne verloren gehen und durch die Pflege, Behandlung und Unterbringung der Kranken große Kosten erwachsen. Wie hoch sich diese Nachteile stellen werden, läßt sich auch nicht annähernd bestimmen.

Krankheiten der Atmungsorgane

Die nachstehenden Zahlen schließen mit Ende Juni 1918 ab, enthalten also noch nicht die durch die Influenzaepidemie des Jahres 1918 hervorgerufenen Todesfälle. Es starben an diesen Krankheiten

46 026	Personen	im	Jahre	1913,
47 669	„	„	„	1914,
48 515	„	„	„	1915,
51 139	„	„	„	1916,
61 569	„	„	„	1917 und
33 514	„	„	„	1918 I. Halbjahr.

Auch hier zeigte sich also eine fortlaufende Zunahme; sie betrug, vom letzten vollen Friedensjahre 1913 aus betrachtet,

1914	1 643	
1915	2 489	
1916	5 113	
1917	15 543	und schätzungsweise, unter Verdoppelung des Betrages für das I. Halbjahr
1918	21 002.	

Danach ergibt sich ein Mehrbetrag von 45 790 für die Jahre 1914 bis 1918 oder von durchschnittlich ungefähr 9160 Gestorbenen im Jahre gegenüber 1913. Dabei ist auch hier wiederum zu beachten, daß diese Zahlen noch nicht einmal für die ganze Reichsbevölkerung gelten, sondern nur für etwa $^3/_8$ davon.

Was über die begünstigenden Ursachen bei der Tuberkulose gesagt ist, gilt im wesentlichen auch bei den Krankheiten der Atmungsorgane. Hier kam aber zu den Erkrankungsursachen neben den Schwierigkeiten der Ernährung noch ein Umstand hinzu, der ganz besonders leicht Erkältungen des Körpers hervorzurufen pflegte. Zahlreiche Personen mußten täglich stundenlang bei jeder Witterung, auch bei Regen und Schnee, bei Kälte und bei glühender Hitze vor den Nahrungsmittelgeschäften stehen, bis sie von den infolge der Handelsblockade überaus knapp gewordenen Lebensmitteln etwas erhaschen konnten. Ferner übte die Kohlenknappheit ihren schädigenden Einfluß aus durch kalte Zimmer und durch Zusammendrängen der Menschen in wenige Wohnräume. Die Blockade entzog der Bevölkerung aber nicht nur Lebensmittel, sondern auch wichtige Gebrauchsgegenstände, wie Wolle, Baumwolle, Leder, notwendige Kleidungsstücke, Schuhwerk sowie unentbehrliche Arzneimittel. Wirkungen, die, wie später noch näher dargetan werden wird, die Erkrankungs- und damit auch die Todesgefahr selbstverständlich in erheblichem Maße gesteigert haben.

Kindbettfieber

Auch die Sterblichkeit an Kindbettfieber hat sich im Kriege von Jahr zu Jahr gesteigert, denn gegenüber 21,90 auf je 10 000 insgesamt, d. h. Lebend- und Totgeborene im Jahre 1913 betrug sie

1914 23,74,
1915 27,63,
1916 28,67,
1917 30,79,
1918 36,74 im I. Halbjahr.

Sie stieg demnach, auf 1913 bezogen,

1914 um 1,84,
1915 um 5,73,
1916 um 6,77,
1917 um 8,89,
1918 1. Halbjahr um 14,84.

Bekanntlich ist zur Verhütung von Wundinfektionskrankheiten, denen das Kindbettfieber zuzurechnen ist, peinlichste Sauberkeit von der allergrößten Bedeutung. Daran aber gebrach es im Kriege infolge der Blockade mehr und mehr. Seife wurde äußerst knapp, wichtige Desinfektionsmittel konnten nur in unzureichenden Mengen bereitgestellt werden. Auch an Verbandsstoffen, Kautschukunterlagen und an einer großen Zahl von Geräten zur Krankenpflege mangelte es sehr. Geradezu bejammernswert war die grausame Wirkung der ungenügenden Ernährung auf die schwangeren Frauen. Sie erlagen im Wochenbett zu Tausenden infolge ihrer Schwäche und ihrer geminderten Widerstandskraft den Anstrengungen und Gefährdungen bei und nach der Entbindung, darunter in steigendem Maße auch, wie vorstehende Zahlen beweisen, der Wundinfektion beim Gebärakte.

Noch an einer Reihe von anderen Todesursachen könnte die brutale Wirkung der Handelsblockade, unter der die Gesamtbevölkerung Deutschlands leiden mußte, dargetan werden, an den Todesfällen infolge von Herz- und Nierenkrankheiten, an dem ungewöhnlichen Massensterben der älteren Leute. Indessen bedarf es solcher weiterer Nachweise nicht. Nur muß noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß unverändert, selbst jetzt noch, nach Abschluß des Waffenstillstandes die furchtbaren Wirkungen der Blockade fortdauern, daß unbarmherzig die Aushungerung des gesamten Volkes mittels der Einfuhrsperre zur See fortgesetzt wird und damit das Zerstörungswerk an der Gesundheit des deutschen Volkes seinen Fortgang nimmt. Aber selbst dann, wenn endlich einmal die mörderischen Schranken fallen, werden die Schädigungen, die durch diese dem Menschlichkeitsgefühl hohnsprechenden Maßregeln der deutschen Volkskraft zugefügt worden sind, so furchtbar und unermeßlich sein, daß sie sich zum Teil überhaupt nicht mehr werden beheben lassen, zum anderen Teil Jahrzehnte bedürfen, um einigermaßen ausgeglichen werden zu können.

3. Zunahme der Erkrankungen

Nicht nur die Todesfälle, sondern auch die Erkrankungen haben unter den verderblichen Wirkungen der Blockade beträchtlich zugenommen.

Allerdings steht statistisches Zahlenmaterial für die Häufungen der Krankheitsfälle nicht zur Verfügung. Eine regelmäßige und fortlaufende Zählung aller Erkrankungen unter der Bevölkerung Deutschlands findet nicht statt, aber es geht zur Genüge aus den Erfahrungen der Aerzte hervor, wie die unzureichende Ernährung und der Zwang zum Genusse bisher unbekannter oder oft sehr minderwertiger und bedenklicher Nahrungsmittel die Zahl der Kranken während des Krieges erheblich vermehrt hat. Übrigens beweist auch das bereits geschilderte Steigen der Sterbekurve, daß auch die Krankheitsfälle sich vermehrt haben müssen oder daß die Erkrankungen einen viel schlimmeren Verlauf wie früher genommen haben. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß mit der mangelhaften Ernährung des Menschen seine Empfänglichkeit für ansteckende Krankheiten zunimmt, die Widerstandskraft gegen Fieber und konsumierende Krankheiten sinkt, Stockungen in der Funktion der Körperorgane sich mehren. Bei Leuten in vorgeschrittenem Lebensalter ist es oft allein schon der ungewohnte, erzwungene Wechsel der Kost, die die Ernährung des Körpers beeinträchtigt und den Menschen anfälliger für eine Reihe von Krankheiten macht.

Die Folgen der unzureichenden Ernährung traten sogar jedem Laien durch die starke Abnahme des Körpergewichts der Menschen und durch die vielfach erschreckende Abmagerung besonders der städtischen Bevölkerung sinnfällig vor Augen. Die ärztlichen Sachverständigen aber wissen aus ihrer genaueren Kenntnis der Vorgänge in ihrer Berufstätigkeit von bestimmten Erkrankungen auffallend häufiger Art gerade in der Kriegszeit zu berichten. Der Schwund des normalen Fettpolsters äußerer und innerer Organe führte außerordentlich oft zu Senkungen der Bauchorgane, zu Leistenbrüchen, Einstülpungen des Darmes, Vorfällen der weiblichen Geschlechtsteile und zum Auftreten von Wandernieren. Der allgemeine Rückgang des Ernährungszustandes erschwerte die Blutbildung und verursachte dadurch langdauerndes, oft über ein Jahr währendes Aussetzen der Menstruation, manchmal gefolgt von einer Rückbildung der Geschlechtsorgane. Sicherlich ist auf diese Erscheinung zum Teil auch der Rückgang der Fruchtbarkeit der Frauen zurückzuführen. Über Blutarmut der Bevölkerung wurde allgemein geklagt. Die entfetteten, blutarmen Personen haben namentlich in der Winterszeit unter dem Kohlenmangel schwer zu leiden. Die Hautkrankheiten, auch solche ansteckender Art, nahmen bei Kindern wie Erwachsenen stark zu; schuld daran war die Un-

reinlichkeit, die sich infolge der steigenden Seifenknappheit einstellte, sowie die Verschlechterung der Beschaffenheit der Haut, die sich aus der ungenügenden Ernährung der Menschen ergab. Krätze, Bartflechte, Furunkulose zeigten sich in einer zu Friedenszeiten ungekannten Ausbreitung.

Im Zusammenhang mit den Nährschäden sowie der Kohlen- und Beheizungsnot steht die weite Verbreitung von Lungenkrankheiten, besonders die häufige Beobachtung interkurrenter Lungenentzündungen mit tödlichem Ausgang. Über die ganz besonders beklagenswerte Zunahme der Tuberkulose ist bereits oben bei der Schilderung der Todesfälle an Tuberkulose berichtet. Nach dem Urteile aller Spezialärzte auf diesem Krankheitsgebiete erstreckt sich die beängstigend große Zunahme der Tuberkulose auf fast alle Altersklassen; selbst die Kinder im jüngsten Alter bleiben nicht verschont. Es handelt sich nicht nur um das vielfache Aufleben alter, längst für ausgeheilt erachteter Tuberkuloseherde, sondern auch, was ganz besonders traurig ist, um frische Fälle, also um Ansteckungen bisher tuberkulosefrei gewesener Personen. Der häufig sehr rasche und schwere Verlauf der Tuberkulosefälle während des Krieges, das Ausbleiben der Heilung oder Besserung hängen zweifellos mit dem Mangel an Nahrung im allgemeinen, vor allem auch mit dem Mangel an Milch, Fleisch und Fett zusammen. Die großen und erfreulichen Aussichten bietenden Erfolge mehr als 25jähriger mühevoller Arbeit zur Bekämpfung der Tuberkulose sind infolge der durch die Blockade erfolgten Störungen der Fürsorgebestrebungen auf diesem Gebiete wieder verloren gegangen. Die Tuberkulösen leiden durch die Fortdauer der Einfuhrsperre, namentlich für Fett, bitter not. Die zahlreichen Tuberkuloseheilstätten, die im Laufe der Jahre in Deutschland eingerichtet worden sind, haben ihren Betrieb schließen müssen oder nur in ganz bescheidenem Umfange fortsetzen können, denn es fehlt ihnen das Wichtigste, was bei der Behandlung von Tuberkulösen notwendig ist, nämlich reichliche Nahrung und ganz besonders eine genügende Menge Speisefett.

Vielfach wurde auch über den schlimmen Verlauf der Krebserkrankungen geklagt, der in der Hauptsache auf das Fehlen der für Kranke dieser Art besonders wichtigen ausreichenden Ernährung zurückgeführt werden muß.

Starke Verbreitung fand auch das lästige Leiden der Polgurie, der abnormen Steigerung der Harnentleerung, die häufig mit Störungen der Nachtruhe verbunden war; sie ist vorwiegend auf die hochgradig verwässerte Kost zurückzuführen.

Zahlreich waren ferner akute Magen- und Darmstörungen; in einzelnen Gegenden erkrankten ¾ oder fast sämtliche Leute unter den Bewohnern. Die Erkrankungen wurden häufig als „Brechdurchfall" bezeichnet, ergriffen Dünn- und Dickdarm und verliefen ruhrähnlich;

allgemeine Schwächezustände folgten. Da eine Kostverbesserung nicht möglich war, traten bei Kranken und Genesenden häufig Rückfälle ein. Noch bedenklicher als die einfachen Katarrhe waren die Infektionen des Magens und Darmes, die nicht selten durch schlechte Nahrungsmittel, zu denen man im Hungergefühle griff, hervorgerufen wurden. Schlechtes Fleisch und Miesmuscheln richteten hier viel Unglück an. Überaus empfindlich trafen die stetig zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten diejenigen Personen, die von Geschwüren des Magens und Darmes befallen waren. Häufig kam es zu schweren Verschlimmerungen des Leidens, und zum Auftreten bis dahin latent verlaufener Erkrankungen.

Schlimm beeinflußt wurden durch die Kriegsernährung auch die Schilddrüsenerkrankungen. Denn da die Kropfleidenden ein erheblich größeres Nahrungsbedürfnis haben als die Gesunden, so litten sie sehr unter der Nahrungskürzung und wurden außerordentlich hinfällig. Besonders auffallend war das massenhafte Vorkommen der Ödemkrankheit, der Kriegswassersucht. Es zeigte sich besonders in geschlossenen Anstalten, Irrenanstalten und Strafanstalten; das ewige Einerlei in den Speisen, die immer wiederkehrenden Kohlrüben riefen bittere Klagen der Insassen dieser Anstalten hervor. Die Abmagerung der Leute und ihre Entkräftung führte zu erschreckenden Zuständen. Vielfach erkrankten nahezu ein Drittel aller dieser Leute an Ödemen. Die Sterblichkeit stieg in ungeahnter Weise. Daß lediglich die Ernährungsnöte dieses Emporschnellen der Ödemerkrankungen herbeiführten, steht für Sachverständige außer Zweifel. Übrigens trat diese Krankheit vielfach auch unter der Zivilbevölkerung besonders der großen Städte und der Industriegegenden in nicht unbedenklicher Ausbreitung auf.

Erwähnung mögen hier auch noch finden die infolge des Aufhörens der Fett- und Ölzufuhr für technische Zwecke eingetretene Ingebrauchnahme schlechter Ersatzschmieröle, die nicht selten schmerzhafte und langwierige Hautausschläge unter den Arbeitern verursachten.

Schließlich sei auch noch hingewiesen auf den ungünstigen Verlauf, der bei vielen Krankheiten infolge der Knappheit der Nahrungsmittel und sonstigen für Kranke erforderlichen Gegenstände eingetreten ist.

Bei der durch die ungenügende Nahrungsmittelzufuhr eintretenden Körperschwäche zeigte sich häufig auch eine hohe Beeinträchtigung des Herzmuskels, die zuweilen eine Wiedergenesung verhinderte. Viele operative Eingriffe endeten infolge des allgemeinen schlechten Ernährungszustandes der Kranken tödlich. In bedauernswerter Lage befanden sich diejenigen, die nach überstandener Krankheit auf baldige Kräftigung und Genesung hofften, bei dem allgemeinen Mangel an nahrhaften und leicht verdaulichen Speisen aber

in ihrer Zuversicht bitter enttäuscht wurden. Es ist eine der grausamsten Erscheinungen in diesem Kriege, daß selbst den Kranken und Leidenden die Nahrungsmittel vorenthalten blieben, deren sie zur Wiedererlangung ihrer Gesundheit bedurften. Wohin man blickt, sieht man also traurige, verderbliche Wirkungen der Blockade auf die Zivilbevölkerung: überall Kranke und Sieche. Die Bevölkerung hat Leiden, wie sie der Krieg unvermeidlich mit sich bringt, willig und geduldig ertragen; aber die vorgeschilderten Opfer und Qualen, die durch eine ungesetzliche Maßregel der Feinde hervorgerufen wurden, hat ungemein verhärtend und verbitternd auf sie eingewirkt.

4. Geburtenausfall

Der Geburtenrückgang ist wenigstens zum Teil ebenfalls auf die infolge der englischen Blockade herbeigeführten Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen. Die Besorgnis, daß nicht genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen könnten, die oben erwähnten ungünstigen Wirkungen unzureichender Ernährung auf die weiblichen Geschlechtsorgane und auf die Samenbildung beim Manne haben sicherlich mit dazu beigetragen, daß in vielen Familien Kinderzuwachs ausblieb. Es sei darum nachstehend eine Darstellung des Ausfalles der Geburten durch den Weltkrieg eingeschaltet, die das Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts, Herr Professor Dr. Ballod, verfaßt hat.

Ausfall der Geburten durch den Weltkrieg

Die Zahl der Lebendgeborenen in Preußen allein hat betragen:

	1910	1 219 447
	1911	1 189 217
	1912	1 186 243
	1913	1 173 416
Zusammen	1910—13	4 768 323
Durchschnitt	1910—13	1 192 081
	1914	1 166 580
	1915	890 714
	1916	676 023
	1917	603 496
Zusammen	1914—17	3 336 813.

Der Geburtenausfall in den Jahren 1914 bis 1917 betrug also gegenüber den 4 Jahren 1910 bis 1913 1 431 510. Dieser Ausfall setzte sich 1918 in verschärftem Maße fort: im ersten Halbjahr 1918 betrug die Anzahl der Lebendgeborenen 304 091 gegen 330 573 im

ersten Halbjahr 1917 und 356 617 im ersten Halbjahr 1916. Es ist daher anzunehmen, daß die gesamte Anzahl von Lebendgeborenen im Jahre 1918 kaum über 550 000 hinausgegangen sein wird. Für die ersten 8 oder sogar 9 Monate des Jahres 1919 ist natürlich ebenfalls an kein Ansteigen der Geburten zu denken. Beträgt nun der Ausfall des Jahres 1918 gegenüber dem Durchschnitt 1910/13 rund 642 000, so ist der Ausfall im Jahre 1919 zu etwa ¾, 642 000 = 481 500 anzusetzen. Der Gesamtausfall an Lebendgeborenen berechnet sich also für 1914 bis 1919 auf

1 431 510
642 000
481 500
2 555 010

Auf das Deutsche Reich übertragen, berechnet sich nach dem Verhältnis der Jahre 1910/13 die Gesamtziffer des Ausfalles an Lebendgeborenen wie folgt: Es gab 1910/13 im Reiche 7 503 905 Lebendgeborene, in Preußen 4 768 323. Der Ausfall dürfte also betragen $\frac{7\,503\,905 \cdot 2\,555\,010}{4\,768\,323}$ = rund 4,093 Millionen Lebendgeborene.

Zu den vorstehenden Ausführungen von Professor Ballod ist noch folgendes zu bemerken:

Es steht außer Zweifel, daß ein erheblicher Teil des Ausfalles von 4 Millionen Geburten eine unmittelbare Folge des Krieges darstellt, weil Millionen zeugungsfähiger Männer gefallen sind, schwer verwundet wurden oder lange Zeit — wenn auch durch Urlaub unterbrochen — von ihren Frauen getrennt waren. Immerhin wird es keine zu hohe Schätzung sein, wenn man den vierten Teil des Geburtenausfalles den oben erwähnten Ursachen, vor allem der Schädigung der männlichen und weiblichen Geschlechtsorgane durch die Unterernährung, zuschreibt und dadurch der Blockade zur Last legt. Diese 1 000 000 nicht geborener Kinder bedeuten, wenn man den in Abschnitt 1 errechneten Kapitalwert von 8 330 M. für ein neugeborenes Kind zugrunde legt, für das Nationalvermögen einen Schaden von 8,4 Milliarden Mark.

5. Verringerung der menschlichen Arbeitskraft

(Bearbeitet im Preußischen Statistischen Landesamt)

Die Verhinderung der Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln und der hierdurch veranlaßte Mangel an Nahrung hat auch, abgesehen von den dadurch veranlaßten Erkrankungen und Todesfällen eine erheb-

liche Minderung der Arbeitskraft und damit auch der Leistung der Bevölkerung zur Folge gehabt. Für die Minderung der Arbeitskraft gibt die Gewichtsabnahme des einzelnen Menschen einen Maßstab. Sie betrug im Durchschnitt beim Erwachsenen 10 bis 15 kg. — rund 20 % des Normalgewichts. Da nach dem Gutachten des Professors Dr. Rubner 40 % Gewichtsverlust im allgemeinen zum Tode also zum Erlöschen der Arbeitskraft überhaupt führt, so stellt ein Gewichtsverlust von 20 % mindestens die Hälfte des Verlustes der Arbeitskraft dar. Die Einbuße an Arbeitsleistung wird aber nicht ganz so hoch bewertet werden können. Zunächst hat ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung vor dem Kriege ein die Norm übersteigendes Körpergewicht gehabt, konnte also eine Gewichtseinbuße ohne Schädigung seiner Arbeitskraft ertragen; sodann aber wurde vor dem Kriege vielfach die vorhandene Arbeitskraft, weil es an der zwingenden Notwendigkeit fehlte, nicht voll ausgenutzt — mit anderen Worten sie trat in den wirtschaftlichen Leistungen nicht zu Tage. Es erscheint daher, um ganz vorsichtig zu schätzen, gerechtfertigt, die Einbuße an Arbeitsleistung, die durch den Verlust der halben Arbeitskraft verursacht wurde, nur auf 40 % der Friedensleistung zu schätzen. Es kommt nun darauf an, den volkswirtschaftlichen Wert dieser Einbuße an Arbeitsleistung zu berechnen. Aus früheren Zeiten liegen vereinzelte Berechnungen über den volkswirtschaftlichen Wert der Arbeitsleistung eines erwachsenen Mannes vor; sie eignen sich aber nicht für die hier notwendige Errechnung der Minderleistung der ganzen Bevölkerung. Denn sie berücksichtigen vorwiegend die körperliche Arbeitsleistung; die Tätigkeit der Bevölkerung umfaßt aber zum sehr großen Teil geistige Leistungen, die volkswirtschaftlich von großer Bedeutung sind, aber nach ganz anderen Normen berechnet werden müssen. Ferner besteht aber die erwerbstätige Bevölkerung nicht nur aus erwachsenen Männern, sondern auch aus Jugendlichen, Frauen des verschiedensten Alters und alten Männern, deren Arbeitskraft wesentlich herabgesetzt ist. Gerade diese Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung hat sich im Kriege gegenüber dem Frieden sehr verschoben; doch ist diese Verschiebung statistisch nicht erfaßbar, so daß ein Vergleich zwischen der Friedens- und Kriegsleistung nicht möglich ist.

Es muß daher von der gesamten Arbeitsleistung der erwerbstätigen Bevölkerung ausgegangen werden. Hierfür eignet sich das durch die Steuerveranlagung ermittelte Gesamteinkommen aus Arbeit jeder Art. Man wird davon ausgehen dürfen, daß dem Arbeitseinkommen des Einzelnen unter normalen Verhältnissen, wie sie im Frieden vorliegen, der Wert seiner Arbeitsleistung entspricht. Im Kriege ging nun, wie oben erörtert, die Arbeitsleistung um 40 % zurück; das Arbeitseinkommen wurde aber nicht heruntergesetzt, sondern mußte sogar bekanntlich unter dem Einfluß der Teuerung erheblich

gesteigert werden; das bedeutet volkswirtschaftlich, daß einem Teile des gezahlten Arbeitslohnes keine Arbeitsleistung gegenüberstand. Dieser Teil des Lohnes bedeutet also volkswirtschaftlich einen glatten Verlust. Seine Höhe entspricht genau der Einbuße an Arbeitsleistung, er beträgt also 40 % des gesamten Arbeitseinkommens.

Die Höhe des Arbeitseinkommens in ganz Deutschland läßt sich auf der Grundlage der sächsischen und preußischen Einkommenstatistik ziemlich sicher errechnen. Aus der sächsischen Statistik ergibt sich, daß für die Gesamtheit der physischen Zensiten mit einem Einkommen über 400 Mark das Arbeitseinkommen in verschiedenen Jahren gleichmäßig rund 55 % des gesamten Reineinkommens betrug. Dies Verhältnis läßt sich unbedenklich auf Preußen und auf das ganze Deutsche Reich übertragen, für das eine ähnliche Berechnung mangels ausreichender statistischer Unterlagen nicht möglich ist. In Preußen betrug das für 1917 veranlagte Einkommen der physisch selbständigen Personen, das im wesentlichen dem im Vorjahre — also 1916 — tatsächlich erzielten Einkommen entspricht, 26,48 Milliarden Mark, das Arbeitseinkommen mithin 55 % hiervon — 14,56 Milliarden Mark. Der volkswirtschaftliche Verlust infolge von Minderung der Arbeitsleistung beträgt nach der obigen Berechnung 40 % des gesamten Arbeitseinkommens. Es muß aber berücksichtigt werden, daß in dem Arbeitseinkommen nach der preußischen Steuergesetzgebung auch Pensionen, Wartegelder und persönliche nicht auf Kapital gegründete Renten enthalten sind. Hierfür sowie für etwaige sonstige Unvollkommenheiten der Berechnung sei nochmals insgesamt $^1/_6$ abgesetzt. Dann würde für Preußen der gesamte volkswirtschaftliche Verlust durch die Minderleistung $^1/_3$ des gesamten Arbeitseinkommens — 4,855 Milliarden Mark jährlich betragen. Für das ganze Deutsche Reich ergibt sich dann — nach dem allgemeinen statistisch gültigen Umrechnungssatz 5 : 3 — ein Verlust von 8,092 Milliarden Mark.

Die Minderleistung infolge des Nahrungsmittelmangels begann etwa im Juli 1915, als die Folgen der Blockade zuerst bemerkbar wurden; sie steigerten sich in den folgenden Jahren sehr beträchtlich und werden sicherlich mindestens bis zum Juli 1919 andauern, erstrecken sich also insgesamt auf vier Jahre. Der Gesamtverlust beträgt also $4 \times 8{,}092 =$ rund 32 Milliarden Mark.

c) Folgen des Mangels an gewissen Heilmitteln, Verbandstoffen, Gummi usw.

Die Absperrung Deutschlands vom Weltverkehr hat für die Erkrankten — abgesehen von der bereits besprochenen Ernährungsfrage — auch hinsichtlich ihrer Versorgung mit Arzneimitteln und anderen Hilfsmitteln zur Krankenpflege, ferner auch für die Pflege und Ernährung der Säuglinge große Erschwerungen mit sich gebracht.

c) Folgen des Mangels an gewissen Heilstoffen, Verbandstoffen, Gummi usw.

So gingen infolge der gestörten Zufuhr von Fetten, Ölen und amerikanischem Vaselin die Grundlagen für die Salben, die in der ärztlichen Krankenbehandlung eine bedeutende Rolle spielen, größtenteils verloren. Ferner konnten wichtige Desinfektionsmittel wie Kresolseifenlösung, Lysol, Formaldehyd, Sublimat, nur noch in unzureichender Menge bereitgestellt werden. Dadurch wuchs die Gefahr der Krankheitsausbreitung unter Menschen und Tieren sehr bedenklich. Von überseeischen Drogen blieben Hydrastis, Ipecacuanha, Kampfer, Copaiva- und Perubalsam sowie das Menthol aus; Chinin und Kokain wurden äußerst knapp. Starker Mangel an Nähmaterial für chirurgische Zwecke (Catgut) machte sich zum großen Schaden für viele Kranke geltend.

Schwere Sorge bereitete auch der schon bald nach Kriegsbeginn einsetzende Mangel an Baumwollverbandstoffen, an deren Stelle nicht oder nur schlecht sterilisierbare, wenig dehnbare und nicht genügend reißfeste und widerstandsfähige Verbandmittel aus Zellstoff treten mußten.

Ferner wirkte äußerst störend auf die Krankenbehandlung die Absperrung der Kautschukzufuhr, die sich in dem Fehlen von Operationshandschuhen und von Kautschukheftpflastern bemerkbar machte und zur Folge hatte, daß eine große Anzahl von Geräten zur Krankenpflege, z. B. von Gummikissen, Urinalen, Gummibinden u. a. m. nicht mehr hergestellt werden konnte. Welche Qualen den durch Aufliegen (decubitus) von großen Schmerzen heimgesuchten Kranken bereitet werden, wenn sie nicht mehr unter Zuhilfenahme von Luft- und Wasserkissen aus Gummi gebettet oder in sonstige Ruhestellung gebracht werden können, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Die gesamte Krankenpflege litt ferner auf das empfindlichste durch den im nachstehenden Abschnitt erörterten Mangel an Wäsche und an Seife.

Dem vorerwähnten Mangel an Gummi sind auch vielfache Störungen in der Ernährung der Säuglinge zuzuschreiben. Infolge des Fehlens von Rohstoffen war es bei weitem nicht möglich, die erforderliche Menge an Gummisaugern zu beschaffen, so daß die künstliche Ernährung der Säuglinge unregelmäßig wurde. Die Ersatzsauger, die zunächst an Stelle der Gummisauger hergestellt wurden, bewährten sich nicht; sie hatten insbesondere die üble Folge, daß bei den Säuglingen nicht selten Verschlucken und damit die Gefahr einer Lungenentzündung (Schluckpneumonie) eintrat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Kinder in ihren ersten Lebensjahren durch die Gumminot vielfach eine höchst bedauerliche Beeinträchtigung erlitten hat.

Der durch die Einfuhrsperre verursachte Korkmangel hat dazu geführt, daß minderwertiges Verschlußmaterial bei den Arzneigläsern und sonstigen Gefäßen verwendet werden mußten. Infolgedessen trat

rasch eine Verschlechterung, Abschwächung oder Verunreinigung der flüssigen Medikamente ein, was selbstverständlich die auf diese Heilmittel angewiesenen Kranken schädigte.

Neben der recht erheblichen Einschränkung des Verbrauchs von Nähr- und Kräftigungsmitteln wie Hämatogen, Malzextrakt und Milchpräparaten führte die völlige Absperrung der Einfuhr von Wein über die Seegrenze (wie sie in Anlage 1 näher geschildert ist) zu empfindlichen Schädigungen. Unter den im Frieden auf dem Seewege eingeführten Weinen befanden sich hauptsächlich Rotweine, die wegen ihres hohen diätetischen Wertes bei der Krankenbehandlung und für Genesende in vielen Fällen unentbehrlich und durch deutsche Weine nicht zu ersetzen sind. Da auf der andern Seite die allgemeine Verschlechterung der Nahrung vielfach zu Magen- und Darmkrankheiten führte und der Boden für eine starke Ausbreitung von Seuchen, wie Ruhr, gegeben war, so wurde der Mangel an wertvollem ausländischen Wein von den Ärzten und Kranken lebhaft beklagt. In dem Maße, wie sich die Läger ausländischen Rotweins leerten, erreichten die Rotweinpreise eine solche Höhe, daß es schließlich nur noch begüterten Kranken möglich war, sich in den Besitz solcher Weine zu setzen.

Wenn der Mangel aller der vorerwähnten Gegenstände die Ärzte und die Krankenpflegepersonen in ihrer Fürsorge für die Erkrankten außerordentlich hemmte und hinderte, so bedarf es keiner weiteren Beweise, daß eine fernere Folge davon auch die Verzögerung der völligen Wiedergesundung der Kranken, der Wiedererlangung ihrer früheren Arbeitskraft war.

So liegen die schädlichen Folgen des Mangels an gewissen Arzneistoffen und anderen Heilmitteln, an Baumwollverbandstoffen und an Gummi für die Gesundheitsfürsorge in Deutschland während der Zeit der Blockade offen zutage; sie zahlenmäßig zu ermitteln, ist leider unmöglich.

d) Folgen des Mangels an Seife, Bekleidungsstoffen usw.

Von den im Frieden in Deutschland verfügbaren Fetten und Ölen wurden etwa 400 000 t jährlich technischen Zwecken, vor allem der Erzeugung von Seife zugeführt. Durch die Absperrung Deutschlands fiel nicht nur die Einfuhr technischer Fette zum größten Teile weg, sondern es war auch erforderlich, alle inländischen Fettquellen, soweit es nur irgend durch besondere Reinigungsverfahren möglich war, zur Ernährung heranzuziehen. Schon im November 1915 wurde die Verarbeitung von Ölen und Fetten, die sich zur menschlichen Ernährung eignen, für technische Zwecke überhaupt verboten.

Im Frühjahr 1916 waren dadurch die zur Herstellung von Seife

verwendbaren Fettstoffe in Deutschland so knapp geworden, daß eine gesetzliche Einschränkung der Seifenherstellung nicht zu umgehen war. Aus dem Auslande kam so gut wie kein Fett mehr herein, und es galt nun, mit den zur Verfügung stehenden geringen Fettmengen wenigstens soviel Seife herzustellen, um die allernotwendigsten Forderungen der Körperpflege und Reinlichkeit erfüllen zu können. Das war sehr schwierig. Während früher auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland jährlich etwa 10 kg Wasch- und Feinseife entfielen, konnten nunmehr an Seifen jeder Art auch nicht entfernt derartige Mengen zur Verfügung gestellt werden. Um wenigstens den dringendsten Bedarf zu befriedigen, mußten die Erzeugnisse durch unwirksame Zusätze stark gestreckt und die einheitliche Herstellung dieser minderwertigen Kriegsseifen für das ganze Reich vorgeschrieben werden. So wurden hergestellt für die Wäschereinigung ein Waschpulver mit nur 4 % Fettgehalt und für die Körperreinigung eine Seife mit nur 20 % Fettgehalt. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen zur Verteilung monatlich 250 g (seit Januar 1918 nur noch 125 g) jenes minderwertigen Waschpulvers und ein Stückchen Seife von 50 g, das zu ¾ aus Ton bestand. Nur ein kleiner Kreis von Personen (Ärzte, bestimmte Arbeiter usw.) konnte mit etwas mehr Seife bedacht werden. Zur Gewinnung der nötigen Fettmengen suchte man alle Quellen nutzbar zu machen, auch aus den Schmutzwässern wurde z. T. das Fett wieder abgefangen.

Mannigfache Versuche, fettlose Waschmittel an Stelle der Seife einzuführen, hatten, soweit die Reinigung des Körpers in Frage kommt, fast gar keinen, für die Reinigung der Wäsche nur geringen Erfolg.

Trotz aller Bemühungen sah man voraus, daß die zur Verfügung stehenden Seifenmengen nicht im entferntesten den Bedarf auch bei sparsamstem Verbrauch würden decken können und daß gesundheitliche Mißstände unvermeidlich seien. Diese blieben denn auch nicht aus, die sogenannten Schmutzkrankheiten, Ruhr und Typhus erhoben ihr Haupt. Die Zahl der Ruhrfälle wuchs mit jedem Sommer und hatte massenhafte Todesfälle im Gefolge. Ähnlich ging es mit dem Typhus. Als weitere Folge konnte eine allgemeine Zunahme der Hautkrankheiten beobachtet werden. Zu erwähnen ist besonders die Furunkulose, die Impetigo contagiosa, ferner von parasitären Krankheiten die Krätze. Schließlich kam es auch zu einer massenhaften Ausbreitung der Bartflechte und ähnlicher Krankheiten durch die Barbierstuben, die besonders unter dem Mangel an Seife und reiner Wäsche litten. Daß auch sonstigen ansteckenden Krankheiten durch den Seifen- und Wäschemangel (Gasthöfe) Tür und Tor geöffnet wurden, ist zweifellos. Es sei dabei nur an die Tuberkulose erinnert.

Auch der Mangel an Schmieröl nötigte zur Einführung von Ersatzmitteln, die gesundheitlich bedenklich waren. Solche als Ersatz-

schmieröl bezeichneten Stoffe verursachten bei ihrer Verwendung unter heftigen Entzündungen einhergehende Erkrankungen der Haut und mehrwöchige Erwerbsunfähigkeit. Derartigen Erkrankungen wirksam vorzubeugen, war bei dem herrschenden Seifenmangel kaum möglich.

Die große Knappheit an Leder bereitete der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk Schwierigkeiten. Der Mangel an Textilwaren und Kleiderstoffen vermehrte weiterhin die Schwierigkeiten für die schon durch die Unterernährung und den Kohlenmangel in ihrem Wärmehaushalt gestörte Bevölkerung.

Die deutsche Textilindustrie ist für Baumwolle, Seide und Jute gänzlich, für Wolle und Leinen, sowie für Hanf zum größten Teil von der Einfuhr aus dem Ausland abhängig. Ähnlich liegt es mit dem Leder. Bei dem überaus großen Bedarf der Armee an Bekleidungsgegenständen waren die Bestände an Ware bald so gelichtet, daß auch zur Rationierung der Kleidung geschritten werden mußte. Kleidung und Schuhe wurden bezugsscheinpflichtig und konnten nur bei dringendstem Bedarf abgegeben werden. Aber auch dieser Bedarf konnte durchaus nicht immer gedeckt werden. So kam es, daß ein großer Teil der Bevölkerung in Not geriet. Machte sich schon infolge der Unterernährung ein erhöhtes Wärmebedürfnis, also der Wunsch nach ausreichender Kleidung geltend, so wurde dieses Bedürfnis noch erheblich verstärkt durch den überall auftretenden Mangel an Heizstoffen. Kohlen hatte Deutschland zwar genug, aber es fehlte an Kräften für ihren Transport. Die Überlastung der Eisenbahnen, das Fehlen der Kraftwagen, vor allem aber der armselige Ernährungszustand der Zugtiere verhinderten eine ausreichende Belieferung der einzelnen Haushaltungen mit Brennmaterial.

Wohl regte sich die Industrie, um Ersatz für die fehlende Auslandsware zur Herstellung von Kleidungsstoffen zu verschaffen, aber bis in die neueste Zeit hinein konnte der Zivilbevölkerung ein brauchbarer Ersatz nicht gegeben werden. Die Papiergewebe, die auf den Markt kamen, waren, abgesehen von ihrem hohen Preise, eine Enttäuschung. Infolgedessen zogen die Preise für die bisherigen zur Bekleidung benutzten Stoffe gewaltig an, so daß nur der wohlhabenden Bevölkerung ihre Beschaffung in den durch die Bezugsscheinpflicht gesteckten engen Grenzen möglich wurde.

Der Mangel an Schuhwaren zwang auch in den Städten die Kinder vielfach zum Barfußgehen. Zum Teil sahen sich auch Erwachsene gezwungen, diesem Beispiel zu folgen. Erkältungskrankheiten waren häufig die Folge.

Die gesundheitlichen Schäden, die durch den Mangel an Seife, an Bekleidungstoffen und dergleichen hervorgerufen wurden, lassen sich zahlenmäßig nicht erfassen. Es besteht aber kein Zweifel, daß zahlreiche Erkrankungen und in deren Gefolge viele Todesfälle auch auf diese Folge der Absperrung Deutschlands zurückzuführen sind.

e) Notwendigkeit der Wiederauffütterung der durch die Blockade abgehungerten Bevölkerung

(Bearbeitet von Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Rubner)

Mit Beendigung des Krieges treten Hygiene und Volksgesundheitspflege wieder in ihr volles und unantastbares Recht. Zu den Zeichen der Gesundheit eines Volkes gehört die normale Körpergröße und Körperbeschaffenheit, letztere findet in der Erzielung des gewohnten durchschnittlichen Körpergewichtes ihren Ausdruck und bedingt auch den Wiedergewinn der ursprünglichen Leistungsfähigkeit. In den „nationalen" Werten des körperlichen Zustandes spielen die individuellen Schwankungen des Körpergewichts nach oben und unten um den Mittelwert keine Rolle. Eine große Nation als Ganzes ist unter freigestellter Ernährung weder überfüttert, noch allgemein unterernährt, sie ernährt sich instinktiv nach Maßgabe des physiologischen Bedürfnisses.

Das allgemein sichtbare Zeichen der durch die Blockade bedingten Unterernährung liegt in dem Körpergewichtsverlust, der im einzelnen natürlich verschieden ist zwischen Konsumenten und Produzenten. Letztere haben sich lange Zeit am besten gehalten bis etwa zum Jahre 1917, seitdem macht sich auch in den Kreisen der Landbevölkerung nach den hierüber eingegangenen Nachrichten in vielen Bezirken die Gewichtsabnahme geltend, wie sich auch bei den Konsumenten, besonders in den kleinen Landstädten der Verlust allmählich gesteigert hat. Was die Altersklassen anlangt, so greift die Schädigung auf die Schuljugend mehr und mehr über. Unter den Berufsklassen haben keineswegs überall die organisierten Arbeiter am meisten eingebüßt, sondern in hohem Maße der Mittelstand, die Festangestellten und Personen mit gleichbleibenden Einkünften und dergleichen, sehr stark vor allem die alleinstehenden und älteren Personen. Bei letzteren kommt neben dem absoluten Nahrungsmangel auch als Ursache der Abmagerung die schlechte, schwer verdauliche Kost in Betracht. Entscheidend für den allgemeinen Verfall ist der enorme Tiefstand der Eiweißzufuhr, welch letzterer einseitig eine enorme Einbuße an Organbestandteilen herbeigeführt hat.

Soll die Nation also in hygienischer Hinsicht wieder auf den früheren Bestand vor dem Kriege gebracht werden, so muß sich eine Auffütterung im großen Stiele vollziehen. Sie wird sich von selbst ausbilden, falls genügend Nahrungsmittel und solche von geeigneter Qualität zur Verfügung stehen.

Wie die Unterernährung die Ursache der enorm gesteigerten Mortalität und Morbidität gewesen ist, so wird die Rückkehr zur früheren durchschnittlichen Ernährung das Mittel zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes.

Im folgenden soll nur das ernährungsphysiologische Problem Ziel der Untersuchung sein; es muß aber, um Mißverständnisse auszuschließen, betont werden, daß mit der Besserung der Ernährung weder das Anwachsen der Tuberkulose, noch andere Folgen einer mehrjährigen Unterernährung, soweit dadurch organische Veränderungen bleibender Art geschaffen worden sind, aus der Welt geschafft werden.

Wenn in Nachstehendem versucht wird, darzustellen, wie das Auffütterungsproblem ernährungsphysiologisch verläuft, so können dabei irgend welche bereits allgemein bekannte wissenschaftliche Untersuchungen am Menschen nicht herangezogen werden, ebensowenig lassen sich Parallelen aus der landwirtschaftlichen Fütterungslehre hier heranziehen. Ich gebe die nachfolgenden Betrachtungen aus eigenen noch nicht veröffentlichten Untersuchungen an stark unter der Kriegskost abgemagerten Personen und muß vorläufig persönlich die Verantwortung für die Richtigkeit der Schätzung übernehmen. Ich bin mir der Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens voll bewußt, doch gibt es vorläufig keinen anderen Weg als die wissenschaftliche Analyse dieses Massenproblems.

Die Auffütterung ist nicht identisch mit dem Wachstum, sie verläuft nach ihren besonderen Regeln. Das zu Verlust gegangene läßt sich nicht einfach dadurch ersetzen, daß man allmählich die Kost um soviel Nährstoffe vermehrt, als vorher verloren gegangen sind, sondern man muß namentlich beim Wiederersatz im Eiweiß ganz erheblich mehr als den Verlust zuführen. Die Wiederauffütterung bringt auch nicht plötzlich eine Wiederherstellung des früheren Körperzustandes zuwege, sondern nur allmählich. Die Geschwindigkeit der Auffütterung ist durch die Natur in ganz bestimmten Grenzen gehalten. Sie hängt außerdem im gegebenen Falle ganz von dem Prozentsatz der Kost an Eiweiß ab, wobei auf den Fettersatz nicht weiter Rücksicht genommen sein mag. Eiweißarme Nahrungsmittel erlauben entweder überhaupt keine Auffütterung oder schieben den Termin einer solchen unter überflüssiger Fettbildung endlos lange hinaus.

Daraus folgt, daß man mit bloßer Erhöhung der vegetabilischen Stadtkost von heute nicht dem Ziele, die Folgen der Kriegskost möglichst bald zu beseitigen, näher kommt. Die Volksernährung muß auch wieder in die gewohnten Bahnen geleitet werden, sie muß alle sprungweisen Änderungen vermeiden. Eine Durcharbeitung der verschiedenen Möglichkeiten ergibt glücklicherweise eine bemerkenswerte einfache Lösung. Die Auffütterung läßt sich am einfachsten durch die Rückkehr auf die Höhe und Qualität der nationalen Rationen erzielen, wie sie für die Bevölkerung Deutschlands wie der anderen Nationen durch die Statistik aller Länder uns bekannt sind, bei dem gesunkenen Körpergewicht genügt der dadurch resultierende Überschuß zu einer Beseitigung der Verluste. Die normale Verteilung zwischen Stadt und Land

ist Sache des inneren Ausgleichs und soll hier nicht weiter behandelt werden.

Alle phantastischen Vorschläge unter prinzipieller zwangsweiser Änderung der Volksernährung würden nur zum völligen Ruin des Volkes führen. Aus dem Gesagten folgt, daß die Fleischernährung wieder den entsprechenden Anteil an der Ernährung nehmen muß. Unter der wahrscheinlichen Annahme eines Eiweißverlustes von 15 % und eines Fettverlustes von 5 % = 20 % Gewichtsverlust im ganzen lassen sich die nachstehend angegebenen Zeiten für die Wiedererstarkung der Nation angeben und berechnen.

1. Für die in Erwägung gezogene Auffütterung durch Vermehrung der Zufuhren von Brotgetreide und ähnlichen eiweißarmen Gemischen eine Dauer von 1097 Tagen, d. h. über drei Jahre — eine so geraume Zeit, daß dieses Beispiel genügen wird, um solche Vorschläge als illusorische Abhilfen zu kennzeichnen;

2. unter der rationellen Annahme der Nahrung auf der Stufe der früheren nationalen Konsumwerte hinsichtlich tierischer und pflanzlicher Nahrungsmittel rund 294 Tage.

Auch das ist noch ein recht langer Zeitraum. Eine weitere Kürzung wäre nur unter weiterer relativer Vermehrung des Eiweißes in der Kost möglich. Derartiges ist wohl in der Rekonvaleszens einzelner, nicht aber für den Riesenbedarf eines Volkes möglich.

Die absoluten Fleischmengen für eine Auffütterungsperiode sind sehr bedeutend. Es kann schätzungsweise angenommen werden, daß etwa 50 Millionen Menschen der Aufbesserung bedürfen, zu einer sicheren Grundlage kann man bei dem Mangel einer Statistik nicht kommen. Es wird aber richtiger sein, lieber etwas höher zu greifen, um nicht nachträglich mit erneutem Mehraufwand rechnen zu müssen. Unter dieser Voraussetzung beträgt der Aufwand an Protein für die Auffütterung überhaupt 306 000 Tonnen neben 131 000 Tonnen Fett. Das Protein in Fleisch umgerechnet macht reichlich 2 000 000 Tonnen = 6 Millionen Rinder aus. Die Fleischmenge könnte zugleich teilweise den Fettbedarf decken.

Demgegenüber wäre der Wert, mit dem man rechnen muß, wenn die Auffütterung auf der Basis der natürlichen Friedensernährung erfolgt, viel kleiner, weil dann ja ein Teil des Eiweißes aus Vegetabilien, Milch und Milchprodukten entnommen wird, rund etwa 5—600 000 Tonnen, d. h. noch nicht ein Drittel der obigen Größe. Für die Kosten der Berechnung kommt in letzterem Falle neben dem Fleisch der Geldwert des anderweitigen Nährstoffaufwandes und der Aufwand für einen Teil des zu beschaffenden, durch das Fleisch nicht zu deckenden Fettes hinzu.

Die Auffütterung ist ein Mehraufwand gegenüber der einfachen Ernährung. Die Nährstoffe, welche den Körper aufbauen, entziehen sich der sonstigen Ernährung, d. h. dem Betriebe und anderweitiger Ver-

wendung. Für das Fett ergibt sich der Aufwand von selbst, er liegt schon in der Zurückhaltung im Körper. Für das Eiweiß ist für jenen Anteil, welcher die Organe aufbaut, das gleiche der Fall, wie beim Fett. Dieser Eiweißanteil beträgt nach dem oben gesagten rund $^1/_3$ des Gesamtaufwands des Proteins bei der Auffütterung. Aber auch die anderen $^2/_3$ des Eiweißes sind in der Nahrung als Mehraufwand vorhanden, weil unter anderen Umständen, wenn keine Auffütterung gegeben wäre, ein Ersatz durch die billigen Kohlenhydrate möglich wäre. Das Preisverhältnis zwischen Kohlenhydrat, Fett und Eiweiß wird zu 1:3:5 angenommen; es müßte zwischen Kohlenhydrat und Eiweiß in der Auffütterung sogar noch höher als 1:5 angenommen werden, weil die Eiweißzulage zum Zwecke der Auffütterung wesentlich aus dem teuren tierischen Eiweiß entnommen werden muß. Daher wird es berechtigt sein, vielleicht einen Abzug von $^1/_8$ von den zwei Drittel des Eiweißes zu machen, das als Mehraufwand beim Aufbau nötig ist. Somit wäre der wahre Eiweißaufwand

ein Drittel von 306 000 =	102 000 Tonnen
und zwei Drittel von 306 000—204 000	
weniger $^1/_8$ davon (28 800) =	175 200 „
	zusammen 277 200 Protein.

Nimmt man den Wert des Fettes zu 6 M. für 1 kg, so ist das Protein mit rund 10 M. für 1 kg. zu bewerten. Der Geldaufwand beträgt

für Protein	277 200 000 × 10	=	2 772	Millionen Mark,
für Fett	131 000 000 × 6	=	786	„ „
		Summe	3 558	Millionen Mark.

Da die gegebene Ableitung der Aufwendungen an Nährstoffen für die Wiederauffütterung, der Natur des Problems entsprechend, die einzelnen psychologischen Grundlagen eingehend würdigen mußte, wird es nicht unerwünscht sein, sich elementar ein Bild von der Größenordnung des Ernährungsaufwandes zu machen. Folgende Erwägung wird zu diesem Ziele führen: Von den Ernährungsschwierigkeiten sind betroffen 50 000 000 Menschen. Für die Berechnung, bei der man die jüngeren Jahrgänge der Bevölkerung ausschließt, mag ein Durchschnittsgewicht der Bevölkerung von 52 kg angenommen werden. Dann beträgt das Gesamtgewicht der betroffenen Bevölkerung 2 600 000 Tonnen. Hat diese an Gewicht um $^1/_5$ abgenommen, so wäre der Verlust

520 000 Tonnen Menschenmasse.

Wenn zum Wiederaufbau des Verlorenen die 3- bis 3,4 fache Stoffmenge notwendig ist, so wäre der Aufbaubedarf 1 560 000 bis 1 768 000 Tonnen entsprechend, die man in diesem Falle also dem Fleische gleichwertig ansehen darf, was genähert der früher angegebenen Zahl entspricht.

f) Notwendigkeit der Wiederherstellung des Viehstandes

Die fast gänzliche Unterbindung der Einfuhr von Kraftfutter hat in Verbindung mit der Erschwerung der Fleischeinfuhr einen beängstigenden Schwund des heimischen Viehbestandes verursacht. Die Folge davon war eine schmerzlich fühlbare Verringerung der gewohnten heimischen Erzeugung von Fleisch, Fetten, Milch, Häuten und anderen tierischen Rohstoffen. Die Volkskraft und die Volksgesundheit haben darunter, wie bereits oben erwähnt, schwer gelitten. Mit allem Nachdruck muß versucht werden, die Viehbestände wieder auf die frühere Höhe zu bringen.

Einen Erfolg werden diese Bestrebungen nur haben, wenn Kraftfutter in ausreichender Menge wieder aus dem Ausland eingeführt wird. Namentlich ist diese Einfuhr zur schnellen Aufzucht und Mästung von Schweinen sowie zur Fütterung des Milchviehs und der Pferde erforderlich.

Welche Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten ist, ersieht man daran, daß der Rückgang des Schweinebestandes innerhalb des Reichsgebiets im September 1918 im Vergleich zu dem Bestande am 1. Dezember 1913 mehr als die Hälfte betrug (Bestand 1913 25,65 Millionen, 1918 10,87 Millionen), und zwar befanden sich unter den in dem angegebenen Zeitpunkt des Jahres 1918 noch vorhandenen 10,9 Millionen Stück nicht weniger als 7 Millionen Tiere, die noch nicht einmal ein halbes Jahr alt waren, also Schweine, welche noch aufgemästet werden müssen. Die im September 1918 geschlachteten Tiere wogen im Durchschnitt 59 kg, während das Schlachtgewicht vor Kriegsbeginn 85 kg betrug.

Der Rindviehbestand war im September 1918 gegenüber der Zählung am 1. Dezember 1913 von 20,9 auf 18,5 Millionen Stück, d. h. um 11,6 % zurückgegangen. Dazu kam, daß die Tiere ungemein stark an Schlachtgewicht, Milchergiebigkeit und Arbeitskraft eingebüßt haben. Im Jahre 1914 wogen die geschlachteten erwachsenen Rinder durchschnittlich 250 kg, im September 1918 nur noch 137 kg.

Was den Pferdebestand anbetrifft, so wird der ungeheure Mangel an Zugtieren, der Landwirtschaft und Industrie während der ganzen Kriegsdauer schwer bedrückte, durch die aus den Heeresbeständen zur Abgabe gelangenden Tiere zwar wesentlich vermindert werden, aber keineswegs ganz ausgeglichen werden können. Die Erschwerungen, welche der Pferdezucht durch den Mangel an Kraftfutter bereitet wurden, werden noch viele Jahre zu verspüren sein. Die Unterernährung der Pferde hat deren Arbeitskraft wesentlich verringert, so daß jetzt ungefähr vier Pferde zur Leistung derjenigen

Arbeit notwendig sind, welche in Friedenszeiten drei Pferde ausführten.

Der Schafbestand, der im Jahre 1913 5 520 831 Stück betrug, hat während des Krieges um 468 741 (8,5 %) zugenommen.

Der Wert des Rinderbestandes betrug im Jahre 1912 etwa 7 Milliarden Mark, der Rückgang an der Zahl der Tiere und deren Ausnutzbarkeit ist auf 20 % zu veranschlagen, so daß ein Verlust am Nationalvermögen in Höhe von 1,4 Milliarden Mark sich ergibt. Beim Schweinebestand, der vor Kriegsbeginn 1,7 Milliarden Mark wert war, ist der Rückgang auf 80 %, der hieraus sich ergebende Schaden auf 1 Milliarde Mark zu schätzen. Der Verlust beim Pferdebestand ist auf mindestens 500 Millionen Mark zu veranschlagen. Der Wert des Zuwachses an Schafen beträgt etwa 28 Millionen Mark. Zählt man die angegebenen Verluste zusammen und zieht man von der Summe den Mehrwert der Schafe ab, so ergibt sich ein Gesamtschaden an Vieh infolge der Futternot und der notwendig gewordenen schweren Eingriffe in die Viehbestände, der mindestens auf 2,8 Milliarden Mark sich beläuft.

Um diesen Verlust an Volksvermögen auszugleichen, wird es lange Zeit hindurch einer bedeutenden Einfuhr von Kraftfuttermitteln aus dem Ausland und größter Anstrengungen der Landwirtschaft bedürfen; außerdem werden zur Schonung des heimischen Viehstandes lebendes Vieh, Fleisch, Fette und Milch in bedeutenden Mengen eingeführt werden müssen. Die Wiederherstellung des Viehbestandes nach Zahl und Leistungsfähigkeit der Tiere ist unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen wesentlich kostspieliger, als die Erhaltung des Viehbestandes in normalen Zeiten. Es werden somit zur Wiedergutmachung der Schäden, die infolge der Blockade dem deutschen Volksvermögen in seinem Viehbestande erwachsen sind, weit mehr als 2,8 Milliarden Mark, schätzungsweise mindestens 4 Milliarden, aufgebracht werden müssen. Ob diese Summe bald verfügbar gemacht werden kann, steht dahin. Solange die Wiederherstellung der früheren Verhältnisse nicht möglich ist, wird die Versorgung des deutschen Volkes namentlich mit Fleisch, Fetten und Milch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und ebensolange wird mit bedauerlichen Schädigungen der deutschen Volksgesundheit und mit einem nicht geringen Ausfall an Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu rechnen sein.

Zusammenfassung

Die Blockade, schon in den ersten Wochen des Krieges 1914 beginnend, hat zu dem Unheil des Kampfes der Armeen ein Kampfmittel gefügt, das seinem Wesen nach die ganze Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder und Waffenlose an Leib und Leben treffen und so

neben dem Waffenkampf einen Ausrottungskrieg der deutschen Rasse führen soll. Mit jeder Woche hat sich die Organisation der Blockade verschärft; man hat allen Verstand und alles technische Können auf das Ziel gewandt, die Leiden und Schrecken des Hungers über eine ganze Nation hereinbrechen zu lassen; und wenn es nicht durchweg gelang, wenn auch nur allmählich Erfolge gezeitigt werden konnten, — an den Vertretern der Blockade hat dies sicherlich nicht gelegen.

Der Geldschaden der Blockade zählt wenig gegenüber dem sittlichen Mangel, der sich in der Wahl dieses Mittels verkörpert, in dem völligen Mangel an Menschlichkeit.

Wir sehen täglich, wie in dem vierjährigen Kampfe um das tägliche Brot die Bevölkerung alle Kraft und Leichtigkeit zur Arbeit verloren hat, wie der Unternehmungsgeist auf dem Boden liegt, wie schon das Kind verlernt hat, zu lachen und zu spielen, wie das deprimierte Volk die Opfer gar nicht mehr voll empfindet, die ihm die Aushungerungspolitik auferlegt. Und wie zur Zeit großer Seuchen, lebt ein Teil der Bevölkerung nur noch in den Tag hinein, ihn genießend, wie es eben gehen mag. Sterben in der Front und hinter der Front, es macht kaum mehr Eindruck. Wird man es nicht bei kühler Überlegung entsetzlich finden, daß in Deutschland allein fast 800 000 am Kriege Unbeteiligte durch die Blockade getötet worden sind, nicht rasch, schnell, schmerzlos, wie die tödliche Kugel das Leben hinnimmt, sondern langsam, in endlosen, qualvollen Tagen der Kranken und der Umgebung, die ohnmächtig war zu helfen? Wann wird man der menschlichen Leiden gedenken, der Väter, Mütter, Kinder, die durch einen unmenschlichen Eingriff zum Sterben bestimmt waren, wann der zahllosen Waisen, die für die Zukunft hilflos ihren Weg ins Leben suchen müssen?

In Friedenszeiten haben die Vertreter der Humanität sich bemüht, das Los der Strafgefangenen zu erleichtern, der Mortalität durch sanitäre Maßnahmen und Besserung der Kost zu steuern. Die Blockade hat aber vielleicht an hundert Millionen gezwungen, zu leben, wie damals als John Howard seine Propaganda zum Wohl der Gefangenen begann. Die Humanität kann in dem Hungerzwang, wie er der Bevölkerung Deutschlands auferlegt worden ist, nur ein Zurücksinken in die traurigste Zeit des Menschengeschlechts sehen.

Die Hygieniker waren einst stolz, für die Volksgesundheit ihre Lebensarbeit einsetzen zu können, sie sammelten alle humanitären Kräfte, um sich der Hebung des Loses der Armen und Bedrückten anzunehmen. Der hygienische Gedanke ist völlig niedergebrochen, denn die Qual der Massen ist heutzutage ein offenbar erlaubtes und anerkanntes Kampfmittel geworden. Noch gelegentlich des 15. internationalen hygienischen Kongresses zu Washington 1912 sagte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten Taft in seiner Adresse: „Solche Kongresse schaffen eine tiefere Liebe der Menschen zuein-

ander. Sie wecken in den Mitgliedern eines solchen Kongresses, die aus der ganzen Welt zusammenkommen, ein größeres menschliches Verstehen und geben dem Mann der Wissenschaft, der bereit ist, sein Leben der Entwicklung einer Idee zu widmen, die die Gesundheit, das Behagen und das Glück seiner Mitmenschen fördern soll, eine Belohnung, die nicht nach Geldwert gemessen werden kann, sondern in dem Bewußtsein besteht, die höchste Pflicht gut erfüllt zu haben."

Das ideale Zeitalter der Menschlichkeit hat in der Blockadepolitik einen jammervollen Schiffbruch erlitten. Die ungeschriebenen Gesetze der Humanität haben die schlimmste Verletzung seit Jahrhunderten erfahren. Es wird schwer sein, den Glauben an ihre Herrschaft in den Massen wieder zu wecken. Und doch wird man an der Entwicklung der idealen Güter der Menschheit nicht verzweifeln dürfen, denn sie hat schon manchen Rückfall erlebt und überwunden. Wie andere Nationen darüber denken, das mögen wir ihnen überlassen, vielleicht kommt auch für sie einmal wieder die Zeit, wo sie nicht wie Baden Powell mit Genugtuung an die Vernichtung von Nationen durch den Hunger denken, sondern sich mit Abscheu von dieser Verwirrung menschlicher Gesittung abwenden.

Beschränkt man sich auf die wirtschaftliche Bewertung des Schadens, den die völkerrechtswidrige Ausdehnung der feindlichen Handelsblockade der deutschen Volkskraft zugefügt hat, so lassen sich die Betrachtungen der voranstehenden Abschnitte folgendermaßen zusammenfassen:

Schädigung des Nationalvermögens

I. Getötet durch die Wirkungen der Blockade von der Zivilbevölkerung 763 000 Menschen .	8 400	Millionen M.
II. Erkrankt durch die Wirkungen der Blockade eine nicht festzustellende große Zahl von Menschen	?	
III. Nicht geboren 4 Millionen Kinder, davon durch die Wirkungen der Blockade schätzungsweise 1 Million	8 400	„ „
IV. In ihrer Arbeitsleistung geschwächt die gesamte werktätige Bevölkerung um etwa 40 %	32 000	„ „
V. Kosten der Wiederauffütterung der Menschen	3 500	„ „
VI. Kosten der Wiederherstellung des Viehstandes	4 000	„ „
Gesamtschaden an deutscher Volkskraft mehr als	56 300	Millionen M.

Wirtschaftliche Schädigung Deutschlands durch die ungesetzliche englische Handelsblockade

Anlage A

1. Schädigung des Ackerbodens durch Mangel an gewissen Düngemitteln.
2. Schädigung des Viehstandes durch Mangel an Futtermitteln.
3. Schädigung des Waldbestandes durch vermehrte Abholzung wegen behinderter Holzeinfuhr.
4. Schädigung der Landwirtschaft als Gewerbe.
5. Schädigung der Seefischerei als Gewerbe.
6. Ungeheure Schädigung zahlreicher Industriezweige durch Mangel an Rohstoffen und Betriebsmitteln.
7. Schädigung zahlreicher Kleingewerbe und der Hausarbeit aus dem gleichen Grunde.
8. Desgl. durch Mangel an Petroleum.
9. Schädigung der Gasthausbetriebe durch den Mangel an Lebensmitteln.
10. Schädigung des Ein- und Ausfuhrhandels.
11. Schädigung des inländischen Groß- und Kleinhandels.
12. Schädigung der Binnenschiffahrt und der anderen Transportgewerbe.
13. Schädigung des Bankiergewerbes durch die Einschränkung von Industrie und Handel.
14. Schädigung der deutschen Valuta durch die Beschränkung der Ausfuhr.
15. Schädigung des Nationalvermögens durch die Verteuerung der Preise für die aus neutralen Ländern und besetzten Gebieten noch eingeführten Waren.
16. Schädigung des Nationalvermögens durch den Zwang zur Errichtung unrentabler Anlagen (Herstellung von Ersatzlebensmitteln, Ersatzfuttermitteln, Ersatzwaschmitteln, Ersatzfaserstoffen, Lederersatz usw.: Trocknereien aller Art; chemische Fabriken zur Verwertung minderwertiger Rohstoffe usw.).
17. Schädigung des Nationalvermögens durch die Kosten für die Organisation der Kriegswirtschaft (Betrieb der Kriegsbehörden und Kriegsgesellschaften zur Versorgung der Industrie und der Bevölkerung, der kommunalen Kriegswirtschaft, des Kartensystems, der Volksspeisung usw.; vermehrte Kosten für Fracht, Lagerung und Beaufsichtigung der zentralisierten Waren).
18. Schädigung durch die ungesunde Verschiebung der Werte innerhalb der Bevölkerung infolge der Preissteigerung der Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und notwendigsten Bedarfsgegenstände.

Anlage B

Zu 1. Die Ertragsfähigkeit unserer Felder hat infolge des Mangels an künstlichen Düngemitteln, nach einer Schätzung von Professor Dr. Lemmermann, um 25 bis 30 % abgenommen.

Zu 2. Hierüber finden sich Angaben in Abschnitt f) der Denkschrift.

Zu 5. Die Schäden der Seefischerei während des Krieges (durch die ungesetzliche Blockade?) schätzt der Deutsche Seefischereiverein zu etwa 327 Millionen M.

Zu 8. Die Versorgung der Bevölkerung mit Leuchtpetroleum ist nach einer Schätzung der Zentralstelle für Petroleumverteilung im Laufe des Krieges allmählich bis auf 10 bis 12 % des Friedensbedarfs heruntergegangen.

Zu 15. Für die Einfuhr von Zucker aus der Ukraine sind nach einer Mitteilung der Reichszuckerstelle 153,8 Millionen M. aufgewendet worden.

Zu 16. Nach Mitteilungen der zuständigen Kriegsstellen sind für die Errichtung der Anlagen zur Getreideentkeimung und Verwertung der Keime 40 Millionen M., für die Anlagen zur Trocknung von Bierabfallhefe 2 Millionen M., für die Errichtung von Betrieben zur Gewinnung von Mineralhefe 17,7 Millionen M., für Vergrößerung und Neuanlagen zur Trocknung von Getreide etwa 16 Millionen M., an Kosten für die Trocknung von Brotgetreide während des Krieges etwa 60 Millionen M., für unproduktive Anlagen zur Konservierung von Gemüse und Obst rund 200 Millionen M., für Einrichtung von Strohaufschließungsanlagen 70—80 Millionen M. aufgewendet worden.

Zu 17. Für die Organisationen der Kriegswirtschaft zur Versorgung der Zivilbevölkerung in ihrem Lebensbedarf hat nach einer Mitteilung des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts das Reich allein (ohne Bundesstaaten, Kommunen und Kommunalverbände) rund 3 780 Millionen M. an Verpflichtungen übernommen (davon 1 260 Millionen M. bar bezahlt).

Schließlich hat Professor Dr. Ballod vom Preußischen Statistischen Landesamt in der als Unteranlage beigefügten Abhandlung noch Berechnungen und Schätzungen der Mehrzuschüsse angestellt, die infolge des durch die Blockade verursachten Preishochganges verschiedener Waren von den Gemeinden zu den Unterstützungen von Angehörigen der Kriegsteilnehmer und zu sonstigen Fürsorgeleistungen für die Bevölkerung gegeben werden mußten. Er gelangt dabei zu einer Mehrausgabe von 9 000 Millionen M.

Unteranlage zu Anlage B

Die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch die infolge des Preishochganges zu viel bezahlten Unterstützungen von Angehörigen der Kriegsteilnehmer und sonstigen Fürsorge für die Bevölkerung

Für die Beurteilung dieser Frage gibt es nur Nachweise aus einigen Großstädten, insbesondere Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Magdeburg, Stettin. In allen diesen Städten kam man mit den für die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer von Reichswegen bewilligten Summen bei weitem nicht aus; es mußten sehr erhebliche Zuschüsse bezahlt werden. Die Reichssätze für Berlin betrugen bis 1. Oktober 1918 224,8 Millionen M.; es mußten aber an städtischen Zuschüssen 289,26 Millionen M. an direkten Familienzuschüssen bezahlt werden. Die Gesamtausgaben Berlins betrugen aber gar 736,58 Millionen M. oder 423 M. auf den Kopf der Bevölkerung. (Vergl. die nachstehende Tabelle 1 mit der vom Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin zur Verfügung gestellten Nachweisung). In den wohlhabenden Städten war der Zuschuß etwas niedriger, in den weniger wohlhabenden, wie Neukölln noch höher. (Vergl. die nachstehende Tabelle 2 mit der vom Preußischen Städtetag zur Verfügung gestellten Nachweisung). Neukölln hatte 124,8 Millionen Gesamtausgaben oder 527 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Die Gesamtzuschüsse lassen sich nur sehr annäherungsweise schätzen; man wird aber kaum unter 300 M. für den Reichsdurchschnitt auf den Kopf heruntergehen können, von denen die größere Hälfte sich als durch die Teuerung erzwungener, also durch die Hungerblockade verursachter Gemeindezuschuß darstellt. Nehmen wir so die in Deutschland abzüglich Feldgrauer vorhandene Bevölkerung zu 60 Millionen an, so bekommen wir Gesamtunterstützungen infolge Krieges von $300 \times 60 = 18000$ Millionen M., davon die Hälfte, also rund 9 Milliarden M. durch die Hungerblockade erzwungener Mehrzuschuß.

Tabelle I

Nachweisung der von der Stadt Berlin bis zum 30. September 1918 geleisteten Kriegsausgaben

Art der Ausgabe	Betrag ℳ
Kriegsunterstützungen, Mietsbeihilfen pp	536 427 081
Arbeitslosenunterstützung	5 812 114
Einrichtung von Lazaretten	728 444
Kriegswohlfahrtsausgaben	18 232 473
Preiskontrolle	620 151
Kriegsbeschädigtenfürsorge	982 745
Kriegszulagen der einzelnen städtischen Beamten usw.	31 513 975
Sparzwang für Jugendliche	254 477
Urbarmachung	86 169
Ärztliche Fürsorge	3 213 613
Nationaler Frauendienst	283 364
Holzversorgung	1 109 746
Lebensmittelversorgung	63 759 022
Anteil an der Landesfuttermittelgesellschaft	95 645
Volksspeisung	15 276 673
Regelung des Verkehrs mit Webwaren	3 785 529
Verteilung des überwiesenen Sohlenleders	154 054
Regelung des Verkehrs mit getragenen Bekleidungsstücken	3 034
Groß-Berliner Zentrale für Heimarbeit	148 661
Öffentliche Krankenbeförderung	36 278
Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin	127 529
Miet- und Hypothekeneinigungsamt	89 670
Vereinslazarett Buch	10 408 383
Kriegshinterbliebenenfürsorge	532 998
Städtisches Fuhramt	39 111
Landaufenthalt für Stadtkinder	1 018 347
Kohlenversorgung	1 554 684
Halbtagsausflüge der Gemeindeschulkinder	42 729
Kriegslederverteilung vom Militärbüro	146 627
Kriegslederverteilung von der Arbeitslosenfürsorge	1 696
Landaufenthalt für Kinder höherer Lehranstalten, Verschickung nach Siebenbürgen	34 202
Bekleidungsbeschaffung	4 049 658
Schuhbesohlung	4 981
Errichtung einer Strohaufschließungsanlage in Großbeeren	295 664
Futterherstellung	2 175 858
Seite	703 045 385

Tabelle I

Art der Auslagen	Betrag ℳ
Übertrag	703 045 385
Vorspann und Arbeitsleistung	3 217
Strohaufschließungsanlage auf dem Viehhof	321 895
Linderung der Möbelnot	27 802
Bau einer Pflanzenmühle	67 229
Kraftstrohbereitungsanlage Lichtenrade	75 386
Flüchtlingsfürsorge	246 665
Futtermischanlage auf dem Viehhof	57 038
Errichtung einer Trockenanlage für Futtermittel in Falkenberg	42 852
Verwertung von Küchenabfällen	1 783
Metallankauf	250 584
Torfversorgung	313 888
Tuberkulosenpflege	121 891
Beschaffung von Kriegsdenkmünzen	22 508
Kriegswohlfahrtsstiefel	52 443
Kriegsausgabe des Statistischen Amts	83 309
Strohaufschließungsbetrieb in Großbeeren	2 923
An die Kriegsunterstützungskommission	1 369 657
Sonderunterstützung an Arbeitslose	67 396
Verschiedene Kriegsausgaben	30 409 910
	736 583 761

Berlin, den 29. November 1918

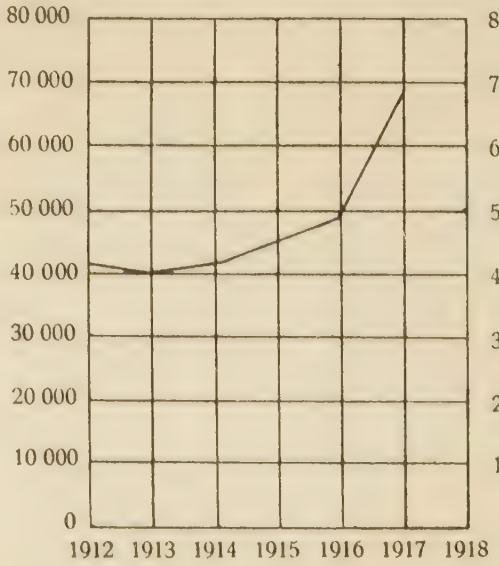
Statistisches Amt der Stadt Berlin
gez. Silbergleit

Tabelle II

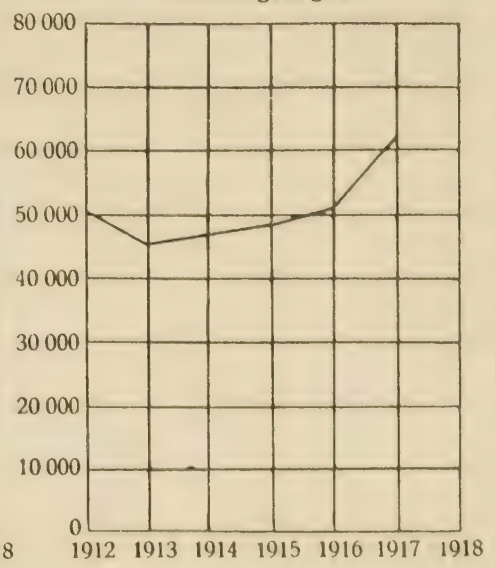
Die Zusammenstellung betr. die Zeit vom 1. 8. 1914–30. 9. 1918	Einwohnerzahl am 5. 12. 1917	Reichssätze der Familienunterstützung ℳ	Städtische Zuschüsse zur Familienunterstützung ℳ	Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Arbeiter ℳ	Erwerbslosenfürsorge ℳ	Lebensmittelversorgung, insbes. Zuschüsse für minderbemittelte Bevölkerung ℳ	Bekleidung und Schuhwerk ℳ	Sonstige Kriegswohlfahrtspflege ℳ	Verzinsung ℳ	Erstattungen durch Reich, Staat, Provinz ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Berlin	1 744 085	224 841 815	289 263 165	80 839 488	3 516 041	1 463 000	203 959	40 590 535	—	204 353 116
Charlottenburg . . .	299 000	30 400 000	37 832 000	12 186 000	877 000	8 736 000	200 000	185 000	5 899 000	23 544 000
Neukölln	236 647	41 825 719	50 110 184	7 606 061	9 524	4 473 983	2 660 356	1 662 518	4 893 997	43 504 218
Berlin-Schöneberg .	162 601	15 619 923	21 533 993	2 524 191	1 389 162[1])	2 262 312	372 027	380 629	1 698 771	16 161 537
Berlin-Wilmersdorf	108 411	9 349 316	12 903 993	2 085 831	1 573 638[2])	3 499 354	340 266	996 714	1 826 075	7 142 449
Magdeburg	304 549	29 546 639	20 975 856	5 386 581	1 656 278[3])	500 000[4])	—	1 360 226	3 196 605	19 003 195
Stettin	223 883	28 171 766	27 779 748	3 964 799[1])	—	786 624[4])	—	—	—	19 322 470

[1]) Teuerungszulage zu den Arbeiterlöhnen nicht mit eingerechnet.
[2]) Einschließlich Mittelstandsfürsorge.
[3]) Kartoffeln noch nicht berechnet.
[4]) Einschließlich Spalte 8 geschätzt.

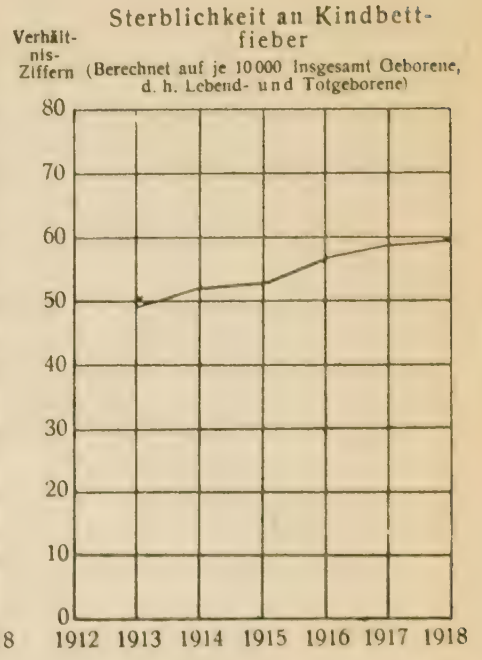
Sterblichkeit in deutschen Orten mit 15000 und mehr Einwohnern*) in den Jahren 1912 bis 1917



Januar bis Juni 1918 = 41 847



Januar bis Juni 1918 = 33 514



Januar bis Juni 1918 = 36,74

*) Diese Einwohnerzahl entspricht etwa $^3/_8$ der Bevölkerung von Deutschland.

Anlage C

Einzelheiten über den Mangel an Lebensmitteln

Unter den Lebensmitteln hat sich besonders empfindlich der Mangel an animalischen Nahrungsmitteln (Butter und anderen tierischen Fetten, Eiern, Fleisch, Milch und Molkereiprodukten) bemerkbar gemacht. In stark bevölkerten Industriegegenden und in Großstädten war öfters die regelmäßige Ernährung der Kleinkinder wegen Milchmangel in Frage gestellt. Auch pflanzliche Fette und Öle waren der mangelnden Einfuhr wegen nur in so geringer Menge vorhanden, daß der allernotwendigste Bedarf oft nicht gedeckt werden konnte. Der Fettmangel erschwerte in hohem Maße eine ordentliche küchenmäßige Zubereitung der Speisen; die Gemüsespeisen verloren ihren Hauptnährwert. Wenn man die oben erwähnte Beschlußfassung der interalliierten wissenschaftlichen Verpflegungskommission über die tägliche Mindestration von Fett (75 gr. auf den Kopf) betrachtet, so ergibt sich besonders deutlich, in welcher erheblichen Weise die Volksernährung in Deutschland durch die englische Blokkade erschwert worden ist; denn die Fettmenge, die dort als Mindestmaß für einen Tag verlangt wird, mußte (unter Berücksichtigung des Wassergehaltes der Butter und Margarine) in den deutschen Städten für 12—14 Tage ausreichen.

Die Erzeugung der Milch, eines der wichtigsten Volksnahrungsmittel und des unentbehrlichsten Lebensmittels für Säuglinge und kleine Kinder, hat durch die Unterbindung der Einfuhr eine gewaltige Verringerung erfahren. Vor dem Kriege wurden jährlich von rund 10,2 Millionen Milchkühen 25,5 Milliarden Liter Milch gewonnen, von denen 8 Milliarden Liter als Vollmilch dem menschlichen Verbrauch zugeführt wurden (118 Liter auf den Kopf der Bevölkerung). Ungefähr die Hälfte der gesamten Milchmenge wurde erzeugt durch Verfütterung vom Auslande eingeführter Futtermittel (Ölfrüchte, Ölsämereien, Kleie, Reisabfälle, Ölkuchen, Treber, Malzkeime usw.). Durch den Rückgang der Einfuhr von Kraftfuttermitteln — von 5 180 000 t im Durchschnitt der Jahre 1912/13 auf 59 000 t im Jahre 1917 und auf 41 000 t in den ersten zehn Monaten 1918 — wurde nicht nur die Milchmenge, sondern auch der Gehalt der Milch an Nährstoffen beträchtlich herabgesetzt; außerdem verminderte die infolge des allgemeinen Fleischmangels notwendig gewordene Abschlachtung von Milchkühen sehr stark die Milcherzeugung, so daß die Milchversorgung der Bevölkerung als ganz unzureichend und die dadurch geschaffenen Zustände in gesundheitlicher Hinsicht als überaus bedenklich zu bezeichnen sind. Hinzu kommt, daß infolge der Unterbindung der Zinneinfuhr kein einwandfreies Kannenmaterial für die Milchbeförderung zur Verfügung stand, so daß die geringeren Mengen von Milch, die

überhaupt noch erzeugt wurden, vielfach in verdorbenem Zustande an die Verbrauchsorte gelangten.

Nach der allgemeinen Verbrauchsregelung sollte täglich an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden, je 1 Liter Milch (Vollmilch), an stillende Frauen je 1 Liter Milch auf jeden Säugling, an Kinder im 3. und 4. Lebensjahre je ¾ Liter, an schwangere Frauen in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung je ¾ Liter, an Kinder im 5. und 6. Lebensjahre je ½ Liter und an Kranke ¼ bis 1 Liter Milch abgegeben werden. Diese Mengen konnten aber nicht entfernt geliefert werden, so daß sich hinsichtlich der Milchversorgung vielfach, besonders in großen Städten, ein beklagenswerter Notstand entwickelte. Vor allem konnten den Kranken nur ganz unzureichende Milchmengen zur Verfügung gestellt werden. Zurzeit beläuft sich der Bestand an Milchkühen auf nur noch 8¾ Millionen Tiere. In allen Städten des Deutschen Reichs mit mehr als 30 000 Einwohnern, die unter Milchmangel zu leiden haben, kann der auf täglich 1¾ Millionen Liter berechnete notwendigste Bedarf nicht befriedigt werden, es fehlen täglich nicht weniger als ½ Millionen Liter.

Im Durchschnitt der Jahre 1912/13 betrug der Einfuhrüberschuß an tierischen Fetten zur menschlichen Ernährung 161 638 t und an Fleisch 65 624 t; berücksichtigt man ferner, daß der Einfuhrüberschuß an lebendem Vieh 108 400 t betrug und durch ausländische Futtermittel 585 100 t Schweinefleisch erzeugt werden konnten, so ergibt sich bei einem Gesamtverbrauch an Fleisch und tierischen Fetten von 3 622 700 t ein Einfuhrüberschuß von 920 800 t, d. h. 25,4 % an diesen Nahrungsmitteln.

Da die Einfuhr ausländischen Fettes durch die englische Blockade nahezu völlig unterbunden wurde — im Jahre 1917 wurden nur noch 5181 t, in den ersten zehn Monaten 1918 nur 1928 t tierische Fette zur menschlichen Ernährung eingeführt — die inländische Erzeugung an Fleisch zugleich infolge des Mangels an Futtermitteln außerordentlich zurückgegangen ist, so geht daraus ohne weiteres hervor, welch schwere Schädigung die Ernährung des deutschen Volkes durch diese Maßnahme der Feinde erlitten hat. Die Normalrationen an Fleisch für die Woche und den Kopf mußten auf 100 bis 200 g (nur in Berlin auf 250 g), für Kinder unter 6 Jahren auf die Hälfte dieser Mengen festgesetzt werden, Rationen, die in den meisten Städten schon lange nicht mehr voll gewährt und nur durch die Einführung fleischloser Wochen einigermaßen aufrecht erhalten werden konnten. In den letzten Kriegsmonaten kamen im Durchschnitt nur noch 135 g Fleisch wöchentlich auf den Kopf der städtischen Bevölkerung, gegenüber dem Friedensverbrauch von mehr als 1 kg also nur noch der achte Teil. Dabei waren Beschaffenheit und Nährwert des Fleisches auch nicht entfernt der Friedensware ähnlich! Da zur Futterersparnis die Schweine in größtem Maßstabe hatten abge-

schlachtet werden müssen, konnte in den letzten Kriegsjahren Schweinefleisch in den Städten nur noch ganz ausnahmsweise verteilt werden. Das allein erhältliche Rindfleisch war bei dem schlechten Ernährungszustande der Schlachttiere stets mager und reich an Knochen, die in der Ration mit inbegriffen waren. Dauerwürste durften nicht mehr hergestellt werden; die nach amtlichen Vorschriften in geringen Mengen bereiteten (ebenfalls in die Fleischration einbegriffen) Frischwürste entbehrten des Fettes und enthielten viele solche tierischen Teile, deren Verwendung für Wurst man im Frieden grundsätzlich vermieden hatte. Würste aus Pferde-, Ziegen-, Kaninchen- oder Geflügelfleisch boten einen nach Menge und Beschaffenheit unzureichenden und unverhältnismäßig teuren Ersatz.

Der durchschnittliche Verbrauch an Butter in den letzten beiden Friedensjahren betrug 453 900 t, davon aus dem Auslande 54 600 t (12 %), somit wurden im Inlande rund 400 000 t Butter erzeugt. Berücksichtigt man die außerordentliche Knappheit an Kraftfuttermitteln, den vermehrten Verbrauch an Vollmilch für die Ernährung der Kleinkinder, die Notwendigkeit der Abschlachtung von Milchkühen für die Fleischversorgung, so ist es erklärlich, daß die Butterproduktion im Inlande außerordentlich zurückging; um so empfindlicher war daher der Ausfall der Einfuhr von Butter für die Ernährung der Bevölkerung.

Wenn für den Kopf der Bevölkerung in Friedenszeiten auf den Tag rund 20 g Butter zur Verfügung standen, so konnte in Berlin, wo die Zuteilungsverhältnisse für Fette noch am günstigsten liegen, diese Menge in letzter Zeit kaum noch für eine Woche für die Person gewährt werden.

Der Verbrauch an pflanzlichen Fetten und Ölen für die menschliche Ernährung betrug vor dem Kriege jährlich etwa 188 500 t, davon aus dem Auslande etwa 155 300 t = 82,39 %. Da pflanzliche Fette und Öle in erster Linie bei der Herstellung von Margarine und Kunstspeisefetten mitverwendet wurden, so ist ersichtlich, welch ungeheueren Einfluß die völlige Unterbindung der Einfuhr dieser Fette bzw. der Rohstoffe (Leinsaat, Palmkerne, Baumwollsamen, Kopra usw.), aus denen die pflanzlichen Fette im Inlande hergestellt wurden, für die Ernährung des deutschen Volkes bedeutete. (Die Einfuhr von Ölfrüchten sank von 1 595 418 t im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 auf 17 092 t im Jahre 1917).

Der Mangel an tierischen und pflanzlichen Fetten hat es mit sich gebracht, daß nur sehr geringe Mengen Margarine verteilt werden konnten. Die Wochenration an Butter und Margarine zusammengenommen betrug in den meisten Städten in der letzten Kriegszeit im Mittel nur 50 g auf den Kopf.

Der jährliche Gesamtverbrauch an Fischen (frischen, gesalzenen usw.) betrug in den letzten Jahren vor dem Kriege 576 947 t, davon entfallen auf deutsche Fischereierzeugnisse (aus der Nordsee, Ostsee

und Binnenfischerei) 215 570 t und auf den Einfuhrüberschuß 361 377 t, d. h. 62,6 %. Die Einfuhr ausländischer Fische wurde durch die Seesperre Englands und die sonstigen Maßnahmen gegenüber den skandinavischen Ländern sehr erschwert; der Einfuhrüberschuß betrug 1917 nur noch 161 101 t, in den ersten zehn Monaten 1918 sogar nur 97 831 t. Der Ausfall an ausländischen Fischen war namentlich für die Ernährung der Bevölkerung Norddeutschlands außerordentlich empfindlich; dazu kam, daß der deutsche Fischfang in der Nordsee, der etwa 64 % der gesamten deutschen Fischerzeugnisse ausmachte, durch die englische Blockade nahezu völlig unterbunden wurde und auch der Fischfang in der Ostsee und die Binnenfischerei sehr zurückging, teils aus Mangel an Fischern, teils aus Mangel an den notwendigsten Fanggeräten.

Der Verbrauch an Eiern in Deutschland wurde im Jahre 1912 zu 425 900 t berechnet, davon fallen auf die Einfuhr 169 110 t, d. h. der Zuschuß vom Auslande betrug 39,7 %. Im Jahre 1917 betrug die Einfuhr nur mehr 40 181 t, in den ersten zehn Monaten 1918 sogar nur 17 286 t. Daß die englische Seesperre auch auf die Produktion von Eiern im Inlande unmittelbar und mittelbar eingewirkt hat, ist zweifellos. Es sei nur darauf hingewiesen, daß bei dem großen Fleischmangel die weitgehende Abschlachtung von Hühnern usw. im Inlande einen bedenklichen Umfang annahm. Welche Schädigung für die Ernährung und namentlich diejenige der Kranken der außerordentliche Mangel an Eiern hervorrief, bedarf keines besonderen Beweises. In Berlin konnte innerhalb Wochen und Monaten nur ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden!

Die Ernährung wurde in Deutschland durch den Zwang der Ereignisse ganz nach der vegetarischen Seite verschoben; Brot und Kartoffeln bestreiten jetzt 70 % des Nährwerts der Kost, ein Umstand, der an sich besondere Bedenken nicht zu erwecken gebraucht hätte, wenn die pflanzlichen Nahrungsmittel in ausreichender Menge und in einwandfreier Beschaffenheit zur Verfügung gestanden hätten. Beides war nicht der Fall, vor allem nicht bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot.

Von den verschiedenen Getreidearten sind im Durchschnitt der Jahre 1912/1913 insgesamt 5 537 941 t mehr ein- als ausgeführt worden; im Jahre 1917 war der Einfuhrüberschuß auf 17 669 t gesunken. Dieser ungeheure Ausfall nötigte schon im Beginn des Jahres 1915 die Reichsbehörden, das gesamte deutsche Brotgetreide zu beschlagnahmen, zentral zu bewirtschaften und zu rationieren. Für die städtische Bevölkerung wurde die tägliche Ration an Brotmehl zunächst auf 225 g, kurz darauf auf 200 g festgesetzt, mußte aber unter einigen Schwankungen wiederholt erniedrigt werden, bis sie in den letzten Monaten des Erntejahres 1917/18 den niedrigsten Stand von 160 g erreichte, das ist nur die Hälfte derjenigen Menge, die nach zuverlässigen

Erhebungen im Frieden auf den Kopf der Bevölkerung entfiel! Was diese Beschränkung des Hauptnahrungsmittels bei gleichzeitiger äußerster Knappheit an fast allen andern Nahrungsmitteln bedeutet, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Zu diesem gewaltigen Fehlbetrag kam noch die Verschlechterung der Beschaffenheit von Brot und Mehl, die mehrfache Ursachen hatte. Erstens mußte infolge der behinderten Weizeneinfuhr schon nach wenigen Kriegsmonaten das reine Weizenbrot, namentlich auch das schmackhafte und leicht verdauliche Kleingebäck (Weißbrötchen, Semmel) fast gänzlich wegfallen, und es durfte nur noch graues Brot aus Roggen- und Weizenmehl oder aus Roggenmehl allein (mit den unten erwähnten Zusätzen) gebacken werden.

Ferner hatte die Notwendigkeit, einen Teil der deutschen Getreideernte bis zum Schluß des Erntejahres und darüber hinaus aufzubewahren, — was im Frieden wegen der Zufuhr aus dem Auslande, besonders im Frühjahr aus den Getreideländern der südlichen Halbkugel, nicht erforderlich war — vielfach zur Folge, daß in den Lägern das Getreide oder Mehl dumpfig wurde; bei der herrschenden Knappheit mußte es trotzdem zum Brotbacken verwendet werden, so daß regelmäßig in den Sommermonaten über dumpfig schmeckendes, vielfach nur mit Widerwillen zu genießendes Brot geklagt wurde.

Weiter war man bald gezwungen, das Getreidekorn nicht, wie im Frieden nur zu etwa 70 % auszumahlen und die übrigen 30 % als Kleie der Verfütterung an das Vieh zuzuführen, sondern den Ausmahlungsgrad zunächst auf 72 und 75 %, gleich darauf auf 80 und 82 %, bald noch weiter zu erhöhen, so daß in den letzten Kriegsjahren bei einem vorgeschriebenen Ausmahlungsgrade von mindestens 94 % so gut wie alle Kleiebestandteile im Mehl verblieben. Die Kleie ist aber für den Menschen nur sehr unvollkommen ausnutzbar, das damit erbackene Brot schwer verdaulich und besonders für Personen mit schwachen Verdauungsorganen schlecht bekömmlich.

Am meisten einschneidend für die Beschaffenheit des Brotes war die Notwendigkeit, das Getreidemehl mit andern Zusätzen zu strecken, weil nur auf diese Weise aus der knappen Mehlration eine den dringendsten Bedarf deckende Tagesmenge von Brot hergestellt werden konnte, wie sie deshalb geboten ist, weil das Brot das einzige Hauptnahrungsmittel ist, das jederzeit in genußfertigem Zustande verfügbar ist und auch ohne weiteres auf die Arbeitsstätte mitgenommen werden kann. So wurde schon im Oktober 1924 ein pflichtmäßiger Zusatz von 5 % Trockenkartoffel zum Brotmehl, im Januar 1915 ein solcher von 10 % vorgeschrieben; höhere Zusätze bis über 20 % Trockenkartoffel hinaus waren zugelassen. Statt der Trockenkartoffeln (Kartoffelflocken, Kartoffelwalzmehl, Kartoffelstärke) durften auch frische Kartoffeln in entsprechend größerer Menge dem Mehle zugesetzt werden, ferner auch andere Streckungsmittel (Bohnenmehl,

Sojabohnenmehl, Erbsenmehl, Gerstenschrot, Gerstenmehl, Hafermehl, fein vermahlene Kleie, Maismehl, Maniok- und Tapiokamehl, Reismehl, Sagomehl, Sirup, Zucker, schließlich auch Rüben), die aber größtenteils, weil ebenfalls knapp, nur örtlich und zeitlich beschränkte Anwendung fanden. Als vorübergehend Kohlrübenmehl als Streckungsmittel benutzt werden mußte, hatte das Brot einen derart unangenehmen Geschmack, daß es von vielen Verbrauchern zurückgewiesen wurde.

Durch den Kartoffelzusatz in größerem Maße als 5% wurde der Eiweißgehalt des Brotes und damit sein Nährwert merklich herabgesetzt. Ferner bereitete das fast restlos ausgemahlene und mit fremden Zusätzen vermischte Mehl beim Backen ungewöhnliche Schwierigkeiten, so daß die Klagen über klitschiges, schlecht zu kauendes, schlecht schmeckendes, zu saures und schwerbekömmliches Brot während der ganzen Kriegszeit nicht aufhörten. Wenn das Hauptnahrungsmittel nur in halber Ration zur Verfügung steht und dann noch wegen seiner schlechten Beschaffenheit nur ungern gegessen und schlecht verdaut wird, so sind üble Folgen für die Gesundheit und Kraft der Bevölkerung unausbleiblich. Bei vielen Personen wurden erhebliche Darmbeschwerden, auch Erkrankungen des Magen-Darm-Kanals hervorgerufen, die um so unangenehmer empfunden wurden, als Stärkungs- und Hemmungsmittel, wie z. B. gerbstoffreiche gute Rotweine, entweder gar nicht oder nur zu einem für die große Menge unerschwinglichen Preise zu beschaffen waren.

Von den sonstigen Zerealien fehlte Reis nach Aufbrauch der Vorräte gänzlich, was besonders für die Krankenernährung sich aufs empfindlichste bemerkbar machte.

Einen großen Ausfall für die Volksernährung bedeutete auch der Mangel an Hülsenfrüchten (Bohnen, Erbsen, Linsen), die durch ihren Reichtum an Eiweiß und Fett geeignet gewesen wären, Fleisch und Speisefette teilweise zu ersetzen. Der Einfuhrüberschuß an Hülsenfrüchten, hatte im Durchschnitt der Jahre 1912/13 310 800 t betragen, ging aber mit Kriegsbeginn sofort aufs äußerste zurück, so daß im Jahre 1917 nur noch 1708 t eingeführt wurden.

Die Einfuhr von Äpfeln, Südfrüchten und anderem Obst (insbesondere Apfelsinen, Bananen und kalifornischem Frisch- und Dörrobst), die vor dem Kriege rund 850 000 t (auf den Kopf der Bevölkerung berechnet etwa 13 kg) betrug, ging bald nach Beginn des Krieges zurück.

Sie betrug 1917 nur noch 220 000 t, in den ersten zehn Monaten 1918 nur 50 000 t. Da überdies auch ein sehr erheblicher Teil des inländischen Obstes für die Herstellung der als Ersatzmittel für Fette dringend gebrauchten Marmelade beschlagnahmt werden mußte, so war namentlich der Mittelstand und die ärmeren Volksschichten der städtischen Bevölkerung gezwungen, den Obstgenuß aufzugeben.

Die Sperrung der Einfuhr von Genußmitteln, insbesondere

Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen stellte an die Entsagungsfähigkeit des deutschen Volkes große Anforderungen, zumal die Einförmigkeit der Kost und das unzureichende Kostmaß das Verlangen nach Genußmitteln wesentlich steigerte. Insbesondere gilt dies für Kaffee, von dem vor dem Kriege rund 181 000 Tonnen (d. h. fast 3 kg auf den Kopf der Bevölkerung) eingeführt wurden. Die Ersatzmittel für Kaffee konnten dieses Verlangen nur in einem sehr bescheidenen Maße befriedigen, weil ihnen sämtlich das Koffein, der belebende Bestandteil des Kaffees und Tees, fehlt und sie überdies wegen der Knappheit an Getreide und Malz, aus denen sie früher größtenteils hergestellt wurden, vielfach aus Stoffen, wie Kohlrüben, ausgelaugten Zuckerrübenschnitzeln, pflanzlichen Abfällen und dergl. bereitet werden mußten, die einen schlecht schmeckenden oder sonst minderwertigen Kaffeeersatz liefern.

Die sehr starke Einschränkung der Bier-Erzeugung machte sich bei der männlichen, an den Biergenuß gewöhnten erwachsenen Bevölkerung als Nährstoffausfall nicht allein dadurch nachteilig bemerkbar, daß nur noch Bruchteile der früheren Biermengen zur Verfügung standen, sondern vor allem dadurch, daß der Gehalt an Nährstoffen im Bier von Jahr zu Jahr geringer wurde und schließlich auf einer so niedrigen Stufe angelangt ist, daß im Biergenuß kaum noch eine Zuführung von Nährstoffen erblickt werden kann. Im Frieden wurden aus eingeführter Braugerste und eingeführtem Malz rund 9 Millionen Hektoliter Bier gebraut. Rechnet man hiervon die Ausfuhr in Höhe von $^3/_4$ Millionen Hektoliter ab, so blieben für die Versorgung der deutschen Bevölkerung immer noch $8^1/_4$ Millionen Hektoliter Bier aus eingeführten Rohstoffen übrig. Da infolge der Seesperre das Braugetreide fast in seiner ganzen Menge unmittelbar der menschlichen Ernährung in Form von Graupen, Gerstenmehl, Weizenmehl, Gries usw. zugeführt werden mußte, so konnten schließlich nur noch 5 v. H. der im Frieden verbrauten Getreidemengen zur Bierbereitung verwendet werden.

Die völlige Absperrung der Einfuhr von Wein über die Seegrenze führte zu empfindlichen Schädigungen. Wurden im Frieden rund 130 000 Tonnen wertvollen Weines, darunter allein etwa ein Drittel aus Frankreich und Spanien eingeführt, so nahm die Einfuhr im Kriege — auch auf Umwegen — nach und nach ab, bis sie im Jahre 1917 nur noch 75 000 t betrug. Unter den im Frieden auf dem Seewege eingeführten Weinen befanden sich hauptsächlich Rotweine, die wegen ihres hohen diätetischen Wertes bei der Krankenbehandlung und für Genesende in vielen Fällen unentbehrlich sind. Da auf der anderen Seite die allgemeine Verschlechterung der Nahrung vielfach zu Magen- und Darmkrankheiten führte und der Boden für eine starke Ausbreitung von Seuchen, wie Ruhr, gegeben war, so wurde der Mangel an wertvollem ausländischen Wein von den Ärzten und Kranken lebhaft beklagt. In

dem Maße wie sich die Läger ausländischen Rotweins leerten, erreichten die Rotweinpreise eine solche Höhe, daß es schließlich nur noch begüterten Kranken möglich war, sich in den Besitz solcher Weine zu setzen. Die inländische Weinerzeugung vermochte aber den Ausfall nicht zu ersetzen, da die deutschen Rotweine im allgemeinen anders geartet sind und ihnen insbesondere der hohe, für die Krankenbehandlung wertvolle Tanningehalt abgeht. Auch abgesehen vom Rotwein machte sich der Ausfall der Einfuhr von weißem Weine und von Dessertwein (Süd-Süßwein) auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Gesundheitspflege nachteilig bemerkbar.

Der Mangel an Tabak zwang zur Heranziehung aller möglichen Tabak-Ersatzstoffe. Das Laub verschiedener Bäume, die Blütenstände des Hopfens, Kiefernadeln, Blätter der verschiedensten Pflanzen wurden benutzt, um dem Mangel zu begegnen. Der Genuß solcher Tabakersatzstoffe führte nicht selten zu Erkrankungen (Buchenlaub). Die Sammlung von Tabakresten (Zigarren- und Zigarettenstummeln) mußte, trotz erheblicher hygienischer Bedenken, freigegeben werden. Die Preise für Tabak erreichten eine nie gekannte Höhe.

Schlimmer noch beinahe als für die menschliche Bevölkerung aber mittelbar doch sie wieder ebenso hart treffend gestalteten sich die Ernährungsverhältnisse für die notwendigen Nutztiere infolge der Absperrung der überseeischen Kraftfuttermittel.

Diese Kraftfuttermittel sind sowohl auf Grund ihres Gehaltes an Gesamtnährstoffen (Kaloriengehalt) als insbesondere wegen ihres Eiweißgehaltes für die Erzeugung von Fleisch und Milch besonders wertvoll. Der Einfuhrüberschuß an diesen Kraftfuttermitteln und entsprechenden Rohstoffen sowie der Gehalt dieser Erzeugnisse an verdaulichem Eiweiß ist aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen:

Bezeichnung des Futtermittels	Einfuhrüberschuß		Verdauliches Eiweiß		
			Prozentgehalt	Gesamtmenge in t	
	1912/13	1917		1912/13	1917
	t	t	%	t	t
Ölfrüchte und Ölsämereien . . .	1 571 925	14 758	16,4	258 276	2 420
Kleie	1 744 927	10 174	12,5	218 116	1 272
Reisabfälle	237 408	1	6,8	16 144	—
Ölkuchen usw.	532 471	1 979	25,0	133 118	495
Ausgelaugte Zuckerrübenschnitzel	32 658	5 674	0,3	98	17
Schlempe und Stärkerückstände .	67 849	717	15,0	10 177	108
Treber Malzkeime	202 202	8 916	12,0	24 264	1 070
Wicken	19 110	3 284	22,9	4 376	752

Aus der Gesamtmenge des durch die vorgenannten Rohstoffe eingeführten Roheiweißes konnten in den Jahren 1912 und 1913

je etwa 9½ Millionen Tonnen Milch erzeugt werden, das ist annähernd die Hälfte der während der Friedenszeit alljährlich in Deutschland gewonnenen Kuhmilch.

Da auch wichtige inländische Pflanzenstoffe, die im Frieden der Ernährung von Menschen und Tieren dienten, wie namentlich die Kleie, nunmehr fast ausschließlich als menschliche Lebensmittel dienten und der Viehfütterung entzogen wurden, so ging nicht nur die Produktion von Schlachttieren, Milchvieh und Federvieh in bedenklichster Weise zurück, sondern auch der Bestand der allernotwendigsten sonstigen Nutztiere (Pferde, Zugvieh) war ernstlich bedroht. Der Schweinebestand mußte in erschreckendem Maße vermindert werden. Da der Kraftwagenverkehr fast vollständig in den Dienst der Armee gestellt werden mußte, entstanden für das Transportwesen und für die Landwirtschaft außerordentliche Erschwerungen, die ihrerseits wieder die Schwierigkeiten im Ernährungswesen (rechtzeitige Zufuhr an Kartoffeln, Gemüse) bedrohlich verschärften.

Daß die Schlachttiere bei der knappen Ernährung untergewichtig blieben und der Milchertrag der Kühe erheblich sank, war eine unausbleibliche Folge des Futtermittelmangels.

Register

Adler: „Am Scheidewege zwischen Kolb und Bebel". S. 260.
Alefeld, Oberst. S. 233.
v. Altrock, Generalleutnant a. D.: Bericht im „Militärwochenblatt" 1922. S. 26.
Appens, Dr., „Charleville: Dunkle Punkte aus dem Etappenleben". S. 170.
v. Arnim, Graf, Deutscher Botschafter in Paris 1874. S. 69.
Artelt: „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918". S. 282.
Asquith, Lord, Englischer Ministerpräsident von 1908—1916, Führer der Liberalen Partei, als Oppositionsführer für Verständigungsfrieden. S. 154.
Auer, Mitglied des bayerischen Landtags (Sozialdemokrat), Zeugenaussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 65, 66.

Baden-Powell: Aushungerung Deutschlands. S. 426.
Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. S. 213.
Ballod, Dr., Professor. S. 389. 428. Darstellung des Ausfalls der Geburten durch den Weltkrieg. S. 411ff.
Barbusse, Henri: „Le feu". S. 153.
Barth, Volksbeauftragter. S. 10. 167.
— Begründer der „illegalen Organisationen". S. 135. 279.
— Phantast? S. 280. 297.
— „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution". S. 6, 7, 167, 185, 186. 199. 200. 279. 280. 282.
— Revolutionärer Obmann der „freien Gewerkschaften". S. 266. 276. 280. 282.
— Emser Tagung der Soldatenräte. S. 297.
Bauer, Gustav, sozialdemokratischer Staatssekretär im Kabinett Prinz Max v. Baden. S. 278.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Vertreter der Dolchstoßtheorie. S. 112.
— Teilnahme an einer Sitzung des Industrieklubs in Düsseldorf 1917. S. 182.
— „Der große Krieg in Feld und Heimat". S. 141. 169. 170. 185.
— Randbemerkungen zur Denkschrift des Majors Niemann. S. 210.
— Als Vertreter der O.H.L. Rücksprache mit Staatssekretär Wallraf wegen der Streiks Januar 1918. S. 185.
Bebel, Führer der Sozialdemokraten. S. 284.
— Gegen Generalstreik von Rüstungsindustrien. S. 255.
— Gründer der sozialdemokratischen Einheitspartei. S. 258.
— Verhalten in der Frage der Kriegskreditbewilligung 1870. S. 260.
— Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung auf dem Essener Parteitag. S. 256.
— Für Miliz. S. 257.
Behncke, Admiral: Rücktritt. S. 212.
v. Behr-Pinnow, Kammerherr. S. 126. 212.
v. Berchtold, Graf, k. u. k. Minister des Auswärtigen 1914. S. 69.
v. Berendt, General der Artillerie, „Die Reims-Offensive" Oktober 1925. S. 73.
Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unter-

ausschusses, Beweismaterial aus den Kriegsakten. S. 321 ff.
v. Bernhardi, General der Kavallerie, „Deutschland und der nächste Krieg". S. 153.
Bernstein, M. d. R. (Sozialdemokrat, während des Krieges USP). S. 168, 257. 262. 303.
— Deutschlands Hauptschuld am Kriege. S. 263. 286.
— Übertritt zu den Mehrheitssozialisten. S. 299.
— „Die deutsche Revolution". S. 77. 277.
Berti, Lord, Englischer Botschafter in Paris. Mitteilung eines englischen Sozialisten vom 18. Februar 1918. S. 159.
— Tagebücher. S. 153. 156. 159. 160. 235. 236.
v. Bethmann Hollweg, Dr., Reichskanzler von 1907 bis 1917.
— „Betrachtungen zum Weltkriege". S. 124.
— Burgfriede unter den Parteien. S. 222.
— Brief vom 5. März 1916 an Staatssekretär v. Jagow. S. 206.
— Flucht in die Öffentlichkeit. S. 222.
— Vortrag des Majors v. Papen. S. 205.
— Sturz. S. 107. 109. 166. 224. 225.
— Vorwürfe seitens des Großadmirals v. Tirpitz. S. 187.
— Abdämpfung der U-Bootshoffnungen. S. 206.
— Unterirdisches Wühlen gegen ihn. S. 166. 191.
— Aussage vor dem Untersuchungsausschuß. S. 123. 205. 206.
Binder, Kriegsberichterstatter, „Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften". S. 200. 208.
v. Bismarck, Fürst. S. 223.
— Konflikt mit Botschafter Graf Arnim. S. 69.
— Deutschland ist „saturiert". S. 226.
— Brief vom 6. Januar 1888. S. 139.
Blatchford, Englischer Sozialist. S. 153.
Bliss, Amerikanischer General, Vertreter Amerikas im Obersten Kriegs-Rat der Entente. S. 35. 36.
v. Blücher, Fürst, Preußischer Armeeführer in den Freiheitskriegen. S. 74.
Blumenthal: Vorbereitung der Revolution. S. 7.
v. Boehn, Generaloberst, Führer der Heeresgruppe v. Boehn. S. 210.
Borchardt, USP — linker Flügel. S. 262, später linker Flügel der Gruppe Internationale. S. 265.
Bottomley, Herausgeber des „John Bull". S. 216.
Bouton: „Das Ende der Großmacht Deutschlands". S. 179. 180.
Braband, Dr., früher M. d. R., Führer der Hamburger Freisinnigen, Verabschiedung als Reserve-Offizier. S. 219.
Brain, Korrespondent der „Times" in Holland während des Weltkrieges. S. 13.
Braun, Preußischer sozialdemokratischer Minister November 1918: Gegen den Königsberger Arbeiter- u. Soldatenrat. S. 292.
Bredt, D. Dr. Dr., Professor, M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied und Sachverständiger des 4. Unterausschusses. Gutachten: „Der Deutsche Reichstag im Weltkriege". S. 151.
Breithaupt, früherer Deserteur: Schilderungen in der „Täglichen Rundschau". S. 12. 13. 163. 200.
— Persönlichkeit. S. 13.
Breitscheid, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat): Artikel im „Daily Citizen". S. 271.
Brentano, „Der Weltkrieg und E. D. Morel". S. 215.
Bröger, Arbeiterdichter. S. 219. 220.
Bruchmüller, Artillerie-Oberst 18. Armee: Artillerievorbereitung bei der März-Offensive 1918. S. 113.
Brüninghaus, Konteradmiral, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses: Zeugenaussage vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses. S. 206.

— Vortrag im April 1918 in verschiedenen Großstädten über den U-Bootkrieg. S. 206. 207.
v. Brüsewitz, S. 139.
Buchanan, Sir, Englischer Botschafter in Rußland: „My mission to Russia". S. 160.
Buchner: „Unter dem Zeichen der roten Fahne". S. 196. 198.
Bumm, Dr., Präsident: Denkschrift des Reichsgesundheitsamts vom 16. Dezember 1918. S. 387 ff.
Bürkner, Oberst, Chef des Generalstabes beim 20. A.-K. 1919. S. 293.
Burns, Austritt aus dem englischen Kabinett wegen der englischen Kriegserklärung. S. 153.
v. dem Bussche, Freiherr, Major, Vortrag am 2. Oktober 1918 vor den Parteiführern des Reichstags und dessen Wirkung. S. 127. 128. 191. 202.
— Weigerung, seinen Vortrag auch vor Mitgliedern des Herrenhauses zu halten. S. 222.
— Mitteilung an Graf Westarp in Sachen der Räumung des besetzten Gebiets. S. 131.

Cachin, Französischer Sozialist. S. 160.
v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts von 1916—1918. Zeugenaussage vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses. S. 206.
Caesar. S. 116.
Caillaux, Französischer Staatsmann. S. 152.
Casement, Sir Roger, irischer Freiheitskämpfer. S. 164.
Chamberlain, Houston Stewart, Propaganda für Deutschland. S. 164.
Churchill, Englischer Staatssekretär der Marine im Weltkriege. S. 82.
Clémenceau, Französischer Ministerpräsident ab 1917. S. 209.
— Volksvertreter-Diktator. S. 122, 123.
— Aufpeitschung der öffentlichen Meinung. S. 122.
— Streben nach dem linken Rheinufer. S. 62.
— Umtaufung seines Blattes „L'homme libre" in „l'homme enchaîné". S. 216.
— Unruhen im Loire-Becken. S. 156.
Cohn, Dr., früher M. d. R. (USP): Erklärung zum Aprilstreik in der Reichstagssitzung vom 5. Mai 1917. S. 275. 276.
— Gelder der russischen Sowjetregierung. S. 24. 25. 270.
— Verlangen der aufständischen Matrosen nach seiner Entsendung nach Kiel im November 1918. S. 282.
— Reichstagsrede vom 26. Oktober 1918. S. 285. 286.
v. Conrad, Freihr. v. Hötzendorff, bis Februar 1917 Chef des Generalstabes des k. u. k. Oberkommandos, später Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen in Tirol. S. 69.
— „Aus meiner Dienstzeit". S. 127. 207.
— Keine Kenntnis von dem unglücklichen Ausgang der Marneschlacht 1914. S. 203.
— Äußerung über das Vabanque-Spiel des Krieges 1914. S. 107.
Cooper Willis, „How we came out of the War". S. 119. 154. 158.
Corda, französischer Oberstleutnant. S. 36.
Cossmann, Professor, Kläger im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 61.
Cromwell. S. 143.
Cron, Oberarchivrat im Reichsarchiv. S. 321.

Daimler, Automobilfabrik. S. 126. 212.
Däumig, Vorbereitung der Revolution. S. 7, 282.
— Vollzugsratsmitglied, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften. S. 10. 266.
David, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), „Kautsky und mein Kartenhaus". S. 260.
— Wortführer der Mehrheit für Kriegskreditbewilligung S. 258. 259.
— „Die Sozialdemokratie im Weltkriege". S. 258.
Dehmel, Richard, „Kriegstagebuch, zwischen Volk und Menschheit". S. 89. 90. 91.

Delbrück, Präsident des Statistischen Reichsamts. S. 389.
Delbrück, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Dolchstoß — eine Legende. S. 60.
— Regierung und O.H.L. führten 1918 Eroberungskrieg. S. 72.
— Flottenvorstoß 1918. S. 75ff.
— Gutachten „Die Dolchstoßlegende". S. 57ff. 301. 304.
— Ergänzung seines „Dolchstoß"-Gutachtens nach den Ergebnissen des Münchener Dolchstoßprozesses. S. 60ff.
— Internationaler Zug aller großen politischen Erscheinungen. S. 68. 69.
— Korreferat zu den Gutachten der Sachverständigen v. Kuhl und Schwertfeger über die „Ursachen des Zusammenbruchs". S. 215.
— Korreferat zu dem Gutachten des Sachverständigen v. Kuhl über den „Dolchstoß". S. 59ff.
— Kritik der Offensiven 1918. S. 73. 74.
— „Ludendorffs Selbstporträt". S. 91, 96.
— Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Spartakisten in ihrer Einstellung zum Frieden. S. 70ff.
— Ausbruch der Revolution im denkbar ungünstigsten Moment. S. 63.
— Sachverständiger im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 63ff.
— Drei Ursachen der plötzlichen Lähmung im deutschen Volke im Jahre 1918. S. 72. 77. 80.
— Notwendigkeit und Möglichkeit eines Verständigungsfriedens. S. 68ff.
— Rechtzeitige Erklärung des Verteidigungskrieges war für Deutschland erforderlich. S. 59. 68.
— Bedenken gegen ein Weiterkämpfen im November 1918. S. 61ff.
v. Delbrück, Clemens, Dr., Staatssekretär des Innern bis Mai 1916, vom 9. Oktober 1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers: „Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914". S. 101. 109. 155. 203.
Diekmann, Arbeiterbewegung in England im „Archiv für Politik und Geschichte". S. 156.
Disraeli, 2 Nationen im Staat. S. 148.
Dittmann, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USP), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Ausführungen auf dem Kongreß der Arbeiter- u. Soldatenräte im Dezember 1918. S. 278. 303.
— Berichterstatter des 4. Unterausschusses über die Vorgänge auf der Marine 1917/18. S. 71.
— Gegner einer Revolution vor Friedensschluß. S. 71. 200. 281. 282.
— Rechter Flügel der USP. S. 262.
Drahn, Mitverfasser vom „Deutschen Revolutions-Almanach für 1919". S. 6. 167. 199. 200.
— Bericht in der Zeitschrift „Der Buch- und Zeitschriften-Handel" v. 10. November 1918. S. 162. 163.
— „Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler". S. 257.
— Mitverfasser von „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges". S. 6. 11. 12. 162. 167. 272.
v. Dryander, D., Oberhofprediger. S. 75.
Duncker, Käte: Ausführungen auf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gesamtpartei vom 21.—23. September 1916. S. 267.

Ebert, früher M. d. R. (Führer der Mehrheitssozialdemokratie). S. 277.
— Bündnis mit Hindenburg und Groener November 1918. S. 79. 287. 288.
— Anordnung der Bildung von Freiwilligenformationen. S. 299.
— Stellungnahme zu den Hamburger Punkten des Kongresses der A.- u. S.-Räte Dezember 1918. S. 297. 298.
— Nationalversammlung. S. 301.

— Reichskanzler, Vorschlag der Kabinettsbildung auf paritätischer Grundlage an die USP. S. 283. 284.
— Reichspräsident, Hetze gegen ihn. S. 185.
Eckart, Vollzugsratsmitglied, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften. S. 10. 266. 276.
Eckstein, USP rechter Flügel. S. 262.
Eichhorn, Polizeipräsident von Berlin November 1918. S. 299. 300.
v. Einem, Generaloberst, Führer der 3. Armee. S. 374.
— Rückzug an die Maas. S. 33.
v. Eisenhardt-Rothe, General, „Der Kaiser am 9. November 1918". S. 137.
Eisner, Dr. S. 8.
— Veröffentlichungen in bezug auf die Kriegsschuldfrage. S. 280.
— Ausführungen auf dem Oppositionskongreß am 7. Januar 1917. S. 268.
— Aufruf zur Revolution in München am 7. November 1918. S. 178.
Engels, Sozialist. S. 159. 257. 265.
— Militärische Studien. S. 257.
Erzberger, früher M. d. R. (Zentrum), Staatssekretär ohne Portefeuille.
— „Erlebnisse im Weltkrieg". S. 131.
— Nachrufe nach seiner Ermordung. S. 141.
— Indiskretionen. S. 130.
— Rede im Hauptausschuß am 5. Juli 1917 und ihre Wirkung. S. 202.
— Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission. S. 63. 64. 389. 390.
Escherich, Dr., Forstrat: „Der Kommunismus in München", Unzufriedenheit in Bayern 1918. S. 141. 142.
— „Escherichheft Nr. 1". S. 177.
zu Eulenburg, August, Graf, Minister des Königl. Hauses. S. 75.
zu Eulenburg, Botho, Graf, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses, Gutachten zum „Dolchstoßproblem". S. 261. 262.
Fabry, Oberst, Französischer Deputierter: Ausführungen in der Kammersitzung vom 25. Februar 1920. S. 9.
v. Falck, Generalleutnant. S. 219. 220.
v. Falkenhayn, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Feldheeres von 1914—1916: Ansicht über den Kriegsausgang 1914 und 1916. S. 107.
— Vortrag des Majors v. Papen. S. 205.
— Rücktritt. S. 177.
— Versagen (Ludendorff). S. 112.
Fechenbach: Erklärung auf der Tagung der Internationale in Bern im Jahre 1919. S. 8.
Fernau, Mitarbeiter an der Züricher „Freien Zeitung". S. 163.
Fikentscher, Kapitänleutnant: „Die Wahrheit über den Zusammenbruch in der Marine". S. 101. 193. 194.
Fischer, Dr., Generalsekretär des Parl. Untersuchungsausschusses, Sachverständiger im Münchener „Dolchstoß"-Prozeß. S. 135. 136. 161.
Fisher, Lord, Englischer Admiral. S. 82.
Foch, Marschall, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen seit 22. März 1918. S. 4. 5. 33. 34 63.
— Der Angriff vom 18. Juli 1918. S. 113.
— Anklage gegen die deutsche Strategie 1918. S. 114.
— Ablehnen von Gewaltmitteln gegen die Arbeiterorganisationen. S. 156.
— Der beabsichtigte November-Angriff in Lothringen. S. 132.
— Äußerung über die deutschen und österreichischen Soldaten. S. 144.
— Für schwere Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland. S. 35.
— Empfang der Vertreter der deutschen Regierung zur Kenntnisnahme der Waffenstillstandsbedingungen. S. 130. 131.
v. Forstner, Freiherr, Leutnant: Zabern. S. 139.

Franck, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat). Gefallen 1914. S. 219.
Franz-Ferdinand, Erzherzog v. Österreich, Thronfolger: Begegnung mit Kaiser Wilhelm in Konopischt 1914. S. 69.
French, Lord, Englischer General. S. 215.
v. Freytagh-Loringhoven, Freiherr, Dr., Generalleutnant: „Folgerungen aus dem Weltkriege". S. 169.
Friedberg: Dr., Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. S. 231.
Friedegg: Mitverfasser vom „Deutschen Revolutions-Almanach" für 1919. S. 6.
Friedrich der Große. S. 4. 67. 68. 108.

v. Gallwitz, General der Artillerie, Führer der Heeresgruppe Gallwitz: Erklärung in der Sitzung der Staatssekretäre vom 28. Oktober 1918. S. 23. 28. 29. 30. 31. 32. 49. 128. 133. 192.
— Vortrag beim Kaiser am 27. Oktober 1918. S. 29. 30.
— Verhältnis des deutschen Heeres im Westen gegenüber den Truppen der Entente. S. 121.
Galster, Dr., Vizeadmiral a. D.: „Ein Haken beim Flottensieg". S. 75. 80ff. 83.
Gambetta, Französischer Staatsmann 1871. S. 139.
Geyer, früher M. d. R. (USP): Begründung der Kreditablehnung am 21. Dezember 1915. S. 168.
Giolitti, Italienischer Staatsmann. S. 159.
v. d. Goltz, Freiherr, Generalfeldmarschall: „Die Jahreswende 1870 und 1871". S. 169.
Goethe: „Ideal des Weltbürgers". S. 146.
Gothein, Dr.-Ing., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Aussage vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses. S. 206.
v. Graefe (Mecklenburg), M. d. R., (früher konservativ, jetzt völkisch): Drängen auf Abschaffung der strengen Arrest-Strafe in Form des Anbindens. S. 117.
Grelling: „J'accuse". S. 163.
Grey, Lord, Englischer Minister des Äußeren 1914. S. 136.
— Kriegspolitik. S. 153.
Grimm: „Berner Tagblatt". S. 271.
Gröber, früher M. d. R. (Zentrum), Staatssekretär ohne Portefeuille 1918: Teilnahme an der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober 1918. S. 31.
— Warnung vor der Gefahr der Erschöpfung am 6. Oktober 1916. S. 88.
Groener, Generalleutnant, seit 28. Oktober 1918 Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabs des Feldheeres.
— Seine Abberufung als Leiter des Kriegsamts. S. 182.
— Abdankung des Kaisers bedenklich wegen der Haltung des Offizierkorps. S. 75. 178.
— Aufruf an die Arbeiterschaft gegen Streiks. S. 181.
— Aussprache vom 24. September 1918 mit Ludendorff über die allgemeine Lage. S. 142.
— Denkschrift vom 12. Juli 1917. S. 126.
— Bündnis mit Ebert November 1918. S. 79, 287. 288.
— Rücksprache mit Abg. Haase (Frühjahr 1917) wegen bevorstehender Arbeiterstreiks. S. 181.
— Protest gegen die Hamburger Punkte des Kongresses der A.- u. S.-Räte Dezember 1918. S. 297.
— Rechtzeitiger Rücktritt des Kaisers: Rettung für die Monarchie. S. 179.
— Wahl von Vertrauensräten im Heere. S. 288.
— Erklärung in der Sitzung der Staatssekretäre vom 5. November 1918 über die Kampfkraft und Wirkung des Waffenstillstandsangebots. S. 23. 63. 128. 129.
— Seine Überraschung wegen des Waffenstillstandsersuchens. S. 191.
— Zeugenaussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 62. 133.

134. 142. 147. 173. 177. 180. 181. 192. 200. 287.

Grumbach, Sozialdemokratischer Journalist (Elsässer): Überläufer nach Frankreich. S. 163.

Guesde, Französischer Sozialist. S. 158.

Haase, Matrose: Ausführungen am 30. August 1919 zu Geestemünde in einer Versammlung des Seemannsbundes. S. 10.

Haase, früher M. d. R. (Führer der USP). S. 13. 15. 262. 275.

— Aufruf vom 9. November 1918. S. 77.

— Bemühungen um Beilegung des Gegensatzes zwischen Mehrheitssozialisten und USP und Radikalen (Jahreswende 1918/19. S. 300. 304.

— Ausführungen zur Friedensfrage auf dem Parteitag. September 1916. S. 267.

— Rücksprache mit General Groener Frühjahr 1917. S. 181.

— Deutschlands Hauptschuld am Kriege. S. 263, 286.

— Verlangen der aufständischen Matrosen nach seiner Entsendung nach Kiel. November 1918. S. 282.

— Reise nach Kiel am 7. November 1918. S. 282.

— Führer der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion August 1914. S. 259.

— Pazifist? (Volkmann). S. 303.

— Gegner der Putschtaktik. S. 279.

— Gegner einer Revolution vor Friedensschluß (2. November 1918). S. 71. 200. 281. 282.

— Einfluß von Rußland auf ihn? S. 270.

— Stellungnahme in der Reichstagssitzung vom 22. Februar 1918 zum Januar-Streik. S. 276.

— Vorsichtige Politik. S. 278. 304.

v. Haeften, Generalmajor, seit 8. Juli 1916 Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes: Friedensgespräch im Haag. S. 109.

— Erklärung in der Kabinettssitzung vom 21. Oktober 1918. S. 110.

Haig, Englischer Feldmarschall; seine Kriegsberichte von 1919. S. 34. 35.

— Eintreten für gemäßigte Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland. S. 35.

Hannibal. S. 4.

„Hansi": Mitverfasser von „A travers les lignes ennemies" S. 14. 162. 164.

— Gefängnisstrafe vor dem Kriege wegen deutschfeindlicher Karikaturen. S. 163.

Haußmann, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Staatssekretär ohne Portefeuille.

— „Geheimbericht Nr. 7". S. 151. 225.

— Verhandlungen mit einer Matrosenabordnung in Kiel am 7. November 1918. S. 198.

— „Schlaglichter". S. 142. 174. 198.

— Sitzung der Staatssekretäre am 5. November 1918. S. 63.

— Übermittlung der Warnung Stegemanns an die O.H.L. wegen der Offensive. S. 112.

Heckert: Für ein Losschlagen der revolutionären Gruppen am 4. oder 5. November 1918. S. 282.

— Sprecher der Spartakusgruppe auf dem Gründungsparteitag der USP. S. 267.

Heile, früher M. d. R. (Demokrat). S. 212.

Heilmann: Artikel in der „Internationalen Korrespondenz" vom 15. und 19. März 1918. S. 271.

Heim, Dr., früher M. d. R. (Zentrum): Eingabe an den bayrischen Kriegsminister. S. 240 ff.

Helfferich, Dr., Staatssekretär des Reichsschatzamtes, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers.

— Zur Frage des Hilfsdienstgesetzes. S. 109.

— Zeugenäußerung vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses vom 15. und 17. November 1919. S. 24. 25.

— Passive Resistenz gegenüber dem Verfassungsausschuß. S. 223.
— „Der Weltkrieg". S. 185.
v. Hellingrath, Bayrischer Kriegsminister. S. 242—244.
Henderson, Englischer Arbeiterführer.
— Austritt aus dem Kabinett 1917. S. 158.
— Manifest: Aufforderung zur Aufrechterhaltung der englischen Neutralität 1914. S. 157.
— Für Entsendung von Vertretern zur Konferenz nach Stockholm. S. 160.
Henke, M. d. R. (Sozialdemokrat), früher linke Gruppe der USP. S. 264.
v. Hertling, Graf, Dr., Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Alter. S. 191.
— Forderung seines Rücktritts als Vorbedingung für Friedensunterhandlungen von Amerika. S. 109.
v. Hertling, Graf, Rittmeister: „Ein Jahr in der Reichskanzlei". S. 101. 115. 143.
Herz, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Die amerikanischen Truppentransporte. S. 208.
— Die Stimmung im feindlichen Auslande. S. 152ff.
— Das Urteil des Auslandes. S 144ff.
— Die Beweisführung der „Dolchstoß"-Anklage. S. 161ff.
— Zersetzung durch bolschewistische Ideen. S. 165, 166.
— Brest-Litowsk. S. 182ff.
— Zahl der Deserteure. S. 171.
— Das Scheltwort vom „Dolchstoß". S. 106. 107.
— Der Boden für das Schlagwort vom „Dolchstoß". S. 108—112.
— Scheltwort „Dolchstoß" eine Journalistenprägung. S. 120—121.
— Das preußische Dreiklassen-Wahlrecht. S. 219.
— Drückeberger und Deserteure. S. 170ff.
— Weiterführen des Krieges um der Ehre der Nation willen? S. 138. 139.
— Die elsaß-lothringische Frage. S. 140.
— Streiks in England. S. 157. 158.
— Ergebnis. S. 200ff.
— Die Ernährungsfrage vor und während des Krieges. S. 220ff.
— Der schlechte Geist des Ersatzes. S. 175ff.
— Die Flottenmeutereien 1917. S. 186ff.
— „Die Legende vom zweiten Friedensvertrag". S. 131.
— Gegensatz zwischen Stadt und Land. S. 220, 221.
— Die Gegensätze im Innern als Grund der Niederlage. S. 217ff.
— Die Geschichte der „Dolchstoß"-Anklage. S. 125ff.
Gutachten: Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom „Dolchstoß". S. 99ff.
— Keine Haßpropaganda der deutschen militärischen Leitung. S. 149.
— Die Zermürbung der Heimat. S. 122—124.
— Erlaß des bayrischen Kriegsministers vom 11. August 1917. S. 242ff.
— Die Munitionsarbeiterstreiks. S. 179ff.
— Niederlage verursacht durch Dolchstoß von hinten? S. 107/108.
— Die amtlichen Mitteilungen über den Verlauf der Offensive 1918. S. 208ff.
— Der Zusammenbruch der großen Offensive. S. 112—115.
— Die Irreführung der öffentlichen Meinung. S. 202ff.
— Parallele zwischen den Ereignissen in Frankreich 1917 und den deutschen Vorgängen August 1918. S. 115—120.
— Forderung der Parlamentarisierung. S. 219.
— Pazifismus, Internationalismus, Defaitismus. S. 145ff.
— Hungerstreik auf „Prinzregent Luitpold". S. 188.
— Reichstagskandidat der Freisinnigen Vereinigung. S. 218. 219.
— Ansicht über die Folgen eines etwaigen deutschen Seesiegs. S. 197.

— Soldatenräte. S. 173. 174.
— Versuche, die Stimmung des Heeres zu untergraben. S. 162. 163.
— Stimmungsbericht eines stellvertretenden Generalkommandos. S. 232. 233.
— Die Forderungen der Streikenden 1918. S. 184.
— Der Überläufer vom 15. Juli 1918. S. 143.
— Die Verschleierung in der U-Bootfrage. S. 205 ff.
— Einstellung des U-Bootkrieges am 21. Oktober 1918. S. 195.
— Wann hatte die Unterminierung Erfolg? S. 199 ff.
— Die USP im Kriege. S. 168.
— Moralischer Ruhmestitel für die Volksbeauftragten. S. 140.
— Vorbemerkung. S. 105. 106.
— Sinn des „Vorwärts"-Artikels vom 20. Oktober 1918. S. 150. 151.
— Zeitschrift „New Age" vom 17. August 1917. S. 236. 237.
— Zensurverbote. S. 212 ff.
— Kein Zusammenhang der Flottenmeutereien 1917 und 1918. S. 198. 199.

Herzfeld, Dr., früher M. d. R. (linke Gruppe der USP). S. 264.

v. Heydebrand u. der Lasa, Dr. (früher konservativer Reichs- und Landtagsabgeordneter).
— Rücksprache mit dem Kronprinzen Juli 1918. S. 209. 210.
— Reden gegen die Regierung. S. 167.

Heye, Oberst, Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres: Meldung beim Kaiser am 9. November 1918 wegen des Wunsches der Armee nach Waffenstillstand. S. 79. 129. 140.

Hilferding, Dr.: „Die Sozialdemokratie am Scheidewege". S. 260.
— Rechter Flügel der USP. S. 262.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— „Aus meinem Leben". S. 224.
— Bündnis mit Ebert November 1918. S. 79.
— Verleihung des Eisernen Kreuzes mit goldenen Strahlen. S. 74.
— Erlaß vom 16. Oktober 1918. S. 174. 192.
— Bericht der Generale v. Gallwitz und v. Mudra über ihre Sendung zum Kriegskabinett. S. 32.
— Haltung am 9. November 1918. S. 287. 288.
— Protest gegen die Hamburger Punkte auf dem Kongreß der A.- u. S.-Räte Dezember 1918. S. 297.
— Das Zurückbringen des Heeres in die Heimat. S. 46. 136. 178.
— Mahnung zur Entschlossenheit und Geschlossenheit in der Heimat am 14. Oktober 1918. S. 191.
— Übernahme der O.H.L. im gefährlichsten Augenblick (Ludendorff). S. 112.
— Telegramm vom 10. November 1918 wegen Abschluß des Waffenstillstandes. S. 26. 132. 318.

v. Hintze, Staatssekretär des Äußern vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918. Äußerung über Entgegenkommen gegenüber den Sozialdemokraten. S. 222.

Hoch, M. d. R. (Mehrheitssozialist, linker Flügel). S. 262.

Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost.
— „Faustschlag" in Brest-Litowsk? (Herz). S. 183.
— Ausführungen in der Sitzung der Staatssekretäre vom 17. Oktober 1918. S. 128.

Hoffmann, Adolf, früher M. d. R. (linke Gruppe der USP). S. 264.

Horten, Bergassessor: Denkschrift. Vorwürfe gegen die Industrie. S. 147.

Howard, John: Propaganda zum Wohl der Gefangenen. S. 425.

Hug, Mitglied des Oldenburgischen Landtags (Sozialdemokrat). S. 247.

v. Jagow, Dr., Staatssekretär des Äußern bis November 1916: Vortrag des Majors v. Papen. S. 205.

Jaurès, Französischer Sozialist: Ermordung. S. 155.

v. Ingenohl, Admiral. S. 187.
Joffe, Botschafter der russischen Sowjetrepublik 1918 in Deutschland. S. 24. 25.
Jogiches, rechter Flügel der Gruppe „Internationale". S. 265.
— Märtyrer seiner Überzeugung. S. 305.
— Leitung der „Spartakusbriefe". S. 272.
Judet. S. 152.

Kant: Idee der moralischen Weltordnung. S. 146.
— „Zum ewigen Frieden". S. 148.
Kantorowicz, Professor: „Der Offiziershaß im deutschen Heere". S. 97.
Kapp, Dr., früher M. d. R. (konservativ): Maidenkschrift von 1916. S. 167.
— „Junius"-Briefe. S. 222.
Katzenstein, Schriftsteller, Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Die Erhebung der Flotte. S. 94. 95.
— Gutachten: Die sogenannte „Dolchstoß"-Frage. S. 85 ff.
— Drückebergerei der Juden? S. 88.
— Willenslähmung des deutschen Offizierkorps. S. 88.
— Soldaten-Briefe der sozialdemokratischen Fraktion. S. 90. 91.
— Soldatenräte. S. 94.
— Thesen. S. 97. 98.
Kautsky, Schriftsteller (Sozialdemokrat). S. 251.
— Ausführungen in der „Neuen Zeit". S. 254. 258.
— Gutachten vom 14. Dezember 1912 zur Frage des „Militärstreiks". S. 255.
— Deutschlands Hauptschuld am Kriege. S. 263. 286.
— Schwanken in der Frage der Kriegskredite. S. 259. 260.
— „Die Landesverteidigung", „Neue Zeit" 11. Mai 1917. S. 255.
— Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung. S. 256. 260.
— „Nochmals unsere Illusionen", „Neue Zeit" 28. Mai 1915. S. 263. 264.
— Resolution auf dem Gründungsparteitag der USP. S. 268.
— Pazifist. S. 257. 303.
Keir-Hardie, Englischer Arbeiterführer: Manifest; Aufforderung zur Aufrechterhaltung der englischen Neutralität 1914. S. 157.
Kerenski, Russischer Ministerpräsident 1917. S. 158.
v. Kessel, Generaloberst, Oberkommandierender in den Marken. S. 126.
Kipling, Englischer Dichter: „Balladen aus der Kaserne". S. 119.
v. Kirchbach, Graf, General, Armeeführer. S. 32.
Klein, Marine-Oberpfarrer: Artikel in den „Süddeutschen Monatsheften". S. 73. 192. 193.
Kolb, Sozialdemokrat, Revisionist. S. 259. 262.
— „Die Sozialdemokratie am Scheidewege". S. 260.
Korell, M. d. R. (Demokrat), früher Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 172.
Köster, Dr., Gesandter: „Fort mit der Dolchstoßlegende". S. 29. 31.
— „Konnten wir 1918 noch weiterkämpfen?" S. 29. 31.
Kuczynski, Dr. S. 389.
v. Kuhl, General d. Infanterie a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Bericht des Alpenkorps vom 15. September 1918. S. 21. 22.
— Betriebstofffrage für das deutsche Heer Oktober 1918. S. 5.
— Deserteurvereinigungen. S. 13. 14.
— Ersatzlage im deutschen Heer 1918. S. 4. 5. 14—17.
— Flottenunruhen 1917. S. 10.
— Gutachten zum „Dolchstoß". S. 1 ff. 43. 44. 45. 46. 80. 105. 106. 138. 171. 173. 174. 175. 176.
— Gutachten über die Offensive 1918. S. 3. 18. 59. 68. 108. 113. 132. 143. 145. 186.
— gegen Köster. S. 138. 140. 176.
— Militärisch-politische Gesamtlage Deutschlands Oktober, November 1918. S. 5.
— Warnungserlasse der O. H. L. S. 125.
— Die Revolution. S. 24 ff.
— Revolution-Dolchstoß. S. 38. 39. 46. 60.

— Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht v. Bayern. S. 5. 311.
— Vernehmung als Sachverständiger im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 61. 64. 72. 73.
— Die Soldatenräte. S. 25. 26. 37. 38.
— Strategische Lage des deutschen Westheeres. S. 5.
— Kenntnis der obersten militärischen Stellen von der Unterwühlung des Heeres. S. 18—23.
— Die Möglichkeit des Weiterkämpfens November 1918. S. 27 ff. 173.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Auswärtigen vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918.
— Klage gegen die „Deutsche Zeitung". S. 166.
— Entlassung auf Veranlassung der O.H.L. S. 166.
— Bericht aus Brest-Litowsk nach der scharfen Rede General Hoffmanns. S. 183.
— Antwort auf die päpstliche Friedensnote im Siebenerausschuß. S. 109.
Kuhnert, früher M. d. R. (linke Gruppe der USP). S. 264.
Kuhnt, Obermaat, November 1918 Präsident der Republik Oldenburg-Friesland. S. 194.
Kunow: „Parteipsychologisches" in der „Neuen Zeit" vom 28. Dezember 1917. S. 258.
Kuttner, M. d. L. (Sozialdemokrat): Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 65.
— Darstellung im „Vorwärts" vom 16. November 1918 über das Gespräch mit Admiral v. Trotha. S. 195.

Lafont, Französischer Sozialist. S. 160.
Lagarde: „Graue Internationale des Liberalismus". S. 146.
Lambach: „Ursachen des Zusammenbruchs". S. 89. 92. 93. 94. 97. 98. 117. 120. 219. 220. 233. 234.
Landsberg, M. d. R. (Sozialdemokrat), Zeuge im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 65. 168.
Lansdowne, Lord: Eintreten für Verständigungsfrieden. S. 154.
Ledebour, früher M. d. R. (USP). S. 168.
— Ausführungen auf der Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte im Dezember 1918 in Berlin. S. 10. 11. 278. 281. 282.
— Aufruf vom 9. November 1918. S. 77.
— Ausführungen auf dem Gründungsparteitag der USP. S. 268.
— Verlangen der aufständischen Matrosen nach seiner Entsendung nach Kiel November 1918. S. 282.
— Ledebour-Prozeß. S. 273.
— Für ein Losschlagen der revolutionären Gruppen am 4. oder 5. November 1918. S. 282.
— Führer der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion August 1914. S. 259.
— Übergang zur radikalen Gruppe 1918. S. 268. 269. 279.
— Stellung zur revolutionären Bewegung. S. 264. 265. 268. 269. 279. 280.
— Innere Abhängigkeit von Rußland. S. 270.
— Führer des linken Flügels der USP. S. 262. 264 ff. 280.
Le Henaff: „Les chemins de fer français". S. 35.
Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes: Aussage als Zeuge im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 66.
Lenin, Führer der radikalen russischen Bewegung. S. 265. 269. 270.
— „Gegen den Strom". S. 168.
— Rückreise nach Rußland aus der Verbannung durch die deutsche O.H.L. vermittelt. S. 166.
Lensch, Dr.: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück". S. 258.
Lenz, Friedrich: „Staat und Marxismus". S. 148.
Leonhard: Mitverfasser von „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges". S. 6. 11. 12. 162. 167.
Leopold, Prinz v. Bayern, Generaloberst, Oberbefehlshaber Ost. S. 32.

Lequis, Generalleutnant. S. 300.
v. Lersner, Dr., Freiherr, Legationssekretär, Vertreter des Auswärtigen Amtes seit März 1917 bei der O. H. L. Telegramm vom 25. Oktober 1918. S. 133.
v. Levetzow, Konteradmiral: Artikel in den „Süddeutschen Monatsheften" April 1924. S. 196. 197. 198.
— Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 246.
— Besprechung mit Prinz Max v. Baden am 20. Oktober 1918. S. 246.
Lewald, Dr., Unterstaatssekretär: Passive Resistenz gegenüber dem Verfassungsausschuß. S. 223.
Lewinsohn, Vorsitzender des Soldatenrats der 4. Armee. S. 37. 38. 173.
— „Die Revolution an der Westfront". S. 38.
Liebknecht, Wilhelm, sozialistischer Führer: Verhalten in der Frage der Kriegskreditbewilligung 1870. S. 260.
Liebknecht, Dr. Karl, früher M. d. R. (SPD, später wild). S. 15. 261. 262. 271.
— Nationale Agitation gegen ihn. S. 189.
— Aufruf vom 9. November 1918. S. 77.
— Demonstrationszug bei seiner Entlassung aus dem Zuchthaus. S. 135.
— Rechter Flügel der Gruppe „Internationale". S. 265.
— Keine Mitbeteiligung seiner Gruppe bei der Kabinettsbildung November 1918. S. 284.
— Kampfprogramm im eigenen Lande und gegen die eigene Regierung. S. 269.
— „Klassenkampf gegen den Krieg". S. 259.
— Neujahrsnummer 1915 des „Labour Leader". S. 271.
— Gegen ein Losschlagen der revolutionären Gruppen am 4. oder 5. November 1918. S. 282.
— Märtyrer seiner Überzeugung. S. 305.
— Militärfeindliche Propaganda vor dem Kriege. S. 304.
— „Revolutionsromantiker". (Herz). S. 168.
— Verurteilung. S. 179.
— Streik vom 1. Mai 1916. S. 275.
Lloyd-George, Englischer Ministerpräsident ab Dezember 1916. S. 209.
— Volksvertreter — Diktator. S. 122. 123.
— Angriffe von seiten Maurice. S. 121.
— Aufpeitschung der öffentlichen Meinung. S. 122.
— Ende 1917 gegen Verständigungsfrieden. S. 160.
— Proklamierung der Wilsonschen 14 Punkte. S. 72.
v. Loebell, Preußischer Minister des Innern bis 1917: Bericht vom 1. Oktober 1914. S. 137. 138.
Löffler, Generalleutnant: „Die Ursachen des Zusammenbruchs". S. 97.
„Lotharingus": „Der Weltkrieg im Lichte naturwissenschaftlicher Geschichtsauffassung". S. 172.
Ludendorff, Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 18. 19. 20. 21.
— Warnung vor der Abdankung des Kaisers. S. 178.
— Anklage gegen Pazifismus und Internationalismus. S. 145. 146.
— Hoffnung auf die Atempause. S. 134.
— Ausspruch nach der russischen Revolution (Binder). S. 200.
— Gefährdung Bayerns November 1918. S. 153.
— Schwäche Bethmann Hollwegs in seinem nachgebenden Verhalten gegenüber der Linken. S. 232.
— Veranlassung der Entlassung Bethmanns. S. 137.
— Hauptvertreter der „Dolchstoß"theorie (Herz). S. 112.
— Frage der Drückeberger. S. 171.
— Einrichtung der Operationen nach dem Ersatzverhältnis (Groener). S. 177.
— Kein Verhandeln des Feindes mit ihm. S. 112.

— Beschwichtigung der Besorgnisse des Generals Groener. S. 191.
— Vortrag beim Kaiser nach der Niederlage vom 8. August 1918. S. 115.
— „Kriegführung und Politik". S. 141. 146. 186. 217. 221. 222. 226.
— Gegen levée en masse in der Reichskanzlerbesprechung vom 9. Oktober 1918. S. 139.
— „Meine Kriegserinnerungen". S. 109. 143.
— Beschwerde über die milde Militärjustiz. S. 117.
— Nervenzusammenbruch (Herz). S. 173.
— Schilderung der Offensiven. S. 112ff.
— Unberechtigte Klagen über die Offiziere. S. 117.
— Übernahme der O.H.L. im gefährlichsten Augenblick (Ludendorff). S. 112.
— Mangel an Verständnis für die Psychologie der Mannschaften (Herz). S. 118.
— Zustimmung zur Räumungsforderung. S. 128.
— Übertragung der Regierungsgeschäfte an Parlamentarier. Schaffung der fehlenden Einheitsfront. S. 110.
— Schreiben an den Preußischen Minister des Innern vom 8. Dezember 1917. S. 231. 232.
— Sonstige Schriften. S. 111. 112.
— „Schwarzer Tag" des 8. August 1918. S. 114. 115.
— Sieg oder Niederlage. S. 130.
— Ausführungen in der Sitzung der Staatssekretäre vom 17. Oktober 1918. S. 115. 128. 133. 191
— Persönliche Tapferkeit bei Lüttich 1914. S. 203.
— Übereinstimmen seiner Kriegsziele mit denen der Schwerindustrie (Herz). S. 226.
— „Urkunden der O.H.L.". S. 19. 177. 178. 185. 186.
— Verständigungsfrieden nicht möglich. S. 112.
— Verteidigungskrieg konnte nicht mehr gewonnen werden (Herz). S. 108.
— Moralischer Zusammenbruch und Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand (29 September 1918) (Delbrück). S. 74.
— Gegen Abänderung des preußischen Wahlrechts. S. 137.
— Weiterführen des Krieges nach Eintreten einer Kampfpause (13. Oktober 1918). S. 33.
— Empfang von Graf Westarp am 10. Oktober 1918. S. 131.
— Die Stimmungsberichte des W.T.B. S. 208.

Lutz: „E. D. Morel". S. 153. 154.

v. Luxburg, Graf: Artikel in den „Süddeutschen Monatsheften" vom April 1924. Erlaß vom 11. August 1917. S. 142.

Luxemburg, Rosa: „Entweder — Oder". Artikel in der „Kommunistischen Internationale". S. 168.
— Rechter Flügel der Gruppe „Internationale". S. 265. 271.
— Leitsätze der Gruppe „Internationale". S. 261.
— Juniusbroschüre. S. 266. 267. 269.
— Neujahrsnummer 1915 der „Labour Leader". S. 271.
— Märtyrerin ihrer Überzeugung. S. 305.

Lyauthey, General, französischer Kriegsminister. S. 155.

Mac Donald, Englischer Arbeiterführer: Gegen die Kriegspolitik von Grey. S. 153. 157.
— Leiter des englischen Arbeiter- und Soldatenrats in Leeds. S. 158.
— Ausscheiden aus dem Parteivorstand. S. 157.

v. Mackensen, Generalfeldmarschall, Führer der Heeresgruppe Mackensen. S. 32.

Malvy, Französischer Minister des Innern 1914. S. 155.

v. Mann, Ritter, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts seit August 1918: Erlaß vom 8. November 1918. S. 190.

Mannesmann: Industrielle Werke, Kriegsgewinne. S. 212.

v. Marschall, Freiherr, Generalmajor, seit 27. Juli 1918 Chef des Militärkabinetts. S. 29.

Marx, Dr. Karl: Manifest. S. 147. 159.
— Stellungnahme zum Kriege. S. 257.
Marx, Oberstleutnant: Erwiderung gegenüber General v. Behrendt. S. 73.
Maurice, Englischer General: Artikel vom 6. und 12. November 1918 in der „Daily News". S. 121. 144. 145.
— Das Wort vom „Dolchstoß". S. 3.
— Erklärung der nie getanen Äußerung des „Dolchstosses". S. 120.
— Leiter der englischen Operationsabteilung 1915. S. 12f.
— Rücktritt 1918. S. 12f.
— „The last four months". S. 33. 34. 35. 96. 121. 122. 132.
— Einer der Gründe des deutschen Zusammenbruchs war das Verhältnis zwischen Offizier und Mann. S. 118. 119.
Max, Prinz v. Baden, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918.
— Seine Überzeugung von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers. S. 75.
— Aufzeichnungen. S. 76.
— Keine Kenntnis von dem beabsichtigten Flottenvorstoß (Herz). S. 197.
— Empfang der Generale v. Gallwitz und v. Mudra. S. 30.
— Gegen die Abreise des Kaisers von Berlin nach Spa im November 1918. S. 135.
— Verschieben der Verantwortung von seiten der O.H.L. auf sein Kabinett. S. 112.
— Zwang auf ihn zur Herausgabe des Waffenstillstandsangebots. S. 49. 128. 132.
Maxse: Herausgeber der „National Review". S. 121. 238.
Mayr, Major a. D.: „Clausewitz und der Zusammenbruch 1918". S. 73.
Mehring, Dr., rechter Flügel der Gruppe „Internationale". S. 265. 271.
— Neujahrsnummer 1915 der „Labour Leader". S. 271.
Mermeix: „Painlevé et Nivelle". S. 117.
Merrheim, Sekretär des französischen Metallarbeiterverbandes. S. 156.
Messimy, Französischer Kriegsminister. S. 155.
Meyer, Dr. Ernst: Erklärung der Radikalen auf der Konferenz der oppositionellen Gruppen am 7. Januar 1917. S. 267.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 191.
Moissi, Schauspieler. S. 212.
Molteno, Englisches Unterhausmitglied: gegen die Kriegspolitik von Grey. S. 153.
v. Moltke, Graf, Feldmarschall, Chef des Generalstabs. S. 139.
v. Moltke, Graf, Kapitänleutnant auf „Seydlitz". S. 247.
v. Moltke, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Feldheeres bis 1914.
— Versagen (Ludendorff). S. 112.
Morel, Englischer Pazifist. S. 153. 215.
Morley, Lord: Austritt aus dem Kabinett wegen der englischen Kriegserklärung. S. 153.
Moutet, Französischer Sozialist. S. 160.
v. Mudra, General der Artillerie: Erklärung in der Sitzung der Staatssekretäre vom 28. Oktober 1918. S. 28—32. 49. 128.
— Vortrag beim Kaiser am 27. Oktober 1918. S. 30.
Mühsam, Dr.: „Wie wir belogen wurden". S. 204. 212.
Müller, Dr. August, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. S. 181.
Müller, Richard, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften. S. 266. 276. 280.
— Phantast? S. 280.
— Vorbereitung der Revolution. S. 7. 135.
— Verhaftung beim Streik, April 1917. S. 279.
— „Vom Kaiserreich zur Republik". S. 269. 274. 276. 284. 291.

v. Müller, Admiral, Chef des Marinekabinetts: Mißlungener Vorstoß der O. H. L. zu seiner Entlassung. S. 166.
v. Müller, Carl Alexander, Professor. S. 61.
Müller-Brandenburg: „Von der Marne zur Marne". S. 97.

Napoleon I. S. 4. 108. 121. 202.
Naumann, Viktor, Gesandter a. D.: „Profile". S. 64. 65. 66.
Naumann, D., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 219.
— Denkschrift vom 11. Februar 1918. S. 123.
— Führung eines Volksheeres im Gegensatz zum Söldnerheer. S. 118.
Neilson, Englisches Unterhausmitglied: Mandatsniederlegung. S. 154.
— „Wie Diplomaten Kriege machen". S. 153. 164.
Neter, Dr.: „Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront"; Betrachtungen eines Frontarztes, „Süddeutsche Monatshefte" Juli 1925. S. 101. 138. 143. 172. 173. 177.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst, Generalissimus der russischen Armée. S. 164.
Nicolai, Professor, Pazifist. S. 149.
Nicolai, Oberstleutnant, Leiter der Abteilung IIIb beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 208.
— Artikel in dem Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte". S. 142.
— Erklärung vom 5. August 1914 an die Vertreter der Berliner Presse. S. 202. 203.
— „Geheime Mächte". S. 147. 164. 165. 172.
— „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkriege" S. 147.
— Gegen einen Vortrag des Majors v. Papen vor den Pressevertretern. S. 205.
Niemann, Oberstleutnant: Denkschrift vom 20. Juli 1918. S. 149.
— „Kaiser und Revolution". S. 25. 26. 115.
Nietzsche: Gutes Europäertum. S. 146.
Nivelle, Französischer General: Offensive Frühjahr 1917. S. 115. 116.
— Schreiben an Malvy und Lyauthey. S. 155.
Normanen: „A Searchlight on the European War". „Britain on the War". S. 152.
Northcliffe, Lord, Englischer Propagandaminister während des Krieges. S. 8. 9. 162.
Noske, früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 66. 75. 151. 168. 192. 194. 303.
— Organisator der Freiwilligenformationen 1918/19. S. 299.
— Eintreffen in Kiel November 1918. S. 282.
— Reichstagsrede vom 26. April 1907. S. 257.
— Ausführungen im Hauptausschuß am 24. August 1915 wegen der unvorschriftsmäßigen Behandlung der Mannschaften. S. 88.
— „Von Kiel bis Kapp". S. 134. 173. 198.
Nowack: „Das Chaos". S. 78.
v. Oven, Generalmajor, Vertreter des Preußischen Kriegsministeriums bei den Beratungen des Hauptausschusses. S. 89.

Page, Botschafter der Vereinigten Staaten in London: „The Life and Letters". S. 101. 172. 197. 237. 238.
Paléologue: „La Russie des Tsars". S. 158. 160.
Painlevé, Französischer Kriegsminister im Weltkrieg: „Comment j'ai nommé Foch et Pétain". S. 101. 116. 117. 118. 119. 155. 160. 173. 175.
v. Papen, früher Militärattaché in Washington; Vorträge bei v. Falkenhayn, v. Jagow, v. Bethmann Hollweg. S. 205.
— Eidliche Aussage vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses. S. 205.

v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers, zuvor fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter.
— Besprechung vom 25. Oktober 1918 mit Admiral Scheer und Kriegsminister Scheüch. S. 245.
— Feststellungen auf einer Kundgebung des Republikanischen Reichsbundes in Frankfurt a. M. vom 14. Dezember 1925. S. 244. 245.
— Mitteilung an Dr. Herz: Keine Kenntnis des Kriegskabinetts von dem beabsichtigten Flottenvorstoß 1918. S. 197.
— Schreiben an Dr. Herz vom 13. Januar 1926. S. 245. 246.
— Sitzung des Kriegskabinetts vom 29. Oktober 1918. S. 30. 31. 32.
— „Von Bethmann Hollweg bei Ebert". S. 134. 178. 191. 246.
Persius, Kapitän a. D.: „Der Seekrieg". S. 95. 188.
Pétain, französischer General: Ablehnung von Gewaltmitteln gegen Arbeiterorganisationen. S. 156.
— Absicht des Generalangriffs Juli 1918. S. 160.
— Vorgehen bei den Meutereien 1917. S. 117.
— Für scharfe Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland. S. 35.
Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses: Bericht zum „Dolchstoß". S. 43.
de Pierrefeu: „Le quartier général". S. 36. 116. 144. 216.
— „Plutarque a menti". S. 144. 207. 217.
Pilsudski, Polnischer Marschall; Führer der polnischen Freiheitsbewegung November 1918. S. 295.
v. Plessen, Generaloberst und Generaladjutant des Kaisers, Kommandant des Hauptquartiers. S. 29.
v. Ploetz: Grüne Internationale der Agrarier. S. 146.
Poincaré, Präsident der französischen Republik 1918: Streben nach dem linken Rheinufer. S. 62.
Ponsonby, Englisches Unterhausmitglied: Gegen die Kriegspolitik von Grey. S. 153.
Popp: „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918". S. 282.
Prager: „Geschichte der USP". S. 251. 261.

Quidde, Dr. Professor, Pazifist. S. 148.

Radek, linker Flügel der Gruppe „Internationale". S. 265.
v. Radowitz, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 1917/18.: Brief vom 17. Januar 1918 an Graf Limburg-Stirum. S. 169.
Rahts, Dr., Professor. S. 389.
Rathenau, Dr.: Aufforderung zur levée en masse in der „Vossischen Zeitung" Oktober 1918. S. 139.
Reichpietsch, früher Oberheizer, September 1917 wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet. S. 189.
v. Reischach, Freiherr, Oberhofmarschall des Kaisers: Mißlungener Vorstoß der O.H.L. zu seiner Entlassung. S. 166.
Reiß, Major. S. 366.
v. Reuter, Admiral: Versenkung der Flotte in Scapa Flow. S. 197.
Rolland, Romain. S. 152.
v. Romberg, Deutscher Gesandter in Bern. S. 111.
Rösemeyer, Mitarbeiter an der Züricher „Freien Zeitung". S. 163.
Rosendal, Parteisekretär der USP: Äußerung in einer Versammlung der USP vom 5. Februar 1922 in Andernach. S. 11.
Rosenberg, Dr., M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses: Referat zur „Dolchstoßfrage". S. 303 ff.
Rosenthal, Matrose: „Volkskommissariat für die revolutionäre Verteidigung der Republik Braunschweig". S. 292.
Rubner, Dr., Professor. S. 389. 390.
— Notwendigkeit der Wiederauffütterung der durch die Blockade abgehungerten Bevölkerung. S. 419 ff.

Rupprecht, Kronprinz v. Bayern, Generaloberst, Führer der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht v. Bayern: Schreiben vom 19. Juli 1917 an Graf Hertling. S. 66. 115. 238. 239. 240.
— Für Verständigungsfrieden (Delbrück). S. 64. 68.

Sachse, früher Oberheizer, wegen Kriegsverrats 1917 verurteilt: „Antinauticus" und Artikel in der „Neuen Zeitung" München. S. 188. 189. 190.
Saleeby, Dr. S. 396.
Sänger, Dr., Präsident des Preußischen Statistischen Landesamts. S. 389. 390.
Scheer, Admiral, Chef der Obersten Seekriegsleitung. S. 76.
— Der Flottenvorstoß 1918. S. 80. 81. 83.
— Offizieller Bericht über die Skagerrakschlacht. S. 197.
— Herabsetzung der Strafen der verurteilten Marinemannschaften 1917. S. 117.
Scheidemann, M. d. R. (Mehrheitssozialist): Äußerung über den „Sieg des deutschen Volkes". S. 24.
— Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 168.
— Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 278.
— Teilnahme an der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober 1918. S. 31.
— Ausführungen in der Sitzung der Staatssekretäre vom 17. Oktober 1918 über die Unmöglichkeit der Hebung der Stimmung. S. 128.
— „Der Zusammenbruch". S. 289. 290.
Scheüch, Preußischer Kriegsminister seit 3. Oktober 1918.
Besorgnis wegen der Abdankung des Kaisers mit Rücksicht auf die Haltung des Offizierkorps. S. 75.
— Demobilmachungsanordnungen des Kriegsministeriums 1918. S. 295.
— Zusicherung der Stellung von 600 000 Mann Ersatz 1918. S. 178.
— Teilnahme an der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober 1918. S. 31.
— Ausharren auf seinem Platz als Kriegsminister nach der Revolution. S. 79.
Schiller: Geschichte des 30jährigen Krieges. S. 148.
Schlieben, Konsul: Mitarbeiter an der Züricher „Freien Zeitung". S. 163.
Schneegans, Elsässischer Deputierter 1871. S. 140.
Schöpflin, M. d. R. (Mehrheitssozialist): Mißstände im Heere (6. Oktober 1916). S. 88. 89.
Schoepper, Vorsitzender des Soldatenrats I. Armeekorps Königsberg. S. 292.
v. Schoultz, Kommodore: „Mit der Grand Fleet im Weltkriege". S. 81. 82.
Schücking, Dr., M. d. R. (Demokrat). S. 148.
v. d. Schulenburg, Graf, Generalmajor, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses: „Die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten". S. 309 ff.
— Chef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 309.
— Kabinettsbeschluß vom 28. Oktober 1918. S. 316. 320.
— Für Verständigungsfrieden (Delbrück). S. 64. 65.
Schwarte, Generalleutnant a. D.: „Der große Krieg 1914—1918". S. 186. 196.
Schwertfeger, Oberst a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß: Gutachten „Der Dolchstoß". S. 41 ff. 80.
— Gutachten über die „militärisch-politischen Verantwortlichkeiten". S. 109. 145. 202. 207.
— Front-Sammelstellen und Manneszucht: Bericht eines Offiziers über seine Erfahrungen in der Mannschaftssammelstelle Brüssel. S. 50. bis 55. 176.
— Leiter der Abteilung der Verwaltung der belgischen Staatsarchive in Brüssel. S. 44.

— Veröffentlichung der Übersetzung der Erklärung des Generals Maurice über die nie getane „Dolchstoß-Äußerung". S. 120.
— Artikel des „Tag" vom 2. Oktober 1921 zum Dolchstoß. S. 43. 45. 46—50.
— Ungenauigkeit und Unklarheit des Wortes „Dolchstoß". S. 45 46.
Seeber, Senatspräsident: Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 172.
Sembat, Französischer Sozialist. S. 158.
Sichler u. Tiburtius: „Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges". S. 101. 147. 172. 182.
Siegert, Kapitän z. S. auf „Seydlitz". Äußerung zum Abg. Dr. Südekum. S. 194. 247.
„Siegfried Balder": Propagandist gegen Deutschland. S. 164.
Siebergleit, Dr., Leiter des Statistischen Amts der Stadt Berlin. S. 430 ff.
Simon, Sir John: Austritt aus dem englischen Kabinett. S. 154.
Sinowjew, Bolschewist. S. 269.
— „Gegen den Strom". S. 168.
Smillie, Leiter des englischen Arbeiter- und Soldatenrats in Leeds. S. 158.
Smith, Adolf: Brief in der „Times" vom 3. September 1918. Verstimmung in der Arbeiterklasse; deutscher Einfluß. S. 159.
Snowden, Leiter des englischen Arbeiter- und Soldatenrats in Leeds. S. 158.
Solf, Dr., Staatssekretär des Auswärtigen Amts seit Oktober 1918: Teilnahme an der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober 1918. S. 31. 32.
— Ausharren auf seinem Platz als Staatssekretär nach der Revolution. S. 79.
— Bestürzung wegen des Waffenstillstandsersuchens der O.H.L. S. 191.
Spickernagel, Dr., M. d. L. (Deutsche Volkspartei). S. 122.
Stadthagen, früher M. d. R., linke Gruppe der USP. S. 264.
Stegemann, Dr., Schriftsteller.
— Deutsche Krisis 14. Juli 1918. S. 115.
— „Geschichte des Krieges". S. 123. 124. 141.
— Rückzug und Waffenstillstandsbedingungen. S. 145.
— Warnung der O.H.L. wegen des Ausgangs der Offensive am 16. Februar 1918. S. 112.
Stegerwald, M. d. R. (Zentrum), Führer der christlichen Gewerkschaften. S. 181.
v. Stein, Preußischer Kriegsminister. S. 182.
— Keine Bedenken gegen milde Strafen. S. 117.
— Generalquartiermeister 1914. S. 204.
Steinmann-Bucher: „Deutschlands Volksvermögen im Kriege" S. 227.
Stewart, Sir Cambell: „Geheimnisse des Crewe-Hauses". S. 162.
Stilgebauer, Schriftsteller, Mitarbeiter an der Züricher „Freien Zeitung". S. 164.
Stresemann, Dr., M. d. R. (nationalliberal): Besprechungen mit den Parteiführern nach dem Waffenstillstandsersuchen der O.H.L. S. 191.
— Ausführungen in der Reichstagsrede vom 29. Oktober 1918. S. 223. 224.
Ströbel, M. d. L. (USP), Redakteur des „Vorwärts": Ausspruch vom 23. Februar 1915. S. 150.
— Ausführungen auf dem Parteitag September 1916. S. 267. 268.
Struve, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Aussage vor dem 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses. S. 206.
v. Stülpnagel, Major beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 131.
Südekum, Dr., früher M. d. R. (Mehrheitssozialist). S. 194.
— Schreiben an Dr. Herz vom 8. Oktober 1925. S. 246. 247. 248.
Swanwick: „Builders of Peace". S. 154.

Taft, Präsident der Vereinigten Staaten. S. 425. 426.
Tardieu, Französischer Journalist: Mitteilung über die Beratung der alliierten Heerführer vom 25. Oktober 1918. S. 35.
Thiers, Französischer Staatsmann. S. 222.
Thomas, Französischer Sozialist. S. 158. 160.
— Parlamentsrede als Minister Oktober 1917. S. 159.
v. Tirpitz, Großadmiral: Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" Januar 1926. S. 74.
— „Erinnerungen". S. 136. 137. 187. 188. 190. 222.
— Vorwürfe gegen den Kaiser, er wolle die Engländer nicht durch eine Seeschlacht reizen (1914). (Herz.) S. 187.
— Beabsichtigte Aufstellung als Reichstagskandidat in Bautzen-Kamenz. S. 152.
— Für die Seeschlacht 1914 (Herz). S. 187.
— Führer der Vaterlandspartei. S. 74.
Tonnelat: Mitverfasser von „A travers ligues ennemies". S. 14. 162.
v. Treutler, Preußischer Gesandter in München. Telegramm vom 20. Oktober 1918. S. 134.
Trevelyan: Austritt aus dem englischen Kabinett. S. 153.
v. Trotha, Vizeadmiral a. D.: Aussage im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 194.
— Rücksprache mit Redakteur Kuttner. S. 195.
Trotzki, Bolschewist. S. 168. 270.
v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers bis Januar 1918: Rücktritt auf Veranlassung der O. H. L. S. 166.

Vandervelde, Belgischer Staatsmann. S. 153.
Vater, Mitglied der USP: Äußerung über die Vorbereitung der Revolution im Heere. S. 10. 167.
v. Vietinghoff, Generalleutnant, Stellvertretendes Generalkommando II. A.-K. Bericht. S. 151.
Volkmann, Sachverständiger im 4. Unterausschuß, Major a. D., Reichsarchivrat.
— „Das Annexionsproblem im Weltkriege". Gutachten für den Untersuchungsausschuß. S. 261.
— Die Arbeiter- und Soldatenräte. S. 289 ff.
— Die Auswirkung des revolutionären Kampfes der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen auf die Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß. S. 283 ff.
— Die Freiwilligenverbände. S. 298.
— Parteipolitische Bestrebungen innerhalb der Flotte auch im Sommer 1918. S. 282.
— Gutachten: Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung. S. 249 ff.
— Ideengeschichtliche Entwicklung. S. 254 ff.
— „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege". S. 69. 71. 79. 117. 168. 169. 174. 261. 281.
— Die Novemberrevolution. S. 280 ff.
— Das praktische Verhalten der Opposition. S. 270 ff.
— Auflösung des deutschen Ostheeres. S. 295 ff.
— Verhältnisse in Posen und Westpreußen 1918. S. 295.
— Die unmittelbaren revolutionären Vorbereitungen. S. 276 ff.
— Sachverständiger im Münchener „Dolchstoßprozeß". S. 69. 70. 78.
— Schlußfolgerungen seines Gutachtens. S. 301 ff.
— Verhalten des Soldatenrats in Allenstein ihm gegenüber. S. 292. 293.
— Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung vom Kriegsbeginn bis zur endgültigen Auseinandersetzung auf den Kongressen und Parteitagen in den Jahren 1916/17. S. 258 ff.

— Entwicklung der Opposition der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. S. 261 ff.
— Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung vor dem Kriege. S. 254 ff.
— Die Haltung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen in der Streikfrage. S. 274 ff.

Wallraf, Staatssekretär des Innern seit Juli 1917. S. 185.
Wandt: „Etappe Gent". S. 170.
Webster, Professor, Chef des Nachrichtendienstes in England. S. 152.
v. Wedel, Graf, deutscher Botschafter in Wien: Verkürzung der Mehlration in Wien im Januar 1918. S. 182. 183.
Wegmann, Vollzugsratsmitglied. S. 10.
Wehberg, Dr., Pazifist. S. 148.
Wellmann, Generalleutnant a. D.: Über die Soldatenräte. S. 26.
Wels, M. d. R. (Mehrheitssozialist): Ansprache an das Naumburger Jägerbataillon. S. 78.
Werner, Dr. (Gießen), M. d. R. (Deutsche Fraktion): Wehrlosigkeit des Soldaten 17. Dezember 1915. S. 88.
v. Westarp, Graf, M. d. R. (konservativ): Artikelreihe „Die Regierung des Prinzen Max v. Baden und die konservative Partei". S. 131.
— Die Abdankung des Kaisers in der „Kreuzzeitung" in der letzten Wochenschau vor der Revolution. S. 178.
— Ein status-quo-ante-Frieden für seine Partei Juli 1917 unannehmbar. S. 202.
— Besprechungen mit den Parteiführern nach dem Waffenstillstandsersuchen der O. H. L. S. 191.
Wetzel, Oberleutnant: Bericht über die Kriegserlebnisse des Fußartillerieregiments 10. S. 22.
Wetzell, Generalmajor: Aussage vor dem 4. Unterausschuß. S. 73. 143.
— Methoden der amtlichen Berichterstattung. S. 207.
Wile: Wirkung der Hungerblockade im „Weekly Dispatch". S. 395. 396.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser. S. 69.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser.
— Abdankung. S. 75. 80. 134. 135.
— Abdankung — Einfluß auf die Stimmung im Heere? (Herz). S. 178. 179.
— Ablehnung der Giebelinschrift des Reichstagsgebäudes „Dem deutschen Volke". S. 223.
— Ausspruch: „Ich kenne keine Parteien mehr". S. 226.
— Untergrabung seiner Autorität. S. 137.
— Entlassung Bethmanns. S. 137.
— Hoffnung auf das gemeinschaftliche dynastische Interesse des Zaren und des englischen Königs bei dem Vorgehen gegen die serbischen Königsmörder. S. 147.
— Verleihung des Eisernen Kreuzes mit goldenen Strahlen an Hindenburg. S. 74.
— „Ereignisse und Gestalten". S. 29.
— Begegnung mit Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt 1914. S. 69.
— Vorträge der Generale v. Gallwitz und v. Mudra am 27. Oktober 1918. S. 29. 30.
— Erlaß an das Marine-Offizierkorps 1915. S. 187. 234. 235.
— Nervenerkrankung nach dem 8. August 1918. S. 173.
— Persönliches Regiment. S. 219.
— Seelische Zermürbung. S. 166.
— Briefe an den Zaren vom 29. Juli und 20. August 1905. S. 109. 110.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, Führer der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
— Der Sturz Bethmann Hollwegs. S. 109.
— Denkschrift. S. 66. 67. 68.
— „Erinnerungen". S. 176. 202. 205. 209. 210.
— Übermüdung der deutschen Truppen. S. 115.
— Für Verständigungsfrieden (Delbrück). S. 64. 65. 68.
— Frage an Tirpitz 1915, ob er (Kronprinz) noch zur Regierung gelangen werde. S. 137.

Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten: Friedens- u. Waffenstillstandsnoten. S. 30. 31. 33. 78. 111. 130. 132. 178. 316.
— Forderung nach Abdankung des Kaisers. S. 135.
— Antwort auf die Papstnote. S. 216.
— 14 Punkte. S. 72.
— Unterrichtung durch den alliierten Kriegsrat über das Standhalten des deutschen Heeres. S. 145.
— Idee des Völkerbundes. S. 160.
Winnig, „Der Sinn der deutschen Revolution". (D. A. Z.) vom 21. August 1921. S. 46. 47. 48.
Wirth, Dr., M. d. R. (Zentrum). S. 233.
v. Wrisberg, Generalmajor a. D.: „Heer und Heimat". S. 142. 177. 178. 191.
— Departementschef im preußischen Kriegsministerium. S. 177.
— „Der Weg zur Revolution 1914 bis 1918". S. 6. 7. 117. 119. 138. 151. 169. 175. 176.
Würz, Major, Leiter des Kriegspresseamts. S. 100. 110. 111. 209.
— Erklärung vom 19. Juli 1918 über die Amerikaner an der Westfront. S. 208.
Wurzbacher, Generalmajor: Aufsatz über die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition in „Der große Krieg 1914—1918". S. 186.
v. Zedlitz-Trützschler, Graf: „12 Jahre am deutschen Kaiserhof". S. 117.

Zetkin, Klara, Sozialistin, linker Parteiflügel. S. 271.
— Neujahrsnummer 1915 der „Labour Leader" S. 271.
Zietz, Luise (USPD rechter Flügel). S. 262.
— Ausführungen auf dem Parteitag der USP März 1919. S. 273. 276. 280.
v. Zwehl, General: Ausführungen in der „Konservativen Monatsschrift" Juli 1921. S. 48.

DATE DUE